Willy Klages



VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Chronik vom 1. Januar 1948 bis zum 31. Dezember 2020

in sechs Bänden
Band IV/3

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das
Ende der deutschen Siedlung
in
Ost-Mitteleuropa

Chronik vom
17. Januar 1962 bis zum 30. September 1988

Band IV/3

Inhaltsverzeichnis Band IV/3	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 17. Januar 1962 bis zum 30. September 1988	2-401

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 17. Januar 1962 bis zum 30. September 1988

17.01.1962
Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1962) berichtet am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>**Mieslinge überall**
Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."
Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telephonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.
"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."
"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:
In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".
Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biedermännischem Charme über Leichen, stets bereit zum Mit-

laufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").
Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."
Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätts ja wegwischen müssn") und vor den Amerikanern liebedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".
Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."
Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:
"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."
In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.
Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".
Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:
Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."
Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.
Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

24.02.1962

BRD: Der "Evangelische Pressedienst veröffentlicht am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengeben müssen. ...
Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

02.04.1962

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter sind u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/91-94): >>1. Die Verfasser betonen im ersten Absatz des außenpolitischen Teils, niemand erwarte von der Bundesregierung, daß sie Ansprüche verschenke. ...

Sie fallen aber – wie es auch allgemein aufgefaßt wird – der Politik der Bundesregierung in den Rücken, indem sie das stalinistische Ulbricht-Regime unter Einbeziehung Ost-Berlins als selbständigen Staat anzuerkennen bereit sind.

Sie treten – weil dieses in ihren Augen nur ein "nationales Anliegen" ist – nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat in unmenschlicher Weise vertrieben wurden. Sie treten ferner nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der unter kommunistischem Joch in Unfreiheit lebenden osteuropäischen Völker.

Wir meinen:

Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...

2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor. Sie versprechen sich davon einerseits ein besseres Verhältnis zum kommunistischen Polen, andererseits hoffen sie, dadurch den sowjetischen Einfluß auf Polen schwächen zu können.

Wir meinen:

Eine deutsche Ostpolitik kann nicht allein aus dem Blickwinkel des Verhältnisses Deutschlands zu Polen betrachtet werden. aber auch hierbei unterliegen die Verfasser des Memorandums einem Wunschdenken, das durch keine Tatsachen gerechtfertigt ist. Tatsächlich beherrscht der Kreml das Warschauer Regime. ...

Allem Wunschdenken sei die Ansicht Gomulka-Polens entgegenzuhalten, die im Regierungsblatt des polnischen kommunistischen Regimes, der "Zycie Waszawy" wiedergegeben ist:

"Es gibt heute in Europa Politiker, die sich einbilden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Westen werde zu einer Lockerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Diese Spekulationen können mit einem Wort bezeichnet werden: Irrtum!"

Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...
Jede irgendwie geartete "Verzichtspolitik" auf deutsches Land fordert zum schärfsten Protest von Millionen deutschen Heimatvertriebenen heraus. ...
7. Keiner der Unterzeichner des Memorandums ist von irgendeiner Stelle der evangelischen Kirche zu der von ihnen abgegebenen Stellungnahme legitimiert. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...
Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat:
"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

01.06.1962

Israel: Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wird am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Adolf Eichmann (x051/140):
>>Eichmann, Adolf, geboren in Solingen 19.3.1906, gestorben in Ramle bei Tel Aviv 1.6.1962 (hingerichtet), SS-Obersturmbannführer (9.11.41); aufgewachsen in Linz (Oberösterreich), abgebrochenes Maschinenbaustudium, Arbeiter, Vertreter, Mitglied bei Wandervogel und Jungfrontkämpferbund.
Durch Bekanntschaft mit Kaltenbrunner kam Eichmann am 1.4.32 zur österreichischen NSDAP und zur SS. In Bayern machte er 1933/34 eine militärische Ausbildung bei der SS-Verfügungstruppe und trat als SS-Scharführer am 1.10.34 ins SD-Hauptamt ein, wo er im "Judenreferat" Auswanderungsangelegenheiten bearbeitete.
Die Erfahrungen – Eichmann verhandelte mit zionistischen Funktionären, hatte sogar ein wenig Hebräisch gelernt und war 1937 auf Inspektionsbesuch in Palästina – kamen ihm zustatten, als er im August 38 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien beauftragt wurde: In weniger als anderthalb Jahren trieb diese 150.000 österreichische Juden zur Auswanderung.
Die nächste Position brachte weniger "Erfolge": Die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die Eichmann im Oktober 39 in Berlin übernahm, verlor im Krieg ihre Bedeutung. Auswanderung wurde durch Deportation ersetzt, und auch hier war Eichmann führend beteiligt:
Seit Dezember 39 im RSHA, Amt IV, Referat IV D4 für "Auswanderung und Räumung", dann im Referat IV B4 für "Judenangelegenheiten und Räumung" zuständig, wurde Eichmann zur zentralen Figur der Deportationen von über drei Millionen Juden aus dem gesicherten deutschen Machtbereich in die Vernichtungslager im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er besuchte Auschwitz, drängte verbündete Regierungen zur Auslieferung ihrer jüdischen Bürger, verhandelte mit Joel Brand über den – gescheiterten – Freikauf ungarischer Juden (1944) und organisierte auch vor Ort Transporte in die Todesfabriken.
Dennoch als v.a. Schreibtischtäter wenig bekannt, konnte Eichmann 1946 aus amerikanischer Gefangenschaft fliehen, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien entkommen und dort untertauchen (falscher Name u.a. Richard Klement); sogar der Nachzug der Familie gelang ihm.
Israelische Geheimagenten spürten ihn schließlich auf und entführten ihn nach Israel, wo er in einem aufsehenerregenden Verfahren (2.4. bis 11.12.61) vor Gericht gestellt und zum Tod

verurteilt wurde.<<

05.09.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1962) berichtet am 5. September 1962 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>**Tötet, tötet, tötet**

Vor bald zwei Jahren, am 25. November 1960, gab der Münchner Kindler Verlag im "Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" bekannt:

"Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des 'Julio Jurenito' und des 'Tauwetters', war stets groß - und umstritten ... Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze."

Der letzte Satz dieser Annonce erwies sich als voreilig: Erst jetzt, zwanzig Monate nach der Börsenblatt-Ankündigung, lieferte Kindler die Ehrenburg-Memoiren an den deutschen Buchhandel aus.

Erst jetzt können auch deutsche Leser - nach Russen, Engländern, Franzosen, Italienern und Dänen - zur Kenntnis nehmen, wie der heute 71jährige Stalinpreisträger, Weltfriedensrat-Vizepräsident und Rubelmillionär seinen nach eigenem Wort "an Schleifen reichen" Lebensweg interpretiert.

Ehrenburg, "In unserer Jahrhunderthälfte wechselten gar zu häufig die Bewertungen von Menschen und Ereignissen. ... Gedanken und Gefühle fügten sich unwillkürlich dem Einfluß der Umstände. ... Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung."

Selbsterhaltung hat Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, den sein Landsmann und Kollege Wladimir Majakowski einen "verschreckten Intelligenzler" nannte, stets vortrefflich zu üben gewußt. Dem Einfluß der Umstände hat er sich selten verschlossen.

Als die Weltwirtschaftskrise 1929 außer vielen anderen Unternehmen auch das literarische Ehrenburg-Geschäft im Westen ruinierte, kehrte der kosmopolitische Montparnasse-Habitué aus dem geliebten Paris, in dem er, mit Unterbrechungen, seit 1909 zu Hause war, in das von ihm vorher durchaus kritisch beurteilte Reich Stalins zurück, wo ihm staatlich dirigierte Großauflagen winkten. Die revolutionäre Epoche der Sowjetkunst wurde liquidiert: Majakowski beging Selbstmord, Isaak Babel verschwand - er wurde wahrscheinlich umgebracht -, und Ehrenburg erkannte, daß "nicht alles (so) kommt, wie man es sich gedacht hat". Er schrieb schlechte, aber linientreue Bücher und überlebte.

In seinem Roman "Der Fall von Paris" (1941) verschwieg er den Pakt Stalins mit Hitler; sein enthusiastisches Lob Titos in dem Roman "Sturm" (1947) ließ er aus späteren Auflagen entfernen. Im Krieg appellierte er an die Verbundenheit aller Juden der Welt und forderte sie zur Unterstützung der Sowjet-Union auf, nach dem Krieg attackierte er in der "Prawda" Zionisten und "heimatlose Kosmopoliten". 1952 ließ Stalin mehrere russische Schriftsteller jiddischer Sprache töten - der russisch-jüdische Schriftsteller Ehrenburg überlebte auch Stalins Antisemitismus.

Nach Stalins Tod war Ehrenburg termingerecht mit der Erzählung "Tauwetter" zur Stelle. Heute widmet er sich der Rehabilitierung lang verfemter russischer Schriftsteller. "Ehrenburg", so urteilte der amerikanische Literarhistoriker Gleb Struve, "spielte fast zu allen Zeiten die Rolle des offiziellen Stimmungsbarometers" in der Sowjet-Union.

"Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit", erkennt der überlebenstüchtige Memoiren-Autor heute. "Ich blieb am Leben."

Begründung: "Weil es Zeiten gibt, da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht."

Autobiograph Ehrenburg memoriert, teils geist- und aufschlußreich, teils flüchtig generalisierend, seine Begegnungen oder Freundschaften mit Picasso und Pasternak, Majakowski und Modigliani, Joyce und Jessenin, Lenin und Leger und vielen anderen Zelebritäten des Jahr-

hunderts. Er preist Paris ("Diese Stadt hat mich überwältigt") und schmäht das Berlin der zwanziger Jahre ("Apostel des Amerikanismus"). Künstlerisch liberal, politisch stets linientreu, verteidigt er Picasso gegen das Banausentum des "sozialistischen Realismus", lobt er Picasso, weil auch "1956" - gemeint ist das sowjetische Eingreifen in Ungarn - nichts dessen "Vertrauen in die Sowjet-Union erschüttern konnte".

Der erste Band der Ehrenburg-Erinnerungen, den der Kindler Verlag jetzt an die Buchhandlungen auslieferte, reicht bis zum Jahr 1934. In der Moskauer Zeitschrift "Nowy Mir", die seit 1960 die Memoiren vorab druckt, sind unlängst bereits Ehrenburgs Aufzeichnungen über die späteren Jahre des Stalin-Terrors bis zum Kriegsausbruch erschienen. Kindler will diese Kapitel später ebenfalls veröffentlichen.

Daß sich die Publikation des ersten Ehrenburg-Bandes in Deutschland verzögerte, hat seinen Grund: Der Sowjet-Autor ist deutschen Lesern weniger als Verfasser des satirisch-anarchistischen Romans "Julio Jurenito" (1922) und der antistalinistischen Erzählung "Tauwetter" (1954), auch nicht so sehr als Freund Picassos und Fürsprecher künstlerischer Liberalisierung in der Sowjet-Union bekannt, sondern vielmehr als angeblicher Urheber eines Aufrufs zur Schändung deutscher Frauen. Ehrenburg soll gegen Ende des Krieges die Sowjet-Soldaten angespornt haben:

Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!

Ehrenburg - hat seine Urheberschaft an derlei Aufrufen mehrfach bestritten, so gegenüber dem SPIEGEL: "Wenn jemand - beweist und zeigt, wo ich das geschrieben habe - die Frauen zu vergewaltigen -, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor den Überresten Hitlers. Ich habe das niemals geschrieben. Ich bin kein umgekehrter Rassist."

Mindestens seit zehn Jahren, seit der Autor Walter Görlitz den Schändungsaufruf in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" zitierte und kommentierte " (Ein Aufruf, der alle Verstöße - gegen das Völkerrecht, - welche sich das nationalsozialistische Regime hatte zuschulden kommen lassen ... in seiner Scheußlichkeit verblassen ließ"), wird dieser Text dem Sowjet-Autor Ehrenburg in Deutschland immer wieder öffentlich angelastet. Als Görlitz-Zitat wird er auch im "Internationalen Biographischen Archiv" angeführt, dem sogenannten Munzinger-Archiv; das viele deutsche Zeitungen als biographische Auskunftsquelle benutzen.

Kindlers Ehrenburg-Publikation ließ den Schändungsappell jetzt wiederum in deutschen Zeitungsspalten auftauchen. Einige Blätter zitierten den Text in oder zu ihren Rezensionen der Autobiographie. Lingenbrink, eine der größten westdeutschen Kommissionsbuchhandlungen, die Buch-Einzelhändler beliefern, lehnte den Vertrieb der Ehrenburg-Erinnerungen unter Hinweis auf den Vergewaltigungsaufruf ab. Die "Deutsche Soldaten-Zeitung" beurteilte, ihrem Moralempfinden entsprechend, die Veröffentlichung der Memoiren sogar als einen "Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes".

Die "Zeit" fragte: "Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?" und ließ unter anderen den Schriftsteller Martin Walser antworten: "Die Rote Armee mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial - Einheiten in der Sowjet-Union vorwärts mordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen?"

Dem Verleger Helmut Kindler war die Ehrenburg zugeschriebene Vergewaltigungsparole bereits Ende 1960, auf seine Börsenblatt-Annonce hin, von empörten Konsumenten vorgehalten worden. Kindler trug den Protesten Rechnung:

Am 27. Januar 1961 ließ er im "Börsenblatt" wissen, "staatsbürgerliche Bedenken" hätten den Verlag bewogen, Ehrenburgs Äußerungen während des Zweiten Weltkrieges zu überprüfen und die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung der Memoiren vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig zu machen.
Der Münchner Verleger befand sich in ähnlicher Lage wie einige Monate vorher der Wiener Vizebürgermeister Mandl, der im April 1960 den Volkszorn zu spüren bekam, weil er Ehrenburg zu einem ostwestlichen Kulturmeeting in die österreichische Hauptstadt eingeladen hatte (SPIEGEL 16/1960).
Mandl verteidigte sich damals, indem er auf Ehrenburgs schon früher abgegebenes Dementi hinwies - Ehrenburg:
"Ich habe diesen Aufruf nie geschrieben. Ich fordere wen auch immer heraus, mir das Original einer russischen Zeitung, Zeitschrift oder sei es auch nur eines Flugblattes vorzulegen, in dem dieser schandbare Aufruf enthalten ist."
Ein Original des laut Görlitz millionenfach als Flugblatt verbreiteten Schändungsaufrufs war nicht aufzutreiben.
Ebenso unbeweisbar wie Ilja Ehrenburgs Urheberschaft blieb aber auch die Urheberschaft des NS-Propagandaministers an diesem Aufruf. Ehrenburg: "Ich wußte es schon während des Krieges, als Dr. Goebbels die geradezu teuflische Idee hatte, einen solchen Aufruf zu fabrizieren und ihn mit meinem Namen zu unterschreiben."
Hätte Goebbels wirklich den Aufruf zu Propagandazwecken erfunden, wäre der Text damals weidlich in der parteioffiziellen Presse ausgeschlachtet worden.
Das Münchner "Institut für Zeitgeschichte" jedoch, das der Wiener Vizebürgermeister um Aufklärung gebeten hatte, konnte dem Hofrat Mandl nichts anderes mitteilen, als es schon 1957 dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Anfrage berichtet hatte: "Bemerkenswerterweise fanden wir den Aufruf auch nicht im Völkischen Beobachter, den wir von Juli 1944 bis April 1945 durchgesehen haben."
Auch in den beim "Institut für Zeitgeschichte" archivierten dokumentarischen Unterlagen, die der Schriftsteller und "Quick-Autor" Jürgen Thorwald für sein Buch "Es begann an der Weichsel" benutzt und dem Institut überlassen hatte, fand sich kein Beleg für die Schändungsparole.
Das Thorwald-Buch, 1950 im selben Steingrüben-Verlag erschienen, in dem 1952 "Der Zweite Weltkrieg" von Walter Görlitz herauskam, wurde von Görlitz erst kürzlich noch als Quelle für sein Ehrenburg-Zitat benannt. Tatsächlich aber kommt das Zitat, so wie Görlitz es anführt, in dem Thorwald-Bericht nicht vor. Thorwald erwähnt einen zwar ähnlichen, aber kürzeren angeblichen Aufruf Ehrenburgs:
Tötet, ihr Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!
Die von Görlitz zitierte Vergewaltigungsparole - "Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der-germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute" - fehlt bei Thorwald. Auf die Frage des SPIEGEL, woher er denn, wenn nicht von Thorwald, sein Ehrenburg-Zitat habe, erklärte der Weltkriegshistoriker und "Welt-Redakteur" ("Griff in die Geschichte") Walter Görlitz, möglicherweise habe er es dem nach Kriegsende erschienenen Buch "Im besiegten Deutschland" eines geflüchteten Rotarmisten namens Sabik Wogulow entnommen.
Diese Schrift soll, wie die "Deutsche Soldaten-Zeitung" schrieb, in russischer Sprache gedruckt worden sein und in russischen Emigrantenkreisen zirkuliert haben. Görlitz glaubt sich zu erinnern, sie deutsch gelesen zu haben. Vielleicht, erklärte der Historiker, habe er sein Zitat aber auch aus einem Zeitungsartikel.
Das Institut für Zeitgeschichte betreibt seine Ehrenburg-Forschung seit 1956: Damals fragte die Evangelische Akademie Loccum wegen der Schändungsorder an - ohne Erfolg.

Zwar wollen sich heute noch viele ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere fest daran erinnern, an der Ostfront einen Ehrenburg-Aufruf zur Vergewaltigung deutscher Frauen entweder in erbeutetem russischem Propaganda-Material gelesen oder aus sowjetischen Frontlautsprechern gehört oder durch die Vernehmung gefangener Rotarmisten erfahren zu haben. So schrieb ein ehemaliger Stabsoffizier der "Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte" Ende 1960 an das Bundesarchiv in Koblenz, das ebenfalls Ehrenburg-Recherchen betreibt:
"Ich erinnere mich genau, daß wir meines Erachtens verschiedene Flugblätter von Ilja Ehrenburg bei der Heeresgruppe Mitte bekommen hatten. Daß dabei von flachshaarigen, Frauen als 'Beute' die Rede war, steht außer Zweifel."
Indes, ein dokumentarischer Beleg für den Schändungsappell konnte bislang von niemandem beigebracht werden. Die Archivarin des "Instituts für Zeitgeschichte", Hildegard von Kotze, erklärt: "Wir haben uns an alle in Frage kommenden Institute, des In- und Auslandes, überhaupt an alle erdenklichen Stellen und Personen gewandt, aber wir haben bis heute nichts: über die Herkunft dieses Zitats gefunden."
Eine andere Auskunft konnte das Münchner Institut schließlich auch dem staatsbürgerlich besorgten Verleger Kindler nicht erteilen. Da auch alle anderen Stellen, die Kindler befragt hatte - unter anderem Bundesverteidigungsministerium, Bundespresseamt, Institut zur Erforschung der UdSSR, Rias, Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Osteuropa-Institut, Harvard University und Wolfgang Leonhard -, die Urheberschaft Ilja Ehrenburgs an dem Schändungsaufruf nicht nachweisen konnten, mochte Kindler die Ehrenburg-Memoiren dem deutschen Publikum nicht länger vorenthalten, zumal inzwischen der Münchner Goldmann Verlag mit einer eigenen Übersetzung der Ehrenburg-Erinnerungen, verteilt auf mehrere Taschenbücher, Kindler zuvorkommen wollte.
So ungewiß also nach wie vor ist, ob Ilja Ehrenburg speziell zur Schändung deutscher Frauen aufgerufen hat, so wenige Zweifel bestehen andererseits, daß er die Rote Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" mit nicht gerade zimperlichen Parolen angefeuert hat.
Gewiß nicht als einziger Sowjet-Schriftsteller, aber doch wohl als einer der prominentesten, erfüllte er das Soll, das die Zeitschrift des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, "Literatur und Kunst", 1942 vorgeschrieben hatte: "Wie nie zuvor ist heute die aktivierende Funktion der Kunst von größter Wichtigkeit; sie besitzt die unschätzbare Fähigkeit, die Menschen zum Kampfe anzufeuern. ... Sie sollte zu einer Waffe in der Hand der Soldaten werden ... den Ruf nach Rache erschallen lassen."
Dieser staatlich vorgezeichneten Linie treu, aber wohl auch aus vollem Herzen, animierte der Literatur-Aktivist Ehrenburg die Sowjetkrieger zum Beispiel:
- "Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren."
- "Man muß hundert Deutsche töten, damit hundert andere sich besinnen ... Man muß zehntausend Deutsche töten, damit hundert Schwankende sich gefangen geben."
- "Der Deutsche hat kein Mitleid mit russischen Kindern, der Deutsche hat Mitleid nur mit sich selbst ... Man muß dem Deutschen zeigen, was der Krieg auf deutschem Boden bedeutet."
- "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen".
Ehrenburg zum SPIEGEL: "Als die Nazi-Armee in unser Land einfiel, dachten unsere Soldaten, daß die deutschen Arbeiter und Bauern gezwungen worden seien, daß nur die Generäle gegen uns sind, daß man die Ankunft der Soldaten abwarten müsse, um sich gleich mit ihnen zu verständigen. Hätten wir in diesem Augenblick nicht erklären können, daß die Mehrzahl der Deutschen Hitler unterstützte, hätten wir unsere Armee nicht zum wirklichen militärischen Widerstand aufrufen können."
Ehrenburgs Kampf-Appelle wurden den Rotarmisten per Zeitung, Flugblatt und Rundfunk nahegebracht oder von Offizieren vorgelesen. Nach Auskunft eines DDR-Lexikons avancierte

Ehrenburg damals zu einem "Lieblingsschriftsteller der Sowjet-Armee", und die Ostberliner Schriftstellerin Anna Seghers erinnerte zum 70. Geburtstag Ehrenburgs im "Neuen Deutschland" daran, "daß die Soldaten der Roten Armee aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten drehten".
Der Propagandist hat freilich auch den Undank des Vaterlandes zu spüren bekommen. Schon kurz vor dem Fall von Berlin - Stalin verkündete damals: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen" - wurde Ehrenburg vom Agitprop-Chef Georgij Alexandrow in der "Prawda" gerügt, seine Kriegsartikel seien "falsch konzipiert" und stellten "eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Faschismus und Rassenhasses" dar.
In drei je 400 Seiten starken Bänden mit dem Titel "Krieg" wurde dennoch Ehrenburgs Propaganda-Prosa, von 1942 bis 1944 gesammelt, in Moskau gedruckt. Aus diesen Bänden nahm unlängst die Münchener "Deutsche Soldaten Zeitung" das Material für eine selbstgerecht und ohne Rücksicht auf die Leistungen deutscher Besatzer im Osten kommentierte "Dokumentation über den größten Mordhetzer der Weltgeschichte: Ilja Ehrenburg".
Das rechtsradikale Blatt zitierte seitenlang drastische Stellen im Faksimile - etwa Ehrenburgs Mahnung: "Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, nichts außer dem einzigen Gedanken: die Deutschen zu töten. Sie alle zu töten. Zu vergraben."
Auch für die spezielle Geringschätzung, die Ehrenburg deutschen Frauen entgegenbrachte, finden sich in den "Krieg-Bänden" Beispiele. So schrieb Ehrenburg: "Gretchen ist die Muse des Raubes ... Wenn Hitler in einer Münchner Bierkneipe den Raub verherrlicht und sich damit brüstet, daß die Deutschen die Ukraine beraubten, dann spricht mit seinem Mund auch das blonde, Lockere, unersättliche Gretchen!"
Oder: "So wie die Fritzen sind auch die Gretchen. Für diese egoistischen, stumpfen Weibchen kann man kein anderes Wort finden als nur 'gewissenlos'. Natürlich singen sie sehr gern Romanzen über 'deutsche Liebe' und 'deutsche Treue', aber sie paaren sich mit dem ersten besten."
Solche und ähnliche Stilproben des Schriftsteller Ilja Ehrendburg, der sich in seien Memoiren über die verderbliche Wirkung nationaler Vorurteile verbreitet ("Friedliche Koexistenz ... ist ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit undenkbar"), reichten der "Deutschen Soldaten-Zeitung" aber noch nicht aus: In der vierten Folge ihrer Ehrenburg "Dokumentation" mischte sie unter die authentischen Ehrenberg-Zitate auch den Schändungsaufruf - freilich ohne Faksimile-Abdruck.
Auf Anfrage erklärte der Chefredakteur der "Soldaten-Zeitung", Dr. Gerhard Frey: Faksimiles der "Krieg-Buchseiten" seien nur anfangs veröffentlicht worden, in den späteren Folgen habe die Redaktion "aus Platzgründen und um den Leser nicht zu langweilen" darauf verzichtet. Für alle in der "Soldaten-Zeitung" veröffentlichten Ehrenburg-Texte, versicherte Dr. Frey, seien aber dokumentarische Belege vorhanden.
Der Beleg für den Schändungsaufruf jedoch war trotz intensiver Nachsuche in der Redaktion der "Soldaten-Zeitung" nicht mehr aufzufinden.<<

21.11.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtet am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>**50 Jahre fehlen**
Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."
Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.
Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den

Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.
Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.
Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".
Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.
Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähnte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.
So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".
Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.
Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "'Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.
Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."
Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.
Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.
Dazu Landesschulinspektor Mayer: In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."
Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."
An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarzrotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa

- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."
- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."
- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."

Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrieben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.

Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

02.12.1962

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 2. Dezember 1962 während einer SED-Konferenz in Cottbus (x300/177): >>... Wir waren schon 1945 für eine konsequente Politik des Friedens, der Demokratie und der Einheit ganz Deutschlands ... obwohl wir nicht annahmen, daß die KPD unter diesen Bedingungen eine Mehrheit in Gesamtdeutschland bekommen hätte.

Damals waren wir eingestellt auf 10, 20, 30 Jahre. Wir haben uns bereit erklärt, das Risiko einzugehen, das selbstverständlich, mit einem so komplizierten Kampf unter den Bedingungen einer amerikanisch-britisch-französischen Besatzung in Westdeutschland verbunden war.<<

12.12.1962

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow erläutert am 12. Dezember 1962 in einer Rede vor dem Obersten Sowjet die These vom "Papiertiger" (x128/78): >>... Es ist natürlich richtig, daß sich die Natur des Imperialismus nicht verändert hat, und dennoch ist der Imperialismus heute schon nicht mehr das, was er früher war, als er ungeteilt über die Welt herrschte.

Wenn er heute ein "Papiertiger" ist, so wissen diejenigen, die so sprechen, daß dieser "Papiertiger" Atomzähne hat. Er ist in der Lage, diese Zähne zu gebrauchen, und man darf sich ihm gegenüber nicht leichtsinnig verhalten.

Es ist in den Beziehungen zu den imperialistischen Ländern möglich, gegenseitige Kompromisse einzugehen, andererseits muß man über alle Mittel verfügen, um die Aggressoren zu zerschmettern, wenn sie einen Krieg entfesseln sollten.<<

31.12.1962

BRD: Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schreibt im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.
Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).
Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.
Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.
In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.
Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).
So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.
... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.
Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.
Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<
In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1962 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x076/272-273, x069/208-209): >>Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) ... siegte die russische Auffassung von der deutschen Ostgrenze. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße wurde nicht als Besatzungszone anerkannt, - wie die Westmächte ursprünglich gewollt hatten -, sondern unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter russische Verwaltung gestellt. Die endgültige Regelung der Grenzen wurde einem später zu schließenden Friedensvertrag vorbehalten. ...
Die Westmächte hatten damit also ihre Zustimmung dazu gegeben, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße "vollendete Tatsachen" geschaffen wurden. Die Bestimmung, daß

der endgültige Verlauf der Grenze erst in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden sollte, war ein "papierener Vorbehalt".
Die Vertreibung der Deutschen erfolgte auch nicht in menschlicher Weise; vielmehr sind etwa 2 Millionen Deutsche aus diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1947 umgekommen. ...
Die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam bestimmen in ihren Inhalten wie in ihren Folgen die Entwicklung Deutschlands bis heute. Die Konferenz hat tiefer in das Leben unseres Landes eingegriffen als der Versailler Vertrag; ihre letzten Folgen sind heute nicht absehbar.
Die Grenzziehung im Osten und die Austreibung von 8,8 Millionen Deutschen schuf das Flüchtlingsproblem und trübt bis heute das deutsch-polnische Verhältnis so stark, daß eine Klärung der deutschen Beziehungen zu Polen bisher nicht stattgefunden hat.
Die Übereinkunft der 3 Mächte, daß die Gebiete bis zu einer endgültigen Grenzziehung in einem Friedensvertrag lediglich unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen sollten, bestimmt heute den Standpunkt der deutschen Regierung. Doch wird die deutsche Forderung auf eine Neufestlegung der Grenze gegen Polen von den Alliierten nicht unterstützt.
Die Austreibung von fast 3 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer seit 1.000 Jahren von Deutschen bewohnten Heimat belastet bis heute das deutsch-tschechische Verhältnis. ...<<
>>... Die Angelsachsen versprechen, beim künftigen Friedensvertrag der Sowjetunion Königsberg und halb Ostpreußen zuzuerkennen. Sie nehmen auch hin, daß Stalin in der Zwischenzeit die deutschen Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße den Polen zur Verwaltung gegeben hat, behalten jedoch die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze der Friedenskonferenz vor.
Damals befinden sich noch Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie. Trotz der Atlantik-Charta beschließt die Konferenz, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Umsiedlungen, die stattfinden, in ordnungsgemäßer und menschlicher Weise vor sich gehen sollen".
Die genannten Staaten halten sich in keiner Weise an diese Beschlüsse. Die Austreibungen werden in der rücksichtslosesten Weise fortgesetzt. Im heutigen polnischen Machtbereich leben vielleicht noch 700.000 Deutsche (gegen 10,6 Millionen im Jahre 1938). ... Das Auslandsdeutschtum jenseits der alten Reichsgrenzen ist weitgehend vernichtet; von 2,1 Millionen Deutschen fehlt jede Spur.<<

1963

>>Wer sich um Weisheit müht und nicht anwendet die Weisheit, gleicht dem Manne, der pflügt, aber zu säen vergißt.<< (Johann G. von Herder)

14.01.1963

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle erklärt am 14. Januar 1963 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/173-174): >>... (1961) stellte Großbritannien seinen Antrag um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Es tat das, nachdem es sich vorher geweigert hatte, an der Gemeinschaft teilzunehmen, als diese sich noch im Aufbau befand, und nachdem es mit sechs anderen Staaten eine Freihandelszone geschaffen und schließlich – man darf das wohl sagen, denn es sei nur an die langwierigen Verhandlungen erinnert, die diesbezüglich geführt wurden – Druck auf die Sechs ausgeübt hatte, um zu verhindern, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes zur Durchführung gelangten.
Dann erst ersuchte Großbritannien, in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden, jedoch nach seinen eigenen Bedingungen.
Das stellt ohne jeden Zweifel für jedes der sechs Länder und auch für Großbritannien sehr weitreichende Probleme. Großbritannien ist ein Inselstaat, ausgerichtet auf die See. Es ist durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedenen, oftmals weit

entlegenen Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Er besitzt in all seinem Tun Gewohnheiten und Traditionen, die sehr ausgeprägt und eigener Art sind.
Kurzum, das Wesen, die Struktur und die Umstände, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden es weitgehend von den kontinentalen Staaten. Was soll man nun unternehmen, um Großbritannien mit seinen eigenen Lebens-, Produktions- und Handelstraditionen in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, so wie dieser nun einmal geschaffen wurde und wie er funktioniert?
Die Art der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Großbritanniens zum Beispiel – Einfuhr sehr billiger Lebensmittel aus Nord- und Südamerika und den ehemaligen Dominions bei gleichzeitiger beträchtlicher Subventionierung der englischen Landwirtschaft -, diese Art ist natürlich unvereinbar mit dem System, das die Sechs ganz natürlich für sich geschaffen haben.
...
Ich frage nochmals, wie kann man Großbritannien, so wie es ist, in dieses System einfügen? Man hat manchmal annehmen können, daß unsere britischen Freunde sich mit ihrem Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt so weit umstellen würden, daß sie sich alle Bedingungen auferlegen würden, die von den Sechs schon akzeptiert wurden und praktiziert werden.
Aber die große Frage ist und bleibt, ob Großbritannien sich gegenwärtig wie der Kontinent, und genauso wie dieser, in den Rahmen eines wahrhaft gemeinsamen Zolltarifs einfügen kann, ob es auf die Vorzugszölle gegenüber dem Commonwealth verzichten und aufhören kann, zu fordern, daß seine Landwirtschaft bevorzugt werden muß, ferner, ob es die Verpflichtungen für nichtig erklären kann, die es mit Ländern eingegangen ist, die seiner Freihandelszone angehören. Auf diese Frage allein kommt es an.
Man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig gelöst sind. Wird sie je gelöst werden? Großbritannien allein vermag darauf eine Antwort zu geben.
Die Frage ist um so berechtigter, als nach Großbritannien auch andere Staaten, die mit ihm in der Freihandelszone verbunden sind, aus den gleichen Gründen gern dem Gemeinsamen Markt beizutreten wünschen oder möchten. ...
Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt all dieser sehr zahlreichen und verschiedenartigen Mitglieder jenen Problemen nicht lange gewachsen wäre, und schließlich würde es dann zu einem Koloß von atlantischer Gemeinschaft kommen in amerikanischer Abhängigkeit und unter amerikanischer Führung, der die Europa-Gemeinschaft aufsagen würde.
Das ist eine Hypothese (Folgerung), die in den Augen gewisser Leute durchaus richtig sein mag, aber es ist nicht das, was Frankreich gewollt hat und will, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion.<<

28.01.1963

Frankreich: Die französische Regierung verweigert am 28. Januar 1963 weitere Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (x128/-283).

13.03.1963

Polen: Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland berichtet "Trybuna Ludu" am 13. März 1963 (x155/-97): >>... Voraussetzung solcher Beziehungen war die Anerkennung der Endgültigkeit und der Unveränderlichkeit der bestehenden Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik.<<

BRD: Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentiert am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welch mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffi-

nierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschläferte oder ungeschulte und irregeleitete Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben. ...
In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.
An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...
Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten.<<

11.04.1963

Vatikan: Papst Johannes XXIII. bekräftigt am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... Wir betrachten mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. –
Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

19.06.1963

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (25/1963) berichtet am 19. Juni 1963: >>**DRESDEN: Sodom in Sachsen**
Sieben Tage und acht Nächte lang stand die Stadt in Flammen. Ihre Menschen wurden verbrannt, erschlagen, vergiftet. Die berstenden Mauern begruben 135.000 Tote, 75.000 mehr als in Hiroshima.
Es war, wie es Mose im 19. Kapitel seines Ersten Buches beschreibt: "Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen. ... vom Himmel herab und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und ... was auf dem Lande gewachsen war."
Das Sodom lag in Sachsen. Den Part des alttestamentlichen Jehova spielte die Royal Air Force (RAF). In der Nacht zum Aschermittwoch, am 14. Februar 1945, warf sie 2.978 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Dresden.
Achtzehn Jahre nach dem Brand hat der britische Historiker und Journalist David Irving die "Anatomie dieser Tragödie" vorgelegt. Irving - Spezialität: der alliierte Bombenkrieg gegen Hitlers Großdeutschland - durchforschte britische Militärarchive, die Protokolle des Unterhauses, die Memoiren der englischen Luftwaffen-Gewaltigen und fuhr schließlich nach Dresden.
Das Ergebnis seiner Ermittlungen: Die Zerstörung Dresdens war ein sinnloser Terrorakt. Eine militärische Notwendigkeit für den Angriff bestand nicht: Dresden war weder ein Verkehrsknotenpunkt für Truppenverschiebungen noch ein Industriezentrum, in dem etwa kriegswichtige Waffen oder Geräte hergestellt wurden (David Irving: "The Destruction of Dresden").
Im Gegenteil: Die Deutschen waren von der Wertlosigkeit Dresdens als Bombenziel, der RAF so überzeugt, daß sie auf alle Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet hatten.
Der ohnehin geringe Schutz der Stadt durch Flak entfiel zum Zeitpunkt des Angriffs völlig, da die Kanonen zur Panzerbekämpfung an die Ostfront transportiert worden waren.
Das "jungfräuliche Ziel" {Irving) war indessen überfüllt von Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die sich just Dresden als Ziel ihrer Flucht ausgesucht hatten, weil sie sich in Sachsens Hauptstadt vor Bombenangriffen der Alliierten sicher wähnten. Flüchtlinge, - meist Frauen und Kinder, da die Männer bis zum Schluß in der oberschlesischen Schwerindustrie

arbeiten mußten - stellten denn auch das Hauptkontingent der Opfer.
Angesichts der katastrophalen Folgen des Angriffs für die Zivilbevölkerung bezeichnete der englische Historiker Sir Harold Nicolson die Zerstörung Dresdens als "ein Unternehmen, das unserer Geschichte nicht würdig war". Und im links-liberalen "New Statesman" schrieb der Labour-Abgeordnete Richard Crossman, während des Krieges stellvertretender Leiter der Abteilung "Psychologische Kriegführung" im alliierten Hauptquartier: "Die Zerstörung Dresdens ... war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Schuldigen hätten vor die Nürnberger Gerichte gestellt werden sollen, wenn dieses Gericht nicht zu einem Racheinstrument der Alliierten pervertiert wäre."
Die Schuldigen freilich sind achtzehn Jahre später kaum noch auszumachen. Irving: "Die Schande liegt irgendwo in England." Mit anderen Worten: Auch ihm ist es nicht gelungen, die Schuldfrage einwandfrei zu klären.
Nach Kriegsende hatten sich der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill, sein Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair und der Oberbefehlshaber der Bomberkommandos Sir Arthur Harris sowie dessen Stellvertreter, Sir Robert Saundby, energisch gegen den Verdacht der Urheberschaft des Angriffs auf Dresden gewehrt.
Sir Winston in seinen Memoiren: "Ich erklärte, daß die Bomber sich doch mehr auf militärische Ziele konzentrieren sollten."
Sir Archibald ließ im Unterhaus erklären ""Wir verschwenden keine Zeit auf reine Terror-Angriffe."
Sir Arthur ("Bomber-Harris") schweigt. Verbittert emigrierte der Luftwaffen-Veteran 1946 nach Südafrika. Die englische Regierung hatte ihn nicht in die offizielle Kriegsehrenliste aufgenommen. Sir Robert aber erinnert sich in seinem Vorwort zu Irvings Buch: "Der Befehl kam aus dem Luftfahrtministerium."
Tatsächlich gab es eher politische als militärische Gründe für die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt Sechs Wochen nachdem der deutsche Feldmarschall von Rundstedt in seiner Ardennen-Offensive die Westalliierten in Belgien zeitweilig zurückgedrängt hatte und wenige Tage vor Beginn der Jalta-Konferenz, auf der sich Stalin, Roosevelt und Churchill über die Aufteilung des Deutschen Reiches nach dessen Eroberung einigen wollten, war es der Roten Armee am 25. Januar 1945 gelungen, die Oder zu überqueren.
Churchill fürchtete um die westliche Verhandlungsposition. Seinem Luftfahrtminister Sinclair gab er Order, die RAF solle demonstrativ eine deutsche Stadt nahe der Ostfront angreifen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß die sowjetischen Erfolge auch der aktiven Waffenbruderschaft der Westalliierten zu danken seien.
Sir Archibald erwiderte: Die erfolgreichen RAF-Angriffe auf deutsche Brennstofflager sollten tunlichst nicht unterbrochen werden. Außerdem wies der Minister seinen Premier darauf hin, daß die englischen Flieger bei Angriffen auf ostdeutsche Städte mehrere hundert Kilometer feindliches Gebiet überfliegen müßten.
Sir Winston tobte. Und Sir Archibald (Crossmann: "Er war nie für viel Zivilcourage bekannt") erließ Order, sich mit den Amerikanern über eine Bombardierung des Flüchtlingszentrums Dresden abzustimmen.
Die Wetterbedingungen für den langen Flug über Feindesland waren freilich ungünstig. Erst nach Beendigung der Jalta-Konferenz am 11. Februar würde, wie die Meteorologen der Bomberkommandos voraussagten, ein Angriff auf Dresden möglich sein. Damit aber hatte der Angriff sein politisches Ziel verpaßt, die Russen in Jalta mit der Schlagkraft der alliierten Luftwaffe zu beeindrucken.
Gleichwohl wurde der Befehl nicht storniert. Am 12. Februar schließlich meldeten die Wetterfrösche der RAF, am folgenden Tag würden die atmosphärischen Bedingungen einen Angriff auf Dresden ermöglichen. In Moskau informierte der amerikanische Militärattaché, General-

major Hill, die Sowjets von der Absicht der Anglo-Amerikaner, die Güterbahnhöfe Dresdens zu bombardieren. Die Russen, zu deren Operationsgebiet Dresden gehörte, zeigten sich gleichgültig.
Mittlerweile hatte Luftwaffenchef Harris seine Angriffspläne fertiggestellt. Die Attacke sollte in drei Wellen ablaufen. Die Rettungsarbeiten nach dem ersten Angriff würden durch den zweiten unmöglich gemacht werden. Überdies würde die Zerstörung der Telephon- und Telegraphenleitungen Dresdens durch den ersten Angriff jeden Versuch, die Stadt vor dem zweiten Angriff zu warnen, vereiteln. Ein dritter Angriff durch die Amerikaner sollte schließlich das Chaos vervollständigen.
Um 17.30 Uhr am 13. Februar starteten die ersten Einheiten der Zielbomber, deren Aufgabe es war, die zu bombardierende Fläche durch Zielwürfe abzustecken. Eine halbe Stunde später erhob sich die erste Welle - 244 Bomber vom Typ Lancaster - in die Luft.
Sie erreichte Dresden am 13. Februar, abends um 10 Uhr 10 Minuten und 30 Sekunden. Sie überflog eine nicht gewarnte Stadt. Denn der deutsche Luftwarndienst war überzeugt, daß Dresden als Angriffsziel wertlos sei. Nur die Bevölkerung von Leipzig war gewarnt worden, als die Flugzeuge immer tiefer nach Deutschland einflogen.
Von einer deutschen Luftwaffe konnte zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon keine Rede mehr sein. Ein bei Dresden stationierter Nachtjagdverband erhielt den Startbefehl viel zu spät. Während sich die deutschen Jäger vom Typ Me 110 in die Höhe der englischen Maschinen kurbelten, fielen bereits die ersten Bomben.
Alles verlief "mit grauenvoller Präzision" (Irving). Der Zielbomber zum Kontrollflugzeug: "Die Bomben scheinen jetzt richtig zu fallen." Das Kontrollflugzeug zum Zielbomber: "Ja. Es sieht recht gut aus." Elf Minuten später, um 10.21 Uhr, funkten die Bomber ihren Heimatstationen: "Ziel erfolgreich angegriffen."
Die zweite Welle - 529 Lancaster erreichte Dresden um 1 Uhr 23 Minuten am 14. Februar. Für den Anflug benötigten die Maschinen keine Ortungsgeräte: Flammen wiesen ihnen bereits aus 70 Kilometer Entfernung den Weg.
Entsetzt beobachtete der Chefbomber den Feuersturm in der Stadt, den ein frischer Südwestwind noch begünstigte. Die Flammen behinderten freilich auch die Sicht auf das Zielgebiet. So steckte die zweite Gruppe ein zweites Zielgebiet ab. "Es war das erste Mal", erinnert sich ein britischer Flieger, "daß mir die Deutschen leid taten." Und ein jüdischer Pilot fügte hinzu: "Ich fühlte zum erstenmal Mitleid mit der Bevölkerung."
Sogar das britische Luftfahrtministerium war von dem Ausmaß der Zerstörung überrascht. Es erklärte in einem Kommuniqué, die Flammen seien nach dem zweiten Angriff über 300 Kilometer weit sichtbar gewesen. Die Engländer hatten über der Stadt 650.000 Brandbomben abgeworfen.
Am Morgen des 14. Februar folgte ein dritter Angriff, ausgeführt von der amerikanischen Luftwaffe. Mustang-Jäger schossen auf Flüchtlinge, die sich aus der brennenden Stadt zu retten suchten, auf Kraftwagen und sogar auf die ausgebrochenen Tiere des Dresdner Zirkus Sarrasani.
Freilich: Die Briten und Amerikaner wurden ihres Erfolges nicht froh. Was Zeitungen aus neutralen Ländern über die Wirkung der drei Angriffswellen berichteten, wurde in der englischen Presse nachgedruckt. Der Bischof von Chichester, Bell, und der Labour-Abgeordnete Stokes protestierten öffentlich.
Luftwaffenminister Sir Archibald Sinclair ging zum Gegenangriff über. Er ließ im Unterhaus auf eine Frage des Abgeordneten Stokes antworten: "Es ehrt das Ehrenwerte Mitglied dieses Hauses nicht, wenn es hierher kommt und uns einreden will, eine Menge Luftmarschälle und Piloten säßen irgendwo und überlegten, wie sie möglichst viele deutsche Frauen und Kinder töten können."

Abermals wurde Dresden von den Westalliierten zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum und sogar zum Standort des deutschen Hauptquartiers befördert. Und ebenso rasch wurde die - falsche - Meldung verbreitet, der Angriff auf Dresden sei auf Bitten der Sowjets geflogen worden. Dabei hatte der Dresdner Bahnhof so wenig Schaden erlitten, daß drei Tage später der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.
Die deutsche Führung nutzte den Angriff in ihrer Weise. In deutschen Rundfunksendungen für Großbritannien zählte der amerikanisch-irische Kollaborateur William Joyce ("Lord Haw-Haw") die Kunstschätze auf, die in Dresden zerstört wurden.
Dagegen die englische BBC: "In Dresden gibt's kein Porzellan mehr." …<<

26.06.1963

West-Berlin: Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besucht am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin.
Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigt Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").
US-Präsident John F. Kennedy erklärt während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.
Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein sollten. ...
Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ...
Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:
Auch ich bin ein Berliner!<<

08.07.1963

BRD: Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.
Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.
Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.
Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.
Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzinger Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

04.10.1963

China: Die Wochenzeitung "Christ und Welt" berichtet am 4. Oktober 1963 über die chinesische Propaganda zur Entwicklungshilfe in Afrika (x191/204): >>... Wir können euch, den Afrikanern, nicht soviel Geld geben wie die weißen Teufel, die sich an euch und an uns bereichert haben und nun euch kaufen und auf diesem Wege neu kolonisieren wollen.
Was wir euch geben können, ist unsere brüderliche Solidarität und das Beispiel eines Volkes, das sich aus eigener Kraft entwickelt und zur modernen Großmacht aufsteigt.<<

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.
Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschüttert damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen finden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.
Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).
Lyndon B. Johnson wird wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärt, Kennedys Politik fortzusetzen.
Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wird 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachtbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.
Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.
Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...
Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."
Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?
Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er

in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.
Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?
Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.
Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals aus dem Fenster.
Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dallas" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.
Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.
Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?
Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).
Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<
Die Online-Zeitung "Newstopaktuell.wordpress.com" berichtet später (am 14. Oktober 2014) über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x1.163): >>**Die Rede die John F. Kennedy das Leben kostete**
Wer uns kennt, weiß sicher, daß wir Politkriminelle gern als das bezeichnen was sie sind: als Schwerverbrecher oder Schwerkriminelle. Nun kann man sich die Frage stellen: War das eigentlich immer so, daß alle Politiker Schwerverbrecher sind, bzw. waren???
Diese Frage können wir leider auf keinen Fall, mit Beweisen unterlegt, schlüssig beantworten.
Es gab jedoch mal einen Politiker, der den Anschein erweckte, daß es auch mal einigermaßen ehrliche Politiker gab (zumindest einen).

Wir schreiben heute über keinen geringeren als John Fitzgerald Kennedy, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war.
John F. Kennedy war zumindest der letzte Politiker, der sich gegen Volksverrat zur Wehr setzte.
In einer Rede ließ er das im Grunde nur "durch die Blume" erkennen. Allein das kostete ihn bereits sein Leben - oder war es womöglich doch etwas mehr, was John F. das Leben kostete?
Hören Sie nun zunächst die von uns beschriebene Rede des John F. Kennedy aus dem Jahre 1963:
Kaum bekannt ist, daß er am 4. Juni 1963 Executive Order No. 11110 unterschrieben hat. Eine Verordnung, die es der US-Regierung ermöglichte, eigenes, silbergedecktes Geld - die United States Note - herauszugeben, anstatt Zinsen für Federal Reserve Notes zu bezahlen.

Hochkriminelles verzinstes Geldsystem

Genau das war das endgültige Todesurteil für John Fitzgerald Kennedy.
Nach offiziellen Angaben wurde Kennedy am 22. November 1963 "durch die Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet".
Daß dem nicht so war, sondern daß Kennedy gezielt per Auftragsmord beseitigt wurde, steht heute völlig außer jeder Frage.
Wer die Auftragsmörder waren, steht heute ebenso außer jedweder Fragestellung. Siehe: Die schlimmsten Schwerverbrecher der Welt
Unter diesen schlimmsten Schwerverbrechern, die die Menschen dieser Welt jemals gesehen haben, werden Sie die Auftragsmörder finden, die für den Mord an John F. Kennedy verantwortlich sind.
Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt.
Das Staatsgeld wurde umgehend aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die Machenschaften der hochkriminellen Fed (Federal Reserve) eingemischt.
Nicht nur in den USA gab es schon vergeblichen Widerstand gegen die internationale Plutokratie.
Auch manch ein souveräner Staat, der sich dem globalen Schuldgeldsystem nicht unterordnen, sondern lieber sein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem verwirklichen wollte, ist heute Geschichte - zerstört und mit einer Marionettenregierung versehen "mit Hilfe" der Verbrecherregierungen der USA, die als Handlanger der internationalen Hochfinanz das herrschende, hochkriminelle verzinste und zinsesverzinste Geldsystem, bereits vielen Staaten gewaltsam aufgezwungen haben.
Die jungen, dummen, dafür mißbrauchten Soldaten dürften nicht geahnt haben, welchen Mächten, also welchen Schwerverbrechern sie da tatsächlich dienten.
Wir haben da im Übrigen noch eine Bitte an unsere geschätzten Leserinnen und Leser:
Aus dem Radio, im Fernsehen, in Zeitungen, also aus und in den Lügenmedien hört und liest man so oft: "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter.
Gewöhnen Sie sich bitte nicht an, das in Ihren Sprachschatz zu übernehmen, was die Lügenmedien Ihnen zu suggerieren versuchen.
Es sind nicht "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter, die schlimmste und schwerste Verbrechen begehen. Es sind nicht ganze Bevölkerungen, die das tun.
Es sind immer nur einige wenige Schwerkriminelle aus bereits genannten und andern Ländern, welche Schwerverbrechen begehen. Differenzieren Sie das bitte in Ihrem Kopf, und auch, wenn Sie mit anderen Menschen darüber sprechen.

Verallgemeinerungen sind kein Zufall
Verallgemeinerungen, wie: "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter, werden mit purer Absicht so verbreitet, denn diese Verallgemeinerungen erzeugen Haß von ganzen Völkern dieser Welt, gegen ganze Völker dieser Welt, obwohl in all diesen Völkern dieser Welt die allermeisten Menschen nett und freundlich sind und noch nie jemanden etwas getan haben.
Merken Sie sich bitte für alle Zeiten: Es sind immer nur einige wenige Schwerkriminelle, die schlimmste und schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen begehen. Ganze Völker würden das niemals tun.
Wir bitten sie daher nochmals inständig, das klar zu differenzieren. Wir bitten Sie darum, daß sie niemals wieder "die Amerikaner … die Russen … die Türken … die Griechen … die Deutschen" ... und so weiter sagen oder schreiben, wenn es sich um schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen, gegen die Menschen dieser Welt, und gegen die Menschlichkeit dieser Welt handelt. Es sind immer nur einige wenige Schwerverbrecher. Ganze Völker hatten damit noch nie etwas zu tun.
Sollten Sie das künftig beherzigen, dann danken wir Ihnen dafür nicht nur zutiefst, sondern auch dafür, daß sie persönlich, geistig wieder einmal vehement gewachsen sind.
Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von allein aufrecht.
Was wirklich geschieht, erfährst du nur, wenn du beginnst, dich eigenständig zu bilden. Verstehen heißt, zu ändern was ist.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy (x342/40-43): >>**Mister X packt aus**
_ *von Jürgen Elsässer*
… **Operation Northwoods**
Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.
Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.
Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.
Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.
Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.
Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand

zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschluß gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.
Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.
Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urheberschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".
Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschuß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:
"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen. Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen. Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."
Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy überging den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.
Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.
Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwik-

kelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles‘ alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neokonservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

20.12.1963

BRD: In Frankfurt beginnt am 20. Dezember 1963 ein Prozeß gegen 21 ehemalige Wachleute des KZ Auschwitz.

21.12.1963

BRD: Die Zeitung "Gießener Freie Presse" berichtet am 21./22. Dezember 1963 über einen Prozeß wegen der Ermordung einer vierköpfigen jüdischen Familie im November 1939 (x299/124): >>... Am Freitag sind nach siebentägiger Verhandlung vor dem Stuttgarter Schwurgericht die Urteile gesprochen worden.

Der 58 Jahre alte ... wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes an der vierköpfigen jüdischen Familie Haase im November 1939 im besetzten Polen zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. Der 45jährige ... erhielt wegen des gleichen Verbrechens zehn Jahre Zuchthaus.<<

31.12.1963

Jugoslawien: Der jugoslawischen Politiker und Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995) schreibt im Jahre 1963 über die Schwächen der kommunistischen Planwirtschaft (x149/135): >>Die kommunistische Planwirtschaft birgt eine Anarchie besonderer Art in sich. Obwohl sie geplant ist, ist die kommunistische Wirtschaft wahrscheinlich die verschwenderischste Wirt-

schaft in der Geschichte der Menschheit. ...
Das Fehlen jeder Art Kritik, ja selbst jeder Art ernstgemeinter Vorschläge führt unweigerlich zur Vergeudung und Stagnation. Gerade wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Allmacht können Unternehmungen, bei denen Vermögen verschleudert werden, selbst bei den besten Absichten nicht vermieden werden.
Man kümmert sich aber wenig darum, wieviel solche Unternehmungen die Gesamtwirtschaft kosten. Wieviel kostet das Volk eine vernachlässigte Landwirtschaft?
Wieviel kostet das tote Kapital, das in unergiebigen Industrien angelegt wird? ...
Wieviel kosten unterbezahlte Arbeiter, die systematisch faulenzen?
Wieviel kostet schlechte Qualität in der Produktion?
Diese Kosten können nicht berechnet, sie können nicht einmal geschätzt werden. ...<<

BRD: Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklären in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

1964

>>Wir wandern nun schon viele hundert Jahr' und kommen doch nicht zur Stelle - der Strom wohl rauscht an die tausend gar und kommt doch nicht zur Quelle.<< (Josef von Eichendorff)

16.03.1964

USA: US-Verteidigungsminister McNamara schreibt am 16. März 1964 im "Süd-Vietnam-Bericht" für Präsident Johnson (x299/180-181): >>... Wir streben ein unabhängiges, nichtkommunistisches Süd-Vietnam an. Wir verlangen nicht, daß es dem Westen als Stützpunkt diene oder ein Mitglied des westlichen Bündnisses werde. Es muß Vietnam jedoch freistehen, zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit erforderlichenfalls Hilfe von außen anzunehmen. Diese Hilfe sollte möglichst nicht nur in Form von wirtschaftlichen und sozialen Pressionen gegeben werden, sondern auch polizeiliche und militärische Hilfe zur Ausrottung und Bekämpfung aufständischer Elemente umfassen.
Wenn wir dieses Ziel in Süd-Vietnam nicht erreichen, wird voraussichtlich ganz Südostasien unter kommunistische Herrschaft geraten (Vietnam, Laos und Kambodscha), sich mit den Kommunisten arrangieren, um einen wirksamen US- und antikommunistischen Einfluß zu beseitigen (Burma). ... Thailand hielte sich mit unserer Hilfe vielleicht noch einige Zeit, würde aber unter schwerem Druck stehen. Selbst die Philippinen würden ins Wanken geraten und die Bedrohung Indiens im Westen, Australiens und Neuseelands im Süden und Taiwans, Koreas und Japans im Norden würde erheblich wachsen. ...
(Dies zeigt) die Bedeutung, die ein kommunistisches Süd-Vietnam nicht nur für Asien, sondern auch für die übrige Welt hat, wo der Süd-Vietnamkonflikt als Testfall für die Fähigkeit der Vereinigten Staaten gilt, einer Nation in ihrer Abwehr eines "Befreiungskrieges" Hilfe zu leisten.<<

22.03.1964

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschließt am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...
3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwi-

schen Staaten, Völkern und Menschen.
4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.
5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...
7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...
10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.
11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.
12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...
13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<
Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärt am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

28.05.1964

Iran: Der spätere iranische Schiitenführer (Ayatollah) Ruhollah M. Khomeini (1902-1989) erklärt am 28. Mai 1964 (x073/331): >>... Die Welt soll es wissen, daß alle Probleme des iranischen Volkes und aller moslemischen Völker durch Fremde, durch die Amerikaner, verursacht worden sind.
Die islamischen Völker hassen all diese Fremden und Amerikaner ganz besonders. Das Elend der islamischen Völker beruht auf der Einmischung von Fremden in ihre Angelegenheiten. Es sind Fremde, die unsere wertvollen Bodenschätze ausgeplündert haben und immer noch ausplündern. ...
Es ist Amerika, das uns unsere Abgeordneten direkt oder indirekt aufzwingt. Es ist Amerika, das den Islam und den Koran als für seine Interessen schädlich betrachtet und zu beseitigen versucht. ... Es ist Amerika, das unser islamisches Volk wie Untermenschen und schlimmer behandelt.
Das islamische Volk ist verpflichtet, diese Ketten zu sprengen. ... Alle Schichten der Bevölkerung werden aufgefordert, ihre kleinen Querelen untereinander zu überwinden und sich auf dem heiligen Weg zur nationalen Souveränität und Beseitigung aller Unterdrückung zu mobilisieren. ...
Das Ziel aller geistlichen Führer und islamischen Gelehrten ist eins: Und das ist eine absolute

Bejahung der heiligen Gesetze des Islams und Korans sowie uneingeschränktes Engagement für die Sache aller Moslems.<<

01.06.1964

Palästina: Der Erste Palästinensische Nationalrat beschließt am 1. Juni 1964 die Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (x175/577).

Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verkündet damals (x243/254): >>Die bewaffnete Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, um die zionistische und imperialistische Invasion vor der großen arabischen Heimat abzuwehren.

Die Teilung Palästinas aus dem Jahre 1947 und die Gründung Israels sind von Grund auf nichtig. Denn sie widersetzen sich dem Willen des palästinensisch-arabischen Volkes und seinem natürlichen Recht auf seine Heimat; sie widersprechen den Grundsätzen der Vereinten Nationen, vor allem dem Recht auf Selbstbestimmung. ...

Das arabisch-palästinensische Volk ... weist alle Lösungen, die einen Ersatz für die vollständige Befreiung Palästinas darstellen, zurück. ...<<

08.06.1964

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

14.07.1964

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 14. Juli 1964 über den "Pseudokommunismus Chruschtschows" (x299/158): >>Chruschtschow bezeichnet den Kampf der Arbeiterklasse für den Kommunismus nicht als einen Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, sondern als einen Kampf für einen "ordentlichen Teller Gulasch".

Im Kopf Chruschtschows ... (ist) sein Ideal bloß eine bürgerliche Spießergesellschaft. Das Urbild seines "Kommunismus" findet Chruschtschow in den USA. ... Es ist nur ein anderer Name für Kapitalismus.<<

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/331-336): >>**Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf**

Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.
Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schanzt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.
Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.
Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.
Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."
So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).
Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.
... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.
Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennützigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.
In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhältigen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten

Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...
Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."
Alles erstunken und erlogen.
Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vizepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer. Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.
Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.
Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des 6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.
Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt. Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequent kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)
Nun aber volle Kraft voraus.
Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Februar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht." Denn die ganze Blutrunst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...
War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:
"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."

Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.
Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.
Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar etwas Marine-Infanterie folgen lassen.
Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.
Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte. Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.
Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.
Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinah lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...
Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können. ...<<

10.09.1964

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**
... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."
Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

14.10.1964

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow wird am 14. Oktober 1964 gestürzt und muß zurücktreten.
Leonid Breschnew (1906-1982, seit 1964 Staats- und Parteichef) und Alexej Kossygin (1904-1980, seit 1964 Ministerpräsident) übernehmen danach die Führung der sowjetischen Regierung.

BRD: Die "Rhein-Neckar-Zeitung" berichtet am 14. Oktober 1964 (x191/204): >>... Der Generalsekretär des Außenministers von Mali begrüßte in Ostberlin die Mauer.
Wie das SED-Zentralorgan berichtet, sagte Keita: "Wir sind stolz darauf, daß unsere Freunde der DDR trotz aller Provokationen mit viel Geduld und Kaltblütigkeit den Frieden an dieser

Stelle sichern."
Seit 1961 erhielt Mali von der Bundesrepublik Kapitalhilfezusagen in Höhe von 25,7 Millionen DM.<<

26.10.1964

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.
Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...
1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.
2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.
3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.
4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.
5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.
Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.
6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...
8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

03.11.1964

USA: Lyndon B. Johnson (1908-1973, Parteimitglied der "Demokraten") wird am 3. November 1964 zum 36. Präsidenten der USA gewählt.

27.11.1964

BRD: Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf ver-

lassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. Juni 2016) über Willy Brandt: >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**
Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.
Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

31.12.1964

BRD: In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1964 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x059/106-108): >>... Schon im Herbst 1944 flohen viele Deutsche aus Ostpreußen und Schlesien nach Westen. Ihnen folgte seit dem Mai 1945 der Strom der Vertriebenen, denen ein folgenschwerer Beschluß der Sieger die Heimat geraubt hatte.
Im Potsdamer Abkommen steht zu lesen: "Die Aussiedlung soll in geordneter und menschlicher Weise geschehen. ...
Innerhalb eines Jahres wurden 12 Millionen Menschen über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Hinter sich zurück ließen die Vertriebenen ihre Heimat. Sollte sie verloren sein, auf immer verloren?
Massentransport auf Massentransport rollten aus dem Osten heran: Schlesier, Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, Deutsche aus Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.
In aller Eile wurden Barackenlager errichtet, denn es gab in den zerbombten Städten kein Obdach für die Vertriebenen. ... Es fehlte an Betten, es fehlte an Kleidung, es gab weder Hausrat noch Medikamente.<<

1965

>>Der Mensch, der seinen Geist nicht über sich erhebt, der ist nicht wert, daß er im Menschenstande lebt.<< (Angelius Dilesius)

27.01.1965

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1965) schreibt am 27. Januar 1965 über den Bericht "Eichmann-Prozeß in Jerusalem" von Hannah Arendt (1906-1975): >>**Eichmann in Jerusalem**
... Hannah Arendt, vor der Nazi-Herrschaft in Deutschland promoviert, wurde von einer amerikanischen Zeitschrift nach Jerusalem geschickt. Ihr kommentierender Bericht über den Eichmann-Prozeß kam nahezu zwei Jahre nach seinem Erscheinen im "New Yorker" in deutscher Übersetzung heraus.
In einem Fernsehinterview hat Frau Arendt über 1933 gesagt: "Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten ... das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete ... Und ich konnte feststellen, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht." Und: "Ich war natürlich nicht der Meinung, daß deutsche Juden und deutschjüdische Intellektuelle, wenn sie in einer anderen Situation gewesen wären, ... sich wesentlich anders verhalten hätten".
Das klingt sehr kalt, aber man muß im Versuch, zu verstehen, was in einem Menschen vorgeht, nicht sehr tief dringen, um auf den Schmerz zu treffen über die Schwäche, die Hinfällig-

keit der liebenswerten Seiten, wenn ein kalter Wind von den öffentlichen Plätzen zu wehen beginnt. Zuweilen steigert sich Hannah Arendts Affektkontrolle zur hochmütigen Geste.
Nicht wenige der Kritiker des Eichmannbuches halten offenbar die Autorin für eine eitle, originalitätssüchtige Person, was ihnen angesichts des Gegenstandes, den sie behandelt, quälend peinlich erscheint. Liest man die 25 Kritiken des Buches, die in dem Band "Die Kontroverse - Hannah Arendt, Eichmann und die Juden" gesammelt sind, so zeigt die Mehrheit diese irritierte Haltung. Das Buch hat also sein Schicksal gehabt. Es bleibt einem keine Wahl: Man ist zur Parteinahme gezwungen. Ich erkläre mich dafür.
Trotzdem scheint mir die Erregung der jüdischen Kritiker verständlich genug; sie brauchen sich nicht zu schämen, daß sie nach dem Mord an Millionen wehrlosen Menschen ihres Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen wollen. Aber wie lange kann der Historiker mit seiner Bestandsaufnahme warten? Wenn wir die schwache Hoffnung einräumen, daß wir aus der Geschichte - hinsichtlich unserer Triebnatur - etwas lernen könnten, muß diese Hoffnung sich an die unentrinnbare Frage nach den Gründen knüpfen.
Das ist kein gefälliges Amt, und Frau Arendt ist vermutlich nicht das, was man eine verbindliche Natur nennt. Das Unheil aber, je uferloser es war, gibt zu wenig von den Antriebskräften, den Widerständen, den lokalen Bedingungen preis, in denen es sich vollzog. Und wer sagt uns, daß es nicht nur ruht, wie die großen Seuchen ruhten bis zum nächsten Ausbruch? Es schreibt sich leicht, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung die Regel war. Wissen wir eigentlich, was da vor sich geht?
Das Entsetzen über die Befähigung des Menschen, seinesgleichen zu Millionen umzubringen, macht uns fassungslos. Daß andere Millionen unbeschwert den Schlaf fanden, als man ihre jüdischen Mitbürger auf den Lastwagen abholte, ist das eigentlich zu verstehen? Warum sind wir nicht zu Tausenden ins Gefängnis gegangen, um die Deportationen zu verhindern?
Kein Gefühl allein kann uns die Fragen beantworten. Nur die beharrliche kritische Selbstbetrachtung. Ich mißtraue einer Geschichtsschreibung, die sich solche Fragen nicht stellt, und die warten wollte, bis die letzten lebenden Zeugen ihren Schmerz und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Wartet sie, dann kann sie die Fragen zwar stellen, aber kaum noch beantworten.
Hannah Arendts Berichterstattung ist mit provozierender Absicht unpathetisch; sie nimmt sich die Freiheit, sich auch in einen Angeklagten einzufühlen, den die Staatsanwälte zum Monstrum aufzubauschen sich bemühten, während doch das Monströse im "Apparat" zu suchen war, der Menschen frißt, als handle es sich dabei um Transportprobleme; der, immun für Witz und Aberwitz, jeden Privatwahn Hitlers, Himmlers, Heydrichs in die Tat umzusetzen gestattete.
Die Einfühlung, welche die Autorin übt, fördert, besser als jedes Pathos, die "Tatsachenwahrheit" zutage. Eichmann war kein Haupttäter, aber er war trotzdem beispielhaft: "Er hat sich niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte."
Diese "schiere Gedankenlosigkeit" und absolute Unfähigkeit, die Dinge einmal von der Seite des anderen zu sehen, hat er während des Prozesses immer wieder gezeigt: eine unheimliche Unfähigkeit zu jeder Form der Dialektik, zum Erfassen von Alternativen und damit zum Erfassen dessen, was Freiheit meint.
Je weiter man den Bericht liest, desto mehr wird dieser Verlust der Fähigkeit, Mitgefühl mit den zu Planziffern gewordenen Juden haben zu können, ein Problem ersten Ranges, für die Menschenkunde. Die Opfer werden gleichzeitig entmenschlicht und entwirklicht.
Nicht irgendwelche sadistischen Urmotive, sondern diese vorstellungslose Achtlosigkeit ließ Eichmann zu einem Verwaltungsmassenmörder werden. Auf jener berüchtigten "Wannseekonferenz" im Jahre 1942, als die "Endlösung" vorangetrieben wurde, begegnet man ihr wieder: Die Generäle zeigten eine "überraschend gute Haltung", das heißt, sie liehen oft den

Einsatzkommandos der SS ihre eigenen Soldaten, damit sie bei den Massakern assistierten. Und wie war es mit der deutschen Industrie, die sich in der Nähe von Auschwitz ansiedelte? "Die Arbeitsbedingungen waren so schlecht, daß die Absicht, durch Arbeit zu töten, klar zu erkennen war." Der Kommandant Höß des Konzentrationslagers berichtete von den "besten gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der IG-Farbenwerke".
Wir haben eigentlich wenig Grund, an Eichmanns Selbstverteidigung Kritik zu üben, wenn er sagte, nichts habe "so wirksam zur Beruhigung seines Gewissens beigetragen wie die schlichte Tatsache, daß er weit und breit absolut niemanden entdecken konnte, der wirklich gegen die 'Endlösung' gewesen wäre".
Wie soll man nach solchem Absterben der Mitleidensfähigkeit und nach der administrativen Austilgung durch die Ideologie entmenschlichter Mitmenschen sein lebensnotwendiges Selbstgefühl wiederherstellen? Wir haben es vornehmlich auf zwei Wegen geschafft: durch Ungeschehenmachen - die Trümmer sind durch Neubauten ersetzt, die zumeist überhaupt nicht mehr verraten, was zuvor am gleichen Ort stand; und durch Verleugnung. Das heißt, die peinlichen Erinnerungen werden aus dem Gedächtnis abgeschaltet. Mit anderen Worten: Bewältigung der Vergangenheit könnte nur durch eine Veränderung des Selbstgefühls geschehen.
Da die Autorin sich jede idealisierende Ausschweifung verbietet, kommt an Eichmann das Banal-Durchschnittliche, und kommt an den Verfolgten heraus, daß auch sie Menschen waren, entsetzlich geängstigte und verlassene Menschen, und daß man Menschen erniedrigen kann. Nicht als ob das Aufzeigen der Seiten, welche die idealisierenden oder verteufelnden Klischees nicht sehen wollen, die, Front von Recht und Unrecht verwischen könnte; es gehört zur Anstrengung des Verstehens der Tatsachen. Es ist ein Stück der Naturtreue.
Im Rückblick auf das Inferno, das die europäischen Juden durchgemacht haben, bedarf es der größten Selbstdisziplin der Autorin, um die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes zu sehen, anzuerkennen und als "Tatsachenwahrheit" hinzunehmen. Unter anderem schneiden in Arendts Buch einige bedeutsame Männer, die ins Klischee uneingeschränkter, quasi schattenloser Humanität geraten sind, schlechter ab, als ihr "Image" es zuläßt. Mir scheint, sie verlieren nichts dabei; sie rücken uns wieder näher, werden wahrscheinlicher.
Hannah Arendt vertritt die These, die Verluste der Juden, hätten sie sich nicht den Anordnungen der von den Nazis eingesetzten Judenräte gefügt, wären möglicherweise bei weitem nicht so hoch gewesen. Denn die Judenräte dienten den Nazis dazu, die verwaltungstechnischen Aufgaben der "Endlösung" zu vollbringen.
Macht man sich von dem verborgen weiterwirkenden Diktat des Rassendenkens frei, so ist es klar, daß die Juden natürlich in erster Linie von preußisch-deutschen und habsburgischen Herrschaftsverhältnissen und nur zu einem geringen Teil von ihrem religiösen Kult bestimmte Menschen waren. Wieso sollten eigentlich die deutschen Juden weniger obrigkeitsfromm gewesen sein als die übrigen Deutschen? Wieso sollten sie nach langer Emanzipationsphase und Assimilation auf das Hereinbrechen einer Katastrophe (die unter anderem im Seelischen zur "schieren Gedankenlosigkeit" führte) besser gerüstet gewesen sein, als es zum Beispiel die deutschen Parteien oder die christlichen Kirchen und ihre Führer waren?
Wir müssen diese Wirklichkeit in immer neuen Anstrengungen durchdenken, um zu verstehen, zum Beispiel, daß der moderne Verwaltungsstaat die Mittel hat, jede Gruppe der Bevölkerung bis zur äußersten Perversion ihrer eigenen Interessen zu erniedrigen und sich selbst zu entfremden.
Durch die pathetisch fehlgelenkte Anklage des Staatsanwalts Hausner ging vieles, was hätte behandelt werden sollen, unter. Der Jerusalemer Prozeß habe, so meint Frau Arendt, der Welt nicht im wahren Ausmaß "die Totalität des moralischen Zusammenbruches, ... den die Nazis

in allen, vor allem auch den höheren Schichten der Gesellschaft ganz Europas verursacht haben - nicht allein in Deutschland -", vor Augen geführt.
Angesichts der lückenlosen Vernichtungsmaschinerie nimmt sich Herrn Hausners Frage an die Zeugen: "Warum habt ihr nicht rebelliert?" wie eine sinnlose und grausame Frage aus. Es liegt nahe zu denken, daß sie der Vernebelung einer anderen, angemesseneren dienen mußte, die, wie Hannah Arendt feststellt, an die jüdischen Führer nicht gestellt wurde: "Warum habt ihr die Mitarbeit an der Zerstörung eures eigenen Volkes und letztlich an eurem eigenen Untergang nicht verweigert?" Und diese Frage ist sehr viel schwerer zu beantworten als die, warum kein jüdischer Volksaufstand, der sich in unserem Lande jedenfalls auf keine Verbündeten hätte stützen können, stattgefunden hat.
Der Prozeß hat dazu noch, meint Hannah Arendt, sorgfältig vermieden, "die nahezu allseitige Verstrickung des deutschen gegenwärtigen öffentlichen Lebens, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, in Geschäfte und Handlungen, die mehr oder weniger direkt mit der Judenausrottung zu tun hatten, auch nur zu berühren".
Und es muß uns immerhin zu denken geben, daß selbst unter den deutschen Widerstandskämpfern seltsame Vorstellungen herrschten. So wollte etwa Goerdeler "die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen", er schlug aber - und dies im Jahre 1942 - eine "Dauerlösung" vor, die sie aus der "unwürdigen Stellung eines mehr oder weniger unerwünschten 'Gastvolkes' in den Ländern Europas erlösen" sollte. Er dachte an einen selbständigen Judenstaat in Kanada oder in Südamerika. Eichmanns Lieblingsidee war ein solcher Staat auf Madagaskar.
"Eichmann in Jerusalem" ist ein überaus unbequemes Buch. Für einen jüngeren Leser, der die Geschichte besser verstehen möchte, in welche die Väter verstrickt waren, scheint es mir ein vorerst unersetzliches Übungsbuch zu sein, ein Leitfaden, wie man es vermeidet, sich zwischen geschichtlichen Suggestionen zu verirren, durch die man Beruhigung, aber wenig Belehrung erfährt.
Hannah Arendt ist in einem von Emotionen besetzten Bereich um die Rekonstruktion der Zusammenhänge bemüht, um der Einsicht willen, die - vielleicht - vernünftigeres Handeln erlauben wird. Sie berichtet nicht nur, was von jener Wirklichkeit zutage kam, in der Eichmann operierte, sondern ebenso von der anderen Wirklichkeit, in welcher der Prozeß stattfand.
Wer nachlesen will, welche Irrtümer der Autorin vorgehalten werden, der lese "Die Kontroverse". Diese Lektüre wird ihm dann zugleich beweisen, wie außerordentlich schwer es ist, der Geschichte Erkenntnis abzugewinnen. Hannah Arendt scheint mir hier ihren Kritikern gegenüber entschieden im Vorsprung, trotz ihrer gelegentlichen kerndeutschen Neigung, niemanden beim Erteilen von Zensuren auszulassen.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Hannah Arendt (x169/18-22): >>... Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten sechziger Jahren rührten nur eine Handvoll Bücher und Filme an das Thema. In den USA wurde nur ein Hochschulseminar zu diesem Gegenstand angeboten. Als Hannah Arendt 1963 *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte, konnte sie sich nur auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen in englischer Sprache beziehen - Gerald Reitlingers *Die Endlösung* und Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden.* Hilbergs Meisterwerk schaffte es nur knapp, das Licht der Welt zu erblicken.
Sein Doktorvater an der Columbia University, der deutsch-jüdische Sozialtheoretiker Franz Neumann, riet ihm dringend ab, über das Thema zu schreiben ("Das wird Ihre Beerdigung"), und kein Herausgeber eines Universitäts- oder eines Publikumsverlags wollte mit dem vollendeten Manuskript zu tun haben. Als *Die Vernichtung der europäischen Juden* schließlich veröffentlicht wurde, erhielt es nur wenige, zumeist kritische Besprechungen.
Nicht nur die Amerikaner im allgemeinen, sondern auch die jüdischen Intellektuellen schenk-

ten der "Massenvernichtung" der Juden durch die Nazis wenig Beachtung. In einer maßgeblichen Untersuchung von 1957 berichtete der Soziologe Nathan Glazer, daß die Endlösung der Nazis (wie auch der Staat Israel) "bemerkenswert geringe Auswirkungen auf das Seelenleben der amerikanischen Juden hatte".
Bei einem Symposium zum Thema "Judentum und die jüngeren Intellektuellen", das die Zeitschrift *Commentary* 1961 veranstaltete, betonten nur zwei von einunddreißig Rednern ihre Bedeutung. In einer Gesprächsrunde zum Thema "Mein jüdisches Selbstverständnis", zu der die Zeitschrift *Judaism* im Jahr 1961 einundzwanzig gläubige Juden eingeladen hatte, wurde das Thema ebenfalls fast vollständig außer Acht gelassen.
In den Vereinigten Staaten gab es keine Denkmäler oder Gedenkfeiern, um angesichts der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ein Zeichen zu setzen. Im Gegenteil, wichtige jüdische Organisationen widersetzten sich einem solchen Gedenken. Es fragt sich nur, warum?
Der gängigen Erklärung zufolge waren die Juden wegen der Massenvernichtung durch die Nazis traumatisiert, weshalb sie die Erinnerung daran unterdrückten. Doch in Wahrheit gibt es keinen Beleg, der diesen Schluß stützen würde. Zweifellos wollten manche Überlebende damals (und auch in späteren Jahren) nicht über das sprechen, was geschehen war. Viele andere jedoch wünschten sich sehr, darüber zu reden, und wollten, sobald sich eine Gelegenheit ergab, gar nicht mehr damit aufhören. Das Problem lag darin, daß die Amerikaner nicht zuhören wollten.
Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit. In innen- wie außenpolitischen Angelegenheiten gingen die jüdischen Eliten Amerikas konform mit der offiziellen Politik der USA.
Das machte es leichter, die überlieferten Ziele wie Assimilation und Zugang zur Macht zu erreichen. Mit Beginn des Kalten Krieges stürzten die Organisationen des jüdischen Mainstream sich in den Kampf. Die jüdischen Eliten Amerikas "vergaßen" die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, weil Deutschland - seit 1949 Westdeutschland - zu einem entscheidenden Nachkriegsverbündeten der Amerikaner in der Konfrontation der USA mit der UdSSR wurde. Es brachte nichts ein, die Vergangenheit ans Licht zu zerren; tatsächlich wurde dadurch alles komplizierter.
Mit kleineren Vorbehalten (die man rasch fallenließ) stimmten die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Juden schnell der Unterstützung eines wiederbewaffneten und kaum entnazifizierten Deutschland durch die USA zu. Weil man befürchtete, daß "jede organisierte Opposition amerikanischer Juden gegen die neue Außenpolitik und gegen den veränderten strategischen Ansatz sie in den Augen der nichtjüdischen Mehrheit isolieren und ihre Nachkriegserrungenschaften im Inland gefährden könnte", predigte das *American Jewish Committee (AJC)* als erste Organisation die Vorzüge dieser Wiedereingliederung.
Der pro-zionistische Jüdische Weltkongreß *(World Jewish Congress, WJC)* und seine amerikanische Dependance ließen ihren Widerstand fallen, nachdem Anfang der fünfziger Jahre mit Deutschland eine Übereinkunft über Entschädigungszahlungen unterzeichnet worden war, während die *Anti-Defamation League (ADL, Anti-Diffamierungsliga)* 1954 als erste wichtige jüdische Organisation eine offizielle Delegation nach Deutschland entsandte. Gemeinsam mit der Bonner Regierung arbeiteten diese Organisationen daran, die unter den Juden verbreitete "antideutsche Welle" einzudämmen.
Noch aus einem anderen Grund war die "Endlösung" für die jüdischen Eliten Amerikas ein Tabu. Politisch links stehende Juden, die gegen das durch den Kalten Krieg bedingte Arrangement mit Deutschland gegen die Sowjetunion waren, hörten nicht auf, darauf herumzureiten. Das Andenken an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde deshalb als

kommunistische Angelegenheit abgestempelt.
Behaftet mit dem Klischee, das Juden mit Linken gleichsetzt - in der Tat stammte 1948 ein Drittel der Stimmen für den fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace von jüdischen Wählern -, schreckten die jüdischen Eliten Amerikas nicht davor zurück, jüdische Mitbürger auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern.
Indem das AJC und die ADL ihre Unterlagen über angebliche jüdische Umstürzler den Behörden zur Verfügung stellten, beteiligten sie sich aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära. Das AJC billigte die Todesurteile gegen die Rosenbergs, während seine Monatszeitschrift *Commentary* in einem Leitartikel erklärte, diese seien nicht wirklich Juden.
Aus Angst, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, lehnten es die konformistischen jüdischen Organisationen ab, mit Nazi-Gegnern aus der deutschen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten; ebenso lehnten sie den Boykott deutscher Hersteller ab und beteiligten sich nicht an öffentlichen Demonstrationen gegen Ex-Nazis, die durch die USA reisten.
Andererseits mußten bekannte deutsche Dissidenten wie der protestantische Pastor Martin Niemöller, der acht Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte und sich nun gegen den antikommunistischen Kreuzzug aussprach, beim Besuch der USA Schmähungen der führenden amerikanischen Juden über sich ergehen lassen. …<<

04.02.1965

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

06.02.1965

Vietnam: Die US-Luftwaffe beginnt am 6. Februar 1965 mit massiven Bombenangriffen gegen nordvietnamesische Städte (Beginn des Vietnamkrieges von 1965-1975).
Die verheerenden US-Flächenbombardements fordern in den folgenden Jahren unzählige Opfer unter der Zivilbevölkerung Vietnams.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Luftkrieg in Vietnam (x068/341-342): >>... Vor dem Krieg hatten hohe US-Militärs geprahlt. Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Tatsächlich warfen sie ein enormes Vernichtungspotential auf das Land. Die Masse der eingesetzten Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkriegs um das Dreifache.
Allein auf das kleine Laos haben die USA, bis sie 1973 ihre (militärisch erfolglosen) Bombardements einstellten, über 2 Millionen Tonnen Bomben für 7,2 Milliarden Dollar abgeladen, ein Drittel mehr als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland.
Dabei bombardierten sie sowohl Laos wie Kambodscha, auch Vietnam selbst, ohne jede Kriegserklärung, unter völliger Mißachtung des Völkerrechts und der "Genfer Konvention". "Für mich hat die Rechtsfrage in dieser Sache keine Bedeutung", sagte der seinerzeitige Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge. Klar: Rechtsfragen gelten vor allem im Frieden – und auch da meist bloß für kleine Gauner.
Insgesamt wurden im Vietnamkrieg 7,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Und die meisten Lufteinsätze waren nackter Terror – Flächenbombardements. So sagte General Johnson, der Heeres-Stabschef: "Wir gehen rücksichtslos vor, wie eine Dampfwalze, und bombardieren ausgedehnte Gebiete, nicht auf Grund genauer Nachrichten ausgewählte Ziele".
Die amerikanischen Bomben und Granaten haben unterschiedslos alles zerstört, Schulen und Krankenhäuser, Kirchen und Pagoden, historische Denkmäler und die landschaftliche Schönheit Vietnams.

Dabei operierte man gern, wofür war man fortschrittlich, mit Novitäten (Neuheiten). Vor allem mit Brennbarem. Zum Beispiel mit Phosphor, weißem Phosphor mit hoher Hitzeentwicklung, die einen Menschen bis auf die Knochen verascht. Oder mit Napalm; ein leicht entzündbares, vor dem Einsatz meist mit Benzin gemischtes Pulver, das Temperaturen bis zu 2.000 Grad entwickelte. Zeitweise warf man monatlich 50 Millionen Liter Napalm ab, die 10.000 qkm Land zu einer feuerverheerten Wüste machen konnten. Man verwandte auch Thermintenbomben, die Temperaturen bis zu 3.000 Grad erzeugten.
Allein viele Hunderttausende von Kindern wurden derart getötet, verwundet verbrannt, Gesichter und Körper oft schrecklich vom Feuer zerfressen, für immer entstellt. ...<<

25.03.1965

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten nach Ablauf bestimmter Fristen.
Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahndung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.
Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.
Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).
Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69 das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhafte Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.
Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

17.04.1965

DDR: Walter Ulbricht berichtet am 17. April 1965 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" über den politischen Neuanfang der KPD in Berlin (x296/206 L): >>... Unser Vorteil bestand darin, daß wir gut vorbereitet waren. In unserer Parteiführung war schon zur Zeit als die Sowjettruppen die Weichsel überschritten hatten, eine Kommission gebildet worden zur Ausarbeitung der ersten Maßnahmen, die im Kampf zur Liquidierung des Hitlerfaschismus getroffen werden mußten. Ich war Vorsitzender dieser Kommission. Wir haben alle Details ausgearbeitet, einschließlich der Organisation der Verwaltungen bis zu den Fragen der Organisierung des kulturellen Lebens.<<

April 1965

BRD: Die Landsmannschaft der Oberschlesier fordert im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".

In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.

Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?

Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

13.05.1965

Israel: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

Mai 1965

BRD: Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. …

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:

Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem

jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft.
Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.
Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.
Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.
Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...
Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.
Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.
Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.
Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er wissenschaftlich eingeplant wurde.
Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.
Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.
Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für

Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.
Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

03.06.1965

Polen: Der "Tagesspiegel" berichtet am 3. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslav Komenek (x064/29): >>... "Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz", erklärte der polnische Bischof Komenek von Breslau in der jüngsten Ausgabe der katholischen Zeitschrift "Tygodnik Powszechny".
"Es ist eine allgemein bekannte und bezeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deutschen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein", schreibt Komenek.
Bei dieser Feststellung handele es sich keineswegs um eine polnische Analogie (Ähnlichkeit) zum deutschen Drang "Drang nach Osten". "Es handelt sich einfach um Lebensbedingungen für Menschen, für die anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben ist.
Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte".
Komenek erklärt, er habe aus der Bundesrepublik, vor allem von jungen Menschen, viele Briefe erhalten, die "einen stillen Verzicht auf den deutschen Besitz der Westgebiete enthalten. ... Einen ähnlichen psychischen Prozeß erleben wir auch in Polen hinsichtlich unserer ehemaligen Ostgebiete" ...<<

08.06.1965

China: Die Zeitung "Peking Rundschau" berichtet am 8. Juni 1965 über den "Vietnam-Krieg" (x299/181-182): >>... Seit die Vereinigten Staaten eine große Anzahl von Truppen zu Angriffen nach Süd-Vietnam geschickt haben, hat das ganze vietnamesische Volk, einschließlich der Bevölkerung im Norden, sich das Recht gesichert, sein Äußerstes zu tun, um die USA-Aggressoren zurückzuschlagen.
Seit die USA-Aggressoren den Norden Vietnams Tag und Nacht bombardieren, existiert die provisorische militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nicht mehr, und das Volk vom Norden Vietnams hat keinerlei weitere Beschränkungen seinen Landsleuten im Süden zu helfen ... (und) hat sich das chinesische Volk das Recht gesichert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem vietnamesischen Volk zu helfen. ...<<

28.06.1965

Polen: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Kardinals Stefan Wyszynski anläßlich des 20. Jahrestages der "Heimkehr" der polnischen Westgebiete (x064/29): >>... Wir können mit Autorität feststellen, daß es in unseren Augen und in den Augen der Kirche und des Heiligen Stuhls keine ... Differenzen zwischen (Diözesen in den polnischen "Westgebieten") und den Diözesen in Mittelpolen gibt. Die Vollmachten der Bischöfe sind die gleichen.
Es sind nur noch geringe formale Schwierigkeiten zu beheben, und wir vertrauen darauf, daß dies durch ruhige Geduld und etwas Takt erreicht werden kann. ..."
Wyszynski wies darauf hin, daß die Diözesen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebie-

ten jenen entsprächen, die im Jahr 1000 auf dem Kongreß von Gnesen auf Anweisung Papst Paul Sylvesters geschaffen worden seien.<<

01.07.1965

USA: Der US-Diplomat George W. Ball (1909-1994) schlägt Präsident Johnson am 1. Juli 1965 eine Kompromißlösung für den "Vietnam-Krieg" vor (x299/182): >>... Der Krieg geht verloren: Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietkong. Niemand kann ihnen garantieren, daß wir den Vietkong schlagen oder ihn auch nur zu unseren Bedingungen an den Konferenztisch zwingen können, ganz gleich wie viele Hunderttausende an weißen, ausländischen (US) Soldaten wir auch entsenden mögen.

Niemand hat bisher bewiesen, daß eine weiße Bodentruppe gleich welcher Stärke einen Guerillakrieg gewinnen kann, der zu gleicher Zeit ein Bürgerkrieg unter Asiaten ist und der auf Dschungelterrain inmitten einer Bevölkerung geführt werden muß, die die Zusammenarbeit mit den weißen Truppen (und den Südvietnamesen) ablehnt und damit den Spionageabsichten der anderen Seite große Vorteile bietet. ...

Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen in Süd-Vietnam begrenzen und nach einem Ausweg suchen, der auf lange Sicht nur geringe Kosten verursacht?

Die Alternative ist ... beinahe mit Sicherheit ein in die Länge gezogener Krieg, der die amerikanischen Streitkräfte in nicht absehbare Verwicklungen einbezieht, der steigende amerikanische Verluste bringt, der keine Gewißheit eines befriedigenden Abschlusses ... birgt.

Haben wir erst einmal schwere Verluste erlitten, so ist damit ein nahezu nicht umkehrbarer Prozeß eingeleitet. Wir werden so tief in den Konflikt verwickelt werden, daß wir, ohne eine Demütigung unserer nationalen Empfindungen hinzunehmen – von unseren Zielen nicht eher ablassen können, als wir sie erreicht haben.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist meiner Meinung nach eine Demütigung wahrscheinlicher als die Erreichung unserer Ziele – auch dann, wenn wir einen entsetzlichen Preis bezahlt haben werden.<<

19.08.1965

BRD: Nach 20 Monaten wird am 19. August 1965 in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet.

Die angeblich zu milden Urteile führen damals zu starken Protesten im In- und Ausland.

05.09.1965

BRD: Vertreter des BdV verkünden am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/-117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

19.09.1965

BRD: Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige =

3,6 %.<<

05.10.1965

China: Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 5. Oktober 1965 über Chinas Außenpolitik in der "Dritten Welt" (x300/243): >>... Sich auf die Bauern zu verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen und schließlich die Städte erobern: das war der Weg zum Sieg, den die chinesische Revolution einschlug. ...

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die Theorie des Genossen Mao Tse-tung über die Errichtung von revolutionären Stützpunkten auf dem Lande von hervorragender, allgemeingültiger und aktueller Bedeutung für die gegenwärtigen revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Nationen und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und seine Lakaien ist. ...

Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt" bezeichnet werden können, dann kann man Asien, Afrika und Lateinamerika "die ländlichen Gebiete der Welt" nennen. ...

In einem gewissen Sinne bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. ...

Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. ...

Gerade in dem Augenblick, da der US-Imperialismus am stärksten von Panik erfaßt und bei seinen Anstrengungen, mit dem Volkskrieg fertigzuwerden, am hilflosesten ist, kommen die Chruschtschowschen Revisionisten, ihn zu retten. ...<<

14.10.1965

BRD: Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlicht am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x064/24-27, x148/155, x155/120): >>Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der Zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht zureichend gelöst worden sind. ...

Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark betroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten.

Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen.

Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit Wege zum politischen Handeln zu ebnen. ...

Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen

Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen.
In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen.
Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.
Den geschichtlichen Hintergrund der Vertreibung und aller Einzelschicksale aber bilden die Vorgänge, durch die ein Viertel des Deutschen Reiches von 1937 unter fremde Verwaltung gestellt worden und der deutsche Siedlungsraum in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas verlorengegangen ist.
Damit hat nicht nur das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes einen empfindlichen Schlag erlitten, es bedeutet auch den Verlust großer kultureller Kraftfelder, von denen eine starke Wirkung auf das deutsche und europäische Geistesleben einschließlich seiner religiösen und kirchlichen Elemente ausgegangen ist.
Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich geschmälert worden sind. ...
... Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.
... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Rechtfertigung bisher nicht erfahren.
Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 zur Gebietshoheit über deutsche Ostprovinzen sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauerregelung abgelöst worden.
Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich 20 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.
...
Mit Recht empfinden es die Vertriebenen selbst als eine unzulässige Vereinfachung der Probleme, wenn diese mit der wirtschaftlichen Eingliederung als erledigt angesehen werden. Man muß deshalb Verständnis für den Umfang und die Leidenschaft haben, mit denen die Diskussion um das "Recht auf Heimat", im Sinne der ursprünglichen und angestammten Heimat geführt wird.
Die Vorgänge um die deutschen Ostgebiete und das Vertreibungsschicksal anderer Völker rufen in der Tat nach einer umfassenden internationalen Erörterung der Frage, wie weit künftig durch eine völkerrechtliche und politische Verwirklichung eines neu zu formulierenden Menschenrechtes derartige Massenkatastrophen verhindert werden können. ...
... Je weiter wir uns von den Ereignissen des Kriegsendes entfernen, desto mehr verschieben sich offenbar im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zusammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge. Je stärker die prinzipiellen rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte die Urteilsbildung bestimmen, desto mehr scheinen die tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen. ...<<
>>... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeichnet werden. Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen,

diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen.
Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für eigene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädigung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...
Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben. ...<<
>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...
Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ... Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...
Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.
In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ...
Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

22.10.1965

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.
Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.
Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.
... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.
Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.
Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechtsempfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt

zurückgetreten ist.
Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

26.10.1965

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

27.10.1965

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1965) berichtet am 27. Oktober 1965 über ein Interview mit Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, SPD-Bundestagsabgeordneter): >>**Polen aus Schlesien nach Frankreich?**
Mit einer Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", die vorletzte Woche veröffentlicht wurde, versucht die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) "eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene anzubieten".
Das Memorandum - von der EKD - "Kammer für öffentliche Verantwortung" - verfaßt und mit Zustimmung des Rates der EKD publiziert, spricht sich unter anderem dafür aus, "in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf".
Bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften stieß die Denkschrift auf heftigen Protest. Der Bund der Vertriebenen (BdV) bezeichnete sie in einer ersten Stellungnahme als Mißbrauch der kirchlichen Autorität. Präsident des BdV ist seit dem 1. März 1964 der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, 69. Der Altsozialdemokrat stammt aus dem Sudetenland und lebte von 1939 bis 1949 in britischem Exil. Dort vertrat er die Interessen der Sudetendeutschen bei der tschechoslowakischen Exilregierung.
SPIEGEL: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in der Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" zum Umdenken aufgefordert, weil eines Tages die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unausweichlich werden könne. Nährt dagegen nicht der Bund der Vertriebenen die Hoffnung, eines Tages werde über die Rückkehr Ostpreußens und Schlesiens zum Reich verhandelt?
JAKSCH: Diese Frage geht das ganze deutsche Volk an und kann auch in einem Dialog zwischen dem Bund der Vertriebenen und der evangelischen Kirche nicht beantwortet werden. Wir gehen von dem völlig unbestrittenen historischen Tatbestand aus, daß die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Potsdamer Abkommen die Frage der deutschen Ostgrenzen ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten haben. Wir nähren also unter unseren Mitgliedern nicht irgendwelche Illusionen, sondern beziehen, wie alle staatserhaltenden Kräfte der Bundesrepublik, einen eindeutigen Rechtsstandpunkt.
SPIEGEL: Die Unterschriften von Truman, Stalin und Attlee in Potsdam wurden vor 20 Jahren geleistet. Inzwischen hat sich jenseits von Oder und Neiße vieles ereignet, vieles verfestigt. Wie wollen Sie gegen die Macht des Faktischen angehen?
JAKSCH: In Ihrer Frage steckt die Anerkennung des Fait accompli (der vollendeten Tatsache) als einer völkerrechtlich bindenden Macht. Von dieser Philosophie her kann man jeden künftigen Eingriff in die Menschenrechte eines Nachbarvolks begründen und sich nachher auf die normative Kraft des Faktischen berufen.
SPIEGEL: Nun nimmt aber die Denkschrift der evangelischen Kirche gerade darauf Bezug, daß nach 1933 die Gewaltpolitik von deutscher Seite begonnen wurde. Sie spricht davon, daß wir gerade wegen der Leiden des polnischen Volkes im Zweiten Weltkrieg das Lebensrecht dieses Volkes respektieren und ihm Raum zu seiner Entfaltung lassen müßten. Sind Sie anderer Meinung?

JAKSCH: Ich bin zutiefst bestürzt über den Versuch, nachträglich mit Hilfe theologischer Argumente dem deutschen Volk eine Kollektivschuld-Position suggerieren zu wollen. Man darf doch nicht vergessen, daß die Warschauer Regierung nach 1933 Hitler Schützenhilfe geleistet und sich 1938 sogar an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt hat.
SPIEGEL: Wollen Sie damit den deutschen Angriff gegen Polen im Jahre 1939 rechtfertigen?
JAKSCH: Aus meinem Bewußtsein ist es nicht auszustreichen, daß deutsche Hitler-Gegner der Kriegspolitik des Nationalsozialismus weit entschiedener Widerstand geleistet haben als die Männer des Appeasements im Westen und die Regierungen in Warschau und Prag. Wer die Blindheit der europäischen Staatsmänner im Westen und im Osten vor dem Angriff auf Polen erlebt hat, so wie ich, der kann sich nur schaudernd und mit Trauer von einer Geschichtsdarstellung abwenden, die nachträglich alle Schuld beim deutschen Volke suchen will.
SPIEGEL: Die Verfasser der Denkschrift der evangelischen Kirche sagen, mit theologischen Argumenten könne man das von den Vertriebenen beanspruchte Heimatrecht nicht begründen.
JAKSCH: Die Verfasser der Denkschrift weichen der Vorfrage aus, ob Massenvertreibungen von ganzen Volksteilen und Volksgruppen durch nachträgliche Ersatzdiskussionen über das Heimatrecht als Mittel der Politik legitimiert werden dürfen.
SPIEGEL: Aber was soll aus den polnischen Menschen werden, die in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geboren sind und dort Heimat erworben haben? Würden sie wieder vertrieben, wenn eine deutsche Regierung ein künftiges Deutschland in den alten Grenzen durchsetzen könnte?
JAKSCH: Das ist doch eine aus dem Gesamtbild herausgeschnittene Detailproblematik.
SPIEGEL: Nein, das ist die Frage nach dem Schicksal von Millionen polnischer Menschen.
JAKSCH: Sicher, Herr Stalin hat genauso einen Teil Polens eingesteckt, und zwar so, daß man das zu Boden geworfene Polen noch von der anderen Seite her verstümmelte. Wer stellt dieselbe Frage an die Sowjet-Politik, die Sie mir gestellt haben, wenn Sie vom Moralischen her argumentieren? Vom Moralischen her ist das Heimatrecht der Polen in den Gebieten, die die Sowjet-Union annektiert hat, genausogut wie das Heimatrecht der Schlesier und der Pommern im deutschen Teil.
SPIEGEL: In beiden Vertreibungsfällen, sowohl bei den Ostpolen wie bei den Ostdeutschen, ist mittlerweile eine ganze neue Generation herangewachsen. Die jungen "Schlesier" von heute, die jetzt in Westdeutschland leben, haben ihre Heimat ebensowenig gesehen wie die jungen "Ostpolen", die in Schlesien und Ostpreußen leben. Wir fragen uns, ob denn überhaupt diese Millionen in ihre angestammten Heimatgebiete zurückkehren wollen?
JAKSCH: Dieselbe Frage können Sie auch an die Sachsen und Thüringer stellen, die in der Bundesrepublik leben. Mit demselben Argument können Sie jeden moralischen Anspruch auf Wiedervereinigung bestreiten. Denn auch die Nachkommen der Sowjetzonen-Flüchtlinge haben hier nach Ihrer Theorie Heimat gefunden ...
SPIEGEL: Nur, daß in der Sowjetzone Deutsche leben und in Schlesien heute Polen. In der Sowjetzone würde bei Rückkehr der Flüchtlinge niemand vertrieben werden müssen. Noch einmal unsere Frage: Wollen Sie, daß um des Heimatrechts willen eine neue Umsiedlungsaktion beginnt? Wollen Sie Polen nach Osten in seine alten Grenzen zurückverlagern, mit allen Konsequenzen, die das für ganz Europa haben würde?
JAKSCH: Das Heimatrecht ist genauso wichtig für Deutsche wie für Polen, wie für Ungarn, wie für Sowjet-Russen, entweder gibt es eine, internationale Sicherung des Heimatrechts, oder Sie arbeiten mit dem bequemen Argument der normativen Kraft des Faktischen. Damit können Sie jedes Rechtsempfinden der Völker kaputtmachen.
SPIEGEL: Aus dem Echo des Bundes der Vertriebenen auf jeden Versuch, ein neues Gespräch zu führen, hat man den Eindruck, daß starke Kräfte in ihrem Bunde jeden, der solche

Fragen überhaupt anschneidet, als eine Art Landesverräter betrachten.
JAKSCH: Das ist natürlich ein großer Irrtum.
SPIEGEL: Das ist eine belegbare Tatsache.
JAKSCH: Nein, ich würde sagen, es ist ein gewollter Irrtum. Das Gespräch mit aufgeschlossenen osteuropäischen Partnern ist ja längst im Gange. Wir erleben einen Umbruch in der Stimmung der osteuropäischen Völker. Sie lösen sich langsam von dem Trauma der Besetzung, vom Denken an die Gestapo-Herrschaft, von all den schrecklichen Dinge, die geschehen sind.
SPIEGEL: Wird nicht dieser Umbruch in Polen durch die Furcht verzögert, daß wir Deutschen eine neue Vertreibung wollen?
JAKSCH: Das sind die Thesen der innenpolitischen Propaganda in Polen. Es wird ununterbrochen diese Detailfrage hochgespielt ...
SPIEGEL: Das ist doch keine Detailfrage.
JAKSCH: Das ist eine Detailfrage. Vom Standpunkt des polnischen Volkes ist es entscheidend, ob es in eine dauernde Abhängigkeit von der Sowjet-Union gerät, oder ob es Aussicht hat auf Wiederanschluß an Europa.
SPIEGEL: Aber für den einzelnen betroffenen Polen heißt doch die Existenzfrage, ob er dort leben und arbeiten kann, wo er jetzt lebt und arbeitet, oder ob er zwangsweise wieder ausgesiedelt wird.
JAKSCH: Der Bund der Vertriebenen hat nie von einer zweiten Austreibung gesprochen.
SPIEGEL: Es gilt also nicht mehr das vor einiger Zeit bei Ihnen erörterte Kategorisierungs-Schema, das an Hitlers Volkslisten erinnerte: Die Kongreßpolen müssen bei Rückkehr der Deutschen hinaus, die Ostpolen sollen rücksiedeln, sobald sie können, nur die in Ostdeutschland geborenen Polen dürfen bleiben - was ist aus diesem Plan geworden?
JAKSCH: Ach Gott, es werden von allen möglichen Seiten Zukunftspläne gewälzt, aber wir sprechen ja hier über die offizielle Einstellung des Bundes der Vertriebenen.
SPIEGEL: Wie stellen Sie sich dann aber praktisch die Heimkehr der Deutschen nach Osten vor?
JAKSCH: Vielleicht würde mancher Pole, der heute in Schlesien sitzt, lieber in Nordfrankreich arbeiten und umgekehrt. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir wieder in ganz Europa zu einem ungehinderten Kreislauf von Arbeitskraft und Kapital kommen können.
SPIEGEL: Sie wollen also eine Ausdehnung des jetzt in der EWG praktizierten Systems auf Osteuropa ...
JAKSCH: Gewiß.
SPIEGEL: ... wobei natürlich wie auch in der EWG die nationalstaatlichen Grenzen bestehen bleiben würden?
JAKSCH: Sicher, nur eines ist zu beachten: Es ist ein Unterschied, ob ich über Grenzfragen unter dem Aspekt einer Wiederholung nationalstaatlicher Lösungen spreche oder unter dem Aspekt der Zusammenführung von West- und Osteuropa. Es ist ein Unterschied, ob ich die Grenze zwischen Deutschland und Holland betrachte, wo jeden Sonntag 20.000 Deutsche nach Venlo fahren, oder ob ich mir die Stacheldrähte ansehe, die sogar Ostblockstaaten untereinander trennen.
SPIEGEL: Warum sollen denn nicht jeden Sonntag 20.000 Deutsche in das heute polnische Breslau zu Besuch fahren?
JAKSCH: Umgekehrt könnten ja in ein deutsches Breslau auch wieder Polen zu Besuch kommen. Warum gehen diese Überlegungen immer zuungunsten der deutschen Seite aus?
SPIEGEL: Vielleicht, weil wir den Krieg verloren haben.
JAKSCH: Wir haben doch alle nur denkbaren Zusicherungen gegeben, daß sich die traurigen Geschehnisse der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Am 22. März 1964 erklärte Phil-

ipp von Bismarck auf der Tagung der ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn: "Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeit ausschließen. Das gilt in den von der Sowjet - Union und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren."
SPIEGEL: Das ist eine sehr vieldeutige These. Was sie wert ist, hängt von den Zuständen ab, die dann in diesen Gebieten herrschen würden; ob man zurückbleibenden Polen das Leben nicht derart sauer machen würde, daß sie lieber freiwillig davonlaufen.
JAKSCH: Aber bitte, das hat doch alles zwei Seiten. Auf der anderen Seite muß man sich das Schicksal der Deutschen in den heutigen Ostgebieten ansehen.
SPIEGEL: Auge um Auge, Zahn um Zahn?
JAKSCH: Nein, eben nicht. Im Gegenteil, endlich einmal Vernunft und Menschlichkeit.
SPIEGEL: Ganz in diesem Sinne: Wird die Denkschrift der evangelischen Kirche im Bund der Vertriebenen verteilt und zur Diskussion gestellt, oder wird das Thema wieder von vornherein zum Tabu erklärt?
JAKSCH: Zunächst einmal muß der volle Wortlaut dieser Denkschrift vorliegen, von der auszugsweise sehr bedenkliche Partien veröffentlicht wurden. Die Denkschrift als Ganzes wird geprüft werden, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Preisgabe der Rechte von Menschen, über die hier geredet wird ...
SPIEGEL: ... und offenbar ohne das von der Kirche erstrebte Umdenken ...
JAKSCH: ... die Vertriebenen werden sich auf keinen Fall außerhalb ihres eigenen Volkes stellen lassen, und zwar in der Rolle eines Spekulationsobjekts von Kräften, die wir im religiösen Bereich respektieren, aber im weltlichen Bereich nicht für ausschließlich legitimiert halten.
SPIEGEL: Das Umdenken wird also nicht kommen - werden Sie aber wenigstens über die Kirchenthesen nachdenken?
JAKSCH: Wer zu den Menschenrechten steht, so wie wir; der braucht nicht umzudenken. ...<<

12.11.1965

BRD: Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisiert am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.
Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.
Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.
Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Standpunkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat"

geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".
Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...
Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<
>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschließungen des Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.
Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten Entschließung:
"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."
Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:
"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...
Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...
Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.
Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

18.11.1965

Polen: Der polnische Episkopat lädt die deutschen Bischöfe am 18. November 1965 nach Tschenstochau ein (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<
>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...
In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände

zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.
Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<

05.12.1965

BRD: Die deutschen katholischen Bischöfe antworten am 5. Dezember 1965 den polnischen Bischöfen (x064/48-49): >>... Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. ...
Eine Aufrechnung von Schuld - darin sind wir einer Meinung - kann nicht weiterhelfen. ... So bitten auch wir, zu vergessen, ja, wir bitten zu verzeihen. ...
Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. ...<<

31.12.1965

Vatikan: Das 2. Vatikanische Konzil beklagt im Jahre 1965 den jahrhundertealten christlichen Antisemitismus (x268/37-38): >>Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen Juden zur Last legen. ...
Im Bewußtsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern aus Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Haßausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben. ...<<

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) erklärt im Jahre 1965 während einer Rede in Baltimore (x300/250): >>... Warum sind wir in Südvietnam?
Wir sind dort, weil wir ein Versprechen zu halten haben. Seit 1954 hat jeder amerikanische Präsident dem südvietnamesischen Volk Unterstützung angeboten. Wir haben aufbauen und verteidigen geholfen. So haben wir über viele Jahre hinweg als Nation uns verpflichtet, Südvietnam bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu helfen. Und ich gedenke unser gegebenes Versprechen zu halten.
Dieses Versprechen zu brechen – und dieses kleine und tapfere Volk seinem Feind preiszugeben – und damit dem Terror, der darauf folgen muß – das wäre ein unverzeihliches Unrecht.
Wir sind ferner in Südvietnam, um die Ordnung der Welt zu stärken. Auf der ganzen Erde – von Berlin bis Thailand – sind Menschen, deren Wohlergehen zum Teil auf dem Vertrauen beruht, daß sie auf uns zählen können, wenn sie angegriffen werden.
Vietnam seinem Schicksal zu überlassen, würde das Vertrauen in den Wert amerikanischer Versprechen erschüttern. Die Folge davon würde vermehrte Unruhe und Unsicherheit oder gar Krieg sein.<<

Der polnische Emigrant Jerzy Kosinski veröffentlicht im Jahre 1965 in New York den autobiographischen Bericht "The Painted Bird" über seine vermeintlichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in sei-

nem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "The Painted Bird" (x169/63-64): >>... Der erste große Holocaust-Schwindel war "The Painted Bird" des polnischen Emigranten Jerzy Kosinski. Wie Kosinski erklärte, hatte er das Buch "in Englisch geschrieben", damit "ich leidenschaftslos schreiben konnte, frei von den emotionalen Assoziationen, die die Muttersprache immer enthält".
In Wahrheit sind alle Teile, die möglicherweise von ihm selbst geschrieben worden sind - eine ungelöste Frage -, in polnischer Sprache verfaßt. Das Buch wurde als Kosinskis autobiographischer Bericht seiner Wanderungen als einsames Kind im ländlichen Polen während des Zweiten Weltkriegs ausgegeben.
In Wahrheit lebte Kosinski während des gesamten Krieges bei seinen Eltern. Hauptmotiv des Buches sind die sadistischen sexuellen Quälereien, die die polnische Bauernschaft beging. Leser, die das Buch vor seiner Veröffentlichung kennengelernt hatten, machten sich darüber lustig; es sei "Gewaltpornographie" und "das Ergebnis eines von sadomasochistischer Gewalt besessenen Geistes".
Tatsächlich beschwor Kosinski fast alle von ihm erzählten Episoden aus dem Nichts herauf. Das Buch schildert die polnischen Bauern, mit denen er zusammenlebte, als ausgeprägt antisemitisch. "Schlagt die Juden", johlen sie. "Schlagt die Bastarde!"
In Wirklichkeit wurde die Familie Kosinskis von polnischen Bauern aufgenommen, obwohl diese genau wußten, daß es sich um Juden handelte, und auch die schrecklichen Folgen kannten, die sie zu erwarten hatten, wenn man sie erwischte.
In der Zeitschrift "The New York Times Book Review" lobte Elie Wiesel "The Painted Bird" als "eine der besten" Anklagen der Nazizeit, "geschrieben mit tiefer Aufrichtigkeit und Empfindsamkeit".
Später schwärmte Cynthia Ozick, sie habe Kosinskis Authentizität als "jüdischer Überlebender und Zeuge des Holocaust ... sofort" erkannt.
Lange nachdem Kosinski als vollendeter literarischer Hochstapler entlarvt worden war, überhäufte Wiesel dessen "bemerkenswertes Gesamtwerk" noch immer mit Lobreden.
"The Painted Bird" wurde zu einem grundlegenden Text DES HOLOCAUST. Es war ein Bestseller und gewann Preise, wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und war Unterrichtstext in Highschools und Colleges. Kosinski, der die Holocaust-Rundtour mitmachte, nannte sich selbst einen "Elie Wiesel zum Billigtarif". (Jene, die sich Wiesels Vortragshonorar nicht leisten konnten - "Schweigen" ist nicht billig -, wandten sich an ihn.)
Als er schließlich von einem Enthüllungsmagazin entlarvt worden war, wurde Kosinski von der "New York Times", die behauptete, er sei einer kommunistischen Verschwörung zum Opfer gefallen, weiterhin tapfer verteidigt. ...<<

Nord-Vietnam: Die Regierung Nordvietnams fordert im Jahre 1965 (x243/96): >>1. Anerkennung der grundlegenden Rechte des vietnamesischen Volkes: Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität. Gemäß dem Genfer Abkommen muß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Truppen, ihr Militärpersonal und ihre Waffen aller Art aus Südvietnam abziehen ... (und) alle Kriegshandlungen gegen Nordvietnam beenden. ...
2. Die beiden Zonen dürfen kein Militärbündnis mit fremden Ländern eingehen. Sie dürfen in ihrem Gebiet keine ausländischen Militärstützpunkte und Truppen und kein ausländisches Militärpersonal dulden.
3. Die inneren Angelegenheiten Südvietnams müssen vom südvietnamesischen Volk selbst in Übereinstimmung mit dem Programm der Südvietnamesischen Befreiungsfront und ohne jede ausländische Einmischung geregelt werden.
4. Die friedliche Wiedervereinigung Vietnams muß von der Bevölkerung der beiden Zonen ohne jede Einmischung des Auslands vollzogen werden. ...<<

1966

>>Gott kann die Vergangenheit nicht mehr ändern, aber Historiker können es.<< (Samuel Butler)

10.01.1966

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1966) berichtet am 10. Januar 1966: >>**Drei Minuten pro Opfer**

Eine katholische Zeitung pries den Menschenraub. "Die Israelis gingen ihren Henker Eichmann von dort holen, wo er war, und brachten ihn vor das Gericht ihres Volkes", erinnerte das Brüsseler Blatt "La Libre Belgique" seine Leser. "Aber uns Belgiern", bedauerte die Zeitung, "hat es ja schon oft an Entschlußkraft gefehlt."

Der Mann, den "Libre Belgique" gern heimholen möchte, ist Robert Jan Verbelen, 54, Ex-Sturmbannführer der flämischen SS. 1947 hatte ihn ein belgisches Gericht in Abwesenheit wegen 10lfachen Mordes zum Tode verurteilt. Ende 1965 sprach ihn ein Wiener Gericht frei:

Belgiens Außenminister Spaak zitierte Österreichs Botschafterin Johanna Monschein zu sich, um ihr die "Überraschung und Erregung" Belgiens auszudrücken. Der belgische Botschafter Colot protestierte bei der Wiener Regierung. Nach einer Sondersitzung drückte das gesamte belgische Kabinett seine "Mißbilligung" über den Verbelen-Freispruch aus.

In Antwerpen zerbarsten die Fensterscheiben des österreichischen Konsulats unter den Steinwürfen von Demonstranten. Der österreichischen Botschaft in Brüssel und der österreichischen Vertretung bei der EWG wurden Sprengstoffanschläge angedroht. In Wien gingen Widerstandskämpfer auf die Straße. Brüssels "Le Soir" befand, die österreichische Justiz habe sich "in den Augen der zivilisierten Welt entehrt". Und die "Haagsche Courant" erklärte Österreich zum "Paradies für Kriegsverbrecher".

Nur in den ersten Nachkriegsjahren hatten eigens eingesetzte "Volksgerichte" österreichische Kriegsverbrecher zu schweren Strafen verurteilt. Aber schon damals wurde der Wiener Gestapochef Dr. Otmar Trnka, der seinen Namen unter Hitler zu "Trenka" aufgenordet hatte, nur mit 18 Monaten Kerker bestraft. Als die Widerstandsbewegung protestierte, bekam er in einem zweiten Prozeß fünf Jahre, brauchte aber nur zwei Drittel abzusitzen.

Nach dem Abschluß des Staatsvertrags ließen die Sowjets über hundert österreichische Kriegsverbrecher unter der Auflage heimkehren, daß ihnen in Österreich der Prozeß gemacht werde. Fast alle Heimkehrer wurden jedoch begnadigt, ordentliche Verfahren nur gegen drei eröffnet:

- Leopold Mitas, Schutzpolizei-Kommandeur im Getto Borislaw (Ukraine), wurde zu Lebenslänglich verurteilt - aber schon nach zwei Jahren begnadigt.
- Mitas-Gehilfe Heinrich Poll bekam 20 Jahre, wurde aber nach einem Jahr freigelassen.
- Mitas-Gehilfe Gabriel erhielt Lebenslänglich; in seinem Prozeß waren Mitas und Poll zur Überraschung der Öffentlichkeit bereits wieder als freie Männer im Zeugenstand erschienen, und offenbar führte der anschließende Proteststurm von NS-Gegnern zu dem harten Urteil.

Ende der fünfziger Jahre lösten deutsche NS-Prozesse Ermittlungen gegen etwa tausend Österreicher aus, weitere Verfahren folgten dem Eichmann-Prozeß.

Aber die Ermittlungen kamen kaum voran, nur wenige aufgespürte Kriegsverbrecher wurden inhaftiert. Gottfried Meir, Kompanieführer in der Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", von Italienern zu lebenslänglicher Haft verurteilt, weil unter seinem Kommando am Lago Maggiore eine jüdische Familie erschossen und in einer Zentralheizung verbrannt worden war, ist Schuldirektor in Kärnten. Sieben Deutsche, die am Lago Maggiore Juden mordeten, sind in der Bundesrepublik inhaftiert. Dreißig zum Teil einflußreiche Angehörige des Auschwitz-Wachpersonals, darunter drei Lagerärzte, leben im glücklichen Österreich ungestört.

Und wenn es zu Prozessen kam, so urteilten oft Geschworene mit eigener Vergangenheit über

Untaten aus der NS-Zeit. Österreichs Eichmann-Jäger Simon Wiesenthal:
"Es gibt heute kaum eine einzige österreichische Familie, die in der engsten Verwandtschaft oder Freundschaft nicht mindestens einen Nazi hatte."
Und: "In Österreich wird nur eingeseift, aber nie rasiert."
Denn Österreichs regierende Koalitionsparteien - die konservative Volkspartei und die Sozialisten - hatten mit Rücksicht auf die große Zahl ehemaliger Hitler-Anhänger unter den Wählern frühzeitig ihren Frieden mit den Nationalsozialisten gemacht.
Die meisten Nazi-Richter und Staatsanwälte blieben im Dienst oder wurden bald wieder eingestellt (SPIEGEL 44/1965). Geschworene bei NS-Prozessen werden nicht nach ihrer NS-Vergangenheit befragt. Als aber in einem Kriegsverbrecherprozeß ein Geschworener mosaischen Glaubens auftauchte, wurde er wegen Befangenheit abgelehnt. So kam es in Österreich zu folgenden Urteilen:
Richard Hochrainer, bei seiner Verhaftung Gemeinderat der rechten "Freiheitlichen Partei" im salzburgischen St. Michael, wurde 1961 wegen eines nach Kriegsende begangenen Mordes an neun jüdischen Zwangsarbeitern zu sieben Jahren Kerker verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen.
Franz Murer, einst Judenreferent im Gebietskommissariat Wilna (Beiname: "Henker von Wilna"), wurde von einem Grazer Geschworenengericht 1963 freigesprochen, obwohl im Wilnaer Getto von 80.000 Juden nur wenige hundert überlebt hatten. Der freigesprochene Hochrainer holte den freigesprochenen Kameraden Murer, der es zum Obmann der Bezirkslandwirtschaftskammer Liezen (Steiermark) gebracht hatte, mit Mercedes und Blumen vom Gericht ab.
Das Wiener Oberste Gericht gab zwar später einem Einspruch des Staatsanwalts statt, doch soll gegen Murer nur wegen eines einzigen Mordfalls noch einmal verhandelt werden.
1964 stand Eichmanns Transportleiter Franz Novak vor Gericht. Er hatte Transporte mit 1,7 Millionen Juden für die Endlösung zusammengestellt - und dies gestanden. Das Urteil lautete auf acht Jahre Gefängnis wegen "öffentlicher Gewalttätigkeit". Simon Wiesenthal: "Drei Minuten pro Opfer." Der Staatsanwalt legte gegen das milde Strafmaß Berufung ein, die Wiener Generalprokuratur annullierte sie. Hingegen gab der Oberste Gerichtshof einer Nichtigkeitsbeschwerde des Verurteilten statt.
Zweieinhalb Jahre bekam Anfang 1965 Dr. Erich Rajakowitsch, als SS-Obersturmführer einst Freund Adolf Eichmanns und zeitweilig Leiter des Judenreferats in den besetzten Niederlanden. Er hatte Deportationsbefehle für holländische Juden unterschrieben. Seinem Urteil lag der Paragraph 87 des österreichischen Strafgesetzbuches zugrunde, der "boshafte Sachbeschädigung und absichtliche Gefährdung von Menschenleben" ahndet.
Da Rajakowitsch zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, konnte er Ende Dezember 1965 bereits als Zuschauer zum Verbelen-Prozeß kommen.
Der Belgier Robert Jan Verbelen war 1940 der flämischen SS und der unter NS-Fittichen gegründeten flämisch-nationalistischen Vereinigung "De Vlag" ("Die Fahne") beigetreten. Motto des Vereins: "Bedingungslose Treue zum Nationalsozialismus, zum Germanischen Reich und zum Führer Adolf Hitler."
Als belgische Partisanen 1943 mit Überfällen auf Wehrmachtsangehörige und Kollaborateure begannen, organisierte Sturmbannführer Verbelen unter flämischen SS-Männern Terror- und Mordkommandos. Über Verbelens Vergeltungsmethoden berichtete der New Yorker "Aufbau": "Sind Sie Rechtsanwalt?" fragte Verbelen einen Verhafteten. Der bestätigte es durch Kopfnicken. "Also Intelligenzbestie, erschießen!" Ein anderer war Arbeiter. "Bolschewistenschwein, erschießen!" Ein Opfer war Wallone. "Flamenmörder, erschießen!"
Als der flüchtige Verbelen 1947 von einem Brabanter Gericht zum Tode verurteilt wurde, arbeitete er unter dem Decknamen "Herbert" als Agent der amerikanischen Spionageabwehr

CIC in Österreich. Verbelen: "Ich habe 3.322 Agentenberichte über die Sowjet-Spionage in Österreich unterschrieben."
Nach dem Abzug der Amerikaner nahm Österreichs Staatspolizei den Agenten in ihre Dienste. Zur Belohnung erhielt er 1959 unter seinem wahren Namen die österreichische Staatsbürgerschaft und, wie er sich rühmt, mehrere Belobigungen der österreichischen Innenminister Helmer und Afritsch.
Als die internationale Widerstandsunion 1962 einen gewissen "Jean Marais" zu identifizieren suchte, der in neonazistischen Organen Artikel geschrieben hatte, entdeckte sie, daß Jean Marais Jan Verbelen war. Der Flame wurde verhaftet, als neuer Bürger Österreichs aber nicht an Belgien ausgeliefert.
Als nach dreieinhalbjähriger Untersuchungshaft am 29. November der Prozeß begann, erklärte sich Verbelen in einer vielstündigen Eröffnungsrede für "nicht schuldig". Er beteuerte, er habe "als Offizier und als Flame stets nur meine Pflicht getan".
Peinliche Pannen störten den Prozeßverlauf. Die erste Dolmetscherin für Französisch war, wie sich nach etlichen fruchtlosen Verständigungsversuchen herausstellte, schwerhörig. Die erste Dolmetscherin für Flämisch entpuppte sich als einstige Sekretärin des in Nürnberg als, Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilten NS-Reichskommissars für die Niederlande, Seyß-Inquart. Ein Ex-Jesuitenpater aus Belgien stimmte im Zeugenstand plötzlich flämische Kampflieder an.
Verbelen-Verteidiger Dr. Erich Führer, der einst Anwalt des nationalsozialistischen Dollfuß-Mörders Planetta und später NS-Mitglied und SA-Funktionär war, brachte als Plädoyer eine seiner in Wien berühmten "Führerreden".
Über sieben Stunden lang verglich er Verbelens Taten mit Partisanenkämpfen in Jugoslawien, Korea und Vietnam, erinnerte an den Freispruch der Südtirol-Dynamiter in Graz und rief den Geschworenen zu: "Was für die (noch im Amt befindlichen) österreichischen (Nazi-)Richter recht ist, muß für Verbelen billig sein."
Die Geschworenen billigten dem SS-Freiwilligen Befehlsnotstand zu. Er wurde freigesprochen und konnte, von seiner jubelnden Lebensgefährtin Thusnelda Bankhofer abgeholt, in die gemeinsame Gemeindewohnung nach Wien-Döbling zurückkehren. ...<<

08.02.1966

USA: Die US-Regierung erläutert am 8. Februar 1966 während der sog. "Honolulu-Deklaration" ihre Ziele in Vietnam (x243/96): >>... Die Vereinigten Staaten wollen keine Stützpunkte. Sie streben nicht nach kolonialer Macht. Sie wollen weder ein Bündnis noch eine Bindung aufzwingen.
Sie wollen nur der Aggression begegnen und für dieses Ziel treten sie entschlossen ein. Ihre Bemühungen zielen lediglich darauf ab, einem Volk und einer Regierung zu helfen, die entschlossen sind, sich selbst zu helfen. ...<<

Süd-Vietnam: Die Regierung Südvietnams berichtet am 8. Februar 1966 in der sog. "Honolulu-Deklaration" über ihre Ziele (x243/97): >>... Wir müssen die Vietcong und alle jene besiegen, die mit ihnen illegal auf unserem Boden kämpfen. Wir sind das Opfer einer Aggression, die von Hanoi geleitet und unterstützt wird. Diese Aggression, der sogenannte Befreiungskrieg – ist Teil des kommunistischen Plans für die Eroberung ganz Südostasiens. Die Niederschlagung dieser Aggression ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft unseren südvietnamesischen Volkes.<<

15.02.1966

Polen: Der polnische Episkopat widerruft am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben

hat. ...
Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief (wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten) als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.
Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse (je SPD) oder von Claudia Roth (Die Grünen). Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaus zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.
Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsopfer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

Februar 1966

BRD: BdV-Präsident Wenzel Jaksch (1896-1966) erklärt im Februar 1966 während einer Kundgebung in Bonn (x155/122-123): >>... Unser Volk muß endlich den Weg der Mitte finden. Der Geist der Selbstüberhebung, der uns 12 Jahre beherrschte, ist furchtbar zu Fall gekommen. Doch der Geist der Selbstverneinung unserer nationalen Interessen, wie ihn eine lautstarke Minderheit vertritt, ist nicht minder verhängnisvoll. Man kann die Jugend Deutschlands nicht abwechselnd von einem Extrem ins andere jagen.
... Auch das deutsche Land im Osten ist und bleibt Eigentum aller Deutschen. Dieses Viertel des historischen Deutschlands in einer Kurzschlußhandlung aufzugeben, hieße einen tiefen Zwiespalt im freien Teil Deutschlands aufzureißen.
Wir dürfen nicht mithelfen, daß ein großes Volk in der Mitte Europas in den Abgrund totaler Rechtlosigkeit gestürzt wird. Das wäre der Tod der deutschen Demokratie. Auch die Hoffnung auf ein geeintes Europa wäre dahin, wenn wir zuließen, daß in der europäischen Völkerfamilie dauernd mit zweierlei Maß gemessen wird.
... Die Prahlerei mit unseren wirtschaftlichen Erfolgen schafft uns Neider in der Welt. Wir können nicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg sein. Mit Selbstanklagen und Gebietsverzicht sühnen wir vergangenes Unrecht nicht. Dies würde zu einer Lähmung der konstruktiven Kräfte unseres Volkes führen.
... Kein vernünftiger Mensch kann mit dem Blick auf eine gefahrenreiche Zukunft behaupten, daß die Deutschen die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten sind.
... Wir sind Opfer einer maßlosen Vergeltung geworden. Daraus leiten wir das Recht ab, unsere Stimme gegen einseitige Schuldbehauptungen zu erheben, die unser ganzes Volk noch auf lange Zeit hinaus qualifizieren sollen. Mehr Gerechtigkeit tut not im eigenen Volke. Dafür ist die Lage des heimatvertriebenen Landvolkes beredtes Zeugnis.
Jeder billig Denkende weiß, daß angesichts der heutigen Bodenpreise die bisherige Hauptentschädigung nur einen Bruchteil der wirtschaftlichen Vertreibungsverluste darstellt. Unser Ziel ist eine gerechte Lastenverteilung unter den Lebenden, nicht ein Lastenausgleich für die Toten. Darum fordern wir eine 19. Novelle, welche die Reserven des Lastenausgleichsfonds langfristig verplant. Angesichts der allseits befürworteten neuen Vermögensbildung ist es ein

gerechtes Verlangen, daß die Vermögensverluste der Ost- und Mitteldeutschen wenigstens in erträglichen Grenzen gehalten werden. ...
Den Predigern der Verneinung unserer menschlichen und nationalen Rechte setzen wir das Ziel einer Völkerversöhnung auf dem Boden der Menschenrechte entgegen. ...<<

07.03.1966

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle schreibt am 7. März 1966 an US-Präsident Lyndon B. Johnson (x148/174): >>... Frankreich ist der Ansicht, daß die seit 1949 in Europa, in Asien und anderwärts vollzogenen oder im Gang befindlichen Änderungen ebenso wie die Entwicklung seiner eigenen Situation und seiner Streitkräfte ... nicht mehr die Maßnahmen militärischer Natur rechtfertigen, die nach dem Abschluß der Allianz entweder gemeinsam in Form multilateraler Abmachungen oder durch Sonderabkommen zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung getroffen wurden.
Aus diesem Grunde beabsichtigt Frankreich, auf seinem Gebiet die volle Ausübung seiner Souveränität, die gegenwärtig durch die ständige Anwesenheit von verbündeten Militärelementen oder durch die zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraum beeinträchtigt ist, zurückzugewinnen, seine Teilnahme an den integrierten Kommandos zu beenden und der NATO keine Streitkräfte mehr zur Verfügung zu stellen.<<

21.03.1966

BRD: Konrad Adenauer (von 1949-1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland) schreibt am 21. März 1966 (x095/10): >>... Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjet-Rußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist.
Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.<<

09.05.1966

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>**Atomstrom in der DDR**
... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg (bei Rheinsberg) in Betrieb. ...<<

15.05.1966

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 15. Mai 1966 (x155/124): >>... Unser Heimatrecht ist Bestandteil der unveräußerlichen Menschenrechte. Die Respektierung friedlich erworbener Seßhaftigkeit bei zwischenstaatlichen Regelungen ist das Herzstück der europäischen Zivilisation.
Die Verletzung des Menschrechts war ein Schritt zur Weltanarchie. Darum werden wir nicht aufhören, die Vertreibungsbeschlüsse von Jalta und Potsdam anzufechten, bis Heimatrecht und Selbstbestimmung aller Europäer in einer gesamteuropäischen Friedensregelung verwirklicht sind.
Unter Aufrechterhaltung unseres Heimatanspruchs fordern wir eine gerechte Lastenverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. ...<<
Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.
Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

01.06.1966

BRD: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt am 1. Juni 1966 in seiner Rede während des

SPD-Bundesparteitages in Dortmund (x155/127): >>... Eine Friedensregelung, wenn sie eines Tages kommt, wird Opfer verlangen. Diese Opfer werden in der Welt verstanden werden als der international-rechtliche Preis für den von Hitler begonnenen und verlorenen Krieg. ...
Manche Leute tun auch so, als hätten wir die Gebiete östlich der Oder-Neiße. In diesem Sinne 'haben' wir ja nicht einmal das, was zwischen Oder und Neiße liegt.
Manche Leute tun auch so, als hätten sich die befreundeten Staaten durch mehr als Rechtsvorbehalte engagiert, einige bekanntlich nicht einmal dadurch. ...
Keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann.<<

28.06.1966

China: Die Zeitung "Pekinger-Rundschau " berichtet am 28. Juni 1966 über die vollständige Umbildung des chinesischen Erziehungssystems (x067/246): >>Das ZK der KP Chinas und der Vorsitzende Mao Tse-tung haben immer wieder die Notwendigkeit einer gründlichen Umbildung des alten bürgerlichen Erziehungssystems, einschließlich des Systems bei den Aufnahmeprüfungen, hervorgehoben.
Das System bei den Aufnahmeprüfungen ist unserer Sache des Sozialismus äußerst schädlich, da in diesem System nicht der proletarischen, sondern der bürgerlichen Politik und den Zensuren der Vorrang eingeräumt wird.
Das System verstößt in grober Weise gegen die Klassenlinie der Partei, da unter diesem System vielen hervorragenden Söhnen und Töchtern von Arbeitern, armen Bauern und von den Unterschichten der Mittelbauern, von revolutionären Kadern, revolutionären Soldaten und Offizieren und gefallenen Revolutionären die Türe vor der Nase zugeschlagen und der Bourgeoisie Tür und Tor geöffnet wurde, um ihre eigenen Nachkommen auszubilden.
Dieses System ist ein großes Hindernis für die Revolutionierung des Denkens der Jugend und ermutigt sie, durch die bürgerliche Methode "Den eigenen Weg zu gehen", zu bürgerlichen Spezialisten zu werden und individuellen Ruhm, Reichtum und eine persönliche Stellung zu erlangen.<<

09.07.1966

BRD: Die deutschen Vertriebenenverbände stören angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie werden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.
Das BdV-Präsidium kritisiert am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtspropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung.
Das Präsidium erblickt in den von einzelnen Massenmedien immer hemmungsloser wiederholten Angriffen gegen die Vertriebenenverbände, gegen die Pflege des ostdeutschen Kulturgutes und die heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften einen Teilaspekt der Gesamtoffensive gegen die erklärte Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der politischen Parteien. ...
Demgegenüber wurde begrüßt, daß sich der niedersächsische Minister, Frau Meyer-Sevenich, vor der westdeutschen Öffentlichkeit energisch gegen die systematische Verletzung der Gefühle der Vertriebenen gewandt hat. ...<<

16.07.1966

Österreich: Die Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtet am 16. Juli 1966 (x024/291-292): >>Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden. Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

08.08.1966

China: Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei berichtet am 8. August 1966 (x299/157): >>Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen ... Bahnbrechern geworden. ... Durch die Medien der Wandzeichnungen mit großen Schriftzeichen und die großen Debatten diskutieren sie Dinge aus, entlarven und kritisieren sie gründlich. ...
In der großen proletarischen Kulturrevolution liegt die einzige Methode für die Massen, sich zu befreien. ... Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet auf ihre Initiative! ...
Habt keine Angst vor der Unordnung! ... Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen revolutionären Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen. ...
Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der ... Komitees und die Delegierten jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder und Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung durch die Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden. ...<<

23.08.1966

China: Die maoistischen Roten Garden verkünden am 23. August 1966 in Peking ihr Programm zur "Kulturrevolution" (x073/308-309, x243/229): >>... 1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.
2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao Tse-tungs aufgehängt werden.
3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.
4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.
5. Eine eventuelle Opposition muß rücksichtslos beseitigt werden.
6. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.
7. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.
8. Die Politik hat vor allem den Vorrang ...
9. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.
10. Die Lehre Mao Tse-tungs muß schon im Kindergarten verbreitet werden.
11. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.
12. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.
16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahre 1958 zurückgekehrt werden.
14. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muß verzichtet werden.
15. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.
16. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.

17. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.
18. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muß verschwinden, ...<<
>>... 23. Bücher, die nicht das Denken Mao Tse-tungs wiedergeben, müssen verbrannt werden. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Maos Kulturrevolution (x192/462): >>... Die Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, eine Sammlung von Zitaten, die sich in der Übersetzung eher wie Platitüden anhörten, sollten zu den großen revolutionären Texten zählen.
Leider übertraf die chinesische Revolution das stalinistische Vorbild beinahe noch an Despotie und Ineffizienz: Millionen Menschen starben während der Kollektivierung der Landwirtschaft (1958/59), die als "großer Sprung nach vorn" bezeichnet wurde; die Kulturrevolution in den sechziger Jahren forderte weitere Millionen Todesopfer. ...<<

22.10.1966

Frankreich: Die Präsidenten des BdV und der französische Repatriierten-Organisation ANFANOMA erklären am 22. Oktober 1966 in Paris (x155/129-130): >>Mehr als 60 Millionen Menschen haben in unserer Zeit das Schicksal der Flucht und Vertreibung erlitten. Im Gefolge totalitärer Ideologien geht eine Welle des Rassismus und der Gewalt über die Erde. Rassenverfolgungen, Heimatraub, Ausplünderung und Massendeportationen sind neue Waffen der Unmenschlichkeit geworden.
Ein neuer Aufstand des Gewissens muß das Recht des einfachen Menschen auf seine friedlich erworbene Seßhaftigkeit verteidigen. Im Dienste dieser Aufgabe sind die Vertreter von Millionen vertriebener Europäer, Deutsche und Franzosen, in brüderlicher Gesinnung in Paris zusammengetreten, um ihre Stimme gegen das schreckliche Phänomen des kollektiven Heimatraubes zu erheben. Sie verzichten feierlich auf Rache und Vergeltung an denjenigen, von denen sie Entrechtung, Gewalt und Terror erfahren haben.
... Bis in die jüngste Vergangenheit wurde geflüchteten Bevölkerungen die Rückkehr in ihre alten Wohnsitze und die Teilnahme an den Segnungen des Friedens gestattet. In den Friedensschlüssen zwischen westeuropäischen Völkern ist den Siegern niemals das Recht auf Deportation ganzer Volksteile zugestanden worden. Nach den Bestimmungen der Haager Konvention unterlag selbst während des Krieges in besetzten Gebieten das Privateigentum der Zivilbevölkerung und die Ehre der Familie dem Schutz des internationalen Rechts.
Diese Schutzwälle der Menschlichkeit sind auf Höhe des 20. Jahrhunderts geborsten. Mit dem Völkerbund, der eine Schöpfung des europäischen Idealismus war, sank auch das Prinzip des Minderheitenschutzes ins Grab. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin öffnete die Schleusen der Versklavung der osteuropäischen Völker.
Nach dem letzten Kriege blieb mehr als 100 Millionen Europäern im sowjetischen Machtbereich die Freiheit vorenthalten.
Den Massendeportationen aus Ostpolen und aus dem baltischen Ländern folgte die Ausrottung von über fünf Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kinder und schließlich die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, dem Sudetenland und den Donaustaaten.
Mit der Zustimmung zu diesen Maßnahmen gaben kurzsichtige westliche Staatsmänner die Rechte europäischer Minderheiten in Afrika und Asien preis. Es fehlte nicht an Warnungen weitblickender Zeitgenossen, die erkannten, daß die jungen Völker Afrikas und Asiens das gleiche Prinzip der Volksdeportationen übernehmen würden.
Die Vertreibung von Europäern in Europa folgte die Europäer-Vertreibung aus Afrika und Asien und die Verfolgung politischer und religiöser Minderheiten in diesen Gebieten. Was dabei an kollektiver Enteignung, an Verletzung der Menschenwürde und an Grausamkeiten

geschah, darf nicht mit dem Schlagwort Entkolonialisierung zugedeckt werden. Rache gegen Wehrlose führt zum Amoklauf der Gewalt.
Wenn der Stärkere den Schwächeren ungestraft von seinen Daseinsgrundlagen verdrängen darf, dann geht die Menschheit dunklen Zeiten entgegen. ...<<

27.10.1966

BRD: Nach einer Mehrheitsentscheidung verläßt die FDP am 27. Oktober 1966 vorzeitig die Bonner Regierungskoalition.

25.11.1966

BRD: Das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg (Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte) stellt am 25. November 1966 eine Anfrage, ob die Bundesregierung beabsichtigt, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zusammenzustellen und die Strafverfolgung von Tätern zu prüfen.

27.11.1966

BRD: Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen) kommt am 27. November 1966 in Wiesbaden bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

30.11.1966

BRD: Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) tritt am 30. November 1966 zurück.

01.12.1966

BRD: Kurt G. Kiesinger (CDU) wird am 1. Dezember 1966 zum Bundeskanzler gewählt und bildet eine große Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. Vizekanzler und Außenminister wird Willy Brandt (SPD).

02.12.1966

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 2. Dezember 1966 während der Trauerrede für den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch (x155/131-132): >>... Ein Mann wie Jaksch wird uns allen, zumal in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und Bedrängnis, fehlen. ...
Wer resigniert oder in seiner Aktivität nachläßt, vollzieht das Programm des Gegners, macht es der kommunistischen Diktatur leicht, Deutschland weiterhin geteilt zu halten und aus dem Unrecht ein neues Recht, das der Gewaltherren über die Ohnmächtigen, zu formen. Jeder ist aufgerufen, weiterhin mit Hand anzulegen und darüber hinaus die Reihen der Patrioten zu mehren und zu stärken. ...<<

31.12.1966

Polen: Der Pole Bronislaw Pasierb schreibt im Jahre 1966 in seiner Doktorarbeit "Wanderungen der deutschen Bevölkerung aus Niederschlesien in den Jahren 1944 bis 1947" (x024/127-128): >>Die schnelle, kompromißlose Art der Aussiedlung, die das Heer praktizierte, wurde beispielhaft für das Vorgehen einiger Zentren der Zivilverwaltung ...
Alle, die sich mit der Aussiedlung befaßten, waren in einem Punkt einig, nämlich daß die Deutschen schnell und wirksam ausgesiedelt werden müßten ... Daher hoffte man auf das Heer. Das auch besonders deswegen, weil die deutsche Bevölkerung aus einer Reihe von Grenzkreisen, die für die Wehrsiedlung bestimmt waren, zuallererst entfernt werden sollten.
Das Heer übernahm diese Aktion und sah sie als eine Kampfaufgabe an, der große politische Bedeutung zukommt (Befehl des I. Korps vom 22. Juni 1945).
Der Aussiedlungsbefehl (Nr. 12 der Führung der 12. Division vom 23. Juni 1945) war kurz und entschieden. Die Art und Weise, wie die deutsche Bevölkerung enteignet werden sollte, wurde nicht näher umrissen. Die Form der Ausführung wurde den Führern der Unterabteilungen überlassen.
Die Ergebnisse der Enteignung und Aussiedlung der Deutschen durch das Heer waren imponierend. Die wirtschaftlichen Folgen waren dagegen geradezu tragisch. Die Organisatoren der Aktion dachten nicht daran, industrielle Unternehmen zu sichern, deutsche Spezialisten zurückzubehalten. Sie berücksichtigten auch nicht die mit der bevorstehenden Ernte verbunde-

nen Notwendigkeiten. ...<<

BRD: Das SBZ-Archiv berichtet im Jahre 1966 über die Aussage eines geflohenen NVA-Angehörigen (x243/208): >>Der Anfang 1966 geflüchtete 21jährige Peter H., zuletzt Gefreiter in der 1. Kompanie des 42. Grenzregiments des "Kommandos Grenze" der NVA, bestätigte, ... daß Anfang Dezember 1965 dieser erweiterte Schießbefehl (Dienstvorschrift 30/10 der NVA) den Grenzsoldaten ... nur verlesen wurde.

Danach muß auf Flüchtlinge ohne Anruf und Warnschuß gezielt geschossen werden, wenn sie sich der Grenze auf etwa 100 Meter genähert haben. ...<<

USA: US-Außenminister Dean Rusk (1909-1994) erläutert im Jahre 1966 die nordamerikanische Weltpolitik (x243/98): >>Das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik ist es – in vertrauten Worten ausgedrückt -, "die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu erhalten".

Wir wissen, daß wir diese Segnungen in der klein gewordenen Welt von heute nicht in nationaler Isolierung bewahren können, oder durch politische Programme und Abwehrmaßnahmen, die sich auf den nordamerikanischen Kontinent, die westliche Hemisphäre, die Gebiete um den Atlantik oder andere begrenzte Gebiete beschränken. Wir müssen uns um die Welt als Ganzes kümmern – und um die Menschheit als Ganzes. ...<<

China: Aufgrund der gescheiterten Kollektivierungspolitik finden ab 1966 in China erbitterte Macht- und Richtungskämpfe statt.

Während dieser "Kulturrevolution" (1966-76) setzt Mao Zedong die "Roten Garden" rücksichtslos gegen seine politischen Gegner ein (systematischer Terror und Säuberungsaktionen). Die maoistische Linie setzt sich schließlich durch.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Opfer der maoistischen "Kulturrevolution" (x075/233): >>... Von 1965 an fordert die Kulturrevolution ... millionenfache Opfer. Während Intellektuelle in Paris oder Westberlin sich auf den "Maoismus" berufen, führt Mao in China die Unterdrückung an, die Vernichtung der Kulturträger, der Intellektuellen, der Gebildeten: Die bevorzugte Maßnahme besteht darin, sie zur Umerziehung durch die Bauern massenhaft aufs Land zu schicken. Während dieser Revolution wird viel getötet; und es wird noch mehr gedemütigt und entwürdigt. ...<<

1967

>>Die Wahrheit kommt mit wenigen Worten aus.<< (Lao-tse)

31.01.1967

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1967 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien (Aufgabe der "Hallstein-Doktrin") und vereinbart mit der CSR, Handelsvertretungen zu errichten.

08.02.1967

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 der 36. Präsident der USA) bietet dem vietnamesischen Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1954 Präsident von Nord-Vietnam) am 8. Februar 1967 Friedensverhandlungen an (x058/420): >>Wir haben in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Wegen und über eine Reihe von Kanälen versucht, Ihnen und Ihren Mitarbeitern unseren Wunsch nach einer friedlichen Regelung zu übermitteln. Diese Bemühungen haben aus welchen Gründen auch immer zu keinem Ergebnis geführt. ...

In den vergangenen 2 Wochen sind mir öffentliche Erklärungen von Vertretern ihrer Regierung zur Kenntnis gebracht worden, in denen angedeutet wird, daß Sie zur Aufnahme direkter bilateraler Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung bereit wären, vorausgesetzt, daß wir "bedingungslos" und für immer unsere Bombenangriffe auf ihr Land sowie alle

gegen es gerichteten Aktionen einstellten. ...
Ich bin bereit, eine Einstellung der Bombenangriffe auf ihr Land und die Beendigung einer weiteren Verstärkung der amerikanischen Truppen in Südvietnam anzuordnen, sobald ich die Gewähr erhalte, daß die Infiltration nach Südvietnam auf dem Land- und auf dem Seeweg aufgehört hat.
Diese Maßnahmen der Zurückhaltung auf beiden Seiten würden uns, so glaube ich, die Möglichkeit zu ernsthaften und nichtöffentlichen Besprechungen geben, die zu einem baldigen Frieden führen können. ...<<

09.02.1967

USA: Die "New York Times" berichtet am 9. Februar 1967 (x068/351): >>Es ist weitgehend bewiesen, daß Bücher immer mehr als Propagandamittel verwandt werden, daß einflußreiche Leute Bücher zensieren, die sie für gefährlich halten oder die ihnen unangenehm sind, und daß sie, ohne es zuzugeben, die Abfassung von Büchern in Auftrag geben und überwachen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die ideologischen Aufgaben der CIA (x068/351-352): >>... Zu den Aufgaben der CIA gehört sogar die ideologische Bearbeitung, die Überwachung der Propaganda, die Kontrolle der Massenmedien etc. Dabei dient ihr zur zeitweisen Tarnung eine weitere Bundesbehörde, die eigens zur Verbreitung von "US-Gedankengut" in der Welt geschaffen wurde, die United States Information Agency (USIA).
Die Methoden sind vielfältig. Das reicht vom weltweiten Propagieren ganz bestimmter Bücher unter dem Einsatz von Millionen Dollar - Intelligenz ist käuflich, wie fast alles - bis zur Manipulation von Studenten, Finanzierung von "Studienreisen" für Professoren, Intellektuelle und nackter Bestechung von Journalisten und Autoren, die ihre Namen unter äußerst fragwürdig fabrizierte und zensierte Werke setzen. ...
Auch die Universitäten werden einbezogen, erhalten Gelder von der CIA, erst recht natürlich von der Regierung; manche Hochschulen sind sogar durch Lobbies in Washington vertreten. Auch so manche Beförderung von Wissenschaftlern, so manche Karriere von Redakteuren hängt damit zusammen. "Der CIA, die Ford-Stiftung und andere Institutionen", so Jason Epstein 1967, "haben einen ganzen Apparat Intellektueller geschaffen und finanziert, die aufgrund ihrer orthodoxen Stellung im Kalten Krieg ausgesucht wurden".<<

15.02.1967

Nord-Vietnam: Ho Chi Minh beantwortet am 15. Februar 1967 das Schreiben des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson vom 8.02.1967 (x058/421): >>...Vietnam liegt Tausende von Meilen von den USA entfernt. Das vietnamesische Volk hat den USA niemals irgendwelches Leid zugefügt.
Im Gegensatz zu den von Ihren Vertretern auf der Genfer Konferenz von 1954 gegebenen Versicherungen hat die US-Regierung jedoch unaufhörlich in Vietnam interveniert; hat sie den Aggressionskrieg in Südvietnam vom Zaune gebrochen und intensiviert mit der Absicht, die Teilung Vietnams zu verlängern und Südvietnam zu einer Neokolonie und einem militärischen Stützpunkt der USA zu machen.
Über 2 Jahre lang hat die US-Regierung nunmehr mit ihren Luft- und Seestreitkräften den Krieg ... (nach) Vietnam, ein unabhängiges und souveränes Land, hineingetragen. Die US-Regierung hat Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit begangen.
In Südvietnam haben eine halbe Million amerikanischer Soldaten und Satellitentruppen zu den unmenschlichsten Waffen und den barbarischsten Methoden der Kriegführung gegriffen, wie z.B. betäubende Chemikalien und Gase, um unsere Landsleute abzuschlachten, Ernten zu vernichten und Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Über Nordvietnam haben Tausende von US-Flugzeugen Hunderttausende Tonnen Bomben abgeworfen. ...

Die US-Regierung ist für die äußerst ernste Situation in Vietnam voll verantwortlich. Der amerikanische Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk ist eine Herausforderung an die Länder des sozialistischen Lagers, eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung und eine ernste Gefährdung des Friedens in Asien und in der Welt.
Das vietnamesische Volk ... ist ohne Furcht vor Opfern und Leiden zur Fortsetzung seines Widerstandes entschlossen, bis es wahre Unabhängigkeit und Freiheit und einen wirklichen Frieden erreicht hat.<<

03.04.1967

BRD: Erich Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) erklärt am 3. April 1967 während eines FDP-Parteitages (x155/135): >>Natürlich wissen wir, daß Osteuropa die Oder-Neiße-Linie als endgültig ansieht. Wir wissen auch, was Staatspräsident de Gaulle seit 1958 geschrieben hat. Wir wissen auch, wie die Dinge in Washington und London beurteilt werden: mehr formell, weniger materiell im Sinne unserer Vorstellungen.
Sind das aber dann nicht Gründe, auch unsererseits wenigstens noch das zu halten, was wir an Rechtspositionen haben, und das bedeutet: wir können nicht Gegenstände , die einer künftigen friedensvertraglichen Regelung vorbehalten sind, vor dem Friedensvertrag aus der Hand geben, wenn wir nicht unsere eigene Verhandlungsposition schuldhaft schwächen wollen. ...<<

16.05.1967

UdSSR: Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhält 1970 den Nobelpreis für Literatur) schreibt am 16. Mai 1967 einen Offenen Brief an den sowjetischen Schriftstellerkongreß (x299/189-190): >>Die von der Verfassung nicht vorgesehene und deshalb illegale, nirgends öffentlich genannte Zensur bedrückt ... unsere Literatur. ...
(Ich bitte), den Verboten und Verfolgungen Aufmerksamkeit zu widmen, die ich selbst erfahren habe:
1. Mein Roman "Im Kreis" ... wurde vor fast zwei Jahren vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt. ...
2. Zusammen mit meinem Roman wurde mir mein literarisches Archiv weggenommen, das die 15 bis 20 Jahre zurückliegende Vergangenheit umfaßt. ...
3. Schon drei Jahre lang wird gegen mich, der ich den ganzen Krieg über als Kommandeur einer Artillerieeinheit gekämpft habe und mit militärischen Auszeichnungen dekoriert bin, eine verantwortungslose Verleumdungskampagne geführt.
Es heißt, ich hätte eine Zeit als Krimineller gesessen oder mich in Gefangenschaft begeben (ich war nie in Gefangenschaft). ... So erklärt man die elf Jahre, die ich in Lagern und Verbannung verbracht habe, in die ich für meine Kritik an Stalin gekommen war. ...
Vergeblich habe ich versucht, diesen Verleumdungen durch einen Protest ... zu begegnen! ...<<

Juni 1967

Israel: Israel schlägt im Sechstagekrieg (Juni 1967) seine arabischen Nachbarn entscheidend und besetzt im Jahre 1967 das Westjordanland, die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen und die syrischen Golanhöhen.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Israels (x192/458): >>... Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn wurden zu einer Konstante der Nachkriegszeit.
Mit Waffenhilfe und finanzieller Unterstützung der USA entwickelte sich Israel zu einer wirksam verteidigten Insel des Wohlstands in einem Meer weniger entwickelter und schlecht bewaffneter arabischer Staaten.
Die Situation spitzte sich zu, als Ägypten und Syrien in den sechziger Jahren von der Sowjetunion Waffen- und technische Hilfslieferungen erhielten.

1967 fühlte sich die arabische Welt schließlich stark genug, Israel militärisch herauszufordern. Die Folge war der Sechstagekrieg, der für die Angreifer zum Desaster wurde. Israel schlug seine Gegner vernichtend und eroberte die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, die syrischen Golanhöhen und das Westjordanland, das vorher Teil Jordaniens gewesen war.
Ein weiterer Angriffsversuch sechs Jahre danach – der Jom-Kippur-Krieg – endete in einer ähnlichen Katastrophe für die Araber. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Sechstagekrieg" im Juni 1967 (x169/23-33):
>>... Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967 wurde alles anders. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in Amerika. Als gängige Erklärung für diesen Wandel gilt, daß Israels extreme Isolation und Verwundbarkeit während des Junikriegs die Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis wachrief.
In Wahrheit wird diese Analyse weder den Gegebenheiten der Machtbalance im Mittleren Osten zu jener Zeit noch der Art der sich entwickelnden Beziehung zwischen den jüdischen Eliten Amerikas und dem Staat Israel gerecht.
So, wie die amerikanischen Mainstream-Organisationen der Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis in den Jahren nach dem Krieg herunterspielten, blieb auch ihre Haltung gegenüber Israel mit der Politik der USA im Gleichschritt. Seit den frühesten Anfängen hegten die jüdischen Eliten Amerikas grundlegende Bedenken gegen einen jüdischen Staat.
An erster Stelle stand ihre Angst, er würde dem Vorwurf einer "doppelten Loyalität" Glaubwürdigkeit verleihen. Schon vor der Gründung des Staates Israel brachten Führer der amerikanischen Juden die Besorgnis zum Ausdruck, seine weitgehend osteuropäische, linksgerichtete Führungsriege würde sich dem Lager der Sowjets anschließen.
Auch wenn sie am Ende die von den Zionisten angeführte Kampagne für die Staatsgründung zu ihrer eigenen Sache machten, achteten die Organisationen der amerikanischen Juden genau auf die Signale aus Washington und paßten sich ihnen an.
Tatsächlich unterstützte das AJC die Gründung Israels vor allem aus der Angst heraus, es könne für die Juden zu einem innenpolitischen Rückschlag führen, wenn die in Europa verschleppten Juden nicht rasch angesiedelt würden. Obwohl Israel sich bald nach der Staatsgründung dem Westen anschloß, behielten viele Israelis eine starke Zuneigung zur Sowjetunion; die Führer der amerikanischen Juden hielten Israel, wie vorauszusehen gewesen war, auf Abstand.
Von seiner Gründung im Jahre 1948 bis zum Junikrieg von 1967 spielte Israel in der strategischen Planung Amerikas keine entscheidende Rolle. Als die Führung der Juden Palästinas die Ausrufung des Staates Israel vorbereitete, war Präsident Truman unschlüssig und wog innenpolitische Gesichtspunkte (die jüdischen Wählerstimmen) gegen die Warnungen des Außenministeriums ab (die Unterstützung eines jüdischen Staates würde die arabische Welt auf Distanz gehen lassen). Um die Interessen der USA im Mittleren Osten zu wahren, balancierte die Regierung Eisenhower die Unterstützung für Israel und die arabischen Länder aus, wobei sie jedoch die Araber begünstigte.
Immer wieder aufbrechende Konflikte der Israelis mit den USA über politische Fragen gipfelten in der Suezkrise von 1956, als Israel mit Großbritannien und Frankreich gemeinsame Sache machte, um Gamal Abd el Nasser, den nationalistischen Führer Ägyptens, anzugreifen. Obwohl Israels schneller Sieg und die Annexion der Sinai-Halbinsel die allgemeine Aufmerksamkeit auf sein strategisches Potential lenkten, wurde es von den USA weiterhin nur als einer von mehreren regionalen Interessenschwerpunkten geführt.
Dementsprechend erzwang Präsident Eisenhower den bedingungslosen Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel. Während der Krise unterstützten die Führer der amerikanischen Juden für

kurze Zeit die Anstrengungen Israels, den Amerikanern Zugeständnisse abzuringen, doch zuletzt, so erinnert sich Arthur Hertzberg, "zogen sie es vor, Israel zu empfehlen, lieber (auf Eisenhower) zu hören, anstatt sich den Wünschen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu widersetzen".

Außer als Objekt gelegentlicher Nächstenliebe verschwand Israel bald nach der Gründung des Staates aus dem Blickfeld des jüdischen Lebens in Amerika. Für die amerikanischen Juden war Israel in der Tat nicht von Bedeutung. In seiner Untersuchung von 1957 berichtete Nathan Glazer, daß Israel "bemerkenswert wenig Auswirkungen auf das Innenleben der amerikanischen Juden hatte".

Die Zahl der Mitglieder in der *Zionist Organization of America* fiel von mehreren Hunderttausend im Jahre 1948 auf mehrere Zehntausend in den sechziger Jahren. Vor dem Juni 1967 machte sich nur einer von 20 amerikanischen Juden die Mühe, Israel zu besuchen.

Bei Eisenhowers Wiederwahl im Jahre 1956, die stattfand, nachdem er unmittelbar zuvor Israel zu seinem demütigenden Rückzug von der Sinai-Halbinsel gezwungen hatte, wuchs die schon beträchtliche Unterstützung der Juden für den Präsidenten weiter an.

Zu Beginn der sechziger Jahre bezog Israel wegen der Eichmann-Entführung sogar Prügel von einem Teil der Meinungsführer der jüdischen Elite, zum Beispiel von Joseph Proskauer, dem früheren Vorsitzenden des AJC, von dem Harvard-Historiker Oskar Handlin und der in jüdischem Besitz befindlichen *Washington Post.* "Die Entführung Eichmanns", meinte Erich Fromm, "ist ein Akt der Gesetzlosigkeit von genau der Art, deren sich auch die Nazis ... schuldig gemacht haben."

Die jüdischen Intellektuellen Amerikas erwiesen sich quer durch das politische Spektrum als besonders gleichgültig gegenüber dem Schicksal Israels. In detaillierten Untersuchungen über die linksliberale jüdische Intellektuellenszene während der sechziger Jahre wird Israel kaum erwähnt.

Unmittelbar vor dem Junikrieg veranstaltete das AJC ein Symposium zur "Jüdischen Identität hier und heute". Lediglich drei der einunddreißig "besten Köpfe der jüdischen Gemeinde" erwähnten Israel überhaupt; zwei von ihnen jedoch nur, um seine Bedeutung abzuwerten. Bezeichnende Ironie: Die einzigen beiden in der Öffentlichkeit stehenden jüdischen Intellektuellen, die vor dem Juni 1967 eine Verbindung zu Israel geknüpft hatten, waren ausgerechnet Hannah Arendt und Noam Chomsky.

... Die USA waren von Israels überwältigender Demonstration der Stärke beeindruckt und gingen dazu über, es sich als strategischen Besitz einzuverleiben. (Schon vor dem Juni-Krieg waren die USA vorsichtig zu Israel umgeschwenkt, als die Regimes von Ägypten und Syrien Mitte der sechziger Jahre einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlugen.) Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Mittleren Osten verwandelte.

Für die jüdischen Eliten Amerikas war Israels Unterordnung unter die Macht der USA ein gefundenes Fressen. Der Zionismus war aus der Prämisse entstanden, daß Assimilation ein Hirngespinst sei, daß Juden immer als potentiell illoyale Fremdlinge angesehen würden. Um diesen Zwiespalt aufzulösen, waren die Zionisten bestrebt, eine Heimat für die Juden zu schaffen.

In der Tat wurde das Problem durch die Gründung Israels zugespitzt, jedenfalls für die Juden in der Diaspora - der Vorwurf der doppelten Loyalität erhielt damit eine institutionalisierte Ausprägung. Paradoxerweise "erleichterte" die Existenz Israels nach 1967 die Assimilation in den Vereinigten Staaten: Jetzt standen Juden an der Front und verteidigten Amerika - eigentlich die "westliche Kultur" - gegen die rückständigen arabischen Horden.

Während Israel vor 1967 das Schreckgespenst einer doppelten Loyalität verkörperte, suggerierte es jetzt eine Super-Loyalität. Schließlich waren es nicht Amerikaner, sondern Israelis,

die kämpften und starben, um die Interessen der USA zu schützen. Und anders als die amerikanischen GIs in Vietnam wurden die israelischen Kämpfer nicht von Emporkömmlingen aus der Dritten Welt gedemütigt.
Dementsprechend entdeckten die jüdischen Eliten Amerikas plötzlich Israel. Nach dem Krieg von 1967 konnte Israels militärischer Elan gefeiert werden, weil seine Gewehre in die richtige Richtung zeigten - auf die Feinde Amerikas. Seine militärische Potenz konnte vielleicht sogar den Eintritt in die inneren Zirkel der amerikanischen Macht erleichtern.
Konnten die jüdischen Eliten zuvor nur ein paar Listen mit jüdischen Umstürzlern bieten, so spielten sie jetzt die Rolle der natürlichen Gesprächspartner für Amerikas neuesten strategischen Besitz. Von Nebendarstellern konnten sie plötzlich zu Mitspielern ganz oben auf der Besetzungsliste im Drama des Kalten Krieges avancieren. Israel wurde für die amerikanischen Juden ebenso zum strategischen Besitz wie für die Vereinigten Staaten. ...
Nach dem Juni-Krieg arbeiteten die jüdischen Mainstream-Organisationen Amerikas unablässig daran, die amerikanisch-israelische Allianz zu festigen. Im Fall der ADL schloß das eine weitreichende Überwachungsoperation im Inland mit Verbindungen zum israelischen und südafrikanischen Geheimdienst ein. In der New York Times nahm die Berichterstattung zum Thema Israel nach dem Juni 1967 auffällig zu. ...
Eine beliebte Pose der nach 1967 als Zionisten Wiedergeborenen bestand darin, ihre eigene freimütig geäußerte Unterstützung für ein vermeintlich belagertes Israel gegen die Feigheit der amerikanischen Juden während des Holocaust auszuspielen. In Wahrheit taten sie genau das, was die jüdischen Eliten Amerikas immer getan hatten: Sie marschierten im Gleichschritt mit der Macht in Amerika. ...
... Für die neuen jüdischen "Unterstützer" Israels in Amerika ... (war) ein unabhängiges Israel in Frieden mit seinen Nachbarn wertlos. Nur ein israelisches Sparta, das der amerikanischen Macht verpflichtet war, kam in Frage, denn nur dann konnten die jüdischen Führer in den USA als Sprecher für die imperialistischen Ambitionen Amerikas auftreten.
Wie Noam Chomsky vorgeschlagen hat, sollten diese "Unterstützer Israels" zutreffender als "Unterstützer des moralischen Abstiegs und der endgültigen Zerstörung Israels" bezeichnet werden.
Um ihren strategischen Besitz zu schützen, "erinnerten" die jüdischen Eliten Amerikas sich an DEN HOLOCAUST. Üblicherweise wird berichtet, sie hätten das getan, weil sie zur Zeit des Juni-Kriegs geglaubt hätten, Israel schwebe in tödlicher Gefahr, weshalb sie von Ängsten vor einem zweiten Holocaust ergriffen worden seien. Diese Behauptung hält einer näheren Überprüfung nicht stand. ...
Israel bewies schnell, daß es 1967 weit weniger verwundbar war als in seinem Kampf um die Unabhängigkeit. Die israelischen und amerikanischen Führer wußten schon vorher, daß Israel in einem Krieg mit den arabischen Staaten leicht die Oberhand behalten würde. Als Israel seine arabischen Nachbarn innerhalb weniger Tage in die Flucht schlug, wurde diese Wahrheit überzeugend offenbar. Novick berichtet: "Anläßlich der Mobilisierung der amerikanischen Juden zugunsten Israels wurde vor dem Krieg erstaunlich wenig auf den Holocaust Bezug genommen."
Erst nach Israels überwältigender Demonstration seiner militärischen Stärke entstand die Holocaust-Industrie und florierte inmitten der größten israelischen Siegesgewißheit. ...<<

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).
Es handelt sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften:
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

04.09.1967

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1967) berichtet am 4. September 1967 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>Die Literatur, so hielt der Sowjetdichter und Parteifeind Solschenizyn im Mai dem Moskauer Schriftstellerkongreß vor, muß das Gewissen der Nation sein. Der Delegierte Ilja Ehrenburg, ein Großer der Sowjetliteratur, hatte sich vor Beginn des Kongresses ins Ausland verdrückt. Er hatte ein schlechtes Gewissen.

30 Romane und über 3.000 Artikel waren unter seinem Namen erschienen. Sein weltweites Prestige rettete ihn immer wieder vor den Nachstellungen Stalins und der Partei. Aber Ehrenburg, Mitglied des Obersten Sowjet und Vizepräsident des Weltfriedensrats, nutzte seinen Namen nicht, um der Nation die Wahrheit zu sagen -- er verharrte in jenem Opportunismus, der ihn hatte alt werden lassen.

Als Gymnasiast schon Bolschewik, schrieb er im Ersten Weltkrieg für das Petrograder Bürgerblatt "Börsen-Berichte". In der Revolution verfaßte er für die Weißgardisten ein "Gebet" der Trauer über das Ende des Heiligen Rußland.

Dann entsann er sich seiner Schülerliebe zu dem inzwischen siegreichen Lenin, der ihn eine "Allerweltsdirne" nannte und seinen Roman "Julio Jurenito" lobte. Ehrenburg ging als Sowjet-Pressekorrespondent nach Paris, Brüssel und Berlin. Seine kritische Meinung über Stalin vergaß er, als die Weltwirtschaftskrise ihm den Westmarkt für seine Bücher nahm -- Ehrenburg kehrte nach Moskau zurück. Er erlebte den physischen und geistigen Tod seiner Freunde in den Säuberungswellen von 1938. Ihm aber gestattete Stalin, wieder nach Paris zu gehen.

Gleich nach dem Tode seines Gönners beklagte Ehrenburg in der Novelle "Tauwetter" Stalins Verbrechen. Er leitete damit eine Ära liberaler Sowjetliteratur ein -- und empfahl sich Chruschtschow. Auf die Frage, warum er zu Stalins Lebzeiten geschwiegen habe, antwortete er: "Aus Angst." Aus Angst schwächte Ehrenburg auch auf Vorhalt der Partei das "Tauwetter" wieder ab.

Der Konformist liebte es, im Pariser Café "Rotonde" seinen Wermut zu trinken, mit Matisse, Malraux, Joyce, Hemingway, Picasso zu sprechen. In seiner Moskauer Wohnung Terkowo-Straße Nr. 8 hingen -- aus Sowjet-Museen verbannte -- moderne Gemälde: "Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit -- ich blieb am Leben."

Denn für ihn gibt es Zeiten, "da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht". Spieler Ehrenburg durchstand das russische Roulette als Rubelmillionär und dreifacher Stalinpreisträger. Der Einsatz freilich, der Charakter, ging verloren.

Deutschlands Nationale lasteten ihm die intellektuelle Urheberschaft an den Greueln der Rotarmisten an ("Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute"). Ehrenburg zum SPIEGEL: "Wenn jemand kommt und beweist, wo ich das geschrieben habe, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor der Leiche Hitlers."

Immerhin schrieb er: "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen." Die Rotarmisten drehten "aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten" (Anna Seghers). Sie lasen auch von Ehrenburgs Abneigung gegen das deutsche Mädchen, "das blonde, lockere, unersättliche Gretchen".

Selbst der "Prawda" war das 1945 zuviel: "Eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Rassenhasses."

Vor einer Leserversammlung in der Moskauer Bezirksbibliothek Nr. 66 enthüllte Ehrenburg am 9. April 1966: Der "Prawda-Angriff" war ein Verständigungs-Versuch des Kreml mit den Deutschen, "und man hatte beschlossen, mich als Opfer darzubringen". Ehrenburg hatte seine Kriegspropaganda stets damit gerechtfertigt, "daß die Mehrheit der Deutschen Hitler unter-

stützte".
Im Jahr vor seinem Tode erst versuchte der alte Spieler, den Einsatz wiederzugewinnen: "Wenn wir nicht das Gewissen rehabilitieren, dann erweist sich dieser ganze Unsinn mit dem Mond, den Sputniks" als Zirkustrick auf der letzten Etappe der Geschichte der Menschheit.
Da erst klagte er seine Mitspieler wie sich selbst des Falschspiels an und fällte gleich das Urteil: "Man wird erst dann mit dem Erbe unserer fürchterlichen Jahre Schluß machen können, wenn die Leute, die von diesen Jahren erzogen wurden, physisch aus unserer Gesellschaft verschwunden sind. Meine Hoffnung ist bei der Jugend."
Als Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg -- am letzten Donnerstag -- einer Herzattacke erlag, verhandelte das Moskauer Stadtgericht gegen drei aufrührerische Literaten. Sie waren unter 30 Jahre alt. Ehrenburg war 76 geworden.<<

09.09.1967

Ostdeutschland: Im Verlauf eines Staatsbesuches betont der französische Staatspräsident General de Gaulle am 9. September 1967 in der Stadt Hindenburg den polnischen Charakter der ehemals ostdeutschen Städte (x155/136): >>... (Hindenburg sei) die schlesischste aller schlesischen, die polnischste aller polnischen Städte. ... (Danzig bezeichnete de Gaulle als) polnisch, tief und hervorragend polnisch. ...<<

16.09.1967

BRD: BdV-Präsident Rehs (1901-1971) kritisiert am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/-135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.
Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.
Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.
Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten.
Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

08.12.1967

Vatikan: Papst Paul VI. erklärt am 8. Dezember 1967 in seinem Aufruf zum "Tag des Friedens" (x064/60): >>... Der Friede kann nicht auf der Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen.
Man kann nicht legitimerweise vom Frieden reden, wenn das bewährte Fundament des Friedens nicht anerkannt und geachtet wird: die Gerechtigkeit und die Liebe in den Beziehungen zwischen den Staaten bzw. im Bereich jeder Nation.<<

31.12.1967

DDR: Im Geschichtsbuch für die 10. Klasse werden im Jahre 1967 folgende "Berliner Grenzzwischenfälle" genannt (x243/194): >>... Von 1961-63 sei die DDR von Westberlin aus 376mal beschossen worden, von 1961-67 seien 14 Soldaten Opfer "Bonner Provokationen" geworden.<<

BRD: Im Jahre 1967 sind die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig

und erhalten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

1968

>>Zur Wahrheit führen rauhe, dunkle Bahnen. Erst später erfüllt sich, was wir früh schon ahnen.<< (Friedrich M. von Bodenstedt)

30.01.1968

Vietnam: Die Truppen des Vietkong beginnen am 30. Januar 1968 eine Großoffensive (Neujahrsoffensive) gegen Südvietnam und dringen bis zum 29.02.1968 zeitweise in die südvietnamesische Hauptstadt Saigon ein.

31.01.1968

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 31. Januar 1968 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien.

16.02.1968

DDR: Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht spricht am 16. Februar 1968 über die Existenz einer deutschen Nation (x156/9): >>... Jawohl, es gibt eine deutsche Nation!

Diese deutsche Nation wurde jedoch im Ergebnis des Krieges des faschistischen deutschen Imperialismus von den Westmächten gespalten.

Seitdem der westdeutsche Separatstaat gebildet wurde und durch die Pariser Verträge vom deutschen Staatsverband losgelöst worden ist, gibt es 2 Staaten deutscher Nation: im östlichen Teil Deutschlands einschließlich der Hauptstadt der DDR, Berlin, lebt das Staatsvolk der Deutschen Demokratischen Republik, und im Westen lebt das Staatsvolk der westdeutschen Bundesrepublik.<<

05.03.1968

BRD: Die katholische Bischofskonferenz befaßt sich am 5. März 1968 in Stuttgart mit dem deutsch-polnischen Verhältnis (x064/60-61): >>Die Bischöfe werden ihrerseits die Bemühungen um die Versöhnung zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk im Sinne ihres Briefwechsels mit dem polnischen Episkopat während des Konzils fortführen und vertiefen. ... Zu diesem Dienst fühlen wir uns gerufen und verpflichtet. ...<<

15.03.1968

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staatserhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. - Die deutschen Vertriebenen." (x024/339): >>... Dieses Buch hat die Geschichte jenes Teils unseres deutschen Volkes beschrieben, der das härteste Schicksal nach dem Kriege

zu erleiden hatte: der deutschen Vertriebenen.
Es soll an dieses trübe Kapitel der Geschichte erinnern, das viele der Jüngeren nicht kennen und viele der Älteren verdrängt haben. Was mit bitterem Leid anfing, gerät zu einer besonderen Chance, Mahner und Vermittler in der Verständigung zwischen Ost und West zu sein. ...
Heute sind bei uns und im Osten neue Generationen herangewachsen, die das, was die älteren erlebt haben, oft kaum begreifen können.
Die Erinnerung an das Vergangene soll zwischen den Völkern nicht alte Wunden aufreißen. Erinnerung soll heute Ansporn zu Verständigung und Versöhnung sein.
Wer heute – bei uns oder im Ausland – noch immer versucht, aus der Masse der deutschen Vertriebenen oder deren Nachkommen "kalte Krieger" zu machen, der hat Vergangenheit und Gegenwart falsch gedeutet.
Die deutschen Vertriebenen haben insgesamt bewiesen, daß sie ihre Lektion aus der Geschichte gelernt haben. Sie und ihre Kinder haben sich aus Leid zu Leistung anspornen lassen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mitaufgebaut, in einem Maße, das Bewunderung verdient.<<

16.03.1968

Vietnam: In "My Lai", einem Dorf in Südvietnam, werden während des Vietnamkrieges am 16. März 1968 mehr als 300 Dorfbewohner von US-Soldaten getötet.
Ein US-Fotograf berichtet später über das Massaker von My Lai (x122/495): >>Wir waren noch außerhalb des Dorfes.
In etwa 100 Meter Entfernung sah ich 15 Vietnamesen – darunter Frauen und Kinder – auf einem Feldweg. Plötzlich eröffneten die Soldaten mit ihren M-16-Schnellfeuergewehren und Grantgewehren vom Typ M-79 das Feuer auf die Gruppe.
Zu meiner Rechten lief eine Frau, die aus der Deckung zu kommen schien. Erst schoß nur ein GI auf sie. Dann feuerten alle Soldaten. Sie zielten auf ihren Kopf. Die Knochensplitter flogen durch die Luft.
Noch nie zuvor hatte ich gesehen, daß Amerikaner gezielt auf unbewaffnete Zivilisten schossen. ... Ich sehe noch zwei kleine Jungen vor mir, der eine vielleicht drei, der andere sechs Jahre alt. Ein Kerl schoß mit einem M-16 auf sie. Der größere Junge warf sich schützend auf seinen kleineren Bruder. Der Soldat feuerte eine Leuchtpatrone in sie hinein, ihre Spitze schien im Fleisch des älteren Jungen zu brennen. Der Mann pumpte sechs weitere Schüsse in die Kinder und ließ sie liegen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Kriegsführung in Vietnam (x068/342-344): >>Man verschoß auch ... Behälter mit Eisensplittern. Oder den ... "Bienenkorb", eine Granate mit Hunderten von Eisenpfeilspitzen von der Länge einer normalen Heftklammer, die in den Körper eindrangen, und zwar so tief, daß die Wunde sich nach dem Eindringen wieder schloß. Diese Waffen wurden serienmäßig in einer Fabrik in San José bei San Francisco hergestellt.
Man benutzte auch Gewehre, die weit schlimmere Wirkungen hatten als die verbotenen Dum-Dum-Geschosse. Vor dem von Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre initiierten Vietnam-Tribunal sagte ein US-Soldat aus:
"Als ich eines Tages während eines Schußwechsels aus kurzer Entfernung mit einer M 16 schoß, traf ich einen Mann in die Brust. Wie weggemäht wurde der Körper förmlich durch die Luft geschleudert und flog in einem Gleitflug drei bis vier Fuß über der Erde, bis er an einen Baum prallte. Unnötig zu sagen, daß die Brust des Mannes völlig zerfetzt war. ... Mit dem M-16-Geschoß kann man die Kriegsgesetze nicht umgehen; es hat eine bedeutend stärkere Wirkung als das verbotene Dum-Dum-Geschoß."
Gefangene sollten eigentlich gar nicht gemacht werden. So sagte der amerikanische Zeuge David Tuck vor dem Vietnam-Tribunal:

"Unsere Offiziere hatten uns gesagt, es habe keinen Sinn, Gefangene zu machen, ausgenommen nordvietnamesische Offiziere. ... Wir hatten den Befehl zu schießen und keine Gefangenen zu machen. Diese Anweisung war allgemein gültig und betraf vor allem das systematische Abknallen verwundeter Feinde. Für viele unserer Offiziere war das ein leidenschaftlich betriebener Sport. In ihren Augen ist ein toter Vietnamese ein guter Vietnamese."
Hier bricht die alte Tradition der Indianerkiller wieder durch: Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!
"Eine Zeit lang war es in der 173. Luftlandebrigade üblich, den toten Feinden nach dem Kampf die Ohren abzuschneiden, um ein Souvenir zu haben. Im 1. und 14. Regiment der 25. Division, der 3. Brigade, war es das Gleiche; eine vorübergehende Manie. Derjenige, der die größte Anzahl von Ohren besaß, wurde als Weltmeister im Vietkongkillen betrachtet und hatte hinterher im Basiscamp Anspruch auf Freibier und Whisky."
Gefangene wurden besonders bei Verhören geschunden. Schläge waren die Regel. Häufig folterte man elektrisch (etwa unter Verwendung des Feldtelefons), auch und gerade die Geschlechtsteile. Auch viele Frauen wurden elektrisch gefoltert, ungezählte vergewaltigt, unterschiedslos alte Frauen, Schwangere, junge Mädchen, viele unter 15 Jahren. In manchen Provinzen starb ein Fünftel der Vergewaltigten ...
Folterungen waren keine Einzelfälle, sondern geschahen massenweise und auf die unterschiedlichste Art. Der amerikanische Vietnam-Soldat Donald Duncan berichtet über ein Verhör:
"Ein Mann mit gebrochenem Bein wurde herangeschleppt. Man hatte ihn mit elektrischem Leitungsdraht gefesselt, mit einem dünnen plastikumhüllten Metalldraht, der sich tief ins Fleisch eingrub. Die Soldaten schleppten ihn bis in die Mitte des Dorfes.
Dort begann der Chef des "Einschüchterungskommandos", ihn zu verhören, allerdings ohne Erfolg.
Verhören: das heißt, der Offizier brüllte ihm die Fragen ins Gesicht, während ein Soldat sein gebrochenes Bein mit Fußtritten malträtierte ..."
Eine Art tschechoslowakisches Lidice oder französisches Oradour wurde im Vietnamkrieg das Dorf My Lai. US-Leutnant William L. Calley metzelte befehlsgemäß mit seiner Soldateska die Bewohner des völlig soldatenfreien Ortes nieder:
347 Zivilisten, darunter viele Kinder und Mädchen, die die US-Heroen erst noch vergewaltigten, wurden sämtlich massakriert und ihre Hütten niedergebrannt. Um zur Barbarei auch noch die Heuchelei zu bringen, steckte man den Oberschlächter Leutnant Calley (der selbst ein zweijähriges Kind, das schreiend aus einem Leichenhaufen krabbelte, mit einem Meisterschuß beruhigte) drei Tage in ein Militärgefängnis, worauf ihn Präsident Nixon amnestierte und er bald in den USA ein viel bewunderter, viel besungener, viel beschenkter und mit Heiratsanträgen eingedeckter Inhaber eines Juweliergeschäfts geworden ist.
Ehre wem Ehre gebührt. Denn schließlich kämpfte Calley im Dienst der guten Sache und der freien Welt. In Deutschland erschienen die von ihm autorisierten Selbstaussagen 1972 unter dem Titel "Ich war gern in Vietnam". ...<<

18.03.1968

BRD: Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt am 18. März 1968 während seiner Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag (x155/141): >>... Wir wissen, daß heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Polen zur Folge haben würden. Das ist eine Realität.
Realität ist auch, daß 40 % der Menschen, die in jenen Gebieten leben, schon dort geboren sind. Niemand ist so vermessen, an eine neue Vertreibung zu denken.
Eine weitere Realität ist es, daß das deutsche Volk die Versöhnung gerade auch mit Polen will und braucht. ...

Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung (Beifall lt. Protokoll).
Es ergibt sich, daß die bestehenden Grenzen in Europa nicht durch Gewalt verändert werden dürfen ... Alle Völker sollen in der sicheren Gewißheit leben, daß Grenzen nicht mehr gegen ihren Willen verändert werden.
Das meinen auch, wenn ich es recht verstanden habe, die heimatvertriebenen Landsleute, deren Fragen und Sorgen ich keinen Augenblick vergesse. ... <<

30.03.1968

BRD: Die BdV-Bundesvertretung kritisiert am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ... Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt.
Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...
Keine Partei und kein Parteitag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten. ...
Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.
Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.
Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

11.04.1968

BRD: Der Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979, seit 1964 Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes) wird am 11. April 1968 durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt.
Nach dem Anschlag ereignen sich in zahlreichen westdeutschen Städten gewalttätige Demonstrationen.
Rudi Dutschke (Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung) schreibt damals über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>Heute hält uns nicht eine abstrakte Theorie der Geschichte zusammen, sondern der Ekel vor einer Gesellschaft, die von Freiheit schwätzt und die unmittelbaren Interessen und Bedürfnisse der Individuen und der um ihre sozialökonomische Emanzipation kämpfenden Völker subtil und brutal unterdrückt. ...
Die Bremer Schüler haben gezeigt, wie die Politisierung unmittelbarer Bedürfnisse des Alltagslebens - Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen – subversive Sprengkraft entfaltet werden kann. ...
An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radikaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner (1907-1999) schreibt später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127):

>>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.
Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...
Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<
Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenverbände erklärt am 11. April 1968 zur Lage der Vertriebenen (x064/61-64): >>... Eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegsstandes wird nicht erwartet werden können. In dem jetzigen Zustand Deutschlands und Europas sehen wir ... keine tragfähige Lösung. ...
Die Voraussetzung ist die Wahrheit. Nur auf dieser Grundlage kann Vertrauen in die Ehrlichkeit und Redlichkeit des Anderen entstehen. Darum sagen wir offen: das Verschleiern ungelöster Probleme und geschichtlicher Gegensätze zwischen den Völkern führt ebenso wenig zu einem dauerhaften Frieden wie ein einziges Diktat.
Wenn wir unsere natürlichen Rechte und die in zeitgemäße Form gebrachte Wahrung unserer geschichtlichen Kontinuität preisgäben, würden wir unglaubwürdig.
Gerechtigkeit verpflichtet uns zur Wiedergutmachung für das Polen zugefügte Unrecht. Wir achten die Würde und Rechte unserer Nachbarn nicht weniger, als wir die Würde und Rechte unseres Volkes und unserer Volksgruppen geachtet sehen wollen. Aus diesem Grunde erwarten wir auch eine Wiedergutmachung des Unrechts, das unserem Volke widerfahren ist. ...
Wir kennen und empfinden das Unrecht und unermeßliche Leid, das dem polnischen Volk von einer verbrecherischen deutschen Regierung und den ihr Hörigen zugefügt worden ist. Diese Schuld vieler Einzelner bedarf der Sühne im geordneten Rechtsgang. Für das von einer deutschen Regierung zugefügte Unrecht ist unser Volk zu einer zumutbaren Wiedergutmachung im Rahmen seiner politischen Haftung verpflichtet. Wir lehnen jedoch die Anerkennung einer die personale Verantwortung zerstörende Kollektivschuld als unmoralisch ab.
Die Grausamkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeiten sind aber weder durch die Legalisierung von Massenvertreibungen zu heilen noch durch irgendwelche ins Leere geworfene Verzichte wiedergutzumachen. Statt die Rechtsidee zu stärken, würden nur jene Elemente ermutigt, die das Recht als Funktion von Gewalt und Erfolg auffassen.
Ohne die Überwindung des übersteigerten wie auch immer gearteten Nationalismus, der Wurzel des Übels auf beiden Seiten, ist eine dauerhafte Friedensordnung nicht möglich. Gebietsabtretungen sind nach Kriegen immer wieder vorgekommen. Sie hatten jedoch kaum größere Bevölkerungsverschiebungen zur Folge.
Massenvertreibungen wie im 20. Jahrhundert hat es noch nie gegeben. Sie sind die jüngste Folge des übersteigerten Nationalismus. Da ein barbarisches Faustrecht nicht legalisiert werden darf, muß der Kreis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch eine zumutbare Wiedergutmachung für alle - auch für uns - unterbrochen werden.
Dabei geht es weder um einseitige noch um übersteigerte Rechtspositionen und schon gar nicht um Rechtsbehauptungen, sondern um unabdingbares natürliches Recht. ...
Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, lediglich vom Hinnehmen politischer Nachteile zu spre-

chen, wo es sich um Verletzung von Menschen- und Gruppenrechten handelt. Es zerstört die Rechte der Person, der Familie und der natürlichen Gemeinschaft, wenn aus dem Verlust von Staatsgebieten oder mit einer jahrelangen Besetzung die Hinfälligkeit der angestammten Wohnsitz- und freien Entfaltungsrechte in der Heimat abgeleitet wird. Eben weil die Staaten und Völker zur Durchsetzung des Völkerrechts im Einzelfalle auf sich selbst verwiesen sind, ist es uns auch in Einzelfällen nicht erlaubt, die Grundlagen des Rechts preiszugeben.
Gerade die Christen dürfen in unserer Zeit die Wirksamkeit des Völkerrechts nicht bagatellisieren. Sie müssen mit friedlichen politischen Mitteln überall und jederzeit auf seine Verwirklichung dringen. Auch die Untaten des Nationalsozialismus können uns von dieser Pflicht weder ausschalten noch freistellen.
Bei dem Problem der Oder-Neiße-Linie und der deutschen Ostgebiete handelt es sich nicht allein um eine Annexion, sondern in erster Linie um Fragen der Grund- und Menschenrechte.
... Der Gang in die Zukunft bedarf neuer Ideen, neuer Formen und der Geduld; der Geduld mit uns und den anderen.
Die zumutbare Wiedergutmachung des verletzten Rechtes auf Heimat ist grundsätzlich von Grenzregelungen nicht abhängig. Sie führt keineswegs zu neuen Vertreibungen, wenn man nicht vom Leitgedanken des expansiven Nationalstaates ausgeht. Dieser hat in Mittel- und Südeuropa versagt ...
Jedes Volk versucht in einem Friedensvertrag das zu retten, was vor dem Gemeinwohl aller Völker vertretbar ist. Wir haben eine solide Rechtsposition. Die ostdeutschen Gebiete sind seit mehr als einem halben Jahrtausend deutsch besiedelt. ...
Wir bitten unsere östlichen Nachbarn zu prüfen, ob nicht auch in ihrer Geschichte übersteigerte Ziele nationalstaatlicher Ausdehnung zu Enttäuschung und Katastrophen geführt haben.
Die Vertriebenen haben den Anfang gemacht, den Teufelskreis zu durchbrechen. Sie dachten von Anfang an konstruktiv und handelten demgemäß. ...
Im Sommer 1950 waren die Lager noch gefüllt, die Arbeitslosigkeit war groß, die berufliche Eingliederung hatte noch nicht begonnen, und die Fürsorgestellen leisteten die einzige praktische Hilfe. Trotz dieser hoffnungslosen Lage haben die deutschen Vertriebenen in der Charta von Stuttgart Rache und Vergeltung abgelehnt und sich zu einem Europa bekannt, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ...<<

20.04.1968

Großbritannien: Enoch Powell (1912-1998, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, britischer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister) kritisiert am 20. April 1968 in seiner Birminghamer Rede die britische Anwerbung von afro-karibischen und asiatischen Einwanderern aus den Commonwealth-Staaten.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 18. November 2005) über die Rede des britischen Konservativen Enoch Powell vom 20. April 1968: >>**Rivers of Blood**
Seine Warnung wurde überhört: Dokumentation der Rede des britischen Konservativen Enoch Powell am 20. April 1968
Adam hat nach den Londoner Bombenanschlägen islamistischer Fanatiker im Juli dieses Jahres in der Welt an ihn erinnert, Lorenz Jäger ihn vergangene Woche vor dem Hintergrund der gewalttätigen Unruhen in Frankreich in der FAZ zitiert. Was der 1912 in Birmingham geborene und aufgewachsene Enoch Powell, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, konservativer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister, in seiner ebenso berühmten wie berüchtigten Rede am 20. April 1968 zur Anwerbung vornehmlich afro-karibischer und asiatischer Einwanderer aus Commonwealth-Staaten jedoch wirklich gesagt hat, erfährt der deutsche Leser nicht.
Das Beschweigen hat Methode. Nach der "Brandrede" (taz) wurde Powell verfemt und geächtet. Zusehends geriet er in die politische Isolierung, die sich durch seine leidenschaftliche Ab-

lehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG noch verstärkte. 1974 trat er aus der Konservativen Partei aus und schloß sich der radikalen nordirischen Ulster Unionist Party an. 1998 starb er im Alter von 85 Jahren in London (JF 9/98).

Die JUNGE FREIHEIT, die auch die Übersetzung aus dem Englischen besorgt hat, dokumentiert den Wortlaut seiner Rede hier vollständig:

Die höchste Funktion der Staatskunst besteht darin, vermeidbaren Übeln vorzubeugen. Bei diesem Versuch stößt sie auf Hindernisse, die tief in der menschlichen Natur wurzeln. Zum einen liegt es in der Ordnung der Dinge, daß solche Übel nicht nachweisbar sind, bevor sie zutage getreten sind:

In jedem Stadium ihrer Entwicklung bleibt Spielraum für Zweifel und für Streit darum, ob sie echt seien oder eingebildet. Gleichzeitig erregen sie wenig Aufmerksamkeit im Vergleich zu gegenwärtigen Problemen, die sowohl unbestreitbar als auch dringlich sind: daher die ständige Versuchung in der Politik, sich auf Kosten der Zukunft mit der unmittelbaren Gegenwart zu befassen. Vor allem neigen die Menschen zu der Fehlauffassung, wer Ärger vorhersieht, verursache oder ersehne ihn sogar. "Wenn die Leute nur nicht darüber reden würden", denken sie gerne, "dann würde es wahrscheinlich nicht passieren."

Vielleicht ist diese Gewohnheit auf den primitiven Glauben zurückzuführen, das Wort und das Ding, der Name und der Gegenstand seien identisch. Wie auch immer, die Auseinandersetzung mit zukünftigen schwerwiegenden, aber durch sofortiges Handeln noch abwendbaren Übeln ist die unpopulärste und zugleich notwendigste Aufgabe des Politikers. Diejenigen, die sich offenen Auges vor ihr drücken, verdienen die Flüche derer, die nach ihnen kommen - und oft genug werden sie ihnen auch zuteil.

Vor ein oder zwei Wochen kam ich mit jemandem aus meinem Wahlkreis ins Gespräch, einem ganz normalen Arbeiter in mittleren Jahren, der in einer unserer verstaatlichten Industrien beschäftigt ist. Nach ein, zwei Sätzen über das Wetter sagte er plötzlich: "Wenn ich das Geld hätte, wegzuziehen, würde ich nicht in diesem Land bleiben."

Ich machte irgendeine abfällige Bemerkung von wegen, auch diese Regierung werde nicht ewig an der Macht bleiben; aber er nahm keine Notiz davon und fuhr fort: "Ich habe drei Kinder, alle haben das Gymnasium hinter sich, und zwei sind jetzt verheiratet mit eigener Familie. Ich werde erst zufrieden sein, wenn ich dafür gesorgt habe, daß sie sich alle in Übersee niederlassen. Hierzulande wird in 15 bis 20 Jahren der schwarze Mann die Peitsche über den weißen schwingen."

Warnung vor Zuzug von Millionen Einwanderern

Ich höre schon den Chor der Abscheu. Wie kann ich es wagen, so etwas Schreckliches auszusprechen? Wie kann ich es wagen, Unruhe zu stiften und die Gemüter zu erhitzen, indem ich ein solches Gespräch wiedergebe? Die Antwort ist, daß ich nicht das Recht habe, es nicht zu tun. Ein anständiger, normaler Landsmann sagt am hellichten Tag in meiner eigenen Stadt zu mir, seinem Unterhausabgeordneten, daß sein Land seinen Kindern keine lebenswerte Existenz mehr bieten kann. Ich habe einfach nicht das Recht, die Achseln zu zucken und an etwas anderes zu denken.

Tausende und Hunderttausende sagen und denken dasselbe wie er, vielleicht nicht überall in Großbritannien, aber doch in jenen Gebieten, in denen bereits die völlige Verwandlung begonnen hat, die in tausend Jahren englischer Geschichte keine Parallele hat. Hält der derzeitige Trend an, werden sich in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben. Diese Zahl ist nicht von mir. Es ist die offizielle Zahl, die der Sprecher des Registrar General (obersten Verwaltungsbeamten) dem Parlament bekanntgab.

Für das Jahr 2000 gibt es keine vergleichbare offizielle Zahl, doch muß sie bei fünf bis sieben Millionen liegen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast so hoch wie die des Lon-

doner Großraums. Natürlich werden sie sich nicht gleichmäßig zwischen Margate und Aberystwyth und zwischen Penzance und Aberdeen verteilen. Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.
Im Laufe der Zeit wird der Anteil der Nachfahren von Einwanderern an dieser Gesamtzahl, der in England Geborenen, die auf genau demselben Weg hier herkamen wie wir übrigen, rapide ansteigen. Bereits 1985 würden die hier Geborenen eine Mehrheit bilden. Dieser Umstand ist es, der ein sofortiges Eingreifen dringend notwendig werden läßt, und zwar ein Eingreifen jener Art, die für Politiker am schwierigsten durchzuführen ist, wo nämlich die Schwierigkeiten in der Gegenwart bestehen, während die Übel, die es zu verhindern oder zu minimieren gilt, mehrere Parlamentsperioden in der Zukunft liegen.
Die natürliche und vernünftige Frage einer Nation, der derartige Aussichten bevorstehen, lautet: "Wie läßt sich ihr Ausmaß reduzieren?" Kann begrenzt werden, was zugegebenermaßen nicht vollkommen zu vermeiden ist, wenn man bedenkt, daß Zahlen von äußerster Wichtigkeit sind: Die Bedeutung und die Folgen der Einführung eines fremden Elements in ein Land oder eine Bevölkerung unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, ob dieses Element ein Prozent oder zehn Prozent ausmacht.
Die Antworten auf diese simple, vernünftige Frage sind ebenso simpel und vernünftig: indem man weiteren Zufluß stoppt oder so gut wie stoppt und einen maximalen Abfluß fördert. Beide Antworten sind Teil der offiziellen Politik der Konservativen Partei.
Es ist kaum zu glauben, daß derzeit jede Woche allein in Wolverhampton zwanzig bis dreißig zusätzliche Einwandererkinder aus Übersee eintreffen - und das bedeutet 15 bis 20 zusätzliche Familien in ein oder zwei Jahrzehnten.
Die die Götter zerstören wollen, die treiben sie erst in den Wahnsinn. Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, um den jährlichen Zufluß von um die 50.000 Angehörigen zuzulassen, die größtenteils die Basis für das zukünftige Wachstum der von Einwanderern abstammenden Bevölkerung bilden. Es ist, als schaue man einer Nation dabei zu, wie sie eifrig ihren eigenen Scheiterhaufen aufbaut.
Wir sind so geisteskrank, daß wir unverheirateten Menschen tatsächlich erlauben, einzuwandern, um mit Ehegatten oder Verlobten, die sie nie gesehen haben, eine Familie zu gründen. Es solle niemand annehmen, daß der Zuzug von Abhängigen automatisch abnehmen wird. Im Gegenteil, selbst die derzeitige Einlaßquote von nur 5.000 pro Jahr reicht aus für weitere 25.000 pro Jahr ad infinitum, ohne das riesige Reservoir bereits existierender Beziehungen in diesem Land mitzuzählen - die Einreise auf betrügerischem Weg berücksichtige ich überhaupt nicht.
Unter diesen Umständen bleibt nur, den Gesamtzufluß zur dauerhaften Niederlassung auf der Stelle auf geringfügige Proportionen zu reduzieren und die notwendigen legislativen und administrativen Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.
Ich komme zur Rückwanderung. Wenn die gesamte Einwanderung morgen endete, würde die Wachstumsrate der Einwanderer- und von Einwanderern abstammenden Bevölkerung erheblich verringert, doch das grundsätzliche Wesen der nationalen Gefahr bliebe aufgrund der in Zukunft zu erwartenden Größe dieses Bevölkerungselementes bestehen.
Dies kann nur in Angriff genommen werden, solange Menschen, die innerhalb etwa der letzten zehn Jahre einreisten, einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um so dringlicher ist es, jetzt das zweite Element der konservativen Politik umzusetzen: die Ermunterung zur Rückwanderung. Niemand kann abschätzen, wie viele sich mit großzügiger Unterstützung entweder für eine Rückkehr zu ihren Ursprungsländern entscheiden oder aber in andere Länder gehen würden, wo ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten benötigt werden.
Niemand weiß es, weil bislang kein Versuch einer solchen Politik gemacht wurde. Ich kann nur sagen, daß sogar im Augenblick ab und zu Einwanderer aus meinem eigenen Wahlkreis

zu mir kommen und mich bitten, ihnen Unterstützung bei der Heimkehr zu leisten. Würde eine solche Politik eingeführt und mit der Entschlossenheit durchgesetzt, die die drohende Alternative rechtfertigt, könnte der daraus resultierende Abfluß die Zukunftsaussichten spürbar ändern.
Das dritte Element der Politik der Konservativen Partei ist, daß alle, die als Staatsbürger in diesem Land leben, vor dem Gesetz gleich sein müssen und es zwischen ihnen keine Diskriminierung oder Differenzierung durch staatliche Behörden geben darf. Wie Edward Heath gesagt hat, wird es keine "Staatsbürger erster Klasse" und "Staatsbürger zweiter Klasse" geben.
Das bedeutet nicht, daß der Einwanderer oder seine Nachkommen in eine privilegierte oder besondere Klasse erhoben wird oder daß dem Bürger sein Recht verwehrt wird, in der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zwischen dem einen und dem anderen Mitbürger zu diskriminieren oder daß ihm Zwang angetan werden soll bezüglich seiner Gründe und Motive, dem Gesetz auf die eine statt auf die andere Art Folge zu leisten.
Gröber ließen sich die Realitäten nicht mißverstehen, als es diejenigen tun, die lautstark Gesetze "gegen Diskriminierung" fordern, wie sie es nennen, seien sie Leitartikler desselben Typs und manchmal derselben Zeitungen, die in den 1930ern dieses Land jahrelang blind zu machen versuchten für die wachsende Gefahr, die ihm drohte, oder Erzbischöfe, die in Palästen leben, und mit der Bettdecke über den Kopf gezogen fein gedeihen. Sie haben völlig und diametral unrecht.
Die Diskriminierung und Benachteiligung, das Gefühl von Sorge und Ärger herrscht nicht bei der Einwandererbevölkerung, sondern bei denen, in deren Mitte sie gekommen sind und immer noch kommen. Mit der Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt riskiert das Parlament daher, ein Zündholz ans Schießpulver zu legen. Das freundlichste, was sich über diejenigen sagen läßt, die dies vorschlagen und unterstützen, ist, daß sie nicht wissen, was sie tun.

Sofort sämtliche Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährt

Nichts ist irreführender als der Vergleich zwischen dem Commonwealth-Einwanderer und dem amerikanischen Neger. Die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten, die bereits vor der Nationwerdung der Vereinigten Staaten existierte, begann im wahrsten Sinne des Wortes als Sklaven, um später das Wahl- und andere Bürgerrechte zu erhalten, deren Ausübung sie nur langsam und bis heute nicht vollständig erreicht haben.
Der Commonwealth-Einwanderer kam im Besitz der vollen Staatsbürgerschaft nach Großbritannien, in ein Land, das keine Diskriminierung zwischen dem einen und dem anderen Bürger kannte, und ihm wurden sofort sämtliche Rechte jedes Staatsbürgers gewährt, vom Stimmrecht bis zur freien medizinischen Behandlung durch den National Health Service.
Etwaige Nachteile, die dem Einwanderer entstanden, ergaben sich nicht aus dem Gesetz oder aus der Politik des Staats oder aus den Verwaltungsmaßnahmen, sondern aus jenen persönlichen Umständen und Zufällen, die bewirken und immer bewirken werden, daß sich Schicksal und Erfahrung eines Menschen von denen eines anderen unterscheiden.
Während jedoch für den Einwanderer die Aufnahme in dieses Land die Zulassung zu heißersehnten Privilegien und Möglichkeiten bedeutete, war die Wirkung auf die bestehende Bevölkerung eine ganz andere. Aus Gründen, die sie nicht verstehen konnten, und infolge einer Versäumnisentscheidung, zu der sie nie befragt worden waren, fanden sie sich als Fremde in ihrem eigenen Land wieder.
Sie stellten fest, daß für ihre Frauen keine Wochenbetten, für ihre Kinder keine Plätze in der Schule frei waren, ihre Häuser und Nachbarschaften sich bis zur Unkenntlichkeit veränderten, ihre Zukunftspläne und -aussichten zunichte gemacht wurden; auf der Arbeit stellten sie fest, daß Arbeitgeber zögerten, an den Einwanderer dieselben Maßstäbe der Disziplin und Tüchtig-

keit anzulegen, die von dem einheimischen Arbeiter erwartet wurden; mit der Zeit begannen sie immer mehr Stimmen zu hören, die ihnen sagten, sie seien nun die Unerwünschten.
Jetzt erfahren sie, daß ein einseitiges Privileg vom Parlament verabschiedet werden soll; ein Gesetz, das weder dazu dient noch dazu gedacht ist, sie zu schützen oder ihnen Recht zu verschaffen, soll beschlossen werden, um dem Fremden, dem Unzufriedenen und dem Agent provocateur die Macht zu geben, sie für ihre privaten Handlungen an den Pranger zu stellen.
In den Hunderten und Aberhunderten von Briefen, die ich erhielt, als ich mich vor zwei, drei Monaten zuletzt zu diesem Thema äußerte, stach ein Merkmal hervor, das weitgehend neu war und das mich Böses ahnen läßt.
Alle Abgeordneten sind den typischen anonymen Briefschreiber gewöhnt; was mich jedoch überraschte und alarmierte, war der hohe Anteil einfacher, anständiger, vernunftbegabte Menschen, die vernünftige und oft hochgebildete Briefe schrieben und glaubten, ihre Adresse weglassen zu müssen, weil sie es für gefährlich hielten, sich in schriftlicher Form an einen Parlamentsabgeordneten gewandt und Zustimmung zu den Ansichten bekundet zu haben, die ich geäußert hatte, und Strafen oder Sanktionen fürchteten, falls bekannt würde, daß sie dies getan hätten.
Das Gefühl, eine verfolgte Minderheit zu sein, das unter den einfachen Engländern in den betroffenen Teilen des Landes wächst, können jene, die es nicht aus eigener Erfahrung kennen, sich kaum vorstellen. Ich werde nur einen dieser Hunderten von Menschen für mich sprechen lassen:
"Vor acht Jahren wurde in einer Straße in Wolverhampton, die als gute Wohngegend galt, ein Haus an einen Neger verkauft. Nun lebt dort nur noch eine einzige Weiße (eine Rentnerin). Dies ist ihre Geschichte. Sie verlor ihren Mann und ihre beiden Söhne im Krieg. So wandelte sie ihr Haus mit sieben Zimmern, ihr einziges Besitztum, in eine Pension um. Sie arbeitete hart und verdiente gut, zahlte ihre Hypothek ab und begann fürs Alter zu sparen. Dann zogen die Einwanderer ein. Mit wachsender Furcht sah sie zu, wie ein Haus nach dem anderen übernommen wurde. Aus der ruhigen Straße wurde ein Ort des Lärms und Chaos. Bedauerlicherweise zogen ihre weißen Mieter aus.
Am Tag, nachdem der letzte gegangen war, wurde sie um sieben Uhr morgens von zwei Negern geweckt, die ihr Telefon benutzen wollten, um ihren Arbeitgeber anzurufen. Als sie sich weigerte, wie sie es bei jedem Fremden zu solch früher Stunde getan hätte, wurde sie beschimpft und fürchtete, sie wäre angegriffen worden, hätte sie keine Kette an der Tür gehabt. Einwandererfamilien haben versucht, Zimmer in ihrem Haus zu mieten, aber sie weigerte sich immer. Ihr kleiner Geldvorrat war aufgebraucht, und wenn sie die anfallenden Nebenkosten bezahlt hat, bleiben ihr weniger als zwei Pfund pro Woche.
Sie bemühte sich um einen Rabatt und bekam einen Termin bei einem jungen Mädchen, das vorschlug, sie sollte doch einen Teil ihres Hauses vermieten. Als sie sagte, sie könne nur Neger bekommen, sagte das Mädchen: 'Mit rassistischen Vorurteilen werden Sie in diesem Land nicht weit kommen.' Also ging sie nach Hause.
Das Telefon ist ihre Rettungsleine. Ihre Familie zahlt die Rechnung und unterstützt sie, so gut sie kann. Einwanderer haben angeboten, ihr Haus zu kaufen - zu einem Preis, den der zukünftige Vermieter innerhalb von Wochen oder höchstens ein paar Monaten von seinen Mietern zurückbekommen würde.
Langsam bekommt sie Angst, das Haus zu verlassen. Fensterscheiben sind zerbrochen. Sie findet durch ihren Briefkastenschlitz geschobene Fäkalien. Wenn sie einkaufen geht, laufen ihr Kinder hinterher ... Sie sprechen kein Englisch, aber ein Wort kennen sie. "Rassistin", skandieren sie. Wenn das neue Gesetz zu den Rassenbeziehungen verabschiedet wird, ist diese Frau überzeugt, daß sie ins Gefängnis kommt. Und hat sie so unrecht? Ich bin mir nicht mehr sicher."

Die andere gefährliche Wahnvorstellung, an der diejenigen leiden, die mutwillig oder sonstwie blind gegenüber den Realitäten sind, läßt sich in dem Wort "Integration" zusammenfassen. Sich in eine Bevölkerung zu integrieren, heißt, praktisch ununterscheidbar von ihren übrigen Mitgliedern zu werden.
Nun ist, wo eindeutige körperliche Unterschiede, besonders in der Hautfarbe bestehen, Integration immer schwierig, wenn auch auf Dauer nicht unmöglich. Unter den Commonwealth-Einwanderern, die in den letzten fünfzehn Jahren gekommen sind, um hier zu leben, sind viele Tausende, die den Wunsch und die Absicht haben, integriert zu werden, und deren Gedanken und Bestrebungen stets in diese Richtung gehen. Sich jedoch einzubilden, eine große und wachsende Mehrheit von Einwanderern und ihren Nachkommen habe dergleichen im Sinn, ist ein absurder Irrglaube, und ein gefährlicher dazu.
Wir stehen hier vor einem Wandel. Bislang hat die Kraft der Umstände und der Herkunft den bloßen Gedanken an Integration für die Mehrheit der Einwanderer unzugänglich gemacht - daß sie niemals an etwas Derartiges gedacht oder es beabsichtigt haben, und daß ihre Anzahl und physische Konzentration bedeutete, daß der Integrationsdruck, dem normalerweise jede kleine Minderheit unterliegt, nicht funktionierte.
Nun erleben wir die Zunahme von Kräften, die der Integration aktiv entgegenwirken, von Eigeninteressen an Erhalt und Verschärfung rassischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel der Ausübung richtiggehender Dominanz, zunächst über andere Einwanderer und dann über den Rest der Bevölkerung. Die Wolke, die nicht größer ist als die Hand eines Mannes und den Himmel doch so schnell überziehen kann, ist jüngst in Wolverhampton zu sehen gewesen, und die Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sich rasch ausbreiten wird.

Anerkennung für den Mut, es gesagt zu haben

Die Sätze, die ich gleich sprechen werde, die am 17. Februar wortwörtlich so in der Lokalpresse gedruckt wurden, stammen nicht von mir, sondern von einem Labour-Abgeordneten, der in der derzeitigen Regierung ein Ministeramt bekleidet: "Die Kampagne der Sikh-Gemeinschaft, Bräuche beizubehalten, die in Großbritannien unangemessen sind, muß sehr bedauert werden. Wenn sie in Großbritannien arbeiten, vor allem im öffentlichen Sektor, sollten sie bereit sein, die Bedingungen ihres Arbeitsvertrages zu akzeptieren.
Als Gemeinschaft Sonderrechte (oder sollten sie sagen -riten?) zu fordern, führt zu einer gefährlichen Fragmentierung der Gesellschaft. Diese ethnische Abgrenzung ist ein Krebsgeschwür; von welcher Hautfarbe sie auch praktiziert wird, ist sie vehement zu verurteilen." John Stonehouse gebührt alle Anerkennung für die Einsicht, dies wahrgenommen zu haben, und den Mut, es gesagt zu haben.
Für diese gefährlichen und spalterischen Elemente bietet der Gesetzentwurf zu den Rassenbeziehungen (Race Relations Bill) genau den Nährboden, den sie zum Gedeihen brauchen. Hier ist das Mittel, um zu zeigen, daß die Einwanderergemeinschaften ihre Mitglieder organisieren und konsolidieren, gegen ihre Mitbürger agitieren und sich engagieren und den Rest mit den Waffen des Gesetzes überwältigen und dominieren können, die die Unwissenden und schlecht Informierten bereitgestellt haben.
Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluß Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen. Jenes tragische und ausweglose Phänomen, das wir mit Schrecken auf der anderen Seite des Atlantik beobachten, das aber dort mit der Geschichte und Existenz der Vereinigten Staaten selbst verwoben ist, kommt hier durch unseren eigenen Willen und unsere eigene Achtlosigkeit über uns.
Tatsächlich ist es beinahe schon soweit. Zahlenmäßig wird es lange vor dem Ende des Jahrhunderts amerikanische Proportionen haben. Einzig entschlossenes und sofortiges Handeln wird es auch jetzt noch abwenden. Ob es den öffentlichen Willen geben wird, dieses Handeln zu verlangen und durchzuführen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der große Verrat darin be-

stünde, zu sehen und nicht zu sprechen.<<

15.07.1968

UdSSR: Der spätere Staatspräsident Leonid Breschnew warnt die Staaten des Warschauer Paktes am 15. Juli 1968 in den sog. "Breschnew-Doktrin" (x058/413): >>... Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur ihre Angelegenheiten. ... Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben. ...

Die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft haben sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historische Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit unserer Völker in Gefahr geraten. Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert ...<<

20.08.1968

CSR: Truppen des Warschauer Paktes marschieren am 20. August 1968 in Prag ein.

Der sog. "Prager Frühling" wird danach gewaltsam beendet.

02.09.1968

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1968) berichtet am 2. September 1968 über die deutschen "Spätaussiedler": >>**Ins Vaterhaus**

Und seien es kahle Felsen oder öde Inseln, du Wirst dieses Land ewig lieben.

Wandspruch im Grenzdurchgangslager Friedland.

Mit einem "bißchen Wäsche und so" in zwei Koffern und drei Kisten kam der Zimmermann Erich Gunia, 35, Anfang August aus dem ostpreußischen Allenstein in die Bundesrepublik.

Seinen ersten Ausreiseantrag den er viermal erneuern mußte, bis er endlich genehmigt wurde, hatte er bei den polnischen Behörden schon 1962 gestellt. Sein Antrieb: "Alle fahren raus, also fahre ich auch, na, was willste."

Aus Beuthen in Oberschlesien traf am selben Tag das Ehepaar Folkmann mit zwei halbwüchsigen Töchtern im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen ein, um wieder unter Deutschen zu leben -- zunächst "in einer Notwohnung in Aachen".

Bis auf Bettzeug und Bekleidung haben sie ihre Habe in der kalten Heimat zurückgelassen, und sie wollen noch einmal ganz von vorn anfangen. Automechaniker Werner Folkmann. 44: "Nu, wissen Se, vor dem Arbeiten habe ich keine Angst, nicht wahr, wenn's weiter nix ist."

Und aus Nowosibirsk machte sich Ferdinand Nuss, 74, auf den Weg, kaufte sich für 51 Rubel und 84 Kopeken eine Fahrkarte und traf, drei alte Hosen und drei verschlissene Hemden im Handgepäck, nach vier Tagen und vier Nächten in Friedland ein. Nuss, bei Odessa geboren, einst Landarbeiter, deutscher Landesschütze, Holzfäller, Pferdewärter und Verbannter in einem sibirischen Arbeitslager, blickt voller Optimismus in die Zukunft: "Zehnmal haben sie mir schon die Haare ausgerissen gehabt, und sie sind immer wieder gewachsen."

23 Jahre nach dem Ende des Krieges ist die Völkerwanderung, die er ausgelöst hat, noch immer nicht abgeschlossen. Allein im Juli dieses Jahres trafen im Lager Friedland und in der Durchgangsstelle Nürnberg 2.003 deutsche Staatsangehörige oder -- so das Bundesvertriebenengesetz -- deutsche Volkszugehörige ein, die "nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen" außerhalb der neuen deutschen Grenzen seßhaft geblieben waren.

Sie kamen aus der CSSR (1.214), aus ehemals deutschen, heute polnischen Gebieten (490), aus Jugoslawien (108), Polen (66), Rumänien (46), der Sowjet-Union (40), Ungarn (24), aus Asien und Übersee (9) und auch aus dem westlichen Ausland (6).

Sie reisen zweiter Klasse im Fernschnellzug an. Sie brauchen keine Grenze schwarz zu überqueren, sondern sind mit allen nötigen Papieren ausgestattet. Sie werden nicht vertrieben, sondern kommen höchst freiwillig. Und sie können mitnehmen, was immer sie wünschen.
Bislang drei Familien verluden in Ostpreußen komplette Fertighäuser fabrikneu auf Eisenbahnwaggons, (durften sie dann aber nicht aufstellen, weil sie den Vorschriften der westdeutschen Baupolizei nicht entsprachen).
Zahlreiche Aussiedler kommen mit Pferden, Kühen, Schweinen oder Hühnern, die sie zumeist in Friedland schlachten lassen, um dafür Bargeld zu erhalten.
Ein Ostpreuße brachte sein Motorrad mit, das er jedoch in der Gepäckhalle des Bahnhofs Friedland stehenließ, nachdem er eingesehen hatte, daß es wohl nicht in die bundesdeutsche Straßenlandschaft passen würde. Die Mehrheit beschränkt sich auf die Mitnahme von Hausrat in Kisten, wobei -- wie die Friedländer Lagerzeitung feststellte -- die Kosten meist höher sind als der Wert des Inhalts. Mitgeführtes Mobiliar ist sogar "zum Teil nur Brennholz", so Oberregierungsrat Wilhelm Kampf, zuständiger Referent im niedersächsischen Vertriebenenministerium.
Immerhin: Die Zeit der großen Not ist vorüber. Als das Lager Friedland am 26. September 1945 von den Engländern zur "Erfassung" von Vertriebenen, Flüchtlingen, Evakuierten und Heimkehrern eingerichtet wurde, nächtigten die Insassen auf Heidekraut, das im Kuhstall des Friedländer Versuchsguts der Universität Göttingen aufgeschichtet worden war, und sie wurden mit einer Scheibe Brot nebst Ersatzmarmelade beköstigt. Von der nahen Zonengrenze karrten Handwagenvermieter Gepäck, Kinder, Greise, Kranke, Amputierte und Tote heran.
Weil die Unterkünfte nicht ausreichten, kampierten auch im strengen Winter 1945/46 Nacht für Nacht bis zu 30.000 Menschen im Freien. Wer irgend transportfähig war, wurde in unbeheizten Güterwagen weiter ins Landesinnere verbracht. Mitunter ließ der britische Kommandant das Gepäck aus den Waggons auf den Bahnsteig werfen, um noch mehr Menschen in den Zug zu pferchen. 128 Tote mußten in Friedland begraben werden. Todesursachen: Herzschwäche, schwerer Erschöpfungszustand, Unterernährung, Schädelbruch durch Sturz vom anfahrenden Zug.
Insgesamt 951.884 Ostflüchtlinge passierten das Lager Friedland, davon knapp 840.000 in den beiden Jahren 1945 und 1946. Aus Kriegsgefangenschaft kehrten 566.422 deutsche Soldaten über Friedland heim ins Vaterland. An Aussiedlern, die in Friedland mit Rücksicht auf polnische Empfindsamkeit Übersiedler genannt werden, wurden bis Ende letzter Woche 440.790 im Lager registriert.
Die Übersiedlung von Deutschen aus dem Osten begann 1950 aufgrund von Rot-Kreuz-Abmachungen über die sogenannte freiwillige Familienzusammenführung. Der letzte geschlossene Transport erreichte Friedland am 17. Februar 1959. Seither treffen die Aussiedler als Einzelreisende ein, darunter auch "rückgeführte" Deutsche aus Rußland, die aufgrund eines im April 1958 geschlossenen zwischenstaatlichen Abkommens eine Ausreisegenehmigung erhielten, und Volksgenossen, die nach der Vertreibung ihr Glück in anderen Welten suchten und dabei scheiterten -- laut Vertriebenenministerium in Hannover "die Ärmsten der Armen."
Arm dran sind nicht selten auch die Deutschpolen, die sich einem zermürbenden Papierkrieg aussetzen müssen, sobald sie sich entschlossen haben, in die Bundesrepublik überzuwechseln. Die Prozedur beginnt mit einem Einladungsschreiben westdeutscher Verwandter. Text etwa: "Lieber Fritz, ich lade Dich ein, für immer zu mir in die Bundesrepublik zu kommen. Wohnung und Lebensunterhalt sind gesichert."
Der Brief, dessen Unterschrift amtlich beglaubigt werden muß, geht zunächst an die polnische Militärmission in West-Berlin, die das Papier mit einem Sichtvermerk gegen 30 Mark Nachnahme zurückschickt. Erst dann kann das Schreiben den Angehörigen in Polen zugesandt

werden, die es übersetzen lassen müssen, bevor sie damit ihren Ausreiseantrag bei der zuständigen Woiwodschaft stellen.
Außerdem müssen sie nachweisen, daß Devisen für die Fahrt ab polnischer Grenze (etwa 68 Mark) an die Nationalbank überwiesen worden sind, und die Freistellung des Arbeitgebers vorlegen. Ferner sind gebührenpflichtige Bescheinigungen darüber beizubringen, daß keine Steuerschulden bestehen, sämtliche Versicherungsbeiträge bezahlt sind, das Elektrizitätswerk keine Forderungen mehr hat, das Rundfunkgerät abgemeldet und die Telephonrechnung bezahlt ist.
Für den Ausreisepaß kassieren die polnischen Behörden 5.000 Zloty (durchschnittlicher Monatslohn eines Facharbeiters: 2.000 Zloty = 333 Mark) pro Person zwischen 16 Jahren und dem Pensionsalter. Ältere Ausreisewillige zahlen die Hälfte.
Da die Ausreiseanträge häufig zunächst abgelehnt werden und jeweils nach Jahresfrist neu eingereicht werden müssen, kommt es laut Rot-Kreuz-Chef Grünhage in Friedland darauf an, "daß die Leute genügend Luft haben, sechs oder sieben Jahre durchzuhalten".
Die Friedländer Lagerleitung weiß zu berichten, daß Antragsteller nach und nach ihre ganze Habe verkaufen mußten, um alle Gebühren aufbringen zu können. Um die dauernden Fahrtkosten zur Behörde zu sparen, "haben manche Familien irgendwo in Oppeln auf dem Friedhof geschlafen", wie DRK-Mann Grünhage weiß.
Obwohl beim Deutschen Roten Kreuz noch etwa 500.000 Aussiedlungsanträge registriert sind, haben sich längst nicht alle Ostdeutschen entschließen können, Polen zu verlassen. Manche bauen auf abenteuerliche Gerüchte, wonach die polnische Verwaltung über die deutschen Ostgebiete ihrem Ende entgegengeht, andere hofften darauf, der Prager Frühling werde bald auch Einzug in Polen halten.
Auch die Vorstellungen, die sich Aussiedler von der neuen Heimat machen, sind nicht immer real. So begehrte ein Friedland-Ankömmling nach Hamburg zu ziehen, weil dort die Reeperbahn sei, und einen anderen zog es nach Köln, denn: "Da haben wir mal "ne Sendung gehört, die war so lustig." Die Folge mancher Illusion ist, "daß viele Jugendliche ihren Eltern übelgenommen haben, weil sie nicht in Polen geblieben sind" -- so Ministerialdirigent Erwin Wronka im niedersächsischen Vertriebenenministerium.
Zuweilen freilich werden Träume wahr. "Mindestens zehn Anrufe im Monat" bekommt der Friedländer Bundesbeauftragte Schütz von Westdeutschen, die ihren Angehörigen aus dem Osten eine Wohnung "oder gar ein Häuschen mit allem Drum und Dran" eingerichtet haben.
Auch Deutsche ohne Ost-Familie melden sich in Friedland, weil sie gern "einen Schlesier" oder "einen Herrn aus Posen" bei sich haben möchten, und Prinz Wilhelm-Karl von Preußen fragte an, ob vielleicht ein Pferdepfleger zu bekommen sei, für freie Wohnung und 300 Mark im Monat.
Doch auch ohne so fürsorgende Gönner und Verwandte leiden die Ankömmlinge keine Not. Sie werden von der Lagerleitung mit "liebe Landsleute" begrüßt, hören dann der Friedlandglocke zu ("Läute in die Welt hinaus, bis der letzte Bruder kehrt ins Vaterhaus"), lassen sich von karitativen Verbänden frisch einkleiden, empfangen für ihre Kinder Spielzeug und Bilderbücher ("Horst wird Förster") und erhalten nebst der Rückerstattung aller Aussiedlungskosten eine "Begrüßungsgabe der Bundesregierung" (über 21 Jahre: 100 Mark, darunter: 50 Mark) sowie ein "Überbrückungsgeld" von 20 Mark für den "Haushaltungsvorstand" und von zehn Mark für jeden Familienangehörigen.
Der erste Weg mit dem guten Geld führt zumeist in die Lagerkantine, wo die Herren sich Bier und Korn und die Damen einen "Moha-Eiskrembecher" gönnen.
Alsdann erwerben sie an der Theke ein Viertel "Vox-Caffee", eine Dose Bratheringe und Dextropur-Traubenzucker -- für ein "Päckchen nach drüben", wie es Anschlagzettel im Lager Friedland empfehlen.<<

23.09.1968

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (39/1968) berichtet am 23. September 1968 über die "FEINDSTAATEN-KLAUSEL": >>**Form des Klassenkampfs**

Bonns zweiter Kanzler Ludwig Erhard hatte vor drei Jahren selbstsicher verkündet: "Die Nachkriegszeit ist zu Ende." Bonns dritter Kanzler Kurt Georg Kiesinger mußte erkennen, daß sie noch gar nicht begonnen hat.

Denn 23 Jahre nach dem verlorenen Krieg haben die Deutschen den Frieden noch nicht gewonnen. Von neuem beansprucht die Sowjet-Union ein Recht, das ihr vor genau 24 Jahren im Kriege gegen Hitler zugestanden wurde: in Deutschland zu marschieren.

Damals, am 21. August 1944, drei Monate nach der alliierten Invasion in Nord-Frankreich, waren die Außenminister der USA, Großbritanniens, Chinas und der Sowjet-Union in Dumbarton Oaks, einem Landhaus der US-Regierung in der Nähe Washingtons, zusammengekommen, um den Entwurf einer "Charta der Vereinten Nationen" zu paraphieren.

Acht Monate später, am 25. April 1945, stimmten die kriegführenden Alliierten und ihre 42 Verbündeten dem Entwurf zu. Die neue Friedensordnung sollte alle Nationen für alle Zeit vor gewaltsamer Bedrohung schützen.

Ausgeschlossen von der Uno-Schutzgarantie blieben nur Hitlers Deutsches Reich und reine Verbündete: Die Artikel 53 und 107 der Uno-Charta entzogen diesen "Feindstaaten" auf unbeschränkte Zeit der Uno-Kompetenz ...

Nach der deutschen Kapitulation machte die Sowjet-Union bis 1952 siebenmal von den Feindstaatenklauseln Gebrauch; so, als sie

- 1948 bei der Blockade Berlins den Uno-Sicherheitsrat unter Berufung auf den Artikel 107 durch ihr Veto daran hinderte, den Fall vor die Vollversammlung zu bringen;
- 1950 bei der Uno-Debatte über die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland die Vereinten Nationen unter Hinweis auf den Artikel 107 für unzuständig erklärte.

Doch dann verschwanden die Feindstaatenklauseln auch aus dem Arsenal der Sowjet-Diplomatie.

Die ehemaligen Hitler-Verbündeten Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Italien, Finnland und Japan wurden selbst Mitglieder der Uno. Und die Westmächte versprachen der Bundesrepublik in ihrer Londoner Erklärung vom 3. Oktober 1954, sie entsprechend dem Artikel 2 der Uno-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten) als gleichberechtigten Staat zu betrachten. Ein Jahr danach versicherte auch die Sowjet-Union der DDR, daß die gegenseitigen Beziehungen "auf voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität ... beruhen".

Doch der Schein trog. Zwölf Jahre später, im November 1967, kramte Moskau die Uno-Klauseln wieder die feindlichen Staaten aus der Rumpelkammer des Völkerrechts. In einem Aide-mémoire an die Bonner Regierung wies die Sowjetregierung darauf hin, daß sie sich entsprechend der Uno-Charta weiterhin zu "Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat" - und mithin auch gegen die Bundesrepublik - berechtigt fühle.

Die Bundesrepublik, so dozierte die Sowjetregierung, könne "keinen Anspruch auf die gleiche Stellung, wie sie die anderen europäischen Staaten haben ... erheben". Denn: "Im Unterschied zu diesen Staaten hat die BRD nicht nur keinen Friedensvertrag, sondern betreibt außerdem eine Politik, die den Frieden bedroht."

Schwaben-Kanzler Kiesinger forcht (fürchtet) sich: "Die Sowjet-Union könnte die Charta der UN zum Vorwand nehmen, um bei uns gewaltsam zu intervenieren." Offenbar wolle der Kreml "uns in die Knie zwingen".

Und des Kanzlers außenpolitischer Zuredner Eugen Gerstenmaler bekam Angst, "daß sich der Kreml das Recht vorbehalten will, wenn immer ihm das richtig erscheint ... gegen die Bundesrepublik ... vorzugehen, wie er es jetzt gegen die Tschechoslowakei tut".

Zwar versuchte Außenminister Willy Brandt mit der Versicherung zu beruhigen, die westlichen Alliierten hielten die Feindstaatenklauseln für "obsolet", für überholt. Doch schnell stellte sich heraus, daß die Bündnispartner von diesen Klauseln noch nie ausdrücklich abgerückt waren. Und auch Brandt mußte einräumen: "Selbst haben sie dies so deutlich noch nicht erklärt."
In der Tat: Von keiner der Siegermächte wurden die Verliererklauseln je außer Kraft gesetzt. Unter Völkerrechtlern aber ist obendrein noch strittig, ob sie je in Kraft treten könnten.
Geht man - wie die Juristen des Bonner Auswärtigen Amtes - davon aus, daß die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, die jedes Staates Integrität garantieren, über der Uno-Charta stehen, so sind die Feindstaatenartikel nichts als reines Verfahrensrecht der Uno. Prägnant resümierte die "Frankfurter Allgemeine" die Bonner Sicht: "Die Feindstaaten sollten kein Recht haben, die Uno um Hilfe anzurufen. Das ist alles."
Geht man jedoch - wie sowjetische Völkerrechtler - davon aus, daß die Uno-Charta das Völkerrecht ist, so ermächtigen die Feindstaatenklauseln die Siegermächte zu den von Moskau angedrohten "Maßnahmen".
Stellt man - wie das Bonner Auswärtige Amt (AA) - den Nato-Vertrag "als Lex specialis über die Uno-Charta" (Willy Brandt), so sind die Feindstaatenklauseln für die Dauer des Bündnisses nicht anwendbar.
Stellt man aber - wie die Rechtslehrer des Ostens - die Uno-Charta über den Nato-Vertrag, so gehen die Feindstaatenklauseln im Falle einer "aggressiven Politik" der Bundesregierung den Bündnisverpflichtungen der westlichen Nato-Partner vor.
Uneins sind sich Moskau und der Westen überdies darüber, wer nach Artikel 107 der Uno-Charta - wenn überhaupt - wo intervenieren kann.
Nach Auffassung der Westmächte nämlich beschränkt das Potsdamer Abkommen die in Artikel 107 festgestellte "Verantwortung für solche Maßnahmen" auf das Besatzungsgebiet der jeweiligen Siegermacht. Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" könnten die vier ehemaligen Besatzungsmächte nur gemeinsam wahrnehmen.
Die Sowjetregierung hingegen legt das Potsdamer Abkommen so aus, als räume es jedem Signatarstaat das Recht ein, seine Verantwortung für Deutschland als Ganzes im Alleingang wahrzunehmen und notfalls auch zu intervenieren - nach dem Grundsatz des Moskauer Völkerrechtlers D. B. Lewin·. "Völkerrecht ist eine Form des Klassenkampfs."
In solchem Wirrwarr der Interpretationen wandte sich die Bundesregierung hilfesuchend an ihre drei großen westlichen Bündnispartner: Doch verbindliche Rechtsauskunft mochten auch sie nicht erteilen.
London erklärte, es betrachte "die sogenannten Feindstaatenklauseln als irrelevant in dieser Situation". In welcher Situation sie relevant sein könnten, ließ die britische Regierung offen.
Paris befand, die russische Interpretation sei "mißbräuchlich und ungenau". Wie genau sie ist, sagte die französische Regierung nicht.
Und Washington versicherte, daß die Artikel 53 und 107 der Sowjet-Union nicht das Recht einräumten, "einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland zu intervenieren". Ob eine mehrseitige Intervention möglich wäre, verschwieg das Weiße Haus.
Bonn war so klug als wie zuvor. Kanzler Kiesinger mochte nun plötzlich das "dumme Gerede der Nichtjuristen" nicht mehr hören. Vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU rüffelte er am letzten Mittwoch Parteifreunde, die sich - wie er - über die Feindstaatenklauseln allzusehr aufgeregt hatten. Denn wer das tue, so meinte der Regierungschef, erkenne damit indirekt den russischen Standpunkt an, daß sie anwendbar seien.
Die Polit-Planer des Auswärtigen Amts haben mittlerweile in den so bedrohlich scheinenden Uno-Klauseln gar wohltuende Wirkungen für die deutsche Wiedervereinigungspolitik entdeckt.

AA-Chef Brandt: "In den Artikeln steckt etwas, was wir nicht einfach beiseite schieben sollten, nämlich die Verantwortung der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem - bis zu einer friedensvertraglichen Regelung."<<

05.11.1968

USA: Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wird am 5. November 1968 zum 37. Präsidenten der USA gewählt.

09.12.1968

Großbritannien: In einem Offenen Brief an Wladyslaw Gomulka kritisiert der britische Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) am 9. Dezember 1968 den ausgeprägten Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Im Lauf der letzten 18 Monate haben Presse, Geheimpolizei und Regierung in Polen vorsätzlich zum Antisemitismus gehetzt. Bei offiziellen Aufmärschen sieht man heute Plakate, die Juden als hakennasige Bucklige darstellen ...

Diese Tatsachen, in informierten Zeitschriften dokumentiert und gut bekannt, bedeuten für die kleine jüdische Gemeinschaft in Polen das schreckliche Leben von plötzlichem Existenzverlust, Armut, rassischer Verfolgung und dem Alptraum einer noch schlimmeren Zukunft ...<<

23.12.1968

Israel: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1968) berichtet am 23. Dezember 1968 über jüdische Vergeltungsaktionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Räche dein Volk**

Ein seltsam aufgeputzter Militärkonvoi rollte im Mai 1945 durch Oberitalien. An der Spitze flatterten weiß-blaue Fahnen mit dem David-Stern. An den Seiten der Dodge-Lastwagen war zu lesen: "Deutschland kaputt! Kein Volk! Kein Reich! Kein Führer! Die Juden kommen!"

In den folgenden Wochen häuften sich bei den alliierten Kommandanturen in Tirol und Kärnten Vermißten-Anzeigen. Stets hatten britische Soldaten deutsche Nazis zur Vernehmung abgeholt, Sie wurden auf Lastwagen verladen. Die Angehörigen warten seitdem vergebens auf Nachricht.

Warum, das enthüllt der israelische Journalist und Ben-Gurion-Biograph Michel Bar-Zohar, 30, in einem Buch über jüdische Vergeltungsaktionen nach Kriegsende (Michel Bar-Zohar: "Les Bengeurs"; Librairie Arthème Fayard, Paris; 314 Seiten ...).

Aus dem Archiv der zionistischen Geheimorganisation Haganah berichtet er zum erstenmal über jüdische Exekutionskommandos, die seinerzeit in Österreich und Süddeutschland NS-Verbrecher jagten. Haganah-Veteranen schilderten ihm Episoden jüdischer Rache, "über die sie bis dahin nicht einmal zu Verwandten und engsten Freunden gesprochen hatten".

Einige leben heute anonym im Kibbuz, andere erklommen hohe Posten in der israelischen Armee, drei - Schlomo Schamir, Meir Sorea, Chaim Laskow - als Generäle. Israel Karmi kommandierte später die Militärpolizei, Oberstleutnant Marcel Tobias wurde Fallschirmheld der Sinai-Kampagne.

Ihre ersten Erfahrungen hatten die jüdischen Freiwilligen, drei Regimenter stark, in der britischen Palästina-Brigade gesammelt - im Kampf gegen Rommel. Nach der Kapitulation sollten die drei Regimenter über Norditalien nach Großdeutschland einrücken.

Am Abend vor dem Abmarsch war feierlicher Flaggenappell. Ein Korporal verlas die zwölf "Gebote des hebräischen Soldaten auf deutschem Boden": "Erinnere dich deiner sechs Millionen ermordeten Brüder ... Betrage dich als ein Jude, der stolz ist auf sein Volk und seine Fahne. Beflecke nicht deine Ehre und mische dich nicht unter die Deutschen ..."

Nach Fraternisieren war den jüdischen Soldaten ohnehin nicht zumute. "Das Blut klopfte uns in den Adern", erinnert sich Romancier Hanoch Bartov. "Wir würden unser Volk rächen, ohne Freude oder Geschmack daran zu finden. Aber wir würden es rächen!"

Doch am folgenden Tag kam ein Gegenbefehl: Das britische Oberkommando fürchtete für die Disziplin der künftigen Besatzungsarmee. Es beorderte die Brigade in ein Camp bei Tarvisio,

als Eingreifreserve für einen möglichen Konflikt um das von Tito-Partisanen besetzte Triest.
Es kam zu ersten Ausschreitungen gegen die deutschsprachige Minderheit. Oberst Karmi: "Solche Racheakte ehrten nicht unsere Erziehung als hebräische Kombattanten und verstießen gegen die Tradition der Reinheit der jüdischen Waffen."
Karmi und andere Haganah-Chefs, die innerhalb der Brigade eine eigene Hierarchie bildeten, versuchten, die Selbstjustiz zu regulieren. Aus zuverlässigen Kombattanten stellten sie ein Kommando zusammen. Nur solche Nazis sollten aufgespürt und bestraft werden, die nachweislich Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen hatten.
Als britische Soldaten verkleidet, schwärmten die Rächer aus. Vor der Abfahrt lasen sie Broschüren der Jewish Agency über Himmlers Todesfabriken - "damit wir uns anheizten" (so ein anonymer Teilnehmer).
"Wir beschäftigten uns hauptsächlich mit höheren SS-Offizieren", gab Schalom Gil'ad zu Protokoll. "Alles, wonach man uns hätte identifizieren können, das Nummernschild oder andere Insignien, waren sorgfältig verdeckt. Klaus, unser blauäugiger Arier, dolmetschte."
Die Namen der Todeskandidaten beschafften sich die Haganah-Chefs durch Verbindungsleute bei den alliierten Geheimdiensten. Um die eigene Haut zu retten, schrieben kleine Amtswalter oder Gestapo-Gehilfen bereitwillig Listen ihrer Vorgesetzten. Die meisten Opfer folgten den vermeintlichen Briten-Soldaten ahnungslos.
"Wenn wir das Dorf oder die Stadt verlassen hatten", so Gil'ad weiter, "gaben wir uns dem Nazi zu erkennen, verlasen die Liste seiner Verbrechen und das Todesurteil." Es wurde auf einem abgelegenen Grundstück vollstreckt.
Bald beunruhigten Leichenfunde die Bevölkerung in Österreich. Die britischen Militärbehörden ermittelten erfolglos. "Einige Offiziere", erklärt Bar-Zohar, "zogen es vor, die Augen zu schließen."
Wie viele SS-Leute auf diese Weise im Laufe des Sommers exekutiert wurden, konnte der Autor nicht genau feststellen. Die Angaben gehen von 50 bis 300, da jeder seiner Gewährsmänner nur den eigenen Anteil der Operation übersah.
Die anderen jüdischen Soldaten bekamen Feindesland erst zu sehen, als die Brigade von Österreich nach Belgien verlegt wurde. Die Journalistin Ursula von Kardorff erspähte den Konvoi der Brigade auf der Autobahn bei Augsburg. "Wir sahen eine Demonstration der göttlichen Gerechtigkeit", notierte sie unter dem Datum des 30. Juli 1945 in ihrem später veröffentlichten Tagebuch "Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945".
"Der Anblick eines Deutschen genügte, um unsere Rachegelüste zu wecken", beschrieb Landwirt Sam Halevi seine Gefühle.
"Wenn ein Radfahrer an unserem Dodge vorbeifuhr, öffneten sich ruckartig die Wagentüren. Der Mann stürzte unter die Räder und wurde zermalmt."
Die Brigade zog ab, die Rache ging weiter. Bis zum Sommer 1946 operierten mehrere Vergeltungskommandos in Europa. Auf ihr Konto gehen laut Bar-Zohar mindestens 1.000 geheime Hinrichtungen. Mit gefälschten Papieren holten sie verdächtige SS-Leute aus alliierten Gefangenenlagern. In Kroatien liquidierten sie Ustascha-Faschisten, in Österreich einen falschen Eichmann. In einem Deportierten-Camp bei Turin spürten sie einen polnischen Arzt auf, der untergetauchten SS-Männern die Blutgruppen-Tätowierung entfernte.
Im April 1946 wollte die Geheimgruppe "Nakam" ("Rache") aus Lublin 36.000 SS-Leute in einem Nürnberger Internierungslager durch die Aktion "Todesbrot" vergiften. Das Unternehmen wurde monatelang mit wissenschaftlicher Akribie vorbereitet, scheiterte aber an den Nachtwächtern einer Großbäckerei. Da sie die Eindringlinge jedoch für Diebe hielten, kamen immerhin etwa 2.000 mit Arsen präparierte Brotlaibe in die Proviantausgabe. Rund 4.300 SS-Leute brachen mit Krämpfen zusammen, zwischen 700 und 800 starben in Krankenhäusern.
Noch abenteuerlichere Haganah-Männer wollten mehrere deutsche Großstädte niederbrennen

oder deren Einwohner durch Arsen-Beimischung ins Trinkwasser töten. Die Haganah-Oberen verhinderten derartige Taten, ungehorsame Rächer wurden verhaftet.
Das letzte Kommando-Unternehmen in Deutschland planten die drei Offiziere Oleg Gutman, Emil Brik und Kouba Sheinkmann 1949 in einer Tel Aviver Vorstadtwohnung. Sie wollten in die Spandauer Zitadelle eindringen und die dort einsitzenden NS-Größen niederschießen.
Von den Fenstern des Berliner Filmproduzenten Artur Brauner aus erkundete das Trio wochenlang das Wachsystem im alliierten Kriegsverbrechergefängnis. Doch die israelische Regierung wollte nichts mehr von privaten Vergeltungsaktionen wissen. Sie verbot das Unternehmen und rief die drei Offiziere kraft militärischer Disziplinargewalt in die Heimat zurück.<<

31.12.1968

Frankreich: Jean-Jacques Servan-Schreiber (1924-2006, französischer Publizist und Politiker, 1971-75 und 1977-79 Präsident der Radikalsozialistischen Partei) erklärt während einer Fernsehdiskussion im Jahre 1968 (x243/110-111): >>... Wenn unsere Generation die amerikanische Herausforderung nicht erkennt und ihr nicht entsprechend begegnet, so wird es in 15 Jahren zu spät sein. ... Wir müssen begreifen, daß die Herausforderung unserer Kultur und nicht unserem Geld gilt. Und dagegen müssen wir uns durch geeignete Maßnahmen zur Wehr setzen.
Letzte Woche war ich in einem sehr hübschen, sonnigen Ort an der Südküste Frankreichs in der Nähe von Nizza. Diesen Ort hatte der amerikanische Elektronik-Gigant IBM gewählt, um dort sein Hauptlaboratorium in Europa zu errichten. ... In Wahrheit verkörpert diese IBM-Gebäude die eigentliche Besetzung. Hier wird mit französischem Geld, französischen Wissenschaftlern und auf französischem Boden gearbeitet, um Erfindungen zu machen. Und diese französischen Wissenschaftler machen fortlaufend Erfindungen und schicken sie jeweils per Telex (Fernschreiber) nach New York. ...
Wissen Sie, wir könnten darüber diskutieren, ob wir Amerikaner werden und die amerikanische Lebensweise übernehmen möchten oder nicht. Aber um diese Frage geht es im Grunde ja nicht, sie ist rein theoretischer Art.
Angenommen, wir versagen und die Amerikaner beherrschen in 10 Jahren das Wirtschaftsleben Europas. Was wird dann aus uns? Werden wir Amerikaner?
Niemals! Wir werden von Amerika kolonisiert.<<

USA: Der US-Historiker Arthur Schlesinger (1917-2007, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson) schreibt im Jahre 1968 (x300/251): >>... Unsere Konzentration auf Vietnam fordert einen schrecklichen Preis. In der Innenpolitik kommt alles zum Stillstand, weil Vietnam über anderthalb Milliarden Dollar monatlich verschlingt. ...
Das Ringen um gleiche Chancen für den Neger, der Krieg gegen die Armut, der Kampf für die Rettung der Städte, die Verbesserung unserer Schulen - das alles muß um Vietnam willen darniederliegen. Außerdem bringt der Krieg häßliche Nebenerscheinungen mit sich: Inflation, Frustration, Empörung, Protest, panikerbitterte Gegensätze in der Nation.<<

Palästina: Der Palästinensische Nationalrat der Befreiungsorganisation PLO beschließt im Jahre 1968 (x073/330): >>... Art. 1) Palästina ist das Vaterland des palästinensisch-arabischen Volkes und ein integraler Bestandteil des Großen Vaterlandes, und das Volk Palästinas ist ein Teil der arabischen Nation. ...
Art. 3) Das palästinensisch-arabische Volk besitzt ein legales Recht auf sein Vaterland, und sobald dessen Befreiung vollendet ist, wird es das Selbstbestimmungsrecht allein nach seinem eigenen Willen und seiner eigenen Wahl ausüben. ...
Art. 5) Palästinenser sind jene arabischen Bürger, die bis 1947 dauernd in Palästina lebten, ob sie von dort vertrieben wurden oder dort lebten. Wer immer nach diesem Zeitpunkt innerhalb oder außerhalb Palästinas geboren wurde und einen palästinensisch-arabischen Vater hat, ist

ein Palästinenser.
Art. 6) Juden, die bis zum Beginn der zionistischen Invasion dauernd in Palästina lebten, werden als Palästinenser betrachtet. ...
Art. 15) Die Befreiung Palästinas ist aus arabischer Sicht eine nationale Pflicht, um die zionistische imperialistische Invasion des Großen arabischen Vaterlandes zurückzuschlagen und um Palästina von der zionistischen Präsenz zu reinigen. ...<<

1969

>>Der Hund sagte: Wer vor den Großen wohl kriecht und gegen die Kleinen laut bellt, der kommt gewiß zu seinem Recht.<< (Johann H. Pestalozzi)

06.01.1969

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1969) berichtet am 6. Januar 1969 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>**VERANTWORTLICH SIND ALLE**

Die Moskauer "Literaturzeitung" über eine neue deutsche Kollektivschuld:

Die Verantwortung für das Schicksal der Nationen tragen nicht nur irgendwelche Politiker oder Regierungen, sondern auch die Völker ...
Marx und Engels haben stets betont, daß die Verantwortung nicht nur bei einzelnen Personen oder Klassen liegt, sondern bei den Nationen. Sie haben kein Volk von der Verantwortung für sein Schicksal oder seine Rolle in der Welt freigesprochen, nur weil es das Volk ist. Im Gegenteil, sie haben unterstrichen, daß sich das Volk nicht zum Spielball der reaktionären Politiker machen lassen darf, daß es selbst für sein Schicksal verantwortlich ist. Bezeichnenderweise bezogen Marx und Engels diese ihre Äußerungen vor allem auf ihre Landsleute -- die Deutschen.
Einst mußten die Deutschen dafür bezahlen, daß sie jahrhundertelang ihren Königen, Fürsten und Landsknechten gestatteten, fremde Länder auszuplündern. Nun mußten die Deutschen für Hitler bezahlen. Wird die Bevölkerung der Bundesrepublik jetzt für die Revanchisten bezahlen müssen? Dieser Preis könnte der höchste sein, der je in der deutschen Geschichte gefordert wurde.
Heute wie damals könnte man sagen, ein Land, das auf den Weg des Krieges gedrängt wird, sei doch nicht schuld, die Schuld trage die Regierung. Revanchehetze betreiben in Westdeutschland nicht die einfachen Bürger, sondern hochgestellte Würdenträger, die Generale der Bundeswehr, die Monopolisten und die Neonazis. Das ist richtig. Aber das befreit auch jetzt die Menschen, die geführt werden, nicht von der Verantwortung.
Im Gegenteil, die Tatsache, daß sich das zum zweiten Male ereignet, vertieft, unterstreicht dreifach, vierfach die nationale Verantwortung. Sich zum zweiten Mal darauf zu berufen, die Menschen hätten "nicht gewußt", was Faschisten und Revanchisten anzetteln, ist unmöglich. "Es genügt nicht zu sagen, wie die Franzosen tun, daß ihre Nation überrascht worden sei", schrieb Marx 1852 über den Staatsstreich des Louis Bonaparte. "Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteurer ihnen Gewalt antun konnte."
Jenseits der Elbe sollte man begreifen: Bei einem neuerlichen Examen Westdeutschlands erteilt die Geschichte kein Pardon wegen politischer "Unerfahrenheit" und erkennt keine "mildernden Umstände" an. Die Welt von heute ist kein Kindergarten ...<<

23.02.1969

China: Radio Peking berichtet am 23. Februar 1969 über die chaotische Landwirtschaftspolitik der sowjetischen "Renegatenclique" (x058/420): >>... Die allgemeine Restauration des Kapitalismus durch die revisionistische sowjetische Renegatenclique fügt der sowjetischen landwirtschaftlichen Erzeugung in wachsendem Maße ernsten Schaden zu. Sie hat dazu geführt, daß breite Kreise des Sowjetvolkes mit der revisionistischen sowjetischen Renegaten-

clique immer unzufriedener geworden sind.
Um ihre wankende reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten, nimmt diese Clique neben der Rückkehr zum kapitalistischen System immer mehr zu Prahlereien und der Verbreitung lügnerischer Märchen über "Redkordernten" Zuflucht. Immer deutlicher zeigen sich dadurch die schamlosen Charakterzüge dieser Bande von Renegaten (Abtrünnigen). ...
Das Ergebnis der forcierten Einführung des kapitalistischen Profit-Prinzips und des Strebens nach finanziellen Gewinnen der privilegierten ... Elemente in den Sowchosen und Kolchosen unter Mißachtung der Qualität war ein beträchtlicher Rückgang der Qualität bei einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse. ...
Seit die Breschnjew-Kossygin-Clique den Mantel Chruschtschows geerbt hat, hat sie Chruschtschow die gesamte Schuld zugeschoben und behauptet, die chaotischen Zustände im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion seien ausschließlich "den ernsten Fehlern Chruschtschows auf dem Gebiet der Agrarpolitik" zuzuschreiben. Als ob diese Zustände nicht das Ergebnis der von der revisionistischen sowjetischen Renegatenclique betriebenen Restauration des Kapitalismus wären! ...
Sie hat die Entwicklung der Privatwirtschaft ermutigt, sie unterstützt die Übertragung und Pachtung von Land, sie hat sich für einen freien Markt eingesetzt, sie hat das "neue Wirtschaftssystem" zur Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft eingeführt usw.
Alle diese Maßnahmen haben zur Ausbreitung der kapitalistischen Kräfte in den ländlichen Gebieten geführt und in diesen Gebieten die Polarisierung verschärft. ...<<

05.03.1969

BRD: Der SPD-Politiker Gustav Heinemann (1899-1976, 1949/50 Bundesinnenminister – Rücktritt wegen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland) wird am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

14.04.1969

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1969) berichtet am 14. April 1969 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: >>**Skoro domoi** (bald nach Hause)
Ihre Parole hieß: Vorwärts! Doch eines Tages standen sie "am Ende unserer Freiheit, vor dem Anfang eines uns vollkommen unbekannten Weges".
Für manchen war es "mehr wie ein Hinübergleiten", für andere "ein nie zu vergessender, eigenartiger Augenblick" -- ein Augenblick, "den man eigentlich nicht beschreiben kann".
Sie hörten "den vielstimmigen Ruf: Friitz, Friitz", und einige überlegten, ob sie "nicht auch den Weg der Ehre beschreiten sollten". Es war "ein so unglaublicher Schock, eine so entsetzliche Überraschung", und "uns stockte der Atem, da wir nicht wußten, was uns die nächsten Augenblicke bringen würden".
Bald wußten sie es. Und heute, nach Jahr und Tag, erinnern sie sich, wie sie "nach und nach gleichgültig" wurden "gegenüber allem, was ich früher für Richtschnur und Sinn meines Lebens gehalten hatte".
Sie registrierten: "Körperlicher und seelischer Tiefstand -- völlige Selbstaufgabe! Keine Kraft mehr zum Gebet. Stumpfes Dahinsiechen."
Sie erlebten: "Alle Tünche fällt ab, der Mensch wird nackt; das, was er ist. Der Schein verschwindet."
Sie waren "so sehr müde" und "so abgestumpft, daß -- sollte mich jemand an eine Hundeleine nehmen -- ich nicht im geringsten überrascht ... wäre. Vielleicht würde ich sogar bellen", und "dann würde ich mich in meine Hundehütte verkriechen und schlafen".
Und wie die Hunde lebten sie: "Sitte und Moral sinken. Es gibt Leute, die pinkeln, ja scheißen in die Baracke nachts hinein. Trauriges, grauenvolles Dasein."
Traurig: "Man kann seinem eigenen Arsch nicht mehr trauen." Grauenvoll: "Jeder war nei-

disch auf die Männer, die starben." Denn wer starb, hungerte nicht mehr. Und der Hunger war schlimmer als alles andere:
"Nur noch mal satt werden, und dann ist Schluß. Ich hatte eine Viertel Rasierklinge und wollte mir die Pulsadern öffnen, um mein eigenes Blut zur letzten Sättigung zu nehmen."
Sie waren 3,15 Millionen Mann: Soviel Deutsche, wie heute in München und Hamburg wohnen, gerieten zwischen dem 22. Juni 1941, als morgens um 3.15 Uhr das "Unternehmen Barbarossa" mit einem Feuerschlag begann, und dem 8. Mai 1945, als die Wehrmacht kapitulierte, in sowjetische Kriegsgefangenschaft (Bei Kriegsende befanden sich rund zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, darunter 3,8 Millionen in amerikanischer, 3,7 in britischer, eine Million in französischer).
Sie lebten und starben in 2.779 Lagern -- von Preußisch-Eylau bis Jurga in Sibirien, von Archangelsk am Weißen Meer im Norden bis nach Taschkent in Usbekistan im Süden.
Nur 1,95 Millionen (62 Prozent) von ihnen kehrten heim -- der letzte über das Lager Friedland bei Göttingen erst 1957. Rund 1,11 Millionen gingen zugrunde und wurden auf einem der 193 Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Sowjet-Union verscharrt, die meisten namenlos in Massengräbern.
Das Schicksal von mindestens 86.000 Mann ist unbekannt und wird es bleiben -- "eine Lücke der Ungewißheit, die niemand zu schließen vermag", so Kurt W. Böhme, Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" und Autor einer 474 Seiten langen Bilanz über "Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand".
Böhmes Bilanz ist Teil eines auf 16 Titel berechneten Werks, an dem die "Wissenschaftliche Kommission" (WK) unter Leitung des Heidelberger Historikers Professor Erich Maschke seit 1957 arbeitet und das sie 1971 fertigstellen will: Bis dahin soll im Auftrag das Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte die komplette "Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges" geschrieben sein.
Kern des Forschungsunternehmens, für das im Bundeshaushalt 1958 ein Betrag von 3,186 Millionen Mark eingesetzt wurde, ist das Schicksal der "Plennys" (von "wojennoplenny", der russischen Bezeichnung für Kriegsgefangene) wie sich die Landser hinter dem Stacheldraht im Osten selber nannten. Fertig sind bisher
- drei Bände über "Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjet-Union" -- Autor: der Staatswissenschaftler Dr. Kurt Bahrens, ehemals Mitarbeiter beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Hamburg;
- eine auf 20.000 Heimkehrer-Aussagen beruhende Dokumentation über den "Faktor Hunger" in den sowjetischen Lagern -- Verfasserin: die Münchner Historikerin Dr. Hedwig Fleischhacker;
- die "Bilanz" über Leben und Sterben der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union;
- eine Darstellung der "Lagergesellschaft" -- Autor: der Psychologe Diether Cartellieri, Referent für Wehrpsychologie im Bundesverteidigungsministerium.
In Vorbereitung sind Untersuchungen über den "Faktor Arbeit", über das kulturelle Leben und über die Versuche politischer Umerziehung in den Lagern. Angereichert werden soll das Werk durch "Beihefte" wie das "Tagebuch aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1945-1949" eines Michael Reck.
Unter diesem Pseudonym stellte ein ehemaliger Stabsoffizier der Heeresgruppe Mitte zusammen, was er in den fünf Jahren seiner Gefangenschaft auf Papierschnitzel, die er von Zigarettenschachteln, Brühwürfelpäckchen und Zeitungsrändern abriß, stenographisch notierte und in den doppelten Boden einer Tabakdose und eines Schachbretts durch alle Kontrollen brachte.
Nur Bonn ließ die Notizen nicht passieren -- und hält auch die Publikationen der Kommission zurück: Weil das Auswärtige Amt "außenpolitische Schwierigkeiten" befürchtet, liegen die fertigen Bücher -- Auflage je Band: rund 2.000 -- beim Verlag Ernst und Werner Gieseking in

Bielefeld unter Verschluß. Lediglich einige wenige Exemplare wurden Behörden, Gerichten und wissenschaftlichen Bibliotheken zur Verfügung gestellt.
Zum erstenmal ist darin das Bild des deutschen Plenny mit wissenschaftlicher Gründlichkeit gezeichnet -- ein Bild von erniedrigten, zerlumpten, hungernden, mißtrauisch gewordenen Männern, die in aller Verzweiflung auch immer noch Hoffnung fanden und ihre Hoffnungen immer wieder begraben mußten, die von Wasser, Brot und Gerüchten lebten, die schließlich in ihrer Mehrzahl ohne Diskussionen ihr Schicksal trugen, still und unauffällig ihre Arbeit verrichteten. "Geduldig die Fetzen ihrer Kleidung flickten und Holzknöpfe schnitzten und im eisigen Winter sich mit Schnee wuschen, wenn die Wasserleitung eingefroren war."
Freilich: Nach dem Sinn ihres Schicksals fragten die meisten Gefangenen sich vergeblich. Manche behalfen sich mit der Formel von der "Schule des Lebens", andere haderten wegen der "verlorenen Jahre", aber: "Ein richtiges Begreifen war allerdings, ... nicht möglich", wie ein Soldat im Lager Armawir konstatierte. Und aus Krasnodar berichtete ein Gefangener. "Immer wieder wurde vom "lieben Gott' in Verbindung mit der Gefangenschaft gesprochen. Eine Antwort gab es aber darauf nicht. Hier resignierte man wirklich."
Manche fanden Trost oder suchten Verklärung, indem sie sich mit Helden und Leidensgestalten verglichen, mit Hiob oder Lazarus: "Lazarus wurde getragen von den Engeln in Abrahams Schoß. Ich bin nicht gestorben." Sie trugen "die Dornenkrone" aus Stacheldraht" und bezeichneten sich als "Christi in Scharen". Andere identifizierten sich mit Prometheus oder Odysseus, denn, so schrieb ein Gefangener für seine Mitgefangenen: "Märtyrer hat man sie einst genannt, ihnen seid Ihr ganz nah verwandt."
Niedergeschlagenheit, Resignation und Apathie waren, wie der Psychologe Cartellieri in seiner Studie über die Lagergesellschaft resümiert, schon die typischen Reaktionen auf die Gefangennahme gewesen -- typisch vor allem deshalb, weil der deutsche Soldat "innerlich und äußerlich kaum vorbereitet" in die Gefangenschaft ging.
Der Marsch hinter den Stacheldraht war von "Ratlosigkeit und quälender Ungewißheit" gekennzeichnet:" Wir waren auf Verhalten in der Gefangenschaft hin nicht geschult." Und: "Lange umfaßte tiefe Betäubung den Menschen -- Chaos und Angst."
Kaum jemand wußte, was Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wenigstens theoretisch zustand, und kaum jemand hatte sich der offiziellen Propaganda entziehen können, die im Grunde besagte, daß russische Untermenschen keinen Gefangenen leben ließen. "So hatte", stellt Cartellieri fest, "die Mehrzahl der deutschen Soldaten den Gedanken, lebend in sowjetische Hand fallen zu können, bis zuletzt zur Seite geschoben, in der Hoffnung, man würde sich durchschlagen oder fallen."
Ein Leutnant, der 1944 in Rumänien in Gefangenschaft geriet, erinnerte sich: "Eine teuflische Propaganda ließ Hunderttausende vor einer russischen Gefangenschaft erzittern." Und ein Major gestand, "daß wir alle nach vierzehntägiger Gefangenschaft eigentlich erstaunt waren, daß wir überhaupt noch lebten; jeder Offizier hatte mit dem Genickschuß gerechnet". Vielen, so einem Regimentskommandeur in Kurland, schien auch unfaßlich, daß "nun alles umsonst gewesen sein sollte, die vielen herrlichen Siege auf allen Kriegsschauplätzen". Allmählich aber setzte sich die triviale Einsicht durch, daß das Leben trotzdem weiterging: "Wir sagten uns, das wird wahrscheinlich eine sehr grauenhafte, aber auch interessante Zeit werden."
Es war, wie Umfragen unter Heimkehrern ergaben, eine Zeit, die -- so die Rangfolge -- durch Unfreiheit, Rechtlosigkeit und primitives Leben gekennzeichnet war. Fast nirgends in den Baracken, den Erdbunkern, den Ruinen, Schuppen, Ställen und Fabrikhallen, in denen die Soldaten zusammengepfercht wurden, war die sowjetische Vorschrift eingehalten worden, wonach für jeden Mann mindestens zwei Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung stehen sollten -- was immerhin der Belegung einer deutschen Wohnstube mit zehn oder elf Mann entsprochen hätte.

"Das fürchterlichste", so schilderte ein Major, "war das jahrelange Zusammenleben auf engstem Raum. Es gab eine Zeit, ... in der wir glaubten, daß jeder Mensch einen Tick hat, ja eigentlich verrückt ist."
Und "verrückt" waren sie tatsächlich alle: "Man war nichts, galt nichts, war ein Dreck, eine Nummer" -- und war gestern noch ein Waffenträger der Nation mit Litzen, Schulterstücken, Orden und dem Glauben an Deutschland und den Endsieg gewesen. Psychologe Cartellieri: "Der entscheidende Faktor war Statusverlust und Rollenwechsel." In Rußland gefangen, das bedeutete für die meisten, "daß ja doch alles sinnlos ist".
Am ehesten fanden sich simple Naturen mit der Lage ab, so ein Tagelöhner, der zu Protokoll gab: "Zu Hause, als landwirtschaftlicher Arbeiter, hatte ich nicht viel zu sagen, beim Kommiß als Landser wurde ich auch nur herumkommandiert. Und was ist hier viel anders? Nur daß jetzt die anderen es auch nicht besser haben als ich."
Je höher der Dienstgrad, desto tiefer war der Sturz: "Ganz schrecklich" fand es ein Plenny, "wie Männer, die einst in hoher militärischer Stellung waren, sich gehenließen und nach und nach an Leib und Seele verkamen." Vielen wurde es schon zuviel, sich im Winter "den ewigen Tropfen an der Nase" abzuwischen oder gar, sich mit Glasscherben zu rasieren, obwohl "das ging", wie ein Stabsoffizier stolz notierte: "Man blutete zwar einen Tag und ist vollkommen aufgeschabt, hat da so zehn oder 20 kleine Ritze. Das heilt aber innerhalb von zwölf oder 24 Stunden, und dann sieht man ganz vernünftig aus."
Die unterschiedliche Fähigkeit, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, führte schnell dazu, daß sich in der klassenlosen Gesellschaft, die in die Lager getrieben worden war, neue Klassenunterschiede herausbildeten.
So einheitlich das Bild war, wenn die Kompanien, Züge und Brigaden aus den Arbeitslagern in die Holzschläge, Torfstiche, Steinbrüche und Bergwerke zogen, so differenziert waren die Rollen und Positionen der Gefangenen in der Lagerhierarchie. Es gab "Herren mit weißen Ledermänteln und weißen Hemden ... Auf der anderen Seite Landser, (die) abgemagert, zerlumpt ... durch die Lager schlichen."
Es dauerte meist nicht lange, bis Offiziere, die zunächst als Lagerälteste eingesetzt worden waren, von Leuten abgelöst wurden, denen der unkomplizierte Umgang mit den Russen wie mit den eigenen Männern leichter fiel -- von Leuten, die "etwas zu schaffen, zu organisieren, zu improvisieren, etwas aufzubauen, sich durchzusetzen" verstanden, wie Cartellieri ergründete.
Ein Heimkehrer aus den Lagern um Leningrad berichtete darüber: "Um die leitenden Stellen im Lager bemühten sich fast immer nur Geltungs- und Machthungrige, denen die Vorgesetztenwürde ebenso schnell in den Kopf stieg wie einst den neugebackenen preußischen Korporalen."
Vor allem den Angehörigen des "Antifaschistischen Aktivs" (Antifa), denen die ideologische Ausrichtung der Kriegsgefangenen oblag, wurde das Bedürfnis nachgesagt, ihre neue Stellung und die Zugehörigkeit zur "neuen Klasse" auch äußerlich erkennen zu lassen: "Sie haßten die deutschen Offiziere, kleideten sich jedoch von Kopf bis zu Fuß wie diese ... und stelzten eitel wie die Gockelhähne durchs Lager."
Zur "Lagerprominenz" gehörten auch Fachleute wie Köche, Schneider. Schuster und Friseure, die nach und nach die Möglichkeit erhielten oder sich verschafften, "sich besser zu pflegen und auszustatten und auf einen annähernd "zivilen" Lebensstandard zu kommen", wie der Leningrad-Heimkehrer berichtete. Allerdings: "Eine wirkliche Lagergemeinschaft kam auf diese Weise nicht zustande. Ehrgeiz, Neid, Selbstsucht und Intrigen bestimmten bis zum Schluß das öffentliche Geschehen im Lager."
Der Pädagoge Friedrich Hassenstein, der als Abiturient in sowjetische Gefangenschaft geraten war, fand heraus: "Der soziale Aufstieg im Lager stand in erster Linie denen offen, die im nö-

tigen Maße anpassungsfähig und skrupellos waren." Sie verstanden es, so begehrenswerte Posten wie Teekoch, Badehauschef ("Banjachef") oder Trockenraumchef zu bekommen, und auch wer ein "Chudoschnik", ein Künstler, war und die sowjetischen Offiziere im Lager mit Stalinbildern oder Waldlandschaften mit Bär beliefern konnte, hatte für den Rest seiner Gefangenschaft ausgesorgt, bekam satt zu essen und konnte ein "Langhaariger" werden einer, der sich die Haare wachsen lassen durfte.
In manchen Lagern gab es sogar "reiche" Brigaden, die sich "arme" Brigaden zum Kartoffelschälen oder Schneeschippen halten konnten und dafür mit einem Extraschlag Suppe bezahlten.
Die Mehrzahl der anderen Kriegsgefangenen aber stapfte weiter teilnahmslos und mit Lappen an den Füßen zur Arbeit und empfand sich als "das ausgebeutete Volk" -- gleich, ob einer Oberleutnant oder Stabsgefreiter gewesen war.
Zwar gab es einzelne privilegierte Offizierslager, so in Tschernzy, wo täglich 2.800 Kalorien an Verpflegung und 20 Zigaretten verteilt wurden, wo die Gefangenen eine Buchenallee entlangspazieren und in einem Klubraum Bridge-Turniere veranstalten konnten.
Doch die meisten Offiziere wurden in den üblichen Arbeitslagern untergebracht, und lediglich die Stabsoffiziere waren zunächst von der Arbeit befreit. Als Offiziere jedoch spielten sie keine Rolle mehr. Autor Cartellieri: "Man fragte im Lager nur, ob er ein anständiger Kerl sei oder nicht", ob er zum Beispiel zu den ewigen Optimisten gehörte, "die sich an jeden Strohhalm einer Latrinenparole klammerten, um die innere Angst totzureden", oder zu den chronischen Pessimisten, denen nichts anderes einfiel als: "Ach, wir verrecken doch alle hier heraußen."
Ob jemand zu den Spaßvögeln oder zu den Stänkerern gehörte, war ebenso wichtig wie die Fähigkeit, sich Spezialkenntnisse anzueignen, mit denen jemand sich und seinen Kameraden das Leben erleichtern konnte. Es gab Spezialisten im Bau von Holzkoffern für die paar Habseligkeiten, die man noch hatte, Experten für Messer aus Holz und Spezialisten zur Herstellung von Nähnadeln, die "stundenweise gegen Brot" vermietet wurden.
Es gab Gefangene, die sich auf die Lektüre russischer Zeitungen spezialisiert hatten, andere, die Interessenten zum "Philosophieren" um sich sammelten und "Meister" tituliert wurden, und es gab Gelegenheitsdichter, die sich auf Bestellung gegen Zigaretten Verse einfallen ließen. "Ich habe", erzählte ein Kriegsgefangener, "eine russische Literaturgeschichte auf Sackpapier zusammengeschrieben."
Jedes Lager verfügte auch über sogenannte Fluchtexperten, die mit phantastischen Plänen hausieren gingen, selber aber nicht an die Flucht dachten. Und überall wurde gesammelt, was nicht niet- und nagelfest war: Papierfetzen, Lumpen, leere Büchsen kamen in den "Schnappsack", denn·"das Streben nach Besitz ist eben eine menschliche Eigenschaft", wie ein Heimkehrer bekannte.
Um sich auch nur mit der notdürftigsten Habe auszustatten, wurde getauscht, organisiert und sogar gebettelt, wobei es zunächst das Ziel war, Ersatz für das Kochgeschirr zu finden, das die meisten verloren hatten. Dadurch kam "Oscar Mayer" zu Berühmtheit: Konservendosen der Fleischfabrik Oscar Mayer aus Chicago, die aus USA-Lieferungen im Rahmen des Leih- und Pachtabkommens stammten und besonders begehrt waren, weil sie aus Messingblech bestanden.
Wer nicht nur "organisierte", sondern regelrecht stahl, hatte damit zu rechnen, daß die Kameraden zur Selbstjustiz griffen, die -- so ein Bericht aus dem Hauptlager Minsk -- "zumeist aus 25 Schlägen auf das Hinterteil bestand".
"Einfach aus der Lagergemeinschaft herausgelyncht", wie ein Pfarrer im Lager Stalingrad das nannte, wurden zuweilen die Spitzel, die von den sowjetischen Operativ-Offizieren angeworben wurden und den Auftrag hatten, "schlechte Arbeit, ärgerliche Bemerkungen, offene Worte gegen Brigadiere" anzuzeigen -- Material, mit dem die "Blauen", wie die Operativ-Offiziere

wegen der Farbe ihrer Mützendeckel hießen, oft die sogenannten Kriegsverbrecherprozesse bestritten, bei denen Freisprüche "sozusagen nicht eingeplant" waren.
Das Spitzelwesen war, wie Cartellieri schreibt, "eine der schmerzlichsten Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft". Ein Heimkehrer aus dem Lager Swirstroi versicherte: "Auf meine Person allein waren zwölf Spitzel angesetzt." Ein anderer: "Ohne Mitwirkung von Bütteln und Spitzeln hätte man uns nicht so niedergehalten, nicht solches Elend über uns herbeiführen können."
Zwar waren die Spitzel bald allgemein bekannt, weil sie bessere Verpflegung und Bekleidung erhielten. Aber da keiner vom anderen genau wußte, ob er insgeheim nicht doch auch als Spitzel herumhorchte, war "das gegenseitige Mißtrauen allbeherrschend" (Cartellieri).
So überwogen Urteile wie: "Kameradschaftlicher Zusammenhalt gering" (Lager Kaunas) oder: "Die Kameradschaft der Deutschen untereinander war bei weitem nicht die beste. Am besten sind mir die ungarischen Kameraden in Erinnerung sowie die Japaner, die keinen Schlag für die Russen getan haben und nur immer sagten "nix panimei" (Ich verstehe nicht).
Lager-Autor Cartellieri glaubt freilich nicht, daß die "geringere Gemeinschaftsfähigkeit ... eine deutsche Eigenart" widerspiegelte. Er verweist vielmehr darauf, daß die bedingungslose Kapitulation, die Teilung Deutschlands und das "Vakuum, das auf die gewaltsame Ideologisierung folgen mußte", unter den deutschen Kriegsgefangenen "in besonderem Maße Desorientierung und das Gefühl der Verlorenheit" hervorriefen.
Schwerer noch als die Trennung von der Heimat wog beim deutschen Plenny laut Cartellieri "die seelische Isolierung, die er empfand, wenn er von einer Heimat hörte, in der alles das, wofür er gekämpft hatte, nun als falsch verschrien wurde".
Zu einer weitgehenden Solidarisierung kam es in den Gefangenenlagern paradoxerweise erst, als gegen Ende 1949 Offiziere wie einfache Soldaten, verdiente "Bestarbeiter" genauso wie Aktivisten der Antifa und Spitzel scharenweise und zum Teil lediglich aufgrund der ehemaligen Zugehörigkeit zu einem Truppenteil, der angeblich an der Partisanenbekämpfung teilgenommen hatte, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden: "Jetzt entstand erst das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals.
Nun wich die allgemeine Niedergeschlagenheit häufig einer regelrechten Hochstimmung, "getragen von heiligem Zorn -- oft einer guten Portion Galgenhumor, der die sowjetischen Offiziere der Tribunale verblüffte, und dem Gefühl der Erleichterung, endlich zu wissen, woran man war
Die Kriegsgefangenen waren jetzt auch eher bereit, die paar Stunden Freizeit am Tage sinnvoller als bisher auszugestalten. In Perwo-Uralsk bildete sich ein 30-Mann-Orchester und intonierte Beethovens 5. Sinfonie und Schuberts "Unvollendete", eine Theatergruppe spielte an 56 Abenden Goethes "Faust" und Schillers "Kabale und Liebe".
Ein Plenny-Ballett hüpfte über die Bühne, wenn die "Csardasfürstin" oder "Gräfin Mariza" aufgeführt wurde. Dabei trug die Gräfin eine Abendtoilette, die aus Verbandmull, gefärbten Bettlaken, Fußlappen und Paketpapier hergestellt worden war. In einem anderen Lager hatte sich ein Musiker aus Konservendosen eine Posaune zusammengelötet, "auf die die Russen so scharf waren, daß sie sie ihm eines Tages ... weggenommen haben".
Überall wurden Sprachkurse eingerichtet, sogar in Latein und Griechisch. Die allerdings spärlich ausgestatteten Lagerbüchereien mit überwiegend "marxistischer Literatur" waren ständig ausgeliehen. Es bildeten sich Gesprächskreise, in denen man sich über "Schrebergärten, Kaninchenzucht, Brieftauben" unterhielt oder darüber stritt, welcher Fußballverein mit welcher Mannschaft irgendwann irgendein Spiel gewonnen hatte.
Skat und andere Kartenspiele waren, entsprechend den Bestimmungen in der Sowjet-Armee, verboten. Aber da Brettspiele erlaubt waren, schnitzten Gefangene Skatkarten aus Holz "und schlugen nun statt mit Papierkarten mit den Holzkarten auf den Tischen herum; es war schon

ein ganz hübscher Krach".
Aus dem Offizierslager Walka wird berichtet, daß "jeder Dritte" Novellen oder Gedichte schrieb; Maler mischten ihre Farben aus Ruß, Kalk, Ziegelstaub und Kräutern; Bastler bastelten Uhren, Kämme, Wäscheklammern, Schachfiguren, in manchen Lagern entstanden Küchengärten, und sogar Kegelbahnen wurden gebaut.
Gottesdienste durften nur in wenigen Lagern abgehalten werden. Oft beschränkte sich die religiöse Arbeit der gefangenen Geistlichen auf kleine Zirkel, die sich in einer Barackenecke zusammensetzten. Ein Gefangener bekannte: "Ich habe in jener Zeit zum ersten Male die Nachfolge Christi kennen- und schätzengelernt."
In vielen Lagern war jedwedes religiöse Tun untersagt, so im Stammlager Pachta-Aral, wo am Heiligen Abend nicht einmal ein Weihnachtslied gesungen werden durfte und der Baumwollstrauch, den die Kriegsgefangenen als Weihnachtsbaum mit Bildern und Watte geschmückt hatten, "auf besonderen Befehl" in den Ofen wanderte.
Die Freuden waren gering. Den meisten Kriegsgefangenen wurde erst im Frühjahr 1946 eine Rot-Kreuz-Antwortkarte zum Schreiben ausgehändigt, und mitunter dauerte es danach noch wochenlang, ehe die erste Nachricht aus der Heimat kam. Im Tagebuch eines Gefangenen im Lager Jurewez findet sich unter dem 13. Juni 1946 die Eintragung: "Endlich die langersehnte Nachricht von zu Hause ... Alle leben, alles gesund! Auch Wohnung heil. Das ist ein Stein vom Herzen!"
Zunächst war es mit dem Schreiben "eine Sache für sich", wie ein Heimkehrer aus dem Lager Schtscherbakow berichtete, "denn wir waren 2,5 tausend Mann und bekamen das erstemal 150 Karten zum Schreiben", und in Kupjansk erlaubten die Russen "uns wohl das Schreiben, aber es gab kein Papier". Und auch das geschah: "Post kommt, Karten und viele Umschläge, sämtliche Briefe sind entnommen - Gemeinheit!"
Obwohl nach 1950 in fast allen Unterkünften Lautsprecher installiert wurden, die das Programm des Rundfunks ausstrahlten, war der Kontakt zur Außenwelt so dürftig und der Nachrichtenhunger entsprechend groß, daß "die Luft voller Gerüchte" zu sein pflegte -- vor allem der Gerüchte über eine baldige Heimkehr:
"Das ewige 'skoro domoi' (bald nach Hause) machte uns fast verrückt, und doch glaubte man immer wieder dran, weil es sich jeder so sehnlich wünschte."
Der Wunsch, irgend etwas Genaueres über das weitere Schicksal zu erfahren, war laut Cartellieri "so übermächtig, daß man bereit war, auch die haltloseste 'Parole' wenigstens zu diskutieren: Vielleicht war doch etwas daran".
Ob hinter dem Lagerzaun plötzlich ein Auto aufkreuzte, das man bis dahin nie gesehen hatte, ob unerwartet Großreinemachen befohlen wurde, ob sich das Verhalten des Bewachungspersonals zu ändern schien -- "all das konnte der Funke für ein Lauffeuer" werden. In Kasimirowo gab es einen Gefangenen, "der genau wissen sollte, wie die Entlassungsformalitäten in Frankfurt/Oder vor sich gingen", und alle hörten ihm gebannt zu, denn "im Grunde seines Herzens hoffte doch ein jeder, fahndete nach Anzeichen für seine Hoffnung und bekam so immer etwas Auftrieb".
Viele freilich hofften vergebens -- und bis an ihr Ende: Jeder dritte Plenny starb. In den 619 Lagern der Südregion um Odessa kamen rund 200.000 Gefangene um, in den 729 Lagern der Zentralregion um Moskau waren es 180.000. Die höchste Sterblichkeitsziffer gab es im schwer erträglichen Wüsten-Klima der Lager im südlichen Zentralasien -- in Usbekistan, Kirgistan und Turkmenistan.
Von den deutschen Soldaten, die schon zu Anfang des Rußlandkrieges in Gefangenschaft gerieten, starben bis zu 95 Prozent, vor allem im Winter. Und viele blieben schon beim Marsch in die Gefangenschaft am Wege liegen:
- Von 91.000 Soldaten, die 1943 die Schlacht von Stalingrad überlebten, erreichten nur 18.000

die Endlager in Taschkent, Usbekistan und an der Wolga; 42.000 verhungerten oder erfroren allein im Auffanglager Beketowka.
- Um ein Viertel dezimierten endlose Hitzemärsche den Schub von 150.000 Mann, der nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Lager bei Minsk und Smolensk geleitet wurde.
- Von 115.000 Kriegsgefangenen, die nach dem Untergang der Heeresgruppe Süd in Rumänien im Spätsommer 1944 bei sengender Hitze unter freiem Himmel kampieren mußten, starb jeder dritte.
- Auf Fußmärschen bis zu 300 Kilometer kamen von 800.000 Soldaten, die nach der Kapitulation in Polen und Ostdeutschland zusammengezogen worden waren, rund 100.000 ums Leben.
Allerdings: Die Version, die Sowjets hätten es darauf angelegt, die Überlebenden der Schlacht um Stalingrad auf ziellosen "Todesmärschen" noch nachträglich zu liquidieren, ist -- so Bilanz-Autor Böhme -- "aufs Ganze und objektiv gesehen" nicht aufrechtzuerhalten:
Die Reste der 6. Armee waren bereits bei der Gefangennahme zu Tode erschöpft, ausgehungert, verwundet oder krank, in ihrer dürftigen Kleidung der Kälte nahezu schutzlos preisgegeben, auch gab es weit und breit keine Unterkunft. Hätte man sie nicht, wie es ein Stalingrad-Arzt ausdrückte, durch Märsche "gewaltsam bewegt", so wären noch mehr erfroren.
Mit rund 35 Prozent war die Sterberate der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union nicht nur geringer als die der fünf Millionen Rotarmisten in Nazi-Gewahrsam (60 Prozent), sie war auch niedriger als die der knapp 160.000 Feldgrauen, die 1914 bis 1918 in russische Kriegsgefangenschaft gerieten: Damals betrug die Todesquote fast 40 Prozent, während von den 1,4 Millionen Russen-Gefangenen im Ersten Weltkrieg nur 5,4 Prozent starben.
So sieht denn auch Professor Maschke, Chef der Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, "keine Anzeichen für die Absicht, die deutschen Kriegsgefangenen verhungern zu lassen". Zwar spielten Unfähigkeit und auch Gleichgültigkeit eine verhängnisvolle Rolle, doch waren -- so ergaben die Untersuchungen der Wissenschaftler -- die Plennys den Russen "als Arbeitskräfte zu unentbehrlich, als daß man sie nicht nach Möglichkeit ernährt hätte". Und Arbeitskräfte waren in der Sowjet-Union tatsächlich rar geworden: Schätzungen besagen, daß die russische Bevölkerung im Krieg mit Deutschland um etwa 20 Millionen Menschen dezimiert wurde.
Freilich: Die gefangenen Landser wurden lediglich "nach Möglichkeit" ernährt, und die Möglichkeiten waren gering genug. Die sowjetische Landwirtschaft hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Allein der Ernteertrag an Getreide fiel zwischen 1940 und 1945 um etwa 45 Prozent, überdies brachte das Jahr 1946 die schlimmste Mißernte seit einem halben Jahrhundert.
Die russischen Zivilisten litten darunter ebenso wie die deutschen Kriegsgefangenen: Beide bekamen (jedenfalls auf dem Papier) ebensoviel und ebensowenig. Im Winter 1946/47 betrug die tägliche Brotration in den meisten Gefangenenlagern 600 Gramm. Sowjetische Arbeiter erhielten zur selben Zeit zwischen 529 und 546 Gramm, Facharbeiter zwischen 613 und 633 Gramm. Auch die Rationen an Fleisch, Fisch, Fett und Zucker waren nahezu gleich, ebenso die Zuteilung an Grütze oder Suppen.
Die Gefangenen selber bestätigen es: "Wie wir feststellen konnten, hatte auch die russische Bevölkerung nicht viel mehr." Oder: "Ganz Moskau -- und wir mit -- aß nichts als angefrorene Kartoffeln." Ein Heimkehrer aus einem Ural-Lager berichtete sogar: "Den Russen erging es nicht anders, zum Teil noch miserabler."
Und doch waren die Gefangenen im Nachteil. Die Russen ernährten sich seit jeher hauptsächlich von Brot, Suppen, Hirsebrei, Kraut und Rüben, während der Fleischverbrauch nicht höher war als im Deutschland von 1816. Das Hauptnahrungsmittel Brot enthielt zudem einen hohen Anteil Wasser und war für deutsche Mägen kaum verdaulich.
Hinzu kam, daß auch die Gefangenen-Rationen, wie in der Sowjet-Union üblich, nach der

Arbeitsleistung bemessen wurden. Wer seine Norm zu mehr als 125 Prozent erfüllte, bekam doppelt soviel Brot wie jemand, der unter 80 Prozent blieb -- und das waren die Alten, die Schwachen, die ohnehin schon Ausgemergelten.
Anders als den russischen Zivilisten war es den Gefangenen lange Zeit auch unmöglich, ihre Rationen durch Anbau von Kartoffeln und Gemüse hinterm Haus aufzubessern oder auf dem freien Markt etwas dazuzukaufen. Oft konnten die versprochenen Kontingente nicht geliefert werden, oder sie verschwanden irgendwo an der Bahnstrecke.
Was schließlich angeliefert wurde, war meist von schlechter Qualität: Das Fleisch bestand vielfach nur aus Innereien, die Knochen wurden mitgewogen. Die Kartoffeln waren erfroren oder verfault.
Ein Gefangener aus einem Lager im Süd-Ural schilderte, wie seine Kameraden und er im Winter 1943/44 "ganze Kartoffelblöcke wie ... (im Sommer) die Felsbrocken im Steinbruch" mit Eisenstangen aus Güterwagen hauen mußten: "Wir brachen und hieben einen ganzen Tag und nahmen am zweiten noch Kreuzhacken mit."
Denn um sie nur irgendwie verwertbar zu machen, mußten die hartgefrorenen Kartoffeln ("Eierbriketts") erst in Stücke geschlagen und dann in Benzinfässern aufgebrüht werden. Übrig blieb "ein einziger Matsch. Satt wurden die Plennys fast nie. "Hunger", so erinnerte sich einer, "hatten wir nur einmal, und das war immer." Der 1955 aus Rußland heimgekehrte Psychologe Horst von Usedom urteilte, der Hunger habe im Erleben der Gefangenen eine "teuflische Vorrangstellung" gehabt.
Weder die Ungewißheit über das künftige Los noch Fronarbeit, Schikane und sibirische Kälte -- der Hunger war für sie die "zentrale Qual in einer Vielfalt von Drangsalen", so die Historikerin Hedwig Fleischhacker, die im Bonner Auftrag das Hungerproblem der Rußland-Gefangenen untersuchte. Und für Professor Maschke vollzog sich in den Lagern gar "ein Kapitel aus der Weltgeschichte des Hungers".
Womöglich war dies das düsterste Kapitel dieser Geschichte: Im Lager Jelabuga wühlten ausgehungerte deutsche Gefangene "wie streunende Hunde" in Abfallfässern und Aschentonnen nach Krautstrünken und Kartoffelschalen.
In Dubowka bei Stalingrad beobachtete ein Kriegsgefangener im Winter 1943: "Die Dohlen im Turmgebälk der Klosterkirche werden gefangen und roh verschlungen ... In einem Schneehaufen entdecken Gefangene einen Pferdekadaver. Er wird mit bloßen Händen in Stücke gerissen und verschlungen."
Nicht anders war es noch 1946 in einem Lager am Terek, wo "wir vor krepierten Pferden nicht haltmachten; an dem Kadaver saßen die Landser wie Aasgeier, nicht einmal die schwammige Lunge blieb übrig".
Einige Heimkehrer wußten gar zu berichten sie hätten Leichen im Schnee liegen sehen, "denen viereckige Fleischstücke aus den Gesäßteilen herausgeschnitten waren". Es sei vorgekommen, "daß die Gefangenen, die gestorben sind, von Mitgefangenen ... zum Teil Gehirne ausgeschlagen bekamen und dann gegessen wurden", und auch, daß Hunger die Gefangenen dazu getrieben habe, "die toten Kameraden zu zerreißen und deren Fleisch zu rösten und es zu essen".
Der Hunger wirkte, so bestätigte ein Gefangener, "wie ein Rauschgift, er beseitigt Hemmungen". Und ein anderer fand: "Diese ausgehungerten Menschen waren oft wilden Tieren ähnlicher als dem Ebenbild Gottes."
Im Hungerwinter 1945/46 waren Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund keine Seltenheit. Ein 21 Jahre alter Soldat, Körpergröße 1,71 Meter, meldete aus dem Lager Frolowo: "42 kg samt sämtlicher Klamotten."
Mancher erkannte sich selbst nicht mehr, so ein Kranker im Hospital Atkarsk bei der Untersuchung: "Als ich diese Reihe nackter Männer dann in einem Spiegel erblickte, fiel mir ein lan-

ger, besonders dürrer Mann auf. Als ich mich umsah, um zu sehen, wer das war, drehte sich der Mann im Spiegel auch um: Ich war es selbst."
Der Hunger schwächte nicht nur den Körper: "Die Geistestätigkeit wurde matt und matter. Wir vergaßen die Familienfesttage und konnten nicht mehr Kopfrechnen." Es gab Hungerkranke, "die tagelang kein Wort sprachen, sich für nichts interessierten, sich auf der Pritsche nicht rührten, gefüttert und gewaschen werden mußten".
Aus Schwäche oder aus ökonomischen Gründen trotteten die meisten Gefangenen "krumm, mit gebeugtem Rücken, eingesunkener Brust, nach vorn gezogenen und fallengelassenen Schultern, eingezogenem und gesenktem Kopf und in den Taschen Halt suchenden Armen".
Methoden, den Kalorienverbrauch des Körpers auf ein Minimum zu beschränken, wurden in allen Lagern praktiziert. "Kaloriensparer" bewegten sich nach Möglichkeit nur im "Schongang", vermieden vermeidbare Wege und übten sich in reglosem Liegen, was sie "auf der Pritsche verfaulen" nannten.
Die Lethargie verwandelte sich in "wachsende Unruhe auf den Baracken, wenn sich der Zeitpunkt der Mahlzeit näherte" und, so ein Bericht aus dem Waldlager Schumnowo, die Gefangenen "hungrig ruhelos hin und her irren, gleich Raubtieren auf dem Sprung nach dem Essen".
"Essen" im herkömmlichen Sinn war es nicht: "Kohlsuppen (Kapusta) und Brei (Kascha) sind unsere Nahrung", außerdem Kleie, Mehlsuppe, Mais, "monatelang nur Graupen", auch "kleine Salzfische", an Fleisch nur "faulige Ziegenköpfe", Kuhköpfe, eingesalzene Innereien, "meist gibt es Kutteln". Vom bloßen Geruch der verkochten Innereien mußte sich in Saransk die offenbar an bessere Dinge gewöhnte Lagerprominenz übergeben.
Die Brotschneider waren gewählte Vertrauenspersonen, oft Architekten oder Feinmechaniker, und beim Brotschneiden durfte niemand "näher als zwei Meter heran". Wenn "die Arbeit fertig war, machte eine unparteiische Gutachterkommission noch kleine Korrekturen.
Wie man den Brotgenuß durch "Fletschern" oder "Mümmeln" steigern konnte, beschrieb ein Heimkehrer so: "Man nimmt einen großen Bissen in den Mund und kaut ihn bis zu 120 mal ... die Würge- und Schluckbewegungen muß man bekämpfen, bis das Brot zu einem dünnflüssigen Brei geworden ist ... Diesen Brei läßt man dann langsam hinunterrinnen. So braucht man für 400 Gramm Brot etwa eine Stunde."
Das "Ein und Alles" und die "einzige stabile Nahrung" war das Brot, auf russisch "chleb", ich sage immer "kleb" wie kleben". Es war meist "völlig naß wie Seife", und "wenn man es an die Wand schmiß, blieb es kleben". Heimkehrer erzählten, sie hätten "immer gesagt, wir gehen das Brot in der Feldflasche empfangen".
Dennoch wurde das Brot "verehrt, fast angebetet", und "der schönste Augenblick des ganzen Tages war der erste Biß in die frische Ration". Brot war schlechthin das "Heiligste in der Gefangenschaft"; die tägliche Brotverteilung glich einer "sakralen Handlung".
"Fast zögernd wurde geschluckt", erinnerte sich ein anderer. Und: "Die Umwelt war versunken, es war gelungen, mit eigener Kraft einen längeren euphorischen Zustand herzustellen."
Wer nicht alles auf einmal aufaß" (Lagerjargon: "Kahlfresser"), sondern als "Ratenesser" sich seine Portion einteilte, riskierte, daß sein Brot unter der Matratze verschimmelte.
So streng wie bei der Brotverteilung waren die Bräuche auch bei der Ausgabe von Suppe und Kascha -- dem "Zeremoniell des Auskellens" von Schlag und Nachschlag, dem, was nach der Verteilung der Normalration noch übriggeblieben war -- darüber kreiste das Denken häufig tagelang.
Überall gab es Nachschlaglisten" oder es waren Auslosungsverfahren ausgetüftelt worden, und von Baracke zu Baracke wachte man darüber, daß der Nachschlag präzise übereinstimmte. Stellte sich heraus, daß die Nachbarn mehr bekamen, wobei auch mitgerechnet wurde, "was außen an der Kelle hing", dann gab es "das unmenschliche Geschrei, das Schimpfen und sich gegenseitige Angreifen", und das Kellenvolumen mußte korrigiert werden.

Es war "ein schmerzlicher Anblick, wenn man zusah, wie der Barackenführer die Kelle, die geheiligt war, um einen Millimeter flacher feilte. Mathematiker berechneten sofort nach der Kegelstumpfformel den Ausfall an Kubikzentimetern, was sich die anderen dann in das Tagesminimum an Löffeln umrechneten".
Thema eins waren nicht mehr Frauen -- das lag weit zurück. Statt dessen wurde pausenlos über vergangene kulinarische Genüsse geredet, über "Gasthof, Rezepte, Feste" und darüber, was man später alles wieder einmal essen würde: "Vernünftige Männer hängen wie Kinder diesen quälenden Vorstellungen nach und fangen an, Kochrezepte zu sammeln."
Ganze Kochbücher wurden in Gefangenschaft zusammengestellt. In Grodno verfaßte ein Soldat eine Liste mit 200 Rezepten, und er tauschte sogar sein letztes Stück Brot ein, um dafür ein Stück Papier und einen Bleistiftstummel zu bekommen. Als die Russen das Rezeptbuch fanden, glaubten sie, einem "Kode" auf die Spur gekommen zu sein und steckten den Mann für 90 Tage in den Keller: "An diesen Folgen starb er."
In der Phantasieküche der Gefangenen gab es Klöße, Aal grün, "Gulasch auf bisher nie gekannte Art" oder "täglich Schweinebraten". Viele Tage "erhielten ihre schönste Weihe dadurch, daß ein Bäckermeister vom Brotbacken erzählte". Ein Hauptmann im Lager Cherson ließ sich eine Systematik der österreichischen Mehlspeisen aufstellen, ein anderer Offizier "ließ sich von einem Veterinär auf die Barackenwand einen Ochsen malen mit Kennzeichnung der Bratenstücke".
Viele Gefangene schmatzten noch im Traum, und hier und da wurden "Leeresser" beobachtet, die "aus einem leeren Kochgeschirr eine imaginäre Suppe" löffelten oder als "Leerkauer" auf eingebildeten Fleischstücken herumbissen.
Der Hunger machte vor nichts halt, auch nicht vor "Laub von Linden", Löwenzahn, Wegerich, Schafgarbe und Brennesseln. Ein Heimkehrer: "Grasfresser gab es in meinem Lager eine ganze Anzahl." In Urnen wurde im Frühjahr "das erste Grün buchstäblich abgefressen, junge Blätter gekocht und Ungeziefer mitverwertet". Im Lager Grosny "war kein Grashälmchen mehr zu finden, dort weideten die Dystrophisten".
Dystrophie (von dystroph: die Ernährung störend) war die schwerste und auch die häufigste Krankheit der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union. Erst die sowjetische Kriegsgefangenschaft hat diese Krankheit überhaupt zum medizinischen Begriff geprägt. Als Folge knapper, kalorienarmer, wasserreicher Ernährung war sie den Ärzten zuvor nur als Hungerödem oder Hungerkachexie bekannt.
Die Dystrophie trat in den Lagern in zwei Formen auf: als Trockendystrophie, die zu einer schlaffen Auszehrung führte, und als Feuchtdystrophie, die den Körper aufschwemmte.
Trocken-Dystrophiker (Lagerjargon: "die Strohficker") magerten zu Skeletten ab und sahen Toten ähnlich: "Waren in einem Lager genügend solcher Jammergestalten beieinander, wurden sie gemeinsam in einer Baracke untergebracht, die dann einem lebendigen Leichenhaus glich."
Manche Feuchtdystrophiker konnten, so ein Bericht aus dem Lager Antropsino bei Leningrad, morgens "kaum aus den Augen schauen, da das Wasser beim Liegen ins Gesicht drang". Schienbeine und Knöchel schwollen zu unförmigen Klumpen an, und "der Fingerdruck läßt minutenlang eine Vertiefung zurück", wie ein Arzt schilderte.
Die Krankheit führte zu tiefgreifenden seelischen Veränderungen. Ein Dystrophiker erinnerte sich, er sei so gleichgültig geworden, "daß mich der Gedanke an meinen möglichen Tod ... völlig kalt ließ. Ich wußte, ein von Schmutz starrendes Gesicht zu haben, brachte aber nicht die Energie auf, mich zu waschen".
Sie waren so gleichgültig und so kraftlos, daß sie ihre Notdurft verrichteten, wo sie gerade standen oder, meistens, lagen. Im Lager Liepaja entdeckte ein Soldat beim Löffeln seiner Suppe, daß er sein "Wasser überhaupt nicht halten konnte und dieses sich, ohne daß ich es

durch meinen Willen zu verhindern imstande war, in meine Hosen ergoß".
Der Gang zur Latrine war für viele Kranke der letzte Gang. Im Sammellager Neuhof-Ragnitz blieb, wer vor Schwäche in die Latrine fiel, "darin liegen und war nach ein, zwei Tagen vom Kot zugedeckt".
Entkräftet brachen Gefangene auch am Arbeitsplatz, bei der Entlausung oder beim Essen zusammen -- so in Borowitschi bei Leningrad: "Ein Mann starb plötzlich während des Essens und saß mit geneigtem Kopf so da, als ob er sich an dem Anblick des Essens erst noch erfreuen wollte."
Wie viele den Hungertod starben, ist bis auf wenige Ausnahmen nirgends registriert. Im Lager Tiraspol gingen binnen sechs Monaten 11.500 Gefangene zugrunde, in Balti waren es 15.000 in wenigen Wochen, und 2.000 von 8.000 Kranken starben im estnischen Lazarettlager Achtme.
Ob jemand krankgeschrieben wurde oder nicht, entschied sich bei der monatlichen "Kommissionierung", wenn russische Ärzte die Gefangenen in die verschiedenen Kategorien der Arbeitstauglichkeit einstuften. Bei diesem "Arschkneifen" auf dem "Sklavenmarkt" war ausschlaggebend, wie das Gesäß beschaffen war:
"Sind die Gesäßmuskeln noch straff, kommt man in die Kategorien 1 oder 2, d.h. man ist für schwere Arbeiten tauglich. Ist der Kräftezustand mäßiger oder fraglich, kneift der Arzt in die Gesäßmuskeln. Haben sie noch Spannung, kommt man in die Kategorie 3, d.h. man ist für leichte Arbeiten tauglich.
Sind sie schlaff, wird man in die Kategorie 5, d.h. den Arbeitsuntauglichen zugeteilt. Hängen die Gesäßmuskeln wie die Hautlappen an der Kehrseite des Elefanten, ist man Dystrophiker. Dann hat der Körper mit dem Abbau der Muskeln begonnen."
In der Hoffnung auf bessere Krankenkost oder auf rasche Heimkehr dystrophierten sich manche Gefangenen auch selber und "trainierten ... auf Dystrophie", wie ein Heimkehrer zugab. Entweder verzichteten sie auf jedwede Nahrung. die sie dann meist gegen Tabak eintauschten -- 500-600 g Brot gegen eine Zigarette mit Machorkakrümeln". Oder sie aßen "jede Menge Salz ... um Wasser zu kriegen. Viele "tranken laufend Tabaklauge und Salzwasser", Teeabsud. Seifenlauge. Ein Gefangener erinnerte sich eines Kameraden, "der trank jeden Abend fünf Kochgeschirre Wasser. Ich warnte ihn: Tu das nicht. Aber am nächsten Abend tat er es wieder. Er wollte eben nicht arbeiten gehen".
Sie experimentierten mit ihrem Leben: "Einer ganzen Reihe ist es geglückt, andere sind daran gestorben." Mitunter traten die Hungernden noch in den Hungerstreik. Dann erschienen sowjetische Kommissionen und es konnte sein, daß es daraufhin "die Zuckerration für die rückliegenden zwei Monate auf einmal gab", wie im Lager Jelabuga, oder "der Oberkoch beehrte mich mit seinem Besuch und fragte mich nach meinen Wünschen".
Hungerstreik, Selbstverstümmelung (wie Fingerabhacken) und Selbstdystrophie wurden mit Karzer und Zwangsarbeit (bis zu 25 Jahren) bestraft -- und lebend kam davon kaum einer zurück.
Doch auch Russen waren es oft, die deutsche Gefangene vor dem Ärgsten bewahrten. Zahllos sind die Beispiele russischer Hilfsbereitschaft den "Nestschastnys" gegenüber, den Menschen, von denen alles Glück sich abgewandt hatte -- " und diese rührenden Geschichten sind wahr", wie ein Heimkehrer versicherte.
Aus dem Lager Kaunas wurde berichtet: "Zivilbevölkerung sehr freundlich, ihrer geheimen Unterstützung mit Lebensmitteln verdanken viele Kameraden das Leben."
Auch das Leben des deutschen Soldaten, der sich mit einem "Viertel Rasierklinge" die Pulsadern öffnen wollte, um sein eigenes Blut "zur letzten Sättigung zu nehmen", wurde von einem Russen gerettet: "Er brachte mir Brot, Speck und etwas zum Rauchen.
Das war Weihnachten 1945 im Stalingrader Holzkommando. ...<<

25.04.1969

BRD: Bundesaußenminister Willy Brandt erklärt am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß man nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlichen wird (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

26.04.1969

BRD: Die BdV-Bundesversammlung erklärt am 26. April 1969 zur Verjährung von Kriegsverbrechen (x155/151-152): >>... Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung und freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleicherweise verfolgt werden.

Die Vertriebenen fordern im Zusammenhang mit der Verjährungsdebatte endlich die wirksame Beweissicherung auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an Deutschen begangen wurden. Sie wollen damit weder Verbrechen von Deutschen verschleiern, noch Verbrechen gegeneinander aufrechnen.

Sie wehren sich aber gegen zweierlei Recht und gegen den Versuch, durch einseitige Feststellungen über das Ausmaß solcher Verbrechen dem Unrecht der Vertreibung von Millionen an diesen Verbrechen nicht beteiligten Deutschen eine moralische Scheinbegründung zu geben.

... Der BdV verweist ausdrücklich darauf, daß die Vorbereitung der Vertreibung ganzer Volksgruppen aus ihren Wohnsitzen, die Zerstörung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und ihrer kulturellen und geschichtlichen Bindung, die Gefährdung des Lebens vieler Angehöriger deutscher Volksgruppen bei der Vertreibung und die Unterbrechung der Entfaltung der Volksgruppen zu ihren angestammten Wohnsitzen zu den Tatbeständen des Völkermordes zählt.

... Man kann sich nicht zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen, dennoch aber Unrechtstatbestände, die Millionen Deutschen dies Recht verweigern, stillschweigend übergehen oder in das Gegenteil umwandeln. ...

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte könne alsbald aufgelöst oder aufgeteilt werden. Diese Absicht wird vom BdV aus sachlichen und politischen Gründen entschieden zurückgewiesen. Das Ministerium hat noch eine Fülle von Eingliederungsaufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus würde die Liquidierung dieses Ministeriums in der öffentlichen Meinung als Liquidierung des Vertriebenenproblems mißverstanden werden. ...

Die Absicht, zur Finanzierung des Flüchtlingsentschädigungsgesetzes (21. LAG-Novelle) eine Milliarde DM oder noch mehr dem Lastenausgleichfonds zu entnehmen, bedeutet Zweckentfremdung der den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zustehenden Mittel. Sie wird vom BdV entschieden abgelehnt. ...<<

07.05.1969

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 7. Mai 1969 über Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger und dem CDU-Präsidium (x155/153): >>Bundeskanzler Kiesinger warnte vor den Gefahren einer illusionistischen Politik. Gewisse Bestrebungen, die Anerkennung des Ulbricht-Regimes und der Oder-Neiße-Linie als fortschrittlich hinzustellen, bezeichnete der Bundeskanzler als außerordentlich gefährlich. ...

Dies gilt vor allem auch für das Recht auf die Heimat und die Selbstbestimmung, dem in einem Friedensvertrag Rechnung getragen werden muß. Bei den Friedensverhandlungen soll so viel von Deutschland für Deutschland gerettet werden wie irgend möglich.

CDU und BdV stellen gemeinsam fest, daß eine differenzierte Lösung der Verjährungsfrage in der Bundesrepublik eine gerechte Sühne der Verbrechen gegen die Menschlichkeit sicherstellen würde. Sie sind sich in diesem Zusammenhang darüber einig, daß eine wirksame Beweissicherung dieser Verbrechen auch notwendig ist, soweit sie an Deutschen verübt worden sind. ...<<

10.05.1969

BRD: Reinhold Rehs (1901-1971, Mitglied des Deutschen Bundestages und BdV-Präsident) erklärt am 10. Mai 1969 seinen Austritt aus der SPD und wechselt zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

04.06.1969

BRD: Das BdV-Präsidium erklärt am 4. Juni 1969 in Bonn (x155/156-157): >>... 1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet Parteien, Staatsführung und Bürger, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Dieses verfassungsrechtliche Gebot legt die politische Aufgabe fest, nach Widerherstellung des Staates in seinen rechtmäßigen Grenzen zu streben. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Damit ist die Beachtung der allgemeinen Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf die Heimat, des Annexionsverbotes verfassungsrechtliche Pflicht für Staat und Gesellschaft gemeint.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Obhutspflicht gegenüber allen Vertriebenen übernommen. Diese schließt die Sorge für die in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ein.

3. Die Deutschlandpolitik muß im Hinblick auf die friedensvertragliche Regelung von der Tatsache ausgehen, daß das Deutsche Reich in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen fortbesteht. Einen Friedensvertrag kann nur eine gesamtdeutsche Regierung schließen. Verträge über die deutschen Ostgebiete und das Sudetenland können nur mit Zustimmung der Deutschen aus diesen Gebieten geschlossen werden. ...

5. Die deutschen Heimatvertriebenen verbindet eine Geschichte von Jahrhunderten mit den Völkern Ost- und Südosteuropas. Die gewaltsame Lösung aus dieser historischen Gemeinschaft hat sie zu berufenen Verfechtern der europäischen Einigung gemacht. ...

... Das Bundesvertriebenenministerium ist sachlich notwendig, weil Eingliederung und Lastenausgleich noch in Jahren nicht abgeschlossen sein werden und weil die kulturellen Aufgaben fortdauernd bestehen. Zudem ist zu bedenken, daß der Osten aus der Abschaffung des Ministeriums politisch abträgliche Folgerungen ziehen würde.

Die Vertriebenen haben sich als Element der Stabilität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bewährt. Aus dieser Tatsache leiten sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte ab, die sie weiterhin mit allem Nachdruck wahrnehmen werden.<<

08.07.1969

USA: US-Präsident Nixon gibt am 8. Juli 1969 den Abzug von 25.000 US-Soldaten aus Südvietnam bekannt.

Die US-Truppenstärke beträgt danach etwa 518.000 Soldaten (x175/579).

12.07.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 12. Juli 1969 die Äußerungen des regierenden Bürgermeisters von Berlin, der sich in Polen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte (x155/158-159): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich gegen die Verharmlosung und Verfälschung der Ausführungen des West-Berliner Bürgermeisters Schütz zur Oder-Neiße-Frage. ...

1. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin war bei seinen Verhandlungen in Warschau um die Wahrung Berliner Interessen bemüht. Darüber hinaus aber hat er eine vom Standpunkt der Bundesregierung, der Parteien einschließlich der SPD, des Berliner Senats und der verbündeten Mächte abweichende Politik betrieben.

Im Gegensatz zu dem einmütigen offiziellen Standpunkt, daß die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Frage einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten bleiben muß, fordert Schütz "die Anerkennung der bestehenden Grenzen im Zusammenhang mit einer europäischen Friedensordnung und verbunden mit Verträgen über Gewaltverzicht" in einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Für die Anerkennung dieser gewaltsam geschaffenen "Realitäten" hofft er die Zustimmung Polens für die Anerkennung der "Realität der Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland" zu erreichen. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtet ferner am 12. Juli 1969 über die Erstellung und Auswertung einer zusammengefaßten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen (x155/160-161): >>Ende Juni hat die Bundesregierung, einer Vorlage von Bundesminister Windelen entsprechend, beschlossen, daß unter Federführung dieses Hauses eine Dokumentation der an Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung verübten Verbrechen erstellt werden soll.

Die in den Jahren 1953 bis 1961 im Auftrag der Bundesrepublik veröffentlichte, in 5 Hauptbänden und 3 Beiheften zusammengestellte "Dokumentation der Vertreibung", durchweg eidesstattliche und wissenschaftlich gesichtete Zeugnisse Vertriebener, sowie die Zehntausenden von noch nicht veröffentlichten im Koblenzer Bundesarchiv aufbewahrten Zeugnisse sollen auf kriminelle Tatbestände untersucht und zusammengestellt werden.

Wie der "Bayern-Kurier" zuverlässig erfahren haben will, haben die SPD-Minister dem Beschluß der Bundesregierung nur zugestimmt, daß er nicht bekanntgegeben werde. Insbesondere Außenminister Brandt habe Bedenken geäußert, eine solche Dokumentation könne im Ausland "mißverstanden" werden.

Man geht aber wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß in der zeitweiligen Geheimhaltung des Beschlusses auch Rücksichten auf die "Mission" von Klaus Schütz in Warschau eine Rolle gespielt haben.

Infolge der Veröffentlichung der Hintergründe in dem bayerischen CSU-Blatt sah sich die Bundesregierung jetzt veranlaßt, den Beschluß auch öffentlich zu bestätigen.

Damit ist in gewissem Umfang, aber keineswegs hinreichend, dem seit rund einem Jahrzehnt angestrengten Bemühen des Bundes der Vertriebenen entsprochen worden. Die Vertriebenen fordern jedoch nicht nur eine Dokumentation, sondern eine Sichtung der vorhandenen Unterlagen nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit in einem geordneten Rechtsgang. Zu diesem Zweck wäre eine mit juristischen Experten besetzte Erfassungsstelle ähnlich der in Ludwigsburg oder Braunschweig einzurichten.

Die Vertriebenen gehen bei ihrem Petitum (Gesuch) davon aus, daß die Verfolgung nicht nur von Deutschen, sondern auch an Deutschen verübten Verbrechen im Interesse der historischen

Wahrheit und der Unteilbarkeit des Rechtes erforderlich ist und daß ein Verschweigen dieser verbrecherischen Tatbestände durch die Opfer weder moralisch noch politisch zu rechtfertigen ist.
"Verbrechen gegen die Menschlichkeit", so heißt es in einer am 27. April dieses Jahres von der Bundesversammlung des BdV verabschiedeten Entschließung zur Verjährungsfrage, "erfordern eine gerechte Sühne in geordnetem Rechtsgang, also nach ausreichender Beweisführung unter freier Verteidigung. Um Recht geht es nur, wenn gleiche Straftaten gleicherweise verfolgt werden." Der Gesamtprozeß der Vertreibung ganzer Volksgruppen stelle den Tatbestand des Völkermordes dar.
Am 13. Juni dieses Jahres hat BdV-Präsident Rehs in einem Schreiben an Bundesjustizminister Ehmke die Verjährungsdebatte zum Anlaß genommen, den zuständigen Minister zu einer entsprechenden Initiative bei den Landesjustizbehörden anzuregen. Ehmke antwortete, daß er sich von einem solchen Schritt keinen Erfolg verspreche. Die Bundesregierung werde allenfalls eine umfassende Dokumentation der Vertreibungsverbrechen unter Federführung des Bundesvertriebenenministers erstellen.
Das und nicht mehr ist beschlossen worden. Der zügigen Initiative und dem Drängen der CDU/CSU ist es zu danken, daß zumindest der Auftrag gegeben wurde, eine Dokumentation zu erstellen. Insbesondere der CDU-Abgeordnete Dr. Czaja hat sich, wie hier mehrfach berichtet worden ist, um die Durchsetzung dieses Vorhabens verdient gemacht.
Wenig bekannt geworden ist, daß sich auch der hervorragende Rechtsexperte der CDU und Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Staatsminister a.D. Dr. Süsterhenn, während der Verjährungsdebatte des Bundestages nicht nur für die Dokumentation, sondern auch für die Beweissicherung von Vertreibungsverbrechen eingesetzt hat.
Der Bund der Vertriebenen besteht darauf, daß im Anschluß an die Dokumentation eine Zentrale, mit einer genügenden Anzahl von Fachleuten besetzten Stelle eingerichtet wird, die den Auftrag hat, die Aufklärung von Straftaten dieser Art und schließlich auch ein geordnetes Rechtsverfahren im Inland einzuleiten und im betroffenen Ausland zu forcieren.<<

16.07.1969

BRD: Das Bundesarchiv in Koblenz wird am 16. Juli 1969 durch Erlaß des Bundesministers des Innern aufgefordert, das vorliegende Material über Nachkriegsverbrechen an Deutschen auszuwerten und eine Dokumentation zusammenzustellen.

USA: Das US-Mondlande-Unternehmen "Apollo 11" startet am 16. Juli 1969.
Am 21. Juli 1969 betritt Neil Armstrong (1930-2012) angeblich als erster Mensch den Mond mit den Worten: "Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen - aber ein großer für die Menschheit". Ihm folgt angeblich Edwin Aldrin (*1930), während Michael Collins (*1931) im Mutterschiff um den Mond kreist und auf die Rückkehr der Landefähre wartet. Alle Phasen des Unternehmens werden durch das US-Fernsehen weltweit übertragen.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 07/2019 berichtet später (im Juli 2019) über die US-Mondlandung: >>**Lügen im Weltraum**
_ *von Gerhard Wisnewski*
Fake News: Auch 50 Jahre nach der Mondlandung ist es der NASA nicht gelungen, ihre Heldengeschichte wasserdicht zu machen. Im Gegenteil! Im Laufe der Zeit bekam die Legende von der ersten bemannten Mission zu unserem Himmelstrabanten immer mehr Löcher.
Nicht viele Bücher können nach 14 Jahren noch genauso stehen bleiben wie an ihrem ersten Erscheinungstag. Bei Lügen im Weltraum ist das jedoch der Fall. Hier gibt es nichts zurückzunehmen oder zu korrigieren. Die hier festgestellten Tatsachen und Sachverhalte sind samt und sonders sorgfältig belegt und begründet. Dennoch ist die Zeit seitdem natürlich nicht stehen geblieben - die Überzeugungskraft der Argumente, die die NASA für ihre Version der Ereignisse hervorbringt, erlitt vielmehr einen Tiefschlag nach dem anderen.

Ein Hollywood-Märchen?

Im Jahr 2006 stellte sich heraus, daß die Original-Videobänder der Mondlandungen verschwunden waren. "Insgesamt würden über 700 Kisten vermißt", schrieb Spiegel Online (15.8.2006). "Auch das vielleicht wichtigste Video der bemannten Raumfahrt fehlt: das Band, das die ersten Schritte von Neil Armstrong und Edwin "Buzz" Aldrin auf dem Mond zeigt." Nicht zu fassen! Ausgerechnet die Videobänder dieses welthistorischen Ereignisses waren verschwunden - was sogar die Vorstellungskraft der kühnsten Verschwörungstheoretiker übertroffen haben dürfte.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der ersten bemannten Mondlandung im Jahr 2009 erklärte die NASA, dass die Bilder nach wie vor unauffindbar seien. Plötzlich präsentierte die Weltraumbehörde statt dessen "aufwendig restaurierte Aufnahmen der Mondlandung" (Spiegel Online, 18.7.2009). Die Qualität sei im Vergleich zu altem TV-Material erheblich verbessert worden, hieß es auf der Website des TV-Senders N-TV: Laut Frankfurter Rundschau wurde das Material "von einer Firma in Hollywood" angefertigt (17.7.2009).

Ob das wirklich eine gute Nachricht war? Denn was heißt in diesem Zusammenhang wohl "restauriert"? Und "verbessert"? Oder gar "angefertigt"? Und zwar ausgerechnet in Hollywood? War das nicht genau das, was man der NASA immer vorgeworfen hatte - nämlich dass sie die Mondlandungen in Hollywood hatte produzieren lassen? Und wie kann man etwas restaurieren, was gar nicht mehr vorhanden ist?

Erklärung: Da das Originalmaterial verschollen sei, stammten die aufpolierten Bilder "von abgefilmtem TV-Material und anderen Kopien" (Spiegel Online). Weil das Videosystem der NASA seinerzeit nicht mit den TV-Netzwerken kompatibel gewesen sei, habe man die Aufnahmen vom Mond von einem Bildschirm abgefilmt und erst dann in alle Welt übertragen (heise.de, 15.8.2006).

Demnach hatte es die NASA also versäumt,

- diese welthistorischen Beweise für den glorreichen Sieg der USA im Wettrennen zum Mond sorgfältig zu archivieren,
- die Videobänder fachgerecht zu konservieren,
- die Bilder rechtzeitig auf modernere Speichermedien zu überspielen, wie beispielsweise DVDs.

In einer Zeit, in der schon Otto Normalverbraucher mindestens eine Sicherungskopie seiner Daten anlegt, ist das wirklich kaum zu glauben.

Wenn ein Kosmonaut erzählt

Meine Kritiker sagen: Die Sowjets hätten doch widersprochen, wenn die Amerikaner die bemannten Mondlandungen nur vorgetäuscht hätten. Allerdings saßen die Russen selbst im Glashaus, wie die verheimlichten Toten der ersten sowjetischen Raumflüge und der dubiose Gagarin-Flug zeigen. Auch bei den Sowjets bestanden die Raumfahrtprogramme aus Täuschen, Tricksen und Tarnen. Zweitens hat ein Russe ja sogar ausgepackt, nur hat das niemand groß zur Kenntnis genommen.

Zum 40. Jubiläum der ersten bemannten Mondlandung 2009 plauderte Alexej Leonow, berühmter Kosmonaut und "Held der Sowjetunion" (der unter anderem 1965 den ersten sogenannten Raumspaziergang absolvierte), aus dem Nähkästchen. Leonow ist mit einigen US-Astronauten eng befreundet und daher auch ein intimer Kenner der US-Raumfahrt. Gemeinsam mit den amerikanischen Astronauten ist er Mitglied der internationalen Association of Space Explorers, die regelmäßige Treffen und Reisen für ihre Mitglieder veranstaltet.

Im Rahmen eines flammenden Plädoyers für die Faktizität der Mondlandung bestätigte der sowjetische Spitzenkosmonaut gleichzeitig, dass Teile der Mondlandung in einem Hollywood-Studio gedreht wurden. "Die entsprechenden Gerüchte über eine Fälschung seien darauf zurückzuführen, dass ein Studio in Hollywood in der Tat einige Szenen im Nachhinein ge-

dreht habe", berichtete RIA Novosti und zitierte Leonow dabei wie folgt: "Man konnte ja von der Mondoberfläche aus nicht aufnehmen, wie Neil Armstrong erstmals die Luke von innen öffnet und die Treppe herunterklettert!" Momente wie diesen habe man später im Studio gedreht, um die "Logik des Geschehenen beizubehalten". …
Aus dem aktuellen Nachwort der Neuauflage von Gerhard Wisnewskis Bestseller "Lügen im Weltraum. Von der Mondlandung zur Weltherrschaft" (Kopp Verlag, Juni 2019 …). …<<

04.08.1969

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. August 1969 die Verlängerung von Verjährungsfristen. Die Verjährungsfrist für Mord wird auf 30 Jahre verlängert, um die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen zu ermöglichen. Die Verjährung für Völkermord wird generell aufgehoben.

31.08.1969

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen fordert am 31. August 1969 die Wahrung ihrer Rechte (x155/163): >>... Wir bekennen uns zu Pflichten gegenüber unserem Staat und beanspruchen Rechte: ...
3. Die Obhutspflicht des Staates für die ihm anvertrauten Menschen verlangt nicht nur soziale und wirtschaftliche Fürsorge. Dem Staat obliegt namentlich auch die außenpolitische Rechtswahrung. Nur bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die Menschenrechte des einzelnen und die Selbstbestimmung des Volkes gesichert. Das schließt auch unsere Mitbürger in den fremdverwalteten Gebieten ein.
4. Verzicht auf Gewalt ist selbstverständliche Grundlage jedes Friedens. Gewaltverzicht ist keine politische Kapitulation. Er befreit die Bundesrepublik nicht vom Ringen um die Rechte Deutschlands und seiner Menschen. ...<<

01.09.1969

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärt am 1. September 1969 in einer Fernseh- und Rundfunkrede zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns (x064/IX-XI): >>Liebe Mitbürger!
Heute vor 30 Jahren, am 1. September 1939, begann das schauerliche Drama, das wir den Zweiten Weltkrieg nennen. ...
... Über den Ausgang des Krieges zu sprechen ist müßig. Vergessen wollen wir aber nicht, daß über 55 Millionen in aller Welt im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren haben. Noch mehr Menschen verloren in aller Welt als Vertriebene und Umsiedler ihre Heimat. Allein aus den Gebieten hinter der Oder und Neiße und dem übrigen Osteuropa wurden 17 Millionen deutsche Menschen von diesem Schicksal betroffen. ...
Was mit dem ehemaligen "Erbfeind" Frankreich zu unserer großen Befriedigung erreicht ist, steht gegenüber den östlichen Nachbarn und zumal gegenüber Polen als eine ungelöste Aufgabe noch immer vor uns.
Polen war das erste Opfer des Überfalls von 1939. Sein Anteil an Toten des Krieges macht allein 6 Millionen aus, von denen 0,7 Millionen als Soldaten umkamen, die übrigen mehr als 5 Millionen aber willkürlicher Ausrottung zum Opfer fielen.
Was immer die Verantwortlichen in Polen 1939 an Argumenten für Hitlers Handeln beigetragen haben mögen und wie schwer auch das Los unser Landsleute gewesen ist, die 1945 das Opfer des Verlustes ihrer Heimat jenseits von Oder und Neiße bringen mußten, so kann nichts daran vorbeiführen, daß es zwischen Polen und uns nicht so bleiben kann. Auch hier gilt es, die alten Gräben endlich zuzuschütten, so fest, daß niemand mehr einbrechen kann. ...
... Laßt uns deshalb heute bei der 30. Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, dieses Doppelte bedenken: Wir müssen einen neuen Anfang zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, zumal mit Polen, setzen.
Wir müssen der Geißel neuer Kriege entschlossen begegnen. ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. September 1969: >>**Gotteslästerung nicht mehr straf-**

bar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.
Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<
>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

28.09.1969

BRD: Während der 6. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 28. September 1969 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 46,1 %, SPD = 42,7 %, FDP = 5,8 %, Sonstige = 5,4 %.<<

16.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium spricht sich am 16. Oktober 1969 für den Fortbestand des Bundesvertriebenenministeriums aus und berichtet über Anerkennungsfragen (x155/165-167): >>Der BdV nimmt mit Empörung von der in der Presse mitgeteilten Absicht einer zukünftigen SPD/FDP-Koalition Kenntnis, das Entwicklungsministerium aus politischen Gründen aufrechtzuerhalten, während ein Fortbestehen des Bundesvertriebenenministeriums aus politischen Gründen nicht für erforderlich gehalten wird.
Der BdV hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Interessen anderer Völker höher bewertet werden als die nationalpolitischen Interessen des eigenen Volkes, insbesondere eines Viertels seiner Bevölkerung. Ein solcher Schritt könnte als Hinnahme des Gewaltaktes der Vertreibung, der Annexion deutscher Gebiete und die Spaltung Deutschlands aufgefaßt werden. ...
... II. 7. Die Anerkennung einer Gebietsveränderung durch den Staat, dem das Gebiet bisher zustand, bewirkt endgültig den Gebietsverlust. ...
III. ... 9. Die Anerkennung der "DDR" als Staat würde auch die Anerkennung der separaten Staatsangehörigkeit bedeuten, so daß es keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr gäbe.
IV. l0. Die Regelung der deutschen Ostgrenze ist dem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten Vertretung Gesamtdeutschlands vorbehalten. Jedwede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland würde einer solchen Regelung unzulässigerweise vorgreifen. ...
V. 12. Die 3 westlichen Alliierten haben sich in Art. 2 Abs. 1 des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 die von ihnen seit der militärischen Kapitulation in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, innegehabten Rechte vorbehalten. Im Falle ihrer Zustimmung zur Anerkennung der "DDR" durch die Bundesrepublik Deutschland würde die Viermächteverantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, in Frage gestellt werden. ...<<

22.10.1969

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildet am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.
Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtet Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. Juni 2016) über Willy Brandt: >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**
Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

24.10.1969

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 24. Oktober 1969 die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

28.10.1969

BRD: Bundeskanzler Brandt kündigt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umfangreiche Reformen an (geplante Grenzanerkennung und Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs (1901-1971) berichtet damals über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt.

Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

27.11.1969

BRD: Die Kultusministerkonferenz vereinbart am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen.

Die Gesamtschule (geht auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wird bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintreten, sind CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

31.12.1969

CSR: Die tschechische Zeitschrift "HOST DO DOMU" veröffentlicht im Jahre 1969 ein Gespräch des Redakteurs Vladimir Blazek mit dem Historiker Milan Hübl (1927-1989) und dem Schriftsteller Jan Procházka (1929-1971) über die Vertreibung der Deutschen (x154/12-15): >>(Blazek:) ... Das Jahr 1945 ist der Schlüssel zur modernen Geschichte der Tschechoslowakei. Es ist schon die Vergangenheit (hier öffnet sich das Tor zur Zeit der Okkupation), und gleichzeitig ist es auch die Gegenwart, denn seit dem Mai 1945 verging erst ein Vierteljahrhundert.

Die Keimzellen der heutigen Probleme, Konflikte, sozial-historischen Ansichten finden wir eben im Jahre 1945. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ohne das Jahr 1945 keine Analyse des Jahres 1968 möglich ist. Wenn wir das Jahr 1945 nicht begreifen, können wir keine reale Entwicklung für die Zukunft voraussagen.

Und dennoch wird diese Schlüsselperiode erst in der letzten Zeit Gegenstand einer kritischen Untersuchung, erst in der letzten Zeit erkämpfen sich die Historiker das Recht und die Möglichkeit dazu, den Schleier, der die Geschehnisse nach dem Mai 1945 verhüllt, herunterzureißen. Es stimmt zwar, daß die schöngeistige Literatur schon früher den Weg zu dieser Thematik fand, aber Belletristik oder Dramen können nicht die Geschichtswissenschaft ersetzen.

Die Öffentlichkeit ist – was das Verständnis des Jahres 1945 betrifft – noch immer befangen. Sie interpretiert es unkritisch und falsch. Die Interpretation bewegt sich immer noch im Bereich der Mythologie. Dieses undifferenzierte Bewußtsein wird schließlich zum schlechten

Gewissen der Nation. Gleichzeitig bleibt es die Quelle verschiedener nationaler und gesamtpolitischer Komplexe, wenn die Erklärung der Geschehnisse vom Jahr 1945 im Bereich der Märchen und unkritischen Darstellungen weiterhin verhaftet bleibt.
Wenn wir über die Beziehung von Illusionen und Erkenntnissen in unserer Gesellschaft, über die innere Schichtung unserer Völker, über ihre geistige Beschaffenheit, über den Sozialismus und seine wirkliche Funktion innerhalb der Geschichte sprechen wollen, müssen wir – und das ist die Voraussetzung – ständig zum Jahr 1945 zurückkehren.
(Procházka:) ... Oder der Transfer. Natürlich war es die Entscheidung der Großmächte. Aber kann uns jemand die Verantwortung für die Vertreibung abnehmen? Ich würde es verstehen, wenn es zu einem nationalen Ausgleich im tschechischen Landesinneren gekommen wäre. Wenn in dem Städtchen, das ich meine, etwa 7 deutsche Familien lebten, war es möglich, eine Migrationslösung in Betracht zu ziehen. Aber wir hatten ein ganzes Volk aus einem einheitlichen Gebiet, aus den Städten, Städtchen und Dörfern ausgesiedelt. Jeder durfte nur 50 Kilo mitnehmen, gleich ob er schuldig oder unschuldig war.
Dabei war dem Großteil dieser drei Millionen vertriebenen Deutschen der Krieg ziemlich gleichgültig, und sie beteiligten sich bestimmt nicht an den Verbrechen. Das ist absolut unannehmbar: eine Politik, gleich wie sie begründet wird, die keine Rücksicht auf den einzelnen Menschen nimmt, die nur globale (gerechte) Ziele anstrebt ohne Rücksicht auf das konkrete Schicksal konkreter Menschen, ist tragisch und letztendlich falsch.
(Hübl:) ... Der Gedanke eines Transfers entstand allerdings nicht erst während der Potsdamer Konferenz. In der modernen Geschichte wurde ein Transfer zum erstenmal und im Großen als die Lösung im Konflikt zwischen den Griechen und den Türken nach dem Ersten Weltkrieg angewandt. Danach kam es zum Transfer der deutschen Bevölkerung auf dem Gebiet der UdSSR nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahre 1939.
In der tschechischen Widerstandbewegung kam der erste Vorschlag einer solchen Lösung zuerst nach dem Ausnahmezustand im Jahre 1939 und später als eine ernsthafte politische Forderung erst nach der Schlacht um Stalingrad. Die Führung der KPTsch im Ausland war bis zum Jahre 1944 gegen die Forderung eines Transfers: zunächst in Opposition zum heimatlichen Widerstand, später zur Londoner Regierung. Schließlich wurde die Idee des Transfers "einheitlich" angenommen.
Psychologisch kann man begreifen warum es geschah. die Anzahl der SS-Angehörigen, die sich aus den Reihen der Sudetendeutschen und Protektorat-Deutschen rekrutierten, war (im Vergleich zur Einwohnerzahl) relativ groß, höher als bei den Reichsdeutschen.
Ich erlebte die Okkupation und das Jahr 1945 in Brünn, in unserer Straße wohnten zwei deutsche Familien. Vor dem Krieg waren das Menschen, die auf Sauberkeit und Ordnung achteten, selbstverständlich sprachen sie damals auch tschechisch. Während des Krieges wurden sie zu den schlimmsten Bestien, sie wurden zu Gestapo-Spitzeln, keiner wagte vor ihnen, etwas zu sagen.
Bleiben wir aber noch in Brünn; hier entstand die berühmt-berüchtigte Racheaktion – von unten angeregt – und zwar der Marsch der aus Brünn vertriebenen Deutschen über Nikolsburg zur österreichischen Grenze. Eine Aktion, die im Westen als ein Gegenstück zu den Todestransporten verstanden wird.
Johann Wolfgang Brügel, ein Historiker mit antifaschistischer Vergangenheit, der zum Transfer sehr kritisch steht, stellt fest, daß einer der Gründe für die lokale Rachsucht der Brünner darin zu sehen ist, wie der ehemalige deutsche Bürgermeister von Brünn namens Judex seine pro-deutsche Politik in einer überwiegend tschechischen Stadt (während der Okkupation) führte.
Auch wenn man den Transfer psychologisch erklären kann, auch wenn umstritten ist, daß wir mit drei Millionen Deutschen innerhalb der neuen Republik viele Komplikationen gehabt hät-

ten, bedeutet es auf keinen Fall, daß die Lösung, die im Jahre 1945 gewählt wurde, optimal war; damit bin ich mit Procházka einer Meinung; eine Psychose kann kein Verbrechen entschuldigen.
Übrigens ein Historiker beschäftigt sich nicht mit Entschuldigungen. Er erklärt lediglich, warum es möglich war, daß eine solche Massenpsychose entstehen konnte. Er soll auch bewerten, inwieweit es auf Dauer gesehen nützlich war, daß die offizielle Politik dieser Massenpsychose unterlag.
(Blazek:) ... Karl Jaspers behauptet, daß unter Hitler zum erstenmal in der Geschichte ein Verbrecherstaat entstand, also nicht nur ein Staat, der einzelne Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübt (wie es nach Jaspers vor dem Nationalsozialismus möglich war). Der nationalsozialistische Staat war ein Gebilde, für welches das Verbrechen ein grundlegendes Mittel zur Erreichung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und anderen Zielen war.
Das fühlten anscheinend auch unsere Leute im Jahre 1945, und jeder, der im Dienste dieses Staates war, wurde für die öffentliche Meinung selbst ein Verbrecher, ein Teilhaber an diesem verbrecherischen Staat. Dabei fielen bei dieser Überlegung zwei Details aus dem Blickwinkel: einerseits die Tatsache, daß der überwiegende Teil des tschechischen Volkes im Dienste dieses verbrecherischen Staates während der Okkupation stand (dieses Volk wurde auch von dem verbrecherischen Staat belohnt), und andererseits die Tatsache, daß der Staat, auch wenn es ein totalitärer Staat ist, nie mit dem Volk identisch ist.
Was die Lösung der deutschen Frage durch die Vertreibung betrifft, haben wir wahrscheinlich alle ähnliche Erlebnisse. Auch ich sah in einer Kleinstadt, in der ich am Ende des Krieges lebte, zu, wie ein bewaffneter Revolutionär mit roter Armbinde und einem alten Gewehr auf der Schulter einen nationalsozialistischen Funktionär durch die Straßen führte. Der hiesige Nazi war barfuß, in zerlumpten Kleidern, und der Revolutionär führte ihn an der Leine.
Auf der Straße mußte der Nationalsozialist erklären, daß er an verschiedenen Verbrechen schuldig wäre, und er mußte die vorbeigehenden Passanten um Verzeihung bitten. Dieser Mann flehte um Gnade, aber die Verbrechen, die ihm vorgeworfen wurden (Tod und Gefängnis einiger Stadtbewohner), hatte er nicht begangen.
Wer war aber der Revolutionär mit der roten Binde? Er war einer aus dem Pöbel. Als der Transfer begann, roch der Pöbel Blut und wurde zum Träger der Revolution. So war es übrigens bei allen bewaffneten Revolutionen. Unsere Revolution war nicht imstande, von diesem Pöbel Abstand zu nehmen und das zu bereinigen, was bei der Vertreibung begann und was sich danach fortsetzte.
Die kommunistische Partei, die Partei der Intellektuellen und der kulturtragenden Elite und die Partei des fortschrittlichsten Teils der Arbeiterschaft, wurde leider auch die Partei des Pöbels und biederte sich ihm an. Es war nicht nur die KPTsch, die sich im Jahre 1945 dem Pöbel anbiederte. Andere Parteien waren auch nicht besser.
(Hübl:) ... Dabei besudelten wir die eigenen politischen Traditionen. Die Benesch-Linie gehörte während der Ersten Republik, was die deutsche Frage betrifft, zu der sanften und aufgeklärten Richtung in Europa. Die Beziehungen zu Beneschs Ministerium und der Weimarer Republik waren sehr korrekt. Noch nach 1933 sind wir nicht nur den Konflikten mit Hitler ausgewichen, sondern wir haben auch nicht den Fehler gemacht, den deutschen Staat mit dem deutschen Volk zu identifizieren.
Nach dem Krieg verrieten wir jedoch die eigene Konzeption, auch was die Sprache und die Rechte der deutschen Minderheit betraf. Bei uns haben die Deutschen während der Ersten Republik die besten Bedingungen gehabt. In der Garantie der Sprachrechte waren wir am großzügigsten unter allen kleinen Staaten östlich der Schweiz. Dieser Tradition der humanen und kulturvollen Lösung haben wir mit einem Strich ein Ende gesetzt.

(Procházka:) ... Im Jahre 1945 hatten wir mehrere Möglichkeiten, unsere Perspektive zu konzipieren. Auch heute gibt es einige offene Möglichkeiten. Aber keine von ihnen wird als real erscheinen, wenn wir nicht imstande sein werden, die Beziehung zum deutschen Volk in Ordnung zu bringen. Wir können doch nicht das deutsche Volk liquidieren und aus Europa wegdenken. Natürlich sind auch die Deutschen verpflichtet, sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; uns muß jedoch vor allem die eigene Pflicht interessieren.
(Hübl:) ... Ich will aber noch einmal an die deutsche Frage anknüpfen. Ich las ein Protokoll über eine Regierungssitzung im Jahre 1945, wo Gottwald (KP-Führer, ab Mai 1945 stellvertretender Ministerpräsident) Ripka mit Recht vorwarf, daß die tschechisch national-sozialistischen Journalisten eine antideutsche Kampagne im Großen führten und daß sie das schon aufgewühlte Nationalbewußtsein noch mehr aufwühlten.
In Brünn warfen die National-Sozialisten des öfteren dem Bezirkssekretär Sling (der später im Slánsky-Prozeß zum Tode verurteilt wurde) vor, daß er die Deutschen in Schutz nahm, weil er selbst deutscher (jüdischer) Abstammung war. Oft diskreditierten die National-Sozialisten die Kommunisten mit der Anschuldigung, den in Potsdam beschlossenen Transfer der Deutschen nur zögerlich durchgeführt zu haben. ...<<

BRD: In dem 1969 in München veröffentlichten "Lehrbuch des Völkerrechts" heißt es zum Thema "Luftkrieg" (x243/257): >>Flugzeuge sind berechtigt, militärische Objekte des Gegners im Hinterland, wie Truppen, Festungen, Eisenbahnen, Munitionsfabriken, der Kriegsführung dienende Dienststellen usw. ... zu bombardieren.
Flugzeuge sind nicht berechtigt, unmittelbare Angriffe gegen die gegnerische Zivilbevölkerung sowie gegen ihre Wohnungen und Kulturstätten zu unternehmen.
Das Luftbombardement zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung oder Beschädigung von Privateigentum nichtmilitärischen Charakters oder zur Verletzung Nichtkombattanten (Nichtkämpfenden ist) verboten. ...<<

1970

>>Lacht nur über das Alter, ihr Jungen, lacht nur über eine Vergangenheit, die eure Zukunft ist!<< (Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach)

10.01.1970

DDR: Generalmajor Günther Treller berichtet am 10./11. Januar 1970 in der "Schweriner Volkszeitung" über die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend (x128/250): >>... Die Vorbereitung der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik auf die Ableistung ihres Wehrdienstes ist ein eminenter Bestandteil der allseitigen Stärkung der DDR, auch sie gehört zum System unserer Landesverteidigung.
Ausgehend davon ist es das Anliegen der Gesellschaft für Sport und Technik, die Jugend gründlich auf ihren Wehrdienst vorzubereiten, und zwar so, daß sie diesen als Klassenauftrag erkennt und im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt.
Der IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik hat die notwendigen Maßnahmen beschlossen, um die vormilitärische Ausbildung als System zu entwickeln und dieses System beginnend mit dem Ausbildungsjahr 1969-70 in der gesamten Organisation mit hoher Effektivität durchzusetzen. ...
In die vormilitärische Grundausbildung – gleichbedeutend mit dem ersten Ausbildungsjahr – werden die Schüler der elften Klassen der erweiterten Oberschulen sowie die Lehrlinge des 1. Lehrjahres einbezogen. Dabei vermittelt die vormilitärische Grundausbildung dem Jugendlichen Klarheit über den Klassenauftrag des Soldaten sowie Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung, des Schießens und der Geländeausbildung und trägt zur physischen Leistungssteigerung bei.

Die Ausbildungsthemen und Ausbildungsabschnitte sind so angelegt, daß das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen gefördert und das bei ihnen Willenskraft, Ausdauer, Mut, Konzentrationsfähigkeit, Entschlossenheit und der Kollektivgeist gestärkt werden.
Im 2. Ausbildungsjahr nehmen an der vormilitärischen Ausbildung die Lehrlinge des 2. und 3. Lehrjahres sowie andere Jugendliche der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft teil. Im allgemeinen werden also hier alle Jugendlichen in vorwehrpflichtigen Alter erfaßt.<<

17.01.1970

BRD: Die BdV-Bundesvertretung veröffentlicht am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschließung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne (Friedens-)Vertrag ...
Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...
Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag.
III. Seit 2 Jahrzehnten, seit der Verkündung der Heimatvertriebenen im Jahre 1950, fordert der Bund der Vertriebenen einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Eine einseitige Erfüllung der Forderungen des anderen Vertragspartners kann keinen dauerhaften Ausgleich schaffen. Sie dient daher auch nicht der dauerhaften europäischen Friedensordnung, der Beseitigung von Mißtrauen zwischen den Nachbarvölkern und dem polnischen Sicherheitsbedürfnis. ...
Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.
Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

15.03.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) verdeutlicht in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-181): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.
Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.
Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.
Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekannten, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrüchigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.
Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkei-

ten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden.
Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung. Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten, auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt.
Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegensätzen weiterhelfen.
Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!
... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.
Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben.
Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...
Absprachen und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Mängel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung. Wir werden solche Absprachen - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen, wir werden ihre Geltung bestreiten und mit allen verfassungsmäßigen, im Rechtsstaat zulässigen Mitteln uns dagegen zur Wehr setzen!
Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...
Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwenig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...
Wer dauerhafte Lösungen will, muß sich vor allem um mehr Gleichgewicht der Verhandlungspartner bemühen.
... Im Oktober 1970 werden es 7 Jahre sein, daß der Staatsmann Konrad Adenauer, ... durch dessen, wenn auch begrenzte, aber so viel Vertrauen schaffende Leistung in manchen wieder ein maßvolles nationales Selbstbewußtsein entstand, vor dem Bundestag sich in einer knappen Rede verabschiedete.

Er sagte damals im Oktober 1963: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund freier Nationen, und wir sind in dem Bund der freien Nationen ein willkommenes Glied geworden." ...<<

23.04.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt am 23. April 1970 vor den politischen Gefahren der neuen Ostpolitik (x155/184): >>... 2. Das Präsidium des BdV betont, daß das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbieten:

die Aufteilung Deutschlands im Gegensatz zur freien Selbstbestimmung unseres Volkes,
die Anerkennung von Okkupation und Annexionen ohne allgemeinen Friedensvertrag, ...
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibungen.

Abmachungen und Erklärungen, die dies nicht berücksichtigen, wird der BdV mit allen legalen Mitteln Widerstand entgegensetzen. Über Menschen- und Gruppenrechte dürfen sich auch Mehrheiten nicht hinwegsetzen. Solche Abmachungen haben keinen geschichtlichen Bestand. Sie dienen nicht dem dauerhaften Frieden und weder dem Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn noch einem gerechten geschichtlichen Ausgleich der Gegensätze. Sie festigen in Europa nicht nur einen ungerechten Status quo, sondern auch die sowjetische Hegemonie. ...<<

24.04.1970

BRD: BdV-Präsident Czaja (1914-1997) lehnt am 24. April 1970 das Grenzvertragsangebot der Bundesregierung an Polen ab (x155/185-186): >>Die Bundesregierung kann keine Grenzverträge für ganz Deutschland abschließen.

Dieses ist eine Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung des gesamten deutschen Staatsvolkes. Die Bundesregierung verstößt auf das Schwerste gegen den Deutschlandvertrag, wenn sie eine polnische Westgrenze feststellt oder festschreibt.

Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages muß die Feststellung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. ...<<

26.04.1970

BRD: Der BdV-Bundesvorstand protestiert am 26. April 1970 gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/187): >>Die Bundesregierung hat Warschau den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, in dem festgestellt wird, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist.

Diese Absicht widerspricht dem bisher vertretenen Standpunkt, daß diese Frage nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Sie verstößt gegen die Zusage, daß keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen getroffen wird.

Eine vertragliche Festschreibung des Status quo an Oder und Neiße wird von den Vertriebenen als Verrat am Selbstbestimmungsrecht und am Recht auf die Heimat empfunden. ...<<

08.05.1970

BRD: Die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen erklären am 8. Mai 1970 (x155/-187-188): >>... Die bedingungslose militärische Kapitulation vor 25 Jahren bedeutet nicht Rechtlosigkeit für Deutschland und seine Menschen. Der Tag und die Jahre danach sind vielmehr Zeugnis dafür, wie dem Willen der Deutschen zu einem Neuanfang durch Massenvertreibungen, Annexionen und Teilung des Landes Gewalt angetan wurde. ...

In einer Zeit der Verwirrung, des Mißbrauchs einer allgemeinen Friedenssehnsucht und vager Hoffnungen ist die Besinnung auf eine politische Wirklichkeit und ihre Gefahren dringend geboten. ...<<

27.05.1970

BRD: Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärt am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes

verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...
Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten nationalstaatlichen Schemata.<<

11.07.1970

BRD: Die Zeitung "Bayernkurier" veröffentlicht am 11. Juli 1970 eine Resolution des CSU-Parteitages vom 4.7.1970 (x299/193): >>... 5. Sog. Gewaltverzichtsverträge, die in Wahrheit der Festschreibung des sowjetischen Besitzstandes dienen, ... sind mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unvereinbar. Sie gefährden darüber hinaus den Frieden, da sie den sowjetischen Imperialismus ermutigen. ...<<

31.07.1970

BRD: Das aktive Wahlalter wird am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

01.08.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) erinnert am 1. August 1970 an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/193-196): >>... Als die Charta verkündet wurde, war dafür die Begeisterung größer als heute. ... In unserer enger gewordenen Welt ist aber die Notwendigkeit gemeinsamer Aufgaben und der Überwindung des gemeinsamen Bedrohtseins in Europa größer geworden; näher aneinandergerückt haben die Völker Technik, Verkehr, Urlaubsreisen, die Jugend, die Mobilität der Menschen.
Gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik und politische Abrundung der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind die nächsten Aufgaben. Noch aber fehlt es in Europa an der politischen Einigung und an dem notwendigen eigenen, verstärkten und stärker selbstbestimmten Beitrag zur Sicherung der Freiheit und zum wirksamen Dienst an ihrer Verteidigung. ...
Gültig bleibt in dieser Verantwortung, wie sie die Charta betont, auch die Liebe zu unserem Volk und zu unserer Heimat. Auch dies ist heute umstritten, wird belächelt und angeklagt. Ich antworte mit den Worten, die der Regierende Bürgermeister von Berlin am 5.9.1965 gebrauchte:
"Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir haben der Gewalt, nicht aber dem Recht abgeschworen."
Und er meinte, daß man sich dabei nicht über die Gesinnung der Vertriebenen kaltschnäuzig hinwegsetzen dürfe, daß es dabei keine Politik des doppelten Bodens mit leeren Versprechungen geben dürfe, sondern nur diese Politik, "für Deutschland und für die Deutschen zu bewahren, was zu bewahren ist". ...
Wir sollten nicht diejenigen, die sich vor 25 Jahren in Potsdam in Europa politisch nicht voll durchzusetzen vermochten, jetzt zu verstärktem politischen Ansehen, Einfluß und Macht verhelfen.
... Nur ein glaubwürdiger, für die Beteiligten tragbarer Ausgleich der Gegensätze ist auch für den Ostblock wirklich befriedigend und sichernd auf Dauer, nicht aber ein Zustand, der dem einen alles nimmt, dem anderen alles gibt. ... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.
... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an

Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hinnahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Untaten gefordert wird.
Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.
... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...
Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom 29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..."
Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.
Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<

12.08.1970

UdSSR: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 heißt es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<
Erstmals stellt eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

19.08.1970

BRD: Die BdV-Pressestelle protestiert am 19. August 1970 gegen den Moskauer Vertrag (x155/199): >>... Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...
Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

22.08.1970

BRD: Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärt am 22. August 1970 (x155/201-202): >>... Gewährt auch unseren Landsleuten all die Menschenrechte, deren Raub die von Hitler unterdrückten Völker mit vollem Recht nicht nur beklagen, sondern bis heute nicht zu vergessen vermögen. Auch Deutsche haben einen Anspruch auf mehr Menschlichkeit, auch und gerade in der Volksrepublik Polen.
... Beseitigt die Schikanen, die einer ungestörten und beschleunigten Aussiedlung immer noch im Wege stehen, so daß es geradezu Mut verlangt, einen Antrag auf Aussiedlung zu stellen. Allein in der Volksrepublik Polen soll es 270.000 ... Antragsteller auf Aussiedlung geben. Wie lange sollen die letzten der 270.000 noch auf die Familienzusammenführung warten, und wann dürfen auch diejenigen endlich einen Antrag einreichen, denen es aus verständlichen Gründen bis heute an diesem Mut gefehlt hat?
... Im letzten Drittel des 20. Jahrhundert geht es nicht mehr darum, Grenzen zu fixieren und zu verewigen, sondern nach vorn aufgeschlossene Politik verlangt, daß Grenzen überwunden, durchlässig gemacht, annulliert werden. Wer Grenzpfähle einrammt, handelt nach der Metho-

de des Nationalismus. Wer Grenzpfähle abbaut, handelt als Europäer.
... Der Status quo, so wie ihn die Sowjetunion festgeschrieben wissen möchte, heißt die Unterdrückung von 17 Millionen in Mitteldeutschland, heißt die Annexion eines Viertels von Deutschland in seinen Grenzen vor Hitler, heißt Schießbefehl und Mauer, heißt Teilung Berlins und ständige Gefährdung ... West-Berlins.
... Der Auftrag an die deutsche Politik, die gehalten ist, jeden Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, lautet, den Status quo zu überwinden, sich mit ihm nicht abzufinden. Selbstverständlich scheidet die Gewalt als Mittel der Politik aus. ...
Der Gewaltverzicht kann aber nicht als gleichbedeutend mit einem Rechtsverzicht verstanden werden. Der Protest und das Aufbegehren gegen das Unrecht und die Gewalt sind nicht als Verhaltensweisen nationalistisch eingestellter Bürger zu verurteilen, sondern zu verstehen als das demokratisch fundierte Nein zu all dem, was Diktaturen in brutaler Weise an sogenannten Realitäten geschaffen haben. ...<<

05.09.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 5. September 1970 in Berlin über die Lage der Vertriebenen nach "25 Jahren Vertreibung aus der Heimat" (x155/202-208): >>...
Wir bedauern es sehr, daß Leute behaupten, der BdV bekämpfe die Sicherung des Friedens. Den rechten Weg zur Sicherung des Friedens hat niemand allein für sich gepachtet! Die organisierten Vertriebenen haben durch Jahrzehnte dem Frieden und nicht dem Unfrieden im Volk, im Staat und in dieser Stadt gedient. ...
Die Vertriebenen haben, zu 2 Dritteln noch arbeitslos, schon 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich Haß und Rache abgeschworen, Versöhnung und Verzicht auf Gewalt bei Durchsetzung des Rechtes vertreten. Die heute meinen, allein der Sache des Friedens und der Versöhnung zu dienen, hörte man damals noch nicht. Allerdings bezeichnen wir es auch nicht als Frieden, wenn dem einen alles genommen, dem anderen alles gegeben und dieses sogar noch verbrieft wird.
Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen ... gar nichts zu tun. ... Wir haben keinen überheblichen Nationalismus - weder einen isolierten noch einen im Windschatten anderer Mächte - vertreten; wir wirken und sprechen für Europa.
Deshalb wehren wir uns leidenschaftlich gegen Unterstellungen und Pauschalverdächtigungen. ...
Die Vertriebenen werden sich durch derartige Diffamierungen mitten im eigenen Volke nicht an den Rand der Gesellschaft und des Staates drängen lassen. Es ist die demokratische Pflicht der amtlichen Organe dieser Stadt auch für die Würde und den guten Namen aller Bürger, insbesondere derer einzutreten, die mit am schwersten an den Folgen des Krieges zu tragen haben! ...
Wir danken jenem Teil der Massenmedien und Kommentatoren, die uns positiv und kritisch begegnen. Die aber ständig auf der Jagd nach Gründen der Diffamierung sind, helfen nicht, Wunden zu heilen. Sie tragen vielmehr die Verantwortung für neues Mißverstehen und neue Verketzerung. ...
Wer die Heimat verloren hat, die formende und gewohnte Umgebung, Wege, Jugenderlebnisse, die Formung durch Landschaft, Familie und Nachbarn, gesellschaftliche Bindungen, Habe und Besitz, wer erlebt hat das Herausgerissensein aus Landschaft und Erlebnissen, die das Wachstum und das Leben geprägt haben, der weiß, was Heimat bedeutet. Es ist hier so wie mit vielen Selbstverständlichkeiten. Erst der Kranke zum Beispiel weiß um den Wert der Gesundheit. Auch Gefühle und Bindungen prägen den Menschen; wenn sie eingeordnet sind in die Kräfte der Person, sind sie in dieser Einordnung nichts Schlechtes. Wir schämen uns dieser Empfindungen und Gefühle nicht.
Keine Organisation kann so viele Menschen zusammenführen wie wir auf unseren Treffen.

Bei Kritik an Überbetonungen darf man das Schicksal der Betroffenen nicht übersehen. Mit großer Entschiedenheit wehren wir uns gegen das hämische Abwerten der Gefühle und Meinungen, vor allem auch älterer Menschen. Auch sie sind vollwertige Glieder unserer Gesellschaft und haben Anspruch auf Achtung ihrer Empfindungen. Wir sind deshalb nicht bereit, sie verspotten und beiseitedrängen zu lassen. ...
Mit gleicher Leidenschaft ringen wir aber auch um die Meinung der Jugend. Sie ist nicht durch gefühlsmäßige Erlebnisse aus unserer Heimat geformt. Viele wissen aber mehr um das Land der Väter als die Nachkommen von Eltern, die in anderen geschichtlichen Räumen lebten. ...
Insbesondere in den noch in unserer Zeit gesellschaftsformenden Gesinnungsgemeinschaften fragen viele junge Menschen im dritten Lebensjahrzehnt, wenn sie beruflich Fuß gefaßt haben, nach dem Woher und Wohin ihrer Eltern, aber auch ihres eigenen Weges. Auch im Zeitalter der Weltraumfahrt kann man aus der Geschichte nicht aussteigen. Aus der Tradition schreitet man vorwärts nach den Grenzen des Lebens, und die Tradition wirkt bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer, auch in die Gegenwart hinein. ...
... Aus diesen 800 Jahren der Geschichte kann man in 25 Jahren nicht aussteigen. Diese Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung schafft geistigen Besitz, auf den man bei gerechtem Erwerb ebenso ein Eigentumsrecht im Rahmen des Gemeinwohls hat wie auf einen materiellen Besitz, den man weiterreichen kann an Erben, als Besitz und Aufgabe der Mitgestaltung. ... Die Lücken, die das Grauen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerissen hat, sind nicht geschlossen. ...
Zur Pflege des Heimatbewußtseins gehören das Bekenntnis und die Verteidigung des Rechts auf die Heimat. Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen, aus der Vertriebenen-Organisation Vereinigungen musealer Art, Vereine zur Pflege der Vergangenheit zu machen.
Wenn wir für das Recht auf die Heimat eintreten, sind wir keine Romantiker. ... Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 ist aus der Erfahrung der bitteren Leiden von Millionen von Menschen und nicht aus romantischen Illusionen heraus verfaßt worden. ... Nach Artikel 9 darf niemand seines Landes und seiner Heimat willkürlich verwiesen werden. ...
Wir wissen, daß um die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. ...
Wir sind nicht die ewig Gestrigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht mit Formeln, mit Papieren, mit der Verschleierung von Unrecht und Gegensätzen einen dauerhaften Frieden schaffen kann.
... Das Grauen der Vergangenheit muß uns alle geläutert haben. Mann kann nicht nur von Verbrechen der Deutschen sprechen und über die Verbrechen an Deutschen eine Verschwörung des Schweigens breiten. Wir werden unsere Rechte und die Freiheit der Deutschen wie der Europäer mit allen legalen politischen Mitteln verteidigen und für die Wahrung des Grundgesetzes wie des Völkerrechts alle legalen Mittel ausschöpfen.
... Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, auch dann, wenn man uns darum diffamiert oder zu unterdrücken versucht, werden wir einzeln und soweit es geht in Gemeinschaft, nicht aufgeben, im Dienste für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer einzustehen ...<<

13.09.1970

China: Das chinesische Parteiorgan "Jen Min Jih Pao" berichtet am 13. September 1970 über den "Moskauer Vertrag" (x299/159): >>Wenn man die objektiven Tatsachen aus dem Text herausanalysiert, wird man klar erkennen, daß dieser Vertrag einen ungeheuren Verrat an den Interessen der Völker Deutschlands, der Sowjetunion und Europas durch die sowjetrevisionistische Führungsclique darstellt.

Es ist ein ungeheurer Schwindel, der den aggressiven Charakter des sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Militarismus mit dem Mantel des Friedens verhüllen soll. ...<<

04.10.1970

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen verurteilt am 4. Oktober 1970 die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/209-210): >>... Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und die Angebote an Ost-Berlin und Warschau sind Ausdruck einer Deutschlandpolitik, die sich mit der Feststellung von "Realitäten" begnügt, anstatt sie mit friedlichen Mitteln zu verändern, die damit die Massenvertreibungen, die Annexionen deutschen Staatsgebietes, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und die Unfreiheit in Mitteldeutschland legalisiert, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwar für unverzichtbar erklärt, trotzdem aber, und ohne Befragung der betroffenen Menschen, die Demarkationslinien an Elbe-Werra, Oder-Neiße und quer durch Ostpreußen zu Staatsgrenzen erhebt, Deutschland also auf die Bundesrepublik beschränken und etwa die Hälfte seines Gebietes – mit den deutschen Bürgern dort – zum Ausland machen will, ...

die Entspannung und Frieden dadurch verheißt, daß die eigenen Rechte Deutschlands und seiner Bürger als bloßer "Formelkram" begriffen werden, ihre Preisgabe aber durch formellem völkerrechtlichen Vertrag bestätigt ...

Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt. Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation.

Der Weg nach Europa zu einer Friedensordnung und zu internationalem Vertrauen führt nur über Selbstachtung und Standfestigkeit, nicht jedoch über die Preisgabe menschlicher und staatlicher Rechte. ...<<

05.11.1970

Polen: Bundesaußenminister Walter Scheel erklärt am 5. November 1970 in Warschau (x028/169): >>Die Bundesregierung kann nur die Bundesrepublik Deutschland verpflichten. Ihrem Handeln sind rechtliche Grenzen gesetzt. Es gibt keinen Friedensvertrag, und so lange es keinen Friedensvertrag gibt, können die Rechte der Vier Mächte durch bilaterale Verträge nicht berührt werden.

Unser polnischer Partner weiß, daß wir einen gesamtdeutschen Souverän nicht präjudizieren können. ...<<

06.11.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt am 6. November 1970 die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des deutsch-polnischen Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendeportation der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.

... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...

4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...

5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Oppo-

sition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<

13.11.1970

BRD: Kardinal Döpfner erklärt am 13. November 1970 auf der Jahresversammlung der Deutschen Sektion von Pax Christi in Würzburg (x064/11): >>... An die erste Stelle der Friedensaufgaben der katholischen Kirche der Bundesrepublik gehört zweifellos, und zwar auf viele Jahre hinaus, die Verständigung und Versöhnung mit Polen.
Wie immer man zu dem Vertrag stehen mag, über den gegenwärtig verhandelt wird, - diese Aufgabe ist und bleibt gestellt.<<

18.11.1970

Polen: Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...
In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,
sind (wir) wie folgt übereingekommen:
Artikel I
I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

19.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Schlesien berichtet am 19. November 1970 über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens von 1950 durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zugunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.
2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltsystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben.
3. Zum Görlitzer Abkommen erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Reichtagspräsident Paul Löbe im Namen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat am 13. Juni 1950: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben."
Dieses Wort hat nichts in seiner Geltung auch für heute verloren.
4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.
5. Wenn nachträglich der Eindruck erweckt werden soll, als sei eine erleichterte Prozedur in

der Aussiedlung der ausreisewilligen Deutschen der Gewinn, so heißt das: Die entgegen allen Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes verweigerte Menschlichkeit läßt sich die polnische Regierung durch die Erfüllung härtester politischer Forderungen abkaufen. Für die scheibchenweise gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst verstehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700 Jahren deutscher Geschichte bezahlt.
6. Das Görlitzer Abkommen von Warschau ist ein Vorfriedensvertrag und widerspricht dem Grundgesetz und dem Deutschlandvertrag. Die Bundesregierung hat kein Mandat die gewaltsame Teilung Deutschlands aus freien Stücken nachzuvollziehen und eine gesamtdeutsche Regierung heute und künftig zu verpflichten.
7. Das Görlitzer Abkommen von Warschau sanktioniert Vertreibung und Annexion, denn nur Vertreibung und Annexion schufen die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Grenze heißen soll. ...<<
Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) schreibt später in einer Stellungnahme zum Warschauer Vertrag (x067/147): >>... Aber es kann uns auch niemand bestreiten, daß wir als Deutsche, wenn von Deutschland die Rede ist, von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgehen, zumal selbst die Siegermächte dieses Deutschland ihren Verhandlungen und Absprachen – auch in Potsdam 1945 – zugrundegelegt haben. ...
Das Bekenntnis zur Nation, zu seiner Geschichte und seiner Zukunft ist in keinem anderen Volk umstritten, nur bei uns ist mancher schnell mit dem Vorwurf des Nationalismus zur Stelle, wenn auch für das deutsche Volk das Streben nach der Wiederherstellung der Nation als Inhalt der Politik postuliert wird.
Niemand braucht heute vor uns Deutschen Angst zu haben, als strebten wir nach fremdem Territorium, als spielten wir mit der Möglichkeit der Gewalt.
Aber man soll von uns auch nicht verlangen, daß wir die Kriegsbeute der Gegenseite, nur weil der Zweite Weltkrieg durch Hitler (wenn auch nicht von ihm allein) entfesselt worden ist und wir ihn als deutsches Volk verloren haben, mit dem Stempel der Legalität ausstatten müßten.<<

20.11.1970

BRD: Bundeskanzler Brandt erläutert am 20. November 1970 den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.
... Das polnische Volk hat Unsagbares erleiden müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.
Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...
Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...
Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...
Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<
Das BdV-Präsidium lehnt am 20. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.
Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...
Wir bestreiten der Bundesrepublik Deutschland das Mandat, vor frei vereinbarten friedensver-

traglichen Regelungen Demarkationslinien in Deutschland in "bestehende Grenzen" vertraglich umzuwandeln. Der freie Teil Deutschlands muß die Selbstbestimmung unseres Staatsvolkes und unserer Nachbarn für eine freie Vereinbarung offenhalten.
Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, die Bundesrepublik Deutschland auf die Abtretung eines Viertels von Deutschland und die Teilung Restdeutschlands für heute und künftig vertraglich festzulegen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht in eine gegenüber 1945 verschlechterte Position bringen und einen ins Nichts geworfenen Verzicht auf unsere Heimat aussprechen.
Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag.
Polen verknüpft die Forderung nach Gebietsabtretungen mit der Forderung nach Fortdauer der Folgen der Massenvertreibung. Die Bundesregierung hat ihren Vorbehalt dagegen nicht in völkerrechtlich gültiger Form verankert und nicht in dieser Form die Hinnahme des Unrechts der Massenvertreibung und des Faustrechts als Mittel der Politik abgelehnt. ...
Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<

22.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilt am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

27.11.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) schreibt am 27. November 1970 in einem Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zugunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...
Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000 qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.
Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.
Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.
Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".
Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).
Die Verträge von Moskau und Warschau leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Artikel I des Warschauer Vertrages lautet wie folgt (x024/269): >>... Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Artikel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.
2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.
3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

08.12.1970

Ostdeutschland: Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 werden in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren leben (x077/35).

22.12.1970

BRD: Kardinal Döpfner, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, erklärt am 22. Dezember 1970 (x064/11-13): >>... Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. ... Die Aussöhnung zwischen den Völkern ist nicht Aufgabe der Politiker allein, sondern auch vor allem des Einzelnen und der Gruppen in jedem Volk. ... Wir danken den polnischen Bischöfen heute noch einmal dafür, daß sie uns während des 2. Vatikanischen Konzils ihre Hände zum Zeichen der Vergebung entgegengestreckt haben.
... Wir glauben nicht an einen Gott, der verhärtete Fronten und Strukturen garantiert, sondern an den Gott, der Neues schafft und uns helfen will, miteinander einen neuen Anfang zu setzen.<<

31.12.1970

BRD: Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekennt sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Jede politische Arbeit (ist) einfach perspektivlos und (kann) über einige Reformen nicht hinauskommen, kann also genau das nicht erreichen, was notwendig ist, zu erreichen, wenn nicht die Form der Ausbeutung und die Form der Unterdrückung nur verändert werden sollen; man (kann) das überhaupt nicht erreichen, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisierung des Proletariats, mit der Arbeit in den Betrieben und den Stadtteilen auch die Bewaffnung betreibt, das heißt, die Möglichkeiten schafft, die Auseinandersetzung durchzustehen. ...
... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Der deutsche Soziologe Prof. Wilfried Schlau (1917-2010) berichtet im Jahre 1970 über die Lage der deutschen Vertriebenen (x024/292-293): >>Faßt man die Ergebnisse ... über die Lage der Vertriebenen zusammen, so dürfte deutlich geworden sein, warum sich die Flüchtlinge und vor allem die Vertriebenen 25 Jahre nach ihrer Flucht und (der) oft unter grauenhaften Umständen erfolgten Vertreibung trotz ihrer seither erbrachten unstreitbar großen Leistungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht – wie in Finnland mit seiner Solidarität "aller Karelier" – der besonderen Fürsorge und Zuneigung der heimatverbliebenen Bevölkerung erfreuen.
Im Gegenteil: Sie sind, trotz der "Charta der Vertriebenen" und obgleich sie in diesen 25 Jahren niemals auch nur versucht haben, Gewaltmaßnahmen irgendwelcher Art zu empfehlen oder sogar anzuwenden, gehaßt ebenso bei ihren Vertreibern in den westlichen Demokratien wie in den östlichen Volksdemokratien und beneidet, gefürchtet, ja nur zu oft gehaßt bei den

wirtschaftlich und politisch maßgebenden Schichten und Gruppen in der Bundesrepublik, deren "Prügelknaben" ... sie in so unerwarteter Weise sie geworden sind.
An dieser Animosität aber dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern, solange die Vertriebenen und Flüchtlinge
1. einen wirklichen Lastenausgleich verlangen und damit und damit auf der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit beharren,
2. das Heimatrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht fallen lassen und den Anspruch auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes als des Grundrechtes der Demokratie schlechthin nicht aufgeben,
3. an ihrem gesamtdeutschen Bewußtsein festhalten und auf der Verwirklichung der in der Präambel des Grundgesetzes verankerten gesamtdeutschen Zielsetzung bestehen und
4. durch ihren sozialen Wiederaufstieg aus eigener Kraft und Leistung und ihr Bemühen, als "soziales Gewissen" einer wirklich demokratischen, offenen und freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung den Weg zu ebnen, die Machtpositionen der in der Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen und Schichten gefährden. ...<<
In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1970 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x058/148): >>Durch die Beschlüsse von Potsdam wurden 11,5 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben.
Die Alliierten stimmten damit Maßnahmen zu, die unsägliches Elend über die deutsche Bevölkerung brachten. Tausende waren bereits bei der Flucht vor der Roten Armee im eisigen Winter auf den Landstraßen umgekommen, in der Ostsee ertrunken oder von der vorrückenden Roten Armee umgebracht worden.
Ein erbarmungsloses Strafgericht traf die in den Ostprovinzen verbliebenen Menschen. Hilfegesuche deutscher Antifaschisten fanden bei den Siegern kaum Gehör. ...<<
USA: Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet 1970 in seinem Buch "Between Two Ages" (x363/8): >>"Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende, stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten."<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Zbigniew Brzezinski und die US-Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern (x364/221-225): >>**XII. Siegen die Illuminaten?**
Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht "Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme". Der 1977 erschienene Bericht stellte fest:
"Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein."
Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel "Between two Ages", das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten wer-

den wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der "Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen", den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme, des Sowjet-Handels mit dem Westen - besonders was technologische und strategische Güter betrifft.

Ein in Brzezinskis Buch "Zwischen zwei Weltaltern" enthaltenes Zitat lautet: "Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürre - beziehungsweise Unwetterperioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen."

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt "ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben" muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden. Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive "Phase" um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß "die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Menschen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes".

Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und "illuminierten" Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine "Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht" bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, "der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war".

Die dritte Phase sei der Marxismus, der "eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren."

Einige Seiten später verlangt "Bruder Zbig", daß wir ihm glauben sollen, daß "der Marxismus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezogen".

Hinsichtlich der "Rivalität" zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß "das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht".

Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die "Technotronische Ära" bezeichnet - beziehungsweise das "Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene". Laut "Websters New Collegiate Dictionary" bedeutet Humanitarismus "den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrin, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und

ausschließlich von ihm ausgehen.
Die Doktrin, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommnen läßt." Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums - das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende "Technokratische Ära" steht "in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie" und "bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird.
Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der allermodernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann."
In der Januar-Ausgabe von 1968 des ""Encounter" führt Brzezinski zu demselben Thema aus: "Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, "kreative" Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder "Retortenmenschen" könnten sie wie Menschen handeln."
"Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Individuum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen."
In "The Freeman Digest" erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß "bestimmte weise Männer" (zweifellos Illuminierte) "eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß"!
Brzezinski erklärt: "Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U.S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann."
Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre "Neue Weltordnung" annehmen soll? Dazu erläutert er: "Spannung ist unvermeidlich, wenn der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionelle Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend.
Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationenstaaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts - ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren."

Bruder Zbig und die Banker

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als "außenpolitischer Berater" und Vertrauter von David Rockefeller tätig war, Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.

Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die "dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen".
Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: "Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jenen Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten."
"Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten."
Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohmann gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat. Von dem Rechercheur Craig S. Karpel erfahren wir, daß "Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden.
Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszuwählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchsetzt, die für den Plan unerläßlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in hohe Regierungsämter zu bringen.
Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der "Chicago Sun-Times", den Chefherausgeber der "Times", den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der "Los Angeles Times", der "New York Times" und des "Wall Street Journal" mit aufgenommen. …<<
US-Präsident Richard Nixon berichtet im Jahre 1970 über die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen (x148/217): >>... Heute bringt Europa mehr eigene Lebenskraft auf. Überwiegender amerikanischer Einfluß, der eine natürliche Folge der Nachkriegsverhältnisse war, wäre heute verfehlt. Denn Nationen, die keinen Anteil an der Verantwortung für die lebenswichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigung und Außenpolitik haben, können weder ihre Selbstachtung noch ihre Selbstsicherheit wahren.
Amerikas Interesse liegt in einem ausgewogeneren Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten schrittweise so angepaßt werden, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht.
Wenn wir jetzt von Vorherrschaft zu Partnerschaft übergehen, dann ist es möglich, daß manche das als einen Schritt im Sinne eines Disengagements betrachten. Im dritten Jahrzehnt unserer Verpflichtungen gegenüber Europa ist jedoch die Intensität unserer Beziehungen einfach eine Gegebenheit. Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska.
Wir sind uns bewußt, daß Amerikas Beitrag in bestimmten Bereichen weiterhin einzigartig sein wird, so zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung einer nuklearen Abschreckung und eines Ausmaßes an Engagement, das ausreicht, um die mächtige militärische Position der UdSSR in Osteuropa auszugleichen.
Wir haben jedoch nicht den Wunsch, in Europa eine solche Position einzunehmen, daß die europäischen Angelegenheiten nicht mehr von den souveränen Staaten erledigt werden, die für sie verantwortlich sind. ...<<
Ein US-Wissenschaftler schreibt im Jahre 1970 über die nordamerikanische Wirtschaftsmacht

(x243/111): >>... Amerikas wachsende Vorherrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie stellt eine völlig neue Form des Imperialismus dar. ...
Diese friedliche Invasion ist weltweit; ihre politischen Auswirkungen werden aber wohl in Westeuropa am stärksten sein, in der alten Welt, deren überholte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen langsam zerbröckeln und gleichzeitig unter dem Einfluß amerikanischer Management-Methoden und amerikanischen technologischen Könnens wiederaufgebaut werden.
Das alte Gesicht Europas wird derzeit "geliftet", aber wenn ... das neue Gesicht zum Vorschein kommt, dann ist es kein europäisches Gesicht mehr, sondern ein amerikanisches.
Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist europäisches Kapital nach Nordamerika geflossen, wie in alle anderen Kontinente auch – frisches Kapital, das zusammen mit Amerikas eigenem Kapital Eisenbahnen und Industrieanlagen gebaut und die Vereinigten Staaten entwickelt hat. Zwei Weltkriege haben die Richtung der Kapitalströme umgekehrt, und in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine gewaltige Flut an amerikanischem Kapital und industriellem "Know-how" ergossen, die den größten Teil der nichtkommunistischen Welt zu überschwemmen droht.<<

1971

>>Ein Deutscher ist großer Dinge fähig, aber es ist unwahrscheinlich, daß er sie tut.<< (Friedrich Nietzsche)

13.01.1971

BRD: Das BdV-Präsidium erinnert an den 100. Jahrestag der deutschen Reichsgründung (x155/222): >>Das Deutsche Reich ist derzeit politisch zwar nicht handlungsfähig, aber es besteht nach dem Grundgesetz und auch nach völkerrechtlicher und unbestrittener internationaler Auffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. ...
Es ist Pflicht der Deutschen, insbesondere derer, die noch in Freiheit leben, Schaden von Deutschland zu wenden.
... Es war über Jahrhunderte der Wille der Deutschen, gemeinsam in Freiheit zu leben, und dies ist er auch heute. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Deutsche Reich (x051/121-122): >>Deutsches Reich, amtliche Bezeichnung des deutschen Staates 1871-1945, entstanden nach Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm am 18.1.1871 in Versailles zum deutschen Kaiser und Verkündung einer Reichsverfassung am 16.4.1871 für einen konstitutionell monarchischen Bundesstaat.
Die Bezeichnung Deutsches Reich wurde auch in der Weimarer Verfassung vom 11.8.19 beibehalten, obwohl die namengebende Monarchie (Reich = König- oder Kaiserreich) abgeschafft wurde.
Die föderalistische Organisation wurde dagegen auch im nun demokratischen Deutschen Reich beibehalten und wie die Verfassung bis 1945 nie formell außer Kraft gesetzt. De facto bedeutete jedoch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34 die Suspendierung sämtlicher Verfassungsgarantien durch Gleichschaltung in einem zentralistischen Einparteienstaat. Deutsches Reich wurde identisch mit dem totalitären Führerstaat Hitlers und dehnte sich territorial zu einem Großdeutschen Reich aus. Es erlag im Zweiten Weltkrieg der sich dagegen bildenden gegnerischen Koalition und endete mit der Bedingungslosen Kapitulation am 7./8.5.45.
Das formelle Ende des Deutschen Reiches kam nach Verhaftung der Regierung Dönitz (23.5.45) mit der Junideklaration vom 5.6.45. Während sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtet, sah es die DDR durch Bildung der beiden deutschen Staaten als endgültig erloschen an.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über das Deutsche Reich (x287/181-183): >>... Während die völkerrechtliche Identität des Deutschen Reiches über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs hinweg bis zu dessen Ende unzweifelhaft feststeht, entzündete sich die geschichts- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung daran, ob und wann das Reich untergegangen sei.
Wie Hans-Jörg Bücking betont, bedeutet die "Unconditional Surrender" noch keine politische Kapitulation Deutschlands als Ganzes; die militärischen Ereignisse tangierten die deutsche Staatlichkeit nicht. Auch die Verhaftung der "Regierung Dönitz" begründete noch nicht den Untergang des Deutschen Reiches; vielmehr bestand das Völkerrechtssubjekt trotz der militärischen Niederlage fort, da die alliierten Mächte in ihrer ... Erklärung vom 5. Juni 1945 anläßlich der Übernahme der "Supreme Authority" ("Obersten Bundesbehörde") eine Einverleibung Deutschlands von sich wiesen.
Die von den Alliierten in Anspruch genommene oberste Gewalt ist von ihnen auch niemals gemeinschaftlich an die später entstandene Bundesrepublik Deutschland zurückübertragen worden. Der zeitweise erhobene Alleinvertretungsanspruch kraft Hallstein-Doktrin war völkerrechtlich deshalb völkerrechtlich unhaltbar. Lediglich innerstaatlich, also nur staatsrechtlich, konnte die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, eine Teil-Identität der Bundesrepublik mit dem Staat "Deutsches Reich" behauptet werden, was logischerweise auch die Übernahme der Folgelasten nach sich zog, obwohl die Bundesrepublik nach ihrem Verfassungsverständnis nicht die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches war.
Die Kernstaatstheorie besagte lediglich, daß die deutsche Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die verfassungsgebende Gewalt reorganisiert sei, während sich die DDR als sich vom Reich trennender Teil selbständig organisiert habe. Doch war die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die westalliierten Vorbehalte im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 beschränkt worden.
Während sich alle vier Alliierten in Potsdam darauf geeinigt hatten, sich gesamthänderisch an Deutschland als Ganzem gebunden fühlen, hat weder die Sowjetunion nach der Funktionsunfähigkeit des Kontrollrates jemals formell ihren Rücktritt von der Verantwortung für das Deutschlandproblem erklärt und damit auf ihre Okkupationsrechte verzichtet, noch hat sie den ihr zu Disposition gestellten mittleren Teil Deutschlands mit der Souveränität des Deutschen Reiches begabt. Ungekehrt haben es auch die drei Westmächte stets abgelehnt, die Bundesregierung als eine de-jure-Regierung Gesamtdeutschlands anzuerkennen.
Mit dem Abschluß der Ostverträge nahm die Bundesrepublik Deutschland ohnehin Abschied von dem Identitätsverständnis, daß sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 repräsentiere. Mit ihrer Zweistaatentheorie war die DDR schon 1949 von der Identitätstheorie abgerückt. Der Dismembrationstheorie, die eine Zergliederung des Altstaates in zwei souveräne Neustaaten konstatiert, steht nicht nur der Friedensvertragsvorbehalt als Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten gegenüber, sondern auch das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das die Bundesrepublik Deutschland als Transitorium – bis zur Wiedererstehung des Deutschen Reiches? – vorsieht.
Bleibt also nur die sogenannte Dachtheorie, derzufolge das Deutsche Reich als rechts-, aber nicht handlungsfähiges Dach über den beiden Teilstaaten bestehe, sich aber nicht mehr in den beiden Teilordnungen wiederfinde. Der darin aufbrechende Widerspruch zwischen Sollen und Sein könnte jedoch höchstens durch einen Friedenvertrag der vier ehemaligen Alliierten mit einem Gesamtdeutschland überbrückt werden. ...<<

17.01.1971

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erinnert am 17. Januar 1971 in einer Fernsehansprache an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches (x056/241):

>>Unsere Geschichte ist in vieler Hinsicht anders verlaufen als die unserer Nachbarn. Man hat uns eine "verspätete" Nation genannt. ...
Der Ruf nach Einheit erhob sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, bei den unruhigen Studenten auf dem Wartburgfest 1817, in der großartigen Volksfeier 1832 auf dem Hambacher Schloß und sonderlich im ... Jahre 1848/49. Aber jedesmal wurde der Ruf von jenen Dutzenden von Fürstenstaaten erstickt, in die Deutschland zerrissen blieb.
Durften wir 1871 jubeln? ...
Bismarck als Schöpfer der Einheit mit Blut und Eisen – so wurde es gelehrt, ... richtig und falsch zugleich. Bismarck erzwang 1871 den kleindeutschen fürstlichen Bundesstaat unter Ausschluß auch der Deutschen in Österreich – das ist richtig. Aber Bismarck gehört nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten.
Wer also die Linie von den Befreiungskriegen und der Wartburg über Hambach, Frankfurter Paulskirche und Rastatt als Endstation der Revolution von 1848/49 bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. ...
Von Einheit und Recht und Freiheit ... sang erst die Weimarer Republik. Im Kaiserreich, bis 1918, sang man auch "Heil Dir im Siegerkranz" ...
Die Reichgründung hatte die Verbindung von demokratischen und nationalem Wollen zerrissen ...<<

27.02.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 27. Februar 1971 während der Eröffnungsrede einer BdV-Großveranstaltung in Bonn (x155/223-225): >>... 1971 soll wohl die parlamentarische Entscheidung über die Ostverträge fallen.
Die Gefahr für Deutschland liegt auf der Hand. Sie ergibt sich aus den Vertragstexten. Wir sollen uns vertraglich verpflichten, heute und künftig dafür einzustehen,
- daß mehr als ein Viertel Deutschlands Ausland ist und bleibt,
- daß Restdeutschland geteilt ist und geteilt bleibt,
- daß die freie Entscheidung unseres Volkes über Lebensformen und politische Struktur an der Elbe und Werra endet.

Jene, die künftig gegen die Anerkennung von Annexionen und Vertreibung sprechen, die für freie Selbstbestimmung, für das Recht auf die Heimat, für einen gerechten Ausgleich in territorialen Fragen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wirken, sollen in Zukunft den Angriffen aus der Welt der Unfreiheit mehr oder weniger ausgesetzt sein. Wir sollen uns neuen Interventionsansprüchen öffnen!
Kronzeugen für diese Gefahr sind frühere Aussagen der heutigen Fürsprecher dieser Verträge. Man braucht sich dabei gar nicht auf extreme Aussprüche von Wehner in den Jahren 1950 bis 1963 oder von Willy Brandt zum 17. Juni 1961 zu berufen.
Noch am 28.8.1966 sagte Wehner im Deutschlandfunk, direkt an Gomulka gewendet, daß niemand den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, der sowjetischen Besatzungszone als Staat und der Ausklammerung Berlins von uns für diplomatische Beziehungen mit Polen "im Ernst verlangen" könne.
Heute wird ebenso "ernsthaft" das Gegenteil zugesagt, ohne daß sich in den 4 Jahren Entscheidendes geändert hat. Wird damit nicht die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen wieder einmal überhaupt in Frage gestellt, und zwar bei Deutschen und Polen?
Es gibt bisher in dieser neuen Ostpolitik keine einzige Gegenleistung für Deutschland und die Deutschen! Von Entspannung kann keine Rede sein; nicht im freien Zusammenleben der Deutschen, aber auch nicht in Polen und in der Sowjetunion selbst. Dort wachsen die innere Spannung und der Widerstand gegen Not und Diktatur. ...
Die jetzt Verantwortlichen haben früher feierlich versprochen, für die Deutschen soviel wie

möglich von Deutschland zu retten, aber nichts mehr davon hat man bei den Ostvertragsverhandlungen gehört.
Die Verträge sind auch kein Schritt zum wirklichen Frieden. Dieser entsteht nicht, indem man dem einen alles gibt und dem anderen das Weggenommene bestätigt. ...
Echter Friedensarbeit droht Gefahr, wenn man das lange und zähe Ringen um friedlichen Ausgleich durch Sanktionen, Schaueffekte und einen eilig-unbedachten politischen Ritt roter Husaren zu ersetzen sucht. Auch Illusionen von Schwärmern und Flagellanten dienen dem Frieden nicht. ...
Wenn Breschnew die Verträge als größten Sieg der sowjetischen Politik in Europa sei 25 Jahren bezeichnet, so soll in der Tat vieles von den Deutschen und von den Europäern weggegeben werden, was vor 25 Jahren weder verloren noch verspielt war! ...
Die organisierten Heimatvertriebenen sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Fürsprecher für zähes Verhandeln über konstruktive Alternativen auf nahe und auf weite Sicht.
... So sind wir die Rufer zur Umkehr von einem falschen politischen Weg und zur friedlichen Revision von Annexionen und Faustrecht zugunsten von Freiheit, Menschen- und Gruppenrechten und einer freien und gesicherten Ordnung für alle Völker und Volksgruppen in Europa!
Noch 1967 war auch der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt Sprecher einer friedlichen Revision. Als "Grundvorstellung" einer europäischen Friedensordnung auch für die Ostgrenze Deutschlands bezeichnete er, daß nicht "einfach zu bestätigen wäre, was der zweite Weltkrieg in Europa hinterlassen hat. Die europäische Friedensordnung müßte Grenzen einebnen und neue Formen der Zusammenarbeit möglich machen. Zu ihr müßte deshalb beispielsweise auch ein europäisches Volksgruppenrecht gehören. Sie müßte Menschenrechte nicht nur deklarieren, sondern auch auf wesentlichen Gebieten praktizieren".
Wir machen nicht Vorwürfe darüber, daß dies noch nicht erreicht ist, sondern deshalb, weil man ohne einleuchtende Begründung diese geschichtlichen "Grundvorstellungen" aufgegeben zu haben scheint. Wir wissen aber auch, daß der Weg zu einer halbwegs gerechten europäischen Friedensordnung weit weg ist. Was wir vermissen, ist Entschlossenheit, Starkmut, Maß und geschichtlicher Weitblick auf diesem Weg.<<

01.03.1971

Frankreich: Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläutert am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/-281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.
Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.
Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion. ...
Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.
Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische

Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

26.04.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 26. April 1971 (x155/230): >>... Die Bundesregierung übernimmt immer mehr die Terminologie der Sowjetunion in völkerrechtlichen Fragen; so ist die Rede von "tatsächlichen" oder "gegenwärtigen" Grenzen, von der "wirtschaftlichen Lage in Europa", von der "Normalisierung der Lage", von der vollen Hinnahme und Akzeptierung "der Folgen des Krieges".

Ebenso unterwirft sie sich seit Jahren bestehenden polnischen Forderungen, indem sie im Gegensatz zur Begriffsbestimmung mindestens eines Dutzends deutscher Gesetze nicht mehr von "Aussiedlern", sondern nur noch von "Rückkehrern" oder "Umsiedlern" spricht, um den Polen die peinliche Tatsache, daß über eine Million Deutsche in der Heimat sich ohne Menschen- und Gruppenrechte und heimatlos fühlen und daß es sich um Nachkommen von unzähligen Generationen Deutscher in Ostdeutschland handelt, verschleiern zu helfen. ...<<

20.06.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 20. Juni 1971 (x155/232-233): >>... Der BdV bedauert, daß die Bundesregierung den Interventionsversuchen des Ostblocks gegen die Meinungsfreiheit der Vertriebenen und der nichtdeutschen Exilgruppen, den Forderungen des Ostblocks zur Änderung zahlreicher Gesetze und unseres Bildungswesens nicht mit größter Entschiedenheit entgegentritt. Wir widersetzen uns dem Versuch, den BdV zur Preisgabe eines Teils seiner satzungsmäßigen Pflichten zu veranlassen.

Für die Menschen und ihre Rechte hat sich durch die Verträge nichts ergeben. Die Aussiedlung ist vorerst zahlenmäßig auf dem Stand von 1966, weit entfernt von den Zahlen im Jahre 1957 und 1958. Eine Wiederherstellung der Menschenrechte der in der angestammten Heimat lebenden Deutschen ist ausgeblieben; entgegen der auch für internationale Verträge grundsätzlich auferlegten Obhutspflicht für deutsche Staatsangehörige wurden ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten vertraglich nicht gesichert.

Die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für alle deutschen Staatsangehörigen und für das gesamte Deutschland darf nicht stillschweigend auf den räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt werden. Dafür fehlen die zur Verfassungsänderung notwendigen Mehrheiten.

Wir beklagen es, daß künftig der noch immer freie Teil Deutschlands nicht auch für das Wohl ganz Deutschlands handeln soll. Wir warnen eindringlich davor, durch Änderung der Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien die Preisgabe Deutschlands ohne Verfassungsänderung von Amts wegen in breiteste Schichten der Bevölkerung und der Jugend zu tragen.

... Der politische und gesetzliche Auftrag, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete und ihrer Volksgruppen im Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes lebendig zu erhalten und zu entfalten, darf auch von staatlicher Seite nicht nur zur Pflege von Erinnerungen und Traditionen stillschweigend umgestaltet werden, sondern ist nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes zu erfüllen.<<

28.06.1971

BRD: Franz Stangl (1908 in Altmünster/Österreich geboren) stirbt am 28. Juni 1971 im Düsseldorfer Zuchthaus.

Stangl leitete ab Mai 1942 das Vernichtungslager Sobibór und übernahm im September 1942 das Vernichtungslager Treblinka. Er wurde erst 1967 in Brasilien aufgespürt und später ausgeliefert. Im Jahre 1970 erhielt Stangl eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.

30.06.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisiert am 30. Juni 1971 die Änderung der bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen

vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien gewarnt.
Durch juristisch nicht verbindliche "Hinweise" an die einzelnen Ministerien und Länder versucht sie, die Feststellung und Anfechtbarkeit von Verfassungswidrigkeiten verbindlicher Rechtsakte zu umgehen und die Urheber von Verfassungswidrigkeiten hinter undurchsichtigen Kompetenzen zu verbergen Wenn nun die Deutschen schrittweise an das Verschwinden Gesamtdeutschlands von den Karten und aus dem Sprachgebrauch gewöhnt werden sollen, versucht man damit, die Hinnahme verfassungswidriger Rechtsakte bei dem Ratifizierungsverfahren der Ostverträge vorzubereiten.
Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...
Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingeimpft werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird.
Verbindliche Rechtsakte in dieser Richtung setzen aber die Verabschiedung einer neuen Verfassung voraus. Dafür gibt es weder die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheiten bei den Verfassungsorganen noch den mehrheitlichen politischen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auch unsere Bindungen durch das Völkerrecht gestatten einen solchen Vorgriff auf friedensvertragliche Regelungen nicht. ...
Freiheit bleibt Freiheit! ...
Fremde Verwaltung deutscher Gebiete bleibt fremde Verwaltung!
Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundgesetzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

29.08.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/235-242): >>26 Jahre nach der Vertreibung ist dieser Tag nicht nur ein Tag des Gedenkens an die Heimat, des Bekenntnisses zu ihr und zum Recht auf die Heimat!
1971 ist dieser Tag auch ein fast verzweifelter Aufruf zur Verteidigung der Freiheit von uns allen! Zur Verteidigung der Freiheit, die wir noch heute haben, zur Verteidigung der Sicherheit des freien Europa, zur Verteidigung der Menschenrechte hier und in der angestammten Heimat, für Deutsche, für die Europäer und für alle Opfer des Terrors! ...
26 Jahre nach der Vertreibung müßten da eigentlich Heimatvertriebene und Heimatverbliebene in früher kaum geahnter Weise am Tag der Heimat zusammenzustehen. Man hat die drohenden Gefahren noch weithin nicht voll erkannt! Es wächst die Bedrohung durch die Unfreiheit, durch Interventionen von außen, durch äußeren politischen Druck durch Illusionen, daß man einen Wandel der Ereignisse in der politischen Annäherung an die Welt der Unfreiheit erreichen könne, bei riskanter Lockerung der Bündnisse, bei Gefährdung unserer Sicherheits- und Verteidigungsgrundlagen.
Die Ostdeutschen bringen manche Sachkunde über Osteuropa mit. Mit tiefem Erschrecken sehen sie, wie viele politisch Verantwortliche in der westlichen Welt gegenüber den eindeutig umschriebenen Zielen der sog. "friedlichen Koexistenz" den Kopf in den Sand stecken.
Schon Lenin wollte in der Phase "des Übergangs bis zum umfassenden Sieg des Kommunismus zeitweilige Bündnisse mit nachgiebigen Kräften" der weltanschaulichen Gegner. Lenin war ausdrücklich der Meinung, daß die Sowjetdiplomatie den nachgiebigen Flügel im bürgerlichen Lager gewinnen muß, um wie er sich ausdrückte, die Bourgeoisie zu zersetzen.
... Breschnew hat am 27. August und am 1. Dezember 1970 die Ostverträge als einen großen Sieg der "friedlichen Koexistenz" gefeiert. In zahlreichen Ostblockschriften kann man lesen,

daß der Klassenkampf trotz der "friedlichen Koexistenz" mit größter Entschiedenheit fortzusetzen ist.
... Manulski meinte 1931, nach 30 Jahren käme die Stunde des Kommunismus; dazu bedürfe es des Elements der Überraschung; die Bourgeoisie (herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft) müsse eingeschläfert werden; man müsse theatralische Friedensbewegungen in Szene setzen. Die dekadenten kapitalistischen Länder würden an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. ...
Es sei dazu klar gesagt: Wir sind nicht überhaupt gegen Gespräche und Verhandlungen; aber eine wirkliche Koexistenz setzt eine weltpolitische Lage voraus, die die Sowjetunion zwingt, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. ... Es ist eine Illusion, wenn man meint, daß in einem Rote-Husaren-Ritt alle Gegensätze in Europa zu überwinden sind und die deutsche Frage in wenigen Monaten zu regeln ist. ...
Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!
Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Für die Osteuropäer ist eine solche deutsche Einstellung unglaubwürdig. Dies gibt ihnen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Mißtrauen! ...
Gleichzeitig aber wachsen die östlichen Interventionsansprüche gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung ...
Der stellvertretende polnische Außenminister Willmann verlangt die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze, die Änderung unseres Bildungssystems und die Eliminierung der Vertriebenenorganisationen nach der Ratifikation des Warschauer Vertrages. ...
Weder ist die schrittweise Wiederherstellung der Menschen- und Gruppenrechte vertraglich vereinbart, noch wird das Recht auf Freizügigkeit und auf die angestammte Heimat gesichert. Die Anerkennung aller Annexionen in Europa nach 1945, gerade durch die Deutschen und das völlige Ausklammern der Regelung aller personalen Rechte kann unmöglich dem Frieden dienen. ... Eine Entschädigung für die betroffenen Deutschen ist weder vereinbart, noch wird sie ins Auge gefaßt; umgekehrt drohen uns nach einer eventuellen Ratifikation ungeheure Schadenersatzforderungen.
... Wir haben nie das grauenhafte Unrecht verschwiegen, das Deutsche anderen zugefügt haben. Wir bedauern aber tief, daß man konstant das Unrecht, das an Deutschen begangen wurde, verschweigt. Das Unrecht vieler Deutscher rechtfertigt nicht die Massenvertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. ...
Wir können auch nicht schweigen zu dem sich anbahnenden stillen und stillschweigend vollzogenen Verfassungswandel bei uns. Der Deutschlandbegriff, auf dem das Grundgesetz gründet, das Verbot des Grundgesetzes in Artikel 23, daß die Bundesrepublik Verpflichtungen eingeht, die den Beitritt der anderen Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 zum Grundgesetz oder aber die Schaffung einer neuen freiheitlichen Ordnung durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes unmöglich machen, werden immer mehr ausgehöhlt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bestrebungen, wenn sie evident (offenbar) sind und die genannten Wege auf Dauer vertraglich zu verbauen drohen, wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet. ...
Für uns ist das Grundgesetz kein juristischer Formelkram. Die staatliche und die internationale Rechtsordnung werden leider oft gebrochen, es gibt nur geringe Ansätze für ihren internationalen Schutz; aber wir selbst haben es erlebt, daß dann, wenn der Kern des staatlichen oder

internationalen Rechts erheblich verletzt wird, die Folgen katastrophal sind. Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...
Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...
... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...
... Nur wenn man die enge und nahe Zusammenarbeit im schwierigen Alltag, allerdings in garantierter Freiheit und Selbstverwaltung wagt, wird man die alten Gegensätze wirklich aufarbeiten.
Wenn wir für Versöhnung durch Gerechtigkeit und gesicherte Zusammenarbeit öffentlich auftreten, beschuldigt man uns des Revanchismus. ...
Am Tag der Heimat erbitten wir von unseren heimatvertriebenen Mitbürgern nicht nur freundliche Bekundungen des Mitgefühls. Wir bitten unser Volk um die Solidarität mit uns! ...
Ich wiederhole die Bitte des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen an die Verfassungsorgane, die Parteien und die freie Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit größter Entschiedenheit der wachsenden Bedrohung unserer Freiheit, unserer im Grundgesetz verankerten Rechtsordnung sowie einem stillen Verfassungswandel entgegenzuwirken. ...
Wir wollen unsere Rechte und das Offenhalten der deutschen Frage bis zu einem halbwegs gerechten Ausgleich mit allen legalen und friedlichen Mitteln verteidigen. ...
Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, wollen wir alle den Dienst für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer, den Dienst für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht aufgeben!
Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<

03.09.1971

BRD: Der ständige Rat der ostdeutschen Landesvertretungen berichtet am 3. September 1971 über die "neue Ostpolitik" (x155/243-244): >>... Normalisierung, Entspannung, Versöhnung oder selbst Friede sind so lange nur betörende Schlagworte, wie sie allein Verzichte begründen sollen, Rechte von Staat und Menschen aber verschweigen. ...
3. Sind "die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und die Berliner Interessen" für den frei gewählten Bundestag und die Regierung nicht mehr identisch mit den rechtmäßigen Interessen ganz Deutschlands und aller seiner Bürger, ist also das Verfassungsgebot, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", nicht mehr bindend?
4. ... Soll die Hinnahme von Massenvertreibungen als Achtung vor einer Selbstbestimmung der betroffenen Mitbürger gelten? ...
6. Können "menschliche Erleichterungen" auf dem Boden von Gewalttat und von Nichtachtung der Menschenrechte gedeihen, auf denen überlegene Macht beharrt? ...
8. Sind unsere Demokratie und ihre Regierung unfähig geworden, allen Bürgern zu dienen; werden Sicherheit und Frieden von Opfern erhofft, die ungefragt den Ost-Berliner, mitteldeutschen, ostdeutschen und vertriebenen Staatsbürgern abverlangt werden? ...<<

10.12.1971

Norwegen: Bundeskanzler Willy Brandt erhält am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

24.12.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) fordert am 24. Dezember 1971, die "neue Ostpolitik" zu reformieren (x155/250-251): >>... Von Entspannung ist in Rumänien, Jugoslawien, bei den Polen, bei den Tschechen und Slowaken nichts zu merken. ...
Die von Frieden nur schwärmten und ihn nicht mühselig durch zähes Ringen um schrittweisen

Ausgleich der Gegensätze zu stiften, hatten vergessen, daß der Friede auch das Werk der Gerechtigkeit ist. ...
In dieser Welt gibt es meist nur kurzen Erfolgsjubel und lange dornige Wege. Die Welt ist weder heil noch unheil, aber sie ist schwierig. Ein Grund zur Verzweiflung liegt nicht vor.
... Auch in dieser Welt ist nichts endgültig geregelt, es sei denn halbwegs gerecht geregelt! Wer an eine sittliche oder gar an eine göttliche Ordnung für die Menschen in dieser Welt glaubt, wird die Zuversicht des inneren Friedens auch für dieses schwere Jahr nicht verlieren! ...<<

31.12.1971

DDR: Verteidigungsminister Heinz Hoffman (1910-1985) berichtet im Jahre 1971 über das "Feindbild" der DDR (x243/211): >>... (Es gilt) den Imperialismus nicht nur als System abzulehnen und zu hassen, sondern diesen Haß ... auch gegen alle jene zu richten, die unter der Befehlsgewalt imperialistischer ... Offiziere gegen uns zum Angriff bereitstehen. ...
Die bedingungslose Bereitschaft, den Sozialismus unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen (erfordert) Grundeinstellungen, ... die ... planvolles erzieherisches Einwirken durch alle Partei- und Staatsfunktionäre, Lehrer, ... Vorgesetzte, ... Väter und Mütter verlangen. ...
Die ideologische Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus (wird sich) in den kommenden Jahre verstärken, ... der Gegner (wird die) Treue ... zum Sozialismus ... und die Verteidigungsbereitschaft unserer Jugend zu untergraben (versuchen). Damit gewinnt die Vermittlung eines klassenmäßigen Feindbildes besondere Bedeutung. ...
Die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung (wird sich) für die Durchsetzung imperialistischer Raub- und Expansionskriege mißbrauchen lassen.<<
In einem Lesebuch für die 4. Klasse werden im Jahre 1971 die Berliner Grenzzwischenfälle wie folgt dargestellt (x243/194): >>... Seit dem 13. August 1961 wurden unzählige verbrecherische Anschläge auf unsere Staatsgrenze verübt. Viele Male hat man unsere Grenzposten von Westberlin aus beschossen, ... feige umgebracht oder schwer verletzt. Aber all das hat den Verbrechern nichts genutzt. An der überlegenen Ruhe unserer Grenzsoldaten ... prallten alle feindlichen Angriffsversuche ab.<<

1972

>>Wer mit Güte den Schlechten sucht zu gewinnen, pflügt nutzlos die Wolken, wäscht unsichtigen Wind und malt in die Wogen.<< (Bhaminivilasa)

22.01.1972

Belgien: Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schließen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG").

28.01.1972

BRD: Die Regierungschefs von Bund und Ländern beschließen am 28. Januar 1972, Bewerber für öffentliche Stellen durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen (x243/174): >>... Nach den Beamtengesetzen ... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. ...
Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.<<

24.02.1972

BRD: Franz Josef Strauß (CSU) kritisiert am 24. Februar 1972 während einer Bundestagsrede die Ostverträge (x073/258): >>... Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völ-

kern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.
Zweitens, sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.
Drittens. Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter "Entspannung" die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.
Viertens. Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes ...
Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf der Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.<<

25.02.1972

BRD: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder erklärt am 25. Februar 1972 in der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge (x148/157-158): >>Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor - sagen wir - 5 oder 6 Jahren sicherlich geringer als jetzt, und ihre Sorgen waren geringer.
Wenn also eine wachsende Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interessenlage entspricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag. ...
Unsere Kritik an den Verträgen beruht auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer 3 großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird. ...<<
BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisiert am 25. Februar 1972 die deutsche Bundesregierung (x155/252-254): >>Es geht um die tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutscher. ... Wenn sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten, haben sie doch die Folgen dieser Vertreibung, insbesondere für die Zukunft ohne Rechtswahrung hingenommen und die Folgen der Zukunft legalisiert!
Die Aufarbeitung auch des Unrechts der Massenvertreibungen und der Ansatz zur Wiederherstellung der Menschenrechte fehlt.
Es ist ein einmaliger Fall in der deutschen Vertragsgeschichte, daß 108.000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen nichts vereinbart worden ist; weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die in ihrer Heimat als Deutsche sich noch befinden.
... In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist sein Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe oder Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik Deutschland sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtsposition auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflicht für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie entschädigen, und zwar vor allen anderen bevorstehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland!
Und wie steht es um unsere Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten? Man hat die Durchsetzung unserer Schutzpflicht nunmehr, da man einen Vertragszustand will, nicht erreichen können. Die Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU über die Folgen der Ostverträge gibt zu, daß für die Zeit nach einer eventuellen Ratifikation überhaupt keine vertraglich vereinbarten Schutzmöglichkeiten für die deutschen Staatsangehörigen in diesen Gebieten bestehen. Wenn dem so ist, dann hätte man so weder politisch noch sittlich, noch verfassungsmäßig die Berechtigung gehabt, Inland zum Ausland zu machen.

Es gibt auch eine Treuepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern in der Verpflichtung, bei so fundamentalen Verträgen diplomatischen Schutz zu sichern.
Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100.000 Deutsche aussiedeln, das 4fache von 1971; 1958 = 120.000, das 5fache der jetzigen Zahlen. ...
Es wurde keine Option vereinbart, kein Recht auf freie Entfaltung des kulturellen deutschen Lebens des Einzelnen und der Volksgruppe, kein Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache in der Erziehung, in der Öffentlichkeit, im religiösen Bereich, kein freier Zusammenschluß in deutschen Vereinen und Verbänden, kein Recht auf freie Berufswahl der Deutschen, keinerlei Wahrung deutscher Grundrechte.
Was antworten wir auf die Tausende von Briefen von denen, die zum 10. oder 15. Mal beim Antrag aus Aussiedlung abgelehnt wurden, die arbeitslos gemacht wurden, die diskriminiert wurden, die Spießruten laufen müssen in öffentlicher Rechtfertigung, die keine Arbeitsabgabebescheinigung erhalten, die in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst nicht deutsch reden können, weil es der Staat den dort lebenden Deutschen verbietet?
Wie wollen sie nach der von Ihnen geforderten Ratifikation jenen dort lebenden Deutschen, die, wie unser Innenminister angibt, unter Zwang die polnische Staatsangehörigkeit beantragen müssen, dann den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wie bisher sichern?
Ist nicht die vorrangigste sittliche und rechtliche Pflicht beim Abschluß internationaler Verträge, die am meisten bedrängten deutschen Staatsangehörigen zu schützen?
Können wir zu einem neuen massiv übersteigerten Nationalismus schweigen, nur weil der brutale Nationalsozialismus noch viel Furchtbareres tat? ... <<

29.02.1972

BRD: Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka erklärt am 29. Februar 1972 seinen SPD-Austritt und beantragt die Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (x155/254-255): >>Es ist schlechter Stil, wenn ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Willy Bartsch und Dr. Franz Seume als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen - beiden Ausschüssen gehöre ich seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1969 an - in dem Augenblick von der Fraktionsspitze der SPD abberufen werde, da es um eine für den einzelnen und das ganze deutsche Volk gravierende Entscheidung geht. Wer als Sozialdemokrat gegen Text, Inhalt und die Folgen der Ost-Verträge schwere Bedenken vorbringt, soll mundtot gemacht werden, indem er von den Beratungen über die Verträge ausgeschlossen wird. ...
Ich habe mich noch nie einer Autorität gebeugt, die für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt.
... Durch diese Verträge wird die Teilung Deutschlands festgeschrieben, die Möglichkeit, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinigen, zugeschüttet, gleichzeitig die Freiheit nicht sicherer. ...
Noch bis zur Wahl vom Herbst 1969 war von den ersten Repräsentanten der SPD zu hören, daß so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ist, daß Faustrecht nicht als Recht ausgegeben werden darf. Was aber jetzt geschieht, steht im krassen Widerspruch zu den früheren Äußerungen.
... Darum verlasse ich nach reiflicher Überlegung die SPD. ...<<

22.04.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) verurteilt am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>Auch einem besiegten Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...

Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.
... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...
Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken:
... die vertragliche Absage an die beiden vom Grundgesetz vorgesehenen entscheidenden Grundlagen zur Wiedervereinigung: den freien Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundgesetz oder die freie Abstimmung des Volkes über die Bildung eines gesamtdeutschen Souveräns;
die Anerkennung und den Schutz für alle völkerrechtswidrigen Annexionen in Europa nach 1939. soweit sie die Billigung der Sowjetunion erfahren haben;
die Anerkennung unserer ostdeutschen Heimat als Ausland für die Dauer der Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Zusage des Schutzes für diese völkerrechtswidrige Annexion zu Lasten Deutschlands selbst für den Fall der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedensvertraglichen Regelungen;
das verfassungswidrige Aufgeben der Schutz- und Fürsorgepflicht für die Grund- und Menschenrechte von Millionen deutschen Staatsangehörigen;
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;
die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird;
die Gefahr, daß man durch politischen Druck, unter Berufung auf das notwendige Wohlverhalten im Sinne der Verträge und die Feindstaatenklausel der UN-Charta, schrittweise unsere Meinungsfreiheit, unsere innerstaatliche Grundordnung abzubauen versucht, in einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz die Aufgabe der Friedensvertragsvorbehalte unserer westlichen Verbündeten und damit Ersatzfriedensverträge anstrebt;
nach solchen fast friedensvertraglichen Regelungen gewaltige Reparationen erzwingen wird. ...
Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<

07.05.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) lehnt am 7. Mai 1972 die Ratifizierung der Ostverträge entschieden ab (x155/261-263): >>... Wir dürfen und können nicht unsere Heimat vom deutschen Inland zum Ausland machen!
Auch das Grundgesetz verwehrt uns das. Normale Mehrheiten des Bundestages können dies nicht beschließen! Und 2 Drittel der Abgeordneten werden einem Grenzvertrag nicht zustimmen! Ein neues Ermächtigungsgesetz zu stillschweigendem Verfassungswandel darf es nicht geben!
Wir dürfen keine Grenzen in Deutschland anerkennen!
Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht das Recht, ohne friedensvertragliche Regelungen über Teile Deutschlands zu verfügen. ...
Es gibt keine echte Normalisierung ohne die Heilung verletzter Menschenrechte! Man darf nicht die Folgen von Faustrecht und Massenvertreibung legalisieren. Man darf nicht rechtswidrige Enteignungen von Millionen Menschen hinnehmen! ... Wir können zu den haßvollen Übergriffen gegen Deutsche nicht schweigen. Dies dient nicht dem Frieden! ...
Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Menschenrechte, Selbstbestimmung und einen ge-

rechten Frieden. Dafür haben die Verträge nichts getan! ...
Immer offener wagt man die Behauptung aufzustellen, die Ostdeutschen müßten eben die Zeche für das ganze Volk bezahlen! Dagegen erheben wir schärfsten Einspruch! ...<<

10.05.1972

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. Mai 1972: >>**Heftige Debatten um Ostverträge** ... Freiherr von und zu Guttenberg (CSU): "Es heißt den Frieden gefährden, wenn man den Forderungen derer nachgibt, die die Menschen unterdrücken. Wer den Frieden will, muß für die Freiheit streiten - offen, ohne Vorbehalte und Umwege."
Rainer Barzel (CDU): "Der Bundeskanzler sagt, durch die Verträge wird nichts verschenkt. Wer die deutschen Vorleistungen dieses Vertrags als nichts bezeichnet, hat zu Aussöhnung und Geschichte ein anderes Verhältnis als wir." ...<<

17.05.1972

BRD: Der Deutsche Bundestag beschließt am 17. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages".
Die CDU/CSU-Fraktion stimmt nicht für diese Ostverträge, sondern entscheidet sich für Enthaltung.
Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wird fast einstimmig gebilligt. Danach stellen die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schaffen keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.
Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken heißt es (x156/7): >>... Artikel 1 Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen. ...
Artikel 3 ... Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;
sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;
sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.<<
Die Bundesregierung stellt in ihren Erläuterungen zur Ratifizierung der Ostverträge fest (x024/270): >>... Solange eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, gelten die Rechte und Verantwortlichkeiten der 4 Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin weiter.<<

01.09.1972

DDR: An der "Zonengrenze" werden seit dem 1. September 1972 sämtliche Schutzstreifen und Sperrzonen kontrolliert.
Die DDR-Grenztruppen müssen bei Fluchtversuchen weiterhin Schußwaffen einsetzen.

11.09.1972

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja erklärt am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/280-283): >>... Ungerechte Verträge sind nicht das Ende der Politik und nicht das Ende der Geschichte. Und Urkundsbeamte haben nicht das Recht, Lebende totzuschreiben. Dieses Recht haben sie weder vor unserer freiheitlichen Ordnung, noch haben sie dazu die Vollmacht vom Grundgesetz! ...
Uns verurteilen jene, die die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht kennen, die nur vom Frieden schwärmen und nicht seine Grundlagen in Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit und nüchtern-gerechter Liebe zu bauen versuchen, die nicht die Lücken kennen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten in der Begegnung der Völker, der Besiedlung der Räume und dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens in unserer Heimat hinterlassen haben; die meinen, es sei

Friede, wenn die Deutschen sich auf den Boden legen und ihre berechtigten Anliegen einwalzen lassen.
Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...
Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen. Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte. ...
Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten. ...<<

01.10.1972

BRD: Um die hohen Unfallzahlen zu senken, gilt ab 1. Oktober 1972 auf zweispurigen Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften ein Tempolimit von 100 km/h (x175/666).

07.11.1972

USA: Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wird am 7. November 1972 mit großer Mehrheit zum 2. Mal zum Präsidenten der USA gewählt.

19.11.1972

BRD: Bei der vorgezogenen 7. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 19. November 1972 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>SPD = 45,8 %, CDU/CSU = 44,9 %, FDP = 8,4 %, Sonstige = 0,9 %.<<

14.12.1972

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Brandt am 14. Dezember 1972 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

21.12.1972

BRD: Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird am 21. Dezember 1972 unterzeichnet (Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, Austausch ständiger Vertreter, Unverletzlichkeit der Grenzen, Antrag beider Staaten auf UNO-Mitgliedschaft).

31.12.1972

Polen: Ministerpräsident Jaroszewicz (1909-1992) berichtet im Jahre 1972 über das polnische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (x148/158-159): >>Weitere Festlegungen im Prozeß der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen werden schrittweise vorgenommen werden ...
Den ersten Platz nehmen in diesem Zusammenhang einige Rechtsakte der Deutschen Bundesrepublik ein, die von der Voraussetzung der Existenz Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausgehen. Ein besonderes Beispiel für den revisionistischen Charakter dieser Akte ist das Gesetz über die deutsche Staatsbürgerschaft. ...
Ganz und gar im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Vertrages steht auch die bisherige Tätigkeit der revisionistischen Organisationen, der sog. Landsmannschaften, zumal sie von Regierungsinstitutionen finanziert werden.
Eine wichtige Frage für die Gegenwart, aber noch mehr für die Zukunft ist die Beseitigung von Informationen aus den Schulbüchern der Deutschen Bundesrepublik, die die Geschichte

Polens und das heutige Gesicht des Landes entstellen. Diese Schulbücher pflegen - in vielen Fällen - nationalistische und revisionistische Traditionen. Ein positives Element ist die Tatsache, daß eine eigens dazu einberufene Gruppe polnischer und westdeutscher Fachleute, die unter der Schirmherrschaft der nationalen Komitees der UNESCO arbeitet, bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen hat. ...
Ein weiteres Problem, das der Regelung bedarf, ist die Frage der Entschädigung, insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Einkerkerung in den hitlerischen Konzentrationslagern. Wir sind der Ansicht, daß eine elementare Entschädigung für die vom Hitlerismus verübten Verbrechen und das von ihm begangene Unrecht eine moralische Pflicht der Deutschen Bundesrepublik ist.
Ein geschicktes Vorgehen von unserer Seite werden die kulturelle Zusammenarbeit und die Entwicklung von persönlichen Kontakten erfordern. ... Dies erlegt allen zuständigen Institutionen die wichtige Verpflichtung auf, die Kontakte sorgsam auszuwählen und die Richtungen der künftigen kulturellen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesrepublik zu bestimmen. ...<<

BRD: Die deutschen Vertriebenenseelsorger rufen im Jahre 1972 zum Welttag des Friedens zur Versöhnung auf (x024/310): >>Die Aussöhnung zweier Völker kann nur zustande kommen, wenn das ganze zwischen ihnen liegende Unrecht von beiden Seiten anerkannt wird und der Wille zur Wiedergutmachung auf beiden Seiten vorhanden ist.
In Erschütterung und Scham verurteilen wir auf das schärfste das Unrecht, das zur Zeit des Nationalsozialismus auch den Völkern Europas angetan worden ist, deshalb dürfen wir auch erwarten, daß die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht mehr länger als historisch oder moralisch gerechtfertigt verteidigt oder totgeschwiegen wird. ...<<

1973

>>Keines Menschen Gedächtnis ist so gut, daß er ständig erfolgreich lügen könnte.<< (Abraham Lincoln)

20.01.1973

USA: US-Präsident Richard Nixon sagt während seiner 2. Amtseinsetzung am 20. Januar 1973 (x056/137): >>Ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist es, was Amerika in diesem Jahrhundert an verantwortungsvollem, großherzigem, schöpferischem und fortschrittlichem Tun aufzuweisen hat.
Laßt uns stolz sein darauf, daß unser System mehr Freiheit und mehr Überfluß für mehr Menschen hervorgebracht und bereitgestellt hat als irgendein anderes System in der Geschichte der Menschheit.
Laßt uns stolz sein darauf, daß wir in keinem der 4 Kriege, an denen wir in diesem Jahrhundert beteiligt waren, auch nicht in dem, den wir jetzt im Begriff sind zu beenden (Vietnam), um eines selbstsüchtigen Vorteils willen gekämpft haben, sondern stets um anderen zu helfen, einem Angriff zu widerstehen.
Laßt uns stolz sein darauf, daß wir durch unsere kühnen, neuen Initiativen und durch unsere Beharrlichkeit in der Sache eines ehrenhaften Friedens einen Durchbruch erzielt haben in Richtung auf etwas, das die Welt bisher nicht gekannt hat: die Schaffung einer Friedensordnung, die nicht nur in unserer Zeit, sondern auch künftig Bestand haben kann.<<

27.01.1973

Frankreich: Nach langen und schwierigen Friedensverhandlungen (seit Mai 1968) wird am 27. Januar 1973 in Paris ein Waffenstillstandsabkommen für Vietnam abgeschlossen.

Februar 1973

BRD: Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) erklärt im Februar 1973 während einer Bundestagsrede (x297/156): >>Die Bundesregierung hat in den

ersten sieben Monaten ihres Bestehens, von Oktober 1969 bis Mai 1970, die wichtigsten bis dahin von uns allen gemeinsam und von unseren westlichen Verbündeten vertretenen deutschlandpolitischen Positionen preisgegeben.
Sie hat die DDR als zweiten deutschen Staat anerkannt. Sie hat auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland, in gewissen Fragen für ganz Deutschland zu sprechen, verzichtet, hat die Grenzen anerkannt, sowohl die Westgrenze Polens als auch die innerdeutsche Grenze als Staatsgrenze. Sie hat der Aufnahme der DDR in die UNO zugestimmt, und sie hat grünes Licht dafür gegeben, daß die DDR weltweit anerkannt wurde.
Damit erfüllte die Bundesregierung die von der Sowjetunion und der DDR seit vielen Jahren erhobenen Forderungen, ohne sich überhaupt irgendeine Gegenleistung verbindlich zusagen zu lassen. ...
Die Bundesregierung sagt nun weiter, sie habe nichts weggegeben, was nicht schon vorher verloren gewesen sei. Aber auch diese Behauptung ist falsch. Als die Regierung Brandt/Scheel 1969 ihr Amt antrat, war die deutschlandpolitische Position der Bundesrepublik im wesentlichen intakt; die Bemühungen der DDR um weltweite Anerkennung ... waren erfolglos geblieben. ...<<

08.03.1973

DDR: Die SED-Regierung lehnt am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

29.03.1973

Vietnam: Die US-Kampftruppen ziehen am 29. März 1973 ihre letzten Einheiten aus Süd-Vietnam ab.
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über den endlosen Krieg in Vietnam (x075/241): >>Die Vereinigten Staaten haben sich schrittweise in Vietnam engagiert. Zwischen 1950 und 1954 finanzierten sie in wachsendem Umfang den von Frankreich geführten Krieg. Nach dem Genfer Frieden vom Juni 1954 machte ihnen die Regierung Pierre Mendés France in Saigon gleichsam Platz, insbesondere um das Überleben eines nichtkommunistischen Regimes zu garantieren.
Unter Kennedys Präsidentschaft kamen zu den "Beratern" amerikanische Flugzeuge und Hubschrauber hinzu. Unter Johnson wurden dann schließlich die amerikanischen Soldaten hingeschickt, 1962 waren es 11.000, 1964 wuchs die Zahl auf 23.000, 1966 auf 385.000, 1968 auf 536.000, 1970 sank sie wieder auf 335.000, 1972 schließlich auf 24.000.
Auf der einen Seite gab es Bombardements, das Napalm, den Einsatz von Entlaubungsgiften, die Repressalien gegen die Dorfbevölkerung, was bis zur Auslöschung eines ganzen Dorfes führen konnte, wie im März 1968 in My Lai.
Auf der anderen Seite gab es die Minen, die Menschen ohne Vorwarnung zerrissen, Repressalien gegen die anderen Dorfbewohner und manchmal auch gegen dieselben.
Und Entführungen und Morde in den Städten und auf dem Land, um die "Kollaborateure" zu demoralisieren.
Eine halbe Million Opfer unter der Zivilbevölkerung, 57.000 getötete amerikanische Soldaten, eine viertel Million südvietnamesische Soldaten, wahrscheinlich eine Million getöteter Nordvietnamesen und Vietkongkämpfer, Verwundete in noch viel größerer Zahl: ein sehr viel grausamerer, mörderischer Krieg als der Algerienkrieg. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den US-Krieg in Vietnam (x169/88-89): >>... Infolge der Kriege der USA in Indochina starben etwa 4-5 Millionen Männer, Frauen und Kinder.
Nach dem Abzug der Amerikaner benötigte Vietnam, wie ein Historiker schreibt, dringend

Hilfe. "Im Süden waren 9.000 von 15.000 Dörfern, 10 Millionen Hektar Ackerland sowie 5 Millionen Hektar Wald zerstört; 1,5 Millionen Nutztiere waren getötet worden. Schätzungen zufolge gab es 200.000 Prostituierte, 800.000 Waisen, 180.000 Behinderte und 1 Million Witwen; alle sechs Industriestädte des Nordens waren schwer beschädigt, ebenso wie Provinz- und Distrikthauptstädte sowie 4.000 von 5.800 landwirtschaftlichen Gemeinden."
Doch Präsident Carter verweigerte jegliche Wiedergutmachung und erklärte, daß "die Zerstörung wechselseitig war".
William Cohen, Verteidigungsminister unter Präsident Clinton, verkündete, er sehe keine Notwendigkeit für "irgendwelche Entschuldigungen, was den Krieg selbst betrifft", und äußerte ebenfalls die Meinung: "Beide Länder haben durch ihn gelitten. Sie haben von dem Krieg Narben zurückbehalten. Sicherlich haben auch wir welche." ...<<

11.05.1973

BRD: Der Bundestag ratifiziert am 11. Mai 1973 den sog. Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (x156/8): >>... Artikel 3 Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten.
Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. ...<<

26.06.1973

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärt am 26. Juni 1973 während eines Abendessens zu Ehren des rumänischen Staatsratsvorsitzenden Ceausescu auf Schloß Augustusburg in Brühl (x077/121-122): >>... Bei der Rückbesinnung auf die Ursprünge Ihres Volkes hat ein Mann wesentlich mitgewirkt, dessen 475. Geburtstag Sie in diesem Jahr gedenken.
Ich meine den Humanisten und Reformator Johannes Honterus, der auch den uns vertrauteren Namen Johannes Gross führte und dessen Denkmal ich bei meinem Besuch in Siebenbürgen vor der Schwarzen Kirche in Kronstadt gesehen habe.
Honterus gehörte zu den großen Söhnen Ihres Landes, der aus den Verbindungen zum deutschen Sprachgebiet lebhafte Anregungen erhalten hat. Er ist ein Beispiel für Vertreter der rumänischen Bürger deutscher Sprache, die Siebenbürger Sachsen, die vor mehr als sieben Jahrhunderten, und die Banater Schwaben, die vor mehr als zwei Jahrhunderten in Ihr Land ausgewandert sind, die es zusammen mit den dort wohnenden Rumänen kultiviert geschützt und verteidigt haben. Diese Auswanderer haben in Siebenbürgen und im Banat eine neue Heimat gefunden, der sie seit Jahrhunderten die Treue bewahrt haben, auch in Not und Gefahr.
Sie haben in Literatur und Kunst beachtliche Werke geschaffen, die nicht nur bei Ihnen bekannt sind, sondern auch in den deutschen Sprach- und Kulturraum hineinwirken. Auch heute noch sind sowohl die in Rumänien lebende Mehrheit wie der als Folge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse heute in der Bundesrepublik Deutschland lebende Teil dieser Volksgruppen ein wichtiges Bindeglied zwischen unseren Ländern.
Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß unser besonderes Verhältnis zu ihrem Lande, Herr Staatsratsvorsitzender, ganz wesentlich der vermittelnden und für Ihre rumänische Heimat werbenden Tätigkeit Ihrer deutschsprachigen Landsleute zu verdanken ist.<<
Der rumänische Staatsratsvorsitzenden Ceausescu (1918-1989, hingerichtet) antwortet während seiner Ansprache am 26. Juni 1973 (x077/122): >>... Sie Herr Bundespräsident, haben hier daran erinnert, daß zwischen Rumänien und Deutschen uralte historische Beziehungen bestehen; noch aus der Zeit her, als die Territorien, auf denen sich unsere Länder erstrecken,

demselben Römischen Reich angehört hatten.
Sie haben auch die Rolle der Sachsen und Schwaben bei der Entwicklung dieser Beziehung erwähnt, die vor Jahrhunderten auf dem Boden meines Landes angesiedelt wurden und sich heute voller Rechte und Freiheiten sowie weitgehender Möglichkeiten für ihre vielseitige Bekundung im sozialen Leben erfreuen. Sie leben und schaffen eng vereint mit dem rumänischen Volk und leisten ihren Beitrag zum Fortschritt und Erblühen der gemeinsamen Heimat des sozialistischen Rumänien.
Im Laufe der Jahrhunderte haben unsere Völker, zusammenarbeitend, ihren Beitrag zum Aufschwung der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur, der Zivilisation der Welt geleistet. ...<<

Juni 1973

DDR: Außenminister Otto Winzer (1902-1975, seit 1950 Abgeordneter der Volkskammer) erklärt im Juni 1973 nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages (x128/257-258): >>Die in maßgeblichen Kreisen der BRD vertretene These von der Möglichkeit "friedlicher Aufhebung der Grenzen durch Vereinbarung" geht an den politischen Realitäten vorbei.
Es ist doch einfach absurd zu glauben, die sozialistische DDR könnte und würde jemals mit der kapitalistischen BRD über eine "friedliche" Aufhebung der bestehenden Grenzen verhandeln. Das ist zwischen Staaten mit völlig gegensätzlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen, die obendrein noch gegensätzlichen Militärbündnissen angehören, völlig unmöglich. ...
Wir können jedoch nicht übersehen, daß in der BRD im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag häufig der Begriff "Modus vivendi" ("erträgliche Übereinkunft") gebraucht wird. Demgegenüber vertritt die DDR die Auffassung, daß die Grundlagen normaler Beziehungen und des friedlichen Zusammenlebens der beiden Staaten kein Provisorium sind, sondern Grundlagen sind und bleiben. ...<<

BRD: Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) begründet im Juni 1973 die Ablehnung des Grundlagenvertrages mit der DDR wie folgt (x128/257): >>(In dem Vertrag ist) sehr viel die Rede von den beiden Staaten, der BRD und der DDR. Sie bekräftigen einander die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, sie erklären, daß keiner den anderen international vertreten kann. ...
Die Begriffe, "Deutschland", "Deutsche Nation", "Deutsche Einheit" suchen Sie in diesem Vertrag vergebens. Ja, da, wo offenbar dem Sinne nach von Deutschland als Ganzem die Rede ist, wenn nämlich von den Verantwortlichkeiten und Rechten der Vier Mächte gesprochen wird, wird sorgfältig vermieden, zu sagen, um welche Verantwortlichkeiten und Rechte es sich handelt, nur damit das Wort "Deutschland" in diesem Vertrag nicht erscheint.
Darin, in der Nichterwähnung unseres politischen Ziels der deutschen Einheit in diesem Vertrag, liegt ein schweres, möglicherweise nicht wieder gutzumachendes historisches Versäumnis. Das ist nicht der einzige Mangel, der diesen Vertrag und die mit ihm verfolgte Politik kennzeichnet. ...<<

31.07.1973

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 lautet wie folgt (x101/248-262): >>... **Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 31. Juli 1973**
1. Art 59 Abs 2 GG verlangt für alle Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, die parlamentarische Kontrolle in der Form des Zustimmungsgesetzes, gleichgültig, ob der als Vertragspartner beteiligte Staat nach dem Recht des Grundgesetzes Ausland ist oder nicht.
2. Der Grundsatz des judicial self-restraint zielt darauf ab, den von der Verfassung für die anderen Verfassungsorgane garantierten Raum freier politischer Gestaltung offenzuhalten.
3. Mit der Entscheidung des Grundgesetzes für eine umfassende Verfassungsgerichtsbarkeit

ist es unvereinbar, daß die Exekutive ein beim Bundesverfassungsgericht anhängiges Verfahren überspielt.
Ergibt sich, wie in diesem Fall, ausnahmsweise einmal eine Lage, in der das Inkrafttreten eines Vertrags vor Abschluß des verfassungsgerichtlichen Verfahrens nach Auffassung der Exekutive unabweisbar geboten erscheint, so haben die dafür verantwortlichen Verfassungsorgane für die sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen einzustehen.
4. Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken - das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten - und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.
5. Die Verfassung verbietet, daß die Bundesrepublik Deutschland auf einen Rechtstitel aus dem Grundgesetz verzichtet, mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann, oder einen mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtstitel schafft oder sich an der Begründung eines solchen Rechtstitels beteiligt, der ihr bei ihrem Streben nach diesem Ziel entgegengehalten werden kann.
6. Der Vertrag hat einen Doppelcharakter; er ist seiner Art nach ein völkerrechtlicher Vertrag, seinem spezifischen Inhalt nach ein Vertrag, der vor allem inter-se-Beziehungen regelt.
7. Art 23 GG verbietet, daß sich die Bundesregierung vertraglich in eine Abhängigkeit begibt, nach der sie rechtlich nicht mehr allein, sondern nur noch im Einverständnis mit dem Vertragspartner die Aufnahme anderer Teile Deutschlands verwirklichen kann.
8. Art 16 GG geht davon aus, daß die "deutsche Staatsangehörigkeit", die auch in Art 116 Abs 1 GG in Bezug genommen ist, zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland.
9. Ein Deutscher hat, wann immer er in den Schutzbereich der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelangt, einen Anspruch auf den vollen Schutz der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland und alle Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes.

Urteil

für Recht erkannt:

Das Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1973 (Bundesgesetzblatt Teil II S. 421) ist in der sich aus den Gründen ergebenden Auslegung mit dem Grundgesetz vereinbar.

Gründe:

A.

I.

Am 8. November 1972 wurde der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ausgehandelte Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik - im folgenden: der Vertrag - paraphiert. Er wurde am selben Tag zusammen mit einer Reihe ergänzender Texte im Bulletin Nr. 155, S. 1841 ff. veröffentlicht mit dem Hinweis (a.a.O.S. 1853), die Bundesregierung werde "vor der Unterzeichnung des Vertrags an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Schreiben richten, in dem sie ihre Ziele in der nationalen Frage darlegt".

Der Vertrag lautet:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 5

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen. Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 7

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.

Artikel 8

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet.

Die praktischen Fragen, die mit der Einrichtung der Vertretungen zusammenhängen, werden zusätzlich geregelt.

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin

überein, daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage nach dem Austausch entsprechender Noten in Kraft.

Der Vertrag wurde am 21. Dezember 1972 durch die Bevollmächtigten der Vertragsparteien in Berlin unterzeichnet; dem Vertrag war ein Zusatzprotokoll, über das die Vertragsteile sich geeinigt hatten, beigefügt. Außerdem lagen im Zusammenhang mit dem Vertrag vor:

ein Protokollvermerk, wonach "wegen der unterschiedlichen Rechtspositionen zu Vermögensfragen ... diese durch den Vertrag nicht geregelt werden" konnten;

zwei "Erklärungen zu Protokoll", von denen die für die Bundesrepublik Deutschland abgegebene lautet: "Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden" und die für die Deutsche Demokratische Republik abgegebene lautet: "Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird";

zwei Erklärungen der Vertragsteile zu Protokoll zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen;

eine Erklärung beider Delegationsleiter zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission;

eine Erklärung des Delegationsleiters der Deutschen Demokratischen Republik zu Protokoll über den Verwaltungsverkehr; eine Erklärung beider Seiten über die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen auf Berlin (West);

eine Erklärung beider Seiten über "politische Konsultation";

Erklärungen zu Protokoll im Zusammenhang mit dem Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten;

eine Erklärung beider Seiten über die Ausdehnung der Vereinbarung über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten auf Berlin (West);

ein Schriftwechsel vom 21. Dezember 1972 zur Familienzusammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs;

ein Briefwechsel vom 21. Dezember 1972 zur Eröffnung weiterer (vier) Grenzübergangsstellen;

ein Briefwechsel vom 21. Dezember 1972 mit dem Wortlaut der Noten der Bundesrepublik Deutschland an die drei Westmächte und der Deutschen Demokratischen Republik an die Sowjetunion zu Art. 9 des Vertrages;

ein Briefwechsel zum Post- und Fernmeldewesen;

ein Briefwechsel zum Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen;

ein Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten.

Unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrags ging der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Brief der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Einheit vom 21. Dezember 1972 zu.

Nach Beratung und Behandlung in den gesetzgebenden Körperschaften erging das Gesetz vom 6. Juni 1973 zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (BGBl. II S. 421) - im folgenden: das Vertragsgesetz -, dessen Artikel 1 lautet:

Dem am 21. Dezember 1972 unterzeichneten Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich

- des dazugehörigen Briefes der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Einheit an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972,
- des Zusatzprotokolls zum Vertrag,
- des Protokollvermerks zu Vermögensfragen,
- des Vorbehalts zu Staatsangehörigkeitsfragen durch die Bundesrepublik Deutschland,
- des Briefwechsels vom 21. Dezember 1972 zur Familienzusammenführung, zu Reiseerleichterungen und Verbesserungen des nichtkommerziellen Warenverkehrs,
- des Briefwechsels vom 21. Dezember 1972 zur Öffnung weiterer Grenzübergangsstellen,
- des Briefwechsels vom 21. Dezember 1972 mit dem Wortlaut der Noten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika und der Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu Artikel 9 des Vertrages,
- der Erklärungen in bezug auf Berlin (West),

wird zugestimmt. Der Vertrag, der Brief, das Zusatzprotokoll, der Protokollvermerk, der Vorbehalt, die Briefwechsel und die Erklärungen werden nachstehend veröffentlicht.

Der Vertrag ist nach der Bekanntmachung über sein Inkrafttreten vom 22. Juni 1973 (BGBl. II S. 559) am 21. Juni 1973 "nach dem Austausch entsprechender Noten zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der am 20. Juni 1973 in Bonn erfolgte", in Kraft getreten.

II.

1. Am 28. Mai 1973 hat die Bayerische Staatsregierung gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG in Verbindung mit § 13 Nr. 6 und § 76 Nr. 1 BVerfGG beim Bundesverfassungsgericht beantragt festzustellen:

Das Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und deshalb nichtig.

Für die Zulässigkeit des Antrags bezieht sie sich auf die bisherige Rechtsprechung des Gerichts.

Zur Begründetheit ihres Antrags trägt sie im wesentlichen vor: Der Vertrag verstoße gegen das Gebot der Wahrung der staatlichen Einheit Deutschlands. Er beruhe auf der vom Grundgesetz verworfenen Rechtsauffassung vom Untergang des Deutschen Reiches und dem Neuentstehen zweier unabhängiger Staaten auf dem Gebiet des alten Reiches. Die Bundesrepublik könne nicht mehr für Gesamtdeutschland handeln.

Daran ändere auch nichts der Brief zur deutschen Einheit, der weder auf das Selbstbestimmungsrecht noch auf das Recht auf Wiedervereinigung verweise, sondern nur auf das politische Ziel, eine Veränderung des Status quo mit friedlichen Mitteln anzustreben. Nach dem Grundgesetz bestehe die deutsche Einheit nicht nur in alliierten Vorbehaltsrechten, sondern auch in den Rechtsnormen und Organen der Bundesrepublik Deutschland fort.

Der Vertrag verletze auch das grundgesetzliche Wiedervereinigungsgebot. Der Vertrag erkenne die Deutsche Demokratische Republik als mit der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigten, unabhängigen und selbständigen Staat an. An die Stelle des Deutschen Reiches träten zwei souveräne Staaten, die sich gegenseitig ihren Bestand garantierten; das führe zur Teilung Deutschlands.

Aus der bisherigen Demarkationslinie mache der Vertrag eine freiwillig und vertraglich vereinbarte Staatsgrenze. Das bedeute eine Vertiefung der schon bestehenden Spaltung und verstoße gegen das Wiedervereinigungsgebot. Deshalb lasse sich der Vertrag auch nicht damit rechtfertigen, daß der durch ihn geschaffene Zustand "näher beim Grundgesetz" stehe als der

vorher bestehende.
Der Vertrag sei außerdem mit den Vorschriften des Grundgesetzes über Berlin unvereinbar: Die Berlinklausel des Vertragsgesetzes unterscheide sich von der üblichen Formel; sie bestimme nur, das Gesetz gelte "soweit sich die Regelungen des Vertragswerks auf das Land Berlin beziehen, auch im Lande Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt". Danach würden von der Klausel nur die Erklärungen beider Seiten in bezug auf Berlin (West) erfaßt.
Das Vertragswerk regle aber auch Fragen, die nicht den Status Berlins betreffen, beispielsweise Verbesserung des nichtkommerziellen Warenverkehrs, von denen das Vertragsgesetz Berlin nicht ausschließen dürfe. Auch die Erklärung, Berlin (West) betreffend, selbst sei verfassungswidrig, weil nur vereinbart, sei, daß die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehenen Abkommen und Regelungen im jeweiligen Falle auf Berlin (West) ausgedehnt werden können; das hänge aber künftig von der Zustimmung der Deutschen Demokratischen Republik ab, sei also nicht mehr gewährleistet und verstoße deshalb gegen Art. 23 Satz 1 GG. Mit dieser Vorschrift sei auch die Anerkennung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik über Berlin (Ost) unvereinbar.
Der Vertrag verletze schließlich die im Grundgesetz begründete Schutz- und Fürsorgepflicht gegenüber den Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik. Die in der Deutschen Demokratischen Republik lebenden Menschen seien Deutsche im Sinne des Art. 116 GG. Art. 6 des Vertrags verwehre jedoch der Bundesrepublik Deutschland rechtlich, zugunsten der im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik beheimateten Deutschen zu intervenieren; als Folge davon müßten zusätzliche Schwierigkeiten entstehen, wenn die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Drittländern Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik Hilfe leisten wollten.
Der Vertrag habe zudem, auch wenn er Staatsangehörigkeitsfragen nicht geregelt habe, Auswirkungen auf das Staatsangehörigkeitsrecht des Grundgesetzes. Jedenfalls dürfe ein Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik nur abgeschlossen werden, wenn in ihm - gewissermaßen als verfassungsrechtliches Minimum - ein Ausreiserecht für alle Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik nach der Bundesrepublik Deutschland bindend vereinbart sei.
Insgesamt sei es nicht gelungen, im Vertrag ein "besonderes Verhältnis" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu konstituieren. Nicht einmal die Einheit der Nation sei vertraglich festgehalten. Auch als "modus vivendi" sei der Vertrag nicht interpretierbar, weil er ohne Befristung und ohne Kündigungsklausel abgeschlossen sei und nicht einmal den Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung enthalte. Der Vertrag habe die deutsche Frage nicht dem Ziel des Grundgesetzes nähergebracht; das gelte auch, wenn man die begrüßenswerten menschlichen Erleichterungen berücksichtige, die mit dem Inkrafttreten des Vertrags verbunden seien.
Die Bayerische Staatsregierung legte außerdem zur Unterstützung ihrer Auffassung ein Rechtsgutachten von Professor Wengler, Berlin, vor.
2. Die Bundesregierung hat beantragt, festzustellen:
Das Gesetz vom 6. Juni 1973 zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist mit dem Grundgesetz vereinbar.
Zur Begründung hat sie im wesentlichen folgendes vorgetragen:
Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsrechtlichen Prüfung völkerrechtlicher Verträge müsse zunächst verlangt werden, daß der Antrag der Bayerischen Staatsregierung schlüssig sei; dazu gehöre, daß er die maßgebenden Erwägungen

der Bundesregierung und der parlamentarischen Verhandlungen zur Kenntnis nehme und belege, daß ein Verfassungsverstoß ernstlich in Betracht gezogen werden müsse.
Dabei sei im Antrag bereits erkennbar zu berücksichtigen, daß bei der Überprüfung völkerrechtlicher und zwischenstaatlicher Maßnahmen ein hohes Maß an Justitiabilität und Evidenz zu fordern sei. Entspreche ein Antrag diesen unverzichtbaren Erfordernissen nicht, sei vielmehr die von der Bundesregierung und von den gesetzgebenden Körperschaften beobachtete Sorgfalt in der Wahrnehmung des Verfassungsrechts evident, so genüge ein Antrag nicht den an eine eingehende Sachprüfung durch das Bundesverfassungsgericht zu stellenden Anforderungen.
Er sei dann offensichtlich oder mindestens eindeutig unbegründet. Er müsse insbesondere scheitern, weil die Bayerische Staatsregierung ihre rein politischen Vorstellungen als Rechtssätze in das Grundgesetz hineininterpretiere, weil sie ihre politischen Wertungen auch bei der Auslegung des Vertrags in einseitiger Weise einführe, weil sie die politische Ausgangslage gänzlich außer Betracht lasse und weil sie die mit dem Vertrag in Übereinstimmung mit den elementaren Zielen des Grundgesetzes verfolgten Absichten entgegen dem eindeutigen Inhalt dieses Vertrags leugne.
Eine Alternative zum Vertrag gebe es nicht. Vergleiche man die Lage nach dem Inkrafttreten des Vertrags mit der Lage, die bestehen würde, wenn er nicht geschlossen worden wäre, so seien seine Vorteile evident. Der Vertrag diene praktisch dem Verfassungsziel der Friedenssicherung, er diene dem Verfassungsziel der Humanität, indem er den Menschen praktische Vorteile bringe, er halte in Übereinstimmung mit dem Grundgesetzgeber am Fortbestand Deutschlands fest, er sei gemäß den Vorstellungen des Grundgesetzgebers ein Dokument für eine Politik, die sich nicht an den Interessen der Bundesrepublik, sondern an den Belangen der ganzen Nation orientiere und er halte die deutsche Frage offen.
Das Grundgesetz enthalte keine Festlegung auf die "Identitätsthese", sondern unterscheide zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Deutschland. Der Vertrag setze sich auch nicht in Widerspruch mit dem Wiedervereinigungsgebot. Denn die drei Westmächte blieben daran gebunden, den Viermächtevorbehalt auf Deutschland als Ganzes zu beziehen; der Vertrag gebe nicht die Fortexistenz Deutschlands als Rechtssubjekt auf; er vermeide die Qualifizierung der Deutschen Demokratischen Republik als Ausland; er halte fest an der Einheit der deutschen Nation und an der deutschen Staatsangehörigkeit; er enthalte auch keine völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik.
Mit dem Vertrag sei das politisch Erreichbare erreicht worden. Er verbaue jedoch weder rechtlich noch praktisch die Wiedervereinigung, gleichgültig, in welcher Form sie einmal verwirklicht werden könne. Er bringe aber Verbesserungen sowohl im politischen als auch im menschlichen Bereich und begründe darüber hinaus den Anspruch auf Abkommen, die zu weiteren Verbesserungen führen könnten. Der Vertrag schließe nichts ab, regele nichts endgültig, sondern halte im Gegenteil die Situation für künftige Verbesserungen offen und schaffe die Grundlage dafür.
Der Status Berlins bleibe vom Vertrag unberührt, schon deshalb, weil er durch die Viermächte-Vereinbarung fixiert sei, an der die Vertragsteile nichts zu ändern vermöchten.
Eine Verpflichtung der Bundesregierung, innerhalb des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik für den Schutz und die Fürsorge der Deutschen, die dort ihren ständigen Aufenthalt haben, einzustehen, bestehe nach dem Grundgesetz nicht. An der Schutz- und Fürsorgebefugnis der Bundesorgane für Deutsche im Ausland ändere der Vertrag weder rechtlich noch faktisch etwas. Die Gewährung der Ausreisefreiheit für alle Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik sei keine verfassungsrechtliche Voraussetzung für Vereinbarungen, die konkreten Verbesserungen in den menschlichen Beziehungen dienen sollen.
3. Dem Gericht lagen u.a. alle Protokolle über die Beratungen der gesetzgebenden Körper-

schaften vor, die den Vertrag betreffen, außerdem die den Verfahrensbeteiligten in der mündlichen Verhandlung eingeräumten Schriftsätze zu der in der mündlichen Verhandlung vorgelegten Urkunde über den Empfang des Briefes zur deutschen Einheit.

B.

I.

Der Antrag ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält, zulässig (vgl. insbesondere BVerfGE 4, 157, 161 ff.). Das gilt auch, obwohl, wie im folgenden dargelegt wird, die Deutsche Demokratische Republik nach dem Recht des Grundgesetzes nicht Ausland ist. Denn Art. 59 Abs. 2 GG verlangt für alle Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, die parlamentarische Kontrolle in der Form des Zustimmungsgesetzes, gleichgültig ob der als Vertragspartner beteiligte Staat nach dem Recht des Grundgesetzes Ausland ist oder nicht.

II.

1. Gegenstand des Normenkontrollverfahrens ist das Vertragsgesetz vom 6. Juni 1973 und der in ihm in Bezug genommene Vertrag samt Zusatzprotokoll. Die in Art. 1 des Vertragsgesetzes nicht in Bezug genommenen Teile des Vertragswerks scheiden als Gegenstand der Normenkontrolle von vornherein aus.

Sie sind für die Gesamtwürdigung des Vertrags von Bedeutung und können - neben anderem - als Material zur Auslegung des Vertrags herangezogen werden. Ob auch die in Art. 1 des Gesetzes in Bezug genommenen weiteren Vermerke, Vorbehalte, Erklärungen und Briefe Gegenstand der Normenkontrolle sein können, kann dahinstehen, weil sie in Abhängigkeit vom Vertrag stehen, zum Teil nur einen deklaratorischen Inhalt besitzen und im übrigen nach ihrem Inhalt nicht mit dem Grundgesetz unvereinbar sein können, wie sich aus den im folgenden zu dem Vertrag angestellten rechtlichen Erwägungen ergibt. Jedenfalls sind sie wichtige Mittel zur Auslegung des Vertrags, ebenso wie die Präambel des Vertrags selbst.

2. Maßstab im Normenkontrollverfahren ist das Grundgesetz. Es verbindlich auszulegen, ist Sache des Bundesverfassungsgerichts. Auf dieser Grundlage gibt es kein Spannungsverhältnis zwischen politischer Wirklichkeit und Verfassungsordnung, das behoben werden könnte durch die Überlegung, die geltende Verfassungsordnung könne durch einen Vertrag geändert werden.

Er schafft weder materielles Verfassungsrecht noch kann er zur Auslegung des Grundgesetzes herangezogen werden. Es ist vielmehr umgekehrt: Ein Vertrag, der mit dem geltenden Verfassungsrecht in Widerspruch steht, kann verfassungsrechtlich nur durch eine entsprechende Verfassungsänderung mit dem Grundgesetz in Einklang gebracht werden.

Dies vorausgesetzt, gilt auch für die verfassungsrechtliche Prüfung eines Vertrags der Grundsatz, den das Bundesverfassungsgericht in Rücksicht auf die Verantwortung der anderen Verfassungsorgane im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat des Grundgesetzes allgemein entwickelt hat: Daß unter mehreren möglichen Auslegungen die Auslegung zu wählen ist, nach der der Vertrag vor dem Grundgesetz Bestand hat (vgl. BVerfGE 4, 157 (168).

Zu den gerade in der Verbindung mit der verfassungsrechtlichen Prüfung von Verträgen bedeutsamen Auslegungsgrundsätzen gehört außerdem, daß bei der Auslegung von Verfassungsbestimmungen, die sich auf Beziehungen der Bundesrepublik mit anderen Staaten beziehen, deren schrankensetzender, also Spielraum für die politische Gestaltung lassender Charakter nicht außer Betracht bleiben darf.

In dieser Begrenzung setzt das Grundgesetz jeder politischen Macht, auch im Bereich der auswärtigen Politik, rechtliche Schranken; das ist das Wesen einer rechtsstaatlichen Ordnung, wie sie das Grundgesetz konstituiert hat. Die Durchsetzung dieser Verfassungsordnung obliegt letztverbindlich dem Bundesverfassungsgericht.

Der Grundsatz des judicial self-restraint, den sich das Bundesverfassungsgericht auferlegt, bedeutet nicht eine Verkürzung oder Abschwächung seiner eben dargelegten Kompetenz, sondern den Verzicht "Politik zu treiben", d.h. in den von der Verfassung geschaffenen und begrenzten Raum freier politischer Gestaltung einzugreifen. Er zielt also darauf ab, den von der Verfassung für die anderen Verfassungsorgane garantierten Raum freier politischer Gestaltung offen zu halten.

Aus diesen Überlegungen folgt, von welch entscheidender Bedeutung es ist, daß eine Entscheidung im Normenkontrollverfahren, die einen Vertrag betrifft, vor dessen Inkrafttreten ergeht. Dem müssen - entsprechend dem zwischen ihnen bestehenden verfassungsrechtlichen Grundverhältnis - alle Verfassungsorgane Rechnung tragen. Dies bedeutet einerseits, daß das Bundesverfassungsgericht die verfassungsrechtliche Prüfung so rasch wie möglich zu Ende führt.

Es bedeutet andererseits, daß die übrigen Verfassungsorgane die Prüfungszuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts in ihre Überlegungen zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens, das zur Vertragsratifikation führt, einbeziehen und alles unterlassen, was dem Bundesverfassungsgericht eine rechtzeitige und wirksame Ausübung seiner Kompetenz erschweren oder unmöglich machen könnte.

Mit der Entscheidung des Grundgesetzes für eine umfassende Verfassungsgerichtsbarkeit ist es unvereinbar, daß die Exekutive ein beim Bundesverfassungsgericht anhängiges Verfahren überspielt. Ergibt sich ausnahmsweise einmal, wie in diesem Fall, eine Lage, in der das Inkrafttreten eines Vertrags vor Abschluß des verfassungsgerichtlichen Verfahrens nach Auffassung der Exekutive unabweisbar geboten erscheint, so haben die dafür verantwortlichen Verfassungsorgane für die sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen einzustehen (vgl. Urteil vom 18. Juni 1973, S. 6 f. - 2 BvQ 1/73 -).

III.

Der Vertrag regelt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Seine Beurteilung macht erforderlich, sich mit den Aussagen des Grundgesetzes über den Rechtsstatus Deutschlands auseinander zu setzen:

Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, **daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist**; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309 (336, 363)), **besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig**. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 (277)). Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 (362 f., 367).

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). **Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich"**, - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.

Die Bundesrepublik umfaßt also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, daß sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechts-

subjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie **beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes"** (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).

Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der Bundesrepublik Deutschland ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte (BVerfGE 7, 1 (7 ff.); 19, 377 (388); 20, 257 (266). Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden (BVerfGE 11, 150 (158)). Deshalb war z.B. der Interzonenhandel und ist der ihm entsprechende innerdeutsche Handel nicht Außenhandel (BVerfGE 18, 353 (354).

2. Zum Wiedervereinigungsgebot und Selbstbestimmungsrecht, das im Grundgesetz enthalten ist, hat das Bundesverfassungsgericht bisher erkannt und daran hält der Senat fest: Dem Vorspruch des Grundgesetzes kommt nicht nur politische Bedeutung zu, er hat auch rechtlichen Gehalt. **Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot.** Es muß jedoch den zu politischem Handeln berufenen Organen der Bundesrepublik überlassen bleiben zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen.

Die Verfassungsorgane, denen im Grundgesetz auch der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihrer Institutionen zur Pflicht gemacht ist, haben zu entscheiden, ob eine bestimmte, sonst verfassungsmäßige Maßnahme die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen würde und aus diesem Grunde unterbleiben müßte. Ein breiter Raum politischen Ermessens besteht hier besonders für die Gesetzgebungsorgane. Das Bundesverfassungsgericht kann dem Gesetzgeber erst entgegentreten, wenn er die Grenzen dieses Ermessens eindeutig überschreitet, wenn seine Maßnahme also rechtlich oder tatsächlich einer Wiedervereinigung in Freiheit offensichtlich entgegensteht (BVerfGE 5, 85, 126 ff.; 12, 45, 51 ff.).

Das bedarf in folgender Richtung hier noch einer näheren Präzisierung: Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: **Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken - das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten - und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.**

Die Bundesregierung hat allerdings in eigener Verantwortung zu entscheiden, mit welchen politischen Mitteln und auf welchen politischen Wegen sie das nach dem Grundgesetz rechtlich gebotene Ziel der Wiedervereinigung zu erreichen oder ihm wenigstens näher zu kommen versucht.

Die Abschätzung der Chancen ihrer Politik ist ihre und der sie tragenden parlamentarischen Mehrheit Sache. Hier hat das Gericht weder Kritik zu üben noch seine Auffassung über die Aussichten der Politik zu äußern. Die politische Verantwortung dafür liegt allein bei den politischen Instanzen.

Eine Grenze, die allerdings das Bundesverfassungsgericht deutlich zu machen, zu bestimmen und u.U. durchzusetzen hat, liegt im Rechts- und Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland darin, daß die Verfassung verbietet, daß die Bundesrepublik auf einen Rechtstitel (eine Rechtsposition) aus dem Grundgesetz verzichtet, mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann, oder einen

mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtstitel schafft oder sich an der Begründung eines solchen Rechtstitels beteiligt, der ihr bei ihrem Streben nach diesem Ziel entgegengehalten werden kann.
Es ist ein Unterschied, ob man - solange daraus nicht die Gefahr der Verwirkung des Rechtstitels erwächst - politisch von einem Rechtstitel keinen Gebrauch macht oder ihn derzeit oder für absehbare Zeit nicht als politisches Instrument für tauglich hält, sich also damit abfindet, daß mit ihm kein politischer Erfolg erzielt werden kann, oder ob man auf ihn im Rechtssinn verzichtet. Man kann sich in diesem Sinne also politisch mit Realitäten abfinden. Das Grundgesetz verlangt aber, daß insoweit kein in ihm begründeter Rechtstitel preisgegeben wird, der jetzt oder später ein Argument zur Förderung des Bestrebens nach Wiedervereinigung bieten kann.
Und Entsprechendes gilt für den umgekehrten Fall: Politisches Verhalten mag sich später als "falsch kalkuliert" herausstellen und der Bundesregierung von anderen in ihrem Bemühen um Wiedervereinigung politisch entgegengehalten werden können; dieser - vom Verfassungsgericht mit keinem Wort zu kommentierende - Tatbestand unterscheidet sich wesentlich von dem anderen, daß die Bundesrepublik Deutschland mitwirkt bei einem Rechtsinstrument, das ihr von anderen in ihrem Bemühen um Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann. Daraus ergibt sich beispielsweise:
Die klare Rechtsposition jeder Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist: Wir haben von der im Grundgesetz vorausgesetzten, in ihm "verankerten" Existenz Gesamtdeutschlands mit einem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt auszugehen.
Wenn heute von der "deutschen Nation" gesprochen wird, die eine Klammer für Gesamtdeutschland sei, so ist dagegen nichts einzuwenden, wenn darunter auch ein Synonym für das "deutsche Staatsvolk" verstanden wird, an jener Rechtsposition also festgehalten wird und nur aus politischen Rücksichten eine andere Formel verwandt wird.
Versteckte sich dagegen hinter dieser neuen Formel "deutsche Nation" nur noch der Begriff einer im Bewußtsein der Bevölkerung vorhandenen Sprach- und Kultureinheit, dann wäre das rechtlich die Aufgabe einer unverzichtbaren Rechtsposition.
Letzteres stünde in Widerspruch zum Gebot der Wiedervereinigung als Ziel, das von der Bundesregierung mit allen erlaubten Mitteln anzustreben ist. Ebenso verhielte es sich, wenn die Verweisung auf die Viermächte-Verantwortung für Gesamtdeutschland bedeuten würde, künftig sei sie allein noch eine (letzte) rechtliche Klammer für die Fortexistenz Gesamtdeutschlands; verfassungsgemäß ist nur - wie es auch die Bundesregierung selbst versteht -, daß sie eine weitere Rechtsgrundlage für das Bemühen der Bundesregierung um Wiedervereinigung bildet, nämlich eine "völkerrechtliche" neben der staatsrechtlichen.
Zur politischen These vom "Alleinvertretungsanspruch" hat sich das Bundesverfassungsgericht niemals geäußert. Es hatte und hat auch jetzt keinen Anlaß zu prüfen und zu entscheiden, ob sich aus dem Grundgesetz rechtlich ein Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland für Gesamtdeutschland begründen läßt.
3. Der Vertrag kann so interpretiert werden, daß er mit keiner der dargelegten Aussagen des Grundgesetzes in Widerspruch gerät. Keine amtliche Äußerung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann dahin verstanden werden, daß sie bei der Interpretation des Vertrags diesen verfassungsrechtlichen Boden verlassen hat oder verläßt.

IV.

1. Der Vertrag kann rechtlich nur gewürdigt werden, wenn man ihn in einen größeren Zusammenhang stellt. Er ist ein Stück einer umfassenderen Politik, näherhin der von der Bundesregierung auf Entspannung angelegten Ostpolitik, innerhalb derer vor allem die Verträge von Moskau und Warschau herausragende Meilensteine sind; diese Verträge waren ebenso Voraussetzung für den Abschluß des Grundlagenvertrags, wie der Grundlagenvertrag seiner-

seits für die Bundesregierung ein Ziel war, das sie durch Abschluß jener beiden Ostverträge zu erreichen hoffte. In diesem Zusammenhang gewinnt der Grundvertrag dieselbe fundamentale Bedeutung wie der Moskauer und der Warschauer Vertrag.
Er ist kein beliebig korrigierbarer Schritt wie viele Schritte in der Politik, sondern er bildet, wie schon sein Name sagt, die Grundlage für eine auf Dauer angelegte neue Politik. Dementsprechend enthält er weder eine zeitliche Befristung noch eine Kündigungsklausel. Er stellt eine historische Weiche, von der aus das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik neu gestaltet werden soll. Dieser Zusammenhang ist für die rechtliche Beurteilung des Vertrags von mehrfacher Bedeutung:
Er ist zwar in ähnlicher Weise wie das Grundgesetz (vgl. Präambel, Art. 23 und 146 GG) keine endgültige Lösung der deutschen Frage. Gleichwohl kann er nicht als eine bloße "Übergangslösung" bis zu einer späteren "endgültigen" Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten qualifiziert werden; er ist kein vereinbarter "modus vivendi", der in absehbarer Zeit durch eine andere grundsätzliche Neubestimmung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Staaten abgelöst werden soll. Er selbst ist die ernsthaft gewollte neue Grundlage für die Bestimmung des Verhältnisses der beiden Staaten zueinander, - unbeschadet dessen, daß die Vertragsteile rechtlich frei sind, jederzeit übereinzukommen, den Vertrag in Übereinstimmung mit den für ihn geltenden Rechtsgrundsätzen zu ändern oder zu ergänzen.
Aus der dargelegten politischen Bedeutung des Vertrags ergibt sich weiter die rechtliche Folgerung: Als Grundlage für die neuen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erwächst aus ihm in der kommenden Zeit mit Notwendigkeit eine Vielzahl von rechtlichen Konkretisierungen des neuen Neben- und Miteinander der beiden Staaten (vgl. Art. 7 des Vertrags). Jeder dieser weiteren rechtlichen Schritte muß nicht nur vertragsgemäß, sondern auch grundgesetzmäßig sein.
Es bedarf also heute schon der Klarstellung, daß alles, was unter Berufung auf den Vertrag an weiteren rechtlichen Schritten geschieht, nicht schon deshalb rechtlich in Ordnung ist, weil die vertragliche Grundlage (der Vertrag) verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei. Deshalb sind schon in diesem Normenkontrollverfahren, soweit übersehbar, die verfassungsrechtlichen Grenzen aufzuzeigen, die für das "Ausfüllen" des Vertrags durch spätere Vereinbarungen und Abreden bestehen.
2. Der Vertrag ist eingebettet in umgreifendere und speziellere Rechtsverhältnisse, die ebenfalls bei seiner rechtlichen Würdigung zu beachten sind:
Das wird besonders deutlich durch die Bezugnahme auf die Charta der Vereinten Nationen in Art. 2 und Art. 3 des Vertrags und durch die Regelung in Artikel 9, wonach "durch diesen Vertrag" die von den Vertragspartnern "früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden"; das sind insbesondere die von der Bundesrepublik abgeschlossenen "Westverträge" - es bleibt also vor allem auch unberührt Art. 7 des Deutschlandvertrags, nach dem die Bundesrepublik und die Drei Mächte nach wie vor vertraglich verpflichtet bleiben (Abs. 2), zusammenzuwirken, "um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist" - sowie die Verträge von Moskau und Warschau und die Deutschland als Ganzes betreffenden Viermächte-Vereinbarungen, aber auch beispielsweise der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossene Grenz- und Freundschaftsvertrag, soweit er Deutschland (als Ganzes) berührt.
Die Bedeutung der Klausel des Art. 9 des Vertrags wird auch sichtbar in dem Briefwechsel zwischen den beiden Unterhändlern, in dem sie sich wechselseitig unterrichten über die Noten an die Botschafter Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten sowie an den Botschaf-

ter der Sowjetunion, und in den "Erklärungen beider Seiten in bezug auf Berlin (West)", in denen auf das Viermächte- Abkommen vom 3. September 1971, das Berlin betrifft, Bezug genommen wird.

3. Berücksichtigt man die dargelegten Zusammenhänge, so wird deutlich, welche Bedeutung den in der politischen Diskussion verwendeten Formeln "zwischen den beiden Staaten bestehende besondere Beziehungen" und "der Vertrag besitze eine diesen besonderen Verhältnissen entsprechenden besonderen Charakter" zukommt:

Die Deutsche Demokratische Republik ist im Sinne des Völkerrechts ein Staat und als solcher Völkerrechtssubjekt. Diese Feststellung ist unabhängig von einer völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik Deutschland. Eine solche Anerkennung hat die Bundesrepublik Deutschland nicht nur nie förmlich ausgesprochen, sondern im Gegenteil wiederholt ausdrücklich abgelehnt. Würdigt man das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik im Zuge ihrer Entspannungspolitik, insbesondere des Abschließen des Vertrags als faktische Anerkennung, so kann sie nur als eine faktische Anerkennung besonderer Art verstanden werden.

Das Besondere dieses Vertrags ist, daß er zwar ein bilateraler Vertrag zwischen zwei Staaten ist, für den die Regeln des Völkerrechts gelten und der die Geltungskraft wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag besitzt, aber zwischen zwei Staaten, die **Teile eines noch immer existierenden, wenn auch handlungsunfähigen, weil noch nicht reorganisierten umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk sind, dessen Grenzen genauer zu bestimmen hier nicht nötig ist.**

Daraus ergibt sich die besondere rechtliche Nähe, in der die beiden Staaten zueinander stehen, daraus ergibt sich folgerichtig die Regelung in Artikel 8, wonach beide Staaten nicht Botschafter, sondern ständige Vertretungen am Sitz der jeweiligen Regierung austauschen, daraus ergibt sich die Besonderheit des Ratifikationsverfahrens, das nicht endet mit dem Austausch von Ratifikationsurkunden auf Grund Vollmacht des Bundespräsidenten, sondern mit dem Austausch "entsprechender Noten", von denen die eine auf Seite der Bundesrepublik Deutschland von der Bundesregierung ausgefertigt wird, und ergibt sich schließlich die Gesamttendenz des Vertrags, zu einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern mit dem Ziele einer Verbesserung der menschlichen Beziehungen über die gemeinsame Grenze hinweg zu gelangen (6. Absatz der Präambel, Art. 7 des Vertrags und Zusatzprotokoll).

Die Erklärung in Nr. 1 des Zusatzprotokolls zu Artikel 7, daß der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der bestehenden Abkommen entwickelt wird, macht außerdem deutlich, daß dieser Handel von den Vertragspartnern übereinstimmend nicht als Außenhandel betrachtet wird. Insofern läßt sich das Besondere dieses Vertrags auch durch die Formel verdeutlichen, daß er "inter-se-Beziehungen" regelt.

Er regelt aber nicht ausschließlich solche Beziehungen und fällt deshalb nicht aus der Ordnung des allgemeinen Völkerrechts heraus, gehört also nicht einer spezifischen, erst durch ihn geschaffenen, gegenständlich beschränkten Sonderrechtsordnung an. Diese Deutung verbietet sich durch die Regelungen in Art. 2 und Art. 3 des Vertrags, die als für das Verhältnis zwischen den Partnern wesentlich ausdrücklich die Charta der Vereinten Nationen nennen.

Der Vertrag hat also einen Doppelcharakter; er ist seiner Art nach ein völkerrechtlicher Vertrag, seinem spezifischen Inhalt nach ein Vertrag, der vor allem inter-se-Beziehungen regelt. Inter-se-Beziehungen in einem völkerrechtlichen Vertrag zu regeln, kann vor allem dann nötig sein, wenn eine staatsrechtliche Ordnung, wie hier wegen der Desorganisation des Gesamtstaats, fehlt.

Selbst im Bundesstaat bemessen sich, falls eine Regelung in der Bundesverfassung fehlt, die Beziehungen zwischen den Gliedstaaten nach den Regeln des Völkerrechts (vgl. die Entschei-

dung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Lammers-Simons, I, 178 ff., 207 ff.; dazu die Fortentwicklung nach dem Recht des Grundgesetzes: BVerfGE 1, 14 (51); 34, 216 (230 ff.). Unrichtig ist also die Auffassung, jedes "Zwei-Staaten-Modell" sei mit der grundgesetzlichen Ordnung unvereinbar.

V.

Im einzelnen ist zur verfassungsrechtlichen Beurteilung des Vertrags noch folgendes auszuführen:

1. Wie oben dargelegt, setzt das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes der Gestaltungsfreiheit der Staatsorgane verfassungsrechtliche Grenzen: Es darf keine Rechtsposition aus dem Grundgesetz, die der Wiedervereinigung auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes dienlich ist, aufgegeben werden und es darf andererseits kein mit dem Grundgesetz unvereinbares Rechtsinstrument unter Beteiligung der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland geschaffen werden, das der Bemühung der Bundesregierung um Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann. In diesem Zusammenhang hat der Brief der Bundesregierung zur deutschen Einheit an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik seine Bedeutung:

Nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung vom 19. Juni 1973 steht fest, daß der wesentliche Inhalt des Briefes vor Abschluß der Verhandlungen angekündigt und der Brief der Gegenseite unmittelbar vor Unterzeichnung des Vertrags zugestellt worden ist. In ihm ist festgehalten, daß der Vertrag nicht in Widerspruch steht "zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Dieser Brief, der im Lichte der oben dargelegten Verfassungslage und der früher eingegangenen, oben zitierten vertraglichen Verpflichtung aus Art. 7 des Deutschlandvertrags zu verstehen ist, bestätigt nur, was sich aus der Interpretation des Vertrags selbst ergibt:

In der Präambel des Vertrags heißt es: "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage". Die "nationale Frage" ist für die Bundesrepublik Deutschland konkreter das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das auf die "Wahrung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes" geht. Die Präambel, so gelesen, ist ein entscheidender Satz zur Auslegung des ganzen Vertrags:

Er steht mit dem grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot nicht in Widerspruch. Die Bundesregierung verliert durch den Vertrag nicht den Rechtstitel, überall im internationalen Verkehr, auch gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, nach wie vor die staatliche Einheit des deutschen Volkes im Wege seiner freien Selbstbestimmung fordern zu können und in ihrer Politik dieses Ziel mit friedlichen Mitteln und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts anzustreben.

Der Vertrag ist kein Teilungsvertrag, sondern ein Vertrag, der weder heute noch für die Zukunft ausschließt, daß die Bundesregierung jederzeit alles ihr Mögliche dafür tut, daß das deutsche Volk seine staatliche Einheit wieder organisieren kann. Er kann ein erster Schritt sein in einem längeren Prozeß, der zunächst in einem der dem Völkerrecht bekannten verschiedenen Varianten einer Konföderation endet, also ein Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem Staat, also auf die Reorganisation Deutschlands.

2. In Art. 3 Abs. 2 des Vertrags bekräftigen die vertragschließenden Teile "die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität". Es gibt Grenzen verschiedener rechtlicher Qualität: Verwaltungsgrenzen, Demarkationsgrenzen, Grenzen von Interessensphären, eine Grenze des Geltungsbereichs des Grundgesetzes, die Grenzen des Deutschen Reiches

nach dem Stand vom 31. Dezember 1937, staatsrechtliche Grenzen und hier wiederum solche, die den Gesamtstaat einschließen, und solche, die innerhalb eines Gesamtstaates Gliedstaaten (z.B. die Länder der Bundesrepublik Deutschland) voneinander trennen.
Daß in Artikel 3 Abs. 2 eine staatsrechtliche Grenze gemeint ist, ergibt sich unzweideutig aus dem übrigen Inhalt des Vertrags (Art. 1, 2, 3 Abs. 1, 4, 6). Für die Frage, ob die Anerkennung der Grenze zwischen den beiden Staaten als Staatsgrenze mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist entscheidend die Qualifizierung als staatsrechtliche Grenze zwischen zwei Staaten, deren "Besonderheit" ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates "Deutschland als Ganzes" existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen.
Mit dieser Qualifizierung der Grenze ist einerseits vereinbar die Abrede, daß die beiden Staaten "normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung" entwickeln (Art. 1 des Vertrags), die Abrede, wonach beide Staaten sich von dem Prinzip der "souveränen Gleichheit aller Staaten", das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, leiten lassen (Art. 2 des Vertrags) und die Abrede, daß beide Staaten von dem Grundsatz ausgehen, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt und daß sie die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren (Art. 6 des Vertrags).
Andererseits trägt diese Qualifizierung der Staatsgrenze in Art. 3 Abs. 2 des Vertrags dem Anspruch des Grundgesetzes Rechnung, daß die nationale Frage, das ist die Forderung nach Erreichung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes, offen bleibt.
Wenn Art. 3 Abs. 2 des Vertrags das Wort "bekräftigt" verwendet, so läßt sich daraus nicht herleiten, daß hier nur eine anderweit - im Moskauer Vertrag - getroffene Regelung, die der Grenze den Charakter der staatsrechtlichen Grenze verliehen hat, in Bezug genommen wird, der Vertragsbestimmung also keinerlei konstitutive Bedeutung zukommt. Man kann Grenzen als Staatsgrenzen mehrfach vertraglich anerkennen und garantieren. Und das hat rechtliche Bedeutung, weil das Schicksal der verschiedenen vertraglichen Anerkennungen verschieden sein kann.
Ohne daß es also nötig wäre zu untersuchen, welche rechtliche Bedeutung der entsprechenden Regelung im Moskauer Vertrag zukommt, ist davon auszugehen, daß Art. 3 Abs. 2 des Vertrags eine neue und zusätzliche vertragliche Anerkennung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik enthält und diese Grenze konstitutiv garantiert. Sie ist in der oben gegebenen Qualifizierung (und nur in dieser Qualifizierung) mit dem Grundgesetz vereinbar.
Daß nach den auf den Vertrag anzuwendenden Regeln des Völkerrechts auch die Vereinbarung in Art. 3 Abs. 2 des Vertrags über Bestand und Verlauf der Grenze einer einvernehmlichen Änderung in Zukunft nicht entgegensteht, versteht sich von selbst.
3. In Artikel 6 kommen die Vertragsteile dahin überein, daß sie von dem Grundsatz ausgehen, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt und daß sie die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren.
Auch diese Vereinbarung ist nur mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn man sie dahin auslegt, daß für die Bundesrepublik Deutschland die Basis dieses Vertrags der von ihr nach dem Grundgesetz anzuerkennende Fortbestand Deutschlands als (zwar nicht organisierter und deswegen handlungsunfähiger) Staat ist und daß deshalb die wechselseitige Beschränkung der Hoheitsgewalt auf je das eigene Staatsgebiet und die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten ihren Bezug auf das besondere Verhältnis haben, in dem beide Staaten als Teilstaaten Gesamtdeutschlands zueinander stehen.

4. Art. 23 GG bestimmt: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder ... In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Daß diese Bestimmung in einem inneren Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsgebot steht, liegt auf der Hand. Doch darauf kommt es hier nicht an. Die Bestimmung hat ihre eigene Bedeutung und gehört nach ihrem Inhalt zu den zentralen Vorschriften, die dem Grundgesetz sein besonderes Gepräge geben. Sie besagt, daß sich diese Bundesrepublik Deutschland als gebietlich unvollständig versteht, daß sie, sobald es möglich ist und die Bereitschaft anderer Teile Deutschlands zum Beitritt vorliegt, von sich aus kraft dieser Verfassungsbestimmung das dazu Nötige zu tun verpflichtet ist, und daß sie erst "vollständig" das ist, was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören.
Dieses "rechtlich Offensein" gegenüber dem erstrebten Zuwachs liegt spezifisch darin, daß sie, die Bundesrepublik, rechtlich allein Herr der Entschließung über die Aufnahme der anderen Teile ist, sobald diese sich dafür entschieden haben beizutreten. Diese Vorschrift verbietet also, daß sich die Bundesregierung vertraglich in eine Abhängigkeit begibt, nach der sie rechtlich nicht mehr allein, sondern nur noch im Einverständnis mit dem Vertragspartner die Aufnahme verwirklichen kann.
Das ist etwas anderes als die politische, die faktische Abhängigkeit jeder Bundesregierung, derzeit Gelegenheit zur Aufnahme eines weiteren Teils Deutschlands nur zu haben, wenn die inzwischen anderweit staatlich organisierten Teile Deutschlands nach deren Verfassungsrecht die Voraussetzung für eine "Aufnahme" schaffen.
Art. 23 GG ist weder durch die politische Entwicklung überholt, noch sonst aus irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden. Er gilt unverändert fort.
"Andere Teile Deutschlands" haben allerdings mittlerweile in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Staatlichkeit gefunden. In dieser Weise organisiert, können sie ihren Willen zur Vereinigung mit der Bundesrepublik (ihren "Beitritt") nur in der Form äußern, die ihre Verfassung zuläßt. Die Voraussetzung für die Realisierung des Beitritts ist also ein staatsrechtlicher Vorgang in der Deutschen Demokratischen Republik, der einem rechtlichen Einfluß durch die Bundesrepublik nicht zugänglich ist. Das berührt jedoch nicht die beschriebene in Art. 23 GG enthaltene Verfassungspflicht, den anderen Teilen Deutschlands den Beitritt offen zu halten. Und daran hat auch der Vertrag nichts geändert.
Anders ausgedrückt: Die im Vertrag hingenommene Abhängigkeit vom Rechtswillen der Deutschen Demokratischen Republik bei der Realisierung der Aufnahme anderer Teile Deutschlands ist nichts weiter als eine Bestätigung dessen, was ohnehin rechtens ist, nachdem andere Teile Deutschlands sich in einem Staat Deutsche Demokratische Republik organisiert haben.
Das heißt dann allerdings zugleich, daß keine der Vertragsbestimmungen dahin ausgelegt werden kann, daß die Bereitschaft (und Aufforderung) der Bundesregierung, das ihr gemäß Art. 23 GG zur Pflicht Gemachte zu verwirklichen, ein vertragswidriges Verhalten wäre. Diese Aufnahme der anderen Teile Deutschlands in einen freien deutschen Staat, der rechtlich auch nach Inkrafttreten des Vertrags möglich bleiben muß, ist die grundgesetzlich gebotene Rechtsauffassung, die der politischen Vorstellung der Deutschen Demokratischen Republik entgegenzusetzen ist, daß es eine Vereinigung nur in einem kommunistischen deutschen Staat der Zukunft geben dürfe.
5. Was die Vereinbarkeit des Vertrags mit den grundgesetzlichen Regelungen der Staatsangehörigkeit in Art. 16 und 116 Abs. 1 GG angeht, so gilt folgendes: Die Bundesrepublik hat zu Protokoll erklärt: "Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden." Aber damit, daß eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen nicht getroffen worden ist, ist die Frage nicht ausgeräumt, ob der Vertrag nicht Auswirkungen auf die Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 16 und des Art. 116 Abs. 1 GG hat und welche dieser Auswirkungen im

Widerspruch mit den genannten grundgesetzlichen Vorschriften steht.
Art. 16 GG geht davon aus, daß die "deutsche Staatsangehörigkeit", die auch in Art. 116 Abs. 1 GG in Bezug genommen ist, zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bundesrepublik Deutschland verliert ein Deutscher diese deutsche Staatsangehörigkeit nicht dadurch, daß sie ein anderer Staat aberkennt. Eine solche Aberkennung darf die Bundesrepublik Deutschland nicht rechtlich anerkennen; sie ist für sie ohne Wirkung.
Der Status des Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, der die in diesem Grundgesetz statuierte deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, darf durch keine Maßnahme, die der Bundesrepublik Deutschland zuzurechnen ist, gemindert oder verkürzt werden. Das folgt aus der mit dem Status des Staatsangehörigen verbundenen Schutzpflicht des Heimatstaates.
Dazu gehört insbesondere, daß ein Deutscher, wann immer er in den Schutzbereich der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gelangt, - solange er nicht darauf verzichtet - einen Anspruch darauf hat, nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland vor deren Gerichten sein Recht zu suchen. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht auch gegenüber Urteilen von Gerichten der Deutschen Demokratischen Republik, die kein Ausland ist, den ordre public durchgreifen lassen (BVerfGE 11, 150 (160 f.).
Die weiteren Konsequenzen können hier auf sich beruhen. Jedenfalls: Müßte der Vertrag dahin verstanden werden, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich des Grundgesetzes nicht mehr als Deutsche im Sinne des Art. 16 und des Art. 116 Abs. 1 GG behandelt werden dürften, so stünde er eindeutig im Widerspruch zum Grundgesetz. **Der Vertrag bedarf daher, um verfassungskonform zu sein, der Auslegung, daß die Deutsche Demokratische Republik auch in dieser Beziehung nach dem Inkrafttreten des Vertrags für die Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland geworden ist.**
Der Vertrag bedarf weiter der Auslegung, daß - unbeschadet jeder Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts in der Deutschen Demokratischen Republik - die Bundesrepublik Deutschland jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der in den Schutzbereich der Bundesrepublik und ihrer Verfassung gerät, gemäß Art. 116 Abs. 1 und 16 GG als Deutschen wie jeden Bürger der Bundesrepublik behandelt.
Er genießt deshalb, soweit er in den Geltungsbereich des Grundgesetzes gerät, auch den vollen Schutz der Gerichte der Bundesrepublik und alle Garantien der Grundrechte des Grundgesetzes, einschließlich des Grundrechts aus Art. 14 GG. Jede Verkürzung des verfassungsrechtlichen Schutzes, den das Grundgesetz gewährt, durch den Vertrag oder eine Vereinbarung zur Ausfüllung des Vertrags, wäre grundgesetzwidrig.
6. Entsprechendes gilt für die Interpretation des Protokollvermerks "Wegen der unterschiedlichen Rechtspositionen zu Vermögensfragen konnten diese durch den Vertrag nicht geregelt werden".
7. Aus der dargelegten besonderen Natur des Vertrags folgt, daß der Vertrag auch nicht unvereinbar ist mit der nach dem Grundgesetz der Bundesregierung aufgegebenen Pflicht, allen Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG Schutz und Fürsorge angedeihen zu lassen.
Sie ist nach wie vor befugt, innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes, durch alle ihre diplomatischen Vertretungen und in allen internationalen Gremien, deren Mitglied sie ist, ihre Stimme zu erheben, ihren Einfluß geltend zu machen und einzutreten für die Interessen der deutschen Nation, zum Schutz der Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG und Hilfe zu leisten auch jedem Einzelnen von ihnen, der sich an eine Dienststelle der Bundesrepublik Deutschland wendet mit der Bitte um wirksame Unterstützung in der Verteidigung seiner Rechte, insbesondere seiner Grundrechte.
Hier gibt es für die Bundesrepublik Deutschland auch künftig keinen rechtlichen Unterschied

zwischen den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und "den anderen Deutschen".
Das Eigentümliche dieses Vertrags liegt gerade darin, daß er selbst als "Grundlagenvertrag" neben den Rechtsgrundlagen, die schon vorher das rechtlich besondere Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik begründet haben - die Rechtslage des nicht untergegangenen, aber nicht organisierten Gesamtdeutschlands und die Viermächte-Verantwortung für dieses Deutschland als Ganzes -, eine zusätzliche neue Rechtsgrundlage bildet, die die beiden Staaten in Deutschland enger als normale völkerrechtliche Verträge zwischen zwei Staaten aneinander binden.
8. Der Vertrag ändert nichts an der Rechtslage Berlins, wie sie seit je von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, den Ländern der Bundesrepublik und dem Bundesverfassungsgericht gemeinsam unter Berufung auf das Grundgesetz verteidigt worden ist. Das Grundgesetz verpflichtet auch für die Zukunft alle Verfassungsorgane in Bund und Ländern, diese Rechtsposition ohne Einschränkung geltend zu machen und dafür einzutreten. Nur in diesem Kontext dürfen die Erklärungen beider Seiten in bezug auf Berlin (West) ausgelegt und verstanden werden.
Das bedeutet u.a., das Einvernehmen in Absatz 1 der Erklärungen, wonach die Ausdehnung von Abkommen und Regelungen, die im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehen sind, in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) im jeweiligen Fall vereinbart werden kann, schränkt in keiner Weise die grundgesetzliche Pflicht der für die Bundesrepublik Deutschland handelnden Organe ein, bei jedem Abkommen und bei jeder Vereinbarung mit der Deutschen Demokratischen Republik, die ihrem Inhalt nach auf das Land Berlin und seine Bürger ausgedehnt werden können, auf der Ausdehnung auf Berlin zu bestehen und nur abzuschließen, wenn der Rechtsstand Berlins und seiner Bürger gegenüber dem für den Geltungsbereich des Grundgesetzes geltenden Rechtsstand - vorbehaltlich des für Berlin geltenden alliierten Vorbehalts und "in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971" - nicht verkürzt wird.
Entsprechendes gilt für die Vereinbarung in Absatz 2, wonach die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik die "Interessen" von Berlin (West) vertreten wird.
Schließlich ist festzuhalten, daß die in Absatz 3 vorgesehene Möglichkeit von "Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat" das Land Berlin nicht von der Beachtung der grundgesetzlichen Ordnung befreit.
9. Alles, was bisher zur Auslegung des Vertragswerks ausgeführt worden ist, gilt sinngemäß auch für den Abschluß der im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 vorgesehenen und der sonst zur Ausfüllung des Vertrags noch denkbaren Folgeverträge und -vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik. Das bedeutet beispielsweise:
a) Das im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 Nr. 5 vorgesehene Post- und Fernmeldeabkommen darf weder für die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland noch für die Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik eine Verkürzung oder Lockerung der Garantie des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 GG) noch eine in Art. 5 GG nicht vorgesehene Einschränkung des freien Austausches von Meinungen und Informationen enthalten. Auch der im Zusatzprotokoll zu Artikel 7 Nr. 1 in Bezug genommene Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der bestehenden Abkommen darf im Zuge der Fortentwicklung kein Außenhandel werden; d.h. es darf in diesem Bereich keine Zollgrenze vereinbart werden.
b) Was Fernsehen und Rundfunk angeht, die in der Programmgestaltung staatsunabhängig sind, ist klarzustellen, daß sich daran auch nach dem Vertrag nichts ändert, daß insbesondere der Vertrag keine Rechtsgrundlage dafür abgibt, durch entsprechende gesetzliche oder verwaltungsmäßige Maßnahmen Sendungen, die der Deutschen Demokratischen Republik uner-

wünscht sind, zu unterbinden.
Was immer in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der allgemeinen anstaltseigenen Richtlinien und im Rahmen der bestehenden Anstaltsorganisationsgesetze ausgestrahlt wird, kann nicht als mit dem Vertrag unvereinbar angesehen werden; erst recht nicht darf die Bundesrepublik Deutschland sich in eine Vereinbarung einlassen, durch die diese Freiheit der Anstalten eingeschränkt wird.
Mit anderen Worten: Das Grundrecht aus Art. 5 GG kann unter Berufung auf den Vertrag auch dann nicht eingeschränkt werden, wenn die andere Seite mit der Behauptung arbeitet, gewisse Sendungen widersprächen dem Inhalt und Geist des Vertrags, weil sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Vertragspartners seien, und müßten deshalb in Erfüllung der vertraglich übernommenen Pflicht unterbunden werden.
c) Entsprechendes gilt für das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Auch die Bildung von Vereinigungen, die der anderen Seite wegen ihres Programms unerwünscht sind, kann, solange sie sich an die grundgesetzliche Ordnung halten, nicht an die Zügel genommen werden, wenn der Vertragspartner ihre Ziele und Propaganda als mit dem Inhalt und Geist der Verträge unvereinbar angreift und verlangt, daß sie wegen angeblicher Einmischung in innere Verhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik verboten werden.
d) Ebenso wenig darf der Vertrag dahin verstanden werden, daß er die Bundesregierung und alle übrigen Organe in Bund und Ländern von der verfassungsmäßigen Pflicht entbinde, das öffentliche Bewußtsein nicht nur für die bestehenden Gemeinsamkeiten, sondern auch dafür wach zuhalten, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede zwischen der Lebens- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und der Lebens- und Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik bestehen.
Jeder Versuch, die Bundesregierung in diesem Bereich in ihrer Freiheit und verfassungsmäßigen Vertretung der Interessen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu beschränken mit der Behauptung, sie verstoße gegen den Inhalt und Geist des Vertrags und mische sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik ein, handle also vertragswidrig, stellt seinerseits eine Vertragswidrigkeit dar.
e) Schließlich muß klar sein, daß mit dem Vertrag schlechthin unvereinbar ist die gegenwärtige Praxis an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, also Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Schießbefehl. Insoweit gibt der Vertrag eine zusätzliche Rechtsgrundlage dafür ab, daß die Bundesregierung in Wahrnehmung ihrer grundgesetzlichen Pflicht alles ihr Mögliche tut, um diese unmenschlichen Verhältnisse zu ändern und abzubauen.

VI.

Abschließend bedarf es zur Klarstellung der Bedeutung dieser Begründung des Urteils noch folgender Bemerkungen:
1. Die vorstehende Begründung behandelt den Vertrag wie ein vom Bundesgesetzgeber erlassenes Gesetz, läßt also beiseite, daß es auch spezifische Grenzen für die Vertragsauslegung gibt. Ihnen ist Rechnung getragen durch die Überlegung: Alle Ausführungen zur verfassungskonformen Auslegung des Vertrags lassen sich zurückführen auf den einen Grunddissens, den der Vertrag selbst in der Präambel offen legt; die Vertragschließenden sind sich einig, daß sie über die "nationale Frage" nicht einig sind; wörtlich heißt es: "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage".
Es entspricht also in diesem Fall den besonderen Regeln über die Auslegung von Verträgen, wenn das Urteil aus diesem Dissens für die Auslegung des Vertrags alle Konsequenzen zieht, die die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner nach dem Recht des Grundgesetzes für sich in Anspruch nehmen muß.

2. Aus dem bisher Dargelegten ergibt sich, daß der Vertrag als ein Vertrag, der auf Ausfüllung angelegt ist, rechtlich außerordentlich bedeutsam ist nicht nur durch seine Existenz und durch seinen Inhalt, sondern vor allem auch als Rahmen für die künftigen Folgeverträge. Alle Ausführungen der Urteilsbegründung, auch die, die sich nicht ausschließlich auf den Inhalt des Vertrags selbst beziehen, sind nötig, also im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teil der die Entscheidung tragenden Gründe.
3. Die Deutsche Demokratische Republik hatte vor Inkraftsetzen des Vertrags (20. Juni 1973) volle Kenntnis von dem beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren, von der Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts, von der Bindung der Bundesregierung und aller Verfassungsorgane, Gerichte und Behörden des Bundes und der Länder an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, kannte die rechtlichen Darlegungen der Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren, die in der Substanz mit der durch dieses Urteil verbindlich gewordenen Rechtsauffassung nicht in Widerspruch stehen, und den vollen, im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Text des Vertragsgesetzes einschließlich des schon bei der Paraphierung des Vertrags angekündigten Briefes zur deutschen Einheit und war von der Bundesregierung - ohne daß ihr von der anderen Seite widersprochen wurde - immer wieder darauf hingewiesen worden, daß sie den Vertrag nur abschließen könne so, wie er mit dem Grundgesetz vereinbar sei.
Diese Umstände sind geeignet auch in der völkerrechtlichen Auseinandersetzung, insbesondere auch gegenüber dem Vertragspartner dem Vertrag die Auslegung zu geben, die nach dem Grundgesetz erforderlich ist. Das steht im Einklang mit einem Satz des allgemeinen Völkergewohnheitsrechts, der in der Staatenpraxis Bedeutung hat, wenn es darum geht, ob ausnahmsweise ein Vertragsteil sich dem anderen gegenüber darauf berufen kann, dieser hätte erkennen können und müssen, daß dem Vertrag in einer bestimmten Auslegung das innerstaatliche Verfassungsrecht entgegensteht.
VII.
Diese Entscheidung ist einstimmig ergangen. ...<<
Die Bundesverfassungsrichter stellen im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 jedoch klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<
Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert!
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über das Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag mit der DDR und dem Fortbestand des Deutschen Reiches (x028/169): >>... Was die anderen Teile Deutschlands betrifft, so wird im selben Urteil festgestellt: "Andere Teile Deutschlands haben allerdings mittlerweile in der deutschen Demokratischen Republik ihre Staatlichkeit gefunden".
Daß das Bundesverfassungsgericht nicht von "den anderen Teilen ", sondern unbestimmt von "anderen Teilen" ohne Gebrauch des bestimmten Artikels, spricht, scheint darauf hinzuweisen, daß es nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes noch weitere Teile Deutschlands jenseits des Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland und DDR gibt. Aus dieser Deduktion (Ableitung) ist argumentiert worden, daß Deutschland als Rechtssubjekt mit dem Gebietsbestand seiner völkerrechtsgemäßen Vorkriegsostgrenze fortbestehen muß.<<
10.08.1973
USA: Der US-Milliardär David Rockefeller (1915- 2017) schreibt am 10. August 1973 in der "New York Times" über die kommunistische Revolution in China (x347/320): >>… Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution gewesen sein mag, so war sie doch offen-

sichtlich erfolgreich, nicht nur bei der Schaffung einer effizienteren und motivierten Verwaltung, sondern auch darin, eine höhere Moral und einen besseren Gemeinschaftsgeist zu schaffen. ... Das Sozialexperiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.<<

24.08.1973

China: Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai (1898-1976) berichtet am 24. August 1973 auf dem X. Parteitag (x128/338-339): >>Genossen!

In einem halben Jahrhundert hat unsere Partei zehnmal große Kämpfe zweier Linien erfahren. Der Zusammenbruch der parteifeindlichen Lin-Piao-Clique bedeutet keineswegs den Abschluß des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei.

Die in- und ausländischen Feinde wissen, daß eine Festung am leichtesten von innen her einzunehmen ist. Es ist viel leichter, die Diktatur des Proletariats durch jene Machthaber umzustürzen, die sich in die Partei eingeschlichen haben und den kapitalistischen Weg gehen, als daß die Grundherren und Kapitalisten selbst ins Rampenlicht treten, zumal diese in der ganzen Gesellschaft schon in üblem Ruf stehen. ...

Wir müssen daher unser möglichstes tun, um solche Abweichungen rechtzeitig zu entdecken und zu korrigieren. Wenn uns eine falsche Tendenz wie eine steigende Flut entgegenschlägt, dürfen wir uns nicht vor dem Isoliertwerden fürchten, sondern müssen den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen und ihr die Stirn zu bieten.

Vorsitzender Mao hat festgestellt: "Gegen die Strömung anzukämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus." ...<<

18.09.1973

USA: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehören.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) können gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten sind z.B. ermächtigt, bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch eingreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland werden auch später nicht aufgehoben und existieren noch immer.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die UN-Feindstaatenklausel (x306/177-179): >>... Überall sind - jahrelang nicht beachtet - Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden.

Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwickelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdachte Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt.

Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Maßstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.

Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107 sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Maßnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gegen die Besiegten getroffen werden. So konnte anläßlich der Berliner Blockade

1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO Satzung eingewandt werden, daß die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zu Ende gehe, wo Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.
Als ein CDU Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, daß die deutsche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können.
Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, daß sich die westlichen Alliierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen.
Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954 eine ähnliche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Rußland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichterklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten.
Der Art. 53 der UNO-Satzung hat das Ziel, "die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern". Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflußbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetunion nicht zum Vorteil gereicht.
"Wiederaufnahme der Angriffspolitik" ist ein Urteil, das über Maßnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und bloße Gesinnungsäußerungen gleichermaßen gefällt werden kann.
Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, daß das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs dadurch "überholt" wurde, daß man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten ließ. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muß es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, daß er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.
Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8, April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, "daß der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht".
In Art. 5 verpflichten sich die beiden vertragschließenden Parteien, "alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von Seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von Seiten irgendeines Staates, der mit diesen

Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen". Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, daß dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf.
Nur die deutsche Politik nimmt die großen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die großen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charakteristische "Juristenmonopol" läßt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne daß sie dessen gewahr wird.<<

Oktober 1973

Israel: Im Oktober 1973 bringt ein ägyptisch-syrischer Überraschungsangriff ("Jom-Kippur-Krieg") Israel zeitweise in große in Bedrängnis.
Nach wechselvollen Kämpfen und hohen Verlusten können israelische Truppen die Angreifer während des Zweifrontenkrieges am Suezkanal (gegen Ägypten) und bei den Golanhöhen (gegen Syrien) letzten Endes zurückdrängen oder einschließen.
Die UdSSR und die USA setzen in der UNO schließlich einen Waffenstillstand durch. Nach Vermittlung des US-Außenministers Kissinger gibt Israel 1974 einen Streifen am Suezkanal an Ägypten zurück und Syrien erhält das Gebiet um Kuneitra auf den Golanhöhen zurück.
Nahum Goldmann (1895-1982, von 1949-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) schreibt später über die Folgen des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 1973 (x067/-192): >>... Vielleicht die wichtigste Folge des Jom-Kippur-Krieges war die Änderung in der amerikanischen Haltung gegenüber der Lage im Nahen Osten.
Die amerikanische Regierung begann sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß ihre Politik der Passivität und des Nichtstuns und des Versuches, den Status quo fortzusetzen, mit einem völligen Mißerfolg geendet hatte und eine Bedrohung darstellte, nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für die Politik der Entspannung, die Nixon und Kissinger zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingeleitet hatten.
Die beiden Supermächte, vor allem die USA, die allein die Mittel haben, Israel zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen, begannen ihre passive Politik durch eine mehr aktive zu ersetzen. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973" (x169/33-35): >>... Die schockierenden Rückschläge Israels zu Beginn und seine bedeutenden Verluste während des arabisch-israelischen Oktober-Krieges von 1973 sowie seine zunehmende internationale Isolation danach verschärften die Befürchtungen der amerikanischen Juden bezüglich Israels Verwundbarkeit. Entsprechend trat nun die Erinnerung an den Holocaust in den Mittelpunkt des Geschehens.
Novick schreibt dazu: "Unter amerikanischen Juden ... bekam die Situation eines verwundbaren Israels allmählich eine erschreckende Ähnlichkeit mit der der europäischen Juden dreißig Jahre zuvor. ... Nicht nur war das der 'Take off' des Redens über den Holocaust in Amerika, es wurde auch zunehmend institutionalisiert." - Doch im Krieg von 1948 hatte Israel sich näher am Abgrund befunden und weit mehr Opfer zu beklagen gehabt als 1973.
Klar, abgesehen von seinem Bündnis mit den USA war Israel nach dem Oktober-Krieg von 1973 international nicht mehr gut angesehen. ... Abba Eban erinnert sich traurig seiner glänzenden Vorstellung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die, "nachdem sie die Rede mit anhaltendem und heftigem Applaus bedacht hatte, in der Folge mit großer Mehrheit gegen uns stimmte".
Bei diesem Konsens spielten die USA eine herausragende Rolle. Nicht nur, daß Eisenhower

Israel zum Rückzug zwang, auch die öffentliche Unterstützung für Israel in den USA fiel auf einen "erschreckenden Tiefstand" (so der Historiker Peter Grose). ...
Tatsächlich trat die Holocaust-Industrie nicht deshalb in den Mittelpunkt des Geschehens, weil Israels unerwartete Rückschläge während des Oktober-Krieges von 1973 ... Erinnerungen an die "Endlösung" wachriefen. ... Die historischen Dokumente legen überzeugend nahe, daß die amerikanischen Juden, wenn Israel nach dem Oktober-Krieg wirklich allein dagestanden hätte, sich um keinen Deut mehr an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnert hätten als nach den Kriegen von 1948 oder 1956. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet später (am 25. Oktober 2023) über die Folgen des Jom-Kippur-Krieges: >>**Ölkrise 1973: Die Scheichs drehen den Hahn zu**
Von *Sven Reuth*
Die Ölkrise von 1973, die vor 50 Jahren eskalierte, beendete die scheinbar endlos währende Ära des Wirtschaftswunders. Der Glaube an das ewige Wachstum zerbarst für immer, die Apokalyptiker und Pessimisten übernahmen das Ruder. …
Es herrschte regelrechte Grabesstimmung unter den in traditionelle weiße Galabiyyas gekleideten Vertretern der arabischen Staaten an diesem 16. Oktober 1973 im hochnoblen Hilton-Hotel von Kuwait-City. Es war erst eine gute Woche her, seit eine von ägyptischen und syrischen Truppen angeführte Überraschungsattacke auf Israel große Anfangserfolge erzielt hatte, auch weil sie pünktlich zu Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, erfolgt war, als sich der Gegner in einem tiefen Ruhezustand befunden hatte. Den Angreifern gelang die vorher nicht für möglich gehaltene Überquerung des stark befestigten Suez-Kanals und das weite Eindringen in den israelisch besetzten Sinai.
Die Saudis wechseln das Lager
Die Lage wurde in Tel Aviv als so ernst angesehen, daß Regierungschefin Golda Meir 13 Atombomben gefechtsbereit machen ließ. Als der damalige US-Außenminister Henry Kissinger davon hörte, ordnete er die Operation "Nickel Grass" an. Diese bestand aus einer Luftbrücke, über die an nur zwei Tagen mehr als 20.000 Tonnen militärisches Material, darunter zahlreiche Panzer und Militärflugzeuge, nach Israel gebracht wurden. Die Stärkung des Washingtoner Verbündeten mit konventionellen Waffen sollte den drohenden nuklearen Krieg verhindern. Dieser Plan ging voll und ganz auf. Innerhalb weniger Tage drehte sich das Geschehen, die Israelis standen kurz vor Kairo und Damaskus.
Fast im gesamten Nahen und Mittleren Osten verfolgte man die Wendung der Kämpfe mit ohnmächtiger Wut. Diesmal würde man nicht nachgeben wie nach dem verlorenen Sechstagekrieg 1967, als der Sinai und die Golanhöhen von dem neuen, erst 1948 gegründeten Staat okkupiert worden waren. In Kuwait beschlossen die arabischen Staaten deshalb, ihr Öl um 70 Prozent auf gut fünf Dollar je Barrel zu verteuern. Möglich war dies nur, weil auch der saudische König Faisal umschwenkte.
Der zuvor häufig als "Tankwart der USA" verspottete fanatische Antikommunist geriet unter dem Eindruck der sich überschlagenden Ereignisse in so große Erbitterung, daß er sich den zuvor schon kursierenden Embargoplänen anschloß. Damit hatte wiederum im Westen niemand gerechnet, denn der Monarch stand nun plötzlich in einer Front mit dem sozialistischen algerischen Staatschef Houari Boumedienne und dem libyschen Oberst Muammar al-Gaddafi und avancierte damit zum Partner von Leuten, um die er zuvor einen großen Bogen gemacht hatte. Auch die Regierung in Bonn unter Kanzler Willy Brandt begriff sofort, in welch hochgefährliche Lage das eigene Land nun mehr oder weniger über Nacht zu geraten drohte.
Schlechte Nachrichten aus Riad
Ziemlich bedröppelt nahm man die Neuigkeiten aus Riad auf, denn bisher war man eigentlich - wie der Rest der Welt auch - davon ausgegangen, daß die Saudis ihre Fördermenge in den

kommenden zehn Jahren von täglich 8,3 Millionen auf 20 Millionen Barrel (diese Maßeinheit umfaßt 159 Liter) steigern würden. Davon konnte nun keine Rede mehr sein, vielmehr stellte sich direkt die Frage, wie man überhaupt über den nahenden Winter kommen sollte.
Die Bild-Zeitung wetterte in einer Balkenüberschrift über "Die Erpresser, die aus der Wüste kommen", aber das half jetzt auch nichts mehr. Der Blick auf die eigene Energiebilanz offenbarte ein Desaster. Die Bundesrepublik deckte damals 55 Prozent ihres Energiebedarfs mit eingeführtem Rohöl, davon kamen wiederum 75 Prozent aus den arabischen Ländern. Es gab also allen Grund dafür, in Panik zu geraten.
Für die damals aus zehn Staaten bestehende OPEC, die Organisation erdölexportierender Länder, war es angesichts dieser Machtverhältnisse auf den Energiemärkten ein Kinderspiel, die Preise für das schwarze Gold auch in Deutschland durch die Decke schießen zu lassen. Sie vervierfachten sich innerhalb nur eines Jahres auf bis zu 12 US-Dollar pro Barrel.
Die Wirtschaftswunderzeit der 50er und 60er Jahre nahm ein abruptes Ende, und sie sollte, wie wir heute wissen, nie wieder zurückkehren. Zum ersten Mal seit den frühen dreißiger Jahren war man in Westdeutschland auch wieder mit massenhafter Arbeitslosigkeit konfrontiert, die Zahl der Betroffenen stieg zwischen 1973 und 1975 von 273.000 auf über eine Million Personen. Die Autobranche, die in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Krieg der Boomsektor schlechthin gewesen war, rutschte in eine tiefe Krise und mußte ihre Produktion um 18 Prozent senken.

Der Golf rettet VW

Der VW-Konzern, der jahrzehntelang prächtig von seinem Brot-und-Butter-Modell Käfer gelebt hatte, geriet gar in eine Misere, die sich zu einer existentiellen Bedrohung auswuchs. In der Liste der größten deutschen Unternehmen sackten die Wolfsburger 1974 vom ersten auf den siebten Platz ab, ein Minus von über 800 Millionen DM klaffte in den Kassen. Es würde den heute größten europäischen Autohersteller wohl gar nicht mehr geben, wenn nicht einem Trio, das aus dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Rudolf Leiding, dem österreichischen Konstrukteur Ernst Fiala und dem italienischen Designer Giorgio Giugiario bestand, mit der raschen Entwicklung und Markteinführung des VW Golf ein absoluter Geniestreich gelungen wäre.
Die Politik versuchte so schnell wie möglich auf die sich überschlagenden Ereignisse zu reagieren. Schon am 17. Oktober 1973 - also einen Tag nach der Embargoverkündigung durch die Araber - flog der damalige Wirtschaftsstaatsekretär Detlev Rohwedder, der 18 Jahre später unter bis heute ungeklärten Bedingungen von der dritten Generation der RAF ermordet wurde, nach Südafrika.
Nachdem Ägypten den Suezkanal 1967 aus Protest gegen seine Gebietsverluste nach dem Sechstagekrieg gesperrt hatte, war das Kap der Guten Hoffnung zu einem der wichtigsten Öl-Drehkreuze der damaligen Zeit geworden - und der SPD-Politiker unternahm noch einen letzten desperaten Versuch, die Tanker in letzter Sekunde von dem offiziell boykottierten Hafen Rotterdam nach Wilhelmshaven umzulotsen.

Leere Autobahnen, spielende Kinder

Der Bundestag verabschiedete unterdessen ein Energiesicherungsgesetz, das den Wirtschaftsminister Hans Friderichs dazu ermächtigte, Rechtsverordnungen zu erlassen. Davon machte der FDP-Politiker energisch Gebrauch. Er erklärte alle vier Adventssonntage des Jahres 1973 für autofrei und erließ ein Tempolimit von 100 bzw. 80 Kilometern auf Autobahnen und Landstraßen.
In dieser Zeit entstanden die surrealen und ikonischen Fotos von Kindern, die auf Schnellstraßen herumhüpften und ein ganzes Kreidestück aufbrauchten, um ein riesiges Graffiti zu hinterlassen. Oder von Pferdekutschen, die über sonst vielbefahrene Kreuzungen rollten und Skilangläufern, die ihre Brettl auspackten und für die der schneebedeckte Asphalt zur Loipe wur-

de. In Österreich verkündete Kanzler Bruno Kreisky die Einführung von Energieferien im Februar, die in den beiden kältesten Wochen des Jahres dazu beitragen sollten, die Heizkosten zu minimieren.
Das alles waren die Bilder und Ereignisse, die sich an der Oberfläche abspielten und ins kollektive Gedächtnis einbrannten. Wichtiger jedoch war die grundlegende Neuformatierung der Wirtschaft, die durch die Krise nötig wurde. Damals begann auf Samtpfoten der bis heute anhaltende Siegeszug des Erdgases. Auf fast wundersame Art und Weise wurde der zu dieser Zeit noch recht exotische Energieträger genau im Oktober 1973 - also in der Stunde der höchsten Not - von der Sowjetunion erstmals in die Bundesrepublik exportiert. Damit kam damals aber nur eine schon seit Jahrzehnten geplante Entwicklung zum Abschluß - und das zufälligerweise genau zum richtigen Zeitpunkt.
Schon in den fünfziger Jahren hatte der legendäre Krupp-Manager Berthold Beitz erste Fühler nach Moskau ausgestreckt und ein Tauschgeschäft "Rohre gegen Erdgas" angebahnt. Der geplante Osthandel konnte nur mit Mühe von den US-Amerikanern ausgebremst werden, die im Jahr 1963 über den NATO-Rat ein gegen die Sowjetunion gerichtetes Embargo für diese Produkte initiierten. So sollte "Druschba", deutsch "Freundschaft", verhindert werden, die Leitung, die das sibirische Erdöl in die Satellitenstaaten Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und die DDR bringen sollte.<<

10.12.1973

BRD: Der Bund der Vertriebenen weist am 10. Dezember 1973 in einer Petition an die UNO auf die noch immer ungesühnten Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen hin (x077/133-134): >>Petition vom Dezember 1973, unterzeichnet von 144.000 Personen, darunter 4 Ministerpräsidenten der Länder und 2 ehemalige Bundeskanzler.
Millionen deutscher Vertriebener,
durch sowjetrussische, polnische, tschechoslowakische, ungarische, rumänische und jugoslawische Behörden in den Jahren 1944 bis 1948 aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben, ausgewiesen oder zur Flucht genötigt, wobei ein Fünftel den Tod gefunden hat und Werte in Höhe von 350 Milliarden DM widerrechtlich entzogen oder vernichtet worden sind,
gedenken am 10. Dezember 1973 der 25. Wiederkehr des Tages, an dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten feierlich verabschiedet hat.
Sie erinnern daran, daß bei der Vertreibung ihre fundamentalen Menschenrechte verletzt wurden:
Das Recht auf Freiheit, Gleichheit und Achtung ihrer Würde ohne Rücksicht auf Sprache oder nationale Herkunft,
das Recht vor willkürlichem Entzug der Staatsangehörigkeit sowie vor unmenschlicher sowie erniedrigender Behandlung, vor willkürlicher Festnahme und Haft sowie willkürlichem Entzug des Eigentums geschützt zu sein,
das Recht, seinen Wohnsitz frei zu wählen und in sein Land zurückzukehren,
das Recht auf freie Berufswahl, soziale Sicherheit und die zur Entwicklung der Persönlichkeit unentbehrlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte,
das Recht auf Unterlassung unterschiedlicher Behandlung und auf Schutz vor Diskriminierung und Handlungen, die die Grundrechte verletzen.
Diese grundlegenden Rechte sind für die Millionen aus ihren Wohnsitzen vertriebenen Deutschen in ihrer angestammten Heimat bisher nicht wiederhergestellt worden und werden auch heute noch aktuell und fortwährend unter Bruch der Menschenrechte Hunderttausenden Deutschen gegenüber verletzt, die in der Heimat zurückgeblieben sind.
Millionen deutscher Vertriebener bekennen sich unbeirrt zu den in der Erklärung umschriebe-

nen Rechten und haben dies bereits in der am 5. August 1950 verabschiedeten Charta der Heimatvertriebenen getan. Trotz des erlittenen schweren, entwürdigenden Unrechts haben die deutschen Vertriebenen darin auf jede Rache und Vergeltung für alle Zeit verzichtet, aber gleichzeitig verlangt, daß ihr Recht auf die Heimat verwirklicht werde.
Millionen deutscher Vertriebener fordern die Beseitigung der Folgen des ihnen zugefügten und in der angestammten Heimat noch bestehenden Unrechts mit friedlichen Mitteln und unter Achtung der Würde, Existenz und angemessenen Entfaltung der beteiligten Völker.
Sie fordern die einheitliche Auslegung der Menschrechtserklärung in allen Staaten der Welt, die vertragliche Sicherung der in der Erklärung beschworenen Rechte durch den Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 und eine wirksame internationale Kontrolle für ihre Verwirklichung.
Sie stützen sich dabei auch auf eine große Zahl internationaler und innerstaatlicher Rechtsgrundsätze und Normen und auf Erklärungen, die auf dem Völkergewohnheitsrecht gründen. Sie berufen sich ferner auf das Urteil des höchsten Gerichts des freien Deutschlands, des Bundesverfassungsgerichts, vom 31. Juli 1973.
Die deutschen Vertriebenen verfolgen damit nicht nur ihre eigenen Ziele, sondern vereinigen sich mit den Stimmen derjenigen, die zur 25. Wiederkehr der Verabschiedung der allgemeinen Menschenrechtserklärung ihre Hoffnung auf die weltweite Verwirklichung der darin verankerten Rechte setzen:
Sie fordern, daß allen Menschen ohne Rücksicht auf Sprache, Glaube und Herkunft das Grundrecht auf ungestörten Verbleib in der angestammten Heimat und auf die Verwirklichung aller Grundfreiheiten und Menschenrechte für den einzelnen und die Gemeinschaften gesichert ist. Sie fordern, daß die Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz gewährleistet und, wo verletzt, auf friedlichem Wege unter internationaler Kontrolle wiederhergestellt wird.
Hierfür sich mit friedlichen Mitteln einzusetzen, ist ihre und ihrer Nachkommen Pflicht und Versprechen. ...<<

11.12.1973

CSR: Durch Unterzeichnung des Prager Vertrages wird am 11. Dezember 1973 das Münchener Abkommen vom 29.09.1938 "als nichtig" erklärt (x024/269-270): >>Artikel I: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.
Artikel IV: 1. In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Grundsätzen bekräftigen die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.
2. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<
Die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei nehmen anschließend diplomatische Beziehungen auf.

31.12.1973

Belgien: Dänemark, Großbritannien und Irland treten im Jahre 1973 der EG bei.

1974

>>Ein von Zorn getrübtes Auge sieht nicht mehr, was recht oder unrecht ist.<< (Bernhard von Clairvaux)

01.02.1974

DDR: Ab 1. Februar 1974 dürfen DDR-Bürger, die Devisen besitzen, im "Intershop" einkau-

fen.
In diesen Läden gibt es vor allem "Westprodukte" und manche Waren aus der DDR-Produktion, die man sonst nirgends erwerben kann. Wer kein Westgeld hat, besorgt sich DM durch illegale Tauschgeschäfte (zum Kurs von 1:5). Für die SED sind die Intershops wichtige Devisenbringer.

21.02.1974

BRD: Bundesverteidigungsminister Georg Leber (1920-2012) berichtet am 21. Februar 1974 über die Unterschiede zwischen Bundeswehr und NVA (x243/211): >>... Wir wissen, daß drüben die Soldaten gedrillt werden, ... diese angeblich "degenerierte kapitalistische westliche Gesellschaft" hassen zu lernen, nämlich uns.
Mir genügt es, daß der junge Soldat, der niemand anderen bedrohen soll, sondern nur sein eigenes Land schützen soll, davon überzeugt ist, daß diese unsere Verfassung, die ihm seinen Auftrag gibt, die freiheitlichste Verfassung ist, die es in unserem Lande je gegeben hat, ... daß dieses Land, in dem er lebt, und seine Ordnung etwas wert sind und daß er sich vor sein Land stellt.<<

Februar 1974

DDR: Die SED-Zeitschrift "Einheit" berichtet im Februar 1974 über die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland" (x296/210 L): >>Die einheitliche deutsche Nation gehört ... der geschichtlichen Vergangenheit an. Die sozialistische und kapitalistische Nation haben zwar eine gemeinsame geschichtliche Vergangenheit, aber keine gemeinsame Gegenwart und Zukunft mehr. ...
Die Tatsache, daß zwischen der sozialistischen deutschen Nation und der kapitalistischen deutschen Nation ethnische Gemeinsamkeiten bestehen, kann daran nichts ändern, denn erstens ist die soziale Seite (die soziale Grundlage und der soziale Inhalt der Nation) entscheidend, und zweitens werden ethnische Gemeinsamkeiten nur im Zusammenhang mit den sozialen Faktoren für die Nation bedeutungsvoll.
Es gibt auch ethnische Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen, Österreichern, Schweizern und den französischen Elsässern und Lothringern, ohne daß es sich um nationale Gemeinsamkeiten handelt.
Die Versuche, eine angeblich noch existierende einheitliche deutsche Nation zu konstruieren, sind darauf gerichtet, die gesetzmäßige Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR aufzuhalten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. ...<<

22.03.1974

BRD: Die Volljährigkeit wird am 22. März 1974 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, während man die Ehemündigkeit der Frauen von 16 auf 18 Jahre erhöht.
Im Strafrecht gelten die jungen Menschen weiterhin bis zum Alter von 21 Jahren als Jugendliche (x175/699).

25.04.1974

BRD: Günter Guillaume (1927-1995, ab 1950 MfS-Agent, seit 1972 persönlicher Referent des Bundeskanzlers Brandt) wird am 25. April 1974 wegen Spionage für die DDR verhaftet.
Danach entwickelt sich der größte Spionagefall seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.
Der angebliche "DDR-Flüchtling" Günter Guillaume war im Jahre 1956 mit seiner Frau in die Bundesrepublik Deutschland "geflohen". Guillaume wurde später Mitglied der SPD und erhielt 1970 eine Stelle im Bundeskanzleramt. Er war seit Februar 1973 Kanzlerreferent und konnte deshalb geheime Informationen über Gespräche und Entscheidungen des Kanzlers und führender SPD-Politiker an die DDR weiterleiten.

06.05.1974

BRD: Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) tritt am 6. Mai 1974 infolge der "Spionageaf-

färe Guillaume" zurück.
Die Regierungskoalition (SPD/FDP) bleibt bestehen.

15.05.1974

BRD: Der FDP-Politiker Walter Scheel wird am 15. Mai 1974 zum Bundespräsidenten gewählt.

16.05.1974

BRD: Helmut Schmidt (SPD) wird am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

17.06.1974

BRD: Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" erklärt am 17. Juni 1974 (x156/9): >>Vor 25 Jahren ist im Grundgesetz das Ziel der Bundesrepublik Deutschland gesetzt worden: Einheit und Freiheit der Deutschen in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Dieser unveränderten Zielsetzung entspricht die Pflicht, die demokratische und soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten, daß sie für alle Deutschen zukunftweisend ist. ...
Die Deutschen müssen für ihre nationale Selbstverwirklichung mit friedlichen Mitteln unentwegt tätig sein. Gegenüber staatlicher Trennung muß die Einheit der Nation als Grundlage für die Selbstbestimmung gewahrt werden.
Auf der Basis des Grundlagenvertrages, nachdem er für Befürworter wie für Kritiker gilt, muß nunmehr versucht werden, das Beste für alle Deutschen aus der neuen Situation zu machen.
Es gilt, die gemeinsame Kultur und Sprache zu pflegen. Es gilt, vor allem, menschliche Beziehungen zu erhalten und Schritt für Schritt zu erweitern ...<<

18.06.1974

BRD: Der Bundestag beschließt am 18. Juni 1974 eine umfassende Gesundheitsreform.
Um die Verbraucher vor gesundheitlichen Schäden zu schützen, wird z.B. die Rundfunk- und TV-Werbung für Tabakerzeugnisse verboten.

05.08.1974

CSR: "Radio Prag" dementiert am 5. August 1974 angebliche Nachkriegsverbrechen an Deutschen (x025/71): >>... Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die rund um die sog. "Dokumentation" entfesselte Kampagne über an Deutschen begangene Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet.<<

08.08.1974

USA: Um einem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen, tritt Nixon am 8. August 1974 als erster Präsident der USA zurück.
Infolge eines Einbruches von Beauftragten des republikanischen "Komitees für die Wiederwahl des Präsidenten" in das Hauptquartier der Demokraten ("Watergate Apartments" in Washington im Juni 1972) war wegen Mitwisserschaft des republikanischen Präsidenten Nixon ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet worden.
Die "Watergate-Affäre" löst damals eine heftige politische Vertrauenskrise aus.

09.08.1974

USA: Gerald Rudolph Ford (1913-2006, Parteimitglied der "Republikaner", 38. Präsident der USA) wird am 9 August 1974 Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Nixon.
US-Präsident Ford läßt nach seiner Vereidigung die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Nixon einstellen (x175/686).

07.10.1974

DDR: Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR tritt am 7. Oktober 1974 in Kraft.
Dieses Gesetz beseitigt u.a. die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland".

26.10.1974

DDR: Die SED senkt am 26. Oktober 1974 den Mindestumtausch für Reisen in die DDR von täglich 20 DM auf 13 DM und für Reisen nach Ost-Berlin auf 6,50 DM, um eine Verlänge-

rung des westdeutschen "Swing-Kredites" (zinsloser Überziehungskredit) zu erhalten.

Oktober 1974

BRD: Bundespräsident Walter Scheel erklärt im Oktober 1974 zur Entscheidung der DDR-Regierung, die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland" per Gesetz zu beseitigen (x296/210 L): >>... Die Einheit unseres Landes ... haben wir nicht bewahren können. ... Wir haben sie durch eigene Schuld und Verstrickung vorerst verloren. Es muß jedoch das Ziel unserer Politik bleiben, sie eines Tages in freier Selbstbestimmung wiederzuerlangen.

Die deutsche Nation bleibt eine politische Realität, solange sie vom Willen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands getragen wird. Ein Volkskammerbesschluß schafft sie nicht aus der Welt. Aber sie soll und darf nicht zur blassen Erinnerung werden. Sie muß lebendige Gegenwart bleiben in einem Europa, das seine Probleme in friedlicher Zusammenarbeit zu lösen sucht.<<

17.11.1974

DDR: In den katholischen Gemeinden der DDR kritisiert am 17. November 1974 ein "Hirtenwort" der katholischen Bischöfe das staatliche Erziehungsmonopol der SED.

Der Erfolg dieser Kritik ist jedoch nur gering, denn in der DDR beträgt der Bevölkerungsanteil der Katholiken lediglich 0,7 %.

1974

BRD: Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendet nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (22 Dokumentenbände) und übergibt im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schreiben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x130/365-366): >>... Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung arbeitete rund 18 Jahre. Sie begann 1957 und schloß 1974 ihre Untersuchungen ab. Auf dem Höhepunkt ihrer Forschungen beschäftigte sie insgesamt 16 Mitarbeiter – ein Teil davon bedeutende Universitätswissenschaftler.

Die Kommission wurde vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte berufen. Ihr offizieller Name: "Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs".

Ihr Auftrag: "Das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahr 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen."

Für ihre Forschung standen der Kommission unter anderen rund 400.000 Heimkehrer-Aussagen zur Verfügung, die von den entlassenen Gefangenen gleich nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik gemacht worden waren. Die Kommission zog weiterhin nahezu 50.000 Berichte heran, und sie veranstaltete darüber hinaus eigene Befragungen und Interviews.

An der Spitze der Kommission stand ein hervorragender Wissenschaftler, der Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Dr. Erich Maschke, der selbst erst 1953 nach achtjähriger Kriegsgefangenschaft aus der Sowjetunion zurückgekommen war.

Die Kommission legte ihre Forschungsergebnisse in 22 Bänden nieder. Sie haben einen Gesamtumfang von mehr als 10.000 Druckseiten.

Bei dem Beginn der Arbeit blieb offen, ob diese Berichte jemals der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt werden sollten. Denn wie es im Text der Kommission selbst heißt:

"Objektiv Geschichte zu schreiben, konnte nur heißen, die Wirklichkeit der Kriegsgefangenschaft einschließlich ihrer düsteren Seiten so exakt wie möglich nachzuzeichnen. Eben damit mußte aber der Verdacht entstehen, daß hier eine Gegenrechnung aufgemacht und Unrecht (der Sieger) gegen (nationalsozialistisches) Unrecht aufgerechnet werden sollte."

Das Bonner Auswärtige Amt behielt sich die Entscheidung über die Veröffentlichung jedes einzelnen Bandes vor.
Noch 1969 antwortete der damalige Außenminister Willy Brandt im Bundestag auf Anfrage, daß nach der Veröffentlichung der ersten beiden Bände des Kommissionsberichtes die zuständigen Stellen zu dem Entschluß gekommen seien, die übrigen Bände nicht freizugeben.
Warum nicht?
Weil, so Brandt, daß Mißverständnis ausgeschlossen werden sollte, daß mit einer massierten Publizierung des Materials eine politische Absicht verfolgt werde und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert würde. Dies wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienlich gewesen.
Nun, der Krieg liegt dreieinhalb Jahrzehnte hinter uns; die Wunden, die wir Deutschen geschlagen haben, stehen unablässig zur Debatte. Es ist deshalb nichts anderes als ein Akt geschichtlicher Logik, wenn auch die Wunden, die einem Großteil der deutschen Kriegsgeneration geschlagen wurden und der Opfergang der 11 Millionen deutscher Kriegsgefangenen in das historische Fazit des folgenschweren Zweiten Weltkriegs einbezogen werden.
Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Kommission stehen jetzt der Öffentlichkeit zur Verfügung. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote (in den französischen Kriegsgefangenenlagern). Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.
Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – (die amtlichen französischen Angaben) einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<
Der katholische Theologe und Religionslehrer Manfred Adler (1928-2005) berichtet im Jahre 1974 in seinem Buch "DIE ANTICHRISTLICHE REVOLUTION DER FREIMAUREREI" (x909/…): >>**VORWORT**
Der Verfasser, der als Priester im Schuldienst tätig war, möchte mit diesem Buch einem schwerwiegenden Informationsnotstand begegnen. Wenn ein Jesuit in einer Propagandaschrift für die Freimaurerei diese als **"Elite der Welt"** und gleichzeitig als die **"Große Unbekannte"** bezeichnet, ist unser Problem schon deutlich genug angesprochen. In der Tat ist das Wissen über die Freimaurerei in breitesten Schichten unserer Bevölkerung - die Intellektuellen nicht ausgenommen - sehr gering. Dieser Mangel wirkt sich in vieler Hinsicht äußerst negativ aus und macht sich besonders auch im Hinblick auf die vielen Gespräche und Verhandlungen bemerkbar, die im Zeitalter des Dialogs von seiten der Kirchen mit Vertretern der Freimaurerei geführt werden.
Bedauerlicherweise werden die Gespräche, mit Vertretern der kath. Kirche fast ganz unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, wenn man von wenigen Zeitungsnotizen über öffentliche oder halböffentliche Veranstaltungen absieht, bei denen überdies die Tendenz allzu plump hervorsticht, als gäbe es zwischen Freimaurerei und Kirche keine Gegensätze mehr.
Einem solchen verhängnisvollen Irrtum muß energisch widersprochen werden. Der Verfasser tut dies aus Gewissenspflicht. Er weist nach, daß die Ideologie der Freimaurerei, der autonome Humanismus, mit dem rechtverstandenen christlichen Glauben absolut unvereinbar ist und stellt dabei einige antichristliche Aspekte heraus, die aus dem innersten Wesen der Freimaurerei hervorgehen und nicht einfach als rein zufällig betrachtet werden dürfen.

Sollte der Titel des Buches manche Leser schockieren so beweist das einmal mehr, wie groß die Ignoranz bezüglich des Freimaurerproblems tatsächlich ist. Sowohl Freimaurer als auch ihre Gegner wissen, daß die Prinzipien der Freimaurerei nicht nur zur Revolution führen, sondern selbst schon Revolution sind. Der Hinweis auf die antichristliche Tendenz der Freimaurer - Revolution ist angesichts illusionärer Annäherungs- und Verbrüderungsbestrebungen zwischen Christen und Freimaurern in der Gegenwart von besonders dringlicher Aktualität.
Die Schrift beginnt folgerichtig mit der Großen Französischen Revolution, die allgemein als "Werk" oder "Erfolg" der Freimaurerei angesehen wird und endet mit der antichristlichen Kulturrevolution unserer Tage, die sich mitten durch den "ökumenischen Dialog" hindurchzieht und mit dem gleichen Ziel wie die "große Revolution", wenn auch mit anderen, subtileren und raffinierteren Methoden, durchgeführt wird.
Dazwischen wird ein breites Spektrum von Informationen über die Freimaurerei geboten … Schließlich wird das Verhältnis von Freimaurerei und Islam ebenso angeschnitten wie das Zusammenspiel von Freimaurern und Kommunisten in jüngster Vergangenheit und Gegenwart. … **Miriam-Verlag Jestetten**

EINLEITUNG

Mancher Leser, der die vorliegende Schrift zur Hand nimmt, wird sich vielleicht fragen, warum es heute im deutschen Sprachraum kaum eine Schrift gibt, die sich eingehend in kritischer Weise mit der Freimaurerei befaßt, von der die meisten Zeitgenossen ohnehin nur sehr unklare Vorstellungen haben. Dafür gibt es in der Tat einige Gründe. Da besteht zunächst einmal bei Autoren und Verlegern eine nicht unbegründete Furcht vor der Freimaurerei, deren Macht leider immer noch größer ist als ihre Bekanntheit in der breiten Bevölkerung.
Was der militante Freimaurerbruder **Albert Buddecke,** Oberst a.D., im April 1928 in der **"Allgemeinen Logenzeitung"** schrieb, scheint auch heute noch auf viele abschreckend zu wirken:
"Wer die Freimaurerei angreift, der muß wissen, daß er damit die Ethik bekämpft, die wir verkörpern wollen, und daß er einer Kulturmacht den Krieg erklärt. Auf den muß es aus der Freimaurerei von allen Seiten so niederblitzen und hageln, daß er die Waffen strecken muß und vor der Öffentlichkeit als ein Unwürdiger und Unsittlicher dasteht, der ein Heiligtum entweiht hat."
Wir, Autor und Verleger, sind der Meinung, daß wir nur Gott zu fürchten haben und daß es unsere heilige Pflicht ist, die Wahrheit zu sagen und zu schreiben, sei sie gelegen oder ungelegen. Wer nämlich die Wahrheit aus Feigheit verschweigt, ist ein Feind der Freiheit. Denn nach wie vor gilt das Christuswort, daß uns "die Wahrheit freimachen wird" (Johannes 8,32). Schließlich geht es in dieser Schrift letztlich um die Wahrheit, die Jesus Christus ist und verkündet hat.
Allerdings wäre es vermessen, hier den Anspruch zu erheben, die ganze Wahrheit über die Freimaurerei sagen zu wollen. Wir beschränken uns vielmehr auf das Wagnis, einige Wahrheiten über die Freimaurerei mitzuteilen, und zwar solche, die gegenwärtig besonders aktuell sind.
Bekanntlich hat die Freimaurerei viele Gesichter. Der Philanthrop **Henri Dunant,** der Gründer des Roten Kreuzes, war Freimaurer. Und nicht wenige Freimaurer - vor allem in den niederen Graden der Johannismaurerei - leisten heute vorbildliche karitative, humanitäre und soziale Arbeit im kommunalen, staatlichen und überstaatlichen Bereich. Das wird allgemein anerkannt.
Doch ist damit die Funktion der Freimaurerei keineswegs erschöpft. Der Massenmörder von Hiroshima und Nagasaki (1945), der ehemalige US Präsident **Harry S. Truman,** war auch Freimaurer, und zwar Hochgradfreimaurer. Dieser "rauhe Stein" bezeichnete bereits 1961/62 seinen Freimaurerbruder und späteren Nachfolger Richard Nixon als "schlitzohrigen, gottver-

dammten Lügner" und "Hurensohn", wie **M. Miller** in seinem 1973 in Washington erschienenen Buch **"Plain Talk"** ("offen gesagt") berichtet.
Auch der gescheiterte Marxist **Salvador Allende,** der Chile in ein politisches und soziales Chaos geführt hat, war Freimaurer. Über die zahlreichen politischen Verbrechen, die der Freimaurerei angelastet werden, ist schon vor Jahrzehnten viel geschrieben worden, besonders vor, während und nach dem I. Weltkrieg. **Juan Maler** bringt dazu in seinen Werken **"Die Große Rebellion"** (1972), **"Gegen Gott und die Natur"** (1971) und **"Die sieben Säulen der Hölle"** (1974), die in Buenos Aires erschienen sind, eine Menge wissenswerter Einzelheiten und Zusammenhänge aus neuerer Zeit. Diese Bücher haben hohen politischen Informationswert.
Uns interessiert hier jedoch vorwiegend der **antichristliche Aspekt der Freimaurerei**, wobei freilich von vornherein die Einschränkung zu machen ist, daß es überheblich wäre, in dieser Schrift das ganze antichristliche Gesicht der Freimaurerei aufleuchten lassen zu wollen. Wir sind weniger anspruchsvoll und möchten nur einige antichristliche Gesichtszüge der revolutionären Freimaurerwelt aufzeigen.
Die von führenden Freimaurern schon seit längerer Zeit versuchte **Infiltration der Katholischen Kirche** mit dem Ziel, diese von innen heraus zu zerstören, hat nach dem II. Vatikanischen Konzil zu einem Einbruch freimaurerischen Ideengutes in die Kirche geführt, der in höchstem Grade besorgniserregend genannt werden muß. Schon aus diesem Grund ist es dringend notwendig, die geistige Welt der Freimaurerei und deren Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben exakt zu analysieren und offenzulegen.
Was sich seit dem II. Vatikanum im Bereich von Freimaurerei und katholischer Kirche abgespielt hat, soll hier nur an einigen wenigen Tatsachen angedeutet werden. Der einzige Bischof, der auf dem Konzil selbst den zweimal erfolglosen Versuch unternahm, das Thema Freimaurerei und Kirche zur Sprache zu bringen, war **Monsignore Méndez Arceo** von Cuernavaca (Mexiko). Das Problem "Freimaurerei" wurde aber auf dem Konzil nicht erörtert und das Wort "Freimaurerei" erscheint deshalb auch in keinem einzigen Konzilsdokument.
Inzwischen hat der freimaurerfreundliche Bischof Méndez Arceo - ob er selbst Freimaurer ist, wissen wir nicht - seinen Einfluß nicht immer segensreich geltend gemacht. Nur ein Beispiel sei hier angeführt. Im April 1972 fand in Santiago de Chile das erste Treffen der ***Christen für den Sozialismus*** statt, das von **Bischof Méndez Arceo** gesteuert war. "400 Delegierte aus 28 Ländern sprachen sich zugunsten eines Sozialismus aus, der das Eigentum an den Produktionsmitteln vollständig beseitigt. Sie unterstützten den Klassenkampf, legten an der Statue "Che" Guevaras einen Kranz nieder und verherrlichten den Apostaten und Guerilla-Chef, den Expriester **Camilo Torres**" (***Der Fels,*** März 1974).
Die Unterstützung des **Freimaurers und Marxisten Allende** durch **Bischof Méndez Arceo** und besonders auch durch **die Jesuiten,** deren Provinzial **P. Manuel Segura** nach der Wahl Allendes zum Präsidenten (am 4.11.70) seine Mitbrüder aufrief, an dem Programm von Allendes *"Volksfront"* (UP) aktiv mitzuwirken, hat sich ebenso als verhängnisvoller Fehlschlag erwiesen, wie auch jedes andere Experiment scheitern wird, die das Heil von der Kooperation mit Freimaurern und Marxisten erwarten.
Sowohl die Hierarchie in Chile als auch der Vatikan haben zu den genannten Vorgängen in Chile nicht nur geschwiegen. Die französischen Zeitschriften **"Itinéraires"** und **"L'Ordre Francais"** haben ausführlich über die vielfältige Unterstützung berichtet, die der gestürzte Freimaurer und Marxist Allende aus allen Kreisen des Klerus erhalten hatte.
Andererseits wurde die große katholische Bewegung T.F.P. (Vereinigung zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum) schon 1968 von dem Erzbischof und Kardinal von Santiago gerügt, weil sie sich energisch gegen die Linksinfiltration katholischer Kreise zur Wehr setzte. Im gleichen Jahr richtete die Bewegung T.F.P. eine Botschaft an **Papst Paul VI.**,

in der er gebeten wurde, "dringend Maßnahmen gegen das Einsickern von Kommunisten in katholische Kreise zu treffen. Diese öffentliche Bittschrift trug die Unterschriften von 121.000 Chilenen. Die Antwort: Keine Antwort.
Die Mitglieder des Nationalrates der T.F.P. richteten zusammen mit anderen Aktivisten am 8.10.1970 ein Schreiben an Paul VI. in der Gewißheit, ein Wort seinerseits würde genügen, um zu verhindern, daß die christdemokratischen Parlamentarier den Sieg Allendes im Kongreß besiegeln. Die Antwort des Papstes war wiederum Schweigen!" (***Der Fels,*** März 1974).
Bezeichnend für die ideologische Anpassung der katholischen Kirche ist ein Wort Allendes in der *New York Times* vom 27. Oktober 1970:
"Es ist bekannt, daß die alte Unvereinbarkeit zwischen der Freimaurerei und der Kirche überholt ist. Was noch bedeutsamer ist: die katholische Kirche hat fundamentale Wandlungen durchgemacht … Ich glaube nicht, daß die Kirche ein Widerstandsfaktor gegenüber der Volksfrontregierung sein wird. Im Gegenteil, sie wird ein Element zu unseren Gunsten sein …"
Sie war es dank der "progressiven" Änderungen, die sich nicht zuletzt auch in Rom mehr und mehr durchsetzten. Darüber finden wir einige wichtige Hinweise in dem Buch von **L. de Poncins**: "La F. M. d'après ses documents secrets", das 1972 in vierter Auflage … erschienen ist. Im Vorwort dieser Auflage schreibt der Verfasser, der unbestritten zu den bestinformierten und hervorragendsten Freimaurerforschern Frankreichs zählt:
" … Die neuen Methoden hinterlistiger Beeinflussung erlauben der Freimaurerei die Kirche zu infiltrieren, wo sie in den Milieus der Progressisten tatkräftige Unterstützung findet …
Gegenwärtig übt die Freimaurerei ihren Einfluß hauptsächlich auf religiösem und philosophischem Gebiet aus. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß der Progressismus, der die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil tiefgründig überflutet, ein Ergebnis des philosophischen Einflusses der Freimaurerei auf die Kirche ist. Zwischen der Maurerei und dem Progressismus besteht enge verwandtschaftliche Beziehung hinsichtlich der geistigen Konzeption.
Das erklärt die hartnäckigen und erbitterten Anstrengungen, die von theologischen Progressisten unternommen werden, um beim Vatikan die Revision und Annullierung der Verurteilungen (der Freimaurerei) zu erreichen, die von allen Päpsten, angefangen von der ersten päpstlichen Verurteilung durch **Clemens XII.** im Jahre 1738, bis zu **Pius XII.** einschließlich, ausgesprochen wurden. Seit dem von **Papst Johannes XXIII.** einberufenen **II. Vatikanischen Konzil** ist in Rom bezüglich der Freimaurerei ein heftiger Kampf zwischen Traditionalisten und Progressisten entbrannt …"
Ähnliche Beobachtungen sind auch in Deutschland gemacht worden. So brachte die **"Bruderschaft",** die Zeitschrift der Freimaurer in Deutschland, im März 1974 einen "Bericht über das Gespräch mit der evangelischen Kirche", der mit den Worten beginnt:
"Nachdem der offizielle Dialog zwischen einer Kommission der katholischen Kirche und einer vom Senat der Vereinigten Großlogen von Deutschland berufenen bisher so überraschend gute Ergebnisse erbracht hatte, kam es zu drei offiziellen Gesprächen auch mit der evangelischen Kirche . . ."
Bezeichnend ist, daß der Verfasser des genannten Berichtes in der **"Bruderschaft"** auf die gezielte Anfrage, wer an diesem "offiziellen Dialog" teilnahm, wo er stattfand und worin die "so überraschend guten Ergebnisse" bestehen, keine Antwort gab. Ein für das Gespräch mit den Kirchen zuständiger führender Bruder bestätigte nur "freimütig, daß solche Gespräche schon seit einer Reihe von Jahren stattfinden und daß sie zu einem guten Erfolg geführt haben.
Dieser Erfolg war nur möglich, weil es sich bei diesem Dialog um einen solchen vertrauensvoller und vertrauter Art handelt, den die Gesprächspartner nur in beiderseitigem Einverneh-

men vor die Öffentlichkeit bringen wollen …" - Man fragt sich nun: Wem nützt ein solcher "vertrauensvoller und vertrauter" Dialog? Wer hat hier etwas zu verbergen?
Ein katholischer Dialogpartner meinte dazu, daß das Kirchenvolk von den hier angesprochenen Fragen sowieso nichts verstehe und daß bei einer öffentlichen Diskussion über "Kirche und Freimaurerei" nur unnötiger Krach zu erwarten sei von seiten der "Konservativen".
So ist das also! Einerseits stilisiert man die vielbeschworene "Mündigkeit" der Christen fast zur Ideologie hoch, andererseits ist das "Volk" doch noch viel zu dumm und muß einfach überfahren werden, indem man auf dem Weg der "Geheimdiplomatie" vollendete Tatsachen schafft, die das unmündige Volk dann im Gehorsam gegen Papst und Kirche zu akzeptieren hat. - Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Art von Dialog.
Nicht zuletzt wurde dieses Buch deshalb geschrieben, weil wir der Überzeugung sind, daß es höchste Zeit ist, der "diskreten" Geheimniskrämerei ein Ende zu setzen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß Jesus Christus seine Jünger nicht zum Dialog, sondern zur Mission ausgesandt hat. Der Missionsauftrag des Herrn lautet nicht:
"Geht hinaus in alle Welt und führt nette Dialoge miteinander", sondern: "Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Geht darum hin und machet alle Völker zu Jüngern, indem ihr sie tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und sie lehrt, alles zu halten, was ich euch aufgetragen habe. Seht ich bin mit euch alle Tage bis zum Ende der Welt" (Matthäus 28).
Wie verlautet, soll Kardinal König im Herbst 1968 in Wien eine dreiköpfige Kommission deutschsprachiger Freimaurer zu einem ersten Gespräch empfangen haben, an dem auch drei Vertreter aus der katholischen Kirche teilnahmen. Weitere Zusammenkünfte sollen vereinbart worden sein. Die besorgte Frage ist aber die, ob sich die katholischen Partner bei all diesen Gesprächen und Konferenzen stets des Missionsauftrags Jesu bewußt waren?
Haben sie den Mut gehabt, die Heilsbotschaft Jesu mit ihrem unverkürzten Missionsanspruch den Freien Maurern zu verkünden? Die "überraschend guten Ergebnisse" des Dialogs, von denen die deutschen Freimaurer sprechen, stimmen uns jedenfalls nicht optimistisch. Ob es dieser Schrift gelingen wird, in dem Dialog mit der Freimaurerei neue Akzente zu setzen? Gott gebe es!

I. DIE GROSSE REVOLUTION

1. Das Signal zum Sturm

Revolutionen beginnen nicht erst, wenn Schüsse fallen und Blut fließt. Sie haben vielmehr eine lange Vorgeschichte, eine Zeit der geistigen Vorbereitung und wirken noch weit hinein in den Raum der Zukunft. Dieses Gesetz gilt auch für die antichristliche Weltrevolution, die im Zeitalter der Aufklärung begann und bis zum Ende der Zeiten dauern wird, bis der Herr Jesus Christus bei seiner Wiederkunft den Antichristen entmachten und durch den Hauch seines Mundes vernichten wird (2. Thessalonicher 2,8).
Wie jeder Revolution, gehen auch der endzeitlichen, antichristlichen Revolution Ideen voraus, antichristliche Ideen, die von antichristlichen Denkern propagiert und von antichristlichen Mächten in die Tat umgesetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden. Versteht man Revolution in diesem umfassenden Sinn als geistige und blutige Umsturzbewegung, dann findet man die geistigen Wurzeln der antichristlichen Weltrevolution bereits in der Zeit der Renaissance, in der die geistige Welt der heidnischen Antike eine Wiedergeburt erlebte.
Die mittelalterliche Geisteswelt mit ihrer Hinordnung auf den transzendenten Gott als Zentrum und Maß aller Dinge wurde abgelöst vom Zeitalter eines neu aufbrechenden vorchristlichen Humanismus. Jetzt wird der Mensch wie zur Zeit der Sophisten das Maß aller Dinge, ein "Gott auf Erden". Später werden in der Zeit der Aufklärung die neuheidnischen Ideen der Renaissance Humanisten zum autonomen und antichristlichen Humanismus weiterentwickelt und der Mensch, seine Vernunft und Natur, zum alleinigen Maß aller Dinge und zum Gegen-

Gott gemacht.
Durch die Verabsolutierung der Vernunft im Rationalismus und der Natur im Naturalismus wird schließlich der sich offenbarende persönliche Gott überflüssig und zum Gott des Deismus reduziert.
Der Deismus sieht in Gott nur noch den symbolischen Baumeister der Welten, den großen Welt-Architekten (Demiurg), der die Welt zwar geschaffen hat, sich jetzt aber nicht mehr um sie kümmert und nicht mehr in den Lauf ihrer Geschichte eingreift. Gott und Welt sind nach der Schöpfung ohne Beziehung zueinander.
Das All mit seinen unabänderlichen Gesetzen ist eine mechanisch perfekt funktionierende Maschinerie, die man schließlich in einem weiteren Schritt mit dem unpersönlichen Gott des Deismus identifiziert. Zuletzt glaubt man auf diesen Mechanismus-Gott auch noch verzichten zu können. Der deistische Gott ist in der Tat ein überflüssiger Gott und gelangt so entweder zum Pan-Theismus (Alles ist Gott) oder zum nackten Materialismus (Alles ist Materie) und damit zum A Theismus (Gott ist Nichts) oder Nihilismus.
Endstation dieser geistigen Entwicklung ist also ein atheistischer Humanismus. Der Mensch ohne Gott ist hier nicht nur das Maß aller Dinge, sondern sogar das "höchste Wesen für den Menschen", weil der Mensch ohne ein "höchstes Wesen" unmöglich leben kann.
Diesem Humanismus ohne Gott sind nicht nur die theoretischen und praktischen Atheisten zuzurechnen, sondern auch die zahlreichen sog. "atheistischen Christen", für die das Wort "Gott" nur noch eine Leerformel für Mitmenschlichkeit oder Solidarität ist.
Das alles sind die Früchte des neuzeitlichen Aufklärungshumanismus, der den Menschen Schritt für Schritt dem persönlichen und dreieinigen Gott entfremdet bis hin zum radikalen atheistischen Nihilismus.
Für den persönlichen Gott der christlichen Offenbarung, für den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, den Gott und Vater unseres Herrn Jesus Christus, der in seinem Sohn in unsere Welt kam, um Gottes Herrschaft und Reich aufzurichten und alle Menschen aus Sünde und Gottentfremdung zu erlösen, der sein Wort und Heilswerk in der Kirche Jesu Christi und durch sie den Menschen offenbart und vermittelt, der Glaube, Hoffnung und Liebe sowohl den Menschen schenkt als auch von ihnen fordert, der durch Christus ewiges Leben gibt, alle Menschen an sich ziehen will und alle Menschen richten wird: für diesen christlichen Gott hat der Geist der Aufklärung kein Verständnis.
Ein solcher Gott ist ein Fremdkörper in ihrer autonomen Geisteswelt und wird als solcher abgelehnt, lächerlich gemacht oder gehaßt.
Dasselbe Schicksal widerfährt selbstverständlich auch der Kirche, die diesen Gott verkündet und in seinem Namen wirkt. Sie wird verfolgt bis zur Vernichtung.
Voltaire, der einflußreichste Denker der französischen Aufklärung, hat die Parole zur Ausrottung der Kirche ausgerufen. Der ehemalige Jesuitenschüler, ausgestattet mit glänzender Begabung und gefeiert als Dichter und Schriftsteller, Historiker und Philosoph, trug die aufgeklärten und antichristlichen Ideen unermüdlich und außerordentlich erfolgreich in die Massen. Man hat ihn als Propagator des radikalen englischen Deismus und Patriarch des französischen Rationalismus bezeichnet. Hirschberger schreibt über ihn und seine Zeit:
"Die französische Aufklärung ist negativ, kalt, überkritisch eitel und hochmütig. Man kämpft gegen den Zwang der Dogmen der Kirche und gegen den Aberglauben der Metaphysik. Typisch ist Voltaire (1694-1778), das größte schriftstellerische Genie der Franzosen und ihr großer Vorkämpfer für Vernunft, Toleranz und Menschenrechte, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Voltaire war weder ein schöpferischer noch ein exakter Denker, aber er verstand es, die Menschen zu fesseln. Dem Mann hat nur noch der Rundfunk gefehlt."
Während der französischen Revolution, am 10. Juli 1791 wurde Voltaires Leiche aus der Abtei Selliers in das Pantheon zu Paris überführt. Am 11. Juli war die feierliche Beisetzung. Die

Feierlichkeiten zu Ehren Voltaires dauerten indes bis zum 27. August 1791 fort.
Bailly, einer der führenden Revolutionäre, feierte Voltaire in der Nationalversammlung als den "größten Mann, den Frankreich geboren hat". Voltaire war nicht nur ein zeitweiliger Freund des **Preußenkönigs Friedrich II.**, auch **Alfred Rosenberg**, der Rassentheoretiker der Nazi-Ideologie und Verfasser des **"Mythos des 20. Jahrhunderts"** (1930) schätzte ihn sehr und nannte ihn sogar seinen geistigen Ahnherrn.
Zuletzt sei noch vermerkt, daß die Freimaurer aller Richtungen heute auf ihren Bruder Voltaire nicht minder stolz sind als sie es in der Vergangenheit waren, obwohl Voltaire erst in seinem letzten Lebensjahr von **Benjamin Franklin** in die Pariser Loge **"Les Neufs Soeurs"** feierlich eingeführt wurde.
Voltaire ist für uns deshalb so bedeutsam und wichtig, weil er das Signal zum Sturm auf die Kirche gegeben und die antichristliche Weltrevolution eingeleitet hat. Sein fanatischer Haß gegen Kirche und Christentum ist in die Geschichte eingegangen unter der Parole: "Ecraséz l'infame!" "Rottet sie aus, die Verruchte!" - **Gemeint ist die Kirche.**
Voltaires Haß hat Schule gemacht und die geistige Atmosphäre seiner Zeit entscheidend beeinflußt. Andere führende Köpfe der Aufklärung wollten ihm nicht nachstehen. So stammt von **Diderot** (1713-1784) einem der Herausgeber der großen französischen Enzyklopädie, der unter dem Einfluß des englischen Empirismus vom Deismus zum krassen Naturalismus, Materialismus und Atheismus der französischen Aufklärung kam, das entsetzliche Wort:
"Die Welt wird nicht eher glücklich, bis der letzte König mit den Gedärmen des letzten Priesters erwürgt ist."
In Holbachs "System der Natur", dem Hauptwerk des französischen Materialismus, wird die Religion als Hauptursache des menschlichen Elends bezeichnet. **Montesquieu** (1689-1755) zeichnete in seinen sozialkritischen **"Persischen Briefen"** (1721) ein Zerrbild der Kirche und spottete über den "Zauberer, der die Leute glauben machte, daß drei eins, und das Brot, das man verspeise dennoch kein Brot und Wein, den man trinke, dennoch kein Wein sei".
Rousseau (1712-1778), der die Erbsünde leugnete, warf dem Christentum vor, es gebe den "Menschen zwei Gesetzgebungen, welche ihnen Pflichten auferlegen, die miteinander in Widerspruch stehen und es den Menschen unmöglich machen, zu gleicher Zeit fromm und gute Bürger zu sein".
Diese wenigen Zeugnisse lassen deutlich genug den antichristlichen Geist der Aufklärung und ihrer maßgeblichen Vertreter erkennen, deren Haß auch heute noch Geschichte macht.

2. Die Französische Revolution (1789-1799)

Die Saat, die von Voltaire und den übrigen Wegbereitern und Propagandisten der Aufklärungsideologie ausgestreut wurde, trug erste Früchte in der Französischen Revolution, die von manchen Historikern mit dem Prädikat "große Revolution" ausgezeichnet wurde und als solche auch in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Sicher sind in politischer Hinsicht durch diese Revolution die Weichen für kommende Jahrhunderte neu gestellt und Impulse zu großen Fortschritten und entscheidenden Veränderungen in der Gesellschaft gegeben worden.
Denken wir nur an die Beseitigung des korrupten Absolutismus des sog. "ancien regime", an die Durchsetzung des demokratischen Staatsgedankens, die Proklamation der Menschenrechte, die erstmals in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in Europa von der französischen Nationalversammlung in der Erklärung vom 27. August 1789 staatsrechtlich verankert wurden, an die Überwindung des Hexenwahns und die Abschaffung der Folter bei Gerichtsprozessen.
Dennoch müssen wir heute feststellen, daß die negativen und zerstörerischen Wirkungen, die von der "großen Revolution" von 1789 ausgegangen sind, vor allem der von ihr und durch sie eingeleitete kulturelle Zerfall und der Verlust der christlichen Wertordnung, **bei weitem**

all das überwiegen, was durch die Revolution der Aufklärung an positiven und bleibenden Werten errungen werden konnte.
Besonders die Erschütterungen und Katastrophen der beiden Weltkriege und der kommunistischen Weltrevolution, die noch lange nicht abgeschlossen ist, haben uns bitter enttäuscht. Wie sind doch die großen Schlagworte der Revolution: **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit** mißbraucht worden und wie sehr werden bis heute Menschenrechte und Menschenwürde in weltweitem Ausmaß mißachtet und verletzt!
Letztlich ist diese unmenschliche Entwicklung der Tatsache zuzuschreiben, daß die Französische Revolution eben doch nur vordergründig eine politische und soziale Umsturzbewegung war. **In ihrem innersten Kern ist sie eine antichristliche Revolution** gewesen und bis heute geblieben. In der Tat: Mit der Französischen Revolution hat nicht nur das Zeitalter der Revolutionen, sondern die universale und permanente Revolution selbst begonnen.
In den folgenden Ausführungen geht es im wesentlichen darum, diese These durch Tatsachen zu belegen, wobei ich mich bewußt auf den religiösen Bereich beschränken und einige Gedanken über den antichristlichen Charakter dieser weltweiten Revolution darlegen möchte.
Beginnen wir mit den Vorgängen von 1789. Die näheren Umstände und Ursachen, die den gewaltsamen und blutigen Tumult auslösten, sind die Mißstände der absolutistischen Regierungsherrschaft, die Wühlarbeit der Freidenker und Freimaurer und die Frivolität und Sittenlosigkeit der höheren Stände gewesen. Unmittelbarer Anlaß zur Revolution war die Finanznot des Staates ...
Als König Ludwig XVI. (1772-1792) die seit 1614 nicht mehr versammelten Reichsstände **(Adel, Klerus und Bürgerschaft)** zum 5. Mai 1789 nach **Versailles** berief, wo die Bürger schließlich die Führung an sich rissen und sich am 23. Juni 1789 als Nationalversammlung konstituierten, um eine neue Verfassung zu schaffen, stand die französische Kirche, die etwa 1/10 des gesamten Grund und Bodens besaß, nicht gerade in gutem Ansehen. Die antikirchliche Propaganda der Aufklärer und der Haß, der allenthalben gegen den privilegierten Klerus geschürt wurde, waren nicht ohne Wirkung geblieben.
Zwar haben sich vier Bischöfe und 149 Pfarrer am 23. Juni 1789 dem revolutionären und siegreichen "dritten Stand" angeschlossen und mit der Masse der in der Nationalversammlung repräsentierten Staatsbürger vereinigt. Aber schon vor dem 4./5. August 1789, als der Klerus in der sog. "Opfernacht" auf seine sozialen und wirtschaftlichen Privilegien verzichtete (wie etwa auf das Lehnswesen und den Kirchenzehnten) und mit dem Adel in der Preisgabe seiner alten Feudalrechte zugunsten der Bauern und Bürger wetteiferte, sind schon Kirchen und Klöster niedergebrannt worden.
Nachdem die gesamte mittelalterliche Feudalordnung der katholischen Kirche in Frankreich zusammengebrochen und zerstört war und es keine Standesunterschiede mehr gab, sind am 27. August 1789 die Bürger- und Menschenrechte in der Nationalversammlung feierlich proklamiert und zum Staatsgesetz erhoben worden. Artikel 10 dieser Deklaration garantiert die Gewissens- und Kultfreiheit. Er lautet:
"Niemand darf wegen seiner Überzeugungen, auch nicht der religiösen, behelligt werden, vorausgesetzt, daß ihre Betätigung die durch das Gesetz gewährleistete öffentliche Ordnung nicht stört." - Dieser Artikel war kaum in Kraft, als durch die Französische Revolution das Grundrecht der Gewissens- und Religionsfreiheit schon aufs schwerste verletzt wurde.
Doch bevor die blutige Verfolgung ausbrach, hat die Nationalversammlung das gesamte Kirchengut enteignet, um die Finanznot des Staates zu decken. Am 2. November 1789 wurde auf Antrag des liberalen und ehrgeizigen Bischofs **Charles Maurice de Talleyrand von Autun** beschlossen, das Kirchengut der Nation zur Verfügung zu stellen, was am 14. April 1790 durch das Gesetz über die Enteignung und Säkularisierung des gesamten Kirchengutes endgültig durchgeführt wurde.

Vorher, am 13. Februar 1790, waren schon alle religiösen Orden und Kongregationen, die nicht der Krankenpflege, der Erziehung oder dem wissenschaftlichen Fortschritt dienten, - die also nach der Auffassung der damaligen Zeit keine "nützlichen Orden" waren -, aufgehoben worden.
Dann folgte mit der **Zivilkonstitution des Klerus** vom 12. Juli 1790 der schwerste Schlag gegen die katholische Kirche in Frankreich, die sich dadurch in den Grundlagen ihrer Existenz tödlich bedroht sah und deshalb dieser neuen Verfassung energischen Widerstand entgegensetzen mußte. Eine regelrechte Kirchenverfolgung begann.
Die Zivilkonstitution des Klerus sah vor, daß zunächst die 134 Bistümer Frankreichs entsprechend der neuen Departementseinteilung auf 83 reduziert werden, mehr als 50 Bischöfe mußten also entlassen werden. Die Besetzung der Kirchenämter (Bischofsstühle und Pfarreien) sollte durch politische Wahlgremien der Departements erfolgen. Die kanonische Visitation der Bischöfe wurde den Metropoliten, die der Pfarrer den Bischöfen übertragen. Alle Kirchenstellen ohne Seelsorge (Dignitäten, Priorate, Kanonikate und Benefitien an Dom und Kollegiatkirchen) wurden aufgehoben.
Die französische Kirche sollte auf rein nationaler Grundlage neu konstituiert, vom Papsttum getrennt und dem Staat untergeordnet werden. Das war nichts anderes "als der Versuch einer vollständigen Unterdrückung der katholischen Kirche in Frankreich. Denn die durch die Konstitution aufgerichtete Kirche war vollkommen schismatisch. Der gallikanische Gedanke war in ihr konsequent bis zu Ende geführt; und er besagte in dieser Form nicht weniger als die Zerstörung des sakramentalen Priestertums.
Die grundlegende Idee der Zivilkonstitution ist nämlich die radikal durchgeführte Grundidee der Aufklärung von der Identität aller Religionen. Nicht nur sollen die Priester und Bischöfe als einfache Staatsbeamte wie Parlamentarier gewählt werden (Demokratische Tendenzen; vgl. Konstanz und Basel), sondern an dieser Wahl sollen sich alle Bürger, Juden wie Protestanten, zu beteiligen das Recht haben. Das war vollkommen unchristlich. Die alleinige Wahrheit des Christentums und die aus der apostolischen Sendung erfließende Autorität des Priestertums waren geleugnet.
Im November 1790 wurde in einem weiteren Dekret der Nationalversammlung von allen Geistlichen der Eid auf die Zivilkonstitution verlangt. Mirabeau hatte in einer seiner Sturmreden angekündigt, wenn die Priester diesen Eid verweigern sollten, müßte die Nation daran zweifeln, daß die Priester noch brauchbare Bürger werden könnten und alle Kirchenämter für erledigt erklären. Aber nur etwa die Hälfte der Pfarrgeistlichen (25.000 bis 30.000), ein Drittel des Gesamtklerus, leisteten den Eid. 60.000 bis 70.000 Priester und alle Bischöfe, mit Ausnahme von vier Diözesan- und drei Weihbischöfen, verweigerten den Eid.
Der katholische Glaube bewies seine Macht, aber die französische Kirche war durch einen tiefen Riß gespalten. Die eidverweigernden Priester, die den größeren Teil des Volkes auf ihrer Seite hatten, wurden verfolgt. **Papst Pius VI.** (1775-1799) hatte aus Gründen der päpstlichen Gesamtpolitik einige Zeit gezögert, bis er dem französischen Klerus durch eine eindeutige Erklärung zu Hilfe kam.
Erst am 13. April 1791 verwarf er durch das Breve "Caritas quae docente Paulo" die Zivilkonstitution als häretisch und schismatisch, suspendierte die vereidigten Geistlichen, wenn sie nicht innerhalb von 40 Tagen widerrufen würden, und lobte die treugebliebenen, eidverweigernden Priester. Für die Ausgewiesenen sorgte der Papst so gut er konnte und nahm viele von ihnen in den Kirchenstaat auf. Die Nationalversammlung nahm dem Papst darauf die Grafschaften Avignon und Venaissin, die zum Kirchenstaat gehörten. Pius VI. protestierte dagegen, aber die geraubten Besitzungen blieben für immer verloren.
Im Spätjahr 1791 versuchte die **"Gesetzgebende Nationalversammlung",** den Widerstand der Geistlichen mit Gewalt zu brechen. Den eidverweigernden Priestern wurde Gehalt und

Pension entzogen und der Aufenthalt im Lande unmöglich gemacht. Das Tragen der geistlichen Kleidung war ihnen verboten worden, die noch bestehenden religiösen Genossenschaften wurden unterdrückt, etwa 40.000 Priester sind eingekerkert, deportiert oder hingerichtet worden.
Mit den Septembermorden 1792 in den Gefängnissen von Paris, denen etwa 1.400 Menschen, darunter mehr als 200 Priester und drei Bischöfe zum Opfer fielen, begann die erste größere Terrorwelle der Revolution, die Zeit der sog. "Schreckensherrschaft", die bis zum Oktober 1795 dauerte.
Unter dem Druck der Verfolgung verließen etwa 30.000-40.000 Priester das Land (2. Emigration). Der Nationalkonvent (1792-1795) vollendete den radikalen Umsturz, das Königtum wurde am ersten Tag der Konventsherrschaft (21. September 1792) abgeschafft, Frankreich zur Republik erklärt und **Ludwig XVI.** am 21. Januar 1793 als **"Verräter an Staat und Nation" hingerichtet. - Im Oktober folgte ihm Königin Marie Antoinette.**
Nach der Ermordung Marats am 13. Juli 1793 übernahm **Robespierre** die Herrschaft des Grauens. Die **Guillotine** liquidierte die Gegner der Republik, Opfer wurden massenweise erschossen oder ertränkt, die Ehescheidung ist erleichtert, die obligatorische Zivilehe eingeführt, das Zölibatsgesetz aufgehoben, die christliche Zeitrechnung abgeschafft und durch den Republikanischen Kalender verdrängt worden.
An die Stelle der Sonntagsfeier wurde die Dekade gesetzt und die christlichen Feste sind durch republikanische ersetzt worden. Mit blindem und durchdachtem Haß versuchten die antichristlichen Revolutionäre, das Christentum und seine Geschichte radikal und total auszulöschen. Durch Dekret wurde schließlich am 10. November 1793 das Christentum offiziell abgeschafft und der Kult der Vernunft und Natur eingeführt. Die Verwirklichung von Voltaires "Ecrasez l'infame!" durch die entfesselte Revolution schien greifbar nahe. -
Damals geschah in Paris etwas Ungeheuerliches. Extreme Revolutionäre, die von dämonischem Wahnsinn besessen zu sein schienen, führten die Hure und Schauspielerin Madame Maillard in gotteslästerlicher Prozession zum altehrwürdigen Gotteshaus **"Notre Dame"** und setzten sie mitten auf den Hochaltar, genau dorthin, wo früher der Tabernakel stand. Hier empfing sie die Huldigung der Republik … - Der Revolutionsfanatiker P. G. Chaumette betete sie sogar an. …
Das Bild der Heiligen Jungfrau Maria war vom Altar entfernt und durch die **"Statue der Freiheit"** ersetzt worden. Die antichristlichen Funktionäre hatten sich des Heiligtums bemächtigt und es durch schmutzige Lieder und Orgien, die man nicht beschreiben kann, entweiht…
Mit diesem sakrilegischen Geschehen, das der Geschichtsschreiber **Schuck** "eines der schauerlichsten Ereignisse der Weltgeschichte" nennt, **nahm der moderne Kult mit den Huren und die sexuelle Revolution ihren Anfang, eine in ihrem tiefsten Wesen antihumane und antigöttliche Revolution, die nicht mit dem "Tode Gottes", sondern mit dem totalen Untergang des Menschlichen im Menschen enden wird.**
Wir dürfen dieses entscheidende und an geschichtlichen Konsequenzen kaum zu überschätzende Datum der Französischen Revolution nicht vergessen. Denn hier hat sich unter dem hemmungslosen Terror der Jakobiner "erstmals ein Staat nicht nur von der Kirche, **sondern von jeder christlichen Überlieferung losgesagt.** Er wollte selbst an die Stelle der Religion treten und schaffte sich seinen eigenen Kultus mit Dogma und Ritus.
Wohl konnte **Robespierre** im Frühjahr 1794 die Terrorherrschaft der blutrünstigen Jakobiner brechen die nach ihrem Versammlungsort, dem Kloster St. Jakob in Paris, benannt werden - und vom Konvent an Stelle des atheistischen Vernunftkultes den deistischen Kult des "höchsten Wesens" und die Unsterblichkeit der Seele dekretieren und proklamieren lassen. Das gehässige Wüten gegen Royalisten und Priester ging jedoch weiter.

Als am 28. Juli 1794 auch **Robespierre** unter dem Fallbeil starb, hörte die Schreckenszeit auf. Ein fünfköpfiges Direktorium übernahm nun die Herrschaft (1795-1799). Unter dem Druck einer immer stärker werdenden religiösen Gegenbewegung sah sich der Konvent gezwungen, am 21. Februar 1795 die völlige Trennung von Kirche und Staat zum Gesetz zu erheben. Damit war ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der religiösen Situation getan.
Die Priester durften wieder zelebrieren, Kultfreiheit wurde verkündet und die noch nicht veräußerten Kirchen konnten wieder für den Gottesdienst benutzt werden. Trotzdem aber war damit der Religionshaß in der öffentlichen Meinung noch nicht überwunden. Es kam immer wieder zu Verfolgungen und Deportationen von Priestern …
In den folgenden Jahren bot sich Napoleon im Zuge der siegreichen Koalitionskriege die Gelegenheit, Rache an Pius VI. zu nehmen und die **Ideen der Französischen Revolution in weite Teile Europas hineinzutragen**.
Nachdem Bonaparte 1796 in Italien bedeutende Siege gegen Österreich errungen hatte, stürzte er sich auf den schwachen Kirchenstaat. Bologna, Ravenna, Ferrara, Imola und Faenza konnte er ohne Schwertstreich einnehmen. Im Waffenstillstand von Bologna (1796) mußte der Papst die Legationen von Bologna und Ferrara abtreten, die Festung von Ancona übergeben, 20 Millionen Lire zahlen und 500 wertvolle Handschriften und 100 Kunstwerke ausliefern.
Die harten Bedingungen veranlaßten den Papst, mit Österreich Verbindung aufzunehmen und mit Neapel ein Bündnis zu schließen. Aber im Frühjahr 1797 drang Napoleon in den Kirchenstaat ein und zwang den Papst zum Frieden von Tolentino. Der Papst mußte außer Avignon und Venaissin auch noch die Romagna abtreten und weitere 15 Millionen Lire zahlen. Die schönsten Kunstwerke, wie der Apoll von Belvedere und die Laokoon-Gruppe, wurden nach Paris geschleppt. …
Am 10. Februar 1798 rückte der französische **General Berthier** in Rom ein, wo am 15. Februar die Republik ausgerufen wurde. 300 "Patrioten" erklärten auf dem Forum den Papst für abgesetzt. Der achtzigjährige Pius VI. wurde in die Verbannung geschleppt, zuerst nach Siena, dann am 30. Mai 1798 nach Florenz. Als 1799 der zweite Koalitionskrieg begann, brachte man ihn über Parma, Tortona und Turin nach Briancon, Grenoble und endlich nach Valence, wo er am 14. Juli todkrank ankam. Am 29. August 1799 setzte dann der Tod seinem Leidensweg ein Ende. Die Malachiasweissagung aus dem Jahre 1590 … behielt auch hier recht: Er starb als Gefangener in der Fremde.
Das Papsttum schien jetzt wirklich am Ende zu sein. Leichenreden wurden ihm gehalten und Grabsteine gesetzt. Vor der Engelsburg in Rom stand die "Göttin der Freiheit" mit der päpstlichen Tiara unter ihren Füßen. Aber dennoch konnte auch die "große Revolution" mit dem konzentrierten Haß der antichristlichen Aufklärer den Felsenmann in Rom nicht überwinden. Die Funktionäre der Revolution von damals sind tot.
Die Geschichte ist über sie hinweggegangen. Das Papsttum und die Kirche sind jedoch geblieben. Sie haben sogar im 19. und 20. Jahrhundert einen geistigen und moralischen Aufstieg erlebt, der in der Geschichte der Kirche seit dem Zeitalter der römischen Märtyrer ohne Beispiel ist. Die Kirche hat in der Französischen Revolution zwar viel gelitten, aber die Revolution hat ihr auch großen Gewinn gebracht und den Weg in eine wenn auch nicht bessere, so doch größere Zukunft eröffnet.

II. DIE REVOLUTIONÄRE FREIMAURERREI

1. "Die große Unbekannte" und "die große Revolution"

Obwohl das Schrifttum über die Freimaurerei in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten fast unübersehbar geworden ist, gibt es kaum eine weltanschaulich relevante Gruppe unserer Gesellschaft, über die so wenig zuverlässige und allgemein bekannte Informationen vorliegen wie gerade über die Freimaurerbewegung. Im Angesicht dieser Tatsache kann man es nur als beachtenswertes Kuriosum werten, wenn ein niederländischer Jesuit 1968 in einem deutschen

Freimaurerverlag ein Werk über die Freimaurerei veröffentlichte mit dem Untertitel "Die große Unbekannte" (**M. Dierickx S. J.:** ***Freimaurerei - Die große Unbekannte***, Bauhüttenverlag, Frankfurt-Hamburg, 1968)
Ob auf diese Weise "die große Unbekannte" der breiten Öffentlichkeit besser bekanntgemacht werden kann, darf freilich mit guten Gründen bezweifelt werden. Der Hauptgrund, weshalb die Freimaurerei weithin fremd und unbekannt ist, darf wohl in dem Geheimnischarakter und der Geheimdisziplin gesehen werden, die den Logen von jeher anhaften und von ihrem eigentlichen Wesen anscheinend nicht zu trennen sind.
Selbst viele Mitglieder deutscher Logen, vor allem aus der jüngeren Generation, haben heute kaum noch Verständnis für die traditionelle "Geheimniskrämerei" der Maurerbrüder, an der sie nicht zuletzt deshalb auch Kritik üben, weil sie hauptsächlich für das oft schiefe und verzerrte Bild und für die nebulosen, phantastischen und manchmal sogar absurden Vorstellungen über die Freimaurerbewegung mitverantwortlich sind. (**Zum Ganzen,** DER SPIEGEL, Nr. 15, 1963)
Außerdem versteht es die im allgemeinen publizitätsscheue Freimaurerei vortrefflich, die Masse des freimaurerischen wie des weniger zahlreichen freimaurerfeindlichen Schrifttums für sich zu konsumieren. Diese Art von Literatur wird nämlich vorwiegend nur von Freimaurern gelesen oder gekauft, bzw. aufgekauft. Letzteres kann dann der Fall sein, wenn ein für die Freien Maurer unangenehmes oder gar gefährliches Buch auf dem Markt erscheint.
Ein Buch dieser Art war zweifellos das 1952 in England erschienene Werk des anglikanischen Geistlichen **W. Hannah** ***Darkness visible*** (Sichtbare Finsternis), das der Frage nachgeht, ob die englische Freimaurerei mit dem Christentum vereinbar ist. W. Hannah, der sein Buch "eine Enthüllung und Deutung" nennt, kommt mit seinem überzeugenden, sachlich nicht zu widerlegenden Tatsachenmaterial zu dem zwingenden Schluß, daß Christentum und Freimaurerei schlechthin unvereinbar sind.
Darkness visible erlebte in vier Monaten drei Auflagen und wurde von den englischen Freimaurern sofort mit Gegenschriften beantwortet, deren wichtigste von einem anonymen Verfasser mit dem Decknamen **"Vindex"** stammt und unter dem Titel **Light invisible** (Unsichtbares Licht) herausgegeben wurde. "Vindex" beginnt seine Ausführungen mit einem umfangreichen Katalog von Schmähungen, bringt aber keinen einzigen sachlichen Gegenbeweis, der die von W. Hannah belegten Argumente im einzelnen hätte erschüttern können.
Ein weiterer Grund, warum die "Diener der königlichen Kunst" - wie die Freimaurer gern genannt werden - bei den "Profanen" so wenig bekannt sind, besteht in der von ihnen meisterhaft beherrschten Kunst, in ihren Publikationen die Wirklichkeit zu verschleiern oder durch nichtssagende bis widersprüchliche Formulierungen, die oft nur mehr oder weniger unwichtige Gegebenheiten betreffen, von den eigentlich bedeutsamen Fakten abzulenken, bzw. diese unkenntlich zu machen.
Dazu nur folgendes Muster-Beispiel. Nach dem II. Weltkrieg versuchten etwa 6.000 deutsche Freimaurer das Logenleben in der Bundesrepublik Deutschland wieder in Bewegung zu setzen. Ihre Stuhlmeister fanden sich erstmals 1949 in der **Frankfurter Paulskirche** zusammen, um über den Wiederaufbau und die Vereinigung der verschiedenen Logen in Deutschland zu beraten. Nachdem es 1958 endlich gelungen war, die zwei großen Gruppierungen der deutschen Maurerei, die sog. "humanitären Logen" (unter dem offiziellen Titel:
"Alte Freie und Angenommene Maurer") und die sog. "christlichen Logen" (genannt Freimaurer-Orden … bzw. Freimaurer von Deutschland) zu den Vereinigten Großlogen von Deutschland - Bruderschaft deutscher Freimaurer zusammenzuschließen, geriet die so vereinigte Maurerei schon sehr bald in eine ernste Existenz- und Führungskrise.
Es war gerade zu der Zeit, als die Vereinigten Großlogen, nach deren Grundgesetz (Charta) die Freimaurerei "ein ethischer, kein politischer Bund ist", ihre größten "außenpolitischen"

bzw. "internationalen Erfolge" zu verzeichnen hatten. Damals entstand ein sehr heftiger Streit um die Person des **Altgroßmeisters Theodor Vogel,** dem "Nachkriegs-Einiger" und "Patriarch der Herren im Schurz". Die unzufriedenen Brüder warfen Vogel vor:
"Eitelkeit, die sich gleichermaßen in leerem Posieren und hektischer Betriebsamkeit äußere; Machtmißbrauch, der bis zur persönlichen Verunglimpfung von Brüdern gehe, die im Wege stehen; Inkonsequenz, weil Vogel zuerst um die Gruppe der abseits stehenden Logen des sog. Schottischen Ritus gebuhlt habe und später dann, als sie sich nicht seiner Zentral-Organisation anschlossen, zu einer ganz unmaurerischen Kampagne gegen die "Schotten" ausholte, sowie schließlich die Stagnation der deutschen Freimaurerei überhaupt, an der Vogel insofern schuld sei, als ihm nur Freimaurer-Politik, nicht aber die praktisch Freimaurerarbeit in der Stille interessiere (**DER SPIEGEL,** Nr. 15, April 1963).
Die Kritik an Altgroßmeister Vogel war angesichts der personellen Notlage innerhalb der deutschen Logen verständlich: Das Durchschnittsalter der Brüder lag bei 55 Jahren, über die Hälfte der rund 400 deutschen Logen konnten im abgelaufenen Freimaurerjahr - vom Herbstkonvent 1960 bis zum Herbstkonvent 1961 - keinen einzigen Lehrling aufnehmen, zahlreiche Logen existierten nur noch auf dem Papier. Die Großlogen mußten den Schrumpf-Logen, deren Mitglieder nicht mehr praktizierten, die Legitimation entziehen. Es schien, als sollte die Freimaurerei mit ihren Feinden auch zugleich ihre Freunde verlieren.
Theodor Vogel war es nicht gelungen, die deutsche Öffentlichkeit - und vor allem die Jugend - für die Königliche Kunst zu interessieren. Die publizistische Werbung hieb ohne den gewünschten und erhofften Erfolg, nicht zuletzt deshalb, weil die stereotypen Formeln der freimaurerischen Begriffssprache (Terminologie) für Nichteingeweihte nur schwer verständlich oder gar nichtssagend sind. Mehrere Logen, die an Universitäten errichtet worden waren, gingen wieder ein oder verliefen sich.
Dazu kam die Kritik an Vogels autokratischem Regierungsstil. "Tatsächlich pflegte der bärtige Patriarch lästige Mitmaurer jeweils rasch vom Gerüst zu jagen, so etwa die Großmeister Ehmke und Mohr. Der hannoversche Chirurg Ehmke war 1954 zum AFAM-Großmeister gewählt worden und glaubte nun, den Ansichten Vogels nicht mehr strikte Observanz zu schulden. Vogel ließ ihn kurzerhand abwählen.
Der stellvertretende Großmeister Mohr geriet 1958 in die Vogel-Linie. Er sollte mit den Hochgrad-Maurern verhandeln. Vogel warf ihm anschließend Fälschung des Verhandlungsprotokolls vor und setzte gegen den Bruder ein Ehrengerichtsverfahren durch.
Als Mohrs Freunde nach dessen Rehabilitierung nun den Fabrikanten (gemeint ist Vogel, der Verfasser) wegen falscher Anschuldigung vor den Vereins-Kadi bringen wollten, mobilisierte Vogel den AFAM-Großbeamtenrat. Eisern beschlossen die Würdenträger, daß kein Verfahren durchgeführt werden könnte, ehe nicht sie selbst dazu die Genehmigung erteilt hätten. Niemand wagte, sich auf eine Interpretation der Statuten einzulassen. Das Verfahren fiel aus.
Tatsächlich hat sich Theodor Vogel mittlerweile nahezu unangreifbar verschanzt. …
Nach diesen klärenden Vorbemerkungen können wir nun an die Frage herangehen, welche Rolle die französische Freimaurerei des 18. Jahrhunderts in der Französischen Revolution von 1789 spielte, mit der ja nach unserer Auffassung die "große und permanente Revolution" der Neuzeit und Endzeit begann. Die Auffassungen darüber gehen sowohl innerhalb wie außerhalb der Freimaurerei auseinander, manchmal liegen die Unterschiede allerdings nur in subtilen Nuancen und Akzentsetzungen.
Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in deutschen Freimaurerkreisen die These verbreitet, daß die Französische Revolution "nur ein Werk der Freimaurer war, denn alle hervorragenden Männer jener Zeit waren Freimaurer" (**Deutsche Freimaurerzeitung** vom 24. Dezember 1864).
Daß diese Behauptung eine - für das 19. Jahrhundert typische - freimaurerische Übertreibung

ist, liegt auf der Hand. Die heutigen Freimaurerbrüder sind von dem großspurigen Pathos ihrer Vorfahren abgerückt und nüchterner geworden. Richtig ist, daß viele bedeutende Persönlichkeiten zur Zeit der Französischen Revolution Freimaurerlogen angehörten. Bei den führenden Enzyklopädisten z.B. war das durchweg der Fall. Allein in Paris gab es 1789 nicht weniger als 65 Logen.

Dennoch waren aber auch viele "hervorragende Männer jener Zeit" keine Freimaurer. Übereinstimmung besteht bei den Kennern der Geschichte des 18. Jahrhunderts freilich darin, daß ohne die subversive und offene Agitation der französischen Freimaurer die Französische Revolution, wie sie sich tatsächlich abgespielt hat, nicht möglich gewesen wäre. Wenn in einem neueren französischen Werk die Formel aufgestellt wird:

"Die Freimaurerei macht nicht die Revolutionen; sie bereitet sie vor und sie setzt sie fort", so wird diese Meinung von den geschichtlichen Ereignissen nicht bestätigt. Die fanatischen und brutalen Jakobinerklubs, die in der Zeit des Konvents (1792-1794) maßgeblich die revolutionäre "Schreckensherrschaft" ausübten, waren nämlich nach einem Bericht, der am 13. April 1883 der Loge von Nantes vorgelegt wurde, nichts anderes als Freimaurerlogen, die man in aktive politische Klubs umgewandelt hatte.

Dafür spricht unter anderem die Tatsage, daß diese Klubs die Titel von Logen beibehielten. Auch in anderen Ländern gab es geheime Verschwörungsgesellschaften, die mit den Jakobinern in Paris in Verbindung standen, so in Ungarn und Süddeutschland. Der Name **"Jakobiner"** geht zurück auf das Dominikanerkloster St. Jacques (St. Jakob) in der Rye Saint-Honoré, wo sie im November 1789 bretonische Deputierte der Nationalversammlung, die im Klub "Breton" vereinigt waren, niederließen.

Von diesem Versammlungsort stammt der Name "Jakobinerklub". Anfänglich nannten sich seine Mitglieder "Société des amis de la constitution". Sehr schnell breiteten sich die politischen (demokratisch-republikanischen) und antikirchlichen Ideen dieses Klubs in der Pariser Bevölkerung und im ganzen Land aus. Der Pariser Mutterklub zählte 1792 schon 760 Tochtervereine. Die rasche Verbreitung ging entscheidend auf die Mitgliedschaft der Frauen zurück, die immer eifriger und zahlreicher an den Versammlungen teilnahmen, die viermal in der Woche (von 18-22 Uhr) stattfanden.

Der revolutionäre Fanatismus und das Bestreben der Jakobiner, alle Lebensbereiche zu politisieren, ihre radikale Abkehr von Offenbarungschristentum und Kirche zugunsten einer natürlichen Aufklärungsreligion mit eigenen Kultformen, waren bereits erste Signale, die den modernen totalitären Staat ankündigten.

Für die Tatsache, daß Freimaurer die Französische Revolution nicht nur vorbereitet und fortgesetzt, sondern auch aktiv in ihr mitgewirkt haben, spricht ferner die Rolle, die von den beiden großen Revolutions-Parteien gespielt wurde. Die Girondisten und die Bergpartei vertraten in der Tat die zwei Hauptrichtungen der französischen Freimaurerei des 18. Jahrhunderts. Die erstere war liberal und individualistisch orientiert, die letztere huldigte einem schwärmerischen Sozialismus.

Wenn diese Parteien auch manchmal sehr gegensätzliche Positionen einnahmen, so widerspricht das keineswegs der Tatsache, daß sie beide von Freimaurern geführt wurden. Freimaurer waren und sind Individualisten, die das Ideal der Freiheit nicht immer einmütig und eindeutig auslegen und verstehen. So erklärte beispielsweise bei der Gründung der Taunusloge **"Zur Freiheit"** im Orient **Bad Homburg** am 12. Mai 1973 der Festredner: "Es ist eine alte Weisheit, daß zwei Freimaurer mindestens drei verschiedene Ansichten über den rechten Weg der Freimaurerei haben, fast könnte man sagen, weil sie Freimaurer sind, müsse das auch so sein. Noch weiter aber gehen die Ansichten unter Freimaurern auseinander, wenn es sich um die innere Ordnung ihres Bundes handelt." (**Die Bruderschaft,** Juli 1973).

Wer diese innere Welt der Freimaurerei nur einigermaßen kennt, wird auch die Feststellung

des belgischen Sozialdemokraten Hendrik de Man akzeptieren, der in seinen Erinnerungen berichtet, daß schon vor dem I. Weltkrieg "die Politik der sozialistischen Parteien von den gleichen Logen gelenkt wurde wie die Politik ihrer scheinbaren Gegner, der bürgerlichen Liberalen. Die intellektuellen Führer beider 'feindlichen Lager', die einander auf der Straße bekämpften, seien im Grunde von den gleichen Hochgradmaurern dirigiert worden." (E. Franzel, Groß-Loge im Angriff, Augsburg, S. 6)

Wenden wir uns nun nach diesen nicht unwichtigen Bemerkungen wieder der Französischen Revolution zu. Inzwischen hat maurerische Formulierungskunst eine neue Erklärung für das Verhältnis von Freimaurerei und Revolution gefunden. So schrieb 1964 ein eingeweihter und erleuchteter Autor über die freimaurerischen "Erfolge" zwei Sätze, die meines Erachtens zum Besten gehören, was je über die Freimaurerei geschrieben wurde:

"Zu den freimaurerischen 'Erfolgen' kann man auch die Französische Revolution rechnen. Zwar wurde sie nicht von den Freimaurern ausgelöst (die Freimaurerei will in sich selbst eine Revolution sein, sie will keine Revolutionen beginnen), aber zum ersten Mal wurden die Ideale der Freimaurerei in unübertrefflicher Prägnanz formuliert: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (H. Lohfeldt, Die königliche Kunst - Freimaurerei in Deutschland, in "Kristall" Nr. 10, 1964).

Wir bewundern die Bescheidenheit des Verfassers, der die wichtigste Aussage in Klammern setzt: "Die Freimaurerei will in sich selbst Revolution sein." Was heißt das? Wenn ich es richtig verstehe, besagt dieses Wort soviel wie: Zum Wesen der Freimaurerei gehört notwendig das revolutionäre Element. Wenn Freimaurerei und Revolution identisch sind, ist es unlogisch und zwecklos darüber zu streiten, ob die Freimaurer Revolutionen nur planen und vorbereiten, oder ob sie diese beginnen und durchführen oder sie auch noch fortsetzen.

Die Gleichsetzung von Freimaurerei und Revolution schließt alle diese Aspekte in sich ein, weil der Begriff "Revolution" inhaltslos wäre, wenn er nicht sowohl die notwendige Planung und Vorbereitung als auch den Beginn und die Durchführung in sich vereinigte. Weiter ergibt sich aus der genannten Gleichung die wichtige Erkenntnis, daß die Freimaurerei Revolutionen nicht nur fortsetzt, sondern sie ist selbst die fortgesetzte oder permanente Revolution.

Solange die Freimaurerei existiert, ist sie Revolution. Und das heißt wiederum: Es ist ihre beständige und unaufhörliche Aufgabe, Revolutionen zu planen und vorzubereiten, zu beginnen und durchzuführen und sie auch fortzusetzen. Noch einmal: "Die Freimaurerei will in sich selbst eine Revolution sein." Eine bessere Formel über das Wesen der Freimaurerei gibt es wahrscheinlich nicht.

Sieht man das Problem Freimaurerei und Revolution unter dieser Perspektive, dann scheint es nicht übertrieben, wenn ein Religionswissenschaftler meint: "Es darf behauptet werden, die Freimaurerei hatte in allen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Revolutionen der letzten zwei Jahrhunderte, doch nicht in der bolschewistischen ihre Hand im Spiel." Das ist gewiß keine Übertreibung, wohl aber eine Unterschätzung der freimaurerischen "Erfolge". Denn zu den unbestreitbaren "Erfolgen" gewisser Freimaurer zählt auch die bolschewistische Revolution, und zwar deshalb, weil **Lenin und Trotzki,** die Väter der russischen Oktoberrevolution nicht nur leidenschaftliche Kommunisten, sondern **auch erleuchtete Freimaurer** waren.

Sie gehörten dem 33. (das ist der höchste) Grad des sog. Schottischen Ritus an. Als die bolschewistische Oktoberrevolution 1917 siegreich vollzogen war, hielt Bruder Rozières in der Loge "Art et Travail" am 24. Dezember 1917 in Paris eine große Lobrede auf die ruhmreichen russischen Hochgradbrüder. Nebenbei sei noch erwähnt, daß auch **Bela Kun** (= Cohn), der "Bluthund von Ungarn", **Kurt Eisner**, der durch den Spartakistenputsch in München bekannt wurde, und **Sun-Yat-Sen**, der 1912 die Revolution in China durchgeführt hat, **dem 33. Grad des "Schottischen Ritus" angehörten.**

2. Pluralität und Universalität der Logen

In der liberalen Geisteshaltung, die für Freimaurer aller Richtungen charakteristisch ist, dürfte der Hauptgrund dafür liegen, daß es trotz intensiver Bemühungen bis heute noch nicht gelungen ist, eine einheitlich organisierte Weltfreimaurerei zu schaffen. Eine freimaurerische Weltbewegung in Form einer Weltloge auf internationaler Basis gibt es nicht. Zwar schrieb ein so liberaler Dichter und Schriftsteller wie **Thomas Mann** im Jahre 1918 in seinen Betrachtungen eines Unpolitischen: "Die Geschichtsforschung wird lehren, welche Rolle die Freimaurer-Weltloge … bei der geistigen Vorbereitung und wirklichen Entfesselung des Weltkrieges gespielt hat."
Doch bei allen "Erfolgen", die man den Freimaurern im Hinblick auf die Veränderung der Weltgesellschaft durch Kriege und Revolutionen gewiß nicht absprechen kann: eine Freimaurer-Weltloge war bisher von den Geschichtsforschern deshalb noch nicht zu entdecken, weil den Freien Maurern der "Erfolg" einer Welt-Einheits-Loge bis zur Stunde versagt geblieben ist. "In den Zwanziger Jahren gab es zwar hier und dort Freimaurerische Bestrebungen, eine 'blaue Internationale', einen Zusammenschluß der wichtigsten Logenverbände in der Welt, zu gründen. Aber dazu ist es nie gekommen."
Nicht einmal in einzelnen Ländern ist es möglich, die verschiedenen Großlogen unter einer großen Dachorganisation zusammenzufassen. So sind zum Beispiel in den "Vereinigten Großlogen von Deutschland-Bruderschaft der deutschen Freimaurer" (VGLvD) die etwa 200 "humanitären Logen" der Großen Landesloge A.F.u.A.M. mit den traditionellen drei Johannisgraden (Lehrling, Geselle, Meister) und die rund 80 "christliche Logen" umfassende Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland (GLLFvD), die außer den Johannisgraden noch die sog. Andreas-Grade (4. und 5. Grad) und die Kapitel-Hochgrade kennt, zusammengeschlossen.
Außerdem gehören die Große National-Mutter-Loge "Zu den drei Weltkugeln" (GNML3W) mit rund 25 Logen, die Province of British Freemasons mit rund 10 Logen und die American-Canadien Provincial Grand Loge, A.F.u.A.M. mit rund 40 Logen als Provinzialgroßlogen der VGLvD an. Außerhalb dieser Vereinigten Großlogen stehen im wesentlichen folgende Logen:
1. Der Schottische Ritus (mit 33 Graden unter einem Großkommandeur),
2. Der Rektifizierte Schottische Ritus (4 Stufen, Schottenloge, Innerer Orient unter einem Großprior),
3. Der York Ritus (5 Stufen = 33 Grade, Markmeister, Altmeister, Kapitel, Großrat und Komturei unter einem Großkomtur) und einige Sondergruppen wie etwa der "Großorient von Deutschland" und der "Droit Humain", der auch Frauen in seine Tempel aufnimmt.
Auf dem Großlogentag der A.F.u.A.M. 1973 in München sagte der Großmeister dieser Großloge, Bruder H. Hinterleitner, in seinem Grußwort: "Auch das Jahr 1972/73 hat uns der einigen und einzigen Deutschen Großloge keinen Schritt nähergebracht, wir werden uns damit abfinden müssen."
Der Berichterstatter, Bruder R. Appel, bemerkt dazu: "Wer die Hauptversammlungen dieser Großloge in den vergangenen Jahren verfolgt hat, der weiß, daß den energischen Impulsen nach mehr Einheit stets auch die Entschiedenheit nach Kündigung der Magna Charta gegenüberstand."
Auf die Kritik, die während der Versammlung an der Entwicklung der Vereinigten Großlogen von Deutschland geübt wurde, antwortete deren Großmeister, Bruder F. Heller, und bat um Geduld. Auch gab er zu, daß von manchen die Aufgaben und Probleme der VGLvD unterschätzt worden seien.
Die anschließende Diskussion - die ganze Bandbreite von den Vertretern der einen Großen Loge bis zu denen der Aufkündigung der Magna Charta wurde sichtbar - schälte die Frage heraus, ob nicht anstelle der Magna Charta ein besserer Vertrag treten solle. Altgroßmeister Bruder Theodor Vogel bat darum, solche Überlegungen nicht anzustellen und gab eine längere

Ausführung über die Entwicklung der Freimaurerei in Deutschland von 1945 bis 1958 … Dann gab Br. Hinterleitner die neuen Leitgedanken aus: Wer die Vereinigten Großlogen von Deutschland zerstört, der zerstöre auch die GLA.F.u.A.M.
Es gelte, sich von den Illusionen zu befreien. Die Erfahrung der vergangenen Jahre habe gelehrt, daß zu wenig Information über die Partner der Magna Charta vorhanden gewesen sei, was zu manchen Fehlschlüssen geführt habe. Eine Großloge dürfe nicht von Wunschdenken geleitet werden. 'Meine Brüder', sagte er, respektiert die GLLFvD wie auch wir respektiert werden wollen. Das ist die rechte Partnerschaft.
Er fragte weiter, warum es denn unbedingt die eine Große Loge von Deutschland sein müsse, wenn die Möglichkeiten brüderlichen, aufrichtigen Zusammenwirkens noch nicht ausgeschlüpft seien. Die Aufgaben der VGLvD seien klar: Die Beziehungen zu den anderen Großlogen der Welt zu pflegen und für das Inland den Rahmen zu bieten, in dem sich heute Freimaurerei in Deutschland darstelle" (Die Bruderschaft, Jhrg. 15, S. 158).
Aus einer freimaurerischen Selbstdarstellung wie dieser, kann auch der "profane" Leser mancherlei Erkenntnisse gewinnen. Vor allem jene, daß es bei aller organisatorischen Zersplitterung und Pluralität der Auffassungen innerhalb der Großlogen doch so etwas wie eine universale Solidarität aller Freimaurer gibt, d.h. ein weltweites brüderliches Zusammenstehen und Zusammenwirken.
Das gilt auch für die beiden großen Richtungen der Weltfreimaurerei, die seit 1877 aus religiösen Gründen gespalten sind: die "reguläre Freimaurerei", die mit der englischen Mutter-Loge an dem Bekenntnis zu dem deistisch verstandenen "Baumeister der Welten" festhält und die "irreguläre Freimaurerei", die unter der Führung des Groß Orient von Frankreich vor allem in den romanischen Ländern und in Lateinamerika arbeitet, als militante Anti-Kirche auch Atheisten aufnimmt und jede religiöse Bindungspflicht ablehnt.
Trotz solcher ideologischer Differenzen arbeiten Vertreter dieser beiden Richtungen in gewissen Bereichen brüderlich miteinander zusammen. Francis Viaud erklärte als Großmeister des Groß Orients von Frankreich auf der Generalversammlung im Jahre 1952 ausdrücklich, daß der Groß Orient sich nicht darauf einlassen werde, von seinen Mitgliedern den Glauben an "Gott" zu verlangen, er werde aber in bestimmten Aktionen mit allen Freimaurern zusammenarbeiten.
Um ein Bild über die weltweite Freimaurersolidarität gewinnen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung und Ausbreitung der Logen notwendig.
Der Name "Freimaurer" stammt ursprünglich aus dem Mittelalter und bezeichnete dort die Mitglieder einer großen kirchlichen Bruderschaft, die als Maurer wie andere Handwerker auch, in Zünften organisiert, jedoch nicht an den örtlichen Zunftzwang gebunden waren, sondern als *freie* Maurer von Ort zu Ort zogen und ihre Bauhütten (Logen) errichteten. Sie arbeiteten als Architekten, Bildhauer und Steinmetze an den großen Domen und Kirchen des Mittelalters und verfügten über große fachliche Kenntnisse, die sie Außenstehenden gegenüber geheimhielten.
Durch geheimnisvolle symbolische Zeichen (Bilder, Worte, Griffe und Handlungen) und Riten führten sie ihre Mitglieder stufenweise als Lehrlinge, Gesellen und Meister in die Baukunst ein. Zur Zeit der Renaissance und der Glaubensspaltung ("Reformation") gerieten die kirchlichen Freimaurerbruderschaften mehr und mehr in Verfall oder sie verwandelten sich in reine Geselligkeitsklubs, die seit 1614 auch Angehörige anderer Gesellschaftskreise, besonders aus dem Adel, aufnahmen.
Das war vor allem in dem konservativen England der Fall. Damals ging die Werkmaurerei in die Geistesmaurerei über. Die alten Bezeichnungen blieben, bekamen aber einen neuen Inhalt. Der Versammlungsort dieses Klubs, meist ein Gasthaus, war nun zur Loge (lodge = Bauhütte) geworden. Später verstand man unter "Loge" die Vereinigung der freien Maurer selbst, die

gewöhnlich den Namen ihres Versammlungslokals zur Bezeichnung ihrer "Loge" wählten.
Aus den mittelalterlichen Steinmetzgilden sind im Laufe der Zeit neue bruderschaftliche Vereinigungen geworden, die für ihre geistige Maurerarbeit die Begriffe und Zeichen der alten Maurerbünde übernahmen, ihnen jetzt aber symbolische Bedeutung gaben. Die Geburt der "symbolischen oder spekulativen Maurerei" war damit eingeleitet. Nachdem anfangs Geselligkeit und Bruderhilfe im Vordergrund ihrer Bestrebungen standen, drangen in die Logen nach und nach immer stärker weltanschauliche Ideen ein.
In dem konfessionell zersplitterten England des 17. Jahrhunderts konnten sich besonders die Gedanken des Deismus und Rationalismus ausbreiten und mit ihnen die Ideale der Aufklärung, die eine universale Menschheitsverbrüderung und Einheitsreligion herbeiführen und damit dem Streit der Religionen und Konfessionen und allen Kriegen ein Ende setzen sollten. Der ebenso grandiose wie utopische Traum vom "ewigen Frieden" hat in diesem Aufklärungsoptimismus seine Wurzeln.
Im Mutterland der Freimaurerei, in England, schlossen sich am **24. Juni 1717**, am kirchlichen Festtag des Heiligen Johannes des Täufers, vier Londoner Logen zur ersten Freimaurer Großloge zusammen. Dieser Gründungstag, der als offizieller Geburtstag der Freimaurerei allgemein anerkannt wird, andere Altersangaben haben nur legendären Charakter, wurde gewählt, weil Johannes der Täufer Schutzpatron der mittelalterlichen Werkbruderschaften war. (Es wurde auch daran erinnert, daß der 24. Juni der längste Tag des Jahres ist, auf den die kürzeste Nacht des Jahres folgt, was für mystisch oder symbolisch denkende Maurer vielleicht nicht ohne geistige Bedeutung ist.) Von daher sind auch die Bezeichnungen "Johannis-Freimaurerei" und "Johannis-Logen" zu verstehen.
Auf ihren drei Graden bauen alle später entstandenen Hochgradsysteme auf. Die Johannis-Maurerei wird auch "blaue Freimaurerei" genannt, weil sie in ihren Abzeichen die blaue Farbe trägt. Religionsgeschichtlich sei noch daran erinnert, daß genau 200 Jahre nach der abendländischen Glaubensspaltung die von Martin Luther proklamierte "Freiheit des Christenmenschen", besonders seine Absage an Papsttum und kirchliches Lehramt, in den negativen Freiheitsbegriff der Freimaurerei umgeschlagen ist.
Die Logen haben sich radikal freigemacht von der göttlichen Offenbarung und dem ihr eigenen Freiheitsbegriff, der in der Wahrheit gründet, die Christus ist und die er in seiner Kirche und durch sie verkündet. Anstelle der göttlichen Wahrheit, die frei macht (Johannes 8,32) sucht der aufgeklärte und freie Maurer nun das Heil im Aufbau einer neuen Welt, in der nicht mehr Gott, sondern die menschliche Vernunft über Wahrheit und Freiheit entscheidet und verfügt. Die Geschichte des Turmbaus zu Babel wiederholt sich aufs neue. Die Tragödie des "Humanismus ohne Gott" nimmt ihren Lauf und führt schließlich zur totalen Unfreiheit im gottlosen Bolschewismus, der 200 Jahre nach dem Ereignis von 1717 die letzte Konsequenz der Entfremdung von Gottes Wahrheit offenbart und mit revolutionärem Fanatismus seinen Weg in die Geschichte beginnt.
Die schnell sich ausbreitende Freimaurerei hat diese Entwicklung entscheidend beeinflußt und vorangetrieben. Schon 1725, zwei Jahre nach der Einführung des Konstitutionsbuches mit den "Alten Pflichten", die der englische Theologe James Anderson, Prediger an der schottischen Presbyterianerkirche in London als Glaubensbekenntnis der Freimaurer formulierte, entstanden die Großloge von Irland und die erste Loge in Paris. Drei Jahre später, 1728, wurde die erste Loge in Madrid gegründet, 1730 entstand die erste englische Kolonialloge in Kalkutta und die erste Loge in den USA. Hier kam es 1733 zur Bostoner Großloge. Benjamin Franklin gab 1734 die Konstitutionen von Anderson für die USA heraus.
In Lissabon, Den Haag und Stockholm sind 1735 erste Logen gebildet worden, 1736 folgten die Großloge von Schottland und die Großloge von Frankreich, die seit 1773 "Grand Orient de France" genannt wird und in der Folgezeit beherrschenden Einfluß auf die Loge in den roma-

nischen Ländern und auch in Lateinamerika gewann. Im Jahr 1737 wurde erstmals ein Mitglied des englischen Königshauses in die Freimaurerei aufgenommen.
Die erste deutsche Loge konstituierte sich am 6. Dezember des gleichen Jahres in Hamburg und gab sich die Bezeichnung "Absalom zu den drei Nesseln". Schon acht Monate später nahm Stuhlmeister Baron von Oberg in einer mitternächtlichen Zeremonie das 31. Mitglied dieser Loge auf: den jungen Kronprinzen Friedrich von Preußen, den späteren Friedrich II.
Weitere Logengründungen folgten. In Berlin: 1740 die Loge "Zu den drei Weltkugeln", die seit 1744 als Großloge besteht. Die "Großloge der Freimaurer von Deutschland" entstand 1770 ebenfalls in Berlin. Sie entwickelte sich später zu dem "christlichen Freimaurer Orden" (FO). Heute trägt sie den Namen "Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland". Die "Großloge von Preußen genannt Royal York zur Freundschaft" wurde erst 1798 in Berlin gegründet.
Im Jahr 1757 ist die Großloge der Niederlande, 1760 die Große Landesloge von Schweden, 1775 die erste Schwarzen Loge in den USA, 1784 der Großorient von Polen und Litauen, 1815 die Großloge von Rußland, 1822 die erste südamerikanische Großloge in Brasilien, 1824 die erste mittelamerikanische Großloge in Haiti, 1833 die Großloge von Belgien errichtet worden. In der Schweiz begann die Großloge 1844, in Luxemburg 1849, in Kanada 1855, in Dänemark 1858, in Portugal 1859, in Italien 1861, in Griechenland und Spanien 1868, in Ungarn 1870/1871, in Australien 1884, in Norwegen 1891, in Jugoslawien 1909, in der Tschechoslowakei 1920, in Polen 1921 und in Rumänien 1923.
Schon früh wurde die Ausbreitung der Freimaurerei durch Verbote in mehreren Ländern erheblich erschwert. So gab es Verbote in den Niederlanden (1735), in Frankreich (1737), in Hamburg (1738), das erste kirchliche Verbot durch Papst Clemens XII. (28.4.1738), in Florenz (1739), in Wien und Lissabon (1743), in Bern (1745), in der Türkei (1748), in Rußland (1796), in Spanien (1813), in Ungarn (1820), in den USA (1826). Heute ist die Freimaurerei in der Sowjetunion und den Ostblockstaaten sowie in Spanien, Ägypten, Pakistan und in den übrigen islamischen Staaten verboten.
Die Konferenz der moslemischen Weltorganisation "Motamar Al Munazzamat Al Islami" hat 1974 die Mitgliedschaft von Moslems in Freimaurerlogen sowie in Rotary- und Lions-Clubs als mit dem Islam unvereinbar erklärt und untersagt. Bereits 1973 war die Freimaurerei in Pakistan verboten worden. Unter dem Titel: Das "Licht ist erloschen" teilt ein anonymer Autor dazu unter anderem folgende Einzelheiten mit:
"Die Regierung Pakistans hat im Zusammenwirken mit dem nationalen Islamkonzil die Freimaurerei im Bereich der Islamischen Republik verboten. Diese Erklärung gab am 7. Juni dieses Jahres (1973) Innenminister Abdul Oayyum Khan vor der Nationalversammlung in Islamabad ab. Abdul Oayyum Khan führte dabei aus, der Bann gegen die Freimaurerei sei auf einen Antrag hin ausgesprochen worden, den das Parlament des Bundesstaates Pandschab am 6. Dezember 1972 vorgelegt habe. Die Logengebäude in ganz Pakistan würden beschlagnahmt und in Schulen und andere Unterrichtsstätten umgewandelt. Islam und Freimaurerei seien unvereinbar …
Da Pakistan als moslemische Führungsmacht anerkannt ist, kann nun mit einem Bann seitens der internationalen Hohen Islambehörden gerechnet werden, die im Dezember 1973 und Januar 1974 in Beirut und in Mekka zusammentreten werden. Um die Hintergründe der pakistanischen Maßnahmen nochmals ins Gedächtnis zu rufen, hier der Wortlaut des pandschabischen Antrages, aus dem man bereits die Ansätze zu einem generellen Verbot herauslesen kann: Unser Volk so heißt es da, hat den Eindruck, daß die Freimaurerlogen eine Unterorganisation des internationalen Zionismus sind.
Sie arbeiten daher gegen die Interessen unseres pakistanischen Volkes. Deshalb stellt das Parlament des Pandschab den Antrag, die Freimaurerlogen in der islamischen Republik zu ver-

bieten. Die pakistanische Regierung ist am 7. Juni dieses Jahres, am Vorabend des Todestages des Propheten Mohammed, diesem Antrag aus dem Pandschab gefolgt. Ein spektakuläres Datum; denn der Prophet des Islam spielt in der uralten Tempelbaulegende eine zentrale Rolle als Empfänger des adamschen Meisterschurzes und die alte orientalische Maurerei sieht in ihm ihren Stifter.
Der Verfasser hat vorausgesehen, daß die anderen Moslemstaaten dem Beispiel Pakistans folgen werden und stellt im Anschluß daran "nach freier Maurer-Art" seinen Maurerbrüdern in Deutschland einige ebenso unbefangene wie aufschlußreiche Fragen. "Es war gut und brüderlich", schreibt er, "daß unsere Großloge dem israelischen Großmeister nach dem Verbrechen in München eine Beileidsbekundung zugehen ließ.
Wo aber blieb ein tröstendes Wort gegenüber dem libanesischen Großmeister, als Israelis im 'Gegenschlag' oder zu anderer Gelegenheit arabische Kinder und Mütter mordeten? Drängt sich hier nicht die Frage auf, ob der eine Mörder eben Mörder ist und der andere - trotz Mord - ein Gentleman? Oder billigt die Freimaurerei in der Nahost-Frage gar das inhumanitäre 'Auge um Auge, Blut um Blut'?
Warum hält unsere Großloge, prädestiniert durch leidvolle Erfahrung, die Großmeister in der nahöstlichen Welt nicht an, mutig gegen die Greueltaten gegenseitigen Völkermordes aufzustehen, sich brüderlich zu begegnen - dem Haß mit Liebe entgegenzutreten? Deutsche Freimaurer stifteten für die Hinterbliebenen der Opfer von München, sie betreuen israelische Jugendgruppen. Gut.
Wo aber bleibt das humanitäre Gewissen deutscher Freimaurer gegenüber den Opfern von Beirut, die ja obendrein noch Christen waren? Gibt es eine doppelte Moral? Wir werden aufgefordert, Bäume für den Märtyrerwald in Israel zu stiften. Gut, stiften wir. Aber würden wir das auch für einen arabischen Märtyrerwald tun? Oder sind die Ermordeten dort keine Märtyrer?"
Er ruft dann seinen Brüdern ins Bewußtsein, daß "diese Versäumnisse sicherlich mit zum Verbot führten", möchte aber nicht mißverstanden werden, denn, so schreibt er, "zu viele Juden sind meine Brüder".
Schließlich zitiert er aus dem Brief eines alten und erfahrenen deutschen Freimaurers vom April 1973 folgende Sätze:
"Die einseitige Stellungnahme der deutschen Freimaurerei zugunsten Israels bedrückt mich. Helfen Sie also, mit dem Gebrauch der Wasserwaage, das Gleichgewicht maurerischer Toleranz im Bereich der deutschen Bruderschaft wieder herzustellen." Im Anschluß an dieses Zitat fragt er: "Wenn das schon einem deutschen Bruder auffällt, sollte diese Tendenz dann dem Islam verborgen bleiben?" (Die Bruderschaft, Jahrgang 15, Nr. 8/9).
Der angeführte Bericht läßt - wie durch einen schmalen Spalt hindurch einen gewissen Einblick gewinnen in die internationale Verflechtung und Solidarität freimaurerischer Aktivitäten, über alle Grenzen von Religionen und Rassen hinweg. Außerdem deutet er das besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts weit über Deutschland hinaus bemerkbare starke Gewicht und die einflußreiche Macht des jüdischen Elements innerhalb der Freimaurerei an.
Der anonyme Verfasser rechnet nämlich damit, daß seine mutigen Fragen eine Protestwelle gegen ihn auslösen könnten. Ein weiteres Zeugnis für die beispielhafte Welt-Bruderkette, die Freimaurer aus allen Erdteilen miteinander verbindet, war am 29. September 1962 auf dem 5. Deutschen Freimaurerkonvent in der Frankfurter Paulskirche aus dem Munde des weitestgereisten und meistfotografierten deutschen Freimaurers, des Altgroßmeisters Theodor Vogel, zu vernehmen. Er erklärte stolz:
"Es lohnt sich nicht, die Liste aller Großlogen des Erdballs aufzuzählen, mit denen die Vereinigte Großloge heute Vertretungen austauscht. Es genügt, die Großlogen zu nennen, mit denen sie noch keine regulären Beziehungen unterhält: Island, Pennsylvania, Utah, Britisch-

Kolumbien, Neuseeland."
Ein anderes Vogel Zitat:
"Ich war mit schwarzen, braunen und gelben Maurern an der Logentafel gesessen, ich habe mit dem Bruder aus Tokio und Manila, aus Reykjavik und Tucson, aus Teheran und Ankara, aus Algier und Tel Aviv, aus Sao Paulo und Dublin, aus Korsika und von den Antillen beim festlichen Mahl das Brot gebrochen." (DER SPIEGEL, S. 54)
Wenn nun in der islamischen Welt das "Licht" der Logen ganz erloschen ist, so ist dadurch die weltweite Bruderkette gewiß um viele wichtige Glieder ärmer geworden.
Es ist dies ein schwerer Schlag und ein schmerzlicher Verlust für die Vertreter der "Königlichen Kunst", deren weltumspannender Tempelbau dadurch einen erheblichen Rückschlag erlitten hat. Doch damit wird ihre Position als Weltmacht und das ist die Freimaurerei trotz aller Zerrissenheit und Krisen und trotz zahlreicher gegenteiliger Behauptungen nach wie vor wahrscheinlich nicht entscheidend verändert.
Ein "Geheimbund" - heute spricht man von "geschlossener Gesellschaft" - wie die edle Maurerzunft hat doch im Laufe der Jahrhunderte reiche Erfahrungen mit der "Schwarzarbeit" im Untergrund gesammelt. Die Sache der Freien Maurerei wird anderswo um so besser weitergehen, die Anstrengungen können zur Erreichung anderer, schon lange abgesteckter Ziele verstärkt werden. Mit konzentrierter Kraft kann nun die antichristliche Revolution weitergeführt werden.

4. Freimaurerei und Kommunismus

Papst Leo XIII. veröffentlichte am 20. April 1884 die heute noch lesenswerte Enzyklika "Humanum genus" gegen die Freimaurerei seiner Zeit. Er forderte darin die Bischöfe auf, "den Freimaurern ihre Masken vom Gesicht zu reißen, damit man sie als das erkenne, was sie sind". Der Papst sieht in dem Vernichtungskampf, der damals gegen die Kirche Christi und die von ihr geschaffene Kultur tobte, das Reich Satans am Werk, "unter dessen Herrschaft alle jene stehen, die dem ewigen göttlichen Gesetz den Gehorsam verweigern, die über Gott hinweggehen oder gegen ihn etwas unternehmen".
Seiner Meinung nach scheinen die Feinde Gottes und seiner Kirche "miteinander verschworen zu sein zu einem überaus erbitterten Kampf unter der Leitung und Hilfe des Bundes der sogenannten Freimaurer. Ohne ihre Pläne zu verheimlichen, stacheln sie gegen die Majestät Gottes auf. Offen und unverhohlen arbeiten sie daran, die heilige Kirche zu vernichten, und zwar in der Absicht, die christlichen Völker aller jener Güter völlig zu berauben, die ihnen durch unseren Heiland Jesus Christus zuteil geworden sind".
Der Papst stellt fest, daß "es eine Reihe von Sekten gibt, die voneinander nach Namen, Gebräuchen, Form und Herkunft verschieden sind, aber durch die Gleichheit ihrer Ziele und die Ähnlichkeit ihrer Grundsätze miteinander und mit dem Bund der Freimaurer in engem Zusammenhang stehen; dieser ist gleichsam das Zentrum, von dem alle ausgehen und zu dem alle zurückkehren".
Wenn dieses sicher nicht leichtfertige Urteil des Papstes zutrifft, war die Freimaurerei des letzten Jahrhunderts die antichristliche Weltmacht, von der die übrigen kirchenfeindlichen Gruppen inspiriert und gesteuert wurden. "Das letzte und hauptsächliche Ziel ihrer Pläne ist unverkennbar: die gesamte vom Christentum geschaffene religiöse und bürgerliche Ordnung zu stürzen und nach ihrem Plan durch eine andere zu ersetzen, deren Grundlage und Gesetze auf dem Naturalismus beruhen … Darin sollen die menschliche Natur und die menschliche Vernunft in allem die höchsten Lehrer und Herrscher sein."
Im Anschluß daran nennt der Papst die Bestrebungen der Freimaurer im einzelnen, die Leugnung jeder göttlichen Offenbarung, den Kampf gegen die katholische Kirche, die Trennung von Kirche und Staat, die Förderung des religiösen Indifferentismus und der laizistischen Erziehung, der Ehescheidung und des staatlichen Atheismus.

Man wird heute dagegen einwenden: Die Freimaurerei des 20. Jahrhunderts ist nicht mehr die des 19. Jahrhunderts. Sie hat sich inzwischen sehr stark gewandelt, wobei die leidvollen Erfahrungen der zwei Weltkriege und der in unserem Jahrhundert überall sich durchsetzende ökumenische Gedanke und der auch im Bereich der Weltanschauungen und Religionen sich vollziehende Abbau des Freund-Feind-Denkens maßgeblich zu einer Verbesserung des Verhältnisses von Freimaurerei und Kirche beigetragen haben.
An dieser Auffassung ist sicher richtig, daß sich in der Freimaurerei ebenso wie in der Kirche und anderswo manches gewandelt hat. So haben sich zweifellos die Methoden der Freimaurerei im Kampf gegen das Bekenntnischristentum geändert. Die offene und brutale Revolution gegen die katholische Kirche wurde aufgegeben, weil sie nicht zum erstrebten Ziel führte. Heute versucht die Freimaurerei mit einer der modernen Zeit besser entsprechenden Methode ihre Pläne zu verwirklichen.
Das geschieht durch eine neue revolutionäre Methode, die ich "Revolution auf leisen Sohlen" oder "Revolution mit freundlicher Miene" nennen möchte. Man versucht die Anwendung dieser Methode besonders seit dem II. Vatikanischen Konzil, genauer seit der Ankündigung dieses Konzils durch Papst Johannes XXIII.
Es wäre aber eine sehr gefährliche, wenn nicht gar eine geradezu katastrophale Naivität, wenn jemand ernsthaft glauben wollte, daß die Freimaurerei ihre von Anfang an gesteckten Ziele aufgegeben hätte. Ihre Methoden mögen sich geändert haben, ihre Ziele sind die gleichen geblieben. Wer diesen unverrückbaren und unabdingbaren, vom Wesen der Freimaurerei unablösbaren Tatbestand nicht erkennt, ist wirklichkeitsfremd und kennt die eigentlichen "Geheimnisse" der Freimaurerei eben noch nicht.
Diese Feststellung, die keineswegs einem blinden Freimaurerhaß entspringt, sondern im Verlauf der folgenden Gedankengänge sachlich belegt werden wird, scheint nicht zuletzt im Hinblick auf gewisse Entwicklungen in der sog. nachkonziliaren Zeit sehr wichtig zu sein. Gibt es doch in unserem Jahrhundert nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch im Raum der Kirche allzu viele von jenen Figuren, die Lenin einmal "nützliche Idioten" nannte. -
Papst Pius XII. gehörte jedenfalls nicht zu ihnen. Er sprach am 24. Juli 1958 einige Monate vor seinem Tod anläßlich der 8. Pastoralen Bildungswoche über die "Wurzeln des modernen Glaubensabfalls" und nannte in diesem Zusammenhang "den wissenschaftlichen Atheismus, den dialektischen Materialismus, den Rationalismus, den Laizismus und die Freimaurerei, die gemeinsame Mutter aller jener".
Der klarsichtige Papst sprach hier ein außerordentlich gewichtiges Wort über die geistesgeschichtlichen Hintergründe, die auch das auf gewissen Sektoren der Politik und Kultur tatsächlich bestehende Zusammenspiel von Freimaurerei und Kommunismus allein erklären können.
In der Tat darf die Freimaurerei als geistige Mutter des wissenschaftlichen Atheismus und des dialektischen Materialismus, der die Philosophie des Kommunismus darstellt, betrachtet werden, wenngleich die meisten Mitglieder der sog. "regulären Freimaurerei" keine Atheisten sind und den Kommunismus nicht unterstützen, sondern Männer, die an ein "höheres Wesen" unter dem Symbol des "Großen Baumeisters des Universums" glauben, wie es in Punkt 2 der sog. "basis principles", die zuletzt 1929 neu gefaßt wurden, gefordert wird, und als solche den atheistischen und diktatorischen Kommunismus ablehnen.
Man darf allerdings nicht übersehen, daß die "irreguläre Freimaurerei", die im wesentlichen von den Bestimmungen in Artikel 2 und 3 der "basic principles" abweicht, auch militante Atheisten in ihre Logen und Großlogen aufnimmt. Viele Freimaurer sehen überdies in den genannten Forderungen der Allgemeinen Grundsätze (basic principles) einen Verstoß gegen das im Kapitel 1 der "Allgemeinen Pflichten" von 1723 ausgesprochene Grundprinzip der Toleranz, welches besagt, es sei ratsam, die Freien Maurer "nur zu der Religion zu verpflichten,

in der alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besonderen Überzeugungen selbst zu belassen".
Diese gewiß problematischen Grundsätze haben schon manche heftigen Diskussionen unter Freimaurern ausgelöst und neben anderen Gründen auch dazu geführt, daß selbst "reguläre" amerikanische Logen entgegen den verbindlichen Forderungen der "Alten Pflichten" schon seit Jahrzehnten "eine bedeutende Zahl entschiedener Ungläubiger zu ihren Mitgliedern zählen".
Wie es scheint, gibt es auch in deutschen Logen die Möglichkeit, daß ein Bruder "im Hinblick auf die moderne Wissenschaft ernsthaft an der Existenz Gottes als des Baumeisters, d.h., als einer geistigen und willensmäßigen hinter dem Aufbau der Welt stehenden Kraft zweifelt", wie Bruder K. Saur in einem Aufsatz über den Großen Baumeister in der deutschen "Bruderschaft" andeutet.
Er bemerkt dazu: "Wenn hier die Betonung auf 'ernsthaft' liegt, gehört dieser Bruder unbedingt in unsere Reihen. Allerdings werden wir von ihm verlangen, daß er sich mit der Frage nach Gott und dem, was die Wissenschaft dazu in Wirklichkeit zu sagen hat, gründlich auseinandersetzt." Das heißt im Klartext: Ein Bruder, der an der Existenz des "Allmächtigen Baumeisters aller Welten" ernsthaft zweifelt, kann auch in Deutschland Freimaurer sein, er gehört sogar "unbedingt in unsere Reihen". (Die Bruderschaft, Nr. 15)
Wie dem auch sein mag, folgendes steht jedenfalls fest: Es gibt sowohl in der regulären" als auch in der "irregulären" Maurerei nicht wenige Mitglieder, die Atheisten sind. Als Atheisten haben sie den Atheismus mit den Kommunisten gemeinsam. Damit ist ihnen notwendig auch ein Nein zum Glauben der Kirche gemeinsam und nicht selten verbindet beide auch eine gemeinsame Frontstellung gegen die Kirche.
Wenn sie auch die Dogmen des dialektischen Materialismus nicht unbedingt mit den Kommunisten teilen, so stehen doch alle Freimaurer seien sie nun gläubig oder ungläubig mit den Kommunisten gemeinsam auf dem Boden des Rationalismus und Laizismus, d.h. sie betrachten die menschliche Vernunft (ratio) als höchste Instanz ihres Erkennens und Wollens und sie sind bestrebt, den Einfluß der Kirche aus dem öffentlichen Leben auszuschalten (Laizismus). Freimaurer und Kommunisten haben schließlich ein gemeinsames politisches Endziel: Der eine Welt-Staat unter einer Welt-Regierung.
Das Endziel des revolutionären Kommunismus ist die bolschewistische Weltrevolution, die etappenweise zu einer sozialistischen Welt-Republik führen soll. Der britische Politiker John Strachey, der in seiner Laufbahn Antifaschist, verschiedene Male ein Konservativer, dann ein unabhängiger Labourmann, dann ein führender Mann des Kommunismus und nach dem II. Weltkrieg schließlich sozialistischer Minister in England war, schrieb bereits 1937 in seinem Buch "Der kommende Kampf um die Macht", "daß die einzig mögliche Zukunft für Großbritannien darin liegt, sich zuerst als freie Republik in einen Bund der europäischen Völker und später der weltumspannenden Gemeinschaft der Sowjetrepubliken einzureihen"(D. Reed, **Der große Plan der Anonymen).**
Gut informierte politische Kreise in Europa kennen schon seit Jahren das politische Ziel der Sowjetunion, in Europa eine **"Union der sozialistischen Staaten"** zu schaffen. Es ist bemerkenswert, daß Moskau diesen Begriff offiziell zum ersten Mal in der sowjetischen Parteizeitung **"Prawda"** vom 17. Oktober 1973 eingeführt hat. Das **Fernziel** der zur gleichen Zeit stattfindenden "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ist damit genau abgesteckt. Wann diese vom Kreml geplante **"Union der Sozialistischen Staaten Europas"** Wirklichkeit werden wird, ist heute noch ungewiß. Politische Experten nehmen an, daß der Tag, an dem Europa oder doch wenigstens der größte Teil unseres Kontinents in der Hand der sog. "Imperialisten" sein wird, nicht mehr allzu fern ist.
Die meisten Zeitgenossen wissen freilich nicht, daß ein konkreter Plan zur Sowjetisierung

bzw. Sozialisierung Europas schon seit gut 30 Jahren besteht, ein Plan, der von einem der prominentesten Freimaurer unseres Jahrhunderts zusammen mit dem kommunistischen Massenschlächter **Stalin** ausgearbeitet wurde.
Leider ist der Weltöffentlichkeit dieser Plan aus dem Jahr 1943 erst 1962 bekannt geworden, als die aufsehenerregende Biographie des amerikanischen **Kardinals Spellman** erschien. Aus der Biographie, die ein zeitgeschichtlich äußerst wertvolles Dokument darstellt und besonders für die Europäer aufschlußreich ist, geht hervor, daß der **Hochgradfreimaurer F. D. Roosevelt 1943 bereit war, ganz Europa dem Kreml auszuliefern.** Die genannte Biographie enthält die Gedächtnisaufzeichnung eines Gesprächs, das Präsident Roosevelt 1943 mit Kardinal Spellman führte.
Dabei teilte der Präsident dem Kardinal mit, daß nach vorliegendem Plan die Welt zwischen den USA, China, Großbritannien und der Sowjetunion aufgeteilt werde. Während den Vereinigten Staaten die Herrschaft im Pazifik zufallen soll, wird China die Hegemonie über den Fernen Osten erhalten. England, das vorwiegend koloniale Interessen verfolge, bekommt Afrika, und Moskau den europäischen Kontinent als Herrschaftsgebiet.
Vermutlich hat der damalige Kardinal von New York gegen diese entsetzliche "Friedensordnung", die das alliierte Frankreich ebenso wie den Vatikan der Sowjetdiktatur unterwerfen sollte, Einwände erhoben bzw. protestiert. Denn er verschweigt in seiner Notiz nicht, welchen "Trost" ihm der Präsident zu bieten versuchte.
Spellman referiert wörtlich: "Es ist natürlich, daß die europäischen Länder sich fürchterlichen Veränderungen unterziehen müssen, **um sich Rußland anzupassen**, aber er (Roosevelt) hofft, daß die europäischen Einflüsse binnen zehn oder zwanzig Jahren die Russen dahin bringen, daß sie **weniger barbarisch** sind.
Mag dem sein wie auch immer, die USA und Großbritannien können nicht gegen die Russen kämpfen … Er hofft, daß aus der erzwungenen sich bald eine wirkliche und dauerhafte Freundschaft entwickelt. Die europäische Bevölkerung wird einfach die russische Herrschaft in der Hoffnung ertragen müssen, daß sie in zehn oder zwanzig Jahren in der Lage sein wird, gut mit den Russen zusammenzuleben. …" (**Kath. Nachrichten-Agentur** (KNA) vom 23.5.1962)
Präsident Roosevelt unterhielt damals mit dem Vatikan sog. "freundschaftliche Beziehungen". Später wurde bekannt, daß einer seiner ersten Berater ein **kommunistischer Agent** war. Ob der Präsident geistig zu naiv war, um die Doppelgesichtigkeit und das Doppelspiel seiner verwerflichen Politik zu erkennen?
Oder sollte er diesen Plan mit kaltem Zynismus vorgelegt haben? - Wir werden darauf wahrscheinlich keine klare Antwort finden.
An der Tatsache, daß der Plan existiert, besteht jedoch kein Zweifel. Ebenso ist sicher, daß der Plan nur zum Teil verwirklicht ist, denn Europa ist erst zur Hälfte dem russischen Machtbereich unterstellt. Die Unterwerfung der noch freien Hälfte Europas wird gegenwärtig durch fieberhafte Aktivität vorbereitet. Das Schlagwort vom Frieden, der in Europa "sicherer" gemacht werden soll, bedeutet nach sowjetischem Verständnis nichts anderes als die Herrschaft der Kremlimperialisten über das **ganze Europa**.
Denn erst wenn sie dieses ganz in ihrer Hand haben, wird der Friede "sicherer" sein, als er es zur Zeit ist. Nicht wenige Europäer aber befürchten angesichts jüngster amerikanisch sowjetischer Abmachungen auf höchster Ebene, daß der Freimaurer Richard Nixon oder ein anderer ihm folgender Bruder auf den Spuren des brüderlichen Vorgängers Roosevelt einen ähnlichen Verrat an Europa üben könnte, wie jener ihn 1943 versucht habe.
Wenden wir uns nach diesem weltpolitischen Exkurs nun dem eigentlich **antikirchlichen Komplott** von Freimaurern und Kommunisten zu. Obwohl in der sowjetischen Machtsphäre alle Logen verboten sind und die meisten Freien Maurer den Kommunismus sowjetischer Prä-

gung nicht anerkennen, gibt es doch auch Logen, die mit den Kommunisten sich verschworen haben zum gemeinsamen Kampf gegen die Kirche. Wie wir bereits wissen, hatten die Väter der russischen Oktoberrevolution Beziehungen zu französischen Logen.
Die politischen Verschwörer hatten fast alle in irgendeiner Form Verbindungen mit geheimen Gesellschaften und Zirkeln, die ihrerseits wieder mit den eigentlichen Freimaurerlogen Kontakte pflegten. Wie die Freimaurerei kam auch der Kommunismus ursprünglich aus dem Untergrund. Die betont antikirchliche Tradition großer Teile der französischen Freimaurerei macht die gegenwärtige … Allianz mehrerer **französischer Logen mit dem Kommunismus** verständlich.
Ein Beispiel aus Südamerika, wo der Einfluß des Grand Orient sehr stark ist, mag die Zusammenarbeit von Freimaurern und Kommunisten etwas beleuchten. Vom 26. bis 28. März (Gründonnerstag bis Karsamstag) 1959 fand in Montevideo ein Freimaurerkongreß statt, der sog. **"Zweite Internationale Kongreß für die Allgemeine Brüderlichkeit"**.
Zur Warnung vor dessen Bestrebungen veröffentlichte der argentinische Episkopat am 20. Februar 1959 ein gemeinsames Hirtenwort. Darin wiesen die argentinischen Bischöfe im Einklang mit den Päpsten auf die "satanische Verschwörung … über der Menschheit hin" und erklärten:
"Bei der 4. Interamerikanischen Freimaurerkonferenz 1958 in Santiago de Chile wurde verkündet, daß 'der Orden seinen Adepten Hilfe leistet, damit sie in der Öffentlichkeit ihrer Nationen oberste Stellungen erringen'. Das Thema hieß 'Verteidigung des Laizismus', und die entwickelte neue Taktik traf sich mit den jüngsten Parolen des Internationalen Kommunismus. Die Freimaurer sollen den Laizismus in allen Bereichen vorantreiben die Kommunisten sollen die soziale Ordnung untergraben.
Als Parole wurde ausgegeben: 'Auf dem Weg über alle beeinflußten politischen Parteien ist die laizistische Kampagne zu verstärken. Es muß versucht werden, die Warnrufe der katholischen Kirche zu besänftigen, indem wir direkte freimaurerische Aktionen vermeiden. Die Aktionen zur Spaltung der Arbeiterbewegung sind zu vermehren, um dann deren Überrumpelung voranzutreiben. Freimaurerei und Kommunismus verfolgen gegenwärtig in Lateinamerika die gleichen Ziele, deshalb ist auf gleichlaufende Aktionen zu achten, wobei das Bündnis öffentlich nicht in Erscheinung tritt.'
Der bevorstehende Zweite Internationale Kongreß für die Allgemeine Brüderlichkeit in Montevideo ist eine Probe all dieser Bestrebungen. Es ist ein Freimaurerkongreß unter kommunistischer Inspiration, der die freimaurerische Phrase von der allgemeinen Brüderlichkeit der Ausbreitung des internationalen Kommunismus dienstbar machen will. Er gibt vor, 'für die menschliche Verbrüderung und den Frieden der Welt' kämpfen zu wollen. Zwei Schlagworte, die die ruchlosen Ziele der Freimaurerei und des Kommunismus verbergen sollen!"
Die Bischöfe gingen dann auf das Verhältnis von Marxismus und Freimaurerei ein und fuhren fort: "Marxismus und Freimaurerei haben das gemeinsame Ideal der irdischen Glückseligkeit. Ein Freimaurer kann die philosophischen Ideen des Marxismus ohne Abstriche annehmen. Wie der Großmeister der Loge von Paris bestätigt, ist zwischen den Prinzipien des Marxismus und der Freimaurerei kein Widerspruch denkbar.
Um ihre Ziele zu erreichen, bedient sich die Freimaurerei der Hochfinanz, der hohen Politik und der Weltpresse, während der Kommunismus im sozialen und wirtschaftlichen Bereich eine Revolution gegen Vaterland, Familie, Eigentum, Moral und Religion vorantreibt. Die Freimaurer betreiben ihre Ziele mit geheimen subversiven Mitteln, die Kommunisten mit offenen. Die Freimaurerei bewegt die sektiererischen politischen Minderheiten der Kommunismus stützt sich auf eine Politik der Massen, indem er die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit ausbeutet …
Katholizismus und Freimaurerei sind Dinge, die sich absolut widersprechen und ausschließen,

so wie Christus und Antichrist. Jeder soll auch wissen, daß Liberalismus und Laizismus in allen ihren Formen die ideologische Ausprägung der Freimaurerei darstellen. Es tut nicht viel zur Sache, daß viele Liberale keine Freimaurer sind: es gibt bewußte Instrumente und blinde Instrumente. Entscheidend ist, daß der Sache nach die einen wie die anderen zusammenhelfen, um die Kirche Christi und die katholische Ordnung unserer Republik zu zerstören.
Was die Freimaurer in ihrer Tätigkeit antreibt, ist letztlich der Haß gegen Christus und gegen alles, was in den menschlichen Seelen und den menschlichen Einrichtungen seinen Namen trägt. Ihr endgültiges Ziel ist die Zerstörung alles Christlichen und alles dessen, was sich an der biblischen Lehre ausrichtet …
Wir klagen Freimaurerei und Kommunismus als Feinde unserer überkommenen Werte und unserer Zukunft an als Feinde, die es darauf abgestellt haben, alles Edle und Heilige in unserem Land auszurotten."
Der Text der bischöflichen Verlautbarung enthält Aussagen, die zum Teil nur für militante antichristliche Logen um den Grand Orient zutreffen, aber auch solche, die für die gesamte Weltfreimaurerei charakteristisch sind, wie etwa die Feststellung, daß sich die Freimaurerei zur Erreichung ihrer Ziele "der Hochfinanz, der hohen Politik und der Weltpresse bedient" und "daß Liberalismus und Laizismus in allen ihren Formen die ideologische Ausprägung der Freimaurerei darstellen".
Durch ihre Machtpositionen und Schlüsselstellungen in der Hochfinanz, in der hohen Politik sowie im Nachrichten- und Pressewesen ist die liberale und elitäre Maurerei in der Lage, wie keine Macht dieser Welt die Öffentlichkeit mit den von ihr propagierten Ideen und Zielen des Liberalismus zu beeinflussen.
Die auf diesem Gebiet von ihr gesteuerte geistige Revolution mit dem Ziel, die Welt zu verweltlichen und das Christentum zu entchristlichen - wie der moderne Säkularisierungsprozeß auf eine knappe Formel gebracht werden kann - hat bereits solche weltweiten "Erfolge" und Einbrüche in den christlichen Raum, vorwiegend in die christliche Theologie des Westens hinein erzielt, daß die von manchen katholischen Autoren heruntergespielte Bedeutung der Freimaurerei als antichristliche Kraft nicht gerechtfertigt erscheint. So meinte beispielsweise K. Algermissen:
"Mit dem weltanschaulichen Liberalismus hat auch die Freimaurerei, trotz Zunahme an Mitgliedern, ihre Blütezeit hinter sich. Ihre Geschichte im ganzen wie in den einzelnen Ländern ist erfüllt von Auseinandersetzungen der Großlogen untereinander. Ihre zum Teil große karitative Tätigkeit ist anzuerkennen, allerdings weithin auf die Unterstützung bzw. Protektion bedürftiger Logenbrüder gerichtet.
Die religiös geistigen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft werden wesentlich zwischen Christentum und Marxismus durchgeführt. Mag die Freimaurerei, besonders in den romanischen Ländern, auch weiterhin die antikirchliche Tätigkeit fortsetzen, so ist sie doch nicht als der Hauptfeind des Christentums anzusehen."
Wenn diese vor dem II. Vatikanischen Konzil geschriebenen Sätze schon nicht der vorkonziliaren Situation gerecht werden, so erst recht nicht derjenigen nach dem großen Konzil. Noch weniger kann eine nachkonziliare Verharmlosung der freimaurerischen Bestrebungen akzeptiert werden, wie sie die "Herder Korrespondenz" 1969 vertrat.
Da wird nämlich behauptet: "Die Freimaurerei stellt heute keine Großmacht mehr dar, die der Kirche gefährlich werden könnte oder auch nur möchte. In ihrem überwiegenden Teil handelt es sich um eine tolerant gesinnte Gesellschaft, in der Geselligkeit und Clubleben eine ebenso große Rolle spielen wie weltanschauliche Fragen und sittliche Verantwortung. Die alte Gegnerschaft entbehrt heute der Grundlage."
Ein solches Urteil mag wohl den Intentionen der Logen entgegenkommen, die ja bestrebt sein müssen, den Eindruck der Gefährlichkeit und Feindschaft gegenüber der Kirche nicht auf-

kommen zu lassen oder von sich zu weisen. Es ist jedoch schlichtweg falsch und wird von den Tatsachen widerlegt, wenn der Freimaurerei die "Großmachtstellung" und "Gegnerschaft" zur Kirche abzusprechen versucht wird. Auch der Hinweis auf die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Großlogen stattfinden, ist kein überzeugendes Argument gegen die Weltfreimaurerei als liberale Führungsmacht.
Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und kleinlicher Streitereien innerhalb der Logen und Großlogen besteht doch überall in der Freimaurerei eine geschlossene ideologische Einheitsfront gegen die katholische Kirche und ihren Anspruch, als hierarchisch verfaßte Gemeinde von Jesus Christus mit dem Auftrag gegründet zu sein, die von Gott geoffenbarte Heilsbotschaft allen Menschen unfehlbar zu verkünden und ihnen das durch den Sohn Gottes gewirkte Heil zu vermitteln.
Freimaurerei und Kommunismus verfolgen überall das Ziel, durch liberale bzw. atheistische Propaganda und "Aufklärung" die gläubigen Christen aller Konfessionen vom Offenbarungsglauben abzubringen oder ihn zu verfälschen, d.h. zu zerstören, wenn auch ihre jeweiligen Mittel und Methoden, mit denen sie dieses Ziel zu erreichen hoffen, verschieden sind.
Das gleichgerichtete antichristliche Ziel beider Großmächte erklärt z.B. auch, warum die liberale, weitgehend von Freimaurern beherrschte Presse des Westens, zwar gegen die Unfreiheit und Unterdrückung von Intellektuellen in der Sowjetunion mehr oder weniger engagiert Stellung nimmt, über die brutale und unerbittliche Verfolgung der Christen im sowjetischen Machtbereich jedoch kaum berichtet, geschweige denn dagegen protestiert. Nicht zu Unrecht hat man in diesem Zusammenhang von einem "Komplott des Schweigens" gesprochen.

III. FREIMAUREREI UND RELIGION

1. Die Freimaurerei eine antichristliche Ideologie

Die wichtigste Frage, die in diesem Kapitel zu besprechen ist, betrifft die Religiosität der Freimaurerei und läßt sich in zwei Teilfragen gliedern:
Ist die Freimaurerei eine Religion oder nur ein ethisches System?
Ist die Freimaurerei mit dem Christentum vereinbar?
Über diese Grundfragen wird besonders seit dem II. Weltkrieg und mit Schwerpunkt seit dem II. Vatikanischen Konzil engagiert gestritten. Die Antworten, die bisher von Freimaurern und ihren Gegnern auf diese Fragen gegeben wurden, sind unbefriedigend und verwirrend. Bei den heutigen Freimaurern fällt die Tendenz auf, die Freimaurerei nicht als Religion zu betrachten. Wie schon W. Hannah (1952) bemerkte, verwenden sie gern die Formel: "Freimaurerei ist nicht eine Religion, sondern ist Religion." Manchmal sagen sie auch: "Freimaurerei ist nicht eine Religion, sondern sie ist religiös."
Fast dieselbe Formulierung findet sich in einer deutschen Freimaurerschrift (1970), wo gesagt wird: "Mit der geheimnisvollreligiösen Bedeutung der Symbole hat es eine besondere Bewandtnis. In der letzten Unausdeutbarkeit und Vielfalt eines Symbols ergreift der Betrachter religiösen Bereich. Freimaurerei ist darum religiös; sie ist aber keine Religion."
M. Dierickx schreibt, daß die Freimaurerei "keine Religion ist, wohl aber ein ethisches System". Mit dieser Behauptung, die für ihn "unverrückbar feststeht", will er dem nach seiner Meinung "bedeutsamsten Vorbehalt gegen die Freimaurerei" begegnen, nämlich der "Gefahr des Synkretismus", und er hofft damit, viele Einwände, die z.B. Hannah und Whalen machen, entkräften zu können."
Doch dazu muß leider gesagt werden, daß M. Dierickx die Freimaurerei nicht gründlich genug studiert hat. Gegen seine Auffassung spricht schon das erste und wichtigste Kapitel der "Alten Pflichten" von 1723, die nach wie vor als allgemein anerkanntes Grundgesetz der "regulären Freimaurerei" gelten. Ganz im Einklang mit den Aussagen dieses Kapitels der "Alten Pflichten", hat die Großloge von England im Jahr 1950 die Großloge von Uruguay förmlich exkommuniziert, als diese die Glaubensformel so weit faßte, daß sie von Gläubigen und Un-

gläubigen angenommen werden konnte, und erklärt:
"Die wahre Freimaurerei ist eine Religion. Der Glaube, den man haben muß, besteht darin, daß man dem Gott der Christen eine wirkliche Ehrung erweist. Die Freimaurerei ist vom Glauben des Mittelalters inspiriert und muß ihm die Treue wahren … Da Sie unseren Weisungen nicht Folge geleistet haben, trifft Sie dasselbe Schicksal, das wegen desselben Verbrechens den Groß Orient von Frankreich getroffen hat. Wir erkennen Sie und alle, die Ihnen folgen, nicht mehr als rechtmäßige Freimaurer an."
Was die englischen Maurer unter dem "Glauben" an den "Gott der Christen" verstehen, werden wir im folgenden näher zu analysieren haben. Doch zuvor soll noch ein anderer prominenter Freimaurer aus England zu unserer Frage Stellung nehmen.
Sir J. Codeburn, ehemaliger Groß-Diakon von England und stellvertretender Großmeister von Australien gibt dazu folgende Erklärung:
"Die Frage, ob die Freimaurerei eine Religion ist, ist heftig diskutiert worden. Aber die Kontroverse scheint nur ein Wortgefecht zu sein. Vielleicht ist es der beste Weg zu einem Abschluß, wenn man zunächst die Punkte aufzählt, die den meisten Religionen gemeinsam sind, und dann untersucht, inwieweit die Freimaurerei sich von ihnen unterscheidet.
Religion befaßt sich mit der Beziehung zwischen dem Menschen und seinem Schöpfer und flößt vor allem Ehrfurcht vor dem Schöpfer ein. Die Religionen sind reich an gottesdienstlichen Formen des Gebetes und Lobpreises. Sie geben ferner Verhaltensregeln, indem sie einen Gott oder einen Helden als Muster zur Nachahmung vorstellen … Es würde schwer fallen, zu sagen, welche dieser charakteristischen Merkmale der Freimaurerei fehlen. Ganz gewiß besitzt sie alle in reicher Fülle. Ihre Zeremonien sind ausgearbeitet und unübertroffen an Schönheit und Sinntiefe. Sie sind durchsetzt von Gebet und Danksagung …
Wenn der Titel einer Religion der Freimaurerei versagt würde, könnte sie wohl mit Recht als eine Vereinigung von Religionen bezeichnet werden."
Es könnten noch mehrere Urteile dieser Art hier angeführt werden. Doch es gibt keinen besseren Beweis für die These, daß die Freimaurerei eine Religion ist, als der Text der offiziellen "Alten Pflichten" selbst, der ganz klar in der Freimaurerei "die Religion" sieht, "in der alle Menschen übereinstimmen".
Eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser These macht es notwendig, sie im Zusammenhang mit dem ganzen ersten Kapitel der "Alten Pflichten" zu sehen. Der Text dieses Kapitels, das die Überschrift trägt "Von Gott und Religion", lautet:
"Der Maurer ist als Maurer verpflichtet, dem Sittengesetz zu gehorchen; und wenn er die Kunst recht versteht, wird er weder ein engstirniger Gottesleugner, noch ein bindungsloser Freigeist sein. In alten Zeiten waren die Maurer in jedem Lande zwar verpflichtet, der Religion anzugehören, die in ihrem Lande oder Volk galt, heute jedoch hält man es für ratsamer, sie nur zu der Religion zu verpflichten, in der alle Menschen übereinstimmen, und jedem seine besonderen Überzeugungen selbst zu belassen.
Sie sollen also gute und redliche Männer sein, von Ehre und Anstand, ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis oder darauf, welche Überzeugungen sie sonst vertreten mögen. So wird die Freimaurerei zu einer Stätte der Einigung und zu einem Mittel, wahre Freundschaft unter Menschen zu stiften, die einander sonst fremd geblieben wären."
Aus dem vorliegenden Text ist folgendes zu entnehmen:
Die Freimaurer sind nicht mehr verpflichtet, der Religion anzugehören, die in ihrem Land oder Volk galt; für sie gilt nach dem Konstitutionenbuch von 1723 nur "jene Religion, in der alle Menschen übereinstimmen!"
Was heißt das? Als die Verfasser der Konstitutionen diesen Satz niederschrieben, waren in den Logen noch nicht Mitglieder verschiedener Religionen, sondern nur Christen verschiedener Konfessionen vereinigt. Will man also den Begriff "Religion" im ersten Teil des Satzes

richtig deuten, muß man ihn korrekt als "Konfession" im Sinne einer christlichen Kirche oder Gemeinschaft verstehen, denn in nichtchristliche Länder und zu anderen Religionen (Islam, Buddhismus) kam die Freimaurerei erst später.
Die Konfession also, die der einzelne Maurer früher gehabt hat, darf jetzt sein Leben und Wirken in der Loge nicht mehr bestimmen. Er muß seine persönlichen religiösen Überzeugungen "vor der Logentür zurücklassen", wie ein deutscher Freimaurer schrieb.
"Auf diese Weise hat es in der Freimaurerloge der Mensch mit nichts anderem als nur mit seinem Mitmenschen zu tun, wie er sich darstellt, wenn man ihn aller besonderen Überzeugungen, Vorurteile und zeitlichen Titel entkleidet." (St . Zickler, Was ist Freimaurerei, S.11). Ein ehrliches Eingeständnis also. Die Freimaurerei "entkleidet" ihre Mitglieder "aller besonderen Überzeugungen, Vorurteile und zeitlichen Titel".
Und womit wird der entblätterte oder entlaubte Baum geschmückt?, so möchte man jetzt gern wissen. Er wird mit einer neuen Religion beschenkt, er empfängt das freimaurerische "Licht" und er wird gleichzeitig auf diese neue Super-Religion verpflichtet und nur auf sie. Der Ausdruck Super-Religion ist berechtigt, weil nach freimaurerischer Meinung diese Religion des nackten Humanismus hoch über allen Konfessionen steht.
Als Einheitsideologie, die vom Menschen nur noch gelten läßt, "was an ihm Mensch ist, allein das allen Menschen Gemeinsame", soll diese "Religion, in der alle Menschen übereinstimmen", das befreiende und erlösende Element für die bessere Welt sein, die allein von den Meistern der "Königlichen Kunst" erbaut werden kann. Die Freimaurerei ordnet das religiöse Bekenntnis ursprünglich irgendein christliches Bekenntnis, heute kann es faktisch auch jedes nichtchristliche Bekenntnis sein ihrer Ideologie oder Religion des nackten Humanismus wie ich sie nennen möchte unter. In freimaurerischer Diktion heißt das: Der "Mensch" steht über der "Sache".
Für James Anderson war diese humanistische Religion, die er an Stelle der überholten früheren "Religionen" (Konfessionen) als neue verpflichtende Religion setzte, nichts anderes als ein besseres "Christentum", das man im großen und ganzen mit dem Deismus identifizieren kann, das aber jedenfalls nichts mehr mit dem echten, von Jesus Christus gestifteten Christentum zu tun hat.
Das authentische Christentum, das sich auf Christus beruft, ist mit dem "Logenchristentum" absolut unvereinbar. Und zwar deshalb, weil Christus von seinen Jüngern das Bekenntnis fordert. Echtes Christentum war, ist und bleibt wesentlich Bekenntnischristentum oder Konfessionschristentum. Es lebt von Jesus Christus, "dem Gesandten und Hohenpriester unseres Bekenntnisses (Hebräer 3,1), der "unter Pontius Pilatus Zeugnis gab im herrlichen Bekenntnis" (1. Timotheus 6,13), und der seine Zeugen in alle Welt sandte, damit sie ihn "vor den Menschen bekennen". Ja er macht dieses Bekenntnis sogar zur Voraussetzung für das ewige Heil, wenn er sagt:
"Ein jeder nun, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den werde auch ich verleugnen vor meinem Vater im Himmel. Denket nicht ich sei gekommen, Frieden auf die Erde zu bringen; ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Matthäus 10,32 ff.).
Der Herr wußte, daß das Bekenntnis für ihn die Menschen entzweien und Kampf und Streit zur Folge haben werde. Seine Forderung bleibt aber dennoch bestehen. Die Freimaurerei wollte von Anfang an mit ihrer Humanismus-Religion den sogenannten "Religionskriegen" und jeglichem Konfessionshader ein Ende setzen. Sie wählte für dieses Ziel aber bedauerlicherweise das untauglichste Mittel: die Ausschaltung des christlichen Glaubensbekenntnisses, das für jeden gläubigen Christen unverzichtbar ist.
Der christliche Bekenner kann und darf seine persönliche Glaubensüberzeugung auf keinen

Fall "vor der Logentür zurücklassen", er muß sie auch in der Loge als "freier" Mann frei bekennen dürfen. Wenn ihm die Loge diese positive Bekenntnisfreiheit verweigert und ihm einen religiös verbrämten Einheits-Humanismus zur Pflicht machen will, dann muß er die Loge ablehnen.
Als Glaubender steht er unter dem Wort Christi und dem Glaubensgehorsam. Der Heilige Paulus beschreibt die Bekenntnispflicht in Römer 10,10 so: "Aus dem Herzen kommt der Glaube, der zur Gerechtigkeit führt, und aus dem Munde das Bekenntnis zum Heil."
Das heißt: Der Christ darf seinen Glauben nicht im Herzen verstecken, er muß ihn in den Mund nehmen und bekennen: das ist sein Heil. Inhalt des christlichen Bekenntnisses ist Jesus Christus, der einzige und natürliche Sohn Gottes. "Wer den Sohn bekennt, hat auch den Vater. Das ist der Antichrist, der den Vater leugnet und den Sohn."
So steht es im 1. Johannesbrief (2, 22. Darf man von diesem Schriftwort ausgehend, eine Religion, die das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Sohn Gottes, ablehnt und aus ihren Tempeln verbannt, nicht eine unchristliche Religion nennen?
Und hat die Katholische Kirche und jede andere christliche Kirche, die unwandelbar am Bekenntnis Jesus Christi festhält, nicht die Pflicht, eine solche Religion als unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus zu verurteilen? Nach freimaurerischer Sprachregelung sind alle dogmatischen Religionen und Konfessionen intolerant. Kirchen, die sich als bekennende Kirchen verstehen, als Konfessionsgemeinschaften, sind von der Freimaurerei immer als intolerant verschrien und bekämpft worden.
Der frühere Kultusminister von Baden Württemberg, Dr. Gotthilf Schenkel, der am 4.10.1959 auf einer Kundgebung der Bruderschaft der Deutschen Freimaurer in der Frankfurter Paulskirche über "Die Gegenwartsaufgaben der Freimaurerei" sprach, schilderte kurz die Gründung der ersten Großloge im Jahr 1717, die sich gegen die Intoleranz der Kirchen und Konfessionen gewendet habe und sagte, der Kampf gegen Intoleranz sei auch heute noch ein wesentlicher Grundzug der Freimaurerei und die Toleranz ein entscheidendes Prinzip. (FAZ, 5. Okt. 1959).
Demnach ist also die Freimaurerei wesentlich ein Kampfbund gegen die "Intoleranz der Kirchen und Konfessionen".
Wenn aber die von Christus gestiftete und in seinem Namen auftretende Kirche ihrem Wesen nach eine konfessionelle Gemeinschaft ist, wenn echtes Christentum nur im Bekenntnis existieren kann, dann ist die Freimaurerei als religiöse Gegenbewegung zu diesem Christentum antichristlich orientiert.
Ist diese Freimaurerei nach ihrem eigenen Grundgesetz darüber hinaus auch noch eine eigentliche Religion, dann ist sie nach den Gesetzen der Logik eben eine antichristliche Religion. Zu dieser Erkenntnis muß jeder kommen, der das innere Wesen der Freimaurerei gründlich erforscht und seinen Verstand nicht vor der Logentür zurück läßt oder ihn in der Loge abgibt. Es ist kein Zufall, wenn außerhalb der Katholischen Kirche auch andere Kirchen bzw. Kirchliche Gemeinschaften zu der Überzeugung gelangt sind, daß Freimaurerei und Christentum schlechthin unvereinbar sind.
So erklärten, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bischöfe der griechisch-orthodoxen Kirche auf ihrer Konferenz am 12. Oktober 1933: "Freimaurerei ist eine Mysterienreligion, sie ist vom christlichen Glauben völlig verschieden, ihm entgegengesetzt und fremd. Wie die Mysterienkulte, trotz scheinbarer Toleranz und Anerkennung fremder Götter, zum Synkretismus führen, das Vertrauen zu anderen Religionen untergraben und allmählich ins Wanken bringen, so ist die heutige Freimaurerei; sie möchte nach und nach alle Menschen umfassen und sittlich vervollkommnen, das Erkennen der Wahrheit fördern und sich zu einer Art Über-Religion erheben, wobei sie auf alle andere Religionen (die christliche nicht ausgenommen) als etwas Minderes herabsieht.
Während das Christentum, das als eine geoffenbarte Religion im Besitz der mit der Vernunft

erfaßbaren und der darüber hinausgehenden Dogmen und Wahrheiten ist, zuerst und vor allem Glauben fordert und seine moralische Auffassung auf die übernatürliche göttliche Gnade gründet, hat die Freimaurerei nur eine natürliche Wahrheit und bringt ihre Eingeweihten zum freien Gedanken und zur freien Forschung durch die Vernunft allein.
Die Struktur ihrer Moral fußt allein auf den natürlichen Kräften des Menschen und dient nur natürlichen Zwecken. Unlängst hat die Interorthodoxe Kommission, die auf dem Berge Athos zusammenkam und an der die Verantwortlichen aller unabhängigen orthodoxen Kirchen beteiligt waren, die Freimaurerei als ein falsches und antichristliches System charakterisiert."
Mit Genehmigung der Bischofskonferenz gab dann Erzbischof Chrysostomos von Athen folgende Beschlüsse bekannt:
"Die Freimaurerei kann absolut nicht mit dem Christentum in Einklang gebracht werden, weil sie eine Geheimorganisation ist, die im dunkeln und geheimen arbeitet und lehrt sowie den Rationalismus vergöttert … Daher kann einem Geistlichen nicht erlaubt werden, Mitglied dieser Gesellschaft zu werden. Ich meine, daß jeder Geistliche, der es dennoch tut, ausgestoßen zu werden verdient … Wir erklären, daß alle gläubigen Kinder der Kirche außerhalb der Freimaurerei bleiben müssen … Es ist unrecht, zu Christus zu gehören und Erlösung sowie seelische Vervollkommnung außer denn bei Ihm zu suchen."
Das Urteil der Interorthodoxen Kommission, wonach die Freimaurerei ein "antichristliches System" ist, deckt sich voll und ganz mit der Argumentation, die an Hand der Analyse des ersten Kapitels der "Alten Pflichten" in dieser Schrift vorgetragen wurde. Die Verurteilungen, die seitens der Römisch-katholischen Kirche seit 1738 ausgesprochen wurden (bisher sind über 12 Verbote der Freimaurerei durch Päpste erlassen worden und rund 200 päpstliche Interventionen gegen Freimaurerei und andere geheime Gesellschaften erfolgt), gehen von der Grundtatsache des antichristlichen Charakters der Freimaurerei aus und sollten von daher auch verstanden werden.
Dabei steht eindeutig fest, daß sich die betreffenden Verurteilungen nicht nur auf die militant antikirchliche "irreguläre Freimaurerei" beziehen, sondern ebenso die "reguläre" angelsächsische Richtung treffen.
Die Meinung von M. Dierickx, daß die im Kanon 2.335 des Kirchlichen Gesetzbuches (1918) für Mitglieder der Freimaurerei verhängte Exkommunikation nicht den "regulären Logen" gilt, weil diesen ja keine Verschwörung gegen die Kirche zur Last gelegt werden könne, geht an der Wirklichkeit leider vorbei und beruht auch dann auf falschen Voraussetzungen, wenn mehrere Theologen und Kirchenrechtler in dieser Frage die Ansicht von M. Dierickx teilen."
Angesehene und führende Freimaurer sehen im ökumenischen Dialog nach dem II. Vatikanischen Konzil die große Chance oder sie hegen zumindest die Hoffnung, daß die Katholische Kirche ihre Haltung gegenüber der Freimaurerei revidiere.
Sie selbst wollen aber die Freimaurerei in ihrem Wesen nicht verändert wissen, wenngleich sie auch einige unwesentliche kosmetische Reformen in ihrem Ritual und Brauchtum für notwendig erachten, heute manchmal mit der Absicht, dadurch die Logen für Katholiken als akzeptabel erscheinen zu lassen. Ihre kluge Taktik hat sich als erfolgreich herausgestellt, obwohl sich das innere Wesen der Freimaurerei nicht im geringsten geändert hat.
Altgroßmeister F. A. Pinkerneil äußerte 1961 seine ganz aufrichtige Meinung darüber, wenn er schreibt: "Es erscheint unmöglich, die Gegnerschaft der Katholischen Kirche auch nur zu mildern. Wir können nichts mehr tun und das werden wir tun als eine bedauerliche Wandlung der Katholischen Kirche seit der Zeit, wo Bischöfe und Prälaten führende und angesehene Freimaurer waren, festzustellen und den Gründen nachzugehen. Jedenfalls haben wir Freimaurer uns in den beiden Jahrhunderten nicht gewandelt. Wir erstreben in dieser Hinsicht eine faire, geistig hochstehende Auseinandersetzung."
Wer die Freimaurerei kennt, kann voraussagen, daß sie sich auch in der Zukunft nicht wan-

deln wird, jedenfalls nicht in ihrer Haltung gegenüber der Katholischen Kirche, sofern sie ihrem Bekenntnis und ihrer Sendung treu bleibt.
Da die Kirche aber keinen Verrat an dem von ihrem göttlichen Stifter stammenden Heilsauftrag üben darf, wird die ersehnte und erstrebte geistige Ökumene mit der Freimaurerei solange nicht möglich sein, als die "dogmenlose Freimaurerei" die katholische Kirche, "die auf dem Dogma beharren muß" (Delters) nicht anerkennt und zu ihr zurückkehrt. Wie sehr aber einerseits das wirkliche Wesen der Katholischen Kirche mißverstanden werden kann und wie tief andererseits der Graben ist, der die Freimaurerei von der Kirche trennt, zeigen folgende Äußerungen eines vielzitierten Freimaurers.
Er meint, "daß die Kirche Roms weniger eine katholische, das heißt allgemeine Kirche ist, als vielmehr eine römische, die mit dem imperialen Anspruch auf absolute Führung des vergangenen Roms auftritt. Das Imperium Romanum ist verschwunden, untergegangen. Doch der Geist Roms verkörperte sich in der Kirche, die aus einer katholisch allgemeinen zu einer römischen wurde …
Rom beruft sich stets auf das seinem ersten Bischof, dem Apostel Petrus, vom Erlöser übertragene Hirtenamt. Darin und in der ununterbrochenen Sukzession des Bischofsamtes von Rom liegt zweifellos ein Quell der Stärke der römischen Kirche. In allen Wandlungen, denen sie unterlag, blieb ihr Machtanspruch auf die Seelenführung der Menschen bestehen. Diesen Anspruch versucht sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu erhalten und zu mehren. Für sie bleibt der Mensch ein der Führung bedürftiges, sündiges Geschöpf.
Nun bleibt die Menschheit als Ganzes ebensowenig stehen, wie der Einzelne. Wie das Kind und der jugendliche Mensch der Mündigkeit entgegenreifen, so auch die Menschheit.
Die Freimaurerei steht auf dem Standpunkt, daß viele Menschen die Schwelle der Mündigkeit, der geistigen Mündigkeit, überschritten haben, ja sogar, daß die Menschheit als Ganzes sich mehr und mehr der Schwelle der Mündigkeit nähert. Der geistig mündige Mensch soll aus eigener Kraft seinen Weg suchen und finden … Wie das Kind einmal selbständig gehen lernt und sich von Rockschoß der Mutter löst, so muß auch der Mündige sich einmal von der geistig seelischen Bevormundung durch die Kirche lösen …
Aus dem Machtanspruch, den die römische Kirche insbesondere auf die Seelen der Gläubigen erhebt, ergibt sich, daß sie nicht tolerant sein kann …
Was die römische Kirche im Kult und den Sakramenten den Gläubigen zu spenden hat, gehört zum Gewaltigen. Stünde dahinter nicht eine aus römisch juristischem Denken geborene Dogmatik und als Inspirator derselben das Machtgespenst der Cäsaren, würde man sie, nicht zuletzt im Hinblick auf ihren Sakramentalismus, als die katholische, das heißt als die umfassende, allgemeine Kirche anerkennen können. Und das ist es, was die römische Kirche und Freimaurerei in ihrem Wesen trennt."
Man muß diesen Text, der 1958 veröffentlicht wurde, mit Bedacht lesen, um die tiefe Kluft, die Freimaurerei und römisch-katholische Kirche voneinander trennt, richtig erkennen zu können. Wie klar hat der Verfasser doch gerade den Wesensunterschied zwischen freimaurerischer Mündigkeitsideologie und der "Dogmatik" der Mutter Kirche herausgestellt.
Fast möchte man meinen, daß der erst nach dem II. Vatikanischen Konzil spürbar gewordene Aufbruch zur Mündigkeit in der Kirche mit der Tendenz, sich "vom Rockschoß der Mutter" Kirche zu lösen, mit der freimaurerischen Mündigkeit geistig verwandt sei.
Und was sagt der Herr Jesus Christus dazu? Er stellte seinen Aposteln und Jüngern ein Kind vor Augen. Dieses Kind ist Vorbild für alle, die vor Gott mündig, d.h. vollkommen werden und in das Reich Gottes eingehen wollen. Und er sandte unserem mündigen Jahrhundert, in dem bis heute schon mehr Kinder gemordet wurden als in der Gesamtgeschichte der Menschheit, immer wieder große Heilige, die in vorbildlicher Weise uns den Weg der "geistigen Kindheit" als den Weg des Evangeliums vorgelebt haben.

Wer die beiden Wege kennt und miteinander vergleicht, wird zur Einsicht und Überzeugung gelangen, daß zwischen freimaurerischer Mündigkeit und geistiger Kindschaft des Christen ein Abgrund klafft, der unüberbrückbar ist. Wenn ein katholischer Jurist wie A. Mellor und ein Kirchengeschichtler wie M. Dierickx und manche gutwilligen Ökumeniker mit ihnen den Versuch machen wollen, die beiden extremen Anti-Thesen und Anti-Mächte, die hinter ihnen stehen, miteinander versöhnen zu wollen, so mag ihr Versuch zwar gut gemeint sein, er ist aber genauso unrealistisch und unmöglich wie die Quadratur des Kreises.

Wir haben bei der bisherigen Argumentation stets die Unvereinbarkeit der "regulären Freimaurerei" mit dem Bekenntnis Christentum der katholischen Kirche im Blick gehabt. Wenn schon hier eine akzentuiert antichristliche Spiritualität festzustellen war, so tritt dieselbe Geisteshaltung bei der "irregulären Freimaurerei" noch viel auffallender in Erscheinung. Der Grand Orient von Frankreich und die unter seiner Führung stehenden Logen können geradezu als Anti-Kirche bezeichnet werden.

Ihr Haß gegen alles Christliche und Katholische erinnert an den antichristlichen Agitator Voltaire, dessen Geist besonders in der romanischen Maurerei weiterlebt. Es genügt schon ein Blick in die Protokolle des Grand Orient, um diesen antichristlichen Haß zu erkennen. Im folgenden greifen wir aus den Protokollen der Generalversammlungen von 1951 und 1952 einige charakteristische Aussagen heraus."

Der Berichterstatter Cheval legte das gesellschaftspolitische Programm der Freimaurerei des französischen Groß Orients dar, von dem sich die Groß-Loge von Frankreich wohl in der Tonart der Formulierungen, nicht aber in der Sache unterscheidet, und sprach dabei als Endziel des Grand Orient die vollständige Laisierung an, das heißt die totale Verdrängung der Kirche aus allen öffentlichen Bereichen.

Er sagte in diesem Zusammenhang ein Wort, das wir nicht vergessen sollten: "Die Idee des Laizismus ist für uns nicht eine objektive Idee, sie ist unser Wesen. …

Folgende drei Entschließungen wurden vom Konvent einstimmig angenommen: "Der Konvent des Groß Orients von Frankreich stellt fest, daß die menschliche Freiheit durch die klerikalen Umtriebe des Vatikan in Frankreich, den überseeischen Gebieten der Union Francaise und in der ganzen Welt bedroht ist. Er beschließt, um der Kirche die Stirn zu bieten:

1. mit allen Mitteln das verborgene Spiel der Staatssekretarie des Vatikans zu enthüllen, deren Ziel es ist, der ganzen Menschheit die entehrende Vormundschaft der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Diktatur aufzuerlegen;
2. alle Freimaurer des Groß Orient von Frankreich aufzufordern, daß sie zu jeder Stunde und an jedem Orte am Zusammenschluß aller Laien arbeiten, und von jenen, die wichtige Stellungen innehaben, zu verlangen, daß sie das Ideal der Laieninstitutionen mit demselben Eifer verteidigen;
3. in dem unversöhnlichen Kampf gegen den römischen Klerikalismus alle Bündnisse zu schließen, die mit dem freimaurerischen Ideal vereinbar sind."

Am Schluß bekräftigte der Konvent seine Entschließungen mit folgendem Eid, der nach den Worten des Großmeisters nicht zur Abstimmung gestellt, sondern um der größeren Feierlichkeit willen ohne Diskussion von allen Anwesenden mit einem feierlichen "Wir versprechen es" angenommen wurde:

"Wir Freimaurer des Groß Orients von Frankreich übernehmen die feierliche Verpflichtung, mit allen unseren Kräften, zu jeder Stunde und an jedem Orte das Ideal und die Institution des Laientums zu verteidigen, die der höchste Ausdruck der Grundsätze der Vernunft, der Toleranz und der Brüderlichkeit sind, denen wir Treue geschworen haben, als wir die Erleuchtung empfingen."

Auf dem Kongreß des Jahres 1952 findet man in einer der letzten Reden eine ausführliche Definition über den Begriff "Geist des Laientums". Der Redner Jolly erklärte dazu:

"Laie sein, das heißt nicht, das menschliche Denken auf den sichtbaren Horizont begrenzen oder dem Menschen verbieten, daß er von der Suche nach Gott träume. Es heißt, für das gegenwärtige Leben die pflichtgemäße Anstrengung fordern.
Es heißt, die Gewissen derer, die noch vom Zauber alter Gläubigkeit gehalten sind, nicht verletzen wollen und nicht verachten. Es heißt, den Religionen, die vorübergehen, das Recht verweigern, die Menschheit zu regieren, die unvergänglich ist.
Es heißt, daran glauben, daß das Leben der Mühe wert ist, gelebt zu werden, dieses Leben lieben, dieses Tränental von der Erde wegweisen, nicht zugeben, daß diese Tränen notwendig und wohltätig sind oder daß das Leiden providentiell ist: es heißt, für kein Elend Partei ergreifen.
Es heißt, dem Übel im Namen der Gerechtigkeit den Kampf liefern. Laie sein, das heißt drei Tugenden besitzen: Caritas, das ist Liebe zu den Menschen; Hoffnung, das ist das wohltuende Gefühl, daß ein Tag kommen wird, an dem sich die Träume der Gerechtigkeit, des Friedens und des Glücks erfüllen werden; Glaube, das ist der Wille, an den sieghaften Sinn unaufhörlicher Anstrengung zu glauben … Dies ist es, dem jeder unserer Brüder sich verbünden muß."
Mit Recht hat ein Kommentator zu der vorliegenden Definition bemerkt:
"In diesen Worten wird wohl das wahre Glaubensbekenntnis der freimaurerischen Religion und Sozialethik treffender ausgedrückt sein als in den Riten und Zeremonien der Loge. Sie zeigen mit eine geradezu erschütternden Deutlichkeit, daß Freimaurerei, europäischer Liberalismus, Laizismus und Marxismus weltanschaulich, wenn auch mit gewissen Unterschieden, die gleiche Haltung zum Ausdruck bringen, die man als die vollendete Perversion des christlichen Glaubens wird bezeichnen müssen."
Die Glaubensauffassung und Weltanschauung des Grand Orient, so wird mancher einwenden, kann doch nicht als normgebend und typisch für die gesamte Freimaurerei hingestellt werden. Und doch, so muß diesem Argument entgegengehalten werden, läßt sich auch in vielen angelsächsischen Logen, vorwiegend in der neuen Welt, bei allen sonstigen Unterschieden, eine verblüffende Übereinstimmung mit dem Groß Orient hinsichtlich laizistischer Bestrebungen beobachten …
Auch die amerikanische Freimaurerei kann in ihrer Gesamtheit keinesfalls als kirchenfreundlich betrachtet werden. Die amerikanischen Logen haben in letzter Zeit zunehmend Atheisten aufgenommen, nachdem der Großmeister der Großloge des Südens erklärt hatte, daß die amerikanische Freimaurerei der in den "Alten Pflichten" enthaltenen Glaubensformel nur unter der Bedingung zustimme, "daß sie die Achtung vor jeder Glaubensüberzeugung ausdrücken und ein Zeichen für die Verbindung zwischen Gläubigen und Ungläubigen sein soll".
Die amerikanischen Freimaurer sind wie alle anderen davon überzeugt, daß sie über jede "partikularistische Religion" erhaben sind und erstreben, wie ihre Konferenz von Washington es bereits 1912 formulierte, "eine universale Religion auf der Grundlage der Liebe zur Menschheit".
Die amerikanische Freimaurerei ist zwar in zahlreiche selbständige Logen gegliedert und hält im allgemeinen an ihrem englischen bzw. schottischen Ursprung fest. Das hindert sie jedoch nicht, in Glaubensfragen den englischen Freimaurern religiöse Enge und zu großen Konservatismus vorzuwerfen. Es gibt auch in den USA Logen, die ganz im Stil des Groß Orients eine militant antikirchliche Propaganda betreiben und den Einfluß der katholischen Kirche aus dem gesellschaftlichen Leben ausschalten wollen, was sich in jüngster Zeit besonders im Zusammenhang mit der Frage der katholischen Privatschulen beobachten läßt, worüber wir uns später eingehender zu befassen haben.
Schon im Jahr 1949 warnte das Informationsblatt des schottischen Ritus entschieden "vor den Umtrieben der römisch-katholischen Kirche und des Kommunismus, die zwei große Bedrohungen für die Demokratie darstellen, die uns teuer ist."

In diesem Blatt waren alle Vorwürfe gegen die Kirche zu finden, wie sie der Groß Orient nur immer vorgetragen hat, angefangen von dem Märchen, Hitler, Mussolini und Franco seien "Agenten des Vatikans" gewesen bis zu der verleumderischen Behauptung, Rom wolle durch einen dritten Weltkrieg ein katholisches Europa wiederherstellen, aus dessen Führungsstellen die Freimaurer von Katholiken bereits verdrängt seien. Die römisch-katholische Kirche wird zum eigentlichen Feind Amerikas gestempelt. Doch genug davon.

Es ist nun an der Zeit, unter die Ausführungen dieses Kapitels einen Strich zu ziehen und zu fragen, wie es angesichts der in unserer Analyse aufgezeigten Unvereinbarkeit von Freimaurerideologie und jeder Form von Bekenntnischristentum zu erklären ist, daß, wie M. Dierickx mitteilt, "vier bedeutende Kardinal Erzbischöfe Westeuropas einigen Freimaurern, die sich zum Katholizismus bekehrten oder ihn wieder ausüben wollten, erlaubten, in den Logen zu verbleiben. … Wir persönlich kennen mehrere Katholiken, die es mit ihrem Glauben ernst nehmen und doch Freimaurer sind".

Erst recht stellt sich uns diese Frage, wenn die Meldung zutrifft, daß der praktizierende Katholik Mellor in die Pariser Loge 'Esperance' aufgenommen werden konnte, ohne daß Rom Einspruch erhob. Alec Mellor arbeitet schon seit mehr als zehn Jahren für seine "getrennten Brüder, die Freimaurer". (A. Mellor, Unsere getrennten Brüder, die Freimaurer, Verlag Styria, Graz, Wien, Köln 1964)

Wie der deutsche Freimaurer F. Bolle schreibt, ist Mellor "ein gläubiger Sohn seiner Kirche und Anwalt am Kassationshof in Paris; im März 1969 wurde er Freimaurer". Die Frage, wie solche Vorgänge zu erklären sind, ist gestellt und bleibt im Raum stehen, in der Hoffnung, daß die Betroffenen und Verantwortlichen sie zu gegebener Zeit beantworten werden. Für alle gläubigen Katholiken, die dem Selbstzerstörungsprozeß der Kirche entgegenwirken wollen, bleibt indessen die heilige Pflicht, ihren Hirten die Gaben des Heiligen Geistes zu erflehen, besonders die der "Unterscheidung der Geister", damit von ihnen keine Entscheidungen getroffen werden, die der Kirche schaden und dem Heil der Menschen und der Menschheit abträglich sind.

Wenn die Reform des Kirchlichen Gesetzbuches abgeschlossen sein wird, dürfte die Freude in allen Logen der Welt wenigstens in einem Punkt sehr groß sein. Denn dann wird die jetzt noch auf dem Papier des alten Kodex stehende, in der Praxis jedoch bereits mehrfach unterlaufene Exkommunikation für Katholiken, die Mitglieder einer Freimaurerloge sind, nicht mehr zu finden sein. Unter Berufung auf die Katholische Nachrichten Agentur (KNA) brachte "Die Bruderschaft", das Organ der Freimaurer in Deutschland, in Nr. 8/9 (September) 1973 folgende Notiz:

"Die Exkommunikationen gegen katholische Freimaurer soll aufgehoben werden. Ein entsprechender Erlaß ist bereits vor zwei Jahren von der Glaubenskongregation ausgearbeitet worden. Wann er veröffentlicht wird, steht allerdings noch nicht fest. In Rom wird vermutet, daß die Veröffentlichung erst zusammen mit dem neuen Kirchenrecht erfolgt, an dem zur Zeit gearbeitet wird. Die Bischöfe von England und Wales haben die Geistlichen ihres Landes von dieser bevorstehenden Erleichterung unterrichtet. Wahrscheinlich werde man dabei von Rom aus jeder nationalen Bischofskonferenz die Entscheidung darüber zugestehen, ob den Laien künftig gestattet sein soll, der Gemeinschaft der Freimaurer anzugehören."

Abschließend sei dazu nur soviel bemerkt: Die Aufhebung der Exkommunikation hebt die Unvereinbarkeit von Freimaurerei und katholischem Glauben nicht auf.

Es ist und bleibt für einen Katholiken unmöglich, ein "gläubiger Sohn seiner Kirche" und gleichzeitig ein wirklicher Freimaurer zu sein.

Wenn M. Dierickx meint, die letzten Hindernisse zwischen Freimaurerei und Kirche könnten "nur durch eine aktive Teilnahme von Katholiken am Logenleben beseitigt werden" und zur Begründung auf die Situation in der Vereinigten Großloge von England und in Skandinavien

verweist, wo durch Bischöfe und Pfarrer als Logenmitglieder ein positiver Einfluß auf die Logen ausgeübt werde, wenn er weiter den englischen Freimaurer und anglikanischen Geistlichen J. L. C. Dart zitiert, nach dem Geistliche und Laien Mitglieder der Freimaurerei werden müssen, damit diese "nicht den Feinden der Religion in die Hände fällt", wenn er schließlich schreibt, es komme ab und zu vor, daß "ein katholisch getaufter, der sich später der Religion entfremdete, durch die Freimaurerei und die Arbeit in der Loge zu seinem Glauben zurückfindet …

Persönlich haben wir ein Dutzend französische Freimaurer kennengelernt, die (aufs neue) katholisch geworden sind", so ist darauf folgendes zu erwidern: Alle Versuche dieser Art Propaganda sind nicht überzeugend. Zunächst haben die genannten Bischöfe und Geistlichen den Prozeß der Entchristlichung in ihren Ländern auch als Mitglieder der Logen nicht aufhalten können. In Schweden z.B., das schon lange vor England eine unmenschliche und unverantwortliche Abtreibungsgesetzgebung einführte, hat man es erreicht, daß christliche Prinzipien im öffentlichen und kulturellen Leben, in der Justiz, Schule, Hochschule, Erziehung, Sitte, Sexualität, Ehe, Familie so gut wie außer Spiel gesetzt sind."

Hätten Bischöfe und Geistliche in den betreffenden Ländern für die Forderungen des Evangeliums und gegen die religiösen und sittlichen Auflösungstendenzen der Liberalen gekämpft, dann hätten sie ihrem Volk und ihrer Kirche wahrscheinlich einen besseren Dienst erwiesen als durch ihre Mitarbeit in den Logen. Eine ihrem Wesen nach antichristliche Institution kann durch christliche Mitglieder nicht verchristlicht werden, wohl aber werden selbst viele Christen von ihr aufgesaugt.

Das ist eine geschichtliche Erfahrung, die im Bereich der Religion ebenso gemacht wurde wie in dem der Politik. Und was die Behauptung betrifft, daß ehemalige Getaufte durch die Freimaurerei und das Leben in der Loge ihren ursprünglichen Glauben wiedergefunden haben, so überzeugt sie ebenfalls nicht. Im Falle von Y. Marsaudon, dem "Staatsminister" des Obersten Rates von Frankreich, der hier als Musterbeispiel genannt wird, darf sogar mit guten Gründen bezweifelt werden, daß er den katholischen Glauben wirklich wiedergefunden hat.

Einige Äußerungen in seinem Buch "L'Oecumenisme vu par un Franc Macon de Tradition" sprechen dagegen. Falsch ist z.B. seine von Dierickx zitierte Behauptung, daß "diese gewaltige Institution" (Kirche) … echt freimaurerisch ist, daß "das Wesen des Freimaurers und das eines gläubigen Christen einander nicht widerstreiten" und daß "Christentum etwas anderes ist als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche" (M. Dierickx).

Einige andere Sätze, die Dierickx nicht zitiert, wiegen allerdings noch schwerer. So ist es mit dem römisch-katholischen Glauben schlechthin unvereinbar, wenn Y. Marsaudon schreibt: "Eines Tages muß die dogmatische Kirche verschwinden oder sich angleichen und, um sich anzugleichen, zu den Quellen zurückkehren". Auch das andere Wort von ihm, das wir bereits kennen, wonach die Namen der verschiedenen Religionen und Konfessionen "bei uns nur Vornamen sind, unser Familienname ist Freimaurerei", kann mit dem katholischen Glauben nicht in Einklang gebracht werden. Der Versuch, Freimaurerei und Kirche, antichristliche und christliche Religion auf einen Nenner zu bringen, gelingt nicht.

2. Die antichristliche Kulturrevolution

Im Jahr 1963 wurde **F. A. Pinkerneil**, der damalige Großmeister der VGLvD, in einem Interview gefragt, ob er bereit sei, "die Freimaurerei als ein religiöses Bekenntnis anzusprechen". Seine Antwort: "Ich bin dagegen, zu sagen, Freimaurerei ist eine Ersatzreligion. Ich bekenne aber, daß ich die Freimaurerei tatsächlich für ein religiöses Bekenntnis ansehe, weil in ihrem Mittelpunkt die Fühlung mit Gott steht" (DER SPIEGEL, Nr. 15, 1963).

Wie läßt sich dieses Bekenntnis eines angesehenen deutschen Freimaurers mit der Meinung von A. Mirgeler vereinbaren, die Freimaurerei sei "nicht zu verstehen als eine neue, dritte oder vierte Konfession neben den bestehenden, auch nicht als die Ablösung des traditionalen

Glaubens durch einen militanten Deismus, Atheismus oder Indifferentismus. Sie tendiert vielmehr auf einen weltanschauungsfreien Raum, in dem nach den Religionskriegen eine friedliche Koexistenz überhaupt erst wieder möglich wird"? (Die Freimaurerei - Eine geistesgeschichtliche Untersuchung, in "Hochland", Juni 1963)
Wo in der Welt gibt es einen "weltanschauungsfreien Raum" für Menschen, in deren "Mittelpunkt die Fühlung mit Gott steht", oder um mit dem ehemaligen Großredner der Landesgroßloge A.F.u.A.M., **Senator a.D. Yström** (Bremen) zu sprechen, das Streben nach verfeinertem Menschentum, das keine Utopie, sondern das Credo zur Humanität ist?" Hildesheimer Allg. Zeitung, 19.11.1982, Bericht über die 200-Jahrfeier der Loge "Pforte zum Tempel des Lichts" in Hildesheim).
Nein, die Freimaurer sind keine "weltanschauungsfreien" Gesellen. Ihr Bekenntnis ist in der Tat ein "Credo zur Humanität" und dieses ist nach den Worten eines dänischen Freimaurers die "universelle, moralphilosophische Religion, die rein moralische Humanitäts-Religion" der Freimaurerei." (F. Hilling, zitiert aus Europäische Freimaurerzeitung, vom Juni 1964).
Genau die Religion also, die wir im vorhergehenden Kapitel eingehend als antichristliche Religion analysiert haben. Über den Gottesdienst und die Dogmatik, die gnostischen und synkretistischen Elemente der maurerischen "Humanitäts-Religion" brauchen hier keine näheren Einzelheiten dargelegt zu werden. Darüber haben andere Autoren bereits ausführlich und gründlich genug geschrieben.
Uns interessiert vielmehr die Frage, wie die vielgerühmte freimaurerische Toleranz der Kirche Jesu Christi begegnet, die den Anspruch erhebt, allein zur Verkündigung der von Gott geoffenbarten Heilsbotschaft von ihrem Herrn Jesus Christus zu allen Völkern gesandt zu sein mit dem Auftrag, die Menschen zu Glauben und Taufe zu rufen und ihnen ewiges Leben im Reiche Gottes zu vermitteln.
Wer dieser Frage nachgeht, muß leider feststellen, daß die "Humanitäts-Religion" der Logen für die katholische Kirche, die nach dem II. Vatikanischen Konzil "in Christus gleichsam das Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit ist", weder Verständnis noch die geringste Toleranz aufbringt. Im Gegenteil: Die Freimaurer treten dieser nach ihrem Vokabular "intoleranten Kirche" und ihren "Dogmen" mit aller Entschiedenheit entgegen.
Th. Vogel, der Patriarch der deutschen Freimaurer, sagte 1955 in Essen: "Da der Freimaurer jeden Dogmaglauben ablehne, werde er auch in seiner eigenen Organisation ein Dogma nicht dulden." Kurz und gut: Die Freimaurer geben zu, gegen jedes dogmatische Bekenntnis, das mit ihrer eigenen "Humanitäts-Religion" nicht übereinstimmt, unduldsam, d.h. intolerant zu sein: Sie "dulden" kein (fremdes) Dogma in ihrer "eigenen Organisation".
Ihr leidenschaftlicher und unerbittlicher Kampf gegen das weltumfassende Bekenntnischristentum gilt von jeher in erster Linie der Bekenntnisschule. Christliche Erziehung ist ihrem Wesen nach immer bekenntnisgebunden, weil Christentum notwendig Bekenntnis ist und nur in Bekenntnissen (Konfessionen) existiert. Ein Christentum "hoch über allen Konfessionen", wie es liberale Kulturkämpfer wollen, ist kein echtes Christentum mehr. Ein solches verfälschtes "Logen Christentum" wäre vielmehr mit der antichristlichen "Humanitäts-Religion" identisch.
Da nun die katholische Kirche nicht bereit ist, sich selbst auflösen und entkonfessionalisieren zu lassen, da sie die bedingungslose Nivellierung und Einschmelzung in die freimaurerische Humanitätsideologie nicht mitmacht und das Recht auf christliche Erziehung, die vor allem in der katholischen Schule vermittelt wird, verteidigt, wird sie von der Freimaurerei dadurch zu vernichten versucht, daß man die katholischen Schulen auf politischem Weg liquidiert oder sie langsam sterben läßt, indem man ihnen die finanzielle oder wirtschaftliche Basis entzieht. Im letzten Jahrhundert wurde dieses Ziel, die Kirche über die konfessionslose Schule zu zer-

stören, von den Freimaurern ganz offen und ehrlich verkündet.
So ist zum Beispiel am 11. Juni 1879 auf dem Hauptkonvent aller Logen in Neapel die "Entchristlichung mit allen Mitteln, vorzüglich durch Vernichtung des Katholizismus", beschlossen worden. Damals wußte man auch schon, wie dieses Ziel am schnellsten erreicht werden kann: "In acht Jahren wird man durch konfessionslose Schulen eine Generation ohne Glauben haben …", so hieß es wörtlich im Jahr 1879 in Neapel." (A. J. Fava, *Le secret de la Franc-Massonerie*, 1883).
Im 20. Jahrhundert werden die freimaurerischen Pläne nicht mehr mit solcher Ehrlichkeit proklamiert. Heute formuliert man die unveränderten Ziele freundlicher und mit mehr diplomatischem Geschick. So wurde auf der Generalversammlung des Groß Orients von Frankreich im Jahr 1952 erklärt: "In einer Demokratie, die darum besorgt ist, die Persönlichkeit des Kindes und die Grundsätze der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit zu achten, die ihre Devise sind, darf es nur eine einzige nationale Schule geben, die allen die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung unter den gleichen Bedingungen gibt.
Man muß die Jugend lehren, miteinander zu leben, sich zu verstehen und sich zu lieben. Nur auf den Bänken ein und derselben einzigen Schule werden sie das tun können." Doch in der folgenden Begründung kommt der kulturrevolutionäre Geist wieder offen zum Vorschein, wenn es heißt: "Dies um so mehr, als die apostolische und römische Kirche in Verfolgung ihrer Pläne zur Unterjochung des Geistes unter ihre Dogmen, moralischen und materiellen Interessen das gegenwärtige Klima der Verwirrung und Unsicherheit, in dem wir uns befinden, gründlich ausbeutet.
Es ist ihr gelungen, sich eine genügende parlamentarische Mehrheit zu verschaffen. In Erwartung der großen Revanche, die wir kraftvoll vorbereiten und erreichen müssen, müssen wir den Grundsatz der Verstaatlichung der Erziehung und folgerichtig der Unterdrückung der Privatschulen aufrechterhalten. Die Nation muß das gesamte Erziehungswesen übernehmen, das vollständig laisiert und dreigliedrig verwaltet wird (Staat, Delegierte der Lehrerschaft, Delegierte der Eltern)."
A. Giraud, der 1951 einen Bericht namens der Kommission für das Schulproblem erstattete, sprach dabei den denkwürdigen Satz: "Im Westen gibt es nicht mehr Sozialisten, Kommunisten und Radikale, es gibt nur noch, und zwar mit Grund, Antiklerikale: der Antiklerikalismus macht einen Teil unserer Rasse aus. Entschuldigen Sie uns."
Die Kommission sollte für den Konvent im folgenden Jahr ein genaues Programm für die Entwicklung der laizistischen Erziehung ausarbeiten, wobei ihr der Gedanke als Richtschnur dienen sollte, daß die Freimaurerei sich schon immer "gegen den Pluralismus auf dem Gebiet der Schule" und für das Staatsschulmonopol im Dienste des Laizismus ausgesprochen habe.
Das Projekt der Schulkommission wurde der Generalversammlung 1952 vorgelegt. Darin wird unter Berufung auf das Prinzip der Gleichheit aller Menschen eine totale Demokratisierung der Erziehung, d.h. die schon erwähnte Verstaatlichung des gesamten Erziehungswesens gefordert, was identisch ist mit der Liquidierung aller konfessionellen Schulen, die in Frankreich ohnehin nur als Privatschulen bestehen. Aus der staatlichen Einheitsschule müssen alle konfessionellen und sozialen Unterschiede verschwinden.
Der Staat soll bereits den Kindern von vier Jahren an Gelegenheit zu vorschulischer Erziehung bieten, ein Gedanke, der in Deutschland erst 15 Jahre später zaghaft in die Öffentlichkeit getragen wurde, Einzige Leitungsbehörde für die gesamte Staatserziehung soll das Ministerium für nationale Erziehung sein. In einem anderen Teil wird schließlich auch die Nationalisierung der Freizeit und Feriengestaltung sowie der Erwachsenenbildung behandelt.
Das umfassende Programm endet mit Entschließungen, die nichts anderes als Kampfmaßnahmen gegen jeglichen Einfluß der Kirche auf das Erziehungswesen beinhalten. Daß im Zuge dieser Maßnahmen auch die Verjagung der religiösen Orden gefordert wurde, überrascht

nicht." (M. Dierickx)
Eine sachkritische Würdigung dieses freimaurerischen Erziehungsprogramms kommt zu folgendem Schluß:
Im Namen von Freiheit und Gleichheit wird hier eine totale Kulturdiktatur angestrebt, die sich ihrem Wesen nach von der in den kommunistisch beherrschten Staaten praktizierten Kollektiverziehung in nichts unterscheidet. Mögen die Erziehungsinhalte hier und dort verbal verschieden sein, im Endeffekt haben sie das gleiche kulturrevolutionäre Ziel, das schon in der Französischen Revolution angestrebt wurde: die Vernichtung des Christentums als der Wurzel der persönlichen Freiheiten, besonders der Glaubens und Gewissensfreiheit.
Wenn es gelingen sollte, dieses Ziel zu erreichen, dann wäre auch noch der letzte Rest von wahrer Demokratie im Westen beseitigt. Diese Erkenntnis hat niemand klarer ausgesprochen als der große europäische Demokrat Robert Schuman, der in seinem Buch Pour l'Europe schreibt:
"Die Demokratie wird christlich sein oder sie wird nicht sein. Eine antichristliche Demokratie ist eine Karikatur, die in der Tyrannei oder in der Anarchie endet" (S. 70).
Die größte und heimtückischste Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung kommt allerdings weniger von der kommunistischen Politik und Unterwanderungsstrategie, von außen also, als vielmehr von der inneren Zersetzung der demokratischen Ordnung durch die extremen liberalen Kulturrevolutionäre, deren geistige Verwandtschaft mit den roten Kulturdiktatoren nirgendwo so deutlich in Erscheinung tritt als gerade auf dem Feld ihrer gemeinsamen antichristlichen Kulturpolitik.
Die antikatholischen Bestrebungen des Grand Orient beschränken sich keineswegs nur auf Frankreich. Man darf nach der kulturpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte feststellen, daß die radikalen Parolen der französischen Maurer auch im Bereich der angelsächsischen Logen aufgegriffen wurden und in verschiedenen Ländern Schule gemacht haben.
In Deutschland sind die Forderungen der Generalversammlung des Groß Orients von 1952 in ähnlichen, fast gleichlautenden Formulierungen während des Wahlkampfs im Jahr 1953 wieder aufgetaucht. Die Schlagworte vom "Politischen Katholizismus" und "Konfessionalismus" wurden damals von führenden Freimaurern wie Thomas Dehler (FDP) und Reinhold Maier, vom Deutschen Industrieinstitut und vom Pressedienst der SPD propagandistisch hochgespielt.
Dehler behauptete, das Wesen der Demokratie schließe "jeden Anspruch auf absolute Gültigkeit aus". Er warf der katholischen Kirche vor, sie mache die Frage der staatlichen Konfessionsschule zum Anlaß politischer Auseinandersetzungen und schaffe dadurch "politisches Unheil". Der Katholik, der sich der Kirche unterwerfe und sich konfessionell binde, könne deshalb kein guter Demokrat sein.
Ähnliche Behauptungen sind in Deutschland immer wieder von der sog. "Humanistischen Union" aufgestellt worden. So erklärte beispielsweise der Heidelberger Psychologe Prof. A. Mitscherlich auf einer Versammlung der "Humanistischen Union" am 28. Januar 1962 in Frankfurt, Bekenntnisschulen und konfessionelle Lehrerbildung seien unvereinbar mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
Er wandte sich gegen die sog. "Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens" und forderte die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen und die Einführung eines religionskundlichen Unterrichts allgemeiner Art, da der Offenbarungsglaube nicht zu letzter Toleranz fähig sei, wie er meinte. "Weil aber in der Bundesrepublik starke Tendenzen zur Intoleranz und zur Mißachtung der pluralistischen Struktur in der modernen Gesellschaft zu beobachten seien, brauche die Demokratie eine starke Organisation, die für die Wahrung der demokratischen Prinzipien eintrete." Diese Aufgabe habe sich die "Humanistische Union" Dr. Szczesnys gestellt."

Als in Bayern zu Beginn des Jahres 1968 nach drei Volksbegehren endlich ein Schulkompromiß zustande gekommen war, der für den Freistaat Bayern eine einzige öffentliche Schule vorsieht, in der "nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse" unterrichtet werden soll, nahm der Vorsitzende der "Humanistischen Union" am 20. Februar 1968 in München dagegen Stellung und erklärte, daß durch die geplante Einführung dieser Schule "ein Gewissensterror wie in den kommunistischen Staaten" ausgeübt würde.
Die Einigung der Parteien bedeute keinen Kompromiß, sondern eine "Kapitulation der SPD und FDP vor den Kirchen". Vor einem solchen "Diktat einer unbelehrbaren Minderheit" müsse man warnen. Gleichzeitig mit dieser Erklärung Szczesnys gab Rechtsanwalt E. Fischer in München bekannt, daß die "Humanistische Union" gegen das derzeitige bayerische Volksschulgesetz Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht habe, die auch dann aufrechterhalten bleibe, wenn einem Volksbegehren der Parteien oder der Kompromißformel in einem Volksentscheid entsprochen würde.
Die Konzeption und Zielsetzung der militanten "Humanistischen Union" stimmt im wesentlichen mit den Bestrebungen der freimaurerischen Humanitätsideologie überein. Der Einfluß der elitären Freimaurerei ist deshalb so stark, weil viele Schlüsselpositionen im Bereich der Hochfinanz, der Presse und des Nachrichtenwesens in den meisten westlichen Ländern von Mitgliedern der Logen besetzt sind.
Dadurch wird besonders die öffentliche oder veröffentlichte Meinung entscheidend von den Ideen der liberalen Kulturkämpfer geprägt und überall eine für die autonome Geisteswelt der Freimaurerei charakteristische Atmosphäre geschaffen.
Wenn der Freimaurer und Pressekonzern-Chef Axel Springer einen Großteil der deutschen Presse kontrolliert und der **Stuhlmeister der ältesten Hamburger und deutschen Loge gleichzeitig Chef vom Dienst in der Zentrale einer großen deutschen Presseagentur ist"** (FAZ, 10.12.1962, *Bericht über die 225-Jahresfeier der Loge Absalom zu den drei Nesseln*), dann versteht man, wie die in den Nachrichten Agenturen gefilterten und durch die Massenmedien in die Bevölkerung geschleusten Informationen und Nachrichten die Öffentlichkeit entscheidend im Geiste der Freimaurerideologie beeinflussen, manipulieren und programmieren können.
Inzwischen ist es den offenen und verborgenen Feinden des Christentums und der Kirche gelungen, die katholische Bekenntnisschule in Deutschland fast vollständig zu beseitigen. Sie haben damit ein langumkämpftes Ziel ereicht und wahrscheinlich einen ihrer größten Siege in unserem Jahrhundert errungen. Es wäre aber eine unverzeihliche Fehleinschätzung der antichristlichen Kulturkämpfer, wenn man annehmen sollte, sie gäben sich mit diesem Sieg zufrieden. Das ist nicht der Fall.
Denn die fast kampflose Kapitulation der deutschen Katholiken, deren geistliche Führungsspitze im Jahr 1967 - als der Liquidierungsprozeß der Konfessionsschulen begann - die Parole "Kein Schulkampf" ausgab, wird die liberalen Kulturrevolutionäre jetzt um so mehr ermutigen, ihre antichristliche Aggression zu gegebener Zeit fortzusetzen und ihre nächsten und fernsten Ziele noch rücksichtsloser als bisher anzusteuern.
Durch die progressive Zerstörung von Glaube und Moral, die von aufgeklärten, rationalistischen und modernistischen Theologen innerhalb der Kirche mächtig vorangetrieben und von den Verantwortlichen in der Kirche in unverantwortlicher Weise hingenommen wird, durch die von den "humanen" Antichristen und ihren christlichen Nachbetern uns eingeimpfte Überwindung des "Freund-Feind-Denkens" in der Kirche die dadurch leichter umfunktioniert werden kann ist inzwischen ein erheblicher Verlust an Glaubenssubstanz und ein Klima der Entchristlichung entstanden, das es den antichristlichen Funktionären immer leichter macht, ihre Pläne zu verwirklichen.
Was auf uns zukommt ist schon in einer Resolution der Freireligiösen Gemeinde Bayerns vom

26. März 1962 in aller Deutlichkeit ausgesprochen worden: die völlige Trennung von Staat und Kirche, die Beseitigung des christlichen Charakters der Gemeinschaftsschulen und höheren Schulen, die Ausschaltung des kirchlichen Einflusses in Verwaltung und Justiz, die Abschaffung der Säuglingstaufe und schließlich die Überprüfung aller Gesetze zum Zwecke der Beseitigung der Bevorzugung der Kirchen und kirchlichen Organisationen.
Zu der öffentlichen Kundgebung der Freireligiösen Gemeinde, auf der diese Resolution gefaßt wurde, hatte der Vorsitzende der bayerischen Landesgemeinde besonders den damaligen Leiter des Sonderprogramms beim Bayerischen Rundfunk, Dr. G. Szczesny, begrüßt.
Ein ähnliches Entchristlichungsprogramm wird einige Jahre später von dem ehemaligen evangelischen Theologen I. Kahl in dem antichristlichen Pamphlet "Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott" entworfen. Die Schrift, deren Gehässigkeit kaum noch zu überbieten ist, erschien mit einer Einführung von **Gerhard Szczesny** erstmals 1968 als Taschenbuch im Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.
Unter dem Titel *Postchristliche Perspektiven, Religionsfreiheit* fordert der Verfasser eine "emanzipierte Gesellschaft, … die sich am Glück aller orientiert", eine "humane Gesellschaft", in der die Religionsfreiheit wie er und seine antichristlichen Gesinnungsgenossen sie verstehen, endlich verwirklicht werden soll.
Dazu ist notwendig, daß zuerst die Kindertaufe abgeschafft wird, denn so schreibt er wörtlich "die Kindertaufe ist verfassungswidrig". Mit Entschiedenheit verlangt er die "Trennung von Staat und Kirchen", die "Trennung von Universität und Kirchen", d.h. die Beseitigung der theologischen Fakultäten an den Universitäten und zuletzt die "Trennung von Schule und Kirchen", d.h. die Abschaffung des konfessionell gegliederten christlichen Religionsunterrichts an den staatlichen Gemeinschaftsschulen.
Die konzentrierte Aktion der organisierten und gesteuerten antichristlichen Kulturrevolutionäre wurde systematisch und geplant weitergeführt und erreichte einen spektakulären Höhepunkt im Jahr 1973. Die westdeutsche **Drei Punkte Partei (FDP),** "zu der sich die Freimaurer, sofern sie sich politisch betätigen, auf Grund der liberalen Geisteshaltung besonders hingezogen fühlen", veröffentlichte in der "Frankfurter Rundschau" vom 23. August 1973 den Entwurf eines Grundsatzpapiers "Freie Kirche im freien Staat Thesen zum Verhältnis von Staat und Kirche".
Dieser Entwurf wurde von einem im Frühjahr 1973 durch den Bundesvorstand der FDP berufenen Sonderausschuß für das Verhältnis von Staat und Kirche unter Vorsitz der Bundestagsvizepräsidentin und EKD-Synodalin **Liselotte Funcke** ausgearbeitet und vorgelegt. Der FDP-Bundesvorstand hat am 26. August 1973 die Vorlage als "geeignete Grundlage für die Diskussion in der Partei" freigegeben.
Ursprünglich war auch eine Diskussion der "Thesen" auf dem Bundesparteitag der FDP (vom 11. bis 14. November) in Wiesbaden geplant, doch fand die Diskussion dort aus begreiflichen Gründen nicht statt. Die Proteste und ablehnenden Reaktionen, die aus der Öffentlichkeit gegen dieses Kirchenpapier laut wurden, ließen es den Parteistrategen ratsam erscheinen, das antikirchliche Machwerk vorerst auf Eis zu legen und auf günstigere Zeiten für einen neuen Vorstoß zu warten, bzw. erst einmal den Fortgang der Diskussion mit den Kirchen und der Öffentlichkeit abwartend zu verfolgen.
Da der Text des Entwurfs programmatisch die Ziele der antichristlichen Kulturkämpfer, die wir bereits kennengelernt haben, zusammenfaßt und in einigen Punkten konkrete Neuansätze formuliert, soll er hier im vollen Wortlaut zitiert werden.
Im Oktober 1974 haben die Delegierten des FDP-Parteitages in Hamburg den nur unwesentlich geänderten Entwurf mit überwältigender Mehrheit angenommen. Nach einjähriger Diskussion und teils heftigen Auseinandersetzungen mit den Kirchen wurden die antikirchlichen Thesen mit 262 gegen 82 Stimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet.

3. Vom ökumenischen Dialog zur Ökumene der Religionen

Mit Papst Johannes XXIII. begann eine neue Ära der Kirchengeschichte. Die universale Brüderlichkeit, die dieser Papst aller Welt vorlebte, weckte auch in der Welt der Freimaurerei große Erwartungen. Man hoffte auf einschneidende und grundlegende Änderungen und Wandlungen im Verhältnis von Katholischer Kirche zur Freimaurerei. Der gütige … Papst, den man in Frankreich besonders gut kannte und sehr schätzte, gab gerade durch seinen brüderlichen Stil nicht zuletzt dem Groß Orient von Frankreich Anlaß, die primitive und militante antiklerikale und antikirchliche Kampagne durch eine bessere revolutionäre Methode abzulösen. Die gehässigen Töne gegen die Kirche verstummten.

Die Parole hieß nun: Ökumenischer Dialog. Der Dialog erlaubte es schließlich, mehr und mehr aus der subversiven Untergrundaktivität aufzutauchen und an das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Die Revolutionäre des Groß Orient begannen eine Offensive der brüderlichen Umarmung, sie zeigten plötzlich ein freundliches Gesicht. Die antichristliche Revolution sollte auf leisen Sohlen und mit freundlicher Miene und mittels des ökumenischen Dialogs größere Fortschritte machen und noch bessere Erfolge erzielen. Soweit man heute die Situation überblicken kann, hat sich die neue maurerische Taktik als erfolgreich erwiesen.

Die erste sensationelle und spektakuläre Aktion, die das Zeitalter des Dialogs mit der Katholischen Kirche einleitete, war die Einladung des ehemaligen Kanzelredners von Notre Dame in Paris, Pater Riquet S. J., zu einem Vortrag vor Freimaurern in der Loge Volney in Laval (Westfrankreich), einer Loge des Groß Orient. Der Vortrag fand am 18. März 1961 statt. **Marius Lepage,** der Meister vom Stuhl der Volney Loge, schrieb dazu am 16. .März 1961 in der Pariser "Le Monde":

"Die Mitglieder der Loge von Laval, die sich ausschließlich auf den philosophischen und theologischen Bereich beschränken, haben gewünscht, daß eine besonders qualifizierte geistliche Persönlichkeit ihnen auseinandersetze, welches die doktrinäre Stellung der Kirche dem atheistischen Problem gegenüber sei.

Unter diesen Mitgliedern gibt es Gläubige, Ungläubige und Agnostiker. Sie alle stimmen darin völlig überein, ihrem Meister vom Stuhl jene Schritte zuzutrauen, die dieser für unerläßlich hält, damit ihnen, soweit das möglich ist, Genugtuung verschafft werde. Unter diesen Umständen ist es geschehen, daß ausnahmsweise P. Riquet ermächtigt wurde, über dieses Problem zu uns zu sprechen.

Jeder Gedanke des 'Widerspruchs' war und bleibt bei diesem Vortrag etwas, was nicht in Frage kommt: dieser Vortrag ist eine rein private Angelegenheit, die, wie es bei allen freimaurerischen Veranstaltungen geschieht, nicht als Gelegenheit eines Widerspruchs benutzt wird. Eine Freimaurerloge wie immer sie auch eingestellt sein mag ist nicht mit einem 'Vorstadtklub' (einem Debattierklub) zu vergleichen.

Für jeden denkenden Menschen ist das Problem des Glaubens und des Unglaubens in sich schon ohnehin schmerzlich genug, so daß es mit der menschlichen Würde als unvereinbar angesehen werden müßte, wollte man eine solche Gelegenheit zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen benutzen.

Historisch steht es nun einmal einwandfrei fest, daß seit zweihundert Jahren niemals ein Priester seine Füße über die Schwelle einer Freimaurerloge gesetzt hat - wenigstens nicht in Frankreich. Es ist mir ganz besonders angenehm, dem Schicksal einer Loge vorzustehen. deren sämtliche Mitglieder wie immer auch ihre philosophischen, persönlichen Gefühle sein mögen den Wert einer sicheren Aufklärung zu schätzen wissen.

Ich bin glücklich, mit tiefer Ehrfurcht alle jene zu begrüßen, Geistliche und Laien, die in ähnlicher Weise überstanden haben, daß die 'Liebe' sich auf alle Menschen zu erstrecken hat, auf Gläubige und Ungläubige und daß Gott allein es ist, 'der die Herzen der Menschen durchforscht'." (aus: Zimmer-Korrespondenz, Nr. 778, 21.3.1961)

Am gleichen Tag meldete die Katholische Nachrichtenagentur KNA, abweichend von der Erklärung M. Lepages, daß am Samstag, 18. März, erstmals seit zwei Jahrhunderten. ein katholischer Priester mit Billigung seiner kirchlichen Obrigkeit eine Freimaurerloge in Frankreich betreten werde, um dort "vor einem ausschließlich aus Freimaurern bestehenden Auditorium die Gegenrede zum Thema 'Atheismus' zu halten.
Es ist der berühmte französische Jesuitenpater und Prediger Michel Riquet, langjähriger Dom- und Fastenprediger in Notre Dame (Paris), der die Volney-Loge in Laval zu seiner Kanzel machen wird. Die Aufforderung zu einem Streitgespräch kam von einem Freimaurer, und man rechnet mit der Anwesenheit namhafter Freimaurer aus den verschiedenen Gegenden Frankreichs" (KNA/PD - 61/III/212).
Eine "Gegenrede" oder ein "Streitgespräch" war indes nicht geplant und fand auch nicht statt. Am 22. März 1961 berichtete KNA:
"Als ein historisches Ereignis in der Geistesgeschichte Frankreichs wurde in einem gemeinsamen Kommunique das Auftreten eines katholischen Geistlichen in der Freimaurerloge von Laval bezeichnet. Mit Billigung seiner kirchlichen Vorgesetzten sprach am Sonntagabend der bekannte Domprediger Pater Riquet vor aus allen Gegenden Frankreichs zu dieser ungewöhnlichen Sitzung versammelten Freimaurern über die Einstellung der Kirche zu den verschiedenen Formen von Atheismus.
In der nur Freimaurern zugänglichen geschlossenen Sitzung hob **Pater Riquet,** dem Kommunique zufolge, hervor, daß über die natürlichen Meinungsunterschiede hinweg eine Übereinstimmung der Herzen geschaffen werden müsse. Das von der Loge und Pater Riquet gemeinsam herausgegebene Kommuniqué gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn auch beim gegenwärtigen Stand der Geister nicht von einem Einvernehmen zwischen Kirche und Freimaurerei gesprochen werden könne, doch alle Menschen guten Willens zu einer gegenseitigen Achtung gelangen können, zum Segen der Gesellschaft".
Damit war ein Anfang gesetzt. Schon ein Jahr später wurde dem **Kapuzinerpater N. M. Wildiers** von seinem Freund, dem **Freimaurer N. E. van der Laaken,** die Gelegenheit geboten zu einem Vortrag vor den versammelten Logen von Amsterdam. P. Wildiers, der durch seine Studien und Vorträge über **Teilhard de Chardin** bekannt geworden war, sprach vor den Freimaurern in Amsterdam über Teilhard.
Im Juni 1971 wurde erstmals ein Bischof in eine Loge der Grand Loge de France (GLDF) eingeladen. **Bruder Dr. Pierre Simon**, der von 1969-1971 Großmeister der GLDF war und dieses Amt 1973 wieder übernahm, lud den Weihbischof von Paris, **Monsignore Pezeril,** in die GLDF ein. Nach einer Freimaurer-Zeitung "**war es das erste Mal seit der französischen Revolution**, daß ein amtierender Bischof offiziell in einer Freimaurerloge empfangen wurde.
Im Frühjahr 1961, noch rechtzeitig vor dem Konzil, erschien aus der Feder des angesehenen **Rechtsgelehrten Alec Mellor** mit dem Imprimatur der Erzdiözese Paris das aufsehenerregende Werk **"Unsere getrennten Brüder, die Freimaurer"**, das in "Le Monde" eine "leidenschaftliche Studie über die Freimaurerei und den Katholizismus" genannt wurde und heftige Auseinandersetzungen und Diskussionen bei Katholiken und Freimaurern auslöste.
So hieß es in einer Leserzuschrift an "La France Catholique": "… Die Wahrheit war und ist, daß die Freimaurerei und sie hat das niemals verheimlicht gegen die Kirche ist, wie geheim das auch immer geschehen mag und ganz besonders in Frankreich nicht aufhören wird, es weiterhin zu tun, also gegen den Katholizismus zu arbeiten."
Aber auch von seiten der Freimaurer regte sich Widerspruch. Ein aufrichtiger und ehrlicher Bruder, ein gewisser Universitätsprofessor Sélam Voize, schrieb in "Le Monde" vom 11.7.1961: "… Wir sind keine getrennten Brüder wir gehören einer anderen Familie an: der Familie der autonomen Geisteswelt und beanspruchen das Recht, als Bahnbrecher in unserem Leben zu wirken … Der Freimaurergeist ist kein Geist der Unterwerfung, weder unter eine

überalterte Hierarchie, noch eine sonstige überholte Institution. In der Freimaurerei herrscht der Geist der Freiheit." -

Der Jesuit F. Hillig ist in einer besonnenen und ausgewogenen Abhandlung dieser fundamentalen Frage nachgegangen. Selbst da, wo die Logen weniger radikal sind und sich in Glaubensdingen zurückhalten, ist das ganze von Deismus, Relativismus und Indifferentismus bestimmte Klima, das in ihnen herrscht, einer klaren Glaubenshaltung abträglich. Wie zur Zeit des Kulturkampfes, als **Papst Leo XIII.** sein Rundschreiben **"Humanum genus"** gegen die Freimaurerei veröffentlichte (1884), "steht die Kirche heute genau der gleichen Feindseligkeit und den gleichen Tendenzen und Schachzügen gegenüber wie damals.

Man braucht etwa nur die letzten Jahrgänge der Herderkorrespondenz durchzusehen. Immer wieder werden dort zum Beispiel Meldungen aus Mittel- und Lateinamerika registriert, aus Brasilien, Chile, Ecuador, Guatemala, den Philippinen über: "Freimaurerische Aktivität gegen die katholischen Schulen, Drohungen, Schließungen, Schikanen; Großloge gründet eigenen Zweig zur Förderung des Laizismus und des antiklerikalen Kampfes; Einführung der Zivilehe, der Ehescheidung; Kircheneigentum beschlagnahmt, Einreiseverbot für Priester und ähnliches mehr. Nicht nur in Lateinamerika, in allen Ländern lateinischer Kultur ist die Kirchenfeindlichkeit der Logen besonders kraß und hartnäckig …

Selbst die Maurerei in den Vereinigten Staaten, zahlenmäßig der größte Zweig der Weltmaurerei, darf nicht einfach für weltanschaulich harmlos angesehen werden. Zwar haben sich sowohl Roosevelt wie Truman, die wie viele andere Präsidenten der USA der Loge angehörten, zum Heiligen Stuhl freundlich gestellt; aber danach allein kann man nicht urteilen. Joseph Berteloot hat gezeigt, daß die Maurerei der Vereinigten Staaten ein doppeltes Gesicht besitzt. Es fehlt auch hier nicht an antikatholischen Scharfmachern, zumal sich in den Logen der USA immer mehr ein heftiger Patriotismus durchsetzt.

Ganz im Stil der Nazis werden die Katholiken verdächtigt, daß sie keine guten Patrioten sein könnten, da sie einem ausländischen Oberhaupt Gehorsam gelobt hätten, wobei Vatikan und römische Kirche als eine dunkle Macht der Weltunterjochung erscheinen. .."

F. Hillig bringt dann aus der "Europäischen Freimaurerzeitung", Jahrgang 1964, einige Zitate deutscher und ausländischer Freimaurer, von denen hier nur ein Ausschnitt aus einer Abhandlung über "Glanz und Elend der Konzile" wiedergegeben werden soll. Es heißt da: "Den persönlichen Primat des Papstes zu brechen, wäre Voraussetzung für die Unio sancta und für die Zusammenführung der Kirche. Mit ziemlicher Sicherheit glauben wir sagen zu können, daß die Unfehlbarkeit des Papstes und sein Primat gegenüber dem Konzil auch 1964 nicht gebrochen werden wird.

Das Mittelalter wird auf dem Gebiet der kirchlichen Verfassung nach wie vor in unsere Zeit hineinragen. Wir meinen: nicht zum Nutzen der Kirche und der modernen Probleme, die zu bewältigen sind. Und solange die persönliche Vorherrschaft eines einzelnen in der Kirchenverfassung nicht beseitigt ist, solange wird unserer Ansicht nach auch jede Reform auf anderen Gebieten scheitern. Die verfassungsmäßige Macht des Papstes und seiner von ihm ernannten Kardinäle ist das institutionelle Hindernis jeder besseren Einsicht und Reform. …" (F. Hillig).

Bischof R. Graber (Regensburg) hat neuerdings diese Zitate aus dem Jahr 1964 ergänzt durch Äußerungen vorwiegend aus dem Bereich der französischen Maurerei aus dem Jahr 1968, die in dieselbe Richtung tendieren und wir werden in den folgenden Ausführungen von einem prominenten Freimaurer erfahren, was er im Jahr 1973 zu der Frage "Kirche heute und morgen" geschrieben hat.

Man wird F. Hillig zustimmen müssen, wenn er sich dem unkritischen Optimismus eines A. Mellor, mag er auch von ihm gut gemeint sein, nicht anschließen kann und die Frage: "Haben sich die Freimaurer gewandelt?" nicht bejaht.

Nun ist inzwischen (1968) das hier schon mehrfach erwähnte Werk des Jesuiten M. Dierickx über "die große Unbekannte" erschienen. Bringt uns der Historiker M. Dierickx auf dem Weg des Dialogs den "getrennten Brüdern" in der Freimaurerei näher?
Signalisiert seine pro-maurerische Schrift einen Durchbruch zur brüderlichen Ökumene mit den Freimaurern, oder kann sie wenigstens durch überzeugende Argumente eine Neubesinnung und Neugestaltung im Verhältnis von Freimaurerei und Kirche einleiten und bewirken?
Auffallend und aufsehenerregend zugleich ist das Lob, mit dem das Buch von M. Dierickx von seiten katholischer und freimaurerischer "Ökumeniker" bedacht wurde und die Unterstützung, die der Autor für dieses Buch von beiden Seiten erfahren hat.
Im Vorwort von **H. Vorgrimler,** Schüler von **Karl Rahner,** Prof. für Katholische Dogmatik an der Universität Münster (Westfalen) und Consultor des Sekretariates für die Nichtglaubenden, heißt es:
"... Es gibt in der katholischen Literatur kein vergleichbares Werk über Geschichte, Lehre, Symbolik und Aufbau des Freimaurertums … Als Vertreter einer objektiven Wissenschaft, der Historik, spricht der Verfasser den Wunsch und die Hoffnung aus, die Katholische Kirche möge ihren Standpunkt gegenüber dem Freimaurertum, wie er vor allem in der Kirchlichen Gesetzgebung zum Ausdruck kommt, revidieren.
Er steht damit heute nicht allein da. Die hochstehende katholische Kulturzeitschrift "La revue nouvelle" (Brüssel) zum Beispiel hat sich im April und Oktober 1968 ebenso geäußert. Ich möchte mich diesen Initiativen von katholischer Seite anschließen …
Mit der Hochschätzung der Gewissensfreiheit, mit der Respektierung der Überzeugung eines jeden Menschen, auch des Atheisten, wie sie feierlich vom letzten Konzil proklamiert wurden, hat die römisch-katholische Kirche auf einen Weg zurückgefunden, der für sie lange im Dunkeln lag und auf dem die Freimaurer ihr vorangegangen sind …
Die Kirche läßt sich nicht in herablassender Geste herbei, mit dem Andersdenkenden zu sprechen und ihm Anteil an ihrer Weisheit zu gewähren, sondern sie weiß, daß er in Theorie und Praxis Einsichten hat, über die sie nicht genug verfügt, die aber auch für sie wesentlich sind. Zu lange hat die katholische Kirche ignoriert, was ihr das Freimaurertum werbend oder in herber Kritik zu sagen hatte ..."
Unkritische Sätze, wie sie hier von einem katholischen Dogmatiker geschrieben wurden, fordern nicht zuletzt deswegen eine kritische Stellungnahme heraus, weil der gelehrte Theologe zugleich als Consultor eines wichtigen römischen Sekretariats über besonderen Einfluß verfügt. Hier sei nur folgendes festgestellt: Eine gründliche Analyse des freimaurerischen und des kirchlichen Verständnisses von "Gewissensfreiheit" kommt zu dem Schluß, daß beide Seiten unter Gewissensfreiheit etwas je wesentlich verschiedenes meinen.
Die Freimaurer haben in der Theorie und in den von ihnen entscheidend geprägten demokratischen Verfassungen und Menschenrechtsdeklarationen die Gewissensfreiheit zwar proklamiert, aber sie haben von jeher den Respekt vor der Gewissensüberzeugung offenbarungsgläubiger Christen in der Tat vermissen lassen.
Ähnlich wie die totalitären Ideologien des Faschismus und Kommunismus haben die liberalen Kulturdiktatoren Gewissensfreiheit auf dem Papier stets groß geschrieben - auch in der sowjetischen Verfassung von 1936 wird Gewissensfreiheit garantiert -, in der Praxis jedoch haben alle Antichristen leidenschaftlich gegen das Wirksamwerden christlicher Gewissensüberzeugung in der Gesellschaft gekämpft und es zu verhindern versucht. Oder ist die Feststellung, daß das Schulgebet in den USA verfassungswidrig ist, ein Beweis für freimaurerische Achtung vor der Gewissensfreiheit gläubiger Staatsbürger?
Ist das laizistische Programm der liberalen Maurer, die Tendenz, eine entchristlichte Gesellschaft aufzubauen und alle konfessionellen Schulen auch die Privatschulen abzubrechen und niederzureißen etwa ein Zeichen von "Hochschätzung der Gewissensfreiheit" christlicher

Menschen? Wenn die Kirche auch in der Vergangenheit im guten Glauben gegen die Gewissensfreiheit Andersdenkender in unheilvoller Weise verstoßen hat, so kann sie doch heute nicht der Freimaurerei auf einem Weg folgen, auf dem diese ihr eben nicht vorangegangen ist, sie kann auch von den andersdenkenden Maurern nicht Einsichten übernehmen, die diese gar nicht haben. -

Dem Vorwort von H. Vorgrimler folgt in dem Buch von M. Dierickx ein Geleitwort des schon genannten Kapuziners N. M. Wildiers, der durch die "Begegnung mit verschiedenen führenden Mitgliedern der Freimaurerei in Holland", wie er schreibt, veranlaßt wurde, sich eingehender mit der Freimaurerei zu beschäftigen und sie umfassender zu studieren, wobei ihm einige Umstände zu Hilfe kamen, "nicht zuletzt die Gespräche … mit dem Pariser Anwalt Alec Mellor…"

N. M. Wildiers schreibt wörtlich: "Die Frage, mit der uns das Buch konfrontiert, ist die, ob wir unter den heutigen Verhältnissen unseren Standpunkt gegenüber der Freimaurerei nicht gründlich revidieren müssen. Sie einfach abzulehnen, als sei die Freimaurerei weiter nichts als eine Gemeinschaft von Menschen, die sich gegen Kirche und Staat verschwören wollen, wie es noch im kirchlichen Gesetzbuch heißt, ist nicht nur lächerlich, sondern auch grundverkehrt. Was auch immer bei einigen irregulären Logen vorgekommen sein mag, in der regulären und von der Vereinigten Großloge von England anerkannten Freimaurerei ist davon bestimmt keine Spur zu entdecken.

Infolge mangelnder Kenntnis, die zum Teil auf ungenügende objektive Unterrichtung zurückzuführen ist, werden häufig Urteile gefällt, sie sich bei genauerer Prüfung als ungerecht herausstellen müssen …

Wenn es darüber hinaus noch zu einem offenen Gespräch, zur Beseitigung von Vorurteilen und letztlich zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen sollte, dann wäre dem Ideal von Weisheit, Stärke und Schönheit, dem wir doch alle nachstreben müssen, ein großer Dienst erwiesen".

Zu diesen kräftigen Behauptungen und Vorurteilen hier nur eine Frage: Stammen diese Sätze, die sich nach unseren bisherigen Ausführungen als offensichtlich falsch und wirklichkeitsfremd entlarven, von einem wirklich gut informierten gläubigen Christen oder von einem Mann, der an der Wahrheit vorbei - bewußt oder unbewußt einseitig und tendenziös Werbung für die Freimaurerei betreibt?

Das dritte Wort, das der Einleitung des Verfassers selbst vorausgeht, kommt aus der Feder und dem Herzen des Freimaurers **P. J. van Loo**, der als Großsekretär des Großostens der Niederlande zeichnet. Er bescheinigt dem Buch von M. Dierickx, daß "es zweifellos das beste Werk ist, das ein Nichtfreimaurer über dieses umfassende Thema geschrieben hat" und macht im Hinblick auf den zweiten Teil des Buches die nicht unwichtige Bemerkung, daß der Verfasser hier "nicht nur den Verstand, sondern auch das Herz mitsprechen läßt, zweifellos die natürliche Folge eines sich über Monate erstreckenden Umgangs mit Freimaurern im Haus der Großloge in den Haag. …"

Getreu seiner freimaurerischen Humanitätsreligion schließt P. J. van Loo seine Einleitung mit den Worten: "Die Freimaurer trachten danach, das zu überwinden, was die Geister und Seelen trennt, und das zu suchen, was die Menschen verbindet. Dieser Grundsatz zieht sich ebenfalls wie ein roter Faden durch das ganze Werk von Prof. Dierickx. Deshalb allein schon muß der Herausgabe seines Werkes von Herzen zugestimmt werden".

Diesem aufrichtigen Bekenntnis ist nichts hinzuzufügen. Der Dialog erfolgt ganz im Sinne der Freimaurerei. -

Dieselbe Linie kann man auch in anderen Veröffentlichungen der jüngsten Zeit beobachten. So ist in einem Bericht der Herderkorrespondenz zu dem Thema "Gewandeltes Verhältnis zur Freimaurerei" der vielsagende Satz zu lesen: "Die 'irenische' Einstellung, wie sie Mellor und

Dierickx in ihren Schriften vertreten, wird eher zu einer Annäherung führen als die Fortsetzung unfruchtbarer Polemik und das Beharren auf katholischen Prämissen."
Dieser Satz, der genau so gut in irgendeiner "Freimaurer Korrespondenz" stehen könnte, besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die katholische Kirche sich wandeln muß, wenn es zu einer Annäherung kommen soll. Und das heißt sie muß ihre "Prämissen", ihre eigentümliche Lehre (Dogmatik) aufgeben, was letztendlich heißt: die Kirche muß sich selbst aufgeben.
Verständlich ist es, wenn Prof. Dierickx am Anfang seiner so vielbelobten Schrift für empfangene Hilfen und Anregungen dankt. Er nennt "auch andere niederländische, französische und belgische Freimaurer, so **Michel Riquet S. J.** und **Alec Mellor**," die ihm "zahlreiche interessante Hinweise" gaben.
"Nicht zuletzt" dankt er "ehrerbietig **S. E. L. J. Kardinal Suenens**, Erzbischof von Mecheln Brüssel, und **S. E. Dr. B. J. Alfrink,** Erzbischof von Utrecht, für die Unterstützung und Förderung", die sie ihm angedeihen ließen, erklärt aber ausdrücklich, "von keiner Seite beauftragt" worden zu sein, "dieses oder ein ähnliches Buch zu schreiben".
Nachdem wir uns mit einigen fundamentalen Thesen seines Buches bereits kritisch auseinandergesetzt haben, ist es zum Schluß notwendig, wenigstens noch ein Buch zu erwähnen, das 1973 erschienen ist und einen in Fragen Theologie und Religion außerordentlich belesenen und informierten Autor zum Verfasser hat. (J. Böni, *Kirche heute und morgen, Quo vadis, Ecclesia?* Verlag Fritz Meili, CH Trogen am Rhein, 1973)
Das Buch von J. Böni ist deshalb besonders aufschlußreich und wertvoll, weil in ihm das Wort "Freimaurerei" nicht ein einziges Mal vorkommt. Auch läßt der Verfasser nicht ausdrücklich erkennen, daß er selbst Freimaurer ist. Wohl teilt er mit, sich jahrzehntelang intensiv mit theologischen Problemen beschäftigt und ein Studium der vergleichenden Religionsgeschichte absolviert zu haben.
Er war acht Jahre als katholischer Geistlicher tätig und wirkt im Anschluß daran seit 35 Jahren als reformierter Pfarrer. Das alles erleichterte es ihm, "ein Bild von der gegenwärtigen Lage in der christlichen Welt zu entwerfen; aufzuzeigen, welche Wege sich in der augenblicklichen Krise anbieten und schließlich einen Ausblick in die Zukunft zu wagen.
Da wir alle zur Entscheidung herausgefordert sind, wendet meine Schrift sich auch an alle".
Der Schweizer Altgroßmeister J. Böni, Bern, behandelt auf den 296 Seiten seines Buches in fünf Abschnitten die Themen: Glaube in der Krise, Grundwerte jeder Gemeinschaft, Kirche in der Krise, Wege aus der Krise … und zuletzt: Zu neuen Ufern Ökumene der Religionen.
Dieses letzte Kapitel ist für uns deshalb von großer Bedeutung, weil hier der Verfasser sein Freimaurerherz weit öffnet und uns tiefen Einblick in eine neue Variation des alten Traums von der "Religion, in der alle Menschen übereinstimmen", gewährt.
Nach dem kurzen theologischen Lebenslauf, den der gelehrte Altgroßmeister anfangs enthüllt hat, wird kaum ein Leser über die betont antikatholische Einstellung J. Bönis überrascht sein. Er weist zunächst darauf hin, daß der römische Katholizismus "in seinem ganzen reaktionären Juridismus, seiner absolutistischen hierarchischen Struktur" im Widerspruch zum Evangelium steht und deshalb nicht akzeptiert werden kann.
Dagegen betrachtet er es als Pflicht, den "progressiven Kräften in der römischen Kirche" zu helfen, die etwa als Theologen die "Mängel und Schwächen der absolutistischen Papstkirche zugeben" oder als "Priester sich gegen das unevangelische Gesetz wehren, mit welchem sie der 'unauslöschliche Charakter' und das Zölibatsversprechen fesseln".
Er zitiert seinen Landsmann **Hans Küng,** um in einem bestimmten Punkt seine "nie verhohlene Überzeugung von römisch-katholischer Seite bestätigt" zu finden oder um sich über "Wahrheit und Wahrhaftigkeit" belehren zu lassen. Da er zwischen logischer und ontologischer Wahrheit nicht zu unterscheiden versteht, behauptet er, daß es in der Welt des Glaubens Wahrheit im Sinn von Richtigkeit oder richtiger Lehre nicht geben kann, sondern nur Wahr-

heit im Sinne von ganz persönlicher Erfahrung mit dem Numinosen (Göttlichen), weshalb für "jeden Menschen nur die Glaubensaussagen wahr sind, die er selbst erlebt hat und daher nachvollziehen kann. Sie gelten für ihn absolut.
… Kirche kann Wahrheit nicht haben, nicht darstellen, sie kann sie nur bezeugen. Dabei ist sie in der Gefahr, die dem Evangelium entnommenen Wahrheiten zu einer Lehre zu vergewaltigen, sie für allgemeingültig zu erklären, um daran dann christliche Kirchen zu messen, die einem anderen Verständnis der Heiligen Schrift anhängen. Je statischer ihr Wahrheitslehrgefüge ist, um so intoleranter wird nach innen und außen die betreffende Institution. Dabei wird nur allzu oft vergessen, daß wir aller Wissenschaft zum Trotz immer noch keinen 'Indikator' haben, der uns anzeigt, was am biblischen Text sprachliches Gewand, urchristliches Kerygma, frühchristliche Tradition und was darin oder dahinter wirklich Gottes Wort ist".
Obwohl J. Böni dem ihm in etwa geistesverwandten H. Küng viel Verständnis entgegenbringt, lehnt er doch dessen "Ideal" einer Kirche" ab, da dieses "eine Diktatorenkirche ist".
Im Abschnitt III: Kirche in der Krise, behandelt J. Böni u.a. neben der **"Theologie der Bewahrung"** sehr ausführlich die "**Theologie der Befreiung"** mit den Untertiteln: Sozialisierung, Demokratisierung, Humanisierung, Nationalisierung, Dezentralisierung und Politisierung. Darin erwähnt er u.a. die weltweit bemerkbar gewordenen Spannungen zwischen "der römischen Kirchenleitung und nationalen Bischofsgruppen" im Zusammenhang mit dem Holländischen Katechismus, "der von Rom heftig bekämpft, doch vom Holländischen Pastoralkonzil mit Billigung von Kardinal Alfrink gestützt wurde". Den Primas von Belgien, Kardinal Suenens, nennt er "Exponent einer Dezentralisation".
Zur "Theologie der Erneuerung" zitiert er **Alvarez Bolado**: "Die theologische Richtung, die wir Kirche der Erneuerung genannt haben, besteht auf der kirchlichen Neuformulierung des Glaubensinhaltes, auf der Reformierung der Strukturen und auf dem Wert … der innerhalb und außerhalb der Kirche notwendigen Kritik und Veränderung …
Diese Theologie besteht vorzugsweise auf einer tastenden und schöpferischen Orthopraxis (rechtes Tun) anstelle einer Orthodoxie ("rechten" Lehre) der Wiederholung oder einer anpaßlichen Neo-Orthodoxie. Aber in ihrem Bestehen auf der Orthopraxis legt sie den Akzent auf die Orthopraxis des christlichen Gemeinschaftsverhaltens, von dem allein sie glaubt, es könne ein sichtbares Zeichen des Volkes Gottes sein ...".
Besonders allergisch ist J. Böni gegen das sog. … Opfer des Verstandes, das dem Gläubigen abverlangt wird, wenngleich ihm die Kirche nie etwas un- oder widervernünftiges zu glauben auferlegt. Für ihn und viele Christen des 20. Jahrhunderts ist es intellektuelle Unredlichkeit und Meinungszwang, wenn ein Opfer des Verstandes gefordert wird. Seine Sympathie gehört deshalb dem "Bund für Freies Christentum, in welchem sich Evangelische mit katholischen Gleichgesinnten treffen".
Im Blatt **"Freies Christentum"** vom September 1971 war in einem Aufsatz über *Die Annäherung der Konfessionen und das freie Christentum* zu lesen: " … Wenn wir uns gegen die Ausübung eines demoralisierenden Meinungszwanges in den kommunistischen Ländern wenden, so dürfen wir die etwaige Restauration eines dogmatisch fundierten kirchlichen Meinungszwanges ebensowenig dulden … Die aus der antiken Welt übernommenen 'offiziellen' Glaubenslehren können gar nicht mehr als verbindlich angesehen werden.
Das 'freie Christentum' wehrt sich gegen jede autoritäre Bevormundung, auch gegen diejenige des Papstes und der Bischöfe … Kein freier Christ evangelischer oder katholischer Herkunft wird bereit sein, alle überlieferten Dogmen als verbindliche Lehren anzuerkennen, die auch dann im 'Gehorsam des Glaubens' bejaht werden müßten, wenn sie der ernsthaften persönlichen Überzeugung schroff entgegenstehen … Wir leben einer dritten Kirche der Zukunft zu".
Wenn man solche Sätze liest, kommt unwillkürlich die Frage auf, ob dieses sog. "Freie Christentum" nicht genau so richtig "Freimaurer-Christentum" genannt werden könnte.

In dem darauffolgenden IV. Abschnitt: ***Wege aus der Krise - Quo vadis ecclesia?*** befaßt sich J. Böni mit der Bewegung des Ökumenismus. Wie er meint, regierten die Päpste in den 300 Jahren nach dem Konzil von Trient (1545-1563) die "römische Kirche absolutistisch, d.h. ohne Konzil bis zum I. Vatikanum, 1869/1870, das wie man längst eingesehen hat mit dem fatalen Unfehlbarkeitsdogma und dem Primat die gesamte christliche Welt in eine scheinbar oder gar anscheinend ausweglose Lage gebracht hat". "Weitab vom Beispiel Jesu Christi" endete die römische Kirche "im unfehlbaren Absolutismus des Papstes und der vollkommenen Gesetzlichkeit des Codex juris canonici von 1918".
Aber auch am ökumenischen Rat der Kirchen übt er Kritik, da er nach seiner Meinung "Demokratie in Organisation und Führung sowie Toleranz" vermissen läßt.
Unter der Überschrift: ***Das ewig gleiche Rom,*** bezeichnet J. Böni den "Mythus der römischen Unfehlbarkeit" als Grundlage für das "exklusive Identitätsverständnis und die ganze konservativ rückschrittliche Selbstherrlichkeit" der katholischen Kirche. Er stellt sodann fest, daß auch aus den Reihen der katholischen Kirche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Primats als einziger maßgeblicher Autorität in Sachen des Glaubens und der Sitte laut wird und zitiert an dieser Stelle aus einem Aufsatz von **P. J. David** in der Orientierung vom 15. Februar 1971 einige charakteristische Sätze.
Im Anschluß daran kritisiert er den "Nimbus der Irrtumslosigkeit" und das geplante "neue Grundgesetz der römischen Kirche", das dem Bestreben dienen soll, "das ewig gleiche Rom für die Zukunft in seiner heutigen Struktur, als juridisch politische absolutistische Machtkirche, zu festigen".
Mit dem katholischen Theologen J. B. Metz, Münster, ist J. Böni einig, wenn er zitiert: "Fortschritte in den ökumenischen Beziehungen kann es nur geben, wenn eben die Lebenspraxis der Kirche und die Strukturen, in denen sie sich vollzieht, selbst gewandelt werden … Theologie als Instanz kritischer Freiheit der Kirche kann und muß dabei zu einem Ort der Emanzipation von bestimmten Praxen und Strukturen der Kirche werden.
J. Böni sieht in dem "ewig gleichen Rom" das Haupthindernis für alle ökumenischen Bestrebungen, denn "in der römischen Hierarchie ist der Wille zur Erhaltung der Macht und des päpstlichen Absolutismus immer noch größer als jegliche Einsicht".
Da eine Ökumene der christlichen Kirchen und Gemeinschaften wenig oder gar keine Aussicht hat jemals verwirklicht werden zu können, bleibt als Ausweg aus dem ökumenischen Dilemma nur eine Ökumene der Religionen als Endziel einer universalen religiösen Ökumenismus-Bewegung. Das ist das große und eigentliche Thema des Buches, das im IV. Kapitel: "Zu neuen Ufern Ökumene der Religionen", dargelegt wird.
Nach einer theologisch total abwegigen Exegese von Galater 6,15 (Denn in Christus Jesus gilt weder Beschneidung noch Unbeschnittensein etwas, sondern eine neue Schöpfung) im Anschluß an eine Interpretation von Paul Tillich, nach der es "nicht auf das Besondere in der Religion ankommt" und "sogar die Frage ob Christentum oder kein Christentum ganz belanglos und letztlich ein Nichts ist", entdeckt der Verfasser endlich seine eigentliche religiöse Zielvorstellung wie einen "Silberstreifen am Horizont".
Das intolerante Christentum, für das Nicht-Christen "nach wie vor Objekte der Mission" sind, und die westliche Kirchtumstheologie erscheinen jetzt als große Hindernisse auf dem Weg zu einem partnerschaftlichen Dialog nützt anderen Religionen auf der Basis der Gleichwertigkeit. Besonders "das bestehende Selbstverständnis und die intolerante Ekklesiologie der römischen Kirche machen jegliche gleichwertige Partnerschaft mit anderen Religionen, ja selbst anderen Konfessionen unmöglich".
Die Aufteilung der Menschen in solche erster und zweiter Klasse, die auf der "wesensmäßigen Intoleranz aller Offenbarungsreligionen" beruht, muß überwunden werden.
Wir spüren von nun an, wie das freimaurerische Ideengut immer deutlicher in den Gedanken-

gängen Bönis zum Ausdruck kommt und konsequent auf das Endziel der Freimaurerei hinsteuert: in aller Welt jener Religion zum Durchbruch und zum Sieg zu verhelfen, in der alle Menschen übereinstimmen.
Der erste Theologe, der um 1650 dieses große Ziel eines religiösen Menschheitsbundes verkündete, war **Comenius,** der Bischof der Böhmischen Brüder, Philosoph, Pädagoge und Sozialreformer. Von ihm schreibt J. Böni: "Er wollte 'ein universales Licht' entzünden, die Religion, in der alle Menschen übereinstimmen".
Seine Menschheitsbund Vision fiel zwar dem Dreißigjährigen Krieg zum Opfer, wagte sich aber in der Aufklärungszeit erneut ans Licht, jetzt im Gewande des Rationalismus. "Wir finden sie wieder in Lessings Drama **Nathan der Weise**, in welchem zum Schluß Christ, Mohammedaner und Jude geschwisterlich und freundschaftverpflichtet und verbunden sind.
Mit der bekannten **Ringparabel** symbolisiert der Dichter seine Auffassung, daß Christentum, Judentum und Islam als geschichtliche Wahrheiten nur zufällige sind, die alle gleichermaßen die ewige notwendige Wahrheit verhüllen".
Das ist reinrassische Freimaurerideologie: die geschichtlich gewordenen religiösen Sonderformen (Religionen) "sind nur von relativer Dauer und ebensolcher Bedeutung".
Mit diesem ehrlichen Zeugnis hat Bruder **J. Böni** den Ökumenikern aller Richtungen einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Es bleibt nur zu hoffen, daß sie sein Buch unvoreingenommen und mit demselben Ernst lesen, in dem es geschrieben wurde.
Dann müssen schließlich auch manche schwachsichtig gewordenen christlichen **Ökumeniker** erkennen, daß es zwischen dem Offenbarungs- und Bekenntnischristentum, dem sich die Kirche Jesu Christi verpflichtet weiß, und dem der Freimaurerideologie verhafteten **"Freien Christentum"** bzw. dem **"Weltbund für religiöse Freiheit"**, dem bereits 10 Millionen Menschen aus verschiedenen Kirchen und Religionen angehören, eine gemeinsame Basis mit dem Ziel einer brüderlichen Gemeinschaft in Christus nicht geben kann.
Es gibt bis heute noch kein einziges Anzeichen dafür, daß die Freimaurerei auch nur in einem einzigen wesentlichen Punkt den geringsten Abstrich an ihrer Humanitätsideologie und ihren religiösen Zielvorstellungen vorgenommen hätte. Sie ist bei allen taktischen Manövern sich selbst konsequent treu geblieben, während sie von allen Andersdenkenden unablässig Anpassung und Aufgabe ihrer "Intoleranz" fordert. -

SCHLUSSWORT

Überzeugt von der unumstößlichen Tatsache, daß die Freimaurerei ihr innerstes Wesen, wie es in dem Grundgesetz der **"Konstitutionen"** von 1723 grundgelegt ist, niemals ändern kann und wird, geben wir das letzte Wort dieser Schrift einem Freimaurer, der ohne Übertreibung zu den einflußreichsten Vertretern der internationalen Freimaurerei im 20. Jahrhundert gezählt werden darf: **Quartier la Tente.** Er war protestantischer Pfarrer, Großmeister der Schweizer Großloge **"Alpina"** und zeitweilig Leiter der freimaurerischen Weltgeschäftsstelle in Genf. 27 Jahre lang war er überdies Staatsrat und Leiter des Departements für Unterricht und Kultur in der Schweiz.
Er schreibt über die Versöhnung von Freimaurerei und Christentum: "Die Versöhnung ist nicht mehr möglich. Es kann daher nur Kampf geben, einen Kampf ohne Gnade, der mit dem Sieg der Wissenschaft und des Gewissens enden wird … Der Maurer ist ein freier Mensch; der Katholik ist ein Sklave, der einer erzwungenen Disziplin des Geistes unterworfen ist. Und nichts ist unverträglicher mit freimaurerischem Geist" (Quartier la Tente: Two Centuries of Freemasonry, Bern, 1917).
In der Tat ist jeder wahre Christ ein Sklave (Diener) Jesu Christi. Im Neuen Testament wird das oftmals bezeugt, besonders in den Paulusbriefen. Diese Sklaverei aber, die nichts anderes ist als der unbedingte **Glaubensgehorsam** gegenüber dem Herrn Jesus Christus, nimmt der Christ in freier Liebe auf sich, weil er davon überzeugt ist, daß nur Christus allein

uns zur wahren Freiheit befreit.
Ungehorsam gegen Jesus Christus führt in die Sklaverei der Sünde: das heißt in die Unmenschlichkeit und Barbarei.
Die Wissenschaft der Freimaurerei - die Aufklärung - hat die gesamte Menschheit in eine Sackgasse geführt. Der **autonome Humanismus** hat nicht Freiheit für alle, sondern eine **neue Form der Sklaverei** für viele geschaffen, aus der nur Jesus Christus und seine Gnade befreien kann. …<<

1975

>>Gewissensbisse erziehen zum Beißen.<< (Friedrich Nietzsche)

04.01.1975
USA: Die "Stuttgarter Zeitung" berichtet am 4. Januar 1975 (x243/264): >>... Unter gewissen Umständen könne man die Anwendung von Gewalt nicht ... ausschließen, ... jedoch nur "in der ernstesten Notlage" (wenn eine) "tatsächliche Erdrosselung der industrialisierten Welt durch die Ölkrise" (bevorstünde).
Kissinger (US-Außenminister) deutete an, daß ein unmittelbar bevorstehender politischer und finanzieller Zusammenbruch Westeuropas Anlaß für ein derartiges Vorgehen der USA sein könnte ... (nicht aber um eine Herabsetzung des Ölpreises zu erzwingen.)<<
12.02.1975
Frankreich: Die Zeitung "Le Monde" berichtet am 12. Februar 1975 über den "Musterschüler Bundesrepublik Deutschland" (x243/221): >>... Ist die Bundesrepublik Deutschland gegen ihren Willen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und militärische Großmacht geworden? fragte kürzlich DER SPIEGEL ...
Die Fachleute der NATO (werden) nicht fertig mit Lobsprüchen über die Bundeswehr. ... Die Armee der Bundesrepublik erscheint als die einzige klassische, solide Säule des Atlantischen Bündnisses in Europa.
Die Deutschen sind unter jedem Gesichtspunkt die Musterschüler der "Atlantischen Klasse". 1974 war die Bundeswehr die einzige Armee der NATO, die, nach den offiziellen Statistiken, ihren Truppenbestand vermehrt und ihre Ausrüstung verbessert hat.<<
23.02.1975
UdSSR: Der sowjetische Sender "Radio Frieden und Fortschritt" leugnet am 23. Februar 1975 Massenverbrechen der Roten Armee während der sowjetischen Befreiungsmission 1944/45 (x025/70): >>Es ist gut bekannt, das der sowjetische Soldat gegen Kinder und Frauen nicht gekämpft hat, und bekannt ist auch, daß einzelne Fälle von disziplinären Ausschreitungen in unserer Armee aufs strengste bestraft wurden, obwohl es sich um Soldaten handelte, deren überwiegende Mehrheit nach Deutschland gekommen war, nachdem sie im Ergebnis der faschistischen Aggression Heim, Familie, die nächsten und teuersten Menschen verloren hatten.
Keine andere als die Sowjetarmee nahm die Versorgung und die Belieferung der Zivilbevölkerung in den von ihr eingenommenen Gegenden auf sich, was unter den Verhältnissen jener Zeit die Rettung des Lebens von Millionen und Abermillionen Deutschen bedeutete. ...<<
30.03.1975
China: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 30. März 1975 über die Kritik des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping (1904-1997) an der Kulturrevolution im Erziehungswesen (x243/231): >>... An vielen Schulen ist es so, daß sich die Studenten nicht mehr über die Bücher setzen mögen. Von der Akademie der Wissenschaften hörte ich, daß man sich dort an der Verwirklichung der vier Modernisierungen und den drei großen Auseinandersetzungen beteiligt. ... Wie soll da das fortgeschrittene Weltniveau erreicht werden?
Von ... Wissenschaftlern und Kadern wagt niemand, den Raum für Forschungsmaterialien zu

betreten. Alle haben Angst, als "weiße Spezialisten" beschimpft zu werden. ... Deswegen kommt unsere Technik nicht voran.<<

31.03.1975

BRD: Der ehemalige Widerstandkämpfer Eugen Gerstenmaier (1906-1986, deutscher Theologe und CDU-Politiker) schreibt am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die antideutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des "Office of Strategic Services" mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.

In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<

29.04.1975

Vietnam: Die letzten nordamerikanischen Truppen verlassen am 29. April 1975 fluchtartig Süd-Vietnam.

30.04.1975

Vietnam: Die nordvietnamesischen Truppen besetzen am 30. April 1975 Saigon in Süd-Vietnam.

Die südvietnamesische Regierung kapituliert danach am 30. April 1975 bedingungslos (x142/-483). Saigon erhält später den Namen Ho-Chi-Minh-Stadt.

08.05.1975

BRD: Bundespräsident Walter Scheel erklärt während seiner Rede zum 30. Jahrestag des Kriegsendes (x075/114-115): >>Sicher, am 8. Mai 1945 brach das nationalsozialistische Regime endgültig zusammen. Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Und wir atmeten auf, als das Ende kam.

Aber wir vergessen nicht, daß die Befreiung von außen kam, daß wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln, daß erst die halbe Welt zerstört werden mußte, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde. ...

Das furchtbare Ende (von Zustimmung und Unterwerfung) war die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und die Vernichtung von Millionen Juden zumal. ...

Warum geschah das alles? Warum diese furchtbaren Opfer?

Die Antwort ist: Hitler wollte den Krieg, sein Leben hatte keinen anderen Zweck als den Krieg. Er verwandelte unser Land in eine riesige Kriegsmaschinerie, und jeder von uns war ein Rädchen darin. Das war unverkennbar. Wir haben aber die Augen und Ohren geschlossen, hoffend, es möge anders sein. ...

Das sind die Folgen (zerstörte Städte, Vertreibung, die Teilung Deutschlands). Wir werden noch lange an ihnen zu tragen haben. Aber die deutsche Tragödie beginnt im Jahre 1933, nicht im Jahre 1945. ...<<

27.05.1975

USA: In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigt das State Department am 27. Mai 1975 die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/-239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

27.06.1975

Großbritannien: Die britische Botschaft beantwortet am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regierung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

07.07.1975

BRD: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lehnt am 7. Juli 1975 eine Verfassungsbeschwerde gegen die "Ostverträge" ab.

Im Beschluß des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes zu der Verfassungsbeschwerde gegen die Ostverträge heißt es (x067/147): >>Den Verträgen kann nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich der Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl territorialen als auch der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polen endgültig unterstellt worden seien.

Die Bundesregierung ging ... bei Abschluß der Ostverträge in einer für die Verhandlungspartner erkennbaren Weise davon aus, daß sie nicht befugt gewesen sei, eine ... Verfügung über den rechtlichen Status Deutschlands im Sinne einer friedensvertraglichen Regelung zu treffen. Sie hat sich dabei auf die Gesamtverantwortung bezogen, welche die 4 Mächte für Deutschland als Ganzes tragen.<<

Da das "Schlesierlied" und andere ostdeutsche Lieder "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", läßt das Verteidigungsministerium diese Lieder aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die Schutzpflicht des deutschen Staates gegenüber den deutschen Staatsangehörigen (x077/22): >>... Bezüglich der deutschen Staatsangehörigen in den Gebieten des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland als oberstes und verbindlich für alle Staatsorgane bei der Auslegung des Grundgesetzes und seiner Rechtswirkungen entscheidendes Verfassungsorgan im Einklang mit dem Völkerrecht durch Beschluß vom 7. Juli 1975 festgestellt, daß diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit 1945 in diesen Gebieten besaßen und dort heute noch wohnen, weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit zusteht. ...<<

09.10.1975

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1975: >>**2,3 Milliarden - Polen läßt Deutschstämmige raus**

Verträge mit Polen: Kredit der Bundesrepublik von 1 Milliarde Mark und 1,3 Milliarden Pauschale für in ehemals deutschen Gebieten Lebende mit Ansprüchen an die deutsche Rentenversicherung. Dafür sollen weitere 125.000 Deutschstämmige in die Bundesrepublik ausreisen dürfen.<<

10.11.1975

BRD: Die "Südwest-Presse" berichtet am 10. November 1975 (x243/198): >>... Außenminister Genscher und sein polnischer Amtskollege ... unterzeichnen in Warschau ein Protokoll, das 120.000 bis 125.000 deutschstämmigen Polen in den nächsten 4 Jahren die Ausreise aus Polen ermöglichen soll.

Im Gegenzug gewährt Bonn Warschau einen zinsverbilligten Kredit von einer Milliarde DM und zahlt zur Abgeltung der Rentenansprüche von in Polen lebenden Deutschen ... 1,3 Milliarden DM. ... Der Kredit wird ... mit 2,5 % verzinst. Die Rückzahlung ... erfolgt in 20 gleichen Jahresraten, beginnend im Jahre 1980.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das deutsch-polnische

Rentenabkommen (x268/215): >>Polen kassierte aufgrund des Rentenabkommens vom 9. Oktober 1975 1,3 Milliarden DM und zugleich einen "Jumbo-Kredit" von über einer Milliarde, der später weitgehend erlassen wurde. Weitere Milliardenkredite folgten nach 1990, und der Erlaß ist auch hier wohl nur eine Frage der Zeit. ...<<

11.11.1975

Israel: Der israelische Politiker Abba Eban (1915-2002, von 1948-59 ständiger Vertreter Israels bei der UNO) erklärt am 11. November 1975 zur "Zionismus-Rassismus-Erklärung der UN" (x128/369-370): >>... Die Vereinten Nationen sind als Anti-Nazismus-Bündnis ins Leben getreten, 30 Jahre später sind sie im Begriff, das Weltzentrum des Antisemitismus zu werden. Es gibt kein anderes Tribunal, von dem sich solche Flut von Schmähreden Jahr für Jahr über die Werte, Ideale und Glaubenssätze ergießt, die das jüdische Volk seit Jahrhunderten verehrt.

Es ist eine erschreckende Wahrheit, daß sich Hitler selbst in einem Forum heimisch gefühlt hätte, daß einem waffentragenden Arafat Beifall spendet und dem mörderischen Idi Amin Gehorsam gehuldigt hat.

Es gibt natürlich keinerlei Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Verneinung des jüdischen Staates. Der klassische Antisemitismus leugnet die Gleichberechtigung von Juden als Bürger innerhalb der Gesellschaft.

Der Antizionismus leugnet die auf seine rechtmäßige Souveränität bezogene Gleichberechtigung des jüdischen Volkes innerhalb der Gemeinschaften der Nationen. Der gemeinsame Nenner für beide Fälle ist die Diskriminierung.

Man hat nichts anderes getan, als das Prinzip der Diskriminierung aus dem Bereich der individuellen Rechte auf den der kollektiven Identität zu übertragen.

Denn der Zionismus ist nicht mehr – auch nicht weniger – als das jüdische Bewußtsein von Ursprung und Bestimmung in dem Land, das mit seinem Namen auf ewig verbunden ist. Mit seiner Hilfe strebt die jüdische Nation nach einer authentischen Erfüllung ihrer selbst. ...

Der Zionismus kann auf mannigfache Weise definiert werden. Ich habe eine knappe Formulierung in Erinnerung, die vor 28 Jahren gemacht wurde, als die arabischen Armeen Israel am Tage seiner Gründung überfielen. Andrej Gromyko sagte im Sicherheitsrat am 21. Mai 1948, daß die militärischen Operationen der Araber "die Unterdrückung einer nationalen Befreiungsbewegung zum Ziele hätten".

Geradeso einfach ist es. Die Wahrheit ändert sich nicht, nur weil diejenigen, die sie proklamieren, ihrer eigenen Wahrheit müde werden. ...<<

12.12.1975

Palästina: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" veröffentlicht am 12. Dezember 1975 ein Gespräch mit dem PLO-Verteidigungsminister Zuhair Mohsen (1936-1979) über den Nahost-Konflikt (x243/247): >>... ZEIT: Würde ein Palästinenserstaat, der auf die ehemals jordanische Westbank (westlich des Jordans) und den Gaza-Streifen beschränkt wäre, den Palästinensern genügen?

Mohsen: Nein, niemals. Wir wollen jedes Feld, jedes Dorf und jedes Haus, das uns damals gehörte, zurückhaben. ... Das Naturrecht ist auf unserer Seite.

ZEIT: Kann den Israelis dieser nationale Selbstmord zugemutet werden?

Mohsen: Sie müssen es einsehen, aber sie werden es erst einsehen, wenn sie, vor uns auf den Knien liegen, wenn wir sie militärisch kurz- und kleingeschlagen haben.

ZEIT: Also kein Friede in Sicht?

Mohsen: Zur Zeit weder Krieg noch Frieden. Und in Zukunft wieder Krieg, neue Kriege. Das ist unvermeidlich.<<

31.12.1975

BRD: Der deutsche Journalist Wilfried Ahrens veröffentlichte im Jahre 1975 eigenmächtig

die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.
Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschluß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<
Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar waren", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen.
Das deutsche Volkslied "Schlesierland" lautet wie folgt (x846/...):
>>1. Kehr ich einst zur Heimat wieder,
Früh am Morgen, wenn die Sonn' aufgeht.
Schau ich dann ins Tal hernieder,
Wo vor einer Tür ein Mädchen steht.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.

2. In dem Schatten einer Eiche,
Ja, da gab ich ihr den Abschiedskuß.
Schatz, ich kann nicht bei dir bleiben,
Weil, ja weil ich von dir scheiden muß.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.

3. Liebes Mädchen, laß das Weinen,
Liebes Mädchen, laß das Weinen sein.
Wenn die Rosen wieder blühen,
Ja dann kehr ich wieder bei dir ein.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir sehn uns wieder, mein Schlesierland,
Wir sehn uns wieder am Oderstrand.<<

Das deutsche Volkslied "Märkische Heide" lautet wie folgt (x846/...):
1. Märkische Heide,
Märkischer Sand
Sind des Märkers Freude,
Sind sein Heimatland.

Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

2. Uralte Eichen,
Dunkler Buchenhain,
Grünende Birken
Stehen am Wiesenrain.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

3. Blauende Seen,
Wiesen und Moor,
Liebliche Täler,
Schwankendes Rohr.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

4. Knorrige Kiefern
Leuchten im Abendrot,
Sah'n wohl frohe Zeiten,
Sah'n auch märk'sche Not.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

5. Bürger und Bauern
Vom märk'schen Geschlecht,
Hielten stets in Treu
Zur märk'schen Heimat fest!
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

6. Hie Brandenburg allewege
Sei unser Losungswort!
Dem Vaterland die Treue
In alle Zeiten fort.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.<<

Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.

Spanien: Der spanische Schriftsteller Alberto Rivera (1935-1997, ehemaliger katholischer Priester und Jesuit, vermutlich vergiftet) schreibt in der Einleitung des 1975 erschienen Buches "Die verborgene Geschichte der Jesuiten" über die römisch-katholische Kirche und die Jesuiten (x1.001/3-4): >>Die gefährlichsten unter den Menschen sind die, die sehr religiös erscheinen, insbesondere wenn sie organisiert sind und Amtsgewalt innehaben. Sie genießen die tiefe Hochachtung der Menschen, die keine Ahnung haben von ihrem gottlosen Streben nach Macht hinter den Kulissen.

Diese religiösen Menschen, die vorgeben, Gott zu lieben, schreiten auch zum Mord, zetteln Revolutionen an und, wenn nötig, Kriege, im Dienste ihrer Sache. Sie sind gerissene, intelligente, glatte religiöse Politiker, die in einer düsteren Welt der Geheimnisse, Intrigen und zweifelhaften Heiligkeit leben. …

Die "Frühen Väter" bekamen Einblick in das Gros des antiken babylonischen Systems zuzüglich der jüdischen Theologie und griechischen Philosophie. Sie alle pervertierten die meisten der Lehren Christi und Seiner Apostel. Sie ebneten den Weg für den römisch-katholischen Apparat, der im Begriff war, zu entstehen. Sie fielen im guten Glauben über die Bibel her, pervertierten, fügten hinzu und nahmen weg.

Dieser religiöse antichristliche durch jene Väter wirkende Geist trat erneut hervor, als Ignatius von Loyola die Jesuiten schuf, um im Verborgenen zwei wesentliche Ziele für die römisch-katholische Institution zu erreichen: 1) allumfassende politische Macht und 2) eine allumfassende Kirche, in Erfüllung der Prophetien von Offenbarung 6, 13, 17 und 18.

Bis Ignatius von Loyola die Szene betrat, hatte die protestantische Reformation das römisch-katholische System inzwischen ernsthaft beschädigt. Ignatius von Loyola kam zu dem Schluß, daß der einzige Weg für seine "Kirche", zu überleben, sei, in der zeitlichen Macht von Papst und römisch-katholischer Institution das Kirchenrecht und die Kirchenlehren durchzusetzen; nicht einfach nur durch die Zerstörung des physischen Lebens der Menschen, wie es die Dominikanerpriester quer durch die Inquisition zu tun pflegten, sondern durch die intensive Einflußnahme und das Eindringen in jeden Lebensbereich.

Der Protestantismus müsse besiegt und im Interesse der Päpste benutzt werden. Das war einer der persönlichen Vorschläge Ignatius' von Loyolas gegenüber Papst Paul III. Jesuiten machten sich unverzüglich ans Werk, ALLE protestantischen Gruppen einschließlich ihrer Familien, Arbeitsplätze, Spitäler, Schulen, Universitäten, etc. zu unterwandern. Heute haben die Jesuiten jene Mission so gut wie erfüllt.

Die Bibel gibt die Gewalt über eine örtliche Gemeinde einem gottesfürchtigen Pfarrer. Die raffinierten Jesuiten aber schafften es über die Jahre, jene Gewalt Zentralen von Konfessionsgemeinschaften zuzuspielen, und haben mittlerweile fast alle protestantischen Denominationen in die Arme des Vatikans gedrängt. Genau das war es, was sich Ignatius von Loyola vorgenommen hatte, zu erreichen: eine allumfassende Kirche und das Ende des Protestantismus. …

Der Autor, Edmond Paris, zeigt auf, wie die Jesuiten in die Regierungen und Nationen der Welt eindringen und diese intensiv beeinflussen, um über die Errichtung von Diktaturen und die Schwächung von Demokratien wie z.B. der Vereinigten Staaten von Amerika, über die Wegbereitung für Anarchie in Gesellschaft, Politik, Moral, Militär, Bildung und Religion den Verlauf der Geschichte zu manipulieren. …<<

1976

>>Wer Wahrheit sucht, darf nicht die Stimmen zählen.<< (Gottfried W. Freiherr von Leibniz)

01.01.1976

BRD: Um die Zahl der Unfallopfer zu vermindern, gilt ab 1. Januar 1976 für Autofahrer die Anschnallpflicht.

19.02.1976

BRD: Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisiert am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

25.02.1976

UdSSR: Die "Prawda" berichtet am 25. Februar 1976 über den Rechenschaftsbericht des XXV. Parteitag der KPdSU (x243/145): >>... Die Kommunisten sind weit davon entfernt einen "automatischen Zusammenbruch" des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuem Nachdruck, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.<<

28.02.1976

Spanien: Die spanische Regierung übergibt am 28. Februar 1976 die Westsahara an Marokko und Mauretanien und beendet nach 91 Jahren die spanische Kolonialherrschaft (x175/704).

23.04.1976

DDR: Auf dem ehemaligen Platz des Berliner Stadtschlosses wird am 23. April 1976 der "Palast der Republik" ("Erichs Lampenladen") eröffnet.

Der "Palast der Republik" bzw. "Palast des Volkes", der mehr als 1 Milliarde Mark gekostet hat, dient in erster Linie als Sitz der Volkskammer. Die gläserne Frontverkleidung soll besonders die Offenheit des SED-Parlamentes vor der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

30.04.1976

Israel: Der israelische Minister Ariel Scharon (1928-2014) und der israelische Politiker Yehuda Harel berichten am 30. April 1976 im "ZEIT-Magazin" (x243/247,249): >>... Kriegverhinderung und Frieden sind wichtige, aber nicht national vorrangige Ziele. Ich will frei leben, den Staat Israel entwickeln und mit Millionen neuer Juden bevölkern, ohne Einmischung von außen, ohne arabische Maschinengewehre und Kanonen, die unsere Flugzeuge und Städte beschießen können. ...

Dafür bin ich bereit, weitere 10 Kriege zu führen – und zu gewinnen. ...<<

>>... Wer den Golan besitzt, der hat nicht nur Galiläa in der Hand, der kann auch - wie die Syrer das schon einmal versuchten – das Wasser des Jordans umleiten und die Lebensader der israelischen Landwirtschaft abschnüren. Zu allererst müssen wir unser Überleben sichern, erst dann können wir an Frieden denken. ...

Israel ist ein Land ohne feste Grenzen. Wir ziehen von einer Waffenstillstandslinie zur anderen. Unser einziger Halt sind die Siedlungen und die Tatsache, daß Israel in den letzten 80 Jahren noch nie freiwillig eine Siedlung aufgegeben hat.

Überall, wo unsere Kibbuzim (ländliche Siedlungen) und unsere Truppen stehen, da ist auch Israel, da ist die Grenze.<<

20.06.1976

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (26/1976) berichtet am 20. Juni 1976: >>**JUDEN Nicht Abrahams Söhne?**

In einem neuen Buch -- es wird 1977 auch auf deutsch erscheinen -- will Arthur Koestler be-

weisen: Die Ostjuden stammen nicht vom Auserwählten Volk der Bibel, sondern vom Turkvolk der Chasaren ab.
"Das ist ein unheilvolles Buch, und Koestler muß sehr gut wissen, daß er die allerlebhafteste Katze unter die allernervösesten, irritierbarsten Tauben gesetzt hat", kritisierte der Publizist Philip Toynbee -- ein Sohn des Historikers Arnold Toynbee -- im "Observer" Arthur Koestlers neues Buch "The Thirteenth Tribe" ("Der dreizehnte Stamm")*.
* Arthur Korstier: The Thirteenth Tribe. The Khazar Empire and its Heritage. Hutchinson. London …
Wenn Koestler schreibt, läßt er immer irgendeine seiner Katzen aus dem Sack, die irgendwelche Tauben irritiert. So empfahl 1945 der enttäuschte Kommunist in "Der Yogi und der Kommissar" ein Amalgam von westlicher Wissenschaft und östlicher Weisheit. Nach einer Asienreise sprach er "Von Heiligen und Automaten", und 1972 unternahm er in den "Wurzeln des Zufalls" den Versuch, Atomphysiker und Parapsychologen zu verkuppeln (SPIEGEL 19/1972).
Diesmal hat der "bewunderungswürdigste zentraleuropäische Autor" (Oxford-Historiker Robin Lane Fox) das alles übertroffen: "Ich habe", behauptet Koestler, "die historischen Belege zusammengetragen, die darauf hinweisen, daß die Masse des östlichen Judentums -- und damit des Weltjudentums -- eher chasarisch-türkischen als semitischen Ursprungs ist."
Damit dürfte Koestler einige Unruhe unter den 14,2 Millionen Juden von Tel Aviv bis New York verbreiten. Er durchtrennt nämlich jene nationalreligiöse Nabelschnur, die gerade Millionen von Juden in der Diaspora trotz aller Verfolgung als ein Volk besonderer Art mit den Abkömmlingen Abrahams, den zwölf Stämmen der Bibel, verbindet, also ihre Identität als "Auserwähltes Volk" gewährleistet.
Das halbwilde Reitervolk der Chasaren saß etwa zwischen dem siebten und elften Jahrhundert in dem Gebiet zwischen Krim und Kaspischem Meer, zwischen Kaukasus und Mittellauf von Wolga und Dnjepr. Es bildete einen Pufferstaat zwischen dem Kalifat von Bagdad und Byzanz, später zwischen Ostrom und den von Norden herandrängenden Warägern, den Stammvätern der Russen.
Um 740 konvertierten die bis dahin schamanischen Turkabkömmlinge zum jüdischen Glauben. Koestler und seine wissenschaftlichen Gewährsmänner vermuten, aus realpolitischen Gründen: Die Chasaren sahen zwar im Monotheismus die Grundlage höherer Lebensformen, wie sie ihre christlichen und islamischen Nachbarn besaßen. Doch sie fürchteten zugleich, daß sie mit der Annahme der Lehre Mohammeds unter den religionspolitischen Einfluß von Bagdad. mit der des Christentums unter den von Byzanz geraten könnten. Also wählten sie die dritte Kraft, den Judaismus, der keine weltliche Macht besaß und somit eine gewisse Unabhängigkeit des Chasaren-Reiches garantierte.
Im 13. Jahrhundert erlöschen die spärlichen Nachrichten über dieses Volk. Niemand weiß mit Sicherheit, wo sie geblieben sind.
Außer Koestler. Er treibt eine Vermutung an den Rand der Gewißheit: Die jüdischen Chasaren gelangten bei dem großen Völkergeschiebe. das der Mongolensturm bewirkte, in ihrer Masse nach Polen. Anders kann er sich jedenfalls das von ihm behauptete plötzliche und zahlreiche Auftreten von Juden seit dem Jahre 1200 in dem aufstrebenden polnischen Großreich nicht erklären.
Mit Vehemenz verwirft Koestler die herkömmliche Theorie, nach der die Masse der osteuropäischen Juden von Rhein und Main stamme. Von dort flüchteten sie nach den jahrelangen Pogromen, die 1096 den Ersten Kreuzzug begleiteten, und nach der großen Pest von 1348 bis 1350, die ihnen als angeblichen "Brunnenvergiftern" angelastet wurde, in den damals friedlichen und aufnahmebereiten Osten.
Die Gemeinden an Rhein und Main, so glaubt Koestler hingegen beweisen zu können, waren

schon vor den Massakern viel zu klein, als daß die wenigen Davongekommenen den Grundstock für die Millionen Ostjuden hätten legen können.
Während nämlich die Westjuden, die "Sephardim", wie Koestler ohne Quellen-Angabe behauptet, nach 1960 auf eine halbe Million geschätzt wurden, zählten die "Aschkenasim", die Ostjuden, zur gleichen Zeit elf Millionen. Koestler: "So ist, allgemein gesprochen, Jude gleichbedeutend mit aschkenasischem Juden." Und der Aschkenasi ist, wie der Autor glauben machen will, chasarischer Herkunft und somit eigentlich kein Jude.
Andere Historiker der jüdischen Geschichte, so etwa der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban ("Dies ist mein Volk"), sind hingegen der Meinung, daß nur die Oberschicht des Chasaren-Reiches sich zum Judentum bekannte und nach dem Mongolensturm lediglich "am Aufbau der großen Zentren des osteuropäischen Judentums" mitwirkte.
Einige Schwierigkeiten bereitet Koestler freilich die besondere Sprache der Ostjuden, das Jiddische. Es enthält unzweifelhaft außer hebräischen und slawischen Elementen viel Mittelhochdeutsches. Für die Fachwissenschaft gilt als erwiesen, daß die Ostjuden dieses Mittelhochdeutsch in ihre Sprache aufnahmen. als sie noch an Rhein und Main saßen.
Doch Koestler fand in dem jüdischen Sprachforscher Mathias Mieses einen Kronzeugen, der 1924 entdeckt haben will, daß es keine rhein-mainische, sondern eine ostdeutsche Form des Mittelhochdeutschen war, die die Juden in ihre Sprache aufnahmen. Für Koestler gilt daher als sicher: "Der Hauptstrom der jüdischen Wanderung floß nicht vom Mittelmeer über Frankreich und Deutschland nach Osten und dann wieder zurück", sondern er bewegte sich "ständig in westlicher Richtung vom Kaukasus über die Ukraine nach Polen, und von dort nach Mitteleuropa".
Auch für die Entstehung des ostjüdischen Typus hat Koestler eine Erklärung parat: Er ist das Ergebnis jahrhundertelanger Getto-Inzucht. Er verweist darauf, daß die berühmte jüdische Nase bei den reinen Semiten, den Beduinen, nicht vorkommt. Die Merkmale eines bestimmten jüdischen Typus führt Koestler auf Umwelt und Vererbung zurück, keinesfalls aber auf semitische Ursprünge.
Koestler ist sich durchaus klar darüber, welchen Sprengstoff sein Buch auch für den Staat Israel birgt. Gleichwohl behauptet er, daß er dessen Lebensrecht nicht unterminieren wolle: "Was immer die rassischen Ursprünge der israelischen Bürger sein mögen und welche Illusion sie darüber unterhalten, ihr Staat existiert de jure und de facto und kann nicht aufgehoben werden, es sei denn durch Völkermord."
Diese beruhigende Formel will Koestler-Kritiker Toynbee aber nicht gelten lassen: Der "Nationalstolz der Israelis", ihre "rassische und religiöse Identität hängt von dem tragenden Glauben ab, daß sie direkt von den Hebräern des Alten Testaments abstammen".<<
Die nordvietnamesisch beherrschte Nationalversammlung beschließt am 2. Juli 1976 die Vereinigung Nord- und Süd-Vietnams und bildet die Sozialistische Republik Vietnam.

02.07.1976

Vietnam: Die nordvietnamesisch beherrschte Nationalversammlung beschließt am 2. Juli 1976 die Vereinigung Nord- und Süd-Vietnams und bildet die Sozialistische Republik Vietnam.

18.08.1976

DDR: Der evangelische Pastor Oskar Brüsewitz (1929-1976) versucht sich am 18. August 1976 auf dem Marktplatz von Zeitz zu verbrennen, um mit seinem Freitod gegen die Unterdrückung der christlichen Lehre und Erziehung zum Haß durch das SED-Regime zu protestieren.
Über hundert Menschen sehen die mit Benzin übergossene lebende Fackel. Das Feuer wird zwar sofort von MfS-Mitarbeitern gelöscht, aber Oskar Brüsewitz stirbt nach 4 Tagen im Krankenhaus.

Die evangelische Kirchenleitung distanziert sich damals von der Selbstverbrennung, denn Selbstmord ist durch die Religion verboten und gilt für gläubige Christen als schwere Sünde. Das SED-Regime versucht später vergeblich, den Pastor als Geisteskranken hinzustellen.

09.09.1976

China: Mao Zedong stirbt am 9. September 1976 im Alter von 82 Jahren an den Folgen der Parkinsonschen Krankheit (x175/706).

Nach Maos Tod entbrennt ein erbitterter Machtkampf um die Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Die sogenannte "Viererbande" (linksradikale Fraktion um Maos Witwe Jiang Qing) wird schließlich mit Hilfe der chinesischen Armee durch die pragmatisch-gemäßigten Kommunisten ausgeschaltet.

03.10.1976

BRD: Während der 8. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 3. Oktober 1976 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,6 %, FDP = 7,9 %, Sonstige = 0,9 %.<<

02.11.1976

USA: James Earl "Jimmy" Carter (Parteimitglied der "Demokraten") wird am 2. November 1976 mit knapper Mehrheit zum 39. Präsidenten der USA gewählt.

16.11.1976

DDR: Das SED-Regime entzieht dem Liedermacher Rolf Biermann am 16. November 1976 das Aufenthaltsrecht in der DDR.

Biermanns Gesellschaftskritik erregte schon seit Jahren den Mißmut der SED-Funktionäre. Biemann erhielt deshalb bereits 1965 ein generelles Reise- und Berufsverbot.

Biermann erregte durch seine kritischen Texte den Mißmut der SED-Funktionäre und erhielt bereits 1965 Reise- und Berufsverbot.

21.11.1976

Großbritannien: Der britische Diplomat Sir Denis Allen (1910-1987) schreibt am 21. November 1976 an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas (x028/243): >>Sämtliche Potsdamer Abmachungen waren eindeutig als vorläufig gedacht, in dem Sinne, daß man mit einer endgültigen Friedensregelung rechnete. Einerseits machte man sich keine Illusionen über die voraussichtlichen Schwierigkeiten, spätere Änderungen durchzusetzen, vor allem im Hinblick auf die territorialen Vereinbarungen im Osten, wo die Russen im Besitz des Gebietes waren.

Andererseits faßten wir es nicht so auf, daß es die Aufgabe irgendeiner künftigen Friedenskonferenz sein werde, einfach die Potsdamer Vereinbarungen zu bestätigen, auch nicht, was die polnisch-deutsche Grenze und die Umsiedlung deutscher Einwohner anging. ...<<

15.12.1976

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 15. Dezember 1976 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

22.12.1976

DDR: Das SED-Regime fordert am 22. Dezember 1976 Lothar Loewe (1929-2010, Korrespondent der ARD in Ost-Berlin) auf, die DDR innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.

Loewe wird vor allem wegen seiner kritischen Berichterstattung ausgewiesen.

31.12.1976

BRD: Die katholische Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Jahre 1976 (x075/133-134): >>Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten.

Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus, trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen, aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren

Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren ließ und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen hat. ...<<

1977

>>Die größte Krankheit der Seele ist die Kälte.<< (Georges Clemenceau)

01.03.1977

DDR: Das SED-Regime verlangt ab 1. März 1977 für die Fahrt von West-Berlin nach Ost-Berlin Straßenbenutzungsgebühren (10 Mark).

17.03.1977

Polen: Prof. C. Pilichowski (polnischer Direktor der Hauptkommission zur Erforschung der NS-Verbrechen in Polen) berichtet am 17. März 1977 im "Radio Warschau" über die "Umsiedlung der Deutschen" (x028/144): >>... Hier muß ganz deutlich und mit reinem Gewissen gesagt werden, daß Polen die Aussiedlung von Deutschen aus den westlichen und nördlichen Gebieten, eigentlich aus dem Gebiet ganz Polens, auf der Grundlage der Beschlüsse des Potsdamer Vertrages vom 2. August 1945 durchgeführt hat, also auf der Grundlage des Völkerrechts und der Beschlüsse der Antihitler- und internationalen Koalition.<<

März 1977

BRD: Die Staatsanwaltschaft in Hagen schließt im März 1977 nach fast 12jähriger Nachforschung die Ermittlungen über die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen ergebnislos ab.

Der Mordvorwurf richtete sich gegen 7 Polen und einen Deutschen, die vermutlich in Polen wohnhaft waren (x028/144).

20.06.1977

DDR: Manfred Krug (ein beliebter Schauspieler und Sänger) verläßt am 20. Juni 1977 die DDR und geht in die Bundesrepublik Deutschland.

Krug war damals wegen seiner massiven Kritik über die Ausbürgerung Biermanns in Ungnade gefallen.

01.07.1977

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland tritt am 1. Juli 1977 die Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft. Bei Scheidungen wird danach zukünftig das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Ehen können jetzt ohne Schuldnachweis oder gegen den Willen des Ehepartners geschieden werden.

26.09.1977

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker entscheidet am 26. September 1977, weiterhin die kritisierten "Intershops" zu betreiben, da Devisen dringend benötigt werden.

18.10.1977

BRD: Die verurteilten Terrorristen der "Roten Armee Fraktion", Andreas Bader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, verüben am 18. Oktober 1977 im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim Selbstmord (x175/715).

23.11.1977

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, von 1974-82 Bundeskanzler) hält am 23. November 1977 eine Rede in Auschwitz.

Er bezeichnet die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejaht aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte (x051/-321).

1978

>>Die DDR ist eine ausgesprochene Gebirgsrepublik. Sie besteht nur aus Engpässen.<< (Spottvers)

12.02.1978

BRD: Die "BILD-Zeitung" und die "Frankfurter Rundschau" berichten am 12. Februar 1978 über die Wahl des neuen Juso-Chefs Gerhard Schröder: >>... Er zählt zum linken Flügel. ...<< >>Ein gewiefter Taktiker, der die Tricks und Kungeltraditionen der Jusos perfekt beherrscht. ...<<

20.02.1978

Großbritannien: Die "Times" berichtet am 20. Februar 1978 über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ...
Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<

Februar 1978

BRD: Die Exilzeitschrift "Svedectvi" ("Das Zeugnis") veröffentlicht im Februar 1978 die "Thesen zur Vertreibung" des slowakischen Historikers Danubius (eigentlich Jan Mlynarik). In diesem Bericht kritisiert Danubius auch tschechoslowakische Historiker wegen ihres Mangels an Mut, sich mit den Ursachen und Folgen der Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen (x020/150-151): >>... Der Transfer der tschechoslowakischen Deutschen ist vor allem eine Angelegenheit des Studiums der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung und Literatur, unser offenes, umgangenes und häufig peinlich interpretiertes Problem. ...
Gegen die tschechoslowakischen Deutschen wurde so vorgegangen, wie die deutschen Faschisten und die Gestapo gegen die Juden vorgegangen sind ... Man ist gegen sie so vorgegangen, wie gegen die Häftlinge der Konzentrationslager des faschistischen Deutschlands gegen Ende des Krieges, die Todesmärsche eingeschlossen. ...
Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern es ist auch unsere Tragödie. Mit ihr und mit ihren Folgen müssen wir uns, vor allem selber unter uns und für uns, auseinandersetzen. Was deutsch ist, im Bösen wie im Guten, das überlassen wir den Deutschen. Unsere Schuld müssen wir in voller Eigenverantwortung selbst erkennen, wenn wir nicht weitere, sich wiederholende Handlungen dieser Tragödie erleben wollen.<<

12.06.1978

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1978) berichtet am 12. Juni 1978 über das Buch "Kudenow oder An fremden Wassern weinen" des deutschen Journalisten und Schriftstellers Arno Surminski: >>**Chronik aus dem Stall**
Sibirisch kalt war der Winter 1946, als Kurtchen Marenke, vom selben Jahrgang 34 wie sein Autor, nach langer Wanderung im holsteinischen Kaff Kudenow Mutter und Schwester wiederfand. Nun haust und hungert er mit ihnen im Hühnerstall des reichen Bauern Fiete Kock, gleich neben der Scheune, wo die vielen anderen "Beutegermanen" kampieren -- Flüchtlingslos nach dem großen Krieg, als "im Osten die Dämme brachen, und die riesige Menschenflut hereinquoll ins "Land zwischen den Meeren".
Der in Hamburg lebende Wirtschaftsjournalist Arno Surminski, der vor vier Jahren in seinem autobiographischen Erstlingsroman "Jokehnen" eine ostpreußisch-ländliche Kindheit der Hitler-Ära bis zum Schreckensfinale beschrieb (Untertitel: "Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?"), kann sich auch dieser endlosen Null-Stunde gut noch erinnern: der Notaufnahmelager, Bahnhofsmissionen und Züge voll verdreckter Gestalten, der Schleichpfade über die Zonengrenze, der Schieber, Schwarzhändler und Kartoffelfechter, der Zigarettenwäh-

rung und der 1.300 Kalorien pro Tag.
In den Dörfern verfluchten die Einheimischen, wohlgenährt von Wurst und Speck, die Millionen fremder Hungerleider, diese verlauste "Mischung aus Polen und Deutschen mit asiatischem Einschlag", die ihren Frieden störte: "Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!"
Und während viele Mutter Marenkes der masurischen Heimat nachtrauerten und dem Mann, den die Russen vor ihren Augen erschossen, und dem älteren Sohn, der auch nicht mehr zurückkam, besang Rudi Schuricke im Radio die "Capri-Fischer".
Hiobs-Tage, aber Kurtchen nimmt sie nicht allzu tragisch. Er klaut den harten Dörflern Äpfel und Eier, steckt ihnen auch mal ungestraft eine Scheuer in Brand. Am liebsten hockt er zwischen Spinnweben im Halbdunkel des Stallboden-Verstecks, träumt von der handlichen Maschinenpistole des jungen Pjotr aus Nowgorod und spielt mit der Kollektion von Kriegsorden, inklusive Ritterkreuz, die er auf seinen Irrfahrten erbeutet hat. Und ganz allmählich wächst er dabei satteren, besseren, normalen Zeiten entgegen: der Währungsreform, ... dem Honigmond der Bundesrepublik.
Surminski ist gewiß kein Autor von hochliterarischen Finessen. Unbefangen und ohne Pathos. in einfachen Sätzen und schlichter Psychologie entsinnt er sich des Kurtchens, das er selbst wohl einmal war.
Doch das Garn ist solide. Seine holsteinische Flüchtlings-Pastorale voller Lindenblüten-Duft und Kuhstall-Dunst, mittlerweile auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, liefert, für jeden halbwegs beteiligten Zeitgenossen deutlich erkennbar, die ziemlich exakte Chronik der noch einmal Davongekommenen.<<

16.06.1978

USA: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 16. Juni 1978 über die US-Serie "Holocaust": >>**Und dann ... Und dann ...**
In den amerikanischen Zeitungen reißt die Flut von Zuschriften und Artikeln als Reaktion auf die Ausstrahlung des Fernsehfilms "Holocaust" über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht ab. Viele dieser Artikel sind nicht von Journalisten oder Schriftstellern, sondern von normalen Bürgern, Überlebenden der Konzentrationslager, geschrieben.
An dem Tag, wo ich dies schreibe, sind allein in der "Los Angeles Times" fünf längere Artikel und eine Rezension dreier Bücher über dieses Thema erschienen, es wird gemeldet, daß Universitäten Vorlesungen über "Holocaust" vorbereiten, eine sogar einen Lehrstuhl eröffnet hat, daß Präsident Carter eine Gedenkstätte errichten läßt. Man hat den Eindruck, daß der Film im ganzen Land Trauer und Besinnung ausgelöst hat. Warum gerade jetzt?
Am 20. April dieses Jahres veröffentlichte die "Los Angeles Times" auf ... auffälliger Stelle, den Beitrag eines mir bisher unbekannten Mannes namens Allen Levy, der im Jahre 1950 als Kind in Brooklyn im Restaurant seiner Großmutter beobachtete, wie ein Gast mit dem Essen auf einmal aufhörte, sich eine Serviette in den Mund stopfte und, die Fäuste gegen den Kopf gepreßt, zu heulen anfing, dann auf den Tisch trommelte und schrie, was man freilich kaum hörte. Levy rannte in die Küche, wo ihn seine Großmutter beruhigte: der Mann war in einem deutschen Konzentrationslager gewesen, wo er seine ganze Familie hatte sterben sehen. Jetzt, wenn er das Herannahen der Erinnerung spürte, stopfte er sich, um die Schreie zu dämpfen, eine Serviette in den Mund.
Dieses bedeutende Zeugnis eines Kindes, das einem Zeugen die Stimme leiht, dessen eigene Aussage in dem Schrei bestand, den er immer unterdrückte - eine Art Evidenz, die in Geschichtsbüchern fehlt -, ist für mich so wertvoll, weil es genau zeigt, wie wenig oder wie viel an Grauen ich für darstellbar halte. Levys Zeugenaussage belegt ein für allemal die unversöhnliche Feindschaft zwischen so extremem Leiden und seiner Artikulation; Leiden kann sich nicht selbst vermitteln, braucht das Medium eines andern.
Wenn sich nun einer, wie das ja im Film geschieht, zumutet, die Massenvernichtung von

Menschen durch die deutschen Faschisten darzustellen, so müßte, dachte ich, seine Darstellung den "Schrei" dämpfen. Nur so könnte Ästhetisierung, die Unerträglichkeit einer miserablen oder geglückten künstlerischen Darstellung, Abstumpfung, Gewöhnung und so weiter vermieden, die Darstellung authentisch werden. Es muß spürbar sein, daß man sich schämt, etwas zu spielen, wozu man eigentlich gar nicht die Kraft haben dürfte.
Also die kompulsive Unterdrückung des Schreis beglaubigt ihn und macht seine Quelle hörbarer, da er näher bei uns ist, denn Brooklyn ist überall näher als Auschwitz. Jedenfalls erst die Lektüre, Artikel und die Kommentare von Freunden überredeten mich, mir Holocaust ... nachträglich bei einem Freund anzusehen, der es (ohne die vulgären Werbespots von etwa zwei Stunden Gesamtlänge) auf Videokassette aufgezeichnet hatte.
Der Film besteht aus vier Teilen, die an aufeinanderfolgenden Abenden, jeweils etwa zweieinhalb Stunden lang, ausgestrahlt wurden. Erste Szene: Sommerhochzeit im weitläufigen Garten eines Hotels, Berlin 1935. Lachen, Gesprächsfetzen, die Kamera bewegt sich rückwärts und erfaßt langsam Garten und Haus. Nichts Besonderes ereignet sich. Ein Onkel des Bräutigams ist aus Warschau zu Besuch gekommen und heißt Moses Weiss. Bei Erwähnung dieses Namens Großaufnahme eines der Hochzeitsgäste, der die Augenbrauen zusammenzieht.
Mit ähnlich einfachen Mitteln wird in den folgenden Szenen gearbeitet: In Dr. Weiss' Sprechzimmer erfährt das junge Ehepaar Dorf, daß Frau Dorf einen kleinen Herzfehler hat und aufpassen muß. Später: beide, Eric und Marta Dorf auf einer Parkbank in Berlin. Als Sohn eines Bäckers hat Eric Jura studiert und ist jetzt Rechtsanwalt, aber arbeitslos, und so weiter.
Also ein langsamer, freilich ominöser Anfang, künstlerisch indiskutabel, aber auch ohne eine Spur falscher Prätention. Die Naivität, mit welcher die aneinandergereihten Szenen das Schicksal einiger Familien verfolgen, erinnert an den simplen Aufbau der "soap opera". Praktisch die einzige Formel dieses Erzählens ist das kindliche (epische): "Und dann ... Und dann ... Und dann ..."
Viele dieser Szenen könnten, leicht ausgebaut, für sich selbst bestehen; etwa die erste als Beispiel (für den) täglichen Antisemitismus: wie ein Zitat der Wirklichkeit. Für jemanden, der den Film nicht gesehen hat, mag es obszön klingen: aber die lakonische Gestaltlosigkeit der "soap opera" läßt auch in den späteren Szenen das Gezeigte als "täglich" und glaubwürdig erscheinen.
Ein paar Szenen später erscheint in Dr. Weiss' Sprechzimmer wieder der Rechtsanwalt Eric Dorf, diesmal ohne seine Frau, aber mit einem Dienstausweis der SS, und eröffnet dem Arzt, er habe sich strafbar gemacht, da er eine "Arierin" (frühere Hausangestellte, die er hatte entlassen müssen) behandelt habe. SS-Leutnant Dorf teilt dem Arzt mit, daß er "persönlich" nichts gegen ihn habe (ein Satz, der sich leitmotivisch durch den Film zieht), aber er solle aus Deutschland verschwinden: "Verschwinden Sie!" wiederholt er. Dr. Weiss zählt die Beschränkungen auf, denen die Juden 1938 ausgesetzt sind und schließt mit der Frage: "Was können Sie uns eigentlich noch antun?"
Er unterbricht die Sprechstunde, eilt zu seiner Frau, die mit der Tochter Anne am Klavier sitzt. Anne wird rausgeschickt. Seine Versuche, die Frage der sofortigen Emigration ("Aber wohin?" "Kein Land will die Juden!") mit seiner Frau zu erörtern, scheitern vollkommen glaubwürdig an der alles überdeckenden Alltäglichkeit, auch dem Glück dieses abgeschiedenen Familienlebens ("Wir sprechen später drüber!" sagt sie), ferner dem Pflichtgefühl für seine jüdischen Patienten, schließlich – vielleicht am überzeugendsten –, am Glauben an ein "Deutschland", das es schon nicht mehr gibt. "Wir werden's schon überleben", sagt seine Frau, "dies ist das Land Beethovens, Schillers und Mozarts!" "Das stimmt", sagt er, "aber leider ist keiner von denen an der Macht!"
Etwa von hier an werden die Ereignisse wiederholt bis zu einem Punkt geführt, wo man den

Fernseher abstellen möchte. Diese episodische Steigerung ist wahrhaftig, weil der Film, um der historischen Wirklichkeit gerecht zu werden, ein Entsetzen auf das andere wälzen muß. Nur die provozierende Kunstlosigkeit der "soap opera" ist diesem schrecklichen, stumpfen Nacheinander wirklicher Abläufe gewachsen:
der erste Steinwurf ins Wohnzimmer der Familie Weiss, die Mißhandlung eines jüdischen Veteranen des Ersten Weltkrieges in der "Kristallnacht" ("Es gibt doch so viele anständige Offiziere im Heer", sagt er, "die werden das nicht zulassen!"
Und: "Ich verstehe es nicht! Deutschland braucht doch eine starke Wirtschaft! Und von dieser Wirtschaft sind wir doch ein Teil!"), die Vergewaltigung der kleinen Anne Weiss durch SA-Bestien (sie erleidet einen Nervenschock und wird, zusammen mit anderen "Geisteskranken", in einem deutschen Sanatorium umgebracht) und – vielleicht am erschütterndsten: die Arglosigkeit, mit der die Juden sich, mit Proviant versehen, gleich Urlaubsreisenden, von Angehörigen begleitet, die ihnen noch lange nachwinken, mit Marschbefehlen immer wieder, immer wieder zum Bahnhof begeben und die Todeszüge besteigen.
Als er nach Polen verschickt wird, sagt Dr. Weiss auf dem Bahnsteig im eleganten Mantel mit Pelzkragen zu seiner Frau, die ihn zum Zug bringt: "Aber den Flügel darfst du nicht verkaufen!" und sie, wobei er lächelt, sagt zu ihm: "Vergiß nicht, in Polen die Stiefel zu tragen!"
Trost gibt es in diesem Film wenig, das allein spricht schon für den Wahrheitsgehalt dieses Films. (Man bedenke, was es bedeutet, wenn im hiesigen, kommerziellen Fernsehen, das sonst nur durch "Unterhaltung" zum dauernden Vergessen von allem, was wichtig ist, anstiftet, plötzlich zu etwas Edlem aufgefordert wird: zum Erinnern!)
Dieses bißchen Trost aber braucht man, um den Film ertragen zu können. Der Trost ist in den Szenen, in denen Widerstand gezeigt wird: Partisanenkämpfe, die heldenhafte Verteidigung des Warschauer Gettos gegen eine Übermacht deutscher Barbaren, ferner der historisch getreue Ausbruch der Gefangenen aus dem Konzentrationslager Sobibor unter der Führung von Kriegsgefangenen der Roten Armee (einer der Überlebenden hat sich inzwischen in der "Los Angeles Times" zu Wort gemeldet, er hat ein Radiogeschäft in St. Barbara).
Diese Szenen sind offensichtlich mit der Absicht in den Film eingebaut, die vielleicht hier und dort vereinzelt noch vertretene Ansicht zu zerstreuen, man könne den Faschismus mit Hilfe von Leitartikeln, Gebeten oder drohendem Hin- und Herbewegen des Zeigefingers besiegen. "Ich bin noch immer nicht überzeugt davon, daß sie uns umbringen wollen! Was hätten sie denn von toten Juden?" oder: "Kämpfen – so etwas tut man nicht als Jude!" sagen diese Menschen auf ihrem Weg in die Gaskammern. Der Film ist somit auch eine Abrechnung mit einem heuchlerischen oder naiven Pazifismus.
In der Kritik wurde gelobt, daß die Deutschen, das heißt also: die nicht jüdischen Deutschen, in diesem Film differenzierter dargestellt werden als in früheren Hollywoodfilmen. Das stimmt. Aber dadurch, daß einzelne positiv (Inge Helm, die ihrem jüdischen Mann ins Konzentrationslager folgt, ein Anti-Nazi-Priester, ein Ingenieur, ein einzelner SS-Soldat), die anderen differenzierter dargestellt sind, werden alle insgesamt glaubhafter, und, indem sie glaubhafter werden, rätselhafter, furchterregender, etwa beim Verkaufsgespräch des Vertreters eines deutschen Chemiewerkes (wiederholt erwähnt wird auch die Kollaboration des IG-Farben-Konzerns).
Vollkommen überzeugend ist die Darstellung des vorher erwähnten, später zum SS-Major beförderten Rechtsanwalts Eric Dorf, eines der Hauptverantwortlichen für jene Sache, für die unsere geschundene Sprache das Wort "Endlösung" hergeben mußte. "Es ist erstaunlich, wie sie alles mitmachen!" sagt er anläßlich einer Massenermordung und danach sehen wir ihn am weihnachtlichen "Bechsteinflügel" ("Ich sehe meine Kinder an und ich weiß, daß ich das Richtige tue!").
Wichtig sind zwei häusliche Szenen mit seiner Frau Marta. Weinend vor Selbstmitleid cha-

rakterisiert er seinen Freund, den Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, folgendermaßen: "Er ist ein herzensguter Mensch. Er liebt seine Kinder, Tiere, die Natur!" Sie tröstet ihn: "Du bist mein Kindchen!" sagt sie. Und später, als ihr Bilder von Leichenbergen in die Hände kommen, gegen Ende des Krieges: "alle Bilder, alle Dokumente müssen vernichtet werden, damit niemand etwas weiß, damit niemand Lügen von euch erzählen kann!"
Die Schlußszene zeigt uns zwei Überlebende: Rudi Weiß, der mit einer Gruppe Partisanen gekämpft hatte, und Inge Helm, deren Mann den Folterungen der SS erlegen ist, Rudi geht nach Palästina, Inge: "Zurück nach Deutschland, aber ich bleibe nicht dort."<<

17.06.1978

BRD: Bundespräsident Walter Scheel erklärt am 17. Juni 1978 während seiner Rede zum 25. Jahrestag des "Tages der deutschen Einheit" (x156/112-117): >>... Der 17. Juni 1953 war ... eine Tragödie für viele Menschen in der DDR und Ost-Berlin. Sind wir also hier zusammengekommen, um der Opfer des Volksaustandes zu gedenken? Ist dieser Tag also so etwas wie ein anderer Volkstrauertag?
Doch wird nicht auch gesagt: Gerade dieser Aufstand 1953 sei ein Zeichen der Hoffnung, ein Zeugnis des Friedenswillens unseres Volkes, ein Augenblick unserer Geschichte, auf den wir stolz sein dürfen? Ist dieser Tag ein Tag der Trauer oder ein Tag des Stolzes?
25 Jahre sind seitdem vergangen. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Der Freiheitswille hat nicht gesiegt. Hoffen wir auf einen neuen Volksaufstand in der DDR? Wollen wir, indem wir den Tag der deutschen Einheit begehen, unsere Landsleute ermuntern, erneut einen solchen Aufstand zu wagen? Keiner könnte das guten Gewissens tun.
Warum aber erinnern wir dann uns und sie an diesen Tag vor 25 Jahren? Reißen wir da nicht Wunden auf, die besser geschlossen bleiben? ...
Man könnte sagen: Wir müssen unseren Landsleuten in der DDR zeigen, daß wir sie nicht "abgeschrieben" haben, wie man so sagt. ...
Und erinnert uns dieser Tag nicht daran, wie wenig wir selber getan haben, um die Freiheit zu erlangen? Daß wir selbst nicht in der Lage waren, uns aus eigener Kraft von der Gewaltherrschaft zu befreien? Daß es der Kräfte fast der ganzen Welt bedurfte, um einem Teil der Deutschen die Freiheit zu bringen? Daß es nicht unser "Verdienst ist, wenn wir heute das Glück haben, in einem freien Lande zu leben? Und daß es nicht die "Schuld" unserer Landsleute ist, wenn sie immer noch in Unfreiheit leben? Sie haben immerhin um die Freiheit gekämpft. Sie sind unterlegen. Wir haben Glück gehabt; wir brauchten nicht zu kämpfen.
Und führt uns so dieser Tag nicht auch vor Augen, daß die Teilung Deutschlands ein Ergebnis unserer Geschichte ist, einer Geschichte voll von Irrtümern, Herrschaftswahn, Ideologie, Gewalt?
Fragen über Fragen. Ich möchte mit diesen Fragen nicht den 17. Juni in Frage stellen. Ich möchte mit ihnen darauf hinweisen, daß der 17. Juni uns viele Fragen stellt.
Ein Tag des Gedenkens, der Trauer, der Besinnung, der Scham, der Hoffnung, der Verpflichtung auf ein großes Ziel – ein beunruhigender Tag, ein deutscher Tag, der es nicht zuläßt, daß wir uns in Selbstgerechtigkeit üben.
Ein Tag des Gedenkens und der Besinnung. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß für die Menschen in der DDR die Unfreiheit nicht 1949 begann – sie begann im Jahre 1933. Ein Mensch, der 1933 in Leipzig geboren wurde und dort bis heute lebt, hat noch keinen Tag der Freiheit gesehen. Und heute ist er 45 Jahre alt.
Gewaltherrschaft, Krieg, Judenmord, die Zerstörung unseres Landes, die Teilung – als das ist eine Folge von 1933.
Wenn wir des 17. Juni 1953 gedenken, kommen wir nicht daran vorbei, das Jahr 1933 und seine Folgen im Gesamtzusammenhang unserer Geschichte zu bedenken. ...
Ich glaube unser Verhältnis zum Staat ist bis aufs tiefste von der Idee des "Reichs" geprägt,

ein Wort, das in allen gesamtdeutschen Staatsnamen bis 1945 erscheint: im mittelalterlichen Reich bis 1806, im Deutschen Reich Bismarcks, im "Deutschen Reich" der Weimarer Republik, im "Deutschen Reich" - später "Großdeutschen Reich" Hitlers.
Der Name "Deutschland" taucht als Bezeichnung eines deutschen Staates zum ersten Male im Namen der "Bundesrepublik Deutschland" auf.
Das "Reich" war ursprünglich eine Weltordnungsidee, die das augustäische Imperium Romanum mit der augustinischen "Civitas Dei" (dem kommenden Gottesstaat) verbinden wollte, ein gewaltiger Gedanke, gewiß, aber wohl zu groß für diese Welt.
Und doch hat unser Volk jahrhundertelang seine besten Kräfte für diese Ideen hingegeben und sich dabei zu höchsten militärischen, politischen, menschlichen, kulturellen Leistungen erhoben, die bis heute, ob im Bewußtsein oder im Unterbewußtsein, die Phantasie des Volkes beschäftigen.
Ich habe gestern die Ausstellung über Karl IV. besucht. Man kann dort viel über die Lebenskraft der föderalistischen Tradition erfahren, die uns aus dem alten Reich überkommen ist und über die Anpassungsfähigkeit einer geschriebenen Reichsverfassung, die für ein halbes Jahrtausend Bestand hatte.
Das Reich wurde als "Überstaat" begriffen, "der in einer " – wie Prof. Ferdinand Seibt es mir beschrieben hat – "höheren Sphäre religiösen, also wahrhaft sanktionierten Gemeinschaftsverständnisses wirkte". Aber daher rührt auch jene idealistische Staatsvorstellung, die uns Deutschen die Orientierung in der politischen Wirklichkeit oft so schwer gemacht hat.
Daß unsere Herrscher "Kaiser" waren und nicht Könige wie anderswo – und vor den Königen herausgehoben durch einen besonderen Auftrag – schon allein das hat einen tiefen Einfluß auf unser politisches Bewußtsein gehabt. Der erste, der die nüchternen Fakten der irdischen Politik – ohne moralische Wertung – beschrieb, Machiavelli, ist nirgendwo so bekämpft worden wie in Deutschland. ...
Die Harmonie der Welt, das war es, was unser Volk wollte, worin es den Sinn aller Politik sah. Was dieser Harmonie förderlich war, war gut – was sie störte, war schlecht. Daher rührt der stark konservative Grundzug unserer Geschichte.
Alle Vergangenheit erscheint vom Goldglanz einer entschwundenen Harmonie überglänzt. Mittelalterliche ständische Strukturen hielten sich bei uns länger als anderswo. Sie waren Ausdruck einer gottgewollten Ordnung.
Wer diese Strukturen ändern wollte, verging sich gegen die Ordnung und wurde mit Abneigung betrachtet. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß wir nie eine Revolution zuwege brachten, sondern daß sie alle alsbald erstickt werden konnten.
Mit einer Ausnahme: der Reformation. Aber dabei ging es eben hauptsächlich um himmlische und weniger um irdische Dinge, wenn auch ihre Auswirkungen auf die innerweltlichen Verhältnisse außergewöhnlich waren.
Aus unserem Streben nach Harmonie erklärt sich die Abneigung, die unser Volk im Laufe der Zeit gegen Konflikte, gegen Streit der Meinungen entwickelte. Unser Streben nach Harmonie hinderte uns daran, mit freiem Meinungsstreit zu leben. Wir bezogen ihn unser Leben ein – wir sperrten ihn aus unserem Leben aus. Einem Philosophen, der, wie Hegel, den bestehenden Staat als das Endziel aller Geschichte hinstellte, wurde leidenschaftlich geglaubt.
... Wir folgten denen, die die Ordnung unserer Welt garantierten. Ein guter Politiker war uns der, der uns davor bewahrte, uns mit gesellschaftlichen Konflikten auseinanderzusetzen, nicht der, der sie im Wege eines vernünftigen Kompromisses ausglich. Als "großer" Politiker galt uns der, der "in einem höheren Auftrag" eine Weltordnung repräsentierte. Im Grunde erwarteten wir von den Regierungen, daß sie dem Weltgeist gehorsam waren. Und da war es nicht nötig, daß sie sich vor einem Parlament verantworteten. ...
Politik war für uns mehr eine Sache des Glaubens als der Vernunft. ...

Und ist unsere Politik denn heute ganz frei von der dogmatischen Intoleranz von Glaubenseiferern, die dem Andersdenkenden den Freiheitswillen und letztlich das demokratische Lebensrecht absprechen? Hängt damit nicht auch zusammen, was man die Polarisierung unseres politischen Lebens nennt? Wir glauben daran, daß die Kritik ein Lebenselixier der Demokratie sei. Wann aber hat man schon jemals in den Nachrichten gehört, die Partei X habe die Kritik der Partei Y ernstgenommen und denke darüber nach? Wenn Kritik bei uns geübt wird, wird sie nicht in jedem Fall sofort "zurückgewiesen"?
Sehen wir nicht Teile unserer Jugend, der akademischen zumal, irgendwelchen Heilslehren hinterherlaufen, die eine vollkommene Gesellschaft, frei von Konflikten und Problemen versprechen? Das Streben nach einer konfliktfreien Harmonie sollte nicht verwechselt werden mit dem notwendigen Grundkonsens aller Demokraten.
Denn dieser hat ja gerade zum Inhalt, daß jeder aufgrund seiner Menschenwürde das Recht auf eigene Meinung hat, und daß jede ernsthafte Meinung das gleiche Recht auf allgemeinen Respekt hat, während jede harmonische Heilslehre behaupten muß, daß allein sie die Wahrheit verwalte, daß jede andere Meinung notwendig falsch sein müsse. Führt der Grundkonsens von Demokraten zur Auseinandersetzung und zur Klärung der umstrittenen Fragen im Meinungsstreit, so führen alle politischen Heilslehren zu dem Bestreben, den politischen Gegner "auszuschalten", und damit lediglich zu Feindschaft und Haft in der Gesellschaft. ...
Wir müssen erkennen, daß Politik nicht mit einem Glaubenskrieg verwechselt werden darf, sondern daß es in ihr um die Lösung höchst irdischer Probleme geht. Wir müssen erkennen, daß eine Gesellschaft, die von sich behauptet, keine Konflikte zu haben, immer eine unfreie Gesellschaft ist.
Man gehe auf der ganzen Welt herum und frage die Länder, ob es Konflikte in ihnen gebe. Antworten sie: nein – dann erübrigt sich die Frage nach der Freiheit. Denn Konflikte gibt es in jeder Gesellschaft. Wo es sie angeblich nicht gibt, da werden sie mit Gewalt unterdrückt – was nichts anderes heißt, als daß Menschen mit Gewalt unterdrückt werden. ...
In der Präambel unseres Grundgesetzes steht der schöne, verpflichtende Satz: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." ...
Es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands wiederherzustellen", es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands herbeizuführen" - es heißt: "die Einheit Deutschlands zu vollenden".
... Die Einheit Deutschlands ist kein politisches Ziel, das man wie andere politische Ziele, etwa einen geordneten Bundeshaushalt oder die Sanierung des Gesundheitswesens betreiben könnte. Unser Streben nach Einheit ist ein Streben nach Freiheit für das ganze deutsche Volk.
... Wir trachten nach der Einheit, um "als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europas dem Frieden der Welt zu dienen".
In diesen Worten des Grundgesetzes wird deutlich, daß der eifersüchtig über seine Souveränitätsrechte wachende Nationalstaat alter Prägung nicht das Ziel unseres Einheitsstrebens ist. ...
Natürlich versuchen unsere östlichen Nachbarn gegenwärtig, unser Streben nach Einheit und unsere Bemühungen um Entspannung als widersprüchliche Politik hinzustellen. Wird dieses als friedensfördernde Politik anerkannt, so wird jenes als Revanchismus, als Revisionismus und wie die Worte hin bis zum Imperialismus alle heißen, gebrandmarkt. Wir müssen sie geduldig davon zu überzeugen versuchen, daß unser Streben nach Einheit und unser Bemühen um Entspannung auf lange Sicht eine und dieselbe Sache ist.
Doch wie steht es damit in unserer Jugend? Was wissen sie von Deutschland, seiner Teilung, den Grundgedanken seiner Einheit? Was haben wir, die Älteren, sie gelehrt? Manche Untersuchungen darüber, die hoffentlich nicht repräsentativ sind, haben erschreckende Ergebnisse gebracht: eine weitgehende Unkenntnis. Was geschieht da eigentlich auf unseren Schulen, unseren Universitäten?

Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden – und viele unserer Schüler wissen kaum etwas über Deutschland. Traut man sich auf unseren Schulen nicht mehr, von der Einheit Deutschlands vor unsern Schülern zu sprechen? ...
Es ist wahr, die Worte Nation, Volk und Vaterland sind fürchterlich mißbraucht worden. Aber darf das ein Grund sein, aus unserer Jugend die Trauer über die Teilung Deutschlands hinauszukritisieren oder die Jugend in Unkenntnis über das zentrale Problem ihres Volkes zu lassen? ... Wir werden erst dann die Fesseln der Vergangenheit ganz abgestreift haben, wenn wir nicht mehr zu betonen brauchen, daß unser Streben nach der Einheit Deutschlands nichts anderes ist als unser Streben nach Frieden, Recht und Freiheit.<<

08.09.1978

Iran: Als am 8. September 1978 die Anhänger des Schiitenführers (Ayatollah) Khomeini in Teheran den Sturz des Schah-Regimes fordern, ereignen sich schweren Unruhen.
Hunderte von Demonstranten werden erschossen. Der Schah setzt danach eine Militärregierung ein.

31.12.1978

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1978 über große Probleme der SED-Planwirtschaft: >>**DDR-Wirtschaft in Geldnöten**
... In diesem Jahr hat die DDR 11 Milliarden (Devisen-)Mark für Tilgung von Krediten und Zinsen aufzubringen. Dem stehen erwartete Einnahmen aus Exporten von 9,3 Milliarden Mark gegenüber. Für die Finanzierung fehlt das Geld.<<

1979

>>Nie prahlt' ich mit der Heimat noch, / Und liebe sie von Herzen doch! / In meinem Wesen und Gedicht / Allüberall ist Firnelicht, / Das große stille Leuchten! ...<< (Conrad F. Meyer)

01.01.1979

BRD: Orkanartige Schneestürme führen in Norddeutschland zu einem Schneechaos. Nach 4tägigen Schneefällen sind 150 Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. In 80 Gemeinden fällt die Stromversorgung aus. Die Bundeswehr setzt Bergepanzer und Kettenfahrzeuge ein, um unpassierbare Straßen zu räumen.

16.01.1979

Iran: Nach schweren Unruhen wird am 16. Januar 1979 der Schah gestürzt.
Schah Mohammed Resa Pahlewi (1919-1980, folgte 1941 seinem Vater Resa Schah Pahlewi auf den Thron) verläßt am 16. Januar 1979 mit seiner Familie fluchtartig den Iran. Er findet später Zuflucht in Ägypten, Mexiko, USA und Panama.

22.01.1979

BRD: Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigt am 22. Januar 1979 die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wird besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen werden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösen fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus.
Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wird danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

29.01.1979

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1979) berichtet am 29. Januar 1979: >>**Holocaust: Die Vergangenheit kommt zurück**

Mehr als 20 Millionen Deutsche sahen in der vergangenen Woche "Holocaust". Die US-Fernsehserie über die Verfolgung und Ermordung der Juden wurde zum Thema der Nation. Bei den Sendern meldeten sich 30.000 Anrufer, die Mehrheit bekannte Erschütterung. Ein Medienereignis mit moralischer Wirkung oder nur "ein Strohfeuer"?

War das, endlich doch noch, die Katharsis? War es 34 Jahre nach Kriegs- und Nazi-Ende, das Ende der Unfähigkeit zu trauern? War es, im dreißigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland, die erste wahrhaftige Woche der Brüderlichkeit?

Es war, dies kann auf jeden Fall gesagt werden, eine auf unvorhergesehene Weise historische Woche:

Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, "Holocaust" wurde zum Thema der Nation.

Auch, wie anders, für deren Nationalisten. Schon vor Wochen hatten Anonyme mit Vergeltung gedroht, vorletzten Donnerstag flogen die Fetzen: Um 20.40 Uhr zerriß ein Zehn-Kilo-Sprengsatz die Leitungen zum Südwestfunk-Sender Waldesch bei Koblenz. 21 Minuten später detonierte eine Bombe in der Richtfunkstelle Nottuln bei Münster und zerstörte ein Antennenkabel.

Auf Hunderttausenden von Bildschirmen erlosch das Erste Programm, in dem gerade das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte noch einmal dokumentarisch durchleuchtet wurde: "Endlösung".

In den Funkhäusern wurden eilends die Eintrittskontrollen verschärft. Polizei bezog Posten vor freistehenden Sendeanlagen. Das Bundeskriminalamt ließ am Koblenzer Tatort tonnenweise Schnee abtragen und dessen Tauwasser an geheimer Stelle nach Beweisstücken durchsieben.

Eine Gruppe namens "Internationale revolutionäre Nationalisten" bekannte sich inzwischen telephonisch zu den Attentaten und bestätigte damit den Verdacht von Bundesanwalt Rebmann, "daß der Anschlag aus Anlaß des Fernsehfilms "Endlösung" mit rechtsradikaler Zielsetzung geplant und ausgeführt worden ist".

Der Knall in Hunsrück und Münsterland indes machte das bundesdeutsche TV-Publikum erst richtig hellhörig für das Medienereignis "Holocaust", dem der Bericht "Endlösung" nur als Vorspiel diente und dessen Nachhall noch nicht annähernd abschätzbar ist.

Vor kurzem noch mußte den Deutschen das amerikanische Fremdwort, das sich aus den griechischen Wörtern "holos" (vollständig) und "kaustos" (verbrannt) zusammensetzt, als exotische Vokabel vorkommen, letzte Woche war es in aller Munde, bis hinauf zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die "Holocaust" sogar in die Parlamentsdebatte warfen.

Wie zu Durbridge-Zeiten, als der "Halstuch-Mörder" über den Bildschirm geisterte, wie jetzt nur noch bei Fußballmeisterschaften, so gebannt verfolgten die Bundesrepublikaner vom Montagabend, 21 Uhr, bis Freitag weit nach Mitternacht die Karriere des (erdachten) SS-Obersturmbannführers Erik Dorf, der als Adjutant Heydrichs die Massenvernichtung der Juden organisiert, und das Schicksal der (gleichfalls fiktiven) jüdischen Arztfamilie Weiss, die fast ganz der perfekten Mord-Maschinerie zum Opfer fällt.

In Niedersachsen wurden gewerkschaftliche Veranstaltungen vorzeitig beendet oder abgesagt, "damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun Uhr verschwinden" (DGB-Sprecher Horst Runge). An den Universitäten Bielefeld und Hamburg wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Seminare ohne weitere Diskussion in "Holocaust-Debatten" umfunktioniert.

Vielerorts, so in der Marler Volkshochschule "Die Insel", sammelten sich Singles zu Gruppen, "weil sie es allein zu Hause nicht ausgehalten hätten" (Pfarrer Jürgen Schmelig). ARD und ZDF registrierten eine Massenabwanderung in den dritten Kanal.
Dort wurde, in 428 Minuten und 26 Sekunden einer erfundenen, wenngleich historisch untermauerten Spielhandlung mit manchen geschichtlichen Ungenauigkeiten und vielen Platitüden (nichtssagenden Redewendungen) amerikanischer Serienproduktion, den Deutschen erstmals anschaulich vorgeführt, was sie aus der Erinnerung bislang vorwiegend verdrängten: das individuelle Drama hinter dem Massenmord. Das Unfaßbare wurde faßbar.
Überwunden schien, nach dem farbigen Einblick in die Schlachthöfe der Nazis, der Widerwille, an die Vergangenheit erinnert zu werden, gebrochen die Scheu, die Wahrheit zu erfahren.
Schon am Montag waren 32 Prozent aller bundesdeutschen Fernsehgeräte auf "Holocaust" geschaltet, am Dienstag bereits 36, am Donnerstag schließlich 39 Prozent - was im Dritten sonst niemand schafft. Zuletzt sahen rund 20 Millionen die Schrecken der Endlösung.
Den stärksten Zuspruch fand die Serie im Sendebereich des WDR, den geringsten bei Saar- und Hessenfunk. Am Dienstag schaute, trotz ungünstig später Sendezeit, jedes neunte Berliner Kind unter 13 Jahren dem Drama zu, in Nordrhein-Westfalen immerhin noch jedes 17. Überall registrierten Pädagogen ein "äußerst großes Bedürfnis der Schüler, darüber zu sprechen". Und so, beispielsweise, sprachen sie:
Jürgen Knipprath, 13, hatte "früher mal geglaubt, daß die Juden vorher irgendwelche Verbrechen begangen haben. Aber die hatten ja überhaupt nichts getan".
Ralf Kürten, 16: "Das war wie im Western."
Der Frankfurter Pädagogik-Wissenschaftler Hans Joachim Lissmann notierte Spontan-Äußerungen wie: "Den Heydrich würde ich in der Luft zerreißen." (Der) "Holocaust" wurde Hauptfach.
Selbst während der den Serien-Teilen angehängten Mitternachts-Diskussionen blieb noch knapp die Hälfte des "Holocaust-Publikums" auf Empfang, obwohl der ursprünglich verpflichtete Gesprächsleiter Robert Leicht, Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", die erste Gesprächsrunde so blasiert zerredet hatte, daß der WDR ihn schleunigst verabschiedete.
Die weiteren, wesentlich besser geführten und besetzten Diskussionen brachten einen im deutschen Fernsehen bislang einmaligen, didaktisch fast optimalen Einklang von Spiel und Information. Und erstmals funktionierte das seit langem angestrebte Feedback mit dem Publikum: Anrufer griffen in die Experten-Debatte fragend, fordernd und verändernd ein; via Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch.
Dabei wurde am Kölner Studio-Tisch nur ein Bruchteil dessen erläutert, was die Deutschen in Wohnstuben und Klassenzimmern, Straßenbahnen und Fabrikhallen bewegte - immer noch genug, um Telephonnetze stundenlang zu blockieren.
Über 30.000 Anrufer, fast viermal mehr als während der US-Premiere von "Holocaust" beim Sender NBC, wählten sich in die deutschen Funkhäuser durch. Der WDR mußte die Zahl der Telefonistinnen verdoppeln. Für Berliner, die schwer bis Köln vordrangen, wurden eigens acht Leitungen in den SFB freigemacht, der die Botschaften dem WDR über eine Standleitung des Hörfunks zuspielte.
Es meldeten sich, wie erwartet, die Unbelehrbaren und die Schmierfinken mit antisemitischen Flüchen und Verwünschungen gegen den "linkslastigen Rotfunk". Das Ganze sei "Brunnenvergiftung" und "Nestbeschmutzerei": "Was ist denn mit den vergewaltigten deutschen Frauen von 1945?"
Die CSU-nahe "Schüler Union Bayern" forderte vom Bayerischen Rundfunk eine Nachfolgeserie über die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat: Einseitige Schuldbekenntnisse wie in "Holocaust" seien der Jugend nicht zuzumuten.
Ein anonymer Anrufer drohte, Heinz Galinski, der Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin,

werde umgebracht, wenn man die Serie nicht schleunigst absetzt.
Doch weit mehr noch, wie nicht erwartet, meldeten sich Irritierte, Betroffene, Überlebende. Manche schämten sich, klagten sich selbst an, einige weinten. Häufig wurden neue Dokumente, Prozeßakten, Tagebücher und Gedichte angeboten.
Der "bislang aufwendigste, konsequenteste Medienverbund unserer Fernsehgeschichte" (Fachblatt "Medium"), vom kritischen Ausland wohlwollend beobachtet, hatte das Publikum allerdings auch frühzeitig und intensiv auf das peinvolle Thema und seine heikle Darbietung vorbereitet.
Allein die Düsseldorfer Landeszentrale für politische Bildung verschickte 139.530 Mappen mit einer 56seitigen Aufklärungsbroschüre an sämtliche Lehrer in NRW. Bis Donnerstag waren in dem Institut 22.000 private Anforderungen eingegangen. Zentralen-Leiter Willi Kreiterling erwartet eine Gesamtauflage von 220.000.
22 nordrhein-westfälische Volkshochschulen setzten spezielle "Holocaust-Seminare" an. Das ZDF tauschte einen für Donnerstag geplanten Film - pikantes Thema: die Nazi-Begeisterung eines Berliner Schülers von heute - gegen ein unverfängliches Emanzipationsspiel aus.
"Holocaust" prägte Schlagzeilen und Leitartikel der Tagespresse, Zeitschriften wie "Monat" und "Medium" widmeten ihm ganze Nummern.
Mit voller Wucht schwappte das Thema auch auf die Radio-Wellen über, auf Hamburgs "Kurier am Morgen", das Kölner "Mittagsmagazin" und die Münchner "Redezeit bis Mitternacht". Kein Sender, der nicht über die ganze Woche verstreut vorab informierte und nachher kritisierte. Vor allem Teenager-Programme wie die "WDR-Radiothek", "s-f-beat" und der bayrische Jugendfunk machten "Holocaust" zum Leitmotiv der Woche.
Unter solch ungewöhnlicher multimedialer Schützenhilfe verbreitete sich allerdings nicht nur "Holocaust" im Land der Täter und Opfer, sondern auch das Zwielicht, das die inzwischen in 33 Länder verkaufte Produktion seit ihrer amerikanischen Erstausstrahlung umgibt: die Fragen nach Authentizität und Glaubwürdigkeit, das Problem der massenattraktiven Aufmachung und der thematischen Verflachung. Mit der Geschichte der Familien Dorf und Weiss waren auch die konträren Reaktionen von Enthusiasmus bis zu Abscheu und Protest in die Bundesrepublik importiert.
"Holocaust" - ein "anmaßendes Unterfangen" ("New York Times") oder der "kraftvollste Film, der je fürs Fernsehen gemacht worden ist" ("New York Post")? "Lore-Roman" ("Weltwoche"), "Shylock-Ranch" ("Hitler-Filmer" Syberberg), "perverse Operette" (eine deutsche Lehrerin), "Ami-Scheiß" (ein deutscher Arbeiter)?
Oder war am Ende doch "die Summe des Wahren an "Holocaust" größer als alle Verfälschungen" ("Die Zeit"), groß genug gar, um "tiefsitzende Traumata freizuschaufeln" ("Frankfurter Rundschau")?
Daß "Holocaust" je eine solch weltweite Grundsatzdebatte aufwerfen würde, hatten sich seine Hersteller wohl nicht träumen lassen. Ihnen ging es eigentlich nur um einen lukrativen Verkaufsartikel.
Anfang 1977, als der Kommerz-Sender ABC mit seinem pseudohistorischen Sklaven-Epos "Roots" gerade alle Zuschauerrekorde gebrochen hatte, fahndete die in der Publikumsgunst abgeschlaffte NBC nach einem Stoff von ähnlicher Sprengkraft. Die Wahl fiel auf "Holocaust".
Der Romanautor Gerald Green verknappte die maßlose Tragödie zu einem überschaubaren Familiendrama. Marvin Chomsky, als Regisseur von "Roots" und dem Kino-Reißer "Unternehmen Entebbe" einschlägig ausgewiesen, übernahm die Regie.
In 18 Wochen zwischen Juli und November 1977 ließ die TV-Gesellschaft den Vielstünder von 150 Schauspielern und 1.000 Komparsen auf 150 Kilometer Film bannen. Da in der DDR und Polen gar nicht erst gefilmt werden sollte und Ungarn wie Tschechoslowaken die Dreh-

genehmigung wegen "zionistischer Elemente" des Buches verweigerten, entstand der größte Teil der Serie unter Deutschlands und Österreichs freiem Himmel.
Straßenzüge in Berlin-Wedding wurden als Warschauer Getto hergerichtet, die KZ-Szenen von Auschwitz und Buchenwald im österreichischen Lager Mauthausen gestellt.
Kaum waren die Dreharbeiten beendet, ließ man Fatales durchsickern: Ein Berliner habe die Crew mit Bierflaschen beworfen, ein schreiender Greis die Mimen verstört: "ich habe euch Juden schon einmal getötet, ich werde euch noch einmal töten." Aufnahmegeräte seien mit Hakenkreuzen bepinselt worden, belichtete Filmrollen spurlos verschwunden.
Michael Moriarty, als Erik Dorf der Negativ-Held der Serie, klappte zusammen, als er mit seiner Filmfamilie "Stille Nacht, heilige Nacht" singen mußte: "Wie konnten die so was tun!" Den Engländer Cyril Shaps (Häftling Weinberg) verließen die Kräfte, als er in KZ-Kluft durch Mauthausen torkelte: "Ich glaube, ich kann nicht weitermachen." Der katholisch erzogene Fritz Weaver, als jüdischer Arzt Weiss die Zentralfigur, fühlte sich nach dem Film "wie ausgewechselt": "Ich wurde ein Jude. Ich denke nur wie ein Jude."
Der Einstimmung folgte die Aufklärung. Religiöse und weltliche Organisationen verteilten 50 verschiedene Expertisen in über einer Million Exemplaren. Eine jüdische Liga ließ eine Sonderschrift in zehn Millionen Zeitungen beilegen. NBC schleuste einen speziellen "Viewers Guide" in zwei Millionen Schulen und Haushalte.
In der Zuschauergunst allerdings konnte "Holocaust" das Konkurrenz-Produkt "Roots" nicht entthronen: Trotz 120 Millionen Zuschauern - Jahresrekord - mußte sich das Großunternehmen unter den erfolgreichsten TV-Produkten aller Zeiten mit Platz 49 begnügen - nach Spitzenreiter "Roots" und weit hinter Bob Hopes "Christmas Show" von 1970.
Im publizistischen Echo indes übertönte "Holocaust" alles Dagewesene. Zufällig Zeuge dieses Spektakels wurden damals, im April 1978, die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke. Heimgekehrt, lobte vor allem Leber das Streitobjekt als "bemerkenswert objektiv", von "beklemmender Wirkung" und ohne Deutschen-Haß.
Der SPD-Parteivorstand beauftragte alle sozialdemokratischen Funkaufseher, sich bei den Sendern für den Ankauf stark zu machen. Als der WDR sich kurz darauf die Senderechte für 1,2 Millionen Mark sicherte, witterte "Die Welt" ein rotes Zusammenspiel und zieh die Genossen, "auf unzulässige Weise in die Programmgestaltung eingegriffen" zu haben. Doch die Kölner hatten, allem Verdacht zum Trotz, schneller geschaltet, als die Politiker dachten.
Kaum war der Film im Land, kam der WDR unter Beschuß. Münchens konservativer TV-Direktor Oeller drohte, der BR werde sich bei einer Übernahme des "Verkaufsartikels" ins Gemeinschaftsprogramm aus der Senderkette ausklinken. Deutsche Diplomaten fühlten diskret vor, ob das schlimme Lichtspiel denn unbedingt an die Öffentlichkeit müsse.
Um so schriller stritt die ARD. Ihre Serien-Kommission mokierte sich über die "indiskutable Qualität", die Programmdirektoren schoben das unangenehme Thema unwillig vor sich her.
Aufgeschreckt von dem politischen Wirbel, verlangten nun die Intendanten das letzte Wort. Aber sie kamen gleichfalls nicht klar und gaben die Entscheidungsnot an die Programmdirektoren zurück. Die stimmten nun ab, nur eine schwache Mehrheit votierte für die Sendung im Ersten Programm. Weil man fürchtete, die "Holocaust-Gegner" würden sich ausschalten, wollten die Verantwortlichen den Bruch in der ARD nicht riskieren.
Dem verschnupften WDR den ungeliebten Import für sein Regionalnetz allein zu überlassen, schien den TV-Gewaltigen angesichts der publizistischen Eskalation des Themas auch nicht opportun. Nach monatelangem Hickhack kamen sie schließlich überein für "Holocaust" erstmals alle Dritten Programme gleichzuschalten.
Der schärfste Protest gegen diese Verlegenheitslösung ging erst jetzt ein: Interessenten aus der DDR, in der die Dritten Programme nur in Grenznähe zu empfangen sind, beschwerten sich bei der ARD über die kurzsichtige Entscheidung, sie total von "Holocaust" auszuschließen.

Was hier nun, vier Abende bis tief in die Nacht, bundesweit zum Vorschein kam und überwältigend wirkte, mußte den Eindruck erwecken, als habe es in Deutschland bisher keine nachhaltigen Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gegeben. Dabei ist es nicht so, daß sich der deutsche Film und später das deutsche Fernsehen, daß sich die deutsche Nachkriegsliteratur und das Theater nach 1945 an der Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen vorbeigemogelt hätten.
Der erste durchschlagende Bühnenerfolg des Nachkriegstheaters war Zuckmayers Udet-Stück "Des Teufels General", in dem Hitlers Rassenwahn zumindest ein Nebenthema bildete. Allerdings war das im Exil entstandene Stück von der furchtbaren Nazi-Realität weit entfernt und verfiel dem Glanz der Uniformen und dem rauhen Barras-Charme des Offizierskasinos.
Filme der Ost-Berliner Defa, wie "Ehe im Schatten", der vom Selbstmord des mit einer Jüdin verheirateten Schauspielers Joachim Gottschalk handelte, oder wie "Affaire Blum", der den latenten Antisemitismus in der Weimarer Republik zum Thema hatte, waren in der Analyse und im Treffen der Gemütslagen da schon genauer.
Die deutsche Nachkriegsliteratur, die sich in der Gruppe 47 vereinte, machte den Antifaschismus, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu ihrem (nie verkündeten) Programm.
Das, was schließlich zum Schlagwort der "Vergangenheitsbewältigung" verkam und damit auf ungute Weise mit den offiziell und sicher gutwillig veranstalteten Wochen der Brüderlichkeit korrespondierte, stellte die literarische und theatralische Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Juden vor ein Dilemma.
Einerseits gab es das Diktum von Adorno, der gesagt hatte, es sei barbarisch, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Andererseits gab es die "Todesfuge" des dem Holocaust entkommenen Paul Celan ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"), ein Gedicht, das damals zumindest viele Studenten bewegte und auf die Vergangenheit verwies.
Vor allem zwei Ereignisse waren es, die beide Pole der Auseinandersetzung mit der Judenausrottung markierten: einmal, 1950, das "Tagebuch der Anne Frank", als Buch, als Bühnenstück und später im Kino und Fernsehen, von der gerührten Betroffenheit eines breiten Publikums begleitet. Und der Alain-Resnais-Film "Nacht und Nebel", der 1956 die Zuschauer erstmals mit dokumentarischen Aufnahmen des KZ-Grauens konfrontierte.
Die Reaktionen waren nicht untypisch. Konnte man das Tagebuch des jüdischen Mädchens, das zwei Jahre in einem Versteck und von dauernder Angst umlauert während der Nazi-Okkupation in Holland lebte und in Bergen-Belsen umkam, mit Rührung verarbeiten (ähnlich geht ja auch "Holocaust" vor), so reagierte man auf den Dokumentarfilm von Resnais mit Ablehnung.
Die beiden großen, die Öffentlichkeit lange beschäftigenden Theaterstücke über die Judenvernichtung waren einmal Hochhuths "Stellvertreter" und zum andern "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hochhuth hatte in einer Mischung aus Schiller-Drama und Dokumentarstück, aus Trivialdrama und flammendem Appell den Weg des Widerstandskämpfers Kurt Gerstein geschildert und dabei eine Mitschuld der katholischen Kirche an der Judenvernichtung postuliert - der Papst habe geschwiegen, selbst dann, als Juden in Rom, also gewissermaßen unter seinen Augen, verschleppt wurden.
Damit war ein deutsches Tabuthema berührt: daß es nämlich auch keinen christlichen Widerstand (wie etwa gegen die Euthanasie) gegen die Entrechtung und Deportation der Juden gegeben habe - im Restaurationsklima der Adenauer-Ära, die das Adjektiv christlich zur Staatsklammer erheben wollte, eine ungeheure Provokation.
Andererseits: Hochhuths "Stellvertreter", auf den eine ganze Flut von Dokumentarstücken folgte, ließ sich auch als Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-Drama für viele Deutsche mißverstehen. Wenn schon der Papst nichts hatte tun können, so lautete die Argumentation, wieviel weniger dann der ohnmächtige einzelne Deutsche. "Die Ermittlung" von 1965 stellte

die erste gründliche Auseinandersetzung eines Schriftstellers mit den großen NS-Prozessen dar.
Das Stück von Peter Weiss, nach dem Muster von Dantes "Inferno" in Gesänge gegliedert, ist die Verarbeitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses gegen Boger, Kaduk, Klehr und andere. Weiss folgte bei seinem dokumentarischen Verfahren der Berichterstattung Bernd Naumanns in der "FAZ". Bereits damals wurde ein Phänomen deutlich, das sich jetzt bei "Holocaust" verstärkt wiederholt: daß nämlich die Bühnenfassung weit mehr Betroffenheit, Ablehnung, Erregung provozierte als der dokumentarische Bericht.
Wenn "Holocaust" trotzdem Emotionen wie zum erstenmal freisetzte und die üblichen Sperren und Blockaden durchbrach, die Deutsche vor dem schrecklichsten Kapitel ihrer Vergangenheit aufgerichtet haben, so liegt das daran, daß hier erstmals (relative) Geschichtstreue sich mit den trivialen Mitteln der amerikanischen Fernsehserie verbinden konnte, daß es den amerikanischen TV-Machern gelungen ist, die Judenausrottung in dem Schicksal zweier Familien zu personalisieren, ohne dadurch das kollektive Thema zu zerstören.
Hatte man vor der deutschen Ausstrahlung noch meinen können, die US-Serie verhökere das Thema des Judenmordes zugunsten einer hemmungslos ans Gefühl appellierenden Seifenoper, so zeigte die Anteilnahme und Betroffenheit der Zuschauer, daß gerade diese, den von einer Nazi-Vergangenheit unbelasteten Amerikanern mögliche, Form eine reinigende (kathartische) Wirkung habe wie einst die griechische Tragödie - so jedenfalls der Psychoanalytiker Hendrik de Boor in der "Holocaust-Diskussion".
Aufgewühlt durch die hautnahe Präsentation des Millionen-Massakers, wagen die Deutschen nun plötzlich den Blick zurück - über den Sendeschluß hinaus.
Berlins Schulsenator Walter Rasch forderte alle Lehrer auf, "Holocaust" im Unterricht zu diskutieren. Diese Serie, rühmte der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer-Verbandes, Ebert, habe eine "stärkere didaktische Wirkung" als "abstrakte Statistiken und nackte Fakten" und empfahl das auf Videoband mitgeschnittene Anschauungsmaterial als Lehrstoff.
Der Superintendent des Kirchenkreises Bodenwerder an der Weser wird in seinem Jung-Ehepaar-Kreis über "Holocaust" diskutieren. Die Düsseldorfer Bezirksvertretung 3 hat alle älteren Mitbürger des Stadtteils Bilk gebeten, mit privaten Erlebnissen aus dem Dritten Reich, aufgeschrieben oder auf Tonband gesprochen, an die Öffentlichkeit zu kommen und einschlägige Dokumente, Lebensmittelkarten wie Blockwart-Briefe, für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.
Wissenschaftler wollen erkunden, ob die emotionale Bewegung während der Sendezeit eine längere gedankliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgelöst hat. Im Auftrag des WDR und der Bonner Bildungszentrale startete das Offenbacher Marplan-Institut für 180.000 Mark eine Repräsentativ-Umfrage in drei Stufen: Vor "Holocaust" wurde der allgemeine Wissensstand zu Nazi-Zeit und Judenvernichtung abgefragt; während der Sendung registrierten die Forscher die spontanen Reflexe; in acht Wochen wollen sie die Langzeitwirkung ausloten.
Der Erziehungswissenschaftler Lißmann begann eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, mit denen er sich das Programm gemeinsam ansah. Das "Ausmaß der Betroffenheit" hat ihn dabei überrascht. Doch er fürchtet: Es könnte sein, daß "Holocaust" keine rational-kritische Auseinandersetzung aufkommen läßt. Lißmann: "Das wird ein Strohfeuer."<<
USA: Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter

habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox "The Diary of Anne Frank" ("Das Tagebuch der Anne Frank") auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. 1961 produzierte United Artists den Spielfilm "Judgement at Nuremberg" (als CBS das Drama übertrug, tilgte der Sender jedoch auf Forderung des Werbesponsors American Gas Company alle Hinweise auf "Giftgas"). Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.
Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindler's List" ("Schindlers Liste", Universal), der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt (inklusive Dokumentationen), hat die New Yorker Professorin Annette Insdorf gezählt. Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie", "Emergency Room".
Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.
"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Januar 1979

BRD: Orkanartige Schneestürme führen im Januar 1979 in Norddeutschland zu einem Schneechaos.
Nach 4tägigen Schneefällen sind 150 Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. In 80 Gemeinden fällt die Stromversorgung aus. Die Bundeswehr setzt Bergepanzer und Kettenfahrzeuge ein, um unpassierbare Straßen zu räumen.

07.02.1979

Brasilien: Josef Mengele (1911 in Günzburg geboren, ab 1943 Standortarzt im Vernichtungslager Auschwitz) stirbt am 7. Februar 1979 nach einem Schlaganfall im brasilianischen Badeort Bertioga.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über Josef Mengele (x051/381-382): >>Mengele, Josef, alias (u.a.) José Mengele, Helmut Gregor(i), Dr. Fausto Rindón, S. Josi Alvers Aspiazu (Brasilien), geboren in Günzburg 16.3.1911, gestorben angeblich in Embu (Brasilien) 7.2.1979, deutscher Mediziner und SS-Hauptsturmführer; Studium der Philosophie und der Medizin, 1931 Stahlhelm-Mitglied, 1937 Eintritt in die NSDAP, 1938 in die SS, 1938 Praxis in Frankfurt am Main.
1940 kam Mengele zur Sanitätsinspektion der Waffen-SS und wurde 1941 Bataillonsarzt der SS-Division "Wiking". Im Rußlandfeldzug verwundet, wurde er am 30.5.43 zur Dienststelle des "SS-Standortarztes Auschwitz" versetzt, wo er an zahlreichen Selektionen von arbeitsunfähigen Juden bei der Ankunft (Ankunfts- oder Rampenselektionen) und an Selektionen arbeitsunfähiger Häftlinge in den Baracken (Lagerselektionen) zum Zweck der Tötung teilnahm. Bei seinen Menschenversuchen, u.a. an Zwillingen, nahm er den Tod ungezählter Häftlinge billigend in Kauf.

Nach dem Krieg hielt sich Mengele zunächst verborgen und floh 1949 über Italien nach Argentinien. 1959 übersiedelte er nach Paraguay und soll sich zuletzt in Brasilien aufgehalten haben. Ab 1959 war Mengele von Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik zur Festnahme ausgeschrieben. 1964 entzogen ihm die Universitäten München und Frankfurt die akademischen Grade.
Anfang Februar 85 wurde in Israel ein "Mengele-Tribunal" einberufen, das die symbolische Verurteilung zum Ziel hatte. Für Hinweise zu seiner Festnahme waren von verschiedenen Stellen über zehn Millionen DM Belohnung ausgesetzt. Im Frühjahr 85 ergaben sich Anhaltspunkte dafür, daß Mengele möglicherweise schon vor Jahren in Brasilien einem Badeunfall erlegen und unter dem Namen Wolfgang Gerhard beerdigt worden sein soll. Seine Familie bestätigte diese Version in einer großen Illustrierten-Serie.
Die Exhumierung der Leiche am 5.7.85 und ihre Untersuchung durch internationale Gerichtsmediziner ergaben eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß es sich um die sterblichen Überreste von Josef Mengele handelt.<<

01.04.1979

Iran: Der Schiitenführer (Ayatollah) Khomeini (1902-1987, kehrte nach dem Sturz des Schahs aus dem Pariser Exil nach Teheran zurück) gründet am 1. April 1979 die islamische Republik.
Khomeini verstaatlicht danach die iranischen Schlüsselindustrien, baut eine streng islamisch orientierte Gesellschaftsordnung auf und geht kompromißlos gegen Andersdenkende vor. Die Iraner Revolutionsgerichte lassen zahlreiche Anhänger des geflüchteten Schahs exekutieren. Der geflohene Schah wird in Abwesenheit zum Tod verurteilt.
Von Februar bis August 1979 werden 519 Hinrichtungen durch iranische Revolutionsgerichte vollzogen. Die Revolution gegen den Schah fordert insgesamt etwa 60.000 Tote (x074/1502).
Zeitzeugen berichten später über die Verhältnisse im Iran (x073/331): >>... Im Frühjahr 1979 wurde das Fleisch in Teheran knapp. Religionsführer Khomeini hatte den Import von Gefrierfleisch verbieten lassen. Begründung: Es sei von "unsauberen Händen ungläubiger Christen" geschlachtet.
Eine eher unauffällige, aber doch bezeichnende Meldung aus einem Land, in dem im April 1979 die "Islamische Republik" ausgerufen wurde.
In der Tendenz ähnliche Nachrichten verfestigten seither den Eindruck, daß aus dem fortschrittsversessenen Iran des Schah inzwischen ein orthodox korangläubiges Land der Mullahs und Ayatollahs geworden ist.
Bikinis sind verboten. Knöchellange Gewänder werden zur vorgeschriebenen Badekleidung für die iranischen Frauen. Bars werden geplündert. Der Whisky fließt in Strömen – auf die Straße. Alkoholgenuß ist verboten.
Drakonische Strafen machen Schlagzeilen in westlichen Zeitungen. Prostituierte, Homosexuelle und Ehebrecher werden ausgepeitscht. Trotz nachdrücklicher Proteste der Weltöffentlichkeit werden immer neue Todesurteile gefällt und vollstreckt.
All dies sind äußerliche Zeichen eines radikalen Systemwandels für den Ayatollah Khomeini in Interviews selbst immer wieder die ideologische Begründung liefert.
Seine Diagnose: "Wir haben unsere eigene Identität verloren und sie durch eine westliche ersetzt."
Sein Rezept: "Wir werden siegreich sein, wenn es uns gelingt, uns in echte Muslime zu verwandeln, indem wir strikt nach islamischen Prinzipien handeln."
Sein therapeutisches Ziel: "Was ich glaube, muß ich überall, auch in Gesellschaft und Staat verwirklichen." ...<<

13.04.1979

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 13. April 1979 über das Buch "Die Ver-

ratenen von Jalta" des britischen Historikers Nikolai Tolstoy: >>Millionen Menschen waren unter das Rad der Geschichte geraten. Was scherte es die Welt da schon, welches Schicksal den Soldaten und Zivilisten aus der Sowjetunion bevorstand, die in deutschen Dienst getreten oder gepreßt waren?
Als die Briten im Mai 1945 die Kosakenregimenter der Wehrmacht an die Sowjetunion auslieferten, wurde das als Episode empfunden, für die Historie allenfalls eine Fußnote. Heute begreift man jene Auslieferung als den Katastrophenakt in einer "Tragödie, die in den Annalen des 20. Jahrhunderts ihresgleichen sucht".
Solches Urteil, korrigiert selbstverständlich durch den Hinweis auf die Vernichtung des europäischen Judentums, trifft Heinz Höhne in seinem positionsbestimmenden Vorwort zu einem Buch, das ein verwirrendes Geschehen detailgenau entwirrt:
Nikolai Tolstoy: "Die Verratenen von Jalta"...
Der Untertitel klagt an: "Englands Schuld vor der Geschichte."
Die Widmung lautet: "Den Opfern zum Gedenken." Der Autor verbirgt in keinem Kapitel, keinem Absatz, keinem Satz nahezu, daß er mit mehr als nur mit Forschungseifer bei der Sache ist.
Nikolai Tolstoy, 43 Jahre alt, ist Historiker. Als britischer Staatsbürger macht er keinen Hehl daraus, wie sehr er, dessen Vater von den Oktoberrevolutionären vertrieben war, sich dem Russischen noch verbunden fühlt. Seine Kinder heißen Alexandra und Anastasia, wie die Frau und die jüngste Tochter des letzten Zaren. Mit Lew Nikolajewitsch Tolstoi, dem Dichter, ist er entfernt verwandt. Sein Ahne, der erste Graf Tolstoi, war der Geheimkanzlist Peters des Großen.
Zu seinen Recherchen wurde Nikolai Tolstoy auch durch den Zufall angeregt, daß sein Familienname mit jener Konferenz verknüpft war, auf der britische Diplomaten den Sowjets die Zwangsrepatriierung der Russen im deutschen Machtbereich zusagten; das Treffen, im Oktober 1944 in Moskau, hatte die Codebezeichnung "Tolstoi".
Alles Engagement, das in diesem Buch steckt, und der verhaltene Zorn, der besonders in der Schilderung entsetzlicher Auslieferungsszenen spürbar ist, beeinträchtigen aber keineswegs die streng wissenschaftliche Methode des Autors. Die Quellennachweise und quellenkritischen Anmerkungen füllen allein 54 Seiten. In seiner Akribie ist das Buch keine leichte Lektüre; doch in vielen Passagen erfüllt es die Forderung, die Alexander Solschenizyn in einem Kapitel des "Archipel Gulag" stellt: welcher Tolstoi dieses Borodino beschreiben werde, dieses grausame Geschehen bei der Auslieferung von Russen an Russen.
In Jalta, im Februar 1945, waren Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Überläufer nur ein Randthema der Konferenz. Man schloß ein besonderes Abkommen. Es enthielt keine Verfügung über Bürger der Sowjetunion, die sich ihrer Repatriierung widersetzten.
Der amtierende amerikanische Außenminister Grew hatte zwar eine Schutzklausel einbringen wollen; aber die Briten, die sich in der Tolstoi-Konferenz schon ziemlich festgelegt hatten, redeten es ihm aus. Der "Uncle-Joe-Kult", dem westliche Diplomaten sich nicht immer entzogen, mag eine Rolle gespielt haben, Stalin als Onkel, den man nicht zu ärgern habe. Jalta jedenfalls konnte die Tragödie der "patriotischen Verräter" Rußlands nicht wenden, eine Tragödie freilich, die schon mit dem ersten Schuß des Krieges im Osten begonnen hatte. Ihr Ausmaß lassen einige Zahlen ahnen:
Im Ersten Weltkrieg hatten die Mittelmächte von 1914 bis 1917 rund 2,4 Millionen russische Kriegsgefangene; von ihnen starben siebzigtausend. Im Zweiten Weltkrieg wurden von 1941 bis 1945 rund (genau weiß es offenbar niemand) 5,1 bis 5,7 Millionen sowjetische Soldaten gefangengenommen; von ihnen überlebten 1,15 Millionen das Kriegsende (und niemand weiß auch, wie viele von ihnen nach der Rückkehr in sowjetischen Straflagern umkamen). Ins deutsche Herrschaftsgebiet wurden zudem 2,8 Millionen russische Arbeiter verschleppt, mehr oder

minder freiwillige und Zwangsarbeiter; von ihnen fanden 800.000 den Tod.
Aber rund eine Million Sowjetbürger, Überläufer und Kriegsgefangene, die nun die Chance nutzen wollten, gingen in den Dienst der Wehrmacht. Der im Sommer 1942 in Gefangenschaft geratene General Wlassow wurde der Führer der ROA, der "Russischen Befreiungsarmee", die als Armee allerdings nur durch die deutsche Propaganda geisterte.
Ihre Mitglieder waren in Arbeitskolonnen der Organisation Todt, in einigen militärischen Hilfseinheiten und als "Hiwis", als Hilfswillige in regulären deutschen Truppenteilen, eingegliedert. Sie wurden oft brutal behandelt. Nach der Invasion schlossen sich achttausend Russen den französischen Widerstandskämpfern an. Hilfseinheiten in deutscher Uniform waren aber auch an Greueltaten beteiligt. General Wlassow erhielt erst 1945 Befehlsgewalt.
Das Drama von Mißtrauen, Verrat und Hoffnung erreichte seinen Höhepunkt im südöstlichen Österreich, wo die nach Westen verschlagenen Kosaken ein letztes Asyl hatten und wohin bei Kriegsende einer der seltsamsten Truppenteile des deutschen Heeres sich zurückgezogen hatte - das vom deutschen General von Pannwitz und von deutschen Stabsoffizieren geführte 15. Kosaken-Kavallerie-Korps.
Hitler hatte es 1943 von der Ostfront, wo es entstanden war, zum Kampf gegen die Partisanen nach Jugoslawien verlegen lassen. Zuletzt geriet es auch in Kampf mit Sowjettruppen. In diesem Korps wurde ein letztes Mal das Zarenreich beschworen.
Weißrussische Generalsveteranen machten Besuch in den Lagern der Kosaken. Zaristische Offiziere, die einst emigriert waren, taten Dolmetscherdienst oder wurden in diesem Korps reaktiviert. Die Kapelle spielte "Gott schütze den Zaren"; die alten Ränge und Uniformen tauchten wieder auf.
Die teils mit List, teils mit Gewalt betriebene Auslieferung der Kosaken durch das britische Militär ist von Nikolai Tolstoy bis in alle Einzelheiten recherchiert. Was er schildert, ist nach dem Urteil des britischen Ostexperten Edward Crankshaw "eines der schändlichsten Kapitel in unserer Geschichte".
Anders als die Amerikaner und Franzosen, hatten die britischen Diplomaten und (wenigen) hohen Militärs, die damals die Verantwortung für das Geschehen hatten, sich bluffen lassen; sie hatten geglaubt, sie müßten den Forderungen der Sowjets rigoros entgegenkommen, um Repressalien an Engländern in sowjetischer Hand, rund 20.000, zu verhindern.
Die Sowjets verlangten die Zwangsrepatriierung aller, auch der Russen, die nie in der Sowjetunion gelebt hatten. Und damit nutzten sie die Gelegenheit, eine allerletzte Rache an ihren Feinden im Bürgerkrieg zu nehmen und die allerletzte Regung weißrussischer Aktivität zu ersticken. Man darf sagen: Jetzt erst war die Oktoberrevolution ganz und gar zu Ende.
Als das Buch, Originaltitel "The Victims of Yalta", vor einem Jahr in England erschienen war, griff die Times das Thema in einem Leitartikel auf: "Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten (nun endlich) dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln ... Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus."
Weil es Geschehen gibt, das man nicht verteidigen kann, wird sie weiterhin ausbleiben. Bestehen aber bleibt die Warnung dieses Buches, das Exempel, was dem Menschen droht, wenn eine sogenannte Realpolitik das Menschenrecht vom Konferenztisch wischt.<<

19.04.1979

BRD: Nach einer Verhandlungsdauer von 328 Tagen werden am 19. April 1979 vier wegen Mordbeihilfe im Vernichtungslager Majdanek angeklagte SS-Angehörige freigesprochen (x101/112).

23.05.1979

BRD: Der CDU-Politiker Karl Carstens (1914-1992) wird am 23. Mai 1979 zum Bundesprä-

sidenten gewählt.

10.06.1979

BRD, Belgien: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt.

Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellen die Deutschen 81. Das EU-Parlament kann zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllt nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschließt aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

03.07.1979

BRD: Die Verjährungsfrist für Mord wird am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

22.08.1979

BRD: Die Welt berichtet am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten:

"Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

16.09.1979

DDR: 2 mitteldeutsche Familien (4 Erwachsene und 4 Kinder) flüchten am 16. September 1979 mit einem selbstgebastelten Heißluftballon über die Zonengrenze in den Westen.

25.09.1979

DDR: Die Mindestrenten und sonstigen Ruhegeldbezüge der ca. 3 Millionen Alters- und Invalidenrentner werden am 25. September 1979 um 40 auf 270 Mark erhöht.

Oktober 1979

BRD: Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wird im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" entwickelt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht nor-

malen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.
Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.
Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

04.11.1979

Iran: Iranische Studenten besetzen am 4. November 1979 die US-Botschaft in Teheran und nehmen 53 Botschaftsangehörige als Geiseln, um die Auslieferung des geflohenen Schahs und seines Vermögens zu erpressen.

31.12.1979

BRD: Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger (1927-2022, von 2005-2013 Paps Benedikt XVI.) warnt im Jahre 1979 vor einem leichtfertigen Umgang mit dem Versöhnungsbegriff (x309/13): >>Auch Wohlgesinnte meinen, daß man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament.
Aus der Psychologie wissen wir, daß Verschwiegenes und Verdrängtes im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker.
Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten, die den Organismus von innen vergiften und irgendwo herausbrechen. Nur die Annahme der Wahrheit kann heilen. Liebe braucht Wahrheit und darf nicht ohne sie sein. ...<<
Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergeben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."
37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."
24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."
9 % (sind) unentschieden.<<
Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärt im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.
Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,
(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;
(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;
(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<
Ein oberschlesischer Spätaussiedler berichtet im Jahre 1979 nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik über die Lage der Deutschen in Oberschlesien (x024/300-301): >>In meiner frühen Kindheit wurde daheim noch relativ viel deutsch gesprochen. Nachdem aber meine Eltern von einer freundlichen polnischen Lehrerin gewarnt wurden, sie sollten doch, um meine Zukunftschancen nicht zu gefährden, mit mir mehr polnisch sprechen – wegen einiger Deutschhasser unter den Lehrern, teilweise aber auch aus Angst vor eventuellen Repressalien (damals wurde der Gebrauch der deutschen Muttersprache sogar administrativ verfolgt) -,

sprachen sie mit mir seltener in der Muttersprache.
So habe ich die Muttersprache weitgehend verlernt. In Oberschlesien, wo es noch einige hunderttausend Deutsche gibt, gab es keine Möglichkeit der schulischen Erlernung der deutschen Sprache, auch als Fremdsprache nicht. ...
Um die sprachliche Situation, der jungen Generation der unter polnischer Verwaltung geborenen Deutschen, zu verstehen, aber auch um deren eventuelle Identitätsschwierigkeiten zu begreifen, ist es sehr wichtig, um die andauernde Kriminalisierung alles Deutschen aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Untaten des deutschen Volkes in der Geschichte, vor allem während des Zweiten Weltkrieges bzw. in der Zeit des Deutschen Ordens, Bescheid zu wissen. Bei keiner Gelegenheit versäumten die politischen Medien, die Deutschen als "ewige" Verbrecher darzustellen ...
Die brutale Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat wurde in der Schule und in der Öffentlichkeit geleugnet. Die Erklärung für die Entleerung der Ostprovinzen von der deutschen Bevölkerung war schlicht und einfach, sie seien als Verbrechervolk vor den gerechten Eroberern dieser Gebiete geflohen. Das Motiv für die Flucht lag auf der Hand, die Angst vor der gerechten Strafe sei es gewesen.
Aufgrund dieser Erörterungen muß sich doch jedem die berechtigte Frage stellen, wer möchte schon gern als Angehöriger einer Verbrecher-Nation zur Schau gestellt werden? ...
Das Motiv für unsere Ausreise war, da die Hoffnung auf die Gewährleistung der Volksgruppenrechte keine Berechtigung mehr hatte, uns, die Kinder, der weiteren Zwangspolonisierung zu entziehen und als Deutsche normal leben zu können. ...<<
Der polnische Schriftsteller Jan Jósef Lipski (1926-1991) berichtet später über die "polnische Geschichtsdarstellung" (x024/309): >>Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen ist eine Masse Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke einer Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: Die falschen Vorstellungen der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn. Fast jeder Pole glaubt heute, daß wir nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Raum zurückgekehrt seien; der uns von den Deutschen geraubt worden sei. ...<<

1980

>>Wer jedermanns Freund sein will, der ist der meine nicht.<< (Jean Baptiste Moliere)

13.01.1980

BRD: Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wird zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählen damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollen, schließen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängen anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten

konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. März 2013) über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der füh-

renden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deut-

lich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.
Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:
"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:
Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."
Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.
In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.
Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.
Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.
Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.
Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation " Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.
Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".
Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende),

die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.
Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.
Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.
Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.
Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitagen sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".
Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.
Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.
Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.
Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen

sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.
Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagraphen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.
Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".
Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.
Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welch fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.
Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.
Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."
In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.
Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.
Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich

an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.
Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.
Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.
Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.
Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.
Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.
Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.
Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.
Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.
Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf femini-

stisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.
1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.
Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.
Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

21.01.1980

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (4/1980) berichtet am 21. Januar 1980 über das Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas: >>**Aggression mit Grausamkeit beantwortet**

Dokumente über Kriegsverbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg

Eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht untersuchte gewissenhaft Meldungen über Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten und Zivilisten. Was nun ein amerikanischer Historiker bei der Auswertung der Originalakten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen und "Grausamkeit im Einzelfall" durch die Alliierten.
Leutnant Heinze, Abteilung I c beim Armeeoberkommando 6, erstattete am 1. Juli 1941 um 16 Uhr Feindlagemeldung: "In Skomorochy wurden bestialisch verstümmelte Leichen eines deutschen Majors, eines Oberleutnants, eines Oberfeldwebels und anderer Soldaten gefunden."
Unteroffizier Eduard Sandner gab am 30. Juli 1944 zu Protokoll: "Ich habe am 27. Juli 1944 um 8.20 Uhr folgenden russischen Funkspruch, der im Klartext gesandt war und Teil eines Gesprächs zwischen zwei russischen Offizieren bildete, aufgenommen: "Ich habe einen Gefangenen, der dem I. R. 68 der 23. I. D. angehört." Die Antwort der vorgesetzten Dienststelle lautete: "Machen Sie mir keine Meldungen über Gefangene. Sie sind alle zu erschießen."
Sanitätsoberfeldwebel Reimann, am 31. Januar 1944 bei Isola Bella im Anzio-Brückenkopf von den Amerikanern gefangengenommen, schrieb seine Beschwerde im Kriegsgefangenenlazarett 131 in Nordafrika: " ... stand dort ein amerikanischer Soldat, der mich durch Handbewegungen anwies, mich an die Wand zu stellen; es waren etwa 5 m Abstand. Als ich dieses ausgeführt hatte, fiel auch schon ein Schuß aus dessen im Hüftanschlag befindlichen Gewehr und traf mich im rechten Oberschenkel. Ich fiel um und war besinnungslos."
Meldungen solcher Art kamen von allen Fronten der deutschen Wehrmacht. Manche, grausam, handelten von ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Nasen, andere, profan, von Diebstahl durch Feindeshand.
Rapport des Bürgermeisters im holländischen Axel Mitte Mai 1940: "Entwendet durch unbekannte Täter: ein Kölner Topf mit 8 Pfund Butter ... eine Schüssel mit 4 Pfund Schweineschmalz."
Empfänger all der Anzeigen, teils beweisbar richtig, teils in der ersten Aufregung oder nach nur flüchtigem Augenschein nicht ganz oder ganz und gar nicht zutreffend abgesetzt, war eine Dienststelle beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), die "Wehrmacht-Untersuchungs-

stelle für Verletzungen des Völkerrechts" (WUSt). Einmal traf von der Ostfront dort sogar ein Glas mit zwei abgehackten Fingern ein. Doch "wegen des Fehlens von Vitalzeichen", hieß es in einer Aktennotiz, konnte nicht mehr geklärt werden, ob sie "bei Lebzeiten oder nach dem Tode abgetrennt wurden".

Die OKW-Dienststelle war gleich nach Kriegsbeginn im September 1939 gebildet worden. Sie sollte "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtsangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen und zugleich die vom Ausland gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufklären".

226 Aktenbände der bisher weithin unbekannt gebliebenen Behörde hat der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas im Freiburger Bundesarchiv ausgegraben und nach dreijähriger wissenschaftlicher Prüfung zusammen mit dem holländischen Völkerrechtler Walter Rabin in einem Buch beschrieben, das jetzt erschienen ist.

"Die traurige Forschung" betrieb Harvard-Absolvent de Zayas, 32, der mit einer Dissertation über "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" in Göttingen promoviert hat, als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen mit zunächst heftigem Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit der großdeutschen Papiere.

Um nicht noch im nachhinein nationalsozialistischer Propaganda aufzusitzen, prüfte de Zayas "die innere Folgerichtigkeit der Akten" und verglich die darin geschilderten Vorgänge mit einschlägigen Materialien in Bonner, Londoner, amerikanischen und schweizerischen Archiven. Er machte Hunderte von Zeugen ausfindig, darunter rund 150 ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichter, die er nach dem Zustandekommen der Dokumente befragte.

Manche reagierten gereizt: "Ich verstehe nicht, welcher Grund dafür bestehen könnte, daß solche Dokumente der Verifizierung bedürfen. Halten Sie die Kriegsrichter für potentielle Dokumentenfälscher?"

Manche bestätigten mit der Bitte, den "vollen Namen nicht zu veröffentlichen", schlicht, daß alles seine Richtigkeit habe. Andere wiederum hielten es für wenig sinnvoll, "nach so langer Zeit Dinge anzurühren, die Haß wieder aufkommen lassen können". Ein Richter gab knapp telephonisch Bescheid: "Ihre Unterlagen habe ich ins Feuer geschmissen."

Am Ende stand für de Zayas fest, "daß die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte justizkonforme Dokumentation betrieben hat", dies erklärbar womöglich schon dadurch, daß der Behördenleiter Johannes Goldsche und sein Vorgesetzter Rudolf Lehmann, Chef der Wehrmachtrechtsabteilung, "alte Richter waren, die ... der NSDAP nicht angehörten und dem Gedankengut des Nationalismus fernstanden".

Andererseits bestätigten die Dokumente die "Tatsache", daß Streitkräfte der Versuchung unterliegen, sich über völkerrechtliche Schranken hinwegzusetzen und die Regeln der Menschlichkeit zu mißachten, wenn erst einmal der Krieg entfesselt ist. So etwas "passierte häufiger, als ich dachte", sah Autor de Zayas ein, und es passierte an allen Fronten, auf beiden Seiten und nicht erst im letzten Weltkrieg.

Eine "Militär-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts" hatte im preußischen Kriegsministerium deshalb schon während des Ersten Weltkriegs "schwarze Listen" über Völkerrechtswidrigkeiten geführt, in denen etwa ein britischer Oberstleutnant Bryant notiert war: "Er behandelte im August und September 14 die Deutschen in Togo schlecht."

Stellvertretender Leiter der preußischen Behörde war derselbe Berliner Rechtsanwalt und Notar Goldsche, der 25 Jahre später als Oberkriegsgerichtsrat der Reserve die Geschäfte der OKW-Dienststelle übernahm.

Unbestechlich wie ein königlichpreußisches Amtsgericht verfuhr das Amt offenbar auch mit den Tatarenmeldungen, die ihm aus allen Himmelsrichtungen von den Kriegsschauplätzen zugingen. Der amerikanische Autor lobt jedenfalls, "wie penibel" da gearbeitet worden sei,

"mit welcher Vorsicht man protokolliert hat".
Gelegentlich wurde der Dienststelle zwar Material anderer Behörden - Amt Auslands-Abwehr, Wehrmachtsführungsstab, Auswärtiges Amt - überstellt. In der Regel aber recherchierte es die Fälle selbst. Richter wurden beauftragt, die Tatorte aufzusuchen und Zeugen einzuvernehmen, sogar Gerichtsmediziner in Marsch gesetzt, um beispielsweise feststellen zu lassen, ob Verstümmelungen im Gefecht entstanden oder Verwundeten und Gefallenen etwa absichtlich -- oder auch gar nicht -- zugefügt worden waren.
Beweise gab es für beides. Mal mußte die eidliche Aussage eines Oberarztes zu den Akten genommen werden: "Ich kam gegen Mittag zu der Stelle, wo wir die Verwundeten zurückgelassen hatten. Alle 6 waren von den Russen ermordet worden. Dem ersten, der einen Armschuß gehabt hatte, waren beide Augen ausgestochen worden ... und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Augen mit einem spitzen Gegenstand völlig herausgeschält worden sind."
Mal, nach einem Partisanenangriff in Jugoslawien, ergab "der sehr klare truppenärztliche Leichenschaubericht ... einwandfrei, daß die vermeintlichen Verstümmelungen nicht bestanden haben ... Der unversehrte Zustand der Geschlechtsteile ist lichtbildlich belegt".
Mitunter wurden Meldungen der Truppe über Verstöße gegen das Kriegsrecht nach ausgiebigen Ermittlungen als unbegründet zurückgewiesen und aus dem Material, das für Weißbücher und Protestnoten der Reichsregierung gesammelt wurde, ausgesondert.
So wurde dem Oberkommando der Kriegsmarine mitgeteilt, "daß der Angriff von USA-Bombern auf das in Gotenhafen liegende Lazarettschiff "Stuttgart" am 9. September 1943 in die hier übersandte Aufstellung nicht aufgenommen worden ist, weil die "Stuttgart" ... nach der Seeseite zu mit Sackleinen getarnt war und infolgedessen den Schutz des Haager Abkommens ... nicht genossen hat".
Fallschirmjäger, die sich beschwert hatten, sie seien beim Absprung über Kreta beschossen worden, "obwohl sie wehrlos" waren, mußten sich belehren lassen, daß es sich um "normale Kampfhandlungen" gehandelt habe und auch sie bereits aus der Luft geschossen hätten.
"Völkerrechtsverletzungen der britischen Streitkräfte und der Zivilbevölkerung auf Kreta" (Titel eines deutschen Weißbuchs vom November 1942) waren gleichwohl nachweisbar, und dem Londoner Foreign Office, laut Aktenvermerk, "erschien eine Zahl von Fällen ziemlich begründet zu sein". Auch das amerikanische Kriegsministerium sah sich auf eine deutsche Protestnote hin, die Angriffe auf Lazarette in Italien im Herbst 1944 zum Inhalt hatte, "nicht in der Lage, die Richtigkeit der Behauptungen zu widerlegen".
Was de Zayas in den WUSt-Akten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen alliierter Truppen, wie sie an allen Fronten Zivilisten und Soldaten trafen:
- In Polen starben Hunderte von Volksdeutschen, viele waren nach Zeugenaussagen "mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben und Knüppeln zusammengeschlagen" und "bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt" worden.
- In Frankreich exekutierten britische und französische Soldaten deutsche Landser, obschon sie sich ergeben hatten; Piloten wurden beim Absprung aus ihren getroffenen Maschinen in der Luft beschossen.
- Britische Kriegsmarine schoß nach der Versenkung deutscher Schiffe in der Ägäis auf schwimmende Flüchtlinge, an Leichen deutscher Soldaten auf Kreta stellten WUSt-Ermittler Verstümmelungen fest.
- In Rußland wurden deutsche Truppenangehörige erschossen, nachdem sie sich ergeben hatten, Lazarettschwestern wurden vergewaltigt und ermordet.
Der Richter bei der 333. Infanteriedivision Willi Knobloch, der durch Zeugen von russischen Greueltaten in Grischino erfahren hatte, nahm den Tatort nach der Rückeroberung durch deutsche Truppen persönlich in Augenschein. "Ich habe z.B. in einem Haus liegende Frauen mit gespreizten Beinen gesehen. Nach den Uniformteilen waren es offenbar Rote-Kreuz-

Schwestern gewesen, denen man teilweise in einer geradezu viehischen Weise Brüste abzuschneiden versucht hatte."
Im richterlichen Abschlußbericht über Völkerrechtsverletzungen an volksdeutschen Zivilisten und Reservisten in der polnischen Provinz Posen heißt es:
"Ganze Familien sind ausgerottet worden, die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen z.B. vor den Augen ihrer Angehörigen und anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden ...
Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren."
Auch in Frankreich wurden deutsche Soldaten, die längst aufgegeben hatten, exekutiert. In den WUSt-Denkschriften über "Tötungen und Verwundungen Wehrloser" belegt beispielsweise die Aussage des Schützen Wilhelm Ermlich die Erschießung von vier Landsern, "obwohl wir mit erhobenen Händen dastanden". Ermlich überlebte, weil er sich fallen ließ und unter den Leichen seiner Kameraden mit einem Schuß in den Oberschenkel davonkam.
In den WUSt-Akten über das Seegefecht vor der norwegischen Hafenstadt Narvik im April 1940 sind völkerrechtswidrige Angriffe durch Engländer auf Schiffbrüchige belegt. Der Maschinenobergefreite Heinz Backus vom deutschen Zerstörer "Erich Giese" will selbst gesehen haben, "wie ein Kamerad im Wasser von einem Schuß getroffen wurde und plötzlich den Kopf sinken ließ und nicht mehr weiterschwamm". Die Flüchtenden waren fassungslos, "da wir selbst drei Tage zuvor ... zwanzig treibende Engländer gerettet haben".
Unter Eid bezeugten Soldaten, wie Fallschirmjäger, die im Mai 1941 bei Castelli auf Kreta gelandet waren, verstümmelt wurden: "Ein Zivilist rollte den Feldwebel von mir herunter, nahm ein Dolchmesser und stach auf ihn ein. Ich habe mit eigenen Augen sehen müssen, wie er dem Feldwebel die Augen ausstach. Er stach erst einmal daneben, beim zweiten Mal traf er mitten hinein. Er drehte das Messer zwei bis dreimal in der Augenhöhle herum und zog es dann heraus. Mit dem anderen Auge machte er es genauso."
Rund 4.000 derartige "Fallkomplexe" sind in den 226 verfügten Aktenbänden der Wehrmacht-Untersuchungsstelle enthalten. Nur ein Band davon allerdings behandelt Rechtsverstöße deutscher Truppen und zusammenhängend auch nur einen einzigen solchen Fall -- die britische Anschuldigung nämlich, Soldaten der Wehrmacht hätten im April 1943 in Nordafrika drei wehrlose britische Kriegsgefangene erschossen. Nach einem halben Jahr teilte der Oberbefehlshaber Süd jedoch mit, der Vorfall lasse sich nun "nicht mehr aufklären".
"Einige tausend Berichte" betreffen die Tötung deutscher Kriegsgefangener, vor allem zurückgelassener Verwundeter an der Ostfront. Sie verdeutlichen "in aller Schärfe", schließt de Zayas, "mit welcher Grausamkeit die deutsche Aggression beantwortet wurde" -- beispielhaft dafür die Fälle Broniki und Feodosia.
Am 1. Juli 1941, der Krieg gegen Rußland hatte gerade acht Tage vorher begonnen, gerieten auf der Straße Klewan - Broniki in der Ukraine etwa 180 deutsche Soldaten meist unverwundet in sowjetische Gefangenschaft. Einen Tag später, auf dem weiteren Vormarsch, wurden 165 von ihnen erschossen aufgefunden.
Was geschehen war, schilderte ein Oberschütze, der fliehen konnte: "Die Russen nahmen uns alles, was wir besaßen, ab, Ringe, Uhren, Geldbeutel, die Abzeichen von der Uniform, schließlich zogen sie uns Rock und Hemd und Schuhe und Strümpfe aus. Sie fingen danach an, die einzelnen Gruppen mit Handgranaten und Gewehrfeuer zu vernichten."
Die Untersuchung des Falles Broniki und anderer ähnlicher Fälle gab bald Anlaß zu der Vermutung, daß die Erschießung deutscher Kriegsgefangener womöglich auf höheren Befehl er-

folgte, zumindest war sie, belegt de Zayas anhand der Akten, "keine Einzelerscheinung". So lautete etwa ein erbeuteter Operationsbericht des Stabs der 26. sowjetischen Division vom 13. Juli 1941: "Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden."
Funkspruch von Rosa an Salut auf Welle 2.333 Kilohertz am 7. Juli 1943, 11.45 Uhr: "Gefangene haben wir keine. Alle wurden vernichtet."
Ein gefangener russischer Leutnant sagte dazu aus: "In der Behandlung wird scharf unterschieden zwischen denen, die sich ergeben, und denen, die erst nach dem Kampf in sowjetische Hände fallen. Erstere werden gut behandelt, letztere können ohne Befehl sofort erschossen werden."
Aber es gab wohl auch andere Regeln: "... haben wir drei Panzerschützen gefangengenommen, die aber erschossen wurden, da es an Zeit fehlte, sie mitzunehmen." Oder: "Beim dritten ist es nicht gelungen, Aussagen zu erhalten. Wir mußten ihn erschießen."
Ungeklärt blieb, ob es einen Stalin-Befehl gab, "daß keine deutschen Gefangenen mehr gemacht werden dürfen", wie ein russischer Kriegsgefangener im Dezember 1941 zu Protokoll gab, oder ob eine Stalin-Rede am 7. November jenes Jahres auf dem Roten Platz in Moskau ("Für die völlige Vernichtung der deutschen Eindringlinge. Tod den deutschen Okkupanten") lediglich so interpretiert wurde, als habe Stalin damit auch die Tötung von Kriegsgefangenen angeordnet. "Ein zweifelsfrei originaler Wortlaut" Stalins dazu liegt, so die Nachforschungen von de Zayas, nicht mehr vor.
Was immer Stalin gesagt oder gemeint haben mag -- kurz nach seiner Moskauer Rede Anfang Januar 1942 brachten in Feodosia Rotarmisten schwerverwundete Deutsche gleich scharenweise um.
Am 28. Dezember 1941 waren starke sowjetische Streitkräfte auf der Halbinsel Kertsch gelandet. Sie zwangen die deutschen Truppen zum Rückzug auch aus der Stadt Feodosia. Dabei mußten etwa 160 Schwerverwundete im Feldlazarett Feodosia zurückgelassen werden.
Als die Stadt am 18. Januar 1942 wiedererobert wurde, lebte von ihnen keiner mehr. Sie waren erschossen oder aus dem Fenster geworfen oder mit Wasser übergossen worden und erfroren. Viele waren, offenbar bei lebendigem Leib und bei 15 bis 20 Grad Kälte, ans Ufer in die Brandung des Schwarzen Meeres gelegt worden.
Die Ermittlungen der Wehrmacht-Untersuchungsstelle dauerten nahezu zwei Jahre und ließen keinen Zweifel am Hergang des Massakers, das jedenfalls nicht durch "eine Kette von bedauerlichen Irrtümern" (de Zayas) verursacht worden war wie, auf einem anderen Kriegsschauplatz, die Versenkung des deutschen Lazarettschiffs "Tübingen" durch zwei britische Bomber am 18. November 1944 bei Pola in der Adria.
Die "Tübingen", von den Engländern als Lazarettschiff anerkannt, war bei klarem und ruhigem Wetter von Bombern vom Typ "Boston 3" mit Raketenbomben und Bordwaffen angegriffen worden und sank binnen zwanzig Minuten. Es gab vier Tote und 16 Verwundete.
Das britische Luftwaffenhauptquartier im Mittelmeer telegraphierte nach London: "Der Zwischenfall war das Ergebnis einer merkwürdigen Mischung von Unglück und Dummheit", von, so das Original, "bad luck and stupidity".
Ob es sich mal um Kopflosigkeit, mal um Tücke handelte -- was immer die Wehrmacht-Untersuchungsstelle prüfte und de Zayas in deren Akten fand, erreichte, "bei aller Grausamkeit im Einzelfall", doch nirgends "die Ebene des organisierten Völkermords", wie Professor Dietrich Rauschnigg, Direktor des Göttinger Universitäts-Instituts für Völkerrecht, an dem de Zayas arbeitete, in einem Vorwort festhielt: "Ein Vergleich mit dieser Dimension verbietet sich."
Auch de Zayas will seine Veröffentlichung keineswegs als "Anrechnung gegen Holocaust" verstanden wissen und wendet sich vorsorglich gegen "Beifall von der falschen Seite". Aber:

"Wenn das nun mal alles so stimmt, muß man auch darüber reden können."<<

18.02.1980

DDR: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 18. Februar 1980 über die Konsumgüterversorgung in der DDR (x073/271): >>... "Aushalten und Durchstehen": daran haben sich die Bürger ... in 30 Jahren DDR durchaus gewöhnt. Man weiß längst, daß die beste Qualitätsarbeit nie auf den heimischen Markt kommt.

Beliefert wird in der Regel in dieser Reihenfolge: Armee, NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, also westliche Länder), Sowjetunion, SW (sozialistisches Wirtschaftsgebiet), DDR. Mit anderen Worten: die DDR-Betriebe liefern ihre beste Qualitätsware ... für den West-Export oder in die Sowjetunion, sieht man einmal von der Armee ab.<<

28.02.1980

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.

Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<

14.04.1980

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1980) berichtet am 14. April 1980 über das Buch "Flucht und Vertreibung" der deutschen Publizisten Frank Grube und Gerhard Richter: >>**Nichts vergessen, nichts verzeihen**

Vertreibung und Verfolgung der Deutschen aus dem Osten

Über das Stoppelfeld rollen die Soldaten der Wehrmacht nach Polen hinein, und Bauern aus der Gegend, Volksdeutsche, sind mit ihren Frauen und Kindern gekommen, sie zu empfangen -- mit deutschem Gruß. Das Bild steht am Anfang, Herbst 1939.

Am Ende, hoffnungslos, zu Tod erschöpft, die Füße in der Gosse, sind Mutter und Kind an einem Berliner Straßenrand über ihrem Handwagen zusammengesunken, in dem sie ihr bißchen Fluchtgepäck aus dem Osten hergekarrt haben, Mai 1945.

Es begann mit einer großdeutschen Ostpolitik "im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" und damit, im eroberten Ostland die "rassisch fremden Elemente abzukapseln oder sie überhaupt kurzerhand zu entfernen". Adolf Hitler: "Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl, so ungefähr, darauf wird es hinauslaufen."

Zum Schluß wurde abgerechnet, da hatte "die Stunde der Vergeltung für die Qualen und Leiden, für die verbrannten Dörfer und zerstörten Städte, Kirchen und Schulen, für die Verhaftungen, Lager und Erschießungen, für Auschwitz, Majdanek, Treblinka, für die Ausrottung des Gettos" geschlagen, Manifest des nationalen polnischen Befreiungskomitees, Juli 1944.

Qual und Leid traf nun die anderen. "Zorn und Haß", so die sowjetische "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges", "glühten in den Herzen der Soldaten, als sie die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen betraten." Es waren Soldaten wie

die des 252. Gardeschützenregiments, 158 darunter, deren Familienangehörige von den Deutschen gequält oder ermordet worden waren, 56, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162, deren Angehörige obdachlos gemacht, 293, die ihrer häuslichen Habe beraubt worden waren.
Das Pendel der Gewalt schlug zurück, als die hereinbrachen, "diese prachtvollen, tapferen Kerle, die doch nur der Wodka um den Verstand gebracht hat", wie der damalige Sowjetoffizier Lew Kopelew, heute Sacharow-Freund und Dissident, sie beschrieb, Kerls, die bloß "Uhr" sagen konnten und "Frau komm", die nur "Hoppla, eine Fritzin, eine Hündin" zu sehen brauchten, dann gab es gleich "aus der MP eine Garbe quer über den Rücken".
Alexander Solschenizyn, Hauptmann der Roten Armee, schrieb: "Alles schlicht nach der Parole: Nichts vergessen, nichts verzeihen, Blut für Blut. Und Zahn für Zahn. Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, und die Weiber -- Leichen bald."
Die Soldaten aber fragten: "Na, und die Fritzen, was haben die getan?"
Was getan und angetan und heimgezahlt wurde, wie eine gnadenlose Politik der Härte die Antwort durch Gnadenlosigkeit erhielt: Der Exodus der Deutschen aus dem Osten, vieler Flucht, mancher Rückkehr, aller Vertreibung, ist in Bild und Wort von zwei Hamburger Publizisten noch einmal aufgegriffen und durch Texte kompetenter Autoren wie Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit]"), Arno Surminski ("Kudenow oder an fremden Wassern weinen") und Alfred Maurice de Zayas, amerikanischer Völkerrechtler (SPIEGEL 4/1980), ergänzt worden.
Frank Grube, Jahrgang 46, und Gerhard Richter, Jahrgang 45, die beide Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie in Hamburg studierten und vergangenes Jahr bereits mit dem ... Buch "Die Schwarzmarktzeit" Zeitgeschichte einprägsam zu rekapitulieren verstanden, haben in ihrem neuen Buch, das im letzten Monat erschienen ist, auf alles peinliche Vertriebenenpathos verzichtet und die Folgen nicht von den Gründen getrennt, die Zeche, die Schlesier und Pommern, Brandenburger und Sudetendeutsche, Ost- und Westpreußen zahlen mußten, nicht von der Schuld, die auch in ihrem Namen aufgehäuft worden war.
Flucht und Vertreibung begannen nicht erst, als am 20. August 1944 östlich von Schillfelde ein russischer Spähtrupp über den Grenzfluß Scheschuppe ging und der Krieg Ostpreußen erreichte. Fünf Jahre zuvor, im Dezember 1939, waren binnen 17 Tagen als erste Rate 90.000 Polen aus dem ehemals und nun wieder deutschen Warthegau und Westpreußen nach Osten in das Generalgouvernement abtransportiert worden -- Hunderttausende mußten folgen, doch nicht alle kamen ans Ziel.
Denn lediglich "die primitiven Polen", so eine Anweisung von Reinhard Heydrich, Chef der Deutschen Sicherheitspolizei, waren "als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern" und sollten "aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau umgesiedelt", die Angehörigen der polnischen Führungsschicht dagegen "unschädlich gemacht" werden.
Laut Hitler war sogar "unbedingt zu beachten", daß es fortan "keine polnischen Herren geben" dürfe; die sollten, "so hart das klingen möge, umgebracht werden".
Polen galten als beliebig verwendbares oder auch untaugliches Menschenmaterial: Insgesamt 500.000 wurden aus den einverleibten Reichsgebieten ins Generalgouvernement getrieben, mehr als eine Million aus dem Generalgouvernement als "Fremdarbeiter" zurück ins Reich deportiert. 4,5 Millionen Polen kamen um, eine "ungeheure Haßstimmung" meldete Generalgouverneur Hans Frank seinem Führer.
Und "Erschießen, Aussiedeln usw.", so ein deutsches Dokument, war auch die Parole, als es von Finnland bis zum Schwarzen Meer weiter vorwärts ging, dorthin, wo Heinrich Himmler "einen Pflanzgarten germanischen Blutes" anlegen, Joseph Goebbels sich "so richtig in die Wiesen der Welt hineinsetzen und grasen" wollte.
All das war es, was auf Danziger und Königsberger, Stettiner und Stargarder, Breslauer und

Schweidnitzer schließlich zurückschlug, was an die zwölf Millionen Deutsche in den Ostgebieten, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern, in denen sie als Minderheit hatten leben können, die Heimat, was mehr als zwei Millionen darüber hinaus bei Flucht und Vertreibung das Leben kostete.

Die ersten, die im Treck nach Westen zogen, waren im Sommer 1944 die 120.000 Memeldeutschen, die allerdings, so glaubten sie, nur "provisorisch" evakuiert worden waren, nachdem an der baltischen Front die sowjetische Offensive begonnen hatte. Denn weiter als bis Memel, so verhieß die Propaganda, konnten die russischen Armeen gar nicht kommen: An den Panzergräben des Ostwalls sollte ihnen endgültig Halt geboten werden.

Zwar schlug General Friedrich Hoßbach, Oberbefehlshaber der Vierten Armee, die vorbeugende Evakuierung wenigstens des östlichsten Ostpreußen schon im August vor, doch die politische Führung verbot solchen "Defaitismus", bis es zu spät war:

Am 16. Oktober traten fünf sowjetische Armeen auf einer Breite von 140 Kilometern zum Generalangriff auf Ostpreußen an und ließen sich durch keinen Panzergraben aufhalten, und was sich nun zutrug, charakterisierte der amerikanische Diplomat George F. Kennan später knapp so: "Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat."

Evakuierungsbefehle ergingen kurzfristig in den Kreisen Schloßberg, Goldap und Gumbinnen, aber an geordneten Abzug war weder dort noch in Tilsit, Ragnit oder Angerapp zu denken. Drei Tage nach Beginn der Offensive war die Rote Armee bis über Nemmersdorf hinaus in Reichsgebiet eingebrochen; dann gelang es einem deutschen Gegenangriff, Teile des verlorengegangenen Gebiets zurückzugewinnen und eine neue Abwehrfront an der Rominte aufzubauen.

Was unterdes in Nemmersdorf geschehen war, wurde den Menschen in Ostpreußen bald "zum Inbegriff unaussprechlicher Angst" und beschleunigte "die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und der Pommern", wie Koautor de Zayas schon in einer früheren Untersuchung ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen") festgehalten hatte.

Aussage von Generalmajor Erich Dethleffsen, seinerzeit Generalstabschef der Vierten Armee: "Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Gr. Waltersdorf ... die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - z.T. unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt."

Eidliche Erklärungen von Oberleutnant Heinrich Amberger, Kompaniechef im Korps "Hermann Göring", über Nemmersdorf: "Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Lauf der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet worden, sondern planmäßig ermordet waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."

So oder ähnlich war auch, was etwa in Metgethen, einem Vorort von Königsberg, in Goldap, Tutteln oder Girnen passierte, und die Berichte und Gerüchte davon gaben überall das Signal: Rette sich, wer kann. Mancher, der nicht rechtzeitig entkommen konnte, machte sich auf andere Weise davon: Die Zahl der Selbstmorde stieg "geradezu erschreckend".

Drei Monate hatte die Front gehalten, dann, Mitte Januar 1945, gingen die sowjetischen Truppen erneut zum Angriff über. Allenstein und Rastenburg fielen, Sensburg und Rössel. Nach wenigen Tagen waren alle Bahnlinien ins Reich unterbrochen, und am 26. Januar wurde Ostpreußen durch einen russischen Vorstoß bis nach Elbing vom Westen abgeschnürt.

Flucht war nun nur nach Norden möglich, zum Frischen Haff und hinüber zur Nehrung an die Ostsee, wo Hoffnung bestand, sich in Pillau auf einem Schiff in Sicherheit bringen zu lassen. Doch das Eis des Haffs war trotz klirrender Kälte brüchig und durch Bombentrichter zerspalten. Mitunter mußten die Flüchtlinge bis zum Knie im Wasser sich dahinschleppen, zudem waren sie schutzlos den Angriffen von Tiefffliegern ausgesetzt.
"Die Bomben schlugen Löcher", schilderte eine Bauersfrau aus Großroden, "und ganze Reihen von Wagen gingen unter. Wir hatten keinen Lebensmut und warteten sehnsüchtig auf den Tod." Drei Kilometer, höchstens fünf, kamen die Trecks am Tag voran.
Zur selben Zeit wie die Ostpreußen hatten sich auch die Deutschen aus Westpreußen, aus Graudenz und Thorn, aus Bromberg und Posen vor dem heranrückenden Feind auf die Beine gemacht, unter ihnen 300.000 Volksdeutsche, die zu Kriegsbeginn aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien und Bessarabien gerade erst "heim ins Reich" geholt worden waren. Sie alle hatten sich eben bis nach Danzig und Ostpommern abgesetzt, als die Sowjets schon die Odermündung bei Stettin erreichten und auch ihnen der Fluchtweg weiter nach Westen abgeschnitten war. So blieb für sie ebenfalls nur der Weg über die Ostsee noch offen.
Und tatsächlich: In einem Unternehmen, das sich, so der amerikanische Historiker Philip K. Lundeberg, "als der erfolgreichste Abzug über See in der modernen Geschichte erwies", wurden in den letzten 115 Tagen des Krieges auf 700 Schiffen, Fähren und Schleppern mindestens zwei Millionen Menschen im Pendelverkehr nach Westen evakuiert. Chef der Operation - die Verluste blieben unter ein Prozent - war Konteradmiral Conrad Engelhardt, der Seetransportchef der Wehrmacht.
Absprungbasis waren alle Häfen der Danziger Bucht, und Engelhardt schickte selbst beschädigte oder erst halbfertige Schiffe auf die Reise. Er ließ seine Einschiffungsoffiziere rigoros durchgreifen, wo Parteiprominenz ihren Hausrat oder Stäbe ihre ganzen Akten auf die Kähne verladen wollten, und in den ersten Tagen des "Unternehmens Rettung" meinte die Partei noch, den Strom der Flüchtlinge kontrollieren und Billets ausgeben zu müssen.
Schließlich pferchte man "auf einen Quadratmeter vier Menschen -- und das auf offenem Deck und ohne Priorität", so in einem Kapitel des Buches der Experte Fritz Brustat-Naval. Und wurden unterwegs Kinder geboren, bekamen sie den Namen ihres Schiffes als Zunamen, zum Beispiel "Erika-Ubena".
Gestorben wurde auch. Die "Neuwerk" verlor nachts zwischen Pillau und Hela ihr Geleit, kam vom Zwangsweg ab und geriet deutschen Schnellbooten vor die Rohre, die ein russisches Schiff vor sich glaubten und die "Neuwerk", die das Erkennungssignal nicht erwidert hatte, versenkten. Von den über tausend Frauen, Kindern, Eisenbahnern und Sanitätsgästen an Bord überlebten nur drei.
Die höchsten Verluste gab es beim Untergang von drei Schiffen, der "Wilhelm Gustloff", der "Steuben" und der "Goya", die zusammen 16.000 Menschen mit sich in die Tiefe rissen.
Das "Kraft durch Freude-Flaggschiff "Wilhelm Gustloff", für 1.500 Fahrgäste eingerichtet, sank mit vermutlich über 6.000 Menschen an Bord innerhalb einer knappen Stunde durch drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S 13 am späten Abend des 30. Januar 1945 etwa auf der Höhe von Stolpmünde. 838 Überlebende wurden aufgefischt.
Elf Tage später erledigte das U-Boot S 13 vor der Danziger Bucht mit zwei Torpedos auch den Verwundetentransporter "Steuben" mit 2.000 Flüchtlingen und 2.500 Verwundeten unter und auf den Decks. Deutsche Kriegsschiffe konnten 600 von ihnen retten.
Am 16. April schließlich erwischte das russische U-Boot L 3 den 5.000-Tonner "Goya" auf der Fahrt von Hela nach Kopenhagen. Das Schiff, das von der Detonation förmlich hochgehoben wurde, zerbrach in zwei Teile und sank nach wenigen Minuten. Über 6.000 Menschen waren an Bord, darunter die Reste eines Panzerregiments; nur 183 kamen mit dem Leben davon.

Zu Schiff, zu Fuß, mit Pferdewagen, Schlitten, Handkarren zu fliehen, war vor allem den Ostpreußen auferlegt. Aus Schlesien, wo die erste große Fluchtwelle um den 19. Januar 1945 losbrach, kamen die meisten mit der Bahn und in Omnibussen davon. Aus Breslau allerdings konnten nicht alle per Zug evakuiert werden. Über 100.000, meist Frauen, mußten die Stadt bei Temperaturen um minus 15 Grad zu Fuß verlassen - Lautsprecherdurchsage am 20. Januar: "Frauen und Kinder verlassen die Stadt zu Fuß in Richtung Opperau - Kanth."
Rund zwölf Millionen Deutsche, so ist errechnet worden, waren östlich der Oder-Neiße-Linie zu Hause gewesen. Als der Krieg in die letzten Wochen ging, hatte sich etwa die Hälfte von ihnen auf den Weg in den vermeintlich rettenden Westen gemacht. Doch wohin sie auch immer in Mecklenburg oder Sachsen oder noch weiter gerieten - der Krieg blieb ihnen auf den Fersen.
So war Dresden mit 600.000 Flüchtlingen aus Schlesien vollgestopft, die wohl alle dachten, bald zurückkehren zu können, als am 13. und 14. Februar britische und amerikanische Bomber ihre Fracht auf die Stadt abwarfen und P-51-Jäger die auf den Elbwiesen kampierenden Flüchtlingstrecks im Tiefflug attackierten. Und ähnlich wie in Dresden, wo es schätzungsweise über 200.000 Todesopfer gab, war es in anderen Städten, die als Zuflucht hatten dienen sollen.
"Die längste und verlustreichste Phase" (Völkerrechtler de Zayas) des langen Marsches stand aber erst noch bevor. Kaum war der Krieg endlich verloren, da machten sich die Trecks vielerorts wieder gen Osten auf: Da sie ihre Heimat vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne -- in Sachsen, Mecklenburg, Brandenburg, Westpommern - dem sowjetischen Regime entkommen zu sein, wollten diese Flüchtlinge lieber daheim erleben, was nun kommen würde.
Schätzungsweise 1,1 Millionen waren so bis Juli 1945 wieder zurückgekehrt, die meisten nach Schlesien, die wenigsten nach Ostpreußen. So erfuhr der Bauer Paul Ewert aus Montauerweide, Kreis Stuhm in Westpreußen, der auf seiner Flucht bis Lauenburg in Pommern gekommen war, bis sein Treck von russischen Truppen überrollt wurde, daß nun, Mitte Mai schon, "Güterzüge über Lauenburg, Neustadt, Danzig, Thorn nach Rußland führen und Flüchtlinge in die Heimat mitnähmen".
Für zehn Reichsmark gab es bei der russischen Kommandantur einen Ausweis, und ab ging's: Von ursprünglich 362 Einwohnern kehrten bis zum Sommer 97 Leute aus Montauerweide dorthin zurück.
Längst nicht alle kamen so glatt heim wie Bauer Ewert. Manche Rückkehrer waren Wochen und Monate unterwegs -- zu Fuß, weil noch keine Züge fuhren und es auch keine Pferde mehr gab, die man vor den Panjewagen hätte spannen können. Und wer dann doch ans Ziel kam, mußte am nächsten Morgen zur Zwangsarbeit antreten oder wurde gar in die Sowjet-Union deportiert - "Reparationsverschleppte", so die amtliche Bezeichnung.
Für sie alle aber, die es entweder auf sich genommen hatten, zu bleiben und sich, mit welchen Folgen auch immer, von der Roten Armee überrollen zu lassen, oder die es geschafft hatten, her und wieder hin zu flüchten, dauerte das bißchen Glück in Heimat und Frieden nur kurze Zeit.
Denn wie einst Hitler die Polen aus Warthegau und Westpreußen gejagt hatte, so bestanden nun die Polen darauf, innerhalb ihrer neuen Grenzen keine Deutschen dulden zu müssen, und auch die Tschechoslowaken wollten es nicht länger mit deutschen Minderheiten in ihrem Land zu tun haben. So wurde auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli 1945 protokolliert, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Einerseits stimmten in Potsdam die drei Sieger überein, "daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll", und Winston Chur-

chill, britischer Premier, hatte schon vorher gemeint: "Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."
Andererseits waren, als sich Churchill, Josef Stalin und der amerikanische Präsident Harry S. Truman in Potsdam zusammensetzten, die Vertreibungen bereits in vollem Gang, und die Verhältnisse waren auch nicht so, wie Churchill angenommen hatte.
Während hier noch Deutsche auf dem Treck zurück nach Osten waren, zogen da Trecks von Vertriebenen schon wieder westwärts nach Berlin und Dresden und Leipzig. Während in Potsdam noch am Vertreibungsprotokoll gearbeitet wurde, lief - am 27. Juli 1945 - im Berliner Westhafen ein Schiff mit 300 Deutschen ein. Sie waren - "ein Gepäckstück in jeder Hand" - aus dem tschechoslowakischen Brünn ausgewiesen und in Richtung Österreich in Marsch gesetzt worden.
Obwohl angesichts dessen in Potsdam deklariert wurde, "weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung" erst einmal einzustellen, ging die Vertreibung ohne Unterbrechung weiter. Und allerdings auch ohne Rücksicht auf Verluste, so daß General Eisenhower am 18. Oktober 1945 nach Washington ("top secret") telegraphieren mußte: "Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung."
Unter dem 12. Oktober 1945 verfaßte Robert Murphy, politischer Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, ein Memorandum, in dem es hieß:
"Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte." Denn: "Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir ... an Methoden (beteiligt) gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben." ...<<

25.04.1980

Iran: Am 25. April 1980 scheitert die militärische Befreiung der US-Botschaftsangehörigen, die man seit November 1979 in der US-Botschaft in Teheran als Geiseln festhält, um ein hohes Lösegeld zu erpressen.
Die US-Botschaftsangehörigen werden schließlich später gegen Zahlung des geforderten Lösegeldes (stammt aus dem beschlagnahmten Guthaben des iranischen Schah-Regimes) freigelassen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran (x068/353-354): >>Am 8. September 1978, dem schwarzen Freitag von Teheran, schossen Soldaten des Schahs Hunderte, wenn nicht Tausende von Moslems nieder, Khomeini-Demonstranten.
Präsident Carter bot aus Camp David dem Partner Unterstützung an. Doch am 16. Januar nächsten Jahres wird der Schah gestürzt und am 1. April die Islamische Republik ausgerufen. Die Beziehungen der USA zu ihr verschlechtern sich ständig. Am 1. November kommt es in Teheran zu schweren antiamerikanischen Demonstrationen von Hunderttausenden vor der amerikanischen Botschaft.
Am 4. November besetzen sie demonstrierende Studenten und nehmen 60 Botschaftsangehörige als Geiseln fest. Präsident Carter geht mit diversen Sanktionen vor, schickt im Februar auch Kriegsschiffe und Marineinfanterie und bricht am 7. April die diplomatischen Beziehungen ab. Am 25. April aber mißlingt der Versuch, die Geiseln nach einem Landeunternehmen durch eine Blitzattacke zu befreien.
Als Carter das Scheitern in Teheran vor den Fernsehkameras am frühen Morgen des 26. April 1980 eingestehen mußte, war sein politisches Schicksal im Grunde entschieden. Peinlicher als alles bei diesem ganzen Vorgang wirkte vielleicht das Versagen auf einem Gebiet, auf dem die Amerikaner seit langem sich am stärksten fühlten, dem der Technik: drei von acht Hub-

schraubern fielen bereits zu Beginn der Aktion wegen technischer Defekte aus. So überwies Carter schließlich für die Freilassung der 52 Amerikaner 12 Milliarden Dollar aus eingefrorenen iranischen Konten.
Doch als die Geiseln eintrafen, war er schon nicht mehr im Amt.<<

April 1980

BRD: Bundestagspräsident Richard Stücklen (1916-2002, von 1949-1990 CSU-Abgeordneter des Bundestages) würdigt im April die Leistungen und Loyalität der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/478): >>Die Tatsache, daß Millionen Deutsche, die ihre angestammte Heimat verloren haben und dann im Westen mit Tatkraft und Besonnenheit die Bundesrepublik mit aufgebaut und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung errichtet haben, ist eine Leistung von außerordentlicher geschichtlicher Bedeutung. ...<<

23.05.1980

BRD: Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken stellt am 23. Mai 1980 in der sog. "Bonner Erklärung" fest (x025/224): >>... (daß sich die Bundesrepublik Deutschland) kein Stillhalten und auch nicht den Versuch des Wegduckens unter den Stürmen der Weltauseinandersetzung leisten kann. Friede und Freiheit sind nicht dadurch zu bewahren, daß man andere handeln läßt.<<
Die "Augsburger Allgemeine" berichtet am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.
Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<

19.07.1980

BRD: Bundespräsident Karl Carstens spricht am 19. Juli 1980 anläßlich des 30. Jahrestages der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart (x028/190): >>Unser Volk ist weiterhin geteilt. Der Weg, bis wir jenen Zustand des Friedens in Europa erreichen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, ist lang und er ist mühsam. Von uns Deutschen sind auf diesem Weg bereits viele Opfer erbracht worden.
Wir haben sie gebracht in der Hoffnung und mit dem Ziel vor Augen, daß eines Tages die Grenzen in Europa ihre die Menschen trennende Bedeutung verlieren. An dieser Hoffnung halten wir fest. Dabei ist uns die Bewahrung des Friedens ein höchstes Gut. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die Einhaltung der am 5. August 1950 verkündeten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x021/478): >>... Drei Jahrzehnte später ist festzustellen: Die Vertriebenen haben ihr Wort gehalten, daß sie damals gaben. Sie haben für den Wiederaufbau Deutschlands geschuftet und das neue Europa mitgeschaffen. Sie haben Frieden gehalten und von dem jungen Staat nicht mehr verlangt, als er ihnen geben konnte. Die politische Disziplin war eines der Fundamente der inneren Stabilität, der die Bundesrepublik ihren Wohlstand, ihre Freiheit und ihr internationales Ansehen verdankt.<<

21.07.1980

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichtet am 21. Juli 1980 über die fehlende gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik Europas (x149/246): >>Spätere Historiker werden zweifellos erstaunt sein, daß 35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 200.000 US-Soldaten auf europäischem Boden stationiert waren, um einen reichen und wirtschaftlich machtvollen Kontinent mit 350 Millionen Einwohnern zu verteidigen.

Auch könnten sie sich verwundert fragen, warum die zwei eigenständigen Atommächte Westeuropas, nämlich Großbritannien und Frankreich, sich niemals um eine gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik bemüht haben.
Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Es fehlte der gemeinsame politische Wille. Demzufolge blieb Westeuropa zu seiner Verteidigung immer noch auf das strategische Atompotential der USA angewiesen.
Diese Abhängigkeit wird von vielen Europäern als besonders bittere Qual empfunden, da sie noch zu einer Zeit fortbesteht, in der die Undurchdringbarkeit des atomaren Schutzschildes der Amerikaner so brüchig geworden ist wie niemals zuvor.
Der rapide Aufbau der sowjetischen Nuklearrüstung hat zu der unabweisbaren Frage geführt, ob die Regierung in Washington jemals Chicago zugunsten Hamburgs aufs Spiel setzen würde.
Vor zwei Jahren hat Präsident Jimmy Carter gegenüber den Chefs der übrigen 14 NATO-Mitgliedsländer erklärt: "Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, alle notwendigen militärischen Mittel für die Verteidigung des Gebiets der NATO einzusetzen."
Diese politische Absichtserklärung gilt weiterhin, aber in Europa wächst der Zweifel, ob die USA dieser Verpflichtung nachkämen, wenn einmal sowjetische Truppen die Grenze zu Westdeutschland überschreiten sollten.
Auch wenn diese Furcht übertrieben ist, so erkannte doch Henry Kissinger dieses Dilemma ... (als er 1979) den europäischen Verbündeten nahelegte, sie sollten für ihre eigene Verteidigung sorgen, Abschreckungswaffen dabei eingeschlossen. ...<<

11.08.1980

China: Die Pekinger Zeitungen melden am 11. August 1980 das Ende des Mao-Kults in China (x297/212): >>... Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei hat heute in Peking praktisch das Ende des Personenkultes um den verstorbenen Parteiführer Mao Tsetung verkündet.
Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, hat das Zentralkomitee eine Direktive erlassen, wodurch der Bau von neuen Gedenkstätten zu Ehren Maos und anderer Persönlichkeiten verboten wird. Die Zahl von Bildern Maos und Inschriften seiner Worte an öffentlichen Plätzen soll streng beschränkt werden.<<

05.10.1980

BRD: Während der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<

15.10.1980

Brasilien: Gustav Wagner (1911 in Wien geboren, der "Todesengel von Sobibór") bringt sich am 15. Oktober 1980 eigenhändig um.
Wagner beteiligte sich in Sobibór und Treblinka persönlich an den Selektionen. Wagner entkam mit Hilfe des Vatikans nach Brasilien. Er wurde dort zufällig enttarnt und 1978 verhaftet. Da Brasilien alle Auslieferungsanträge ablehnte, entging Wagner einer Verurteilung.

04.11.1980

USA: Ronald Reagan (1911-2004, Parteimitglied der "Republikaner") wird am 4. November 1980 zum 40. Präsidenten der USA gewählt.

05.11.1980

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

31.12.1980

BRD: Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski (1934 in Ostpreußen gebo-

ren, Ende 1945 vertrieben) berichtet im Jahre 1980 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x039/72): >>... Warum nicht schweigen? Warum setzen wir uns 35 Jahre danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? ...
Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des 2. Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet.
Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. ... Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. ...
Was damals geschah, spielte sich außerhalb der geläufigen Denkkategorien ab. Noch heute stehen die Überlebenden fassungslos davor. Wir dürfen deshalb nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen. Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.<<
Iran: Der iranisch-irakische Grenzkrieg (1. "Golfkrieg" von 1980-1988) spaltet das arabische Lager und führt zu einer drastischen Reduzierung der Erdölförderung.

1981

>>Schweigen kann die grausamste Lüge sein.<< (Robert L. Stevenson)

28.01.1981
BRD: Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisiert am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

28.02.1981
BRD: Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.
Bei der "Schlacht um Brokdorf" werden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

14.06.1981
DDR: Bei den DDR-Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,86 % der Wähler am 14. Juni 1981 für die Einheitsliste. Die Kandidaten dieser Liste sind nicht frei wählbar und die Sitzverteilung der Volkskammer wird bereits vorher festgelegt.

13.08.1981
DDR: Zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerbaues marschieren am 13. August 1981 in Ost-Berlin Truppen zu einem "Kampfappell" auf.

10.10.1981
BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Oktober 1981 etwa 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

14.11.1981
BRD: Rund 100.000 Teilnehmer demonstrieren am 14. November 1981 gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt am Main.
Am folgenden Tag ereignen sich auf dem Baugelände schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

11.12.1981

DDR: Bundeskanzler Schmidt reist am 11. Dezember 1981 in die DDR.

Während des Staatsbesuches (vom 11. bis zum 13.12.1981) verhängt die polnische Regierung das Kriegsrecht (x101/121).

31.12.1981

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnt im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42

Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.
Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...
Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.
Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.
1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gitter ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."
In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.
Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.
Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet (später im Juli 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**
_ von Daniell Pföhringer
Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.
Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosporus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.
Am Bosporus rechts, im Ruhrgebiet links
Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.
Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten

sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."
Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.
Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.
Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."
USA und NATO machten Druck
Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.
Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp

7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.
Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<
Der evangelische Theologe und Hochschullehrer Georg Huntemann (1929-2014) berichtet im Jahre 1981 in seinem Buch "Die Zerstörung der Person. Umsturz der Werte – Gotteshaß der Vaterlosen - Feministen" (x889/...): >>… Alle wissen es, daß wir heute in einem Traditionsumbruch leben, den man ohne Zögern "gewaltig" nennen kann. Vielleicht kommt da ein ganz neuer, in seinem Denken, Fühlen und Urteilen ganz anderer Mensch auf uns zu!
Zweifellos leben wir in einem Umsturz aller Werte und in einer Auflösung herkömmlicher Ordnungen. Woher kommt das, und wohin führt das? Was ist der Kernprozeß in diesem Umbruch, der uns allen unter die Haut geht? Auf diese Frage will dieses Buch antworten. Hier wird nicht Moral gepredigt, sondern aufgedeckt, warum Moralpredigten sinnlos sind in einer Zeit, in der gerade eben Wert und Sinn des Lebens in die Phase einer Revolution geraten sind. Wer gegen herkömmliche Lebensordnungen revoltiert, will und kann keine Moralpredigten hören! …

1. Kapitel
Umsturz der Werte
– Ursache und Zukunftsfolgen der Moralrevolution
– Im Prozeß der Auflösung

Es war einmal ein christliches Abendland. In diesem christlichen Abendland galten die in der Bibel geoffenbarten Gebote Gottes als absoluter Maßstab, als ein für die ganze Gesellschaft verpflichtendes Ethos. Dieses christliche Abendland war kein Ort moralischer Vollkommenheit. In diesem christlichen Abendland wurden grausame Kriege geführt, Menschen unterdrückt, ausgebeutet und verfolgt. In diesem christlichen Abendland wurde gegen die Gebote Gottes gelebt und gehandelt. Aber niemals, bis in die Neuzeit hinein und dann zunächst nur am Rande, in den Köpfen einiger revolutionärer Philosophen, wurde das biblische Ethos als solches in Frage gestellt.
Die Gebote Gottes waren nicht wegzudiskutierende Maßstäbe des Lebens, sie stellten vielmehr ihrerseits das Tun und Treiben der Gesellschaft in Frage. Der unangefochtene Anspruch eines absoluten, eben biblisch offenbarten Ethos, war eine Kraft, die aus jedem Dilemma wieder zur Verantwortung rief, die das Böse als Böses und Schuld als Schuld offenbarte. Es gab diese letzte Instanz endgültiger Werte, die in der Unordnung zur Ordnung und in der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit rufen konnte. Solange das Gebot Gottes als unfehlbare Autorität galt, solange konnte unsere europäische Gesellschaft durch eine permanente Reformation im-

mer wieder zum ursprünglichen Gehorsam zurückgerufen werden.
Unsere gegenwärtige Situation ist die Auflösung dieser Werte nicht in dem Sinne, daß wir gegen das herkömmliche Ethos leben, sondern daß wir es grundsätzlich verneinen. Diese unheimliche, radikale Verneinung ist neu, wir sind ihre Zeugen, obgleich erstaunlich wenig Bürger in unseren europäischen Ländern sich dieser unverhohlenen Zerstörung biblischer Werte bewußt sind. Dem Zusammenbruch der Werte steht der "Abendländer" hilflos gegenüber, weil er gewissenlos geworden ist.
Wo und wie zeigt sich der Zerfall der Werte? Hierzu einige Beispiele:
Eine ausdrücklich unter Gottes Gebot gestellte Ordnung ist die Familie. Das fünfte Gebot "Du sollst Vater und Mutter ehren" schützt eine Lebensordnung, die nach biblischem Verständnis wichtiger ist als der Staat. Die Geschichte des alttestamentlichen Gottesvolkes zeigt, bevor es die Nation, den Staat oder die Gesellschaft gab, war die Familie: Bevor Israel war, war Abraham.
Vater und Mutter stehen in der unmittelbaren Verantwortung vor Gott für ihre Kinder. Aus dieser Verantwortung empfangen sie ihre Autorität, das Leben ihrer Kinder nach Gottes Gebot zu leiten. Diese gottesunmittelbare Autorität und Ordnung der Familie war seit je ein Bollwerk gegen die Verabsolutierung des Staates.
Diese Autorität der Familie, ihre von Gott gesetzte Ordnung wird heute verneint. Abrahams und Noahs Autorität beruhte auf dem Vertrauen zur Autorität Gottes - deswegen konnte Noah die Sintflut überleben und Abraham der Urvater eines Gottesvolkes werden. Sie setzten ihre Autorität nicht aus sich selbst, sondern empfingen sie von Gott, weil sie auf das Wort Gottes hörten. Der Kampf gegen die Autorität der Familie verneint, daß überhaupt Autorität von Gott empfangen und vor Gott verantwortet werden soll.
Die Verneinung der Autorität der Familie ist aber auch die Verneinung der Freiheit der Familie, sie bedeutet (und will dies auch bewußt) die Auflösung der Familie. Der Familie übergeordnet wird heute die Gesellschaft. Eltern haben nicht mehr die "elterliche Gewalt" (Vollmacht im Sinne einer Gott gegenüber zu verantwortenden Autorität), sondern nur noch ein "Sorgerecht", das sie in der Verantwortung nun nicht mehr gegenüber Gott, sondern gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.
Das Wort Gott, Name oder Inhalt der Gebote, überhaupt ein absolutes Ethos, das man anerkennt, sind aus allen Texten, die heute Regeln menschlichen Zusammenlebens vorschreiben, verschwunden. Diese Gesellschaft verlangt (vgl. den Zweiten Familienbericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975), gegen noch geltendes Recht, "daß die Eltern der einsichtsfähigen Kinder nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und bei Maßnahmen im Rahmen des Sorgerechtes durch verständnisvolle Aussprache eine Einigung mit dem Kinde anstreben".
Was ist unter dieser "Einigung" zu verstehen? Auf alle Fälle müssen die Regeln dieser Einigung dem "sozialen und gesellschaftlichen Wandel", angepaßt sein. Diesem Zweck soll die Wissenschaft dienen. Aber – "da sich die gesellschaftliche Realität im Zeitablauf ständig wandelt und auch die politischen Maßnahmen Veränderungsprozessen unterliegen, kann dieser Erkenntnisprozeß zu keinem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden".
Was also in einer Familie verbindlich zu geschehen hat, sagt eine sich fortwährend ändernde Gesellschaft mit einer sich ebenfalls fortwährend ändernden Erkenntnis der Wissenschaft. Alles ist und bleibt für alle Zeiten im Fluß, heute so, morgen anders. Heute kann die geforderte Einigung mit dem Kinde darin bestehen, daß dem Kind Recht auf sexuelle Selbstverwirklichung eingeräumt wird, und morgen kann dieser Anspruch auf geschlechtliche Verwirklichung die Zulassung homosexueller Praktiken bedeuten.
Man möchte hoffen, daß solche Ansprüche auf Selbstverwirklichung doch wohl übertrieben sind. Die Realität ist aber nun einmal, daß ein vierzehnjähriger Schüler 1979 in Bonn anläß-

lich einer Feier zum "Jahre des Kindes", in Gegenwart des damaligen Bundespräsidenten Scheel und der Ministerin Huber öffentlich folgende Forderung nach Selbstverwirklichung bekundete:
"Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben - mit Erwachsenen, mit Vierzehnjährigen, mit Sechzehnjährigen, mit Achtzehnjährigen, mit Jungen und Mädchen, mit Männern und mit Frauen; es ist egal, welches Geschlecht und wie alt. Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind - wie Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen.
Deshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, deshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, sechs Stunden am Tage irgendeinen Mist zu lernen; da mache ich nicht mehr mit, ich lerne nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt erklären, nur um nicht über eure eigene Kaputtheit nachzudenken.
Ich brauche euch nicht! Ich finde, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, und daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: Zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Das soll man aber nicht tun; nur wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinen Lehrern nicht und noch später seinem Chef nicht.
Für solche Kinder gibt es dann die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selbst am besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner. Entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal, wir sollen vergessen, was wir wollen." (Zitiert von Christa Meves in "Godesberger Resolution. Beiträge, Proteste". Bremer Studienhefte, 1980)
Die Gesellschaft - wir werden noch auf die Bedeutung dieses neuen Abgottes zu sprechen kommen - ist allmächtig und allwissend. Sie selbst kennt keine absoluten Maßstäbe, da sie im ständigen Fluß der Veränderungen lebt und mit ihr Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, Richtig und Falsch.
Je weniger Autorität bei der Familie, um so mehr Macht hat die Gesellschaft. Alle Macht der Gesellschaft - das ist das äußere Kennzeichen einer Moralrevolution, die an jedem Verstoß gegen jedes einzelne der zehn Gebote nachgewiesen werden kann. Moralrevolution ist Entautorisierung des biblischen Gebotes zum Zwecke der Autorisierung des Kollektivs!
Das Gebot "Du sollst nicht stehlen" schützt die von Gott gesetzte Ordnung des Eigentums. Eigentum ist nicht der Gesellschaft, sondern der Familie zugeordnet. Das biblische Gesetz schützt nicht nur das Eigentum, sondern in der mosaischen Ordnung des Sabbat und Jubeljahres soll jeder - auch wenn er sein Eigentum schuldhaft verloren hat - wieder zu seinem Eigentum kommen können. Die Verproletarisierung der Gesellschaft soll nicht sein. Gottes ist die Erde, er hat sie dem Menschen anvertraut - nicht der Gesellschaft, sondern dem einzelnen. Dieser soll zum Bilde Gottes geschaffen in freier, persönlicher Entfaltung seine schöpferischen Kräfte in dem ihm eigenen, d.h. ihm zugeeigneten Schöpfungsbereich, durch sein personales Tätigsein entfalten.
In einem gigantischen Prozeß technokratischer und gesellschaftlicher Revolution spielt sich ein ebenso gigantischer Prozeß der Enteignung des einzelnen ab. Wie weit im industriellen Mammutismus überhaupt noch Eigentum praktizierbar bleibt, ist eine Frage - ob wir aber Eigentum als Gottesgebot und damit als Ziel gesellschaftlichen Lebens trotz aller Widerstände technokratischer Lebensgestaltung bezeugen, zum Sinn und zur Aufgabe eines personalen und freiheitlichen Daseins erheben wollen, ist die andere Frage.
Diese Frage wurde in der Moralrevolution mit Nein beantwortet und praktiziert. Inflation und

steuerliche Konfiskation, industrielle Expansion und Konzentration treiben die Enteignung des Lebens mit eskalierender Geschwindigkeit voran. Die Monopolstellung des Staates in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft weitet sich immer mehr aus:
Nur im Sozialismus vollendet sich die Demokratie - das ist das Grundpostulat der gesellschaftlichen Moralrevolution. Die Fundamentaldemokratisierung der Wirtschaft hat die totale Disparatheit von Einzelverantwortung und Eigentum zum Ziel.
Das Postulat Mitbestimmung erstreckt sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Produktion (vgl. Herbert Marcuse "Repressive Toleranz", 1969, S. 121), sondern auch auf die geistige Tätigkeit, wenn die Aufhebung des Tendenzschutzes verlangt wird und Mitbestimmung in letzter Konsequenz die private Meinungsäußerung in Wort, Bild, Ton und Schrift aufheben will mit dem Ziel, daß eben nicht der einzelne, sondern nur das Kollektiv "schöpferisch" sein darf.
In dieser letzten Konsequenz hätte die Sekretärin, die eine Doktorarbeit mit der Schreibmaschine schreibt, das Mitbestimmungsrecht über den geistigen Inhalt. Wissenschaftliche Arbeit soll der Gruppe zugeordnet werden. Das sind nicht nur gegenstandslose Ängste, sondern klipp und klar ausgesprochene Zielsetzungen politisch aktiver Sozialrevolutionäre. So schreibt Fritz Vilmar (in "Strategien der Demokratisierung", Bd. 1, 1973):
"Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll, wie ein grandioses Gewitter … Der vom autoritären Vater, Lehrer, Fernsehen und Pfarrer vorgeprägte Sechzehnjährige wird in der Disziplinierung und Leistungskontrolle des Kapitals, die in Gestalt seines Meisters oder Bürochefs ihm begegnet, keine besonders fragwürdige, gar menschenunwürdige Herrschaft empfinden.
Daher gilt auch umgekehrt: Bröckeln die autoritären Strukturen in Familie und Schule, Universität und Kirche, Verwaltung und Massenmedien ab, so wird die Aufrechterhaltung eben dieser Strukturen im Zentralsystem der profiterzeugenden Arbeitswelt immer schwieriger."
Durch eine "multifrontale Transformationspraxis", d.h. durch die Praxis an vielen Fronten (Familie, Schule, Massenmedien, Arbeitswelt) soll die Revolution aller Lebensbereiche im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung verwirklicht werden.
Anscheinend geht der Kampf gegen Profitsucht, Kapitalismus und Ausbeutung - im Kern aber wird die totale Vergesellschaftung jeden menschlichen Tätigseins gewollt und mit einer von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht verstandenen Strategie Zug um Zug verwirklicht:
– Du bist nichts, dein Volk ist alles – war ein Schlagwort des Nationalsozialismus.
– Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles, ist das Leitwort der modernen Moral - Gesellschaftsrevolution.
An Beispielen aus den Schöpfungsordnungsbereichen Familie und Eigentum sind einige wertumstürzende Faktoren aufgezeigt worden. Die Beispiele zum Gebot "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten" könnten vor allem aus dem Bereich der Massenmedien entnommen werden, die Tag für Tag ein Bild über die Wirklichkeit aufrichten, das eben Wirklichkeit nicht übermittelt, sondern entstellt.
In diesem Zusammenhang hat ein klassischer Vertreter der sogenannten moralrevolutionierenden kritischen Theorie, Herbert Marcuse die Theorie aufgestellt, daß die Lüge die Wahrheit des zukünftigen Sozialismus bewahren kann. Er verteidigt damit die Propaganda des Sowjetkommunismus und dessen Diskrepanz zwischen Illusion und Realität.
Er meint, die Theorie dieses Kommunismus sei zwar unwissenschaftlich und verlogen, aber die Illusion solle das Verhalten der Bürger anleiten, und die Lüge entfalte schließlich die Idee des Sozialismus. Die selektive Methode moderner Massenmedien, nämlich durch Tendenz geleitet, jeweils Ausschnitte aus Wirklichkeitsbereichen zu vermitteln, wird hiermit genauso gerechtfertigt wie die totale Entstellung von Wirklichkeitsgehalten, wenn nur die Lüge den

zukünftigen Sozialismus bewahrt.
Wird die ethische Ordnung einer Gesellschaft zerstört, dann wird über kurz oder lang die Rechtssprechung mit einer Veränderung des geschriebenen Rechtes folgen. Das ist die letzte Konsequenz: Aus dem Rechtsstaat wird ein Unrechtsstaat. Dazu ein Beispiel, das für viele andere gelten kann. Der Strafrechtler Eberhard Schmidthäuser schrieb schon 1970 in seinem "Strafrecht allgemeiner Teil", daß das Rechtsgut nicht als absolut gelte, sondern abhänge vom Urteil des Gemeinwesens:
"Nur soweit etwas in einem Gemeinwesen für wertvoll erachtet, also als gut anerkannt wird, kann eine Mißachtung dieses Gutes und damit ein Verbrechen vorliegen." Entscheidend für die Beurteilung über Gut und Böse, Recht und Unrecht ist nicht eine absolute Moral: "Maßgebend ist also die allgemeine Moral, verstanden im Sinne derjenigen ethischen Werte, deren Anerkennung im Bereich unserer Kultur beim Erwachsenen regelmäßig vorausgesetzt werden darf".
Strafrecht orientiert sich also nicht mehr nach dem offenbarten Gesetz Gottes oder nach dem als unwandelbar angesehenen Naturrecht des Menschen, sondern nach den wechselnden Verhaltensweisen eines sich wandelnden Kollektivs. Da die Gesellschaft permanent in einem tiefgreifenden Wandel ist, wächst die Unsicherheit und damit die Flut der Gesetze, die für eine jeweils neue Situation mit einer neuen Verordnung Regulative schaffen müssen. Die Inflation des Geldes meldet den steigenden Wertverlust des Geldes. Die Inflation der Gesetze meldet den Rechtsverlust einer Gesellschaft. Unsicherheit der Währung und Unsicherheit des Rechtes zeigen aber immer die Auflösung einer Gesellschaft.
Die Unbestimmtheit der nun zu erwartenden Gesetze, ihre Willkürlichkeit angesichts einer sich verändernden Gesellschaft produziert Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig aber wird jeder in dieser Gesellschaft schuldig. Weil er die Gesetze nicht mehr übersieht, muß jeder Bürger damit rechnen, gegen Gesetze, die er gar nicht kennt, permanent zu verstoßen.
So wird jeder zu einem Angeklagten und die Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Angeklagten. Angst, Unmündigkeit, schlechtes Gewissen, Furcht vor Funktionären und "Rechtsunlust" - diese Elemente betreiben die Auflösung eines Staatswesens, an dessen Ende nur die Diktatur - als Gipfel willkürlicher Machtausübung - die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens "retten" kann.
Christliche Existenz gibt es schon heute nur noch in einer nach modernen Maßstäben zu beurteilenden Randgruppenmoral, denn wer - um nur ein Beispiel zu nennen - die Ehe als Gebot Gottes wertet und ihre Auflösung als Schuld, der setzt Schuldprinzip gegen Zerrüttungsprinzip - und moderne Rechtspflege hat ja gerade dieses Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip aufgehoben. Die Sprache des Rechts ist so sehr "christentumsverfremdend" geworden, daß beispielsweise Homosexualität nicht mehr in einen Zusammenhang gebracht wird mit "Schuld" oder "abnorm", "unmoralisch" oder "sittenwidrig", sondern einfach als "anderes Verhalten" eingestuft wird.
Am Ende einer solchen, biblisches Ethos zerstörenden Moralrevolution, steht schließlich das Verbot der Bibel, denn nach den Regeln einer "repressiven Toleranz" muß, was sich selbst absolut setzt, von einer werterelativierenden Gesellschaft als friedestörend verneint werden.

Die Doktrin der Moralrevolution

Die letzte Ursache der Auflösung des biblischen Ethos für unsere Gesellschaft liegt in der Gottesverlorenheit gegenwärtigen Menschseins. Glaube an Gott und Gottes Gebote sind untrennbar - es gibt kein Gebot ohne den Gebieter. Wir werden diesen unauflösbaren Zusammenhang, der nur von der Bibel her zu verstehen ist, noch weiter bedenken.
Zunächst müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die gegenwärtige Moralrevolution eine klare, begrifflich faßbare Doktrin hat. Die Revolution der Moral hat ihre Strategie und ihre Strategen - eine Armee von Professoren, Lehrern, Soziologen und Journalisten.

Sie alle haben direkt oder indirekt ihre geistigen Väter in der sogenannten "kritischen Theorie, die mit dem Schlagwort **"Frankfurter Schule"** sei es zu Recht oder zu Unrecht - bekannt wurde und mit Namen wie **Adorno, Horkheimer, Marcuse und Habermas** verbunden ist. Diese sogenannte "**Frankfurter Schule"** oder "kritische Theorie" versteht sich nicht als ein Philosophenclub unter anderen, sondern als sichtbarer **Gipfel eines Eisberges aus dem gewaltigen Untergrund des Umsturzes aller Werte.**

Die Begriffswelt der kritischen Theorie, wie sie sich unter anderem in der Frankfurter Schule darstellt, ist mittlerweile schon so bekannt und regiert unsere Universitäten, Schulen und Massenmedien bereits in einem solchen Maße, daß eine zusammenfassende Darstellung dieser intellektuellen Repräsentation gegenwärtiger Moralrevolution genügt.

1. In der Absicht, über die Natur herrschend zu werden, ist der Mensch - so meint die kritische Theorie, selbst in Herrschaft hineingeraten. Herrschaftsdenken ist instrumentales, technokratisches Denken im Willen zur Macht. Durch diesen Willen zur Macht wurden Herrschaftsstrukturen geschaffen, in denen der Mensch über den Menschen herrscht.

Die Geschichte ist nach dem Verständnis dieser Philosophie nach dem Verlust eines glücklich ausgesöhnten Lebens mit der Natur zur Geschichte eines Irrweges der Macht geworden, der in den Gaskammern von Auschwitz sein vorläufiges Ende gefunden hat. Auch zweitausendjährige Geschichte christlichen Abendlandes sind zweitausend Jahre eines Herrschaftssystems innerhalb dieses beklemmenden Irrweges von der Steinschleuder bis zum Holocaust.

2. Jegliche Art von Herrschaft und damit auch jegliche Form von Autoritätsanspruch muß - so fordert die kritische Theorie - verneint werden. Das heteronome, etwa durch ein Gebot, durch ein "du sollst" an den Menschen herangetragenes Ethos, ist schon Herrschaftsanspruch und deswegen zu verneinen. Spontanes und kreatives, fröhliches und glückspendendes Denken und Fühlen, Seele, Trieb, Herz und Kopf sind durch die in Fleisch und Blut eingegangenen Herrschaftsstrukturen kaputt gemacht worden.

Analytisches Denken und Sprechen, also daß es Subjekt und Objekt in einem Satz gibt, daß es Haupt- und Zeitwörter gibt, daß einige Worte groß und andere klein geschrieben werden, zeigt den Triumph von Herrschaftsstrukturen, die durch eine moderne Pädagogik (vgl. Ganzheitsmethode, Kleinschriftsystem usw.) schnellstens überwunden werden müssen.

Die Beherrschung der Sexualität, Gehorsam gegenüber Eltern, Scham, Ehrfurcht und Tabu sind Beispiele für - so meinen die Moralrevolutionäre - Unterdrückungsmechanismen in menschlicher Selbstverfremdung. Der archaische Urstand, der als Idylle einer Herrschaftslosigkeit verstanden wird, muß auch der Endzustand der Geschichte werden. Der Kampf gegen die Repression ist Kampf gegen Autorität und gegen die Unterdrückung der Lust. Autoritätslos und lustbetont soll der Mensch leben, um die Freiheit wiederzugewinnen, die er in einer Geschichte verloren hat, die durch sukzessive Unterdrückung und Verdrängung von Lust ihren traurigen Lauf nahm (Marcuse).

3. Auch Personsein, als Individuum leben, bedeutet durch Herrschaftsstruktur entstelltes, dem wirklichen Dasein entfremdetes Leben. Theodor W. Adorno fordert (in seiner "Negativen Dialektik" 1966, S. 272) die Auflösung des Subjektes, "die opferlose Nichtidentität". Human sind Menschen nach seiner Meinung nur dort, "wo sie nicht als Person agieren und gar als solche sich setzen; das Diffuse der Natur, darin sie nicht Person sind, ähnelt der Lineatur eines intelligiblen (erkennbaren) Wesens, jenes Selbst, das vom Ich erlöst wäre."

Die repressionsfreie Identität meint ein Leben, das frei wird von der Herrschaftsstruktur des Willens, der Triebunterdrückung, der Qual, anders sein zu wollen als die anderen, weil man eben "selbst" sein will. Jürgen Habermas erwartet (in seiner "Rekonstruktion des historischen Materialismus" 1976) am Ende der Hochreligionen, zu denen für ihn natürlich auch das Christentum zählt, eine neue kollektive Identität: Nach der Auflösung herkömmlicher, herrschaftsstrukturierter Gruppen wie Familie, Staat, Nation wird der personfreie Mensch ganz in die

Gruppe, also in das Kollektiv aufgehen.
Die Identität hat dann in der Gruppe keine festen Inhalte mehr, Rollen und Normen sind beliebig austauschbar, die Hausfrau wird Kauffrau, der Kaufmann wird Hausmann, der Vater wird Mutter und die Mutter wird Vater - bis zu der Grenze, die die Natur selbst (wohl zum Ärger dieser Moralrevolutionäre) gesetzt hat. Das eigene, individuell geprägte Personsein wird aufgehoben, alles was der einzelne tun darf, sollen Funktionsbezüge der Gruppe sein. Ohne die Gruppe, die ihm austauschbare Funktionen zuweist, ist er nichts, in und mit der Gruppe ist er alles. Die gruppendynamischen Experimente, vor allem das in ihnen praktizierte Rollenspiel, sollen die Person "verflüssigen", "entsteinen" und letztlich aufheben.
In diesem Zusammenhang ist von der "Reziprozität der Rollen", die Rede. Dieser Ausdruck meint, daß Gruppenerwartung und Rolle einander entsprechen müssen. Der einzelne verantwortet sich der Gruppe, sie überträgt ihm die immer neuen, immer wieder auszuwechselnden Verhaltensweisen. Dadurch bleibt ausgeschlossen, daß sich Individualität bildet. Die Identität des einzelnen mit sich selbst soll es nicht geben, sondern nur die Identität des einzelnen mit der Gruppe.
4. Herkömmliche Autorität soll zerstört werden - die neue Autorität ist die Gruppe oder das Kollektiv. Das Kollektiv setzt Ethos aus sich. Das Ethos entsteht erst durch die Diskussion in der Gruppe. Voraussetzung für diese Diskussion ist der herrschaftsfreie Raum. Diskutieren darf nur, der nicht unter einem "herrschaftslegitimierenden Weltbild", steht. Ein herrschaftslegitimierendes Weltbild hat aber nach Meinung der Sozialrevolutionäre der christliche Glaube. Wer Gott als den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde bekennt, steht unter einem herrschaftslegitimierenden Weltbild, muß also außerhalb des Diskurses der Gruppe bleiben, die Ethos "macht".
Natürlich sind keinerlei ethische Maßstäbe erlaubt - wer an diesem Diskurs teilnimmt, darf "nichts mitbringen". Herkömmliches Ethos muß an der Tür abgegeben werden, denn die Kriterien in der Unterscheidung zwischen Gut (gleich gesellschaftlich adäquat) und Böse (gleich gesellschaftsfeindlich) werden ja erst im Prozeß der Diskussion entfaltet. Es geht in diesem Diskurs der herrschaftsfreien Gruppe nicht um "die Idee der Wahrheit"", das wäre ja wieder Herrschaftsstruktur, sondern um den "Konsensus" (man spricht deswegen von einer Konsensusethik der kritischen Theorie) der Gruppe.
Der Konsensus ist die Einigung einer Gruppe durch Diskussion darüber, welche Verhaltensregeln für das Zusammenleben jeweils für eine bestimmte Zeit aufgestellt werden sollen. Denn auch die Gruppe kommt zu keinem endgültigen, sondern immer nur zu einem vorläufigen Ergebnis durch den jeweiligen Konsensus. Der Diskurs ist unendlich, er setzt immer wieder einen neuen Konsensus, der immer wieder in Frage gestellt wird und den immer wieder neuen Diskurs fordert. Die unendliche Diskussion in der Gruppe ist also der neue Gott, der neue Gebote gibt, der immer wieder andere Gott, der immer wieder andere Gebote setzt.
5. Das Absolute (wie in der Bibel offenbart) darf es also nicht geben - alles ist in einem stetigen Fluß. Aus biblischer Sicht ist das ein Rückfall in das Heidentum. Wechselhafte Schicksale und der Natur unterworfene Götter, die nach Paulus (1. Korinther 10) Nichtse im Sinne aggressiver Dämonen sind, die zerstören wollen was ist, kehren zurück! Die kritische Theorie verneint den Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit, der unwandelbar ist, den Felsen Israels, der dem, was nicht ist, ruft, daß es sei. Durch die Strategie des "Konfliktes" und der "Hinterfragung", wird der Anspruch des Absoluten destruiert. Vor allem wird die Konfliktstrategie und Hinterfragung gegen ein sich absolut verstehendes Ordnungsethos eingesetzt.
Durch die Hinterfragung soll herauskommen, daß alle absoluten Werte und Ordnungen durch Herrschaftswillen und Lustverdrängungen motiviert sind: Ehe und Familie sind motiviert durch den Machtwillen des Vaters, der Glaube an den gnädigen Gott im Zusammenhang mit Sündenbewußtsein ist motiviert durch den Ödipuskomplex.

Die Strategie der Hinterfragung darf nicht als eine Interview-Technik verkannt werden (die es übrigens auch gibt), sie ist die Art einer Darstellung von Überzeugungen in Massenmedien und Schulbüchern, durch die Werte wie Gott, Staat, Glaube, Familie, Kirche, Scham und alle Gebote in Frage gestellt werden dadurch, daß eben diese Werte (übrigens hier analog dem Marxismus) als jeweiliger Überbau gesellschaftlicher Verhältnisse madig gemacht werden.
6. Die Konfliktstrategie ist das andere, ebenfalls strategische Element der Zerstörung herkömmlicher, biblisch bezeugter Ordnung. Die - nach der Meinung der kritischen Theorie – durch herrschaftslegitimierende, repressive Weltbilder entstandenen Lebensordnungen wie Ehe, Familie, eigentumsorientierte Wirtschaft müssen in ihrem Konflikt mit dem eigentlichen, lustbetonten, sich nach Gruppengeborgenheit sehnenden Bedürfnissen aufgezeigt werden. Arbeitswelt, Ehe, Familie, Geschichte usw., also alle herkömmlichen Werte werden nur im Konflikt dargestellt.
Die Welt überhaupt ist kaputt und muß als kaputte Welt vorgestellt werden. Es gibt keine glückliche Ehe, sondern nur die kaputte Ehe; es gibt keine Geborgenheit in der Familie, sondern es gibt nur Unterdrückung in der Familie, die unter dem Herrschaftswillen des Vaters dahinsiecht.
Der Massenmedienkonsument sieht also nur noch eine ruinierte, sich dahinschleppende Umwelt. Der Konflikt soll die Ordnungen aber eben nicht als gestörte Ordnungen heilen, sondern als unmögliche Herrschaftsstrukturen verneinen. Kleine Anlässe alltäglicher Art werden zum Konflikt aufgebaut, wie der Streit um ein Schauspiel- oder Jugendhaus, um leerstehende Wohnungen, um Protest gegen einen politisch unbeliebten Redner. Der Konflikt schafft revolutionäres Bewußtsein, das zur Aktion gegen bestehende Autorität motivieren soll.
Hinterfragung und Konflikt sind für die junge Generation schon so sehr zu einem Bestandteil ihres Lebensstiles geworden - sie sind bereits so sehr indoktriniert - daß sie gar nicht hören oder sehen können, ohne das Gehörte und Gesehene zu unterfragen und als Konflikt zu erleben. Der Konflikt wird schließlich in jede Lebenssituation hineinprojiziert. Selbstzerstörung als Klassenkampf in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist in voller Entfaltung ohne daß die Strategie dieser Zerstörung in ihrer heimlich-unheimlichen Untergründigkeit eingesehen und erkannt wird.

Ohne Gebieter kein Gebot

Wer heute als Funktionär Gesellschaft repräsentiert, eben Wirtschaft, Schule und Medien funktionieren läßt, hat keine Grundsätze und darf sie nicht haben, denn "Anpassung" und nicht "überzeugt sein", lautet die Forderung der Gruppe. Nicht Charakter, sondern Charakterlosigkeit ist gefragt. Persönlichkeit kann eine Gruppe nicht ertragen, an die Stelle der Persönlichkeit tritt der Funktionär.
Der "Funktionär" ist die passende und damit klassische Bezeichnung für die Wirklichkeit der gegenwärtig Herrschenden, weil sie ja Personalität aufgegeben haben und sich gern "verflüssigen" lassen, um sich ganz und gar der Gruppe einzufügen. Diese verflüssigten, damit austauschbaren und zu verfunktionierenden Gestalten sind die Herren unserer Zeit.
Ohne die Gruppe, ohne Partei, Elternrat, Betriebsrat, Gewerkschaft - also ohne Verpolitisierung aller Lebensbereiche wären sie sinn- und arbeitslos. Sie sind pausenlos tätig - aber völlig unschöpferisch. Ihr Feind ist das Feste, Grundsätzliche und Unwandelbare. Sie betreiben den Weg des Uferlosen im Kollektivieren. Sie sind perfekt - und das ist ihr Sinn und Wert - im Herstellen des Konsensus einer Gruppe. Ihre Gabe, die sie so mächtig macht, ist ihre Fähigkeit, zu sensibilisieren, was die Gruppe will. Das setzt totale Anpassungsfähigkeit mit der Bereitschaft, charakterlos zu agieren, voraus.
Ihre totale, charakterlose und Werte abschwörende, in jedem Fall auch gewissenlose Anpassungsfähigkeit um jeden Preis, ihre Hingabe an jede Situation und jedes Verlangen der Gruppe kann als Prostitution der Personalität vom biblischen Personverständnis her beurteilt wer-

den. Sie sind nie in Verantwortung zu nehmen, sie sind immer durch die Gruppe, mit der sie sich identifizieren, gedeckt. Sie selbst bleiben anonym und damit für Verantwortung unfaßbar. Das "Regime der Manager", in einem der großen Analysen unserer Zeit von J. Burnham 1948 vorausgesagt, strebt in lautloser Revolution seiner Totalität entgegen.
Diese Revolution des Kollektivismus ist eine brutale Herausforderung des biblischen Personalismus. Person kommt von personare: durchrufen! Personsein lebt vom Anruf Gottes, von diesem einen, klaren Ruf, der nicht *aus* uns, sondern *über* uns kommt: "Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einziger Gott!" Person ist frei, weil Gott frei ist, ist alles erlaubt, nur der Wille Gottes regiert. Die Person ist nicht der Gruppe, der Natur, den Schicksalsmächten, den Göttern, den Halbgötter-Diktatoren unterworfen. Der von Gott Angerufene ist nur ihm, seinem Gebot, seinem Anruf gegenüber verantwortlich.
Heidentum bedeutet Unfreiheit, Diktatur des unwiderstehlichen und unbegreiflichen Schicksals, heißt unterworfen sein dem Kreislauf der Mächte der Natur, Verfallenheit an Todesmächte, Diktatur der Pharaonen und Cäsaren, die sich als Halbgötter nur auf sich berufen und verantwortungslos ihrer Willkür leben.
Das nachchristliche Heidentum will in diese anonyme, grauenhaftwillkürliche, gottverlassene Sklaverei zurückführen. …

2. Kapitel

Gotteshaß der Vaterlosen

– Krise und Kampf um die Vollmacht der Autorität

– Die Stunde der Chaoten

Bilder des Aufruhrs verhäßlichen die Städte westlicher Demokratien zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Schwerpunkten: Paris, Amsterdam, Zürich, Berlin, Bremen, Brokdorf, Frankfurt, Freiburg, Nürnberg und fast überall in Amerika. Unerwartet und zunächst unerklärlich können Wogen chaotischer Unruhe emporschnellen. Plötzlich sind sie da mit langen Beinen, in farblosen Jeans, kaum zu unterscheiden Männlein und Fräulein!
Bei aller Unordnung waltet erstaunliche Disziplin im Aufmarsch mit Kindern, Kinderwagen und Sturzhelmen. Der Protest ist wie eine Stimme, das Gebrüll meldet Kampfentschlossenheit. Straßen werden aufgerissen, Steine fliegen. Wir sehen die geschlossenen Formationen der Polizei und spüren die unmittelbar unter die Haut gehende Atmosphäre – unheimlich und bedrückend, geprägt durch Haß und Angst.
Was melden diese vulkanischen Aufbrüche in unserer Gesellschaft? Eigentlich sollte es keiner Frage bedürfen. Die da protestieren sagen ja, warum sie sich zusammenrotten: Sie wollen freistehende Wohnungen, einen verhaßten Politiker am Reden hindern, die Errichtung eines Jugendhauses erzwingen, die Vereidigung von jungen Soldaten stören, die Errichtung eines Atomkraftwerkes stoppen, die Freiheit für Abtreibung proklamieren, die Erhöhung eines Verkehrstarifs unterbinden usw.
Aber zeigen diese Postulate die eigentliche Ursache des Aufbruchs? Es geht sicherlich *auch* um diese konkreten Ziele bei chaotischem Aufruhr – aber sicherlich sind sie nur seichte Vordergründigkeiten eines unheimlichen Hintergrundes.
Die nach allen bürgerlichen Maßstäben unordentlichen, blassen, manchmal bösartig blickenden, sich dann wieder wie Kinder aneinander festhaltenden und auf bunten Wiesen träumenden und wie Hirtenknaben spielenden, mit Mofas röhrend durch die Straßen orgelnden und dann wieder in Zärtlichkeit prassenden, eben äußerlich gar nicht voneinander zu unterscheidenden, viel zu lang geratenen Knaben und Mädchen wollen mehr als das, was sie gerade hier oder da, bei diesem oder jenem Happening in Sprechchören oder auf Transparenten bekunden – sie wollen letztlich den Gottes- und Vatermord.
Sie wollen sich aneinander festhalten – sie ersehnen Schutz in der Macht ihrer Gesellschaft, in ihren Kommunen, in ihren Kollektivs. Sie begehren nicht den Himmel, sie wollen die Erde.

Sie hassen den Vater, aber lieben den Bruder. Sie wollen nicht hören, sie möchten fühlen und schreien, sie wollen nicht wollen. Paradox also: Sie wollen, daß sie nicht wollen müssen!
Sie erstreben nicht den Fortschritt – weder für sich noch für die Gesellschaft -, sondern sie möchten Ruhe und Frieden – die Idylle. Ihr Leitwort heißt nicht Pflicht, sondern Lust – sie wollen nicht inneres Chaos überwinden, sondern ohne Schlips und Kragen tun, wozu sie Lust haben. Sie haben und erstreben kein Ziel. Sie möchten sich treiben lassen. Ihr Wunsch ist nicht Verantwortung, Beruf und Eigentum, sondern ihr Verlangen zielt nach verantwortungsloser Geborgenheit im Kollektiv der Gütergemeinschaft.
Sind diese Horden junger Menschen harmlose Sekten unter anderen Sekten? Geht es hier nur um bunte Randerscheinungen einer einfarbig und langweilig gewordenen Zivilisation? Wird sich alles wieder normalisieren, wenn die Knaben Männer geworden sind? Oder leben wir – ohne es zu wissen – in einer tiefgreifenden Revolution, die bislang nur einige Soziologen, aber längst noch nicht alle Bürger erkannt haben?
Ich meine, wir leben in solch einer Revolution, und ich nenne sie die Revolution des Gottes- und Vatermordes. Wenn ich von dieser Revolution des Gottes- und Vatermordes schreibe, dann denke ich natürlich nicht nur an die Krawalle, die unseren Städten solch unerfreuliche Abwechslung verschaffen. Das Außergewöhnliche ist nur der Gipfel eines Eisberges, einer tiefgreifenden Umwälzung eines Lebensgefüges, das wir christlich-abendländisch nannten. Diese Revolution hat auch nicht nur jene erfaßt, die hin und wieder in Horden durch die Straßen unserer Städte toben, sondern heimlich unheimlich ist sie in uns alle eingebrochen.
Diese Revolution hat ihre Doktrin, sie hat ihren Lebensstil, sie hat ihre eigene Sprache, sie hat – in der Politik, in Universitäten und Schulen – ihre Strategie, und sie hat ihre Funktionäre – kurzum, sie hat alles, was eine Revolution braucht. Sie hat vor allem – und damit sind wir als Christen angesprochen – ihre Stunde: die Stunde der leeren Kirchen, der zerfallenen Gemeinden, der Auflösung der Bekenntnisse!
Dieser Revolution steht nichts entgegen!
Bedenken wir zunächst: Diese Revolution hat ihre Ideologie.
Geschichte der Menschheit – so hörten wir es in der kritischen Theorie der Frankfurter Schule – sei die Geschichte der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Des Menschen Leid sei die Struktur der Herrschaft – damit eben auch das System der Autorität, wo immer wir ihm begegnen, sei es in der Familie, sei es in der Schule, sei es in der Gesellschaft. Die Geschichte – bis jetzt – sei nach dem Urteil jener Philosophen nur ein Irrweg gewesen. Das Anarchische und Naturhafte am Anfang der Menschheit – sagen wir die Idylle vor aller Zivilisation – wäre das Paradies gewesen.
Der einflußreiche österreichische Sozialpsychologe Ernest Borneman hat in seinem Buch "Das Patriarchat" (1975), das eigentlich wie eine Art Bibel der Revolution des Gottes- und Vatermordes angesehen werden könnte, folgende These aufgestellt:
Im Anfang der Geschichte der Menschheit gab es eine glückliche Urhorde, in der Menschen der Natur nur das Nötigste entnahmen, um ein bedürfnisloses und glückliches Leben zu führen. Es gab weder Ehe noch Familie. In den Horden Früchte sammelnder und wilde Tiere jagender Menschen waltete sexuelle Promiskuität:
Jeder in der Horde hatte mit jedem geschlechtlichen Verkehr – nur die Mutter kannte ihre Kinder. Väter taten es mit ihren Töchtern, Mütter mit ihren Söhnen, Brüder mit ihren Schwestern, Knaben mit Knaben, Mädchen mit Mädchen. Man sagte noch nicht "mein Mann" oder "meine Frau", jeder gehörte jedem. Weil es keine Ehe und keine Familie gab, gab es kein Eigentum. Weil nur die Mutter ihre Kinder kannte, gab es keine Vaterherrschaft.
Das Glück war da, weil es weder Vaterherrschaft noch Eigentum, aber die Geborgenheit der Gemeinschaft, der Horde, der Kommune, des Kollektivs gab.
Den Sündenfall der Menschheit – Ernest Borneman legt ihn ins Neolithikum (Jungsteinzeit) –

brachte der Augenblick, da es hieß "meine" Frau und "meine" Kinder! Familie, Ehe, Vaterherrschaft und Eigentum gehören zusammen und bilden den Sündenfall der Menschheit.
An die Stelle der Anarchie trat die Autorität.
An die Stelle der Horde kam die Familie.
An die Stelle der Mutter trat der Vater und damit das Symbol der Herrschaft und Unterdrükkung. Der Vatergott, von dem die Christen sagen, daß er Himmel und Erde geschaffen habe, und denen er als Herr allen Lebens gilt, ist das Symbol einer repressiven, das heißt auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. An die Stelle des Lebens aus dem Augenblick genügsamer Hirten, Jäger und Früchtesammler trat die Kultur mit den Herrschaftstugenden von Fleiß, Pflicht, Wille und Überwindung.
Über das sehr abenteuerliche Geschichtsbild Bornemans haben wir hier nicht zu diskutieren. In diesem Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll, daß Bornemans Gedanken zum Ausdruck bringen, was die Gottes-Vatermord-Revolution eigentlich will.
Es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß unsere antiautoritäre Revolution in diesem Sinne Bornemans eine Antivater-, Antigott-, Antifamilie- und Antieigentumsrevolution ist, wobei gleichgültig bleibt, wieweit das den Kinder- und Jugendrevolutionären unserer Tage im einzelnen direkt bewußt ist.
Alles, wogegen sie protestieren, ist für sie Symbol dieses verhaßten Vater-Herrschaftssystems, von der Soldatenvereidigung bis zum Atomkraftwerk – und was sie wollen, ist eben die Antikultur der mütterlich bergenden Urhorde: sexuelle Freiheit, Leben in der Gemeinschaft, d.h. praktisch der Kampf um Stätten und Bereiche, in denen sie – sei es in leerstehenden Wohnungen, Kellern, Zelten, Schuppen oder vom Staat eingerichteten Klubhäusern – ihre neue Subkultur wie einst in den Höhlen der Urhorde entfalten können.
Aber dieser Gottes-Vaterhaß tobt nicht nur an den Randzonen unseres Daseins:
Durch die breiten Kanäle der Massenmedien, des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und durch den Blätterwald unserer Schulbücher hat längst so etwas wie eine stille Revolution ihren Lauf genommen.
Auch und gerade die sogenannte sexuelle Revolution, die zumeist als Sinn für mehr Freiheit, Großzügigkeit und Lebensbejahung mißverstanden wird, ist unter anderem ein wichtiges Instrument in diesem Prozeß der antiautoritären Vater- und Gottesmord-Revolution.
Dafür ein Beispiel: In dem Mitspieltheater "Rote Grütze", das als Sexualerziehungsmittel für Fünf- bis Zehnjährige geschrieben wurde, unternehmen Hänsel und Gretel – die Hauptakteure dieses Mitspieltheaters – eine "Elternbefragung": Warum sie "es" (gemeint ist der geschlechtliche Verkehr) so wenig und vor allem so phantasielos "machen". Die Antwort: Die Eltern hatten oder haben Angst vor Vater, Lehrer und "Boß" – eben jeder Form von Autorität -, und dann sind es Arbeit und Pflicht, die Sexualität und Lebensfreude kaputt gemacht haben. Vaterkultur – das will dieses Sexualaufklärungstheater sagen – ist Angstkultur, und Angstkultur zerstört Freude als Lust am Leben.
Ein anderes Beispiel: In dem Buch "Politik im Aufriß" von L. Helbig (1975), das als Arbeitsbuch für Berufsschulen gedacht ist, werden die sexuelle und die politische Revolution als ein Kernprozeß der Befreiung gesehen. Wer auf sexuelle Bedürfnisse verzichtet, der – so meint der Autor – denke auch nicht an Mitbestimmung in Büros, Fabriken, Schulen und Familien. Wer sexuell aktiv ist, sei auch politisch im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung aktiv. Wer Sexualität sich Untertan mache, wer sie "beherrscht", wird selbst zum Beherrschten.
Wer Sexualität nicht auslebt, sei schon Objekt einer Herrschaftsstruktur geworden: "Eine Auflehnung gegen autoritäre Behandlung ist repressiv Erzogenen genauso unmöglich, wie dem Drängen der Sexualität mit gutem Gewissen nachzugeben." In diesem Zusammenhang besteht die Schuld des Christentums darin, daß es – so meint der Verfasser – "die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinne gelten ließ".

Der kommunistische Psychologe Wilhelm Reich hatte bereits 1936 in seinem Exil in Kopenhagen mit seinem Buch **"Sexualität und Kulturkampf",** das 1966 mit dem treffenderen Titel **"Sexuelle Revolution"** neu wieder herausgebracht wurde, den **Zusammenhang zwischen Klassenkampf und sexueller Revolution** propagiert. Wilhelm Reich geht es nicht nur um die "Erkenntnis" (die heute in ungezählten Büchern wiederholt wird), daß die Ehe lustfeindlich sei, sondern daß die Ehe eine Privatisierung der Sexualität bedeute und damit als Ausdruck des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems beseitigt werden müsse.
Die zur Sturmflut angeschwollene Aufklärungsliteratur, gerade da, wo sie Ehe und Familie verneint, will unter dem Deckmantel der "Sachlichkeit" und "Information" den Abbau der "Tabuisierung der Sexualität". Im Klartext heißt das, sie will vor allem Scham und Ehrfurcht kaputt machen. Warum überhaupt Scham? Warum keine Veröffentlichung der Sexualität?
Scham und Ehrfurcht – so wird pausenlos wiederholt – sind Verhaltensweisen einer repressiven, d.h. herrschaftsbedingten, also Lust unterdrückenden Gesellschaftsordnung, die abgeschafft werden muß. Wo immer Scham und Ehrfurcht walten, regiert die Herrschaft der Väter, die Frauen und Kinder als ihren Besitz sehen und folglich deren Gefühlswelt beherrschen wollen.
Wer aber ohne Scham ist, ist auch ohne Ehrfurcht. Wo die Ehrfurcht stirbt, da verkommt die Autorität. Darüber wird es mit jenen Ideologen keinen Disput geben müssen. Der Unterschied besteht nur darin, wie dieser Zerfall von Ehrfurcht und Autorität beurteilt wird.
Gehen Ehrfurcht und Scham, Familie und Ehe unter, dann ist die Urhorde wieder hergestellt. Dann werden Sozial- und Sexualgenossen durcheinander und miteinander am Busen der Mutter Natur, im Urzustand des Paradieses ihr ihnen durch Vaterherrschaft geraubtes Glück wiederfinden.
Ist das nur die Theorie weltfremder Philosophen? Oder werden diese "Lehren" die Gesellschaft der Zukunft prägen? Gedanken dieser Art, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt wurden, sind weder eine "bloße" akademische Angelegenheit, noch sind sie einflußlos für unsere Gesellschaft.
Zerstörte Ehen und Familien, die Ordnungsfeindlichkeit einer lustbetont lebenden jungen Generation, die tief in der Seele wurzelnde Aggression gegen alles, was mit Vaterkultur zusammenhängt, das Eintauchen in die Sphären der Rauschhaftigkeit durch Drogen und Alkoholkonsum, die Verachtung herkömmlicher Tugenden wie Pflicht, Überwindung, Gehorsam und die Verneinung der Arbeit sind die ganz praktische Seite dieser Kulturrevolution. Die idyllische Erwartung, als könne man einfach zur Natur, zum natürlichen Leben wie zu einer guten Mutter, die alle Menschen glücklich macht, zurückkehren, sind Bestandteile einer neuen Sehnsucht und Hoffnung des Menschen dieser Welt.

Warum kam es so, wie es ist?

Ist diese Revolution gegen die Herrschaft der Väter vielleicht nur eine verständliche Reaktion auf die alle Lebensfreude unterdrückende Herrschaft der allzu mächtigen Väter von gestern? Gab es denn nicht wirklich eine lebens- und sexualfeindliche und dabei so oft verlogene wilhelminisch-viktorianische Lebensauffassung? Hat nicht gerade der Faschismus das Ideal des Männlichen, Willenhaften und Kämpferischen über alle Maßen strapaziert und eine bedrükkende Herrschaftsstruktur aufgerichtet? Hat sich nicht im Helden- und Führerkult des Faschismus so etwas wie eine Revolution des "Maskulinismus" dargestellt?
Hatten und haben wir nicht einen "Gotteskomplex" (vgl. hierzu H. Richter, "Der Gotteskomplex", 1979, in dem Sinn, daß wir, anstatt an Gott zu glauben, selbst den jeweils allmächtigen Gott spielen wollten? Meinten nicht viele Väter, wenn sie von Gottvater und seiner Autorität sprachen, ihr eigenes Gottsein und ihre eigene selbst gesetzte Autorität?
Sind nicht in jenen Tagen einer sich selbst setzenden Vaterherrschaft viele, allzu viele durch herrschsüchtige, autoritär überstrapazierte Väter zu Untertanenmenschen degradiert worden –

Kinder und Ehefrauen in gleicher Weise? Haben lebensfeindliche Moralisten nicht tatsächlich die Sexualität – in ganz unbiblischem Sinn – verächtlich und – im Vergessen aller anderen Sünden – vielleicht sogar zur einzigen Sünde "gemacht"?
Es gab eben die Revolution des Maskulinismus, die ganz sicher im Faschismus etliche Triumphe feierte. Die gegenwärtige Anti-Vaterrevolution unserer Tage ist aber nicht bloß eine Reaktion auf diesen Maskulinismus, wie er sich anscheinend im Faschismus als Ideologie darstellte, sondern seine konsequente Fortsetzung!
Halten wir diesen Grundsatz fest: Ohne faschistoiden Maskulinismus keine Anti-Gott-Vaterrevolution.
Autorität, die sich selbst setzt, nur sich selbst gegenüber verantwortlich sein will, ist Diktatur. Väter, die nicht Gottes Wort, sondern nur ihrem eigenen Willen verantwortlich sein wollen, sind pervertierte Väter, die als Tyrannen ihr Unwesen austoben. Wir dürfen eben nicht vergessen, welche entsetzlichen Exzesse ein Männlichkeitswahn mit der Perversion der Autorität zum Führerkult verursachen konnte.
Erinnern wir uns doch: Rudolf Heß deklamierte am 30. Juni 1934: "Mit Stolz sehen wir: Einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hat immer Recht und wird immer Recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert" (vgl. Joachim Fest, "Das Gesicht des Dritten Reiches", 1977, S. 266 …).
Adams Versuchung war, daß er so sein wollte wie Gott selbst – so allmächtig und so allwissend. Im Vatersein ohne Gott wird diese Ursünde immer wieder aufbrechen. Die heidnischen Väter vergangener Generationen, die Christus leugneten und eine neuheidnische Existenz auslebten, waren die ersten Vatermörder. Unsere vatermörderisch-nachchristliche Zivilisation fand ihre Propheten in Männern wie Nietzsche, die den Willen zur Macht proklamierten, in Darwins Lehre vom erbarmungslosen Kampf um das Dasein und Recht des Stärkeren, in der Heldenverehrung und im Heldentheater des Faschismus und nicht zuletzt in der Philosophie des Existentialismus.
Die Urväter neuheidnischen Gottesmordes lebten im Vertrauen auf sich, nicht aus dem Glauben an Gott. Sie hielten sich für moralisch vollkommen bzw. meinten, moralische Vollkommenheit – nach ihrem Verständnis von Moral – erreichen zu können. In Kraftakten eigener Pflichterfüllung meinten sie, "vor sich selbst bestehen zu können". Sie wußten nichts davon, was sie Gott im letzten schuldig waren. Jesus war für sie nur ein moralisches Vorbild, aber nicht der Erlöser und Versöhner am Kreuz. Die Welt war für sie unbegrenzt offen zur Gestaltung ihrer eigenen Willenskraft. Von einem Ende aller Zeiten und einer Wiederkunft Christi wollten sie nichts wissen.
Der liberale Protestantismus in Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Holland hatte seit Ende des vorigen Jahrhunderts diesen Männlichkeitswahn mit seinem Programm der Selbsterlösung wie ein durstiger Schwamm aufgesogen und dann sein "neuprotestantisches Jesusbild", ein Götzenbild des Maskulinismus, aufgerichtet.
Unsere Generation der Vatermörder protestiert auch – nicht nur – gegen Väter, die ihrerseits schon Vatermörder waren! …

3. Schon der Faschismus war Vaterhaß

Der Faschismus (wie auch der Nationalsozialismus) wird in einer sog. "Vulgär-Vergangenheitsbewältigung", wie man sie im Fernsehen, vielen Spielfilmen, Büchern und Aufsätzen immer wieder erleiden muß, nicht nur wirklichkeitsverfremdend und konsumentenhaft-kitschig dargestellt, sondern im Wesen gefährlich mißverstanden.
Faschismus und Nationalsozialismus waren keine autoritativen Weltanschauungen, sondern sie waren genau das Gegenteil davon. Der Nationalsozialismus war eine Anti-Vater-Gottrevo-

lution, die mit ihm bereits einen Höhepunkt erreichte und heute unter anderen ideologischen Karosserien, aber mit gleichem Fahrgestell ihre konsequente, inhaltlich wie strategisch-technisch gleichartige Fortentwicklung erlebt.
Die unbedingte Hingabe an den "Führer", dieses Überfahrenwerden personaler Selbständigkeit, die Bejahung der Gruppe, die Vorordnung des Kollektivs vor dem einzelnen ist antipersonalistisch, gegen Autorität als absolute Autorität, wie sie im Anspruch Gottes offenbar wurde.
Bedeutsam ist, daß der Nationalsozialismus Nein sagte zum Gewissen, das er als eine "jüdische Erfindung" verurteilte (vgl. hierzu F. Heer, "Der Glaube des Adolf Hitler", 1968).
Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Todesverherrlichung im Nationalsozialismus, die nicht nur durch die Todessymbolik (Totenkopf bei den Waffen-SS-Verbänden), sondern durch Verherrlichung im "Liedgut und in der Dichtung jener Zeit zum Ausdruck kam.
Der Führerkult in der NS-Ideologie war ein Anti-Gott-Vater-Kult, er war Ausdruck einer sich selbst setzenden Autorität. …

3. Kapitel

Klassenkampf zwischen Mann und Frau?

– Das Zerstörungswerk des Feminismus für Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft

– Der Feminismus will die Verfraulichung der Welt

Das Programm der Entmythologisierung (sagen wir das Programm der Verohnmächtigung Gottes, das in den fünfziger Jahren alles, was sich Theologie nannte, in Atem hielt) hat sich innerhalb großkirchlicher Theologie in jedem einzelnen Punkt siegreich durchgesetzt. Die in der Heiligen Schrift bezeugten Taten und Worte Gottes wurden zu zeitgebundenen "Symbolen" eines eben nur "damaligen" Verständnisses von Gott, Welt und Mensch. Die Bibel wurde als Material für unsere Interpretation, zu unserem Gebrauch also, freigegeben.
In schneller Folge führten diese rasanten "Interpretationen" des sogenannten "biblischen Materials" konsequenterweise zur Gott-ist-tot-Theologie und dann – meistens auch schon parallel laufend – zur Theologie der Revolution und Befreiung, nachdem im zaghaften Anlauf zunächst nur von der Theologie der Hoffnung viel geschrieben und noch mehr gesprochen wurde.
Heute ist die Bibel Interpretationsmaterial in dem Sinne, daß Worte wie Gott, Christus, Erlösung, Exodus (Auszug des israelitischen Gottesvolkes aus der Gefangenschaft Ägyptens) als Reizworte zum Gebrauch einer Art religiöser Verklärung für die Weltrevolution der Einheitsgesellschaft bereitgehalten werden.
Die – bislang – letzte und radikalste Phase einer die Aussagen der Bibel zerstörenden Interpretation ist der Feminismus, der keineswegs nur die Befreiung der Frau aus der "Jahrtausende währenden Sklaverei durch christlich patriarchalische Männer" erstrebt, sondern im Zusammenhang einer Theologie der Revolution die Veränderung der Gesellschaft auf dem Wege des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau vorantreiben und die Pervertierung des Christentums in eine Muttergottes-Einheitsreligion als Ausdruck kollektiver Gesellschaftsform durchsetzen will.
"Es ist klar", schreibt die Professorin für Feminismus und Christentum an der Universität Nijmegen, Catharina J. M. Halkes, "daß es uns schon lange nicht mehr um die Frage oder um den Platz der Frau geht, um die Formulierung der Aufgabe oder um Zulassung zu den Ämtern. Schon diese Begriffe deuten die Herrschaftsstruktur an: Andere, das andere Geschlecht soll für mich ausmachen müssen, was mein Platz ist? Man’s World (Die Welt des Mannes) hat die Macht, Woman’s Place (den Platz der Frau) zu bestimmen. Darauf haben wir schon unzählige Ballen Papier verschwendet" ("Gott hat nicht nur starke Söhne – Grundzüge einer feministischen Theologie", 1980).
Der zeitgenössische Feminismus kämpft nicht um den Platz der Frau für die Frau in dieser

Gesellschaft, um die "Gleichberechtigung", sondern er will die Veränderung dieser durch Männer strukturierten Gesellschaft. Feministen wollen eine andere Kultur, eben eine Kulturrevolution.
In letzter Konsequenz wollen sie nicht nur die andere Frau, sondern auch den anderen Mann, sie wollen eben – elementar ausgedrückt – die Welt auf den Kopf stellen, denn "offenbar ist die Frau in der herrschenden, androzentrischen (auf den Mann bezogenen) Kultur zum Opfer eines immer dualistischen Denkens, eines Denkens und Erlebens in Gegensätzen geworden" (Halkes, a.a.O., S. 21).
Gegen die herkömmliche, christlich motivierte Kultur in der Spannung von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Mann und Frau, Eltern und Kindern, Schuld und Versöhnung soll die spannungslose, eben mütterlich-eindimensionale Kultur gesetzt werden.
Der Feminismus liegt damit ganz und gar auf der Welle des Neomarxismus der kritischen Theorie. Herbert Marcuses Theorien feiern hier jubilierende Triumphe. Das Ziel ist der sozialistische Feminismus, der im Bündnis mit allen anderen "Gegenkulturen" als Revolution die "fundamentalste Bewegung" ist, "weil alle die genannten Formen der Herrschaft und Unterdrückung von Menschen durch Menschen soziale Ausdrucksformen jenes Dualismus sind, der am meisten in die Tiefe geht: die Erhebung des männlichen Geschlechtes über das weibliche" (Halkes, a.a.O., S. 30).
Der Mann, das männliche Prinzip, das Vatersein, Vaterherrschaft – eben das Patriarchat – ist an allem schuld. Die Revolution des Feminismus hat also ihr Feindbild, ohne das es eine Revolution bekanntlich nicht geben kann. Die einzige Alternative zum verhaßten Kapitalismus ist – so meint auch die Feministin und Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel ("Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.
Zur Emanzipation der Frau", 2. Aufl. 1978, S. 51) – die Revolution der Frau. Auch sie sieht den Zusammenhang mit der neomarxistischen kritischen Theorie und zitiert Herbert Marcuses für den Feminismus so charakterisierende Sätze: "Die weiblichen Qualitäten, auf der biologisch-gesellschaftlichen Grundlage entstanden, könnten die Realisierung eines neuen Realitätsprinzips bringen, weil sie die Antithese zu den die kapitalistische Gesellschaft regierenden Werten darstellen".
Der Feminismus will also nicht nur eine Befreiung der Frau für ihren Platz in dieser Gesellschaft oder nur eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß auch die Frau Möglichkeiten eigener kultureller Entfaltung gewinnt, er will im Gegenteil verändern, was man überhaupt nur verändern kann. Er will eine neue Realität: Die Wirklichkeit selbst soll verändert werden.
Aus diesem Grunde kann besagter Herbert Marcuse befriedigt, und den Feminismus in seiner Bedeutung richtig einschätzend, feststellen: "Ich glaube, daß die Frauen-Befreiungsbewegung (Woman’s Liberation Movement) derzeit die vielleicht wichtigste und potential radikalste politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganzes noch nicht durchdrungen hat" (Jutta Menchik, "Feminismus – Geschichte – Theorie – Praxis", 1977).
Marcuse hat recht mit diesem Urteil. Hinzufügen möchte ich, daß brave Bürger und Bürgerinnen keine Ahnung davon haben, welche starken Kolonnen einer kollektivistischen Welt-Kulturrevolution wir schon in unserer Mitte haben, auch und gerade in unseren Großkirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Feindbild Mann

Dem Kampf um die "neue Realität" steht der Mann, so wie er ist, als Feind Nummer eins im Wege. Der Feminismus will das Weibliche befreien und entfalten, ja zum Triumph in einem neuen Realitätsprinzip führen; aber das Männliche kann weder befreit noch entfaltet, es muß abgeschafft, besser wohl noch vernichtet werden.
Valerie Solanas ("Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer", 1969) meint: "Der

Mann ist eine Maschine, ein 'Gummipeter auf zwei Beinen'. Die Männer sind verantwortlich für alles Böse, für Unterdrückung, Haß und Gewalt, sie sind unfähig zur Zivilisation …".
Das Männliche ist – darauf legt diese kollektivistisch orientierte feministische Revolution allergrößten Wert – unfähig für die Einpassung in die Gruppe und zum Leben aus der Emotionalität eben dieser Gruppe. Das Zueinander von Gruppe und Emotionalität, das Nein zum Willenhaften und zur Individualität, sind Hauptziele dieser das mütterlich-bergende Kollektiv anstrebenden feministischen Weltrevolution.
Nach Valerie Solanas gehört die Zukunft der Frau, weil nur Emotion und Kollektiv die Zukunft der Totalzivilisation durchtragen werden: "Die wenigen überlebenden Männer", so schlägt sie, die tatsächlich Männer mit dem Revolver angriff und selbst schließlich durch Selbstmord endete, in "barmherziger" Weise vor, "mögen ihre kümmerlichen Tage mit drop out und Drogen weiterfristen, als Transvestiten in Frauenkleidern herumstolzieren oder passiv die superdynamischen Frauen in voller Aktion bewundern… "
Diese Sätze sind inhaltlich nicht so komisch, wie sie sich zunächst für unerschrockenweltfremde, bürgerliche Existenz anhören lassen. Nicht nur das Feindbild, sondern die treffende Diagnose von der Selbstzerstörung des Mannes, seine Krise zum Tode ist bedeutungsvoll. Denn "Mann sein" und "Vater sein" befinden sich heute – wir werden darauf noch weiter eingehen – in einer Krise zum Tode, und die von Valerie Solana erwähnte "schmerzlose Vergasung" erinnert an den bislang größten Vatermord der Geschichte, an die Vernichtung jüdischer Menschen, wobei wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus eine femininheldische Vatermordrevolution war, für die der biblische und damit eben auch der jüdische Mann als verhaßter Repräsentant der Vaterkultur galt.
Der Feminismus kann noch radikaler an die Ideologie des Nationalsozialismus anknüpfen. Elisabeth Gould Davis ("The First Sex", 1975) gebraucht zwar nicht den im Nationalsozialismus üblichen Begriff "Untermensch", aber mit biologischer Argumentation degradiert sie den Mann zu einem zumindest – und gelinde ausgedrückt – zweitrangigen, eben auf niedererer Stufe als die Frau stehenden Lebewesen. Hätten doch – so ihre Argumente – Geneologen erkannt, daß das Y-Chromosom, aus dem der Mann hervorgeht, ein abgebrochenes X-Chromosom sei, von dem die Frau sogar zwei besitze, so "daß Frauen eine Rasse für sich, das starke erste Geschlecht, und Männer die biologische Nachhut" seien.
Auch hier weigere ich mich, in solchen phantastischen Aussagen nur Komisches zu sehen. Rassenbiologisch motivierte Urteile über das Menschsein haben in vergangenen Jahrzehnten zu furchtbaren Konsequenzen trotz aller Absurdität der Argumentation geführt. Auf diese Beurteilung des Mannes "auf zoologischer Basis" wollen wir uns hier auch gar nicht erst weiter einlassen, aber schon jetzt, mit um so größerem Ernst, die Frage stellen, welche ethischen Orientierungsdaten der Feminismus seinem Urteil über Menschen eigentlich zugrunde legt.
Zweifellos stehen diese Aussagen, wie wir sie eben hörten, auf der Außenseiterposition des Feminismus -gegenstandslos sind sie deswegen nicht. Sie erhellen vielmehr die Grundtendenz des Feminismus, nämlich sein Bestreben, das herkömmliche Zueinander von Natur und Menschsein radikal nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzuheben.
Es gibt im Feminismus einen breiten Konsensus darüber, daß herkömmliches, geschlechtliches Zueinander von Mann und Frau zu verneinen sei. …
Für Carla Lonzi ("Die Lust, Frau zu sein", 1975) bedeutet die normale Lust, die im herkömmlichen, also natürlichen Geschlechtsverkehr durch die Einführung des Penis in die Vagina erreicht wird, nicht die umfassendste und vollkommenste Lust, sondern die Lust der patriarchalischen Sexualkultur. Sie zu erreichen bedeute für die Frau, sich verwirklicht zu sehen in dem einzigen Modell, das ihr Belohnung verspricht, in dem Modell, das die Erwartung des Mannes erfüllt. Das patriarchalische Paar ist das Paar Penis-Vagina, Ehemann und Ehefrau, Vater und Mutter der fortpflanzungsgebundenen animalischen Kultur:

Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch die Funktionsweise der Sexualität bestimmt, sondern durch die Fortpflanzung, der die weibliche Sexualität untergeordnet wird. Die vaginale Frau ist das Ergebnis dieser Kultur. Sie ist die Frau des Patriarchen und der Herd eines jeden Mythos der Mütterlichkeit, die Sklavin, die die Fesseln der Unterwerfungen weitergibt, durch die die männliche Herrschaft jede historische Veränderung hat überdauern können.
Diese Sexualität, so wie sie die europäische Frau "im christlichen Abendland normalerweise" erlebt, ist "Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen", meint Alice Schwarzer ("Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung", 1975, S. 71).
Ähnlich urteilt Kate Miller ("Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971): Das Eindringen des Penis in die Vagina sei Ausdruck männlicher "Penetrationswut", der aggressiven Herrschaftshaltung des Mannes.
In dieser Weise der geschlechtlichen Begegnung – so meinen die Feministinnen – zeige sich die Feindschaft des Mannes gegen die Frau. Es versteht sich von selbst, daß das Zueinander und Miteinander von Geschlechtlichkeit und Zeugung, Liebe und Ehe, Ehe und Familie vom Feminismus verneint wird.
Die Lust wird zur selektierten, einsamen, nur auf Selbstbefriedigung abzielenden Lust. Der Feminismus ist also in seiner radikalen Form in sich selbst die Zerstörung von Ehe und Familie. …

Der Kampf um die neue Realität

Schon Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit noch vom französischen Sozialismus und Kommunismus belächelte Großmutter des modernen Feminismus, hat in ihrem den Feminismus stark bewegenden Buch "Das andere Geschlecht" (zuerst 1949 erschienen) proklamiert: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird es." Nicht die Natur ist "schuld" daran, daß die Frauen so sind, wie sie leider jetzt sind, sondern die Kultur hat sie dazu gemacht.
Hinter dieser These stand die damals starke Position der existentialistischen Philosophie im Sinne von Jean-Paul Sartre. Was der Mensch ist, wählt er in freier Entscheidung; es gibt keine vorgegebene, ewige, etwa von Gott gesetzte Ordnung. Letztlich schafft der Mensch sich selbst.
Seit Simone de Beauvoir wirkt diese atheistische Schöpfungsordnungsfeindlichkeit als munter sprudelnde Quelle in der Bewegung des Feminismus und ist mittlerweile jetzt, auf dem Höhepunkt dieser feministischen Bewegung, zu einem breiten Strom der Schöpfungsfeindlichkeit angeschwollen.
Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn", 1968) und Margarete Mead ("Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften", 1971) werden nicht müde zu betonen, daß Frauen nicht von Natur und für alle Zeiten auf ihr Frausein festgeschrieben sind, sondern daß eine böse, androzentrische, eben männlichkeitsbezogene Unkultur Frauen zu dem gemacht hat, was sie heute sind.
Die "Natur", meint die Protestantin Elisabeth Moltmann-Wendel in Erinnerung an die Ergebnisse dieser sogenannten Forschungen im Geiste des Feminismus, "stellte sich vor allem seit den Forschungen Margarete Meads als etwas Neutrales, nicht Beeinflußbares und als eine sehr abhängige Erscheinung heraus. Die Frau ist demnach keine Schöpfung der Natur, sondern ein Zivilisationsprodukt". Also – und das ist Sinn dieser herbeigesehnten Erkenntnisse – die Frau kann sich selbst, so wie sie ist, abschaffen.
Dieser Protest gegen vorgegebene Realität und für eine neue Realität wurde radikal formuliert durch Shulamith Firestone ("Frauenbefreiung und sexuelle Revolution", 1975). Menstruation, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt sind Geißeln der Frau. Alle technischen Möglichkeiten dieser Zeit und der nahen Zukunft müssen genutzt werden, um die Frau von diesen Geißeln zu befreien. Sexualität muß befreit werden von Ehe, Kind und Familie.

Frau Firestone träumt von der Möglichkeit, daß Kinder in einem Reagenzglas befruchtet werden und daß das Geschlecht durch technische Manipulation bestimmt wird: "Die Blutbande zwischen Mutter und Kind werden endlich zerrissen werden. Sollte tatsächlich eine männliche Eifersucht auf die Kreativität des Gebäraktes entstehen, so werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird."
Noch radikaler verlangt Ernest Borneman ("Das Patriarchat", 1975) überhaupt die Abschaffung der Geschlechtlichkeit. Für ihn ist der Zerfall der mütterlich geleiteten, im Urkommunismus lebenden Urhorde durch die Herrschaft der Väter eben der Sündenfall der Menschheit. Für eine geschlechtslose Gesellschaft fordert er: "Die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen. Die klassenlose Gesellschaft der Zukunft kann nur eine geschlechtslose Gesellschaft sein … Sie muß polymorph sein, oder sie führt das Prinzip der Herrschaft, das wir eben durch die soziologische Tür hinausbefördert haben, durch die Hintertür der Sexualität wieder ein."
Die Gesellschaft muß anders werden, dann muß zwangsläufig eben auch die Natur anders werden. Die Natur muß sich – wie Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und natürlich auch die Kirche – nach der Gesellschaft richten.
Angesichts dieser radikalen Revolution, die eben nicht nur Mensch und Gesellschaft, sondern auch die Natur selbst packen will, wirkt die Revolution des Marxismus-Leninismus als eine romantisch-idyllische Erinnerung an das 19. Jahrhundert.
Im Feminismus werden Übergänge zwischen Natur und Kultur "verflüssigt", eben damit die Natur nach dem Bilde des Feminismus verändert wird: "Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation nur erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht", meint die Feministin Alice Schwarzer.
Dieses Aufbegehren gegen herkömmliche Ordnung bleibt keineswegs nur feministische Theorie. Schon längst ist – wie gesagt, für die meisten Bürger verborgen – dieser Weg in die Praxis "multifrontal", d.h. an vielen Fronten, in Medien und Schulen, beschritten. Der Bürger sieht am Ende nur das Ergebnis eines Prozesses, den er als solchen nicht erkennen konnte oder wollte.
Der Weg in die Praxis geht vor allem über die Pädagogik mit ihrer Armada von Pädagogen, mehr oder weniger ausgebildet im Sinne dieser im Buch aufgezeigten Theorien.
Einer der großen Theoretiker unter den Pädagogen, die die Phase der Kindheitssexualität "sozial durchformen wollen", ist Helmut Kentler (vgl. "Die soziale Dimension der Sexualität" in "Sexualmedien", 1975). Traditionelle, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen sollen dadurch relativiert werden, daß Jungen tun, was Mädchen tun, und Mädchen tun, was Jungen tun. Mit Puppen spielende, ihre Gefühlswelt wie Mädchen regulierende Knaben sollen zu einem zärtlichen Lebensstil finden; denn der Mann ist "unterentwickelt im Geben und Nehmen von Zärtlichkeit", meint Kentler.
So sind wir auf dem Wege zu einer nicht nur klassenlosen, sondern auch geschlechtslosen Gesellschaft, zu einer sexuell polymorphen, panerotischen Urhorde, in deren wohlfühliger Geborgenheit alle alle lieben. Nur wenn wir diese Zielvorstellung des Feminismus, die übrigens auch von der kritischen Theorie Marcuses angestrebt wird, kennen, verstehen wir den Kampf für die Abtreibung … und das Recht der Homosexuellen, der nun schon bald im Sinne der "Schwulen-Initiativen" siegreich durchgetragen ist.
Im letzten geht es in diesem Streit nicht um Hilfe für die Frau oder um den Platz "des Homosexuellen in der Gesellschaft" – wie viele leider immer noch verkennen. Ziel ist vielmehr, daß

überhaupt Sexualität von Mutterschaft ein für allemal getrennt und daß – im Blick auf die Emanzipation der Homosexuellen – die polymorphe, nicht mehr heterosexuell orientierte Pansexualität zum Triumph geführt wird: "Frauenbefreiung und Schwulenbefreiung streiten beide für ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaft, die frei davon ist, Menschen aufgrund von Geschlecht und oder sexueller Übervorteilung zu definieren und kategorisieren", forderte Kate Miller schon 1970 in einem Aufsatz der Times.

Der Schöpfungshaß der Feministen

Der Feminismus sagt Nein zur Schöpfung Gottes: Der Haß gegen Gott, den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde, ist der Haß gegen die Ordnung der Schöpfung, wie sie in der Bibel geboten ist. Der Feminismus ist Symptom modernen, sich gegenwärtig immer mehr steigernden Schöpfungshasses.

In einer fast prophetischen Weise haben zu Anfang dieses Jahrhunderts unter anderem Aldous Huxley und George Orwell diesen Schöpfungshaß in ihren Visionen vorausgesehen. In Huxleys Zukunftsvisionen von einer zukünftigen, total kollektivierten Gesellschaft – "Brave New World" (engl. 1932) – sind Ehe und Familie nur noch Feind, letztlich Stacheldraht gegen die Gesellschaft und sollen nach dem vom Kollektiv propagierten Leitspruch "Jedermann ist seines Nächsten Eigentum" abgeschafft werden.

Diese Vision von Aldous Huxley stellt das Verlangen der Zivilisation nach einer Wohlfühlzivilisation dar, deren Symbol eben die Muttergottheit ist. Die absolute Glückseligkeit in der Anonymität des Kollektivs – das ist es, was der Mensch heute im Grunde sucht und was er als Überwindung des 'Dualismus', eben des biblischen Glaubens, propagiert.

Nach dem letzten Weltkrieg schrieb auf einer einsamen Insel vor der Ostküste Schottlands ein ehemaliger Mitstreiter der 'Internationalen Brigade' im spanischen Bürgerkrieg, der aber dann vom Kommunismus abtrünnig geworden war, **Eric Blair,** seine einfach niederschmetternde Zukunftsvision für das Ende dieses Jahrhunderts nieder. Dieser am Kommunismus irre gewordene Schriftsteller wurde weltbekannt unter dem Namen **George Orwell,** und sein schriftstellerischer Welterfolg heißt '1984' (1. deutsche Ausgabe 1948). In dieser Schau der Zukunft findet sich genauso wie bei Huxley das radikale Nein zur Schöpfung, vor allem zu Familie und Ehe. Eine allmächtige Partei, die 'grausame Mutter' der Gesellschaft, wütet gegen Natur und Schöpfungsordnung.

Die Partei wendet sich gegen alles, was den Menschen an die Natur bindet. So richtet sie sich beispielsweise gegen die Sexualität – nicht nur, weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden. Sie wollen, daß man ständig zum Platzen mit Energie geladen ist. Dieses ganze Auf- und Abmarschieren, Hurrabrüllen und Fahnenschwenken ist weiter nichts als sauer gewordene Sinnlichkeit.

Wenn man innerlich glücklich ist, kann man weder über den großen Bruder noch den Dreijahresplan, die Zwei-Minuten-Haßsendung und den ganzen übrigen Schwindel in Begeisterung geraten. Die seelischen Energien sollen also nicht durch natürliche Triebe ausgelebt, sondern durch von der Partei gelenkte Ersatzformen abreagiert werden. Die Partei will das Sexualgefühl abtöten, es in den Schmutz ziehen. Es gibt die Jugendliga gegen Sexualität, die für die geschlechtliche Enthaltsamkeit eintritt und die künstliche Befruchtung (in der Neusprache heißt das Kunstsamen) fordert.

Ein wirkliches Liebeserlebnis war ein nahezu unvorstellbares Ereignis. Die Frauen dieser Partei waren sich alle gleich. Die Enthaltsamkeit war ihnen ebenso tief eingeimpft wie die Treue zur Partei … Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glückhaft vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung. Die Begierde war ein Gedankenverbrechen.

Alle großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Tragik usw. sind ausgerottet. Tragik, so muß

der Außenseiter Smith erkennen, gehört einer vergangenen Zeit an, als es noch Eigenleben, Liebe und Freundschaft gab und die Mitglieder einer Familie, ohne nach dem Grund zu fragen, füreinander eintraten … Heutzutage gibt es Angst, Haß und Leid, also keine starken und wertvollen Gefühle, keine tiefen und echten Schmerzen.
Der utopische Mensch ist ein destruierter (ruinierter) Mensch. Die Partei hat ihn abgebaut, damit seine Eigenständigkeit aufgehoben werden konnte und er für das Kollektiv reif wurde: Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet, für unsere Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung. Die Zertrümmerung der Grundordnungen, der systematische Abbau all dessen, was den herkömmlichen 'alten' Menschen ausmacht, legt den utopischen Menschen frei.
Der Funktionär von '1984' sagt an: 'In Zukunft wird es keine Gattinnen und keine Freunde mehr geben. Die Kinder werden ihren Müttern gleich nach der Geburt weggenommen werden, so wie man einer Henne die Eier wegnimmt. Der Geschlechtstrieb wird ausgerottet. Die Zeugung wird eine alljährlich vorgenommene Formalität wie die Erneuerung einer Lebensmittelkarte werden. Wir werden das Wollustmoment abschaffen; unsere Neurologen arbeiten gegenwärtig daran. Es wird keine Treue mehr geben, außer der Treue gegenüber der Partei.
Es wird keine Liebe mehr geben, außer der Liebe zum Großen Bruder. Es wird kein Lachen mehr geben, außer dem Lachen des Frohlockens über einen beseitigten Feind. Es wird keine Kunst geben, keine Literatur, keine Wissenschaft. Wenn wir allmächtig sind, werden wir die Wissenschaft nicht mehr brauchen. Es wird keinen Unterschied geben zwischen Schönheit und Häßlichkeit. Es wird keine Neugierde, keine Lebenslust geben …
Wenn Sie sich, so fährt der Parteifunktionär von 1984 in seiner Rede fort, 'ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der einen Menschen tritt, immer und immer wieder. Die Zerstörung der Grundordnung ist die Voraussetzung dafür, daß die Macht der Partei, die ja in der Ausschaltung des Individuellen besteht, erhalten bleibt. Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammenzusetzen. Der Mensch soll seines eigentliches Ichs beraubt werden, er soll nichts weiter als eine Schöpfung der Partei sein. Es gibt keine über alle Umwandlungsversuche erhabene menschliche Natur. Wir machen die Natur.'
Der moderne Feminismus könnte zumindest dem letzten Satz dieses Terrorkommissars in George Orwells "1984" vollauf zustimmen! Es gibt nicht die Natur – die Natur wird gemacht; es gibt nicht die Frau, sondern die Frau wurde gemacht – sagen alle Feministen.

Der Untergang des Mannes

Eine der Ursachen (wenn nicht vielleicht die Ursache überhaupt) für die Revolution der Frau ist die Krise oder – noch schärfer ausgedrückt – der Untergang des Mannes. Wir leben im Zeitalter der "Entmannung des Mannes", in einer "kastrativen" Epoche, gekennzeichnet durch den härtesten Klassenkampf, den es je gegeben hat und der zerstörend und aufsprengend durch die Familie schleicht: Ich meine den Klassenkampf der Frau gegen den Mann.
Schon 1954 konnte Abram Kardiner ("Sex and Morality", 1954) im Blick auf die amerikanische Gesellschaft feststellen, daß in den Massenmedien die Frau mehr und mehr als ein Wesen erscheint, "das den unbeholfenen Ehemann nach Belieben herumscheucht" (vgl. Hoffmann R. Hays, "Mythos Frau. Das gefährliche Geschlecht", 1978): "Gehorsam und unterwürfig sorgt er für den Familienunterhalt, während in Wirklichkeit seine Frau alle Macht in Händen hält. Ist ihr Kind-Mann durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten, so muß sie ihm heraushelfen, und er zahlt für ihren Beistand mit dem Verlust seiner Würde."
Die damalige einflußreiche amerikanische Wochenzeitschrift "Look" veröffentlichte schon 1958 eine Dokumentation mit dem alles sagenden Titel "The Decline of the American Male" (Der Untergang des amerikanischen Mannes). Dieses Schlagwort deckte nun plötzlich die

Tatsache auf, daß die US-Gesellschaft direkt auf dem Wege in ein Matriarchat war – und das alles vor 25-30 Jahren! …
Der Glaubenszerfall des "modernen Menschen" in der westlichen Zivilisation mußte zwangsläufig zur Entmannung des Mannes führen! Der Mann ist nicht mehr Wille, weil er den Willen Gottes nicht mehr aufnimmt! Der nicht mehr von Gott gerufene, der Gott fliehende Mann ist der sinnlose, der an seinem Mannsein zerbrechende, in der Krise kaputtgehende und sich in seinem Selbst auflösende Mann.
Die Frau lebt aus der Hingabe zum Mann. Wenn aber der Mann nicht mehr Mann ist, verliert die Frau – ganz einfach und allen Feministen zum tödlichen Ärgernis gesagt – ihre Zuordnung zum Mann. Wo soll ergänzende Begegnung zwischen Mann und Frau sein, wenn der Mann nicht mehr Mann ist? Wie soll die Frau "vor dem Mann Ehrfurcht haben?" (Epheser 5, 33)
Wie soll sich die Frau dem Mann "hingeben" und darin, letztlich wirklich nur darin, die Erfüllung ihres erotischen Verlangens erfahren, wenn der Mann "mutterschutzsuchenderweise" in der Frau eben nur noch die Mutter sucht? Eine Frau kann und soll einen Mann nicht "ehrfürchten", sie kann dem Mann nicht untertan sein "wie dem Herrn", wenn eben der Mann durch Unglaube das Mandat, die Vollmacht, die Bevollmächtigung Gottes verloren hat!
Von daher gesehen, ist der Feminismus Strafgericht über die heilsverlorene Gottesflucht des Mannes in unserer Zeit. Männerherrschaft ohne Gottesfurcht ist Maskulinismus, der das Strafgericht des Feminismus erleiden muß, oder, anders ausgedrückt, die Quantität des maskulinen Atheismus schlägt um in die Qualität eines atheistischen Feminismus.
Gerade in diesem "dialektischen Sprung" leben wir heute! Hier liegt auch die qualvolle Herausforderung der Frau! Sie hat weder dem maskulinen noch dem "weichlichen" Mann untertan zu sein! Ihre Ehrfurcht gegenüber dem Mann ist – wie es der Epheserbrief ausdrückt – "im Herrn"! Nur im Herrn gilt das Zueinander von Mann und Frau – alles andere wäre Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, wäre Versklavung des Mannes oder der Frau. Genau das will die biblische Schöpfungsordnung nicht.

Gott, der allmächtige Vater

Der Feminismus meint mit seinem Leitwort "Wholeness" (Ganzheit) das nicht mehr differenzierte, aus der Spannung befreite "Ganze". Das bergende und schützende, umhüllende Eintauchen in den Schutz der großen Mutter steht gegen das Gegenüber von Gott und Mensch, gegen die Spannung von Fleisch und Geist, Himmel und Erde, Tod und Leben – gegen all die Wirklichkeiten, die mit der Relation Männlichkeit in den Aussagen der Bibel repräsentiert sind.
Der Gott im Alten Testament ist Trennung und Spannung zur Welt und zum Menschen. Er ist dieses dynamisch-dramatische Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde. Gott der Herr (die Septuaginta wird immer den Namen Gottes "Jahweh" mit Kyrios, also "Herr" übersetzen) ist eben – wie Karl Barth es in seiner großen theologischen Jugendzeit wieder entdeckte – der "ganz Andere", der heilige, der unsichtbare, auch durch Gefühl und Begriffe nicht faßbare Gott.
Vor allem ist er das heilige Gegenüber zu jener Welt und zu jenem Menschsein, das der Sünde verfallen ist. "Die Ägypter sind Mensch und nicht Gott, ihre Pferde sind Fleisch und nicht Geist", ruft Jesaja (31, 3). Gott ist der Herr, aber Gott ist nicht ein Mann. …

Feminismus ist Irrlehre

In dieser zwiespältigen, von der Feindschaft gegen Gott überfallenen und dunkel beschatteten Welt ist Christus der Erlöser als der Kämpfer, Überwinder und Sieger. Diese Mächtigkeiten des Heils gelten als die Repräsentation des Männlichen. Also – wenn man so will – dann eben doch Jesus, der Mann.
Jesus, der Sohn Gottes, war Gott und wahrer Mensch, und auch als der in das Fleisch Gekommene, als der Erniedrigte, der die Knechtsgestalt annahm, die unser Menschsein prägt,

hörte er niemals auf, Sohn Gottes zu sein. Der Heiland Jesus Christus kann nicht anthropologisiert werden, seine Männlichkeit ist nicht unsere verfehlte Männlichkeit. Seine Menschlichkeit – dem dreieinigen Gott sei Dank – ist nicht unsere verfehlte Menschlichkeit. Jesus ist der Christus – der Sohn Gottes, der in kein Bild und auch in keine Philosophie und Psychologie (auch nicht in die von Carl Gustav Jung) eingezwungen werden darf und kann.
Der Feminismus ist die Verneinung des in der Bibel geoffenbarten Gottes und seiner Schöpfung, des in der Bibel bezeugten Zueinander von Mann und Frau. Der Feminismus betreibt die Geschäfte jener Muttergottheiten, gegen die die Propheten des Alten Testamentes kämpften. Der Feminismus treibt die Kirche in die undifferenzierte, spannungslose Wohlfühlgesellschaft, in der sich das entpersonalisierte Kollektiv verwirklicht.
In der Kirche, wie sie der Feminismus will, verschlingt – wie ehedem – die Muttergottheit das Individuum und zerstört die Botschaft von Christus, so wie damals die Göttinnen Kleinasiens ihre Götter verschlungen haben. Himmel und Erde, Licht und Finsternis, Mann und Frau, Gott und Mensch werden durch sehnsüchtig erwartetes Kollektivmenschentum verschlungen.
Unsere Gegenwart tendiert auf Kollektivismus, und der Feminismus betreibt – wie jede Häresie – das Geschäft der Anpassung der Kirche an diesen gesellschaftlichen Trend. Der Feminismus mit seinen "großen Frauen", angefangen von Simone de Beauvoir ("Das andere Geschlecht", 1949), über Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau", 1970), Kate Miller ("Sexus und Herrschaft.
Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971) bis Mary Daly ("Beyond God the Father", 1974) und vielen anderen, die wir in diesem Aufsatz nannten oder nicht nennen konnten, ist wohl die bislang letzte, aber auch wichtigste Aktualisierung des modernen Atheismus, der im Grunde die Retrogression, die quasimütterliche, sprich kollektive Gesellschaft anstrebt. Der Feminismus ist keine Schreibtischrevolution, er ist Ausdruck des Verlangens der Masse nach kollektivistischer Geborgenheit.
Der Feminismus betreibt nicht den Kampf gegen den Mann, sondern gegen das Menschsein. Soweit er den Maskulinismus einer atheistisch sich mißverstehenden Supermännlichkeit als unchristlich und unmenschlich entlarvt, wollen wir gerne von ihm lernen. Aber der Feminismus zerstört das biblische Verständnis der Frau, verneint die besondere Geschöpflichkeit der Frau und treibt sie dadurch in eine tiefgreifende Einsamkeit und quälende Sinnlosigkeit.
Die Feministinnen haben recht: Die Frau kann gegen die Schöpfungsbestimmung leben – wir fragen nur, ob sie diese Verneinung der von Gott gesetzten Schöpfung als Mensch überleben wird. Der Feminismus (femina heißt ja Frau) kämpft gegen die Frau, gegen die Mütterlichkeit in unserer immer einsamer, unpersönlicher und kälter werdenden Gesellschaft. Durch den Feminismus wird es noch kälter werden auf dieser Erde. …<<

Belgien: Griechenland tritt im Jahre 1981 der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.

China: Ein deutscher Journalist berichtet im Jahre 1981 über seine Reiseerlebnisse in der Volksrepublik China (x149/191): >>... Das ist der Grundwiderspruch im Jahre 4 nach Maos Tod. Die großen Wände, von denen kürzlich noch, allgegenwärtig – seine Zitate den rechten Weg wiesen, sie stehen noch. Aber im Zug der "Vier Modernisierungen" werden sie nun zugekleistert mit "Werbung" für Produkte, die man oft genug noch nicht kaufen kann: Fly British Airways! oder Drive the new Toyota Corolla! ...
Mühsam lenken wir das Gespräch auf die "große Politik". Was in Peking so vor sich geht, dort diskutiert und beschlossen wird, hier (in einer südchinesischen Millionenstadt) scheint es keinen zu jucken. ...
In einem Hotel lerne ich eine Studentin kennen, die dort ein Praktikum als Kellnerin macht. Ich beklage, daß wir als Touristen jetzt so wenig vom arbeitenden China, den Kommunen, Fabriken, Schulen zu sehen bekämen.
Das Mädchen antwortet lachend: "Musterkommune, Musterfabrik, Musterschule, - interessiert

Euch das wirklich?" ...<<

1982

>>Zu sehen, was recht ist, und es gegen seine Einsicht nicht tun, ist Mangel an Mut.<< (Konfuzius)

Januar 1982

BRD: Die Zeitschrift "Stern" Nr. 1/1982 berichtet über das Deutschlandbild der Japaner (x025/214): >>... Das japanische Klischee sieht Deutschland noch in den Klauen der Nazis. Jeder fünfte Schüler, der an Deutschland dachte, malte Hitler – gleich neben Neuschwanstein, Rhein, Bratwurst und Maßkrug. Selbst im Bierschaum noch erscheinen die angstverzerrten Gesichter von KZ-Opfern.

Warum tobt der häßliche Deutsche durch die Phantasie der Japaner? Schüler, Lehrer und Journalisten verweisen zur Erklärung meist auf das japanische Fernsehprogramm. Dort ist der Zweite Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. In amerikanischen Serienproduktionen ... kämpfen clevere US-Soldaten unermüdlich und stets erfolgreich gegen tumbe, brutale Landser, deren schnarrende Kommandos im deutschen Originalton überkommen. Wochenzeitschriften werben mit Hitlers Konterfei für einschlägige Neuerscheinungen auf Japans Buchmarkt. Nazi-Kinofilme und Nazi-Comics lassen Deutschland und Drittes Reich eins werden. ...<<

11.02.1982

DDR: Pfarrer Rainer Eppelmann, der den Austritt der deutschen Staaten aus den Militärbündnissen fordert, wird am 11. Februar 1982 nach 2tägigen Verhören aus der Haft entlassen.

13.02.1982

DDR: In der Dresdener Kreuzkirche beteiligen sich am 13. Februar 1982 etwa 5.000 meist junge Menschen an einem Friedensforum der evangelischen Landeskirche. Die Veranstaltung steht unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen".

Februar 1982

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**

Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).

1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.

Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."

Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.

Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen – durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.

2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.

3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethisch e Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.

Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!

Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das Ius gentium der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: per me reges regnant). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.

4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialethische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: Das Naturrecht im Disput, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".

Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".

Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will – dann notwendig.

5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Natur-

recht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-erfahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.
So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbessernschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).
6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungssmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).
7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.
Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.
So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich … als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamentalmoral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische. Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).
8. Daher trifft Ratzingers hellsichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.
(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979,… Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr. 19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, … Bonn).
Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anläßlich von offen rechtwidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDKJ (Berlin). Schnell war auch ein Moraltheologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.

Aus der also moraltheologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.
Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brießmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäßig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.
Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbiedern, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."
Das Tauziehen um eine entsprechende Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.
9. Kümmern wir uns im Unterricht … um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.
Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.
10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:
"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.
Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).
11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).
Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980

des ibw-Journal, Paderborn …).
12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.
In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.
Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.
Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.
Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.
Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.
Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:
- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
- Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
- Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.
In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.
Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.
Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.
Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunfts- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen

bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.
Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.
Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.
Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.
Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.
Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.
Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.
- Wem gehorchen? (Überschrift)
"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...
Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"
- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.
Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.
- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.
Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft

gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".
Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie der Alte behandelt werden.
Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.
Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informationen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.
- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.
Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.
- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.
In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.
Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mängelbehafteten und negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.
Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.
Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.
So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.
Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.
Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.
Kritisiert wird von den Schulbüchern

- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind …
- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben …- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind …
- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; … die ungerecht behandelt werden, mit denen man sich solidarisieren sollte;
- daß es Umweltverschmutzung gibt …

In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.

Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie werden in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch" ausführlich dargestellt.

2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?

- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.
- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.

In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.

- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzscheit das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.
- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.

Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbacken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.

Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.

Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.

- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.
- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."

Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitserwägungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.

- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte waren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.
Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."
Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: ‚Wessen Recht ist dieses Recht?' so kann die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlauen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.
Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).
Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.
Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.
Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll -
"erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"
- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"
- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."
Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).
Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.
Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).

In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechtsordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.
Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Hauptschrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftliche Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).
Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".
Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *0. Negt*, einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.
Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)
"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)
Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)
Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft'): Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ‚neu' und ‚anders' reden:
"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremanzipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).
Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist.
Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).

Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch emanzipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).
Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrükkung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).
Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,
- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarisches Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). …<<

06.03.1982

Großbritannien: Der britische Abgeordnete Sir Bernard Braine berichtet am 6. März 1982 während der Enthüllung eines Denkmals für die "Opfer von Jalta" über die Auslieferung von Kriegsgefangenen an die Sowjets (x025/128): >>... Es war ein entsetzliches Verbrechen. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Es wurde mit Gewalt und Betrug begangen, ohne einen Funken Mitleid für die Opfer, die sich den Westalliierten willig ergeben hatten in dem Glauben, daß ihnen Asyl gewährt werde.<<

10.06.1982

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

18.06.1982

Großbritannien: Roberto Calvi (1920-1982, italienischer Präsident der Vatikanbank Banco Ambrosiano, "Bankier Gottes") wird am 18. Juni 1982 unter einer Themsebrücke in London erhängt gefunden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die finanzpolitische Weltmachtstellung der katholischen Kirche (x324/23-26): >>... Die Agrar-, Handels-, Finanzpolitik der Mönche, der Bankiers im frühen Mittelalter, deren Klöster (in Lothringen) schon im 10. und 11. Jahrhundert als Leihinstitute, Banken, fungierten, überhaupt wirtschaftliche Größen ersten Ranges waren. Doch geht die Agitation der Mönche in der Welt der Politik, des Geldes, stetig weiter, besonders während der deutschen Offensiven im Osten, bei der Beteiligung der Orden an der Siedlungs- und Kolonialgeschichte, der blutigen Unterjochung ganzer Völker.
Noch im frühen 20. Jahrhundert kontrollieren allein die Jesuiten ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals; im späten 20. Jahrhundert besitzen sie die größte Privatbank der Welt, die Bank von Amerika, mit 51 Prozent. Und das Papsttum ist heute eine finanzpolitische Weltmacht, die engste Kontakte mit der Unterwelt pflegt, unter anderem über die als "Mafiabank " bekannte Bank von Sizilien, ein finanzielles Instrument der Kurie.

Der Jesuitenzögling Michele Sindona, "der erfolgreichste Italiener nach Mussolini" *(Time)* und Starbankier der Mafia (Schwerpunkte seiner Finanzpiraterie: Italien, Schweiz, USA, Vatikan), ein Sizilianer, der mehr Banken als andere Männer Hemden besessen und einen beträchtlichen Teil seines Geldes dem Handel mit Heroin verdankt haben soll, war ein sehr guter Freund des Erzbischofs von Messina, ferner des Erzbischofs Marcinkus, des Leiters der Vatikanbank "Institut für Religiöse Werke" ("meine Stellung innerhalb des Vatikans ist außergewöhnlich", "einzigartig "), ein guter Freund auch Pauls VI. sowie Finanzberater und enger Geschäftspartner des "Heiligen Stuhls", dessen Banken noch mit den schwarzen Geldern des italienischen Großgangstertums spekulierten.
Mafioso Sindona, "der wahrscheinlich reichste Mann Italiens" (Lo Bello), der "von Papst Paul VI. den Auftrag erhalten hatte, die Kirchenfinanzen neu zu ordnen" *(Süddeutsche Zeitung),* wurde 1980 als Verantwortlicher für den größten Bankenzusammenbruch in der Geschichte der USA zu 25 Jahren Haft verurteilt, dann an Italien ausgeliefert, dort aber 1986 zwei Tage nach seiner Verurteilung (wegen Anstiftung zum Mord) zu lebenslanger Haft im Gefängnis, trotz aller nur denkbaren Absicherungen, durch Zyankali vergiftet.
Vielsagend meinte der zwölf Jahre Sindonas Finanzaktionen (allein in Italien eineinhalb Milliarden Mark Verluste) verfolgende Mailänder Staatsanwalt Guido Viola: "Wir haben den Dreck, der in diesem Topf kocht, auch mit dem Prozeß nicht ausgeräumt."
Ebenso gehörte Roberto Calvi, ein weiterer Mafia-Bankier, der 1982 erhängt unter einer Themsebrücke in London endete, unter Paul VI. zum exklusiven Zirkel der kurialen "uomini di fiducia" und verbreitete als "Bankier Gottes", wie er in Italien hieß, "das Krebsgeschwür vatikanisch inspirierter Wirtschaftskriminalität über die ganze Welt".
Zum Beispiel präsentierte der Leiter der Abteilung für Organisiertes Verbrechen und Korruption beim amerikanischen Justizministerium, Lynch, begleitet von Polizei- und FBI-Beamten, am 25. und 26. April 1973 im vatikanischen Staatssekretariat "das Originalschreiben, in dem der Vatikan" bei der New Yorker Mafia, "gefälschte Wertpapiere im fiktiven Gegenwert von nahezu einer Milliarde Dollar bestellte", "eine der größten Betrügereien aller Zeiten", die anscheinend kein anderer als Erzbischof Marcinkus, der "sehr gute Freund" Sindonas, "eingefädelt hatte" (Yallop).
Der Vorgänger Pauls, Papst Pius XII., starb 1958 mit einem Privatvermögen - das er angeblich ganz zur Rettung von Juden unter Hitler verwendet hatte! - von 80 Millionen DM in Gold und Valuten. Der Nepotismus unter ihm hatte renaissancehafte Ausmaße. Sicher an der Erlösung ist nur der Erlös daraus.
Die Habgier der Prälaten wird durch alle Jahrhunderte belegt, die private Bereicherung von Päpsten, Bischöfen, Äbten dokumentiert, ihr meist ungeheurer Luxus, die Verschleuderung von Kirchengütern an Verwandte, Simonie, Pfründenerwerb, Verdrängung der Pfründeninhaber, der Schacher von der Papstwahl bis zum Einsetzen der Landpfarrer, vom Stimmenkauf auf Synoden bis zum Verkauf von Wein, Bier, Salböl, Hostien, Antibabypillen (!) namens "Luteolas", bis zu Bestechungsgeldern noch der berühmtesten Kirchenlehrer, Papst Gregor I., des heiligen Kyrill, der mit Hilfe riesiger Summen ein Mariendogma durchsetzte und anderes mehr - Zinsgeschäfte, Handel, Wucher, Peterspfennig, Ablaß, Kollekte, Erbschleicherei durch zwei Jahrtausende, riesige Rüstungsgewinne.
Die Folgen der Überhäufung des hohen Klerus mit Privilegien, mit Immunitätsrechten, mit Grafenrechten, Marktrechten, Zollrechten, Steuervorteilen, mit strafrechtlichen Ausnahmestellungen, milderen Strafen natürlich statt schärferen! Ganz zu schweigen von der Selbstherrlichkeit des römischen Pontifex: … so will ich's, also befehl ich's. - Die ökonomische Seite der Heiden-, Juden-, Ketzer-, Hexen-, Indianer-, Negerausmerzung. - Der wirtschaftliche Faktor des Wunderkults, der Heiligenviten, Mirakelbücher, Wallfahrtsorte und anderer Dinge mehr.

Die "pia fraus" (Volkstäuschung) mit ihren verschiedenen Fälschungstypen (Apostolisation, Pilgerkonkurrenz, Besitzsicherung, Rechtssicherung) wird in eigenen größeren Komplexen untersucht, zumal in Europa bis ins hohe Mittelalter hinein die Fälscher fast durchweg Geistliche waren. Überall in Klöstern und an Bischofssitzen suchten sie aus kirchenpolitischen Gründen ihre rivalisierenden Ansprüche durchzusetzen mittels Fabrikation falscher Diplome oder der Interpolation originaler.
Die Behauptung, es habe im Mittelalter fast ebenso viele unechte Urkunden, Annalen, Chroniken gegeben wie echte, ist kaum übertrieben; der "fromme" Betrug wurde zu einem politischen Faktor, "die Fälscherwerkstatt zur Ordnungsinstanz von Kirche und Recht" (Schreiner). …<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 43 berichtet über das Schwarzbuch der Katholischen Kirche (x927/…): >>**Finanzmittel aus dem Vatikan für den Sturz des Kommunismus in Polen**
Hintergrund ist dabei der Betrugs-Bankrott der Banco Ambrosiano, in dessen Folge deren Direktor Roberto Calvi 1982 in London ermordet wurde und danach - mit Ziegelsteinen in der Anzugjacke beschwert - tot an der "Brücke der Barmherzigen Brüder" hing, die Füße in die Themse eingetaucht. "Zufällig" am selben Tag, dem 18.6.1982, stürzte seine Sekretärin Graziella Corrocher aus einem Fenster der Bank in Mailand zu Tode. Ein vermuteter Mord konnte jedoch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Und die beiden mutmaßlichen Auftrags-Mörder von Roberto Calvi wurden kurze Zeit später ebenfalls ermordet und konnten nicht mehr aussagen, wer ihr Auftraggeber war.
Als **Hauptschuldigen** am Betrugs-Bankrott verurteilte die italienische Justiz damals den Chef der Vatikanbank IOR, **Erzbischof Paul Marcinkus**, und sie stellte einen Haftbefehl gegen den hohen Würdenträger des Vatikans aus.
Was war der Sachverhalt?
Die Vatikanbank hatte gegenüber der Banco Ambrosiano, deren Chef Roberto Calvi war, Vertrauenserklärungen (sogenannte Patronage-Briefe) für Firmen ausgestellt, die ihr gehörten. Das war eine Art Bürgschaft, woraufhin diese Firmen im Jahr 1980 von der Banco Ambrosiano einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar bekamen. Und genau diese 1,3 Milliarden Dollar steckte die Vatikanbank 1980 ihrerseits in Aktivitäten, die den politischen Umsturz in Polen mit herbeiführten, der das Ende des Ostblocks mit seiner Militärmacht "Warschauer Pakt" einleitete. Das ist die eine Seite des Geldflusses.
Und die andere: Die der Vatikanbank gehörenden Firmen haben das von der Banco Ambrosiano erhaltene Darlehen in gleicher Höhe nie mehr zurückgezahlt, trotz der vatikanischen Patronage-Briefe über ihre angebliche Vertrauenswürdigkeit. Und die unmittelbare Folge davon: Die Banco Ambrosiano ging trotz ihres Hilferufs an den Papst, doch bitte die enormen Schulden zurückzuzahlen (!), bankrott.
Zwar versuchten papstfreundliche Medien wie *bild.de* den Sachverhalt nachträglich so zu verbiegen, als hätte auch die Vatikanbank durch den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano Verluste erlitten *(bild.de, 27.6.2008)*, doch eine Bank und die ihr gehörenden Firmen profitieren ja in Wirklichkeit vom Zusammenbruch eines Großgläubigers, da dieser nun das Geld nicht mehr eintreiben kann. Und gegen Verantwortliche im Vatikan wurden deswegen ja auch Gerichtsurteile gesprochen und Haftbefehle ausgestellt, weil es sich ganz offensichtlich um ein schwerwiegendes Finanzverbrechen handelte.
Doch der italienische Haftbefehl gegen Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus wurde vom Vatikanstaat genauso ignoriert wie die Haftbefehle gegen weitere Vatikan-Angestellte. Papst Johannes Paul II. deckte seinen verbrecherischen Finanzchef Paul Marcinkus, lieferte ihn nicht an den Staat Italien aus und schob ihn statt dessen in die USA ab, woher er stammte und wo er bis zu seinem Tod 2006 unbehelligt wieder als Vikar im Kirchendienst arbeitete.

Und ob Erzbischof Paul Marcinkus das Verbrechen seinem "Gebieter", dem polnischen Papst Karol Wojtyla, zuliebe oder gar in Absprache mit ihm durchführte, um den Kommunismus in Polen mit stürzen zu helfen, oder ob der Papst von allem "nichts" wußte, ist eine bis heute nicht geklärte Frage. …<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtet über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Mord**

Päpste schreckten auch vor Mord nicht zurück, wenn es um ihre finanziellen oder machtpolitischen Vorteile ging.

Glaubt man einigen Priestern, die mit einem Buch anonym an die Öffentlichkeit gingen, so geschehen heute noch mysteriöse Todesfälle im Vatikan.

Der Historiker Thomas Tomasi schrieb dazu: "Es wäre nicht möglich, all die Morde, die Vergewaltigungen und die Fälle von Blutschande aufzuzählen, die jeden Tag am Hof des Papstes begangen wurden. Das Leben eines Menschen ist nicht lang genug, um sich die Namen aller ermordeten, vergifteten oder bei lebendigem Leibe in den Tiber geworfenen Opfer zu merken."

Mord war ein hübscher Nebenverdienst für Papst Alexander VI. Der permanenten Bedrohung seines Bruders überdrüssig, der sich im Vatikan als Flüchtling aufhielt, schickte der osmanische Sultan Bajasid II. Papst Alexander VI. 40.000 Golddukaten, für die er Dschem ermorden solle. Doch so billig war die Hilfe des Papstes nicht zu haben. Er wartete ab. Weitere 200.000 Dukaten legte der Sultan nach. Dann ließ Papst Alexander VI. Dschem vergiften.

Der Ämterverkauf war eine gute Einnahmequelle. Um jedoch die Einnahmen nicht versiegen zu lassen, "sorgte Papst Alexander dafür, daß die Kardinäle bald vergiftet wurden, die er zuvor ernannt hatte. So konnte er nicht nur ihren Kardinalshut erneut verkaufen, sondern auch alle ihre Besitztümer einstreichen, die auf die Kirche übergingen - soll heißen auf Papst Alexander".

In seinem Bestseller *Die Heilige Mafia des Papstes* erwähnt Robert Hutchison eine Reihe **mysteriöser Todesfälle**, die alle in geschäftlichem oder persönlichem Zusammenhang mit dem Vatikan oder einer ihr nahe stehenden Gruppe stehen sollen: Er bezieht seine Behauptungen auf folgende Todesfälle:

1975: Der französische Senator Prinz Jean de Broglie
1977: Charles Bouchard, Geschäftsführer der Genfer Leclerc-Bank
1978: Pater Giuliano Ferrari
1978: Der orthodoxe Patriarch Nikodim
1978: Papst Johannes Paul I.
1978: Wenig später Kardinalstaatssekretär Villot
1979: Kardinal Vagnozzi, Chef der vatikanischen Präfektur für Wirtschaftsangelegenheiten
1981: Francesco Cosentino, P2-Loge
1982: Der Mailänder Bankier Roberto Calvi
1982: Der Antiquar Sergio Vaccari
1982: Der Autor Giorgio Di Nunzio
1982: Kardinal Benelli aus Florenz
1985: Der ehemalige spanische Außenminister Gregorio López-Bravo
1985: Bankier Ricardo Tejero
1986: Der Reeder José Maria Aristrain
1986: Der Mafioso Michele Sindona
1986: Ein mißglückter Mordanschlag auf den spanischen Unternehmer Ruiz-Mateos
1986: Der spanische Verfassungsrichter Manuel García-Pelayo
1994: Der salvadorianische Erzbischof Rivera Damas
1998: Der Leiter der Filiale der Vatikanbank in Neapel, Aldo Palumbo

Der Geistliche Giuliano Ferrari wurde in einem leeren Abteil des Schnellzuges Genf-Paris tot aufgefunden. Er starb angeblich an "schwerem Herzinfarkt". Bereits 1969 hatte man versucht, ihn mit Hilfe von Glykosid Digitalis langsam zu vergiften. Diese Droge verursacht Herzversagen. Ferrari nannte die römische Kirche "das größte und schmutzigste Geschäftsunternehmen der Welt". Deschner spekuliert, ob er nicht Opfer des Vatikanismus wurde.
Nach Ansicht Ferraris waren die lateinamerikanischen Priester Camillo Torres und Oscar Romero Opfer des Vatikans. Ferrari sagte kurz vor seinem Tod: "Das jüngste Verbrechen des Vatikans war die Ermordung meines Freundes, des Erzbischofs Oscar Romero in San Salvador."
Am Morgen des 18. Juni 1982 wurde der Mailänder Bankier Roberto Calvi unter der "Brücke der Barmherzigen Brüder" in London erhängt aufgefunden, seine Füße hingen in die Themse. Er war Mitwisser und Beteiligter eines großen Finanzskandals, der vom Vatikan ausgelöst wurde. Seiner Tochter sagte er kurz vor seinem Tode: "Die Priester werden mein Ende sein." Seine Frau, Clara Calvi, sagte in einem Interview: "Es waren mit Sicherheit die Priester des Vatikans. Das hatte uns Roberto schon vorher gesagt. Jemanden umzubringen ist für sie keine Sünde, so sagten sie es ihm. Sie würden ja nur eine Seele aus dem Körper befreien."
Dem früheren Finanzberater des Vatikans, Leopold Ledl, sagte Calvi Tage vor seinem Tode auf seiner Flucht nach London: "Marcinkus will meinen Kopf." (Gemeint war Erzbischof Marcinkus.)
Am Montag, dem 4. Mai 1998 wurden im Vatikan drei Menschen ermordet. Die offizielle Fassung: Der Schweizergardist Cédric Tornay habe den Oberstleutnant Estermann und seine Ehefrau Gladys Meza Romero erschossen, um sich darauf selbst zu richten. Eine Gruppe von Angehörigen des Vatikans, Geistliche und Laien, die anonym bleiben wollen, sehen das anders. Sie schrieben in Italien ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel *Blutlügen im Vatikan*. In Deutschland erschien das Buch mit dem Titel: *Ihr habt getötet*.
In ihrem Buch legen sie ihre Überlegungen dar, wie es zu den Morden gekommen sein könnte, wer Nutznießer war, und sie zählen die vielen Unstimmigkeiten auf bis zum gefälschten Abschiedsbrief des angeblichen Mörders.
Die Mutter Cédrics behauptet, es gäbe jemanden im Vatikan, der die Wahrheit aufklären könnte, doch dieser jemand sei plötzlich spurlos verschwunden.
Sie hat Angst, denn Abgeordnete aus dem Vatikan sind bis zu ihr in die Schweiz gereist, um sie unter Druck zu setzen und zum Schweigen aufzufordern.
Nach Angaben dieser anonymen Mitarbeitergruppe des Vatikans, die sich "Jünger der Wahrheit" nennt, soll im Vatikan ein "blutiger Erbfolgekrieg" toben zwischen dem sich rivalisierenden Ableger der berüchtigten Freimaurerloge P2" und einer erzkonservativen international agierenden Gruppe.
Die "Jünger der Wahrheit" aus dem Vatikan schreiben, daß in einem zähen Ringen sich Clans der Freimaurer und dieser internationalen Gruppe "die gigantische (politische, ökonomische und logistische) Machtfülle des Vatikans untereinander aufteilen, wobei der Papst nur als klerikales Aushängeschild dient."
Zum Tode von Johannes Paul I. (Albino Luciani) sagen sie, er wollte mit dubiosen Finanzgeschäften, übertriebenem Prunk und Korruption innerhalb der Amtskirche aufräumen. "Doch sein Pontifikat war auffallend kurz (33 Tage), die Todesumstände mysteriös, und Albino Lucianis Leiche wurde so schnell einbalsamiert, daß eine Obduktion nicht mehr möglich war ..."<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7. Februar 2017): >>**TV-Doku … Mafia in Frankreich**
Wenn der Bock zum Gärtner wird
Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französi-

schen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.
"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.
Angesichts der schieren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.
Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.
Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbones und seines Kumpans François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.
Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogenschmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewühlt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg. Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. …<<

Juli 1982

DDR: Von den etwa 2,3 Millionen Schülern der DDR verbringen im Juli 1982 rund 87 % ihre Sommerferien in den großen Ferienlagern der FDJ.

Diese Ferienlager werden hauptsächlich durch die Großbetriebe finanziert. Die Jugendlichen zahlen für 3 Wochen "Fernferien" lediglich bis 12 Mark. Zum organisierten Programm der FDJ-Ferienlager gehören z.B. Sport, Spiel, Tagesreisen, Unterricht und Ferienarbeit.

01.10.1982

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt wird am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtet damals: >>**Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler**

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Umerziehung und politische Kultur der Deutschen (x306/294-298):

>>... Politische Kultur (Political Culture) ist der Name eines Ende der fünfziger Jahre an der Universität Princeton entwickelten Forschungskonzeptes amerikanischer Sozialwissenschaftler, das als Spätzünder in der Schlußphase der bundesdeutschen Teilrepublik die öffentliche Diskussion prägte.

Die späte, bei "seiner ursprünglichen Rezipierung aus dem Amerikanischen kaum zu ahnende Blüte" wurde dem Fernsehpublikum verdeutlicht, als in der viel beachteten Bundestagsdebatte über den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Helmut Schmidt Redner der SPD (Helmut Schmidt, Willy Brandt) wie der FDP (Gerhard R. Baum, Hildegard Hamm-Brücher) davor warnten, daß der Regierungswechsel die "Politische Kultur" gefährde.

Politische Kultur war in Bonn auf Spielregeln, politischen Stil, ungeschriebene Gesetze im Gegen- und Miteinander der Berufspolitiker verkürzt worden, während in Amerika sich die Political Culture Forschung mit der Gesamtbevölkerung befaßte. Das von Gabriel A. Almond, dem "Founding Father", seinen namhaften Jüngern Sidney Verba und Lucian W. Pye und einigen anderen entwickelte Forschungskonzept versuchte politisch relevante subjektive Faktoren wie Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensweisen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu erfassen und zu vergleichen.

In Deutschland wurde daraus unter Verzicht auf die komparative Zielsetzung ein feuilletongerechter Modeartikel, der klangstark Sinnführungskompetenz belegen sollte. Wer zwischen einem normativen Gebrauch bei Politikern, Leitartiklern und Fernsehkommentatoren, die häufig den Mangel oder den Verfall der Politischen Kultur beklagen und einen "nicht von vorn-

herein wertenden, also deskriptiven und analytischen" Gebrauch in der Sozialwissenschaft unterscheidet, kennt anscheinend seine Pappenheimer nicht.
Wir finden unter den Autoren der Politischen Kultur so manche Politikwissenschaftler, die durch normative Überzeugtheiten und entsprechenden volksmissionarischen Drall bekannt sind. Martin Greiffenhagen, Kurt Sontheimer, Wilhelm Weidenfeld, Wilfried Röhrich, Iring Fetscher, Fritz Stern, Christian Graf Krockow, Lord Ralf Dahrendorf e tutti quanti. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird hier an der Norm eines nicht näher untersuchten westlichen (de facto) anglo-amerikanischen Vorbilds gemessen.
Das Auftauchen des Paradigmas Politische Kultur in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hilft eine Lücke zu schließen, die sich durch das Verblassen der antikapitalistischen, antiautoritären, antiimperialistischen Faszinationen der 68er Bewegung nach der Tendenzwende von 1973/74 ergeben hatte.
Das Fachorgan der Politologen "Politische Vierteljahresschrift" brachte 1981 ein ganzes PVS-Forum Politische Kultur, in dem ein heftiger Streit zwischen westlich orientierten Veränderern und nicht minder westlich orientierten Bewahrern entbrannte, der im folgenden Jahr auf einem Symposion "Politische Kultur" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing fortgesetzt wurde. Hier wurde die Politische Kultur sogar als ein Orwellsches Konzept angeprangert. Es handelt sich eher um ein Konzept der Re-education. Sowohl strukturell als auch personell läßt sich eine starke Verbindungslinie erkennen.
Gabriel A. Almond, ein 1938 in Chicago an der Hochburg der behavioristischen Schule der politischen Wissenschaften promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete von Gründung (1942) an im amerikanischen Kriegspropagandaamt, beteiligte sich dann im Kriegsministerium am "U.S. Strategic Bombing Survey", der mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden die moralischen Wirkungen der Flächenbombardierungen maximieren sollte.
1949 trat Almond erstmals literarisch hervor mit einem Buch über die Demokratisierung der Deutschen ("The Struggle for Democracy in Germany"). Mit dem Koreakrieg wandte sich Almond der anderen Bedrohung der von ihm anvisierten "neuen politischen Weltkultur" zu. …
1965 (erschien) die von Almond und Verba herausgegebene "Zehn Länder Studie" "Political Culture and Political Development". Katalysator der Political Culture Forschung sind nach Almond die neuen Techniken der Meinungsbefragung. Mit ihnen schließt er vier Traditionslinien (klassisches politisches Denken, moderne politische Wissenschaft, Sozialpsychologie, Psychoanthropologie) zu einem Forschungskonzept zusammen. Gleichwohl enthält "Civic Culture" Argumentationsketten, die empirisch weder verifiziert noch falsifiziert werden können. …
Politische Eliten müßten jedoch an den "demokratischen Mythos" glauben, daß Bürger auf die Politik Einfluß nehmen könnten.
Deutschland war in den 60er und 70er Jahren kein Mittelpunktthema und kein Anlaß für besondere Besorgnisse. Dennoch spielt es in der Political Culture Forschung eine wichtige Rolle. Die psychopolitische Sicht war ursprünglich auf Deutschland gerichtet gewesen. Verba schreibt: "Viele der klassischen Werke über die nichtpolitischen Wurzeln politischer Haltungen wurden von Männern geschrieben, die die Fragen beantworten wollten, die der deutsche Nationalsozialismus aufgeworfen hat. Man denkt dabei sofort an Adorno, Horkheimer, Lewin und Fromm und die Nachkriegsstudien über den deutschen politischen Charakter".
Das konzeptionelle Umfeld der Reeducation der Deutschen war Ausgangspunkt der Political Culture Forschung. In ihr zeichnet sich nicht nur ein Wandel des Deutschlandbildes ab, sondern auch ein Wandel der deutschen Wirklichkeit, soweit sie mit einem sozialwissenschaftlichen Raster einzufangen ist. Reeducation und Politische Kultur sind jedoch nicht nur durch eine psychopolitische Traditionslinie verbunden, sondern auch durch eine der empirischen

Sozialforschung. …
Die Umfragen der ersten Jahre spiegeln den Fehlschlag der "kleinen" Umerziehung wider. Die Deutschen hatten zwar den Nationalsozialismus hinter sich gelassen, "aber sie nehmen die meisten Muster demokratischen Verhaltens, die die Militärregierung fördert, nicht an". Unter der Hohen Kommission verschieben sich die Wertungen: "Die Bundesrepublik war nicht die Musterdemokratie, die sich die amerikanischen Besatzer ursprünglich erhofft hatten, aber es war eine populäre, stabile und effektive Demokratie in einem formalen Sinne. Ihre Stärke gab der Bundesrepublik den Atemraum, der notwendig ist, um einige weniger formale Aspekte der Demokratie zu entwickeln, wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit." …
1959 war das Jahr, in dem Almond/Verba die Befragung für ihre "Fünf Länder Studie" durchführen ließen. In der Studie wird Deutschland eher schlecht benotet: "In Deutschland hält eine passive Untertanen-Einstellung an…"
Zwei Jahre später verschiebt sich in der "Zehn Länder Studie" von Pye/Verba der Akzent. "Passivität, Pragmatismus, Distanziertheit, legalistischer Formalismus führen dazu, daß die Deutschen sich dem Radikalismus verschließen, ohne zu einer demokratischen Partizipation überzugehen"
Das aber bringt immerhin den Faktor Zeit, der der Weimarer Demokratie fehlte, "um das politische System durch das Schaffen von Haltungen zu durchdringen, die für die demokratische Partizipation von Nutzen sind."
1980 kamen Almond/Verba auf ihre "Fünf-Länder-Studie" zurück. Sie veröffentlichten "The Civic Culture revisited", einen Sammelband, in dem neben Stellungnahmen verschiedener Autoren die fünf Länder jeweils durch einen neuen Bearbeitet unter die Lupe genommen werden. Für Deutschland handelt es sich um David P. Conradt. Laut Conradt hat jetzt anscheinend der Faktor Zeit gegriffen. Inzwischen habe sich jeder einzelne Aspekt, der 1963 in der Almond/Verba Studie aufgeführt worden sei, verändert. "Die Entwicklungen seit 1959 unterstreichen das Ausmaß des kulturellen Wechsels in Deutschland."
Ja, die Deutschen überrunden in manchen Aspekten die anglo-amerikanischen Vorbilder. Zwischen 1959 und 1978 ist der Prozentsatz der Deutschen, der auf die politischen Institutionen des Landes stolz ist, von 7 % auf 31 % gewachsen, von 1951 bis 1976 der Prozentsatz, der meint, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen werde, von 28 % auf 65 % gewachsen - Verfassungspatrioten, wohin man auch blickt.
Doch während Deutschland zum Inbegriff einer stabilen Demokratie geworden ist, haben sich neue Fragen ergeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob die liberale Demokratie für die partizipatorischen Bedürfnisse und politischen Anforderungen einer Bevölkerung, die nicht länger in den demokratischen Kinderschuhen steckt, adäquat sei.
In einer künftigen Demokratiekrise habe die Bundesrepublik jedoch die gleichen Chancen wie die anderen westlichen Demokratien. Almonds Frage, warum in der Krise der 30er und 40er Jahre die angelsächsischen Demokratien sich durchwurstelten, die deutsche jedoch zusammenbrach, ist beantwortet - nicht auf dem Papier, sondern in der politisch kulturellen Wirklichkeit. Die "traumatische" Vergangenheit spielt keine Rolle mehr, der Traum vom "deutschen Sonderweg" ist für die Politische Kultur Forschung ein für allemal ausgeträumt, die Umerziehung der Deutschen ist - 1980 - erfolgreich abgeschlossen.<<

1983

>>Sich nicht mit den Dingen abfinden, heißt die Wahrheit. Alle Menschen wollen den Frieden, aber nur wenige wünschen die Dinge, die zum Frieden führen.<< (Thomas von Kempen)

20.01.1983

USA: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 20. Januar 1983 das Jahr 1983 zum "300. Jubi-

läumsjahr der deutschen Siedlung in Amerika".
Am 6. Oktober 1683 waren 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Philadelphia eingetroffen und hatten dort die erste deutsche Siedlung Germantown gegründet.

29.01.1983

BRD: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (1925-2012) verspricht am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.
Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

06.03.1983

BRD: Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

29.03.1983

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

29.06.1983

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Juni 1983 über eine westliche "Finanzspritze für die marode Ostwirtschaft": >>**Strauß verschafft DDR Milliardenkredit**
Seit 1970 hat die DDR weit über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung im Westen stieg von 2 Milliarden (1970) auf 27,9 Milliarden Valuta-Mark (1980). ... Der bayerische Ministerpräsident vermittelt einen Milliarden-Kredit, den ein Bankenkonsortium an die DDR vergibt (Führung: Bayerische Landesbank). Die Bundesregierung übernimmt am 29. Juni die Bürgschaft. ...<<

29.10.1983

BRD: Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915-1988) setzt am 29. Oktober 1983 im Bundestag eine Bürgschaft der Bundesrepublik Deutschland durch, so daß die verschuldete DDR einen Milliardenkredit erhält.
Das SED-Regime räumt anschließend gewisse Reiseerleichterungen ein und baut ab 1984 die Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze ab.

31.12.1983

BRD: Der westdeutsche Diplomat Günter Gaus (1929-2004) schreibt im Jahre 1983 über den Rückzug der DDR-Gesellschaft ins Private (x298/235): >>... Also: Was ist eine Nische in der Gesellschaft der DDR?
Es ist der bevorzugte Platz der Menschen drüben, an dem sie Politiker, Planer, Propagandisten, das Kollektiv, das große Ziel, das kulturelle Erbe – an dem sie das alles einen guten Mann sein lassen, Gott einen guten Mann sein lassen und mit der Familie und unter Freunden die Topfblumen gießen, das Automobil waschen, Skat spielen, Gespräche führen, Feste feiern. Und überlegen, mit wessen Hilfe man Fehlendes besorgen, organisieren kann, damit die Nische noch wohnlicher wird. ...
Eine der schönsten Nischen ist die eigene Datsche, wie man – mit "e" am Ende – das russische Wort "Datscha" gewöhnlich ausspricht: die Weiterentwicklung der Gartenlaube zum Sommerhaus am Waldrand oder Seeufer, möglichst winterfest ausgebaut. ...
Eine besonders wichtige tiefe Nische sind der Freundeskreis und die Gespräche, die in ihm geführt werden. ...<<

1984

>>Glaube nur die Hälfte von allem, was man Dir erzählt.<< (Sprichwort aus Japan)

Mai 1984

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) erklärt während eines wissenschaftlichen Kongresses ("Der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg"), der vom 3. bis 5. Mai 1984 in Stuttgart stattfindet (x036/176-177): >>... Es wurden in Auschwitz nicht 2,5 Millionen Juden vergast. Das ist eine Unmöglichkeit. Wenn man sich ganz Europa ansieht, dann weiß man doch, wie viele Juden in der Sowjetunion erschossen und wie viele im Generalgouvernement vergast worden sind. Aus dem Generalgouvernement sind im Jahre 1942 noch keine Juden nach Auschwitz gekommen, und nach dem Ende des Jahres 1942 sind sehr wenige übriggeblieben. Die meisten polnischen Juden sind in Treblinka, in Belzec und in Sobibór vergast worden.

Ich schätze die Zahl der Opfer in Auschwitz auf rund eine Million Juden. Davon sind 400.000 aus Ungarn gekommen, etwa 300.000 aus verschiedenen polnischen Gebieten, darunter Lodz, Oberschlesien, Bialystok, Zichenau und den Überresten der Gettos im Generalgouvernement, dazu noch weitere 300.000 aus verschiedenen Ländern Europas, aus Frankreich, aus Griechenland, aus Holland, der Tschechoslowakei, in geringerem Maße aus anderen Ländern wie zum Beispiel Italien oder Kroatien.

Selbstverständlich war Auschwitz als Mittelpunkt in Europa für die westeuropäischen, südeuropäischen, südosteuropäischen Juden bestimmt. Das hatte auch damit zu tun, daß es an Eisenbahnlinien gelegen ist und daß für jeden Transport in ein Vernichtungslager gezahlt werden mußte, für jeden Achsenkilometer vier Pfennige pro Person, zwei Pfennige bei Gruppenbeförderung.

Aber ich muß behaupten, daß die Zahl von 2,5 Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz ausgeschlossen ist.<<

01.07.1984

BRD: Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wird am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

10.11.1984

BRD: In Bonn findet am 10. November 1984 der V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen statt.

Dort sprechen auch Vertreter der CDU, CSU, SPD und FDP (x024/319-320): >>... Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, CDU-Vorsitzender: "Wir Deutschen finden uns mit der Teilung nicht ab. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Deshalb bleibt auch die deutsche Frage offen. Das gilt politisch wie in rechtlicher Hinsicht. ...

Der Bundespräsident hat vor einigen Wochen mit Recht darauf hingewiesen, daß es doch gänzlich unnatürlich wäre, wenn die Deutschen die Idee ihrer Einheit für ein Volk aufgeben, das selbstverständlich zusammengehört. Wir wissen - und sind Realisten -, daß die Lösung der deutschen Frage jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir wissen auch, daß wir selbst, wenn wir an der Einheit der Nation festhalten, den notwendigen langen Atem auf dem Weg der Geschichte aufbringen müssen. ..."

Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender: "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag hat wenigstens Eindeutigkeit und Klarheit über die verfassungsrechtliche Lage geschaffen und hat eindeutig klargestellt, daß uns das Grundgesetz deutschlandpolitisch rechtliche und politische Vorgaben macht, die negotiabel sind, die also nicht zur Diskussion oder Disposition gestellt werden können. Sonst läuft nämlich die Forderung nach einem immer neuen Kompromiß darauf hinaus, daß man am

Ende beim Extrem der einen Seite angelangt ist.
Diese Tatsachen muß sich jeder sagen lassen, der angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, aber auch angesichts der noch immer bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland laut darüber nachdenkt, ob die deutsche Frage wirklich noch offen ist."<<
Nach dem V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen stellt der polnische Rundfunksender "Radio Polonia" entrüstet fest (x024/321): >>... Die Proklamierung der offiziellen Doktrin vom Weiterbestehen des Dritten Reiches in den Grenzen von 1937 heute in der Bundesrepublik Deutschland, fast 40 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, weiter die Aufrechterhaltung von irgendwelchen Illusionen bezüglich möglicher territorialer Änderungen, wie in Jalta und Potsdam festgelegt, mit Hilfe sogenannter friedlicher Mittel, droht mit unabsehbaren Konsequenzen.<<

30.11.1984

DDR: An der "Zonengrenze" entfernen DDR-Grenztruppen am 30. November 1984 die letzten "Todesautomaten".

09.12.1984

BRD: Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger (CDU) erklärt am 9. Dezember 1984 während eines Kongresses (x287/195): >>... Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir niemals verzichten.
Und ich füge aus gegebenem Anlaß hinzu: Wer sich vor die Berliner Mauer stellt und sagt, das muß so bleiben, der setzt sich nicht nur in zynischer Weise über das Selbstbestimmungsrecht hinweg, der handelt nicht nur unsolidarisch, sondern er trägt vor allem dazu bei, einem längst überwunden geglaubten Nationalismus neu zu entfachen und der Politik der Westbindung und der europäischen Integration in unserem Land den Boden zu entziehen.<<

31.12.1984

Ostdeutschland, Polen: Von 1950 bis 1984 verlassen über 750.000 Deutsche als Aussiedler das Land und werden in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (x077/35).

BRD: Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**
In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).
Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. Es sind absichtlich nur die Jahre angegeben, in denen diese drei Größen des Abgrundes vom Schauplatz der Erde abgetreten sind. Der Prophet Jeremia sagt in 17,13: "Der Name der Gottlosen müsse in den Sand geschrieben werden." Das heißt, der erste Windstoß oder die erste Wasserwoge wischt den Namen aus. Ihr Name und Gedächtnis vergeht.
Leider ist das aber nicht vergangen, was diese drei Männer gesät haben. Ihre Drachensaat ging nicht hundertfältig, sondern tausendfältig auf.
Karl Marx war Sohn eines jüdischen Anwaltes. Seine Lebensgeschichte zeigt die Entfaltung revolutionärer, atheistischer Ideen. Nach seinem Studium war er journalistisch tätig. Wegen seiner radikalen Anschauungen mußte er seine Stellung als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" aufgeben. Er hat so viel Ärger ausgelöst, daß die preußische Regierung verlangte, daß Marx aus Paris ausgewiesen wurde. Er siedelte dann nach London über, wo er sich einer **Satansloge** anschloß. Über seine Zugehörigkeit zu den Illuminaten ... verweise (ich) auf das Buch Wurmbrands **"Karl Marx und Satan".**
Die Opposition gegen jede Form einer Religion zeigt sich schon in seiner Frühschrift: **"Die Kritik der Religion als Voraussetzung jeder Kritik."** Marx äußert in dieser Schrift einige seiner revolutionären Ideen. Die Kritik an jeder Religion hat damit zu enden, daß der Mensch

das höchste Wesen für den Menschen sei. Die Religion sei nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewege, solange er sich nicht um sich selbst drehe. In diesem Zusammenhang steht das geflügelte Wort: "Religion ist das Opium für das Volk."
Der französische Soziologe **Raymond Aron,** in seiner Jugend selbst Marxist, schloß an diese Aussage von Marx die Erklärung an: **"Der Marxismus ist das Opium für die Intellektuellen."**
Vor einigen Jahren suchte ich Material zur Person und Politik von Marx zusammen. Typisch für seine menschenverachtende Ideologie ist sein Bekenntnis: "Meine Aufgabe ist es, die Menschheit in die Hölle zu ziehen. Dort werde ich lachen über sie." (Zitiert bei Richard Wurmbrand in "War Marx ein Satanist?")
Eine ähnliche Aussage fand ich in der Broschüre "An ideology for South Africa" von **Francis Grim**. Darin heißt es auf Seite 10:
"What grater challenge could there be for Christians than todirectly oppose the design of Karl Marx, the writer of the Communist Manifest and the father of Communism, who said: The sole purpose of my life is to destroy God and to dethrone Him forever."
Auf deutsch heißt das: "Was kann es für einen Christen eine größere Herausforderung geben, als der Absicht von Karl Marx direkt zu widerstehen. Er ist Schreiber des 'Kommunistischen Manifestes' und Vater des Kommunismus, der erklärte: Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen."
Lenin war ebenfalls wie Karl Marx Mitglied eines Satansklubs. In dem Buch von **L. Trotzki** "Der junge Lenin" (Fischer Verlag) heißt es: "Bei Lenin, dem Begründer des modernen Kommunismus, vollzog sich die Aufnahme in eine Satanssekte, indem er auf das Kreuz spie und auf ihm herumtrat." - Viele Satanskulte praktizieren die gleiche Zeremonie bei der Aufnahme von Mitgliedern.
Den Lebensweg dieses revolutionären Politikers hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Buches. Nur einige kurze Hinweise sollen gebracht werden. Seit 1912 sammelte und vereinigte er als geschickter Organisator russische revolutionäre Gruppen. Seit 1914 hielt er sich in der Schweiz auf und wurde im April 1917 in einem geschlossenen Eisenbahnwagen nach Rußland geschafft, um die russische Kampfkraft zu unterhöhlen. **Das war ein verhängnisvoller Schachzug der deutschen Heeresleitung.**
Der Friede mit Rußland kam zustande, kurze Zeit später vollzog sich eine schaurige Revolution. Lenin räumte mit allen Gegnern rücksichtslos auf. 1922 gründete er die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Seine politische Einstellung ist eine Weiterentwicklung des Marxismus und zugleich eine Entfaltung einer ungeheuren Machtgier und radikalen skrupellosen Beseitigung der Gegner. Es gibt kein anderes politisches System, das derart brutal die Menschen versklavt.
Wie diese Versklavung der Völker erreicht werden soll, ist in einem Buch Nr. 3926 des **Britischen Museums in London** aufgezeichnet. Daraus werden einige Leitbilder und Instruktionen zitiert:
1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.
2. Das Familienleben zerstören.
3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.
4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.
5. Die Achtung vor der Religion vernichten.
6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.
7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.
8. Mißtrauen zwischen sozialen Schichten säen.
9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse vergiften.
10. Das Volk gegen die "Reichen" aufwiegeln.

11. Die Landwirtschaft durch Industrie ruinieren.
12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.
13. Feindseligkeit zwischen den Völkern hervorrufen.
14. "Ungebildete" regieren lassen. (Freies Wahlrecht).
15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.
16. Vermögenschluckende Monopole schaffen.
17. Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrott vorbereiten.
18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.
19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen.
20. Grundbesitze mit Rittern vom "Goldenen Kalb" besetzen.
21. Den Todeskampf der Völker vorbereiten, die Menschen durch Leiden, Angst und Entbehrungen erschöpfen, ... denn … Hunger schafft Sklaven.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien hat die kommunistischen Länder zu Zuchthäusern verwandelt. Ein Christ aus den sowjetischen Gefängnissen konnte einen Brief nach dem Westen schmuggeln. Er schrieb: "Die Sowjetunion ist für uns ein riesiges Konzentrationslager, innerhalb dessen es noch zusätzliche Kerker und Orte der Bestrafung gibt. Man hat uns verurteilt, weil wir gläubig sind und unsere Kinder im Glauben erziehen … Nach der schlechten Behandlung in den Lagern sind wir nicht mehr lebenstüchtige Bewohner dieser Erde, sondern nur noch armselige Kreaturen. ...

Brandschwarze Verleumdungen und Lügen wurden erfunden und die Bevölkerung gegen uns aufgehetzt, indem man uns Ritualmorde anlastete. Unsere Frauen schmerzt es, wenn Kinder gezwungen werden, der Ocobryata oder den Pionieren beizutreten (kommunistische Jugendorganisationen). Es ist erschreckend, zu welch wahnsinnigen, erpresserischen Mitteln die Lehrer greifen, wenn unsere Kinder sich weigern, die Abzeichen der Gottlosigkeit (Stern und rotes Halstuch) zu tragen …"

Durch Mord und Terror ist es Lenin gelungen, seine Pläne zu verwirklichen. Er nahm ein schreckliches Ende. Ich erinnere mich gut an die Zeit, da Lenin starb. Damals war ich noch Schüler. Eines Tages kam unser verehrter Religionslehrer in den Unterricht und erzählte uns von den Ereignissen beim Tode Lenins. Lenin starb in geistiger Umnachtung. Er kroch wie ein Tier auf dem Fußboden umher und bat Tische und Stühle um Vergebung für seine Greueltaten. Dieser Götze von Millionen von irregeführten Menschen wurde also noch vor seinem Tode gestürzt wie der Gotteslästerer Herodes (Apostelgeschichte 12,23).

Der dritte in dieser schauerlichen Reihe muß genannt werden: Josef Stalin. Was Karl Marx philosophisch und journalistisch gesät und Lenin mit vollendeter Technik organisiert hat, ist bei Stalin zur **verbrecherischen Reife** gelangt. Ein Zeitgenosse urteilte über ihn: "Er war kein Mensch, sondern ein Teufel." Sein Vater war ein versoffener Flickschuster, seine Mutter eine gläubige Frau, die aus ihrem Sohn einen Priester machen wollte. In der Tat gelang ihr die Aufnahme ihres Sohnes im Priesterseminar in Tiflis. Nach vierjähriger Seminarzeit wurde er wegen revolutionärer Ideen weggeschickt.

Stalin gewann sich zunächst das Vertrauen der ärmsten Volksschicht, der besitzlosen Landarbeiter, indem er die begüterten Bauern, die Kulaken, enteignete und sie liquidierte. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatte er sechs Millionen Kulaken umbringen lassen.

Das Militär machte sich Stalin gefügig, indem er die fähigsten Kommandeure verhaften und nach einem Schauprozeß hinrichten ließ.

Auch vor der eigenen Partei machte er nicht halt. In großen Säuberungsaktionen hat er die Partei auf fast die Hälfte dezimiert. ...

Nobelpreisträger Alexander Sacharow schrieb im Jahr 1968 zu diesen Massakern: "Allein in den Jahren 1936-1939 wurden mehr als 1,2 Millionen Mitglieder der Partei verhaftet. Nur 500.000 kamen mit der Zeit wieder frei. Die anderen wurden bei Verhören zu Tode gefoltert,

erschossen oder sind im Arbeitslager umgekommen.
Wie war Stalins Ende, der getreu in den Fußstapfen seines Vorgängers Lenin wandelte? Dem "Arche Blatt" vom Mai 1977 entnehme ich folgendes: "Am 21. Dezember 1952, ein halbes Jahr vor seinem Tode, rief Stalin 12 seiner treuesten Genossen des obersten Sowjets zu sich und verkündigte ihnen sein politisch-ideologisches Testament." Es können nur einige Einzelheiten gebracht werden, weil dieses letzte Vermächtnis dem Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Es heißt darin:
"Genossen, noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Heilslehre in so kurzer Zeit sich ein solches Riesenreich erkämpft wie der Kommunismus … Vom großen Ozean bis zur Elbe ist alles in unserer Hand, denn die sogenannten Satellitenstaaten geben wir nicht mehr her. Mehr als 22 Millionen Quadratkilometer mißt die Sowjetunion allein.
Dazu kommen die Länder, die durch Hitlers Wahnsinn und die Naivität der Amerikaner uns in den Schoß gefallen sind: Polen, Ostdeutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Estland, Lettland und Litauen nicht einmal gezählt. Dazu kommen die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und viele unserer Freunde in Asien, Afrika und Südamerika. Genossen, im Kampf um Rußlands Weltherrschaft haben wir eine wunderbar zügige Parole, ganz anders als Hitler, der meinte, nur am deutschen Wesen könne die Welt genesen. Wir Russen reden hintenherum …
Die Idee des Kommunismus zieht die Armen der ganzen Welt unter ihren Bann. Diesen Armen verkünden wir die frohe Botschaft von der Verteilung der irdischen Güter an alle … Die Lehre vom Kommunismus treibt die Schäflein der ganzen Welt in die russische Hürde … Bald werden alle Völker nach Moskau wallfahren. **Moskau wird das neue Jerusalem sein** …
Unser alter Marx hat den Slogan geprägt: Religion ist Opium für das Volk. Er hat damit den Menschen das Gewissen herausgeschnitten. Und ein Mensch ohne Gewissen kennt keine Verantwortung vor einem Gott. Auch ich habe mir von Marx und Lenin das Gewissen herausschneiden lassen. Meine moralische Norm 68 heißt jetzt: Gut ist, was uns Russen nützt, was uns zur Weltherrschaft bringt. Schlecht ist, was uns daran hindern will. Offen sage ich euch: Wir stellen die Gewalt und Lüge in unseren Dienst. Ja, ihr müßt alles versprechen und nicht halten … Auf den Köder des Kommunismus beißen die unreifen und unerfahrenen jungen und auch alte Menschen an, sogar viele Intellektuelle …
Der Kommunismus ist für Narren eine süße Droge … Wer muckst, wird in die sibirische Kühltruhe gesteckt. Resümieren wir kurz: Kommunismus ist unser Opium für die Völker. Unsere Außenpolitik heißt List und Intrige, unsere Innenpolitik ruht auf dem Terror! **Unser Ziel ist: die Weltherrschaft."** …
Die zwölf auserwählten Jünger Stalins klatschten 10 Minuten lang Beifall. In dem Lärm des Klatschens hörte keiner das Gemurmel Chruschtschows: "Aber Liebknecht hat doch schon gesagt: **Wenn es einen Gott gibt, so sind wir Kommunisten die Geleimten!"** –
Nachdem der Beifall verebbt war, hob Stalin nochmals die Faust, und alles war augenblicklich mäuschenstill. "Genossen", sprach er mit lauter Stimme, "vergeßt eines nicht: **Redet immer vom Frieden, bereitet aber immer den Krieg vor!** Zu Hause, in Rußland, dürft ihr mit groben Schuhen einhergehen. Im Westen aber schleicht auf leisen Sohlen umher, bis auch der Westen unser ist!"
Stalin müßte heute 20 Jahre nach seinem Tode die Liste der kassierten Länder vervollständigen. Vietnam kam dazu, Kambodscha, Afghanistan, dazu die durch kommunistische Revolutionen von innen her eroberten Länder. Mozambique wäre zu nennen, Angola, Äthiopien, Simbabwe usw. Insgesamt stehen allein auf dem Kontinent Afrika mehr als 20 Länder unter kommunistischem Einfluß. Kein Wunder, daß viele meinen, daß der Antichrist aus dem kommunistischen Weltreich kommt. Ich folge dieser Meinung nicht, sondern meine immer

noch, daß dieser Machtmensch der Endzeit sich aus dem wiedererwachten römischen Weltreich erhebt. Ein Streitpunkt ist es aber für mich nicht.

Streiflichter aus dem kommunistischen "Paradies".

Es liegt so viel entsetzliches Material vor, daß es unmöglich ist, das alles zu berichten. Das gäbe nicht nur viele Bände, sondern eine ganze Bibliothek. Das meiste Material ist dem sehr zu empfehlenden Magazin von Wurmbrand **"Stimme der Märtyrer"** (Mai 1983) entnommen. Ich besitze auch Originalberichte aus Nordkorea, Kambodscha, Rhodesien (Simbabwe) und anderen kommunistisch regierten Ländern. Dazu einige Berichte.

Der Missionar **James Stuart** berichtete kürzlich aus Mozambique (Afrika) über die Verhaftung eines Christen mitsamt seiner Frau und seinen vier Kindern. Die Kinder waren aneinandergekettet. Die Kommunisten drückten der Frau eine Axt in die Hand und erklärten ihr: "Wenn du deinem Mann den Kopf abschlägst, lassen wir dich und deine Kinder frei. Wenn du dich weigerst, werden wir es tun und auch den Kindern den Kopf abschlagen."

Der Christ bat seine Frau, sich dem Wunsch der Mörder zu fügen. Zögernd holte sie zum Schlag aus, brachte ihm aber nur eine Verletzung bei, an deren Folgen er später starb. Die Frau wurde wahnsinnig. Was mit den Kindern geschah, ist nicht bekannt.

Den Kommunisten macht es nichts aus, solche Greueltaten zu verüben. Je größer das Übel ist, desto weniger glaubwürdig erscheint es. Jahrelang wollte die Welt nicht glauben, zu welchen Untaten Stalin fähig gewesen war. Präsident Roosevelt hatte ihn den "guten Onkel Joe" genannt. Die Kommunisten verlassen sich auf diesen psychologischen Trick und begehen absichtlich Scheußlichkeiten, die sich andere Menschen kaum vorstellen können. -

Kommunisten und die Kirchen (Juni 1983)

Die Kommunisten töten die Leute nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen. Lenin hat ja gelehrt: "Grundsätzlich haben wir nie auf Gewaltanwendung verzichtet und werden nie darauf verzichten können."

In Nicaragua drangen uniformierte Kommunisten in eine Kirche ein, vergewaltigten fünf Musawa-Indianerinnen - darunter zwei zwölfjährige Mädchen - und töteten sie anschließend. Als nächste wurden sechs Gottesdienstbesucher, die gegen die Vergewaltigung protestiert hatten, auf der Stelle erschossen.

Später mußten unzählige andere ihr Leben lassen. 40 Dörfer der Musawa-Indianer fielen der Zerstörungswut zum Opfer, das Vieh wurde geschlachtet und die Ernte vernichtet. In Tulinbila überführten die Kommunisten 13 Kranke in die katholische Kirche und steckten das Gebäude dann in Brand. Der evangelische Pfarrer Abel Flores und 13 kirchliche Mitarbeiter wurden vor einem Jahr verhaftet. Seither hat man nichts mehr von ihnen gehört. ("Deutsche Tagespost", 18. Dezember 1982.)

Im kommunistischen Mozambique (Afrika) starb der katholische Priester Estevao Mirassi nach drei Jahren Gefangenschaft. Andere sind immer noch eingekerkert. Viele Kirchen wurden geschlossen. Diejenigen Pfarrer, welche die Kommunisten unterstützten, bevor diese an die Macht kamen, werden inzwischen die wahre Natur ihrer neuen Herrscher erkannt haben. Vorher hatten sie sich als Freiheitskämpfer ausgegeben.

In Kambodscha töteten die Kommunisten drei Millionen Unschuldige und trachteten danach, jede Form von Religion auszumerzen. Von den 5.000 Christen, die es in diesem Lande vor der Machtübernahme durch die Kommunisten gab, sind heute die meisten nicht mehr am Leben. Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und evangelische Geistliche wurden umgebracht oder gingen an den Folgen der erlittenen Qualen zugrunde. Zur Zeit lebt im ganzen Lande noch ein einziger protestantischer Pfarrer.

In Vietnam floh jeder der konnte, von Schrecken gepackt, vor den Kommunisten. So kam es, daß eine halbe Million Vietnamesen einschließlich vieler Christen im Meer ertranken oder von Piraten ermordet wurden.

In China verbüßten 100.000 religiöse Führer Freiheitsstrafen. Tausende verloren ihr Leben gewaltsam.

Folter in Kuba (Juli 1983)

In Kuba befindet sich der Christ Valladares nach 22jähriger Gefangenschaft seit einiger Zeit wieder auf freiem Fuß. Der UNO-Kommission für Menschenrechtsfragen schilderte er, wie die herzlosen und so präzisen Kommunisten ihre Gefangenen behandeln: "Fässer mit Exkrementen und Urin wurden über die Gefangenen gegossen. Eloj Menojo wurde derart zusammengeschlagen, daß er sein Gehör und ein Auge verlor. …

Russische, tschechische, ostdeutsche und kubanische Ärzte machten die Gefangenen absichtlich krank; dann verwendeten sie sie noch als 'Versuchskaninchen'. Der evangelische Prediger Gerardo Gonzales Alvarez wurde erschossen. Seine letzten Worte waren: 'Vater vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun.' Enrique Correa versuchte, dem tödlich verwundeten Prediger zu helfen und wurde dabei selbst von neun Kugeln getroffen; aber er überlebte. Hunderte von Gefangenen vegetieren immer noch in unterirdischen Zellen dahin, wo sie kein Sonnenstrahl erreicht. Ebenfalls erschossen wurden Gonzalez, Reloba und Rodolfo Alonso. Alonso war 21 Jahre alt."

Christliche Persönlichkeiten aus Westeuropa waren in Kuba auf Besuch, als sich diese Greuel abspielten. Sie kehrten in ihre Länder zurück und teilten mit, in den kubanischen Gefängnissen befänden sich keine Christen. Sie hatten die Schreie der Gefolterten nicht gehört.

Als ich diese Tatsachen veröffentlichte, griff mich einer der christlichen Führer an und warf mir vor, ich hätte alles erfunden. Nun bestätigt der christliche Glaubensheld **Valladares** jedes Wort, das ich gesagt habe. Der Kommunismus ist ein Monstrum, und wer ihn mit milderen Worten beschreibt, täuscht die anderen oder ist selbst getäuscht worden.

Ein idea-Bericht über Afghanistan (1983) von Rudolf Pfisterer

Mehr als drei Jahre nach ihrem Einmarsch in Afghanistan greifen die sowjetischen Besatzungstruppen zu immer grausameren Mitteln, um das Land unter Kontrolle zu halten. Grund: Die Aktivität islamischer Widerstandsgruppen - die Bevölkerung ist zu 99 Prozent moslemisch - ist ungebrochen, und die afghanische Armee wird immer schwächer. Sie hat nach Angaben eines nach Pakistan geflüchteten Generals mehr als 65.000 Soldaten verloren. Viele von ihnen seien zu den Widerstandsgruppen übergelaufen. Zur Zeit stehen in den afghanischen Streitkräften wahrscheinlich nur noch rund 15.000 Mann unter Waffen.

Je mehr das moskauhörige Regime in der Hauptstadt **Kabul** seine Schwäche offenbart, desto intensiver werden die Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer. Die Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden. Erst kürzlich tauchten überall im Land kleine Sprengsätze auf: bunt bemalt wie Spielzeug, Uhren und Füllhalter.

Der amerikanische Schauspieler **Kirk Douglas,** der ein Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze besuchte, war entsetzt: Kinder, denen die Beine abgerissen worden waren, lernten gerade, auf ihren Stümpfen zu laufen. Ganze Ortschaften wurden von den Sowjets mit Napalm und Phosphor bombardiert, Moscheen und Krankenhäuser nicht verschont. Die Sondergefängnisse, in denen mutmaßliche Sympathisanten gefoltert werden, füllen sich. 5.200 Menschen sollen im letzen Jahr in einer Strafanstalt in der Nähe Kabuls gefangengehalten worden sein. Ein Freigekommener faßte seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: "Alles ist dort schrecklich."

Eine Medizinstudentin berichtete von brutalen Verhörmethoden. Nachdem man in ihrer Wohnung ein Flugblatt des Widerstandes gefunden hatte, wurde sie im Polizeihauptquartier von sechs Beamten einer intensiven "Behandlung" unterzogen: vierzehn Tage und Nächte mußte sie aufrecht stehen, wurde mit Elektroschocks gequält und immer wieder mit Vergewaltigung bedroht. Zur Einschüchterung führte man sie durch Schreckenskammern, wo sie sich menschliche Körperteile - Arme und Finger - ansehen mußte. Man zwang sie, der Entmannung eines

Gefangenen beizuwohnen. Der Sterbende flüsterte ihr zu: "Meine Schwester, gestehe niemals, halte dich gut." …

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift **"Figaro"** vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?

Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:

1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000
8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.

Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen.

Es gibt irregeführte oder schlecht informierte Christen, die eine solche Schreckensbilanz anzweifeln. Dann werden sie aber gebeten, einmal in ihrer Bibel nachzulesen, daß solche Greuel schon einmal gegen Christen verübt worden sind. Am globalen Ausmaß haben aber die kommunistischen Greuel die Opfer der Christenverfolgungen in der alten Kirche übertroffen. Da viele Namenchristen keine Bibel lesen - von den Ungläubigen ganz zu schweigen - soll die markanteste Stelle über die Christenverfolgungen zitiert werden.

In **Hebräer 11,36-38** heißt es: "Etliche haben Spott und Geißeln erlitten, dazu Bande und Gefängnis. Sie wurden gesteinigt, zerhackt - zerstochen, durchs Schwert getötet. Sie sind umhergegangen in Schafspelzen und Ziegenfellen, mit Mangel, mit Trübsal, mit Ungemach. Deren die Welt nicht wert war, und sind im Elend umhergeirrt in den Wüsten, auf den Bergen und in dem Klüften und Löchern der Erde."

Wir sind im Blick auf all diesen Jammer aufgerufen, für unsere bedrängten Brüder und Schwestern zu beten. Wir im satten Westen haben die Fürbitte aber noch nötiger, damit uns die Augen aufgehen über unser geistliches Elend und den endzeitlichen Charakter der Gegenwart.

Herr Jesus, komme bald und mache diesem teuflischen Terror und unserer Verstocktheit und Blindheit ein Ende. Ja, komme bald, Herr Jesus. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" über die aggressive Expansionspolitik des Islam (x883/...): >>… 1683 standen die Türken vor Wien, der damaligen Metropole der Christenheit. Welch ein Gemetzel hätten die Christen erwartet, wenn man der alten Moslemregel gedenkt, mit Feuer und Schwert den Glauben an Allah zu verbreiten. Die Stadt wurde aber erfolgreich verteidigt durch den Grafen Rüdiger Starhemberg und den tapferen Bürgermeister Andreas Liebenberg. Diese Männer hielten die Belagerer ab, bis die Ersatzheere von Herzog Karl von Lothringen

und dem Polenkönig Sobieski herangerückt waren und in der Schlacht am Kahlenberg gewannen und Wien befreiten. …
300 Jahre später stehen die Türken nicht nur in Wien, sondern genauso in München, Frankfurt, Paris, London und vielen anderen Städten des Westens. Diese stille Eroberung, gleichsam durch die Hintertüre, erfolgte ohne Blutvergießen. Wie war das nur möglich? Die geistlich immer schwächer werdende Christenheit erlaubte es dem Islam, Missionszentren in der westlichen Welt zu errichten.
So hat z. B. Zürich den Bauplatz für die Errichtung einer Moschee den Moslems geschenkt, obwohl viele Bürger dagegen protestierten. In Rom haben Libyen und Saudi-Arabien hoch oben auf dem Monte Mario eine Moschee gebaut. Gaddafi gab dazu 25 Millionen und die Saudis 50 Millionen. Der Papst konnte dieses Missionsprojekt im Herzen der katholischen Kirche nicht verhindern. England hat heute mehr als 200 Moscheen. In England und Frankreich sind die Moslems die zweitgrößte Religionsgemeinschaft.
Umgekehrt lassen die Länder mit vorwiegend islamischer Bevölkerung den Bau von christlichen Kirchen nicht zu. So habe ich in Djakarta eine neuerbaute christliche Kirche fotografiert, obwohl das gefährlich war. Zwei Monate nach der Einweihung wurde die Kirche von den Moslems zerstört, obwohl die Regierung Religionsfreiheit proklamierte. …
In islamischen Ländern mußte weithin die christliche Missionsarbeit aufgegeben werden. Im Gegensatz dazu macht die islamische Missionsarbeit im Westen große Fortschritte. Darum sprechen die Moslems von einer Islamisierung des Abendlandes. Und Khomeini, der Führer Irans, spricht von einer Weltherrschaft des Islam als Fernziel. …
In einer Zeit, da durch den beängstigenden Geburtenrückgang durch den Mord an den Ungeborenen die Bevölkerung in Deutschland abnimmt, wachsen die Gastarbeiterfamilien durch ihre große Kinderzahl. Hier wird eine biologisch-genetische Schlacht verloren, die sich auch auf dem religiösen Sektor auswirkt.
… Die Moslems glauben mit außerordentlicher Leidenschaft Dinge, die das genaue Gegenteil von dem sind, was Christen glauben. Die meisten christlichen Glaubensaussagen halten die Moslems für Irrtümer und Gotteslästerungen:
Der Christ glaubt an die Erbsünde. Der Koran lehnt die Erbsünde grundlegend ab. Deshalb hält der Moslem die Erbsünde für einen Unsinn. …
Der Christ glaubt an die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus. Der Moslem lehnt die Fleischwerdung Jesu völlig ab …
Der Christ glaubt, daß Jesus Gottes Sohn ist. Für den Moslem ist das eine Gotteslästerung. Im Koran liest er: "Nicht steht es Allah an, einen Sohn zu zeugen." Sure 19, Vers 36
"Wahrlich, das sind Ungläubige, welche sagen: Allah ist doch Christus, der Sohn Marias." Sure 5, Vers 18.
Der Christ glaubt an die Dreieinigkeit Gottes. Im Koran steht: "Glaubt an Allah und seinen Gesandten, sagt aber nichts von einer Dreiheit. Vermeidet das." Sure 4, Vers 172
Der Christ glaubt fest an Jesu Kreuzigung und Auferstehung und an die Erlösung durch Jesus Christus. Im Koran liest der Moslem: "Sie haben ihn aber nicht getötet und nicht gekreuzigt, sondern einen anderen, der ihm ähnlich war ... Sie haben ihn aber nicht wirklich getötet, sondern Allah hat ihn zu sich erhoben …" Sure 4, Vers 158,159
So erfährt man, daß man im Islam die Erlösung durch Christi Blut völlig ablehnt. Für den Moslem gibt es keinen Heiland, keinen Erlöser. …
An der Heiligen Schrift gemessen, ist der Islam eine antichristliche, ja sogar gefährliche Religion. …
Mohammed wurde 570 in Mekka geboren. Zu seiner Zeit bestand schon der schwarze Stein, wahrscheinlich ein Meteor. Dieses schwarze Heiligtum war das Zentrum von 365 Göttern. …
Der schwarze Stein ist die Sühnestelle des Islam. Jeder Moslem muß einmal im Leben nach

Mekka, um den schwarzen Stein zu küssen. Dann sind alle seine Sünden vergeben.
Die Berührung mit den beiden monotheistischen Religionen vermittelten Mohammed zahlreiche Kenntnisse, die er dann im Koran verwertete und dabei umdeutete. Um diesem Koran Autorität zu verleihen, wurde behauptet, er sei ihm vom Engel Gabriel diktiert worden. …
Durch seine Kontakte mit dem Monotheismus hat Mohammed viele Vorstellungen aus dem Alten und Neuen Testament in den Koran hineingetragen. Die Mohammedaner sind das auserwählte Volk, dem sich alle Völker und Religionen zu unterstellen haben. Atheisten und Christen, Juden und abgefallene Moslems müssen sich dem Islam beugen, oder es droht ihnen die Vernichtung. … Die Moslems sind also die Gegenspieler der Christen und Juden. Sie vertreten auch die christliche Vorstellung vom Propheten und Antichristen der Endzeit. …

Die Geschichte eines Moslemlehrers

In Madras/Südindien hörte ich die Geschichte von Iqbal dem Moslemlehrer. Ich lernte ihn persönlich kennen, als er bereits Christ war.
Iqbal stammt aus einer fanatischen mohammedanischen Familie. Die Eltern geben sich Mühe, ihre Kinder vor jedem christlichen Einfluß zu bewahren. Leider war an ihrem Ort nur eine christliche Schule. Lesen und Schreiben konnte er dort lernen, jedoch gegenüber dem christlichen Einfluß sollte er sein Herz verschließen. Das war aber nicht so einfach; denn an der Schule gab es einige gläubige Lehrer, die für alle Schüler beteten.
Immerhin schaffte es Iqbal, als überzeugter Moslem die Grundschule zu beenden und eine höhere Schule in Madras zu besuchen. …
Nach Abschluß der Collegezeit besuchte Iqbal die Universität. Dort lernte er einen echten Christen kennen, der sich auf keine Rededuelle einließ, sondern sein Christsein vorlebte.
Für den feurigen Moslem war das der erste echte Anstoß zum Nachdenken. Er merkte, daß es auch Christen gibt, die nicht nur über Lehren streiten, sondern ihren Glauben ausleben.
Aus Sympathie zu dem Kommilitonen ließ er sich eines Sonntags bewegen, eine Versammlung von Vater Daniel zu besuchen, der als christlicher Führer in Madras und in ganz Südindien einen Namen hatte. Der alte Bruder ist vor einigen Jahren heimgegangen. Ich war mit ihm befreundet.
In der christlichen, geistgewirkten Atmosphäre der Daniel-Bruderschaft geriet Iqbal in große Anfechtung. Er erlebte eine geistliche Kraft, die ihn verwirrte, bedrängte und an seinem bisherigen Glauben irre werden ließ.
Es war eine Entdeckung, die ihn geistig geradezu niederschmetterte, daß Mohammed kein Prophet war, sondern ein religiöser Hochstapler, ein Verführer der Menschheit. Er fühlte den Boden unter sich wanken. Bei dieser Revolution trat dann der in sein Leben, der in dem Zerbruch des Alten einen festen Boden unter die Füße gab: Jesus. …

Christophorus

Bei einer Konferenz in Java lernte ich Christophorus kennen. Kaum war er am Tagungsort angelangt, da rief ihn ein Telegramm nach Sumatra zurück. Die Moslems hatten wieder einen Mordanschlag gegen die Christen geplant.
Wo die Moslems die Herrschaft haben, sind sie brutal und grausam. Wo sie in großer Minderheit sind, benehmen sie sich freundlich und täuschen damit ihre Mitmenschen. …
Wer unter den Moslems sich bekehrt, muß täglich auf seinen Tod gefaßt sein. Es ist ein Leben in ständiger Todesbereitschaft. Das ist eine heilsame Lektion und Situation für die, die dort Christen werden. …
Die Moslems arbeiten mit allen Mitteln. Sie schleichen sich in geschlossene christliche Versammlungen ein, um die Christen auszukundschaften. Sie fälschen Ausweise. Sie schicken Polizei und Soldaten vor. Sie bringen Christen in die Gefängnisse. Gift und Brandstiftung - alles paßt in ihr Konzept. Sie isolieren die Christen. Sie entlassen sie aus den bisherigen Ämtern. Alle Regierungsstellen werden "sauber" gehalten. Wenn ein Moslem sich bekehrt, ver-

liert er sofort seinen Posten. Und doch behält der Herr Jesus das letzte Wort. "Das Reich muß uns doch bleiben."
Trotz aller Bedrängnis festigt sich die Gemeinde der bekehrten Moslems. Es sind jetzt schon 1.400 Christen, alle ehemalige Moslems und Feinde des Kreuzes Christi. …
Die derzeitige Anzahl der Moscheen in Deutschland liegt im August 2016 bei ca. 2.200 Moscheen.<<

1985

>>Wenn Du denkst, Du hast im Leben schon allerhand erfahren: Sei versichert, es kommt schlimmer in den allernächsten Jahren!<< (Unbekannter Verfasser)

13.03.1985

BRD: Während des NATO-Manövers Wintex (Winter Exercise - Winterübung), das im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau an der Ahr stattfindet, fordern die deutschen Manöver-Teilnehmer am 13. März 1985 befehlsgemäß den Einsatz von Atomwaffen.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über die US-Atomkriegspläne (x373/51-54): >>**A-Bomben auf Berlin, Dresden, Jena**
_ von *Karel Meissner*
Die US-Atomkriegspläne gingen von einem amerikanischen Erstschlag aus. Die Sowjetunion sollte vernichtet werden - und im Übrigen auch die DDR und selbst der angebliche NATO-Verbündete BRD.
Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 zerfiel die Siegerkoalition rasch. Die erfolgreiche Erprobung der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki Anfang August desselben Jahres - geschätzte Opferzahl: 300.000 Menschen - brachte die USA in eine militärische Dominanzposition. Bereits im September 1945 billigte das US-Oberkommando das Memorandum JCS 1496/2, das für künftige Auseinandersetzungen empfahl, "den ersten Schlag zu führen, wenn es notwendig ist".
Am 3. November 1945 setzte ein Ausschuß des Oberkommandos 20 russische Städte auf die Zielliste für atomare Angriffe. Im Begleittext ("Bericht 329") schreiben die Strategen zynisch: "Zu den wichtigsten Besonderheiten der Atomwaffen gehört es, Menschenansammlungen vernichten zu können, und von dieser Besonderheit muß man zusammen mit ihren anderen Eigenschaften Gebrauch machen." In einer "Studie für die Vereinigten Staatschefs" vom 11. Mai 1949 wurde die Zielliste auf 70 Städte erweitert. Massenmord war dabei einkalkuliert: "Die erste atomare Offensive könnte bis zu 2,7 Millionen Tote und weitere vier Millionen Verwundete zur Folge haben."
Die Konfrontation der Supermächte im Korea-Krieg führte Anfang der 1950er Jahre an den Rand des Abgrundes. Präsident Truman notierte am 27. Januar 1952 in seinem Tagebuch, man müsse ein auf zehn Tage befristetes Ultimatum stellen, bei Ablehnung "werden wir sämtliche Häfen und Städte ausradieren". Und weiter: "Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müssen."
Ähnlich brandgefährliche Situationen gab es vor allem während der Kuba-Krise im Oktober 1962, als die US-Interkontinentalraketen bereits aus ihren verbunkerten Silos gefahren und scharfgemacht worden waren. Nur ein direktes Gespräch der damaligen Präsidenten John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow über das Rote Telefon hinter dem Rücken der Militärs führte in letzter Minute zu einer Deeskalation.
Immer schlossen die US-Pläne auch den Atomwaffeneinsatz gegen DDR und BRD ein. Im Folgenden eine Übersicht.

1950er Jahre

"Ein geheimes Planungspapier des US-Militärs von 1956 enthüllt hunderte Atombombenziele in der DDR: in Ostberlin 68, Leipzig 37, Jena 11. Von der DDR wäre nichts weiter übrig geblieben als eine atomar verseuchte Wüste. Eisleben, Hettstedt, Bad Salzungen, Magdeburg, Bautzen, Cottbus, Borna, Berlin, Rostock, Dresden… In der Logik von US-Militärstrategen waren das alles lohnende Atombomben-Ziele. Laut eines geheimen Planungspapiers des Strategischen Luftkommandos der USA aus dem Jahr 1956 gab es hunderte Ground Zeros in der DDR. Industrie- und Wohngebiete sollten systematisch mit Atombomben zerstört werden, nachdem in einer ersten Phase wichtige Flugplätze mit Wasserstoffbomben ausgelöscht wurden." *(MDR-Geschichte, "US-Atombomben auf die DDR", 14.12.2020)*

"So hätte die Detonation einer 100-Kilotonnen-Bombe in Dessau nach den Prognosen der Internet-Seite *Nukemap* nicht nur fast 9.000 Tote und 50.000 Verletzte in der Stadt selbst gefordert. Darüber hinaus wäre der radioaktive Fallout von hier aus bis nach Schwedt geweht. Nach einem Abwurf über Merseburg wären dort direkt mehr als 10.000 Menschen gestorben. Am Fallout bei Westwind in den Folgetagen aber noch viel mehr im benachbarten Leipzig." *(Mitteldeutsche Zeitung, 13.2.2016)*

1960er Jahre

"Im Leben eines Wissenschaftlers kann es Entdeckungen geben, die ihm den Atem stocken lassen. Der Münchner Historiker Detlef Bald muß einen solchen Moment erlebt haben, als er in meterlangen verstaubten Aktenregalen Papiere fand, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. Original verpackt - niemand hatte diese Dokumente mit dem Vermerk "Streng geheim" je in der Hand gehabt, nachdem sie eingelagert worden waren. ...

Die Geheimdokumente, die der 67-jährige Experte in verschiedenen Magazinen sowie im Privatarchiv von Altbundeskanzler Helmut Schmidt ausgegraben hat, beweisen, was weltweit nur "etwa zwei Dutzend Menschen gewußt haben": In der Bundesrepublik lagerten ab Mitte der 1960er-Jahre Atombomben. "In etwa zehn Depots entlang der innerdeutschen Grenze befanden sich etwa 700 Sprengsätze. Später wurden diese in Lager in den Regionen um Stuttgart und Frankfurt verteilt", ergeben Balds Forschungen. ... "Sie waren für den nuklearen Ersteinsatz geplant", sagt der Historiker, bis 1996 Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München. ...

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und US-Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichneten 1968 ein Geheimabkommen, das per Sonderboten überbracht wurde. ... Auf Grundlage festgelegter Einsatzszenarien hätte der Anruf des betroffenen deutschen Kommandeurs beim amerikanischen Oberbefehlshaber im europäischen NATO-Hauptquartier genügt, um die Erlaubnis zum Zünden der vernichtenden Kraft zu erhalten. "Kein deutscher, kein amerikanischer Politiker hätte zustimmen müssen. Sie hätten nicht einmal gefragt werden müssen", so Bald." *(Focus, 15.11.2013)*

1980er Jahre

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Günther Leonhart nahm 1985 am Manöver Wintex (Winter Exercise - Winterübung) teil, das im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau an der Ahr stattfand. Der ehemalige Kreuznacher Bürgermeister war zur Geheimhaltung verpflichtet worden, doch was er erlebte, war so furchtbar, daß er es kurz darauf seiner Fraktion und dann auch dem *Spiegel* offenbarte. "Den Regierungschef spielte Waldemar Schreckenberger, Staatssekretär im Kanzleramt und alter Freund von Helmut Kohl. Als Verteidigungsminister fungierte Manfred Wörners Staatssekretär Lothar Rühl. ...

Rühl berichtete, die Armeen des Warschauer Paktes seien im Vormarsch, die Bevölkerung fliehe in Richtung Westen. Die Bundesregierung habe Frankreich gebeten, die Flüchtlinge aufzunehmen, doch Paris habe abgelehnt und die Grenzen geschlossen. Auch die Engländer hätten den Beistand verweigert." Leonhart unterbrach die Herren: "Wenn das so ist, wann his-

sen wir denn die weiße Fahne, Herr Schreckenberger?" Daraufhin der "Staatssekretär mit dem lieben Lächeln": "Herr Abgeordneter, wir kapitulieren nicht!" - "Was raten Sie mir, Herr Minister?", fragte Schreckenberger seinen Staatssekretärskollegen.
Rühl antwortete, wie es das Manöver-Szenario befahl: "Herr Bundeskanzler, ich rate Ihnen, den Einsatz von Atomwaffen anzufordern." Schreckenberger nickte. "Dann", so Leonhart, "war die Übung zu Ende." Der *Spiegel* sarkastisch: "Auf der großen Weltkarte aber malten trotz des atomaren Holocaust die Offiziere Geleitzüge im Atlantik, die amerikanische Verstärkung nach Europa bringen sollten." Man bedenke: Der Warschauer Pakt war in diesem Szenario nur konventionell vormarschiert - der Atomeinsatz der NATO war ein Ersteinsatz. *(Zitate aus Spiegel, 23.5.1986)*
"Ich bin wahrscheinlich der Einzige hier im Saal, der Atomkriegs-Erfahrungen hat." Er hoffe, daß er mit diesem Eingeständnis kein Staatsgeheimnis verrate. Diese Enthüllung machte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, während der von der Juristenvereinigung IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms) und zahlreichen weiteren Organisationen ... veranstalteten Tagung "Frieden durch Recht?", die am 26./27. Juni 2009 in der Berliner Humboldt-Universität stattfand. MdB Wimmer bezog sich dabei auf seine Teilnahme als sogenannter Verteidigungsminister Üb an der NATO-Übung Wintex/Fallex im Jahre 1986 im damaligen Atombunker (Dienststelle Marienthal) der Bundesregierung tief unterhalb der Weinberge nahe dem rheinland-pfälzischen Ahrweiler-Bad Neuenahr. Wie Wimmer weiter erklärte, habe im Verlaufe dieser NATO-Übung das NATO-Hauptquartier in Brüssel um Zustimmung der zuständigen deutschen
Stellen zu einem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ziele in der damaligen DDR ersucht, unter anderem gegen Dresden und eine weitere ostdeutsche Großstadt. Er, Wimmer, sei von dieser Anforderung völlig überrascht worden und sei entsetzt gewesen. Er habe es abgelehnt, an der Planung eines Atomwaffeneinsatzes auf Ziele in Ostdeutschland und damit gegen die ostdeutsche Bevölkerung - wenn auch "nur" übungsweise - mitzuwirken.
In dieser Situation habe er sofort Kontakt mit dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) aufgenommen und ihn von diesem für ihn unerhörten Vorgang in Kenntnis gesetzt. Bundeskanzler Kohl habe daraufhin entschieden, daß sich die Vertreter der Bundesregierung sofort aus der weiteren Übung zurückziehen und sich keinesfalls an diesen nuklearen Planspielen gegen Ziele wie Dresden und andere ostdeutsche Städte beteiligen sollten.
Deutschland habe, so Wimmer, deshalb seine weitere Mitwirkung an dieser NATO-Übung - vier Tage vor ihrem Ende - eingestellt. Die Übung sei dann - ohne deutsche Beteiligung - fortgesetzt worden. Niemand habe davon etwas in der Öffentlichkeit erfahren. In den Folgejahren habe es weitere Wintex/Fallex-Manöver der NATO gegeben, die im Regierungsbunker bei Ahrweiler stattgefunden hätten. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer seien diese 1990 endgültig eingestellt worden." *(Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2009)*

Gegenwart

Journalist: "Eine Frage an das Verteidigungsministerium: Hatte die Ministerin bei ihrer ausgesprochenen Drohung in Sachen Einsatz von Atomwaffen auch an die in Deutschland lagernden Atomwaffen gedacht? Das würde ja automatisch ein Ziel der Gegenseite bedeuten und damit Deutschland auslöschen."
Routsi: "Sie wissen, daß wir uns zum Thema Nuklearpolitik nicht weiter einlassen. Das hat Geheimhaltungsgründe. Das ist hier eine gute Tradition, mit der ich nicht brechen werde." *(Pressekonferenz 25. Oktober 2021, Fregattenkapitän Christina Routsi als Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums)*
"Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1.200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben. ... Hier befindet sich nämlich auch das Taktische Luftwaffenge-

schwader 33 der Bundeswehr. Käme es zu einem Angriff mit Atomwaffen, würden die Piloten dieser Luftwaffe die Atombomben mit deutschen Kampfflugzeugen ans Ziel fliegen und abwerfen." *(Business Insider, 6.3.2022)*
"Daß für deutsche Jagdbomber des 33. Luftwaffengeschwaders nach wie vor Atombomben bereitgehalten werden, macht keinen Sinn, denn gegen wen könnten sie eingesetzt werden? Der Einsatzradius eines Tornados beträgt 1.853 km. In diesem Gebiet gibt es nur befreundete oder NATO-Länder." *(Webseite der Friedenskooperative, 1/2009)*

Ami go home!

Wer sich von den Kriegen im Irak und Afghanistan nicht um den Schlaf bringen ließ - ich schon! -, muß spätestens seit der Schlacht um die Ukraine gemerkt haben: Diese Politik führt uns Europäer an den atomaren Abgrund. Die Yankees sprechen von Menschenrechten - aber in Wirklichkeit geht es ihnen um Schürfrechte. Sie wollen die Kohle des Donbass, das Erdgas von Sibirien. Dafür sollen deutsche Soldaten wieder in Stalingrad sterben müssen. Wer jetzt keine antiamerikanischen Reflexe hat, ist hirntot.
Dabei richtet sich dieser Antiamerikanismus nicht gegen die Amerikaner, sondern nur gegen die Amerikanisten: Die Eliten in "God's Own Country", die den ganzen Planeten beherrschen wollen. Deutschland ist ein unersetzlicher Eckpfeiler in dieser Strategie: Von Ramstein starten die schweren Militärmaschinen zur Versorgung der neuen Ostfront, von Stuttgart aus werden die Ziele für die Killer-Drohnen programmiert.
Vor allem aber: Wir sind das Volk der Putin-Versteher. Selbst die deutschen Unternehmer halten nichts von der Dämonisierung des Kreml- Chefs. Wenn wir uns von der US-Besatzung befreien, kann Uncle Sam einpacken. Deswegen verweigert man uns Souveränität, Demokratie und Verfassung. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen? (je)<<

21.04.1985

BRD: Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt am 21. April 1985 während einer Gedenkrede im KZ Bergen-Belsen (x073/190, x075/123-124): >>... Das nationalsozialistische Deutschland versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Diese Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel in der deutschen Geschichte.
Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. ... Nicht zuletzt auch in der berechtigten Erwartung, daß wir das, was im deutschen Namen den Völkern angetan wurde, nicht verleugnen werden. Zu dieser historischen Haftung bekennen wir uns auch heute, 40 Jahre danach. ...<<
>>... Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, so wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte ...
Wir erinnern uns vor allem an die Verfolgung und die Ermordung der Juden. ... Bergen-Belsen, mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes: wie Auschwitz und Treblinka, wie Belzec und Sobibór, Kulmhof und Majdanek. ...
Die entscheidende Frage ist vielmehr, weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben, nicht hinhörten, nichts wahrhaben wollten ... als man Bücher verbrannte, die wir zu den großen Kulturgütern unseres Jahrhunderts zählen. Als man Synagogen in Brand steckte. Als man jüdische Geschäfte demolierte. Als man jüdischen Mitbürgern verwehrte, auf Parkbänken Platz zu nehmen. ...
Von den insgesamt fast 6 Millionen sowjetischen Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, überlebten weit weniger als die Hälfte.
Und so besinnen wir uns in dieser Stunde auch auf das Leid, das den Völkern Mittel- und Osteuropas in deutschem Namen zugefügt wurde ...
Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Ge-

schichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.<<

05.05.1985

BRD: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...

Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...

Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.

Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

08.05.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x075/115-116, x028/190, x073/220): >>Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ...

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir gedenken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. ...

Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte. ...

Wir alle ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. ...<<

>>... Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai (1945) bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel blieben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn es ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. ...<<
>>... Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtet über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.
Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtet später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**
Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945
Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntelang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.
40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8.

Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...
Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...
Erfahrung der deutschen Bevölkerung
Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht.
Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen, vor allem im Osten, aber nicht nur, Demontagen, weitere Vertreibungen … aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.
Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück.
Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.
Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet und beschönigt Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".
Die mitteldeutsche … Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten einzusperren. Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.
Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskauer Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze, wie z.B. das Rückwirkungsverbot, und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.
Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes, in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des Auswärti-

gen Amtes und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.
Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:
Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.
Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionseliten mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:
"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".
Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. … Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah … Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.

Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.
Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.
Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt.
Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsieges". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?
Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde - "Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte …", entbehrt aber der Grundlage.
Sicher dagegen ist: Weizsäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet. Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß Ernst von Weizsäcker in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären.

Der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht, bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage bzw. Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.
1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizsäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. … Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

<u>Ostgrenze</u>

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um … den Verlust der Reichseinheit zu verhüten.
Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den

Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.
Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".
Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unnachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert.
Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. …
Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. Übrigens auch nicht in der Innenpolitik. Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.
Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.
Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.
Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.
Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert.
Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung bzw. Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...
Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten. ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.
Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre.

Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Mai 1985

BRD: Während des "Nürnberger Manifests" im Mai 1985 erinnert die SPD an das Schicksal der Vertriebenen (x024/329): >>Die aus dem Osten vertriebenen Deutschen hatten - stellvertretend für uns alle – mit dem Verlust ihrer Heimat einen hohen Preis zu bezahlen für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten. Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht.

Die Vertriebenen haben schon früh deutlich gemacht, daß auch sie den Zirkel von Rache und Vergeltung durchbrechen wollen.

Darüber hinaus muß heute klar sein: Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind.

Willy Brandts Politik des Friedens und der Versöhnung gründete auf dieser Einsicht. Wer die polnische Grenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt. ...<<

10.06.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945: >>**Noch nicht fertig? Schnell!**

In einer klirrend kalten Februarnacht schreckten die Bewohner einer Villa in Kalisch südöstlich von Posen jäh aus dem Schlaf. An der Haustür wurde gerüttelt, dagegen gehämmert und -getreten. Als der Hausherr öffnete, drängten sich drei Uniformierte herein. Barsch befahlen sie der Familie, Eltern und vier Kindern, ihr Haus binnen einer halben Stunde zu räumen.

Es blieb kaum Zeit zum Zusammenraffen einiger Wertsachen, warmer Kleidung und Lebensmittel. Als die Mutter einen geräucherten Schinken einpacken wollte, rissen die Eindringlinge den an sich. Sie drängten die Familie hinaus, schlossen ab und steckten den Haustorschlüssel ein. Den jungen Schäferhund Rex, der im Hof aufgeregt bellte, brachte einer der Uniformierten mit zwei Schüssen zum Schweigen. "Das Todeswinseln von Rex war der Abschied von unserem Heim", erinnert sich Tochter Teresa, damals neun Jahre alt.

Die Familie wurde in den Turnsaal der nahen Handelsschule geführt, der sich in den folgenden Tagen mit Vertriebenen füllte. Dann wurde die Kolonne, wieder nachts, zum Bahnhof getrieben und in eiskalte Viehwaggons gepfercht. Nach zwei Tagen und zwei Nächten landete der Treck in den Kasematten eines alten Forts. Dort gab es keine Heizung, außer dem Mitgebrachten nichts zu essen, der Schnee im Innenhof mußte Trink- und Waschwasser ersetzen.

Drei Wochen später wurden die Vertriebenen zu Verwandten, weit weg von ihrer Heimat, entlassen. Ihr schönes Haus in Kalisch übernahmen mit allem Inventar die neuen Herren: Ein Staatsanwalt mit seiner Familie setzte sich ins gemachte Nest.

Vertriebenenschicksal im Osten - aber nicht 1945, dieses schon 1940. Denn Teresa Kuczynska aus der Tschestochowskastraße 20 in Kalisz (wie es damals noch und danach wieder hieß) gehörte jener polnischen Intelligenzschicht an, deren Vertreibung und Ausrottung die Deutschen ab 1939 betrieben, solange sie dazu Gelegenheit hatten.

Die Kuczynskas wurden zusammen mit 700.000 anderen Polen und 500.000 Juden ab 1939 aus dem sogenannten Warthegau vertrieben, westpolnisches Land, das nach dem Blitzsieg der Wehrmacht dem Deutschen Reich einverleibt und zum Siedlungsgebiet für Reichs- und Volksdeutsche aus dem Osten erklärt wurde.

"Es waren sehr viele darunter, die sich in die noch warmen Betten der polnischen Vertriebenen legten", erinnert sich die baltendeutsche Schriftstellerin Waltraut Villaret, die selbst 1939

aus Riga in den Warthegau umgesiedelt und 1945 aus "der neuen Heimat, die nie eine war", wieder weggetrieben wurde.
Damals, 1939, mußten verbliebene Polen Fahrräder und Photoapparate, dann auch noch Musikinstrumente und Möbel abliefern, wurden ihre Bildstöcke zerstört, die Kirchen geschlossen und die Priester deportiert. Insgesamt fast 20 Millionen Polen sollten nach den Plänen Heinrich Himmlers liquidiert oder ausgesiedelt werden, bis ins ferne Brasilien hin, wo, so Himmler, "dem fanatischen katholischen Klerus verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte".
Der Kriegsverlauf verhinderte die Ausführung solcher Wahnwitzpläne. Immerhin gelang es den Nazis, ein Viertel der Bevölkerung Polens zu liquidieren - darunter auch zwei Drittel der Vertriebenen-Familie Kuczynska: Der Vater wurde in Dachau ermordet, die Mutter und zwei Töchter verhungerten in Bergen-Belsen. Teresa, die jüngste, überlebte als 14jährige Auschwitz, ihr Bruder in einem Kriegsgefangenenlager nach dem Warschauer Aufstand.
"Die nationalsozialistische Politik", so der Historiker Wolfgang Benz, "war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."
Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach der neunjährigen Teresa Kuczynska, die in einer eisigen Februarnacht das Vaterhaus in Kalisz verlassen mußte, erlitt die elfjährige Monika Taubitz im schlesischen Eisersdorf, Kreis Glatz, das gleiche Schicksal.
Am 24. Februar, einem Sonntag, kamen, so beschrieb es das junge Mädchen in ihrem Tagebuch, "polternde Schritte die Treppe heraufgestürmt, die Miliz. Sie kamen in mein Zimmer und zogen mich so sehr, daß ich beinahe aus dem Bett gestürzt wäre ... Ich zog mir etwas an ... dazwischen brüllte die Miliz "noch nicht fertig? Schnell, schnell!"
"Ich war ganz verwirrt. Auch zog ich mir ungeheuer viele Sachen an. Ein Pole trieb uns wieder an. Da brüllte ich los. Der Pole zeigte wütend auf sein Gewehr und schrie: "Du ruhig sein, sonst ich dich erschieße!" Dann mußten wir das Haus verlassen. Wir wurden bis zur Schule getrieben, dort mußten wir warten."
In Glatz wurden die Vertriebenen in Viehwaggons verladen, frierend und hungernd quer durch Deutschland gefahren, bis sie in Nordenham landeten, wo es, so die Elfjährige, "gar nicht schön ist und die Leute, bis auf einzelne Familien, sehr häßlich zu uns sind".
Monika Taubitz überlebte das Inferno, das 1945 über die völlig unvorbereiteten Menschen im deutschen Osten hereinbrach, der bis zum Sommer 1944 von Luftangriffen verschont blieb und deshalb als eines der sichersten Gebiete des Reiches galt, in das zahlreiche Ausgebombte evakuiert worden waren. Zwei Millionen von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezahlten Hitlers Rechnung mit ihrem Leben.
Ihr Schicksal war, ohne daß sie davon etwas ahnten, schon 1943 in Teheran bestimmt, im Februar 1945 in Jalta endgültig besiegelt worden, als die drei Siegermächte sich über die Verschiebung Polens um 250 Kilometer nach Westen auf Kosten Deutschlands einigten.
"Polen könnte sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern", befand der Brite Winston Churchill in Teheran - der sich um die betroffenen Deutschen herzlich wenig Sorgen machte: Am 15. Dezember 1944 erklärte er vor dem Londoner Unterhaus:
"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."
Was dann tatsächlich über die Deutschen im Osten hereinbrach, beschrieb der britische Nobelpreisträger Bertrand Russell im Oktober 1945 so:
"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhör-

ten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ..."
Selbst Churchill, noch Ende 1944 über das Schicksal der Deutschen im Osten "nicht beunruhigt", sorgte sich nur neun Monate später über "eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet" - denn unterdessen waren Millionen hungernder und besitzloser Flüchtlinge in den Westen Deutschlands geströmt, irrten Millionen Vertriebene durch das zerstörte Land, waren nach den Zahlenangaben von Russen, Polen und Tschechoslowaken auf der Potsdamer Konferenz der Sieger im Juli 1945 weitere Millionen Deutsche aus jenen Gebieten spurlos verschwunden, denn "wo unsere Truppen hinkamen, da liefen die Deutschen weg", beschied Stalin seine Verbündeten.
Die Polen behaupteten, auf dem von ihnen in Besitz genommenen Gebiet befänden sich nur noch "eine bis anderthalb Millionen Deutsche, die aber nach der Ernte freiwillig bereit sind, in die Heimat zurückzukehren". In Wahrheit lebten damals, im Sommer 1945, noch etwa vier Millionen Deutsche in den Ostgebieten, die aber dann auch noch ausgetrieben wurden - und zwar mit dem Segen aller in Potsdam Versammelten.
Denn im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls waren sich die Sieger trotz aller "moralischen Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen" (Churchill) doch wieder einig:
"Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."
Wie Flucht und Vertreibung in der grausamen Wirklichkeit der Jahre 1945 bis 1947 tatsächlich aussahen, schildert anhand erschütternder Aussagen Betroffener die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", belegen Augenzeugenberichte Vertriebener, Besatzerakten aus jener Zeit, aber auch ausländische wissenschaftliche Untersuchungen wie die des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas über "dieses traurige Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts".
Von Durchhalteparolen Hitlers auf ihrer Scholle festgehalten, der in Kurland 300.000 vollausgerüstete Soldaten für die Wahnidee einer "neuen Offensive im nächsten Frühjahr" stehenließ, während er in Ostpreußen 65jährige Volkssturminvaliden mit alten Flinten und je 18 Schuß Munition gegen die ins Reich stürmenden sowjetischen Panzerarmeen in Stellung schickte, wurden Millionen Deutsche im Winter und Frühjahr 1945 von rachedurstigen Rotarmisten überrannt, die der Schriftsteller Ilja Ehrenburg zum hemmungslosen Töten aufgefordert hatte. In einem Flugblatt, das unter den Soldaten verteilt wurde, hetzte Ehrenburg damals:
"Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort Deutscher für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden töten. Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen!"
Der Ort, "in dem Rußlands Rache für mehr als drei Jahre deutscher Gewaltherrschaft erstmals explodierte" (Günter Böddeker in "Die Flüchtlinge"), war Nemmersdorf in Ostpreußen, von der Roten Armee im Oktober 1944 genommen, wenige Tage später von der Wehrmacht zurückerobert.
Volkssturmmann Karl Potrek aus Königsberg berichtete der "Wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa":
"An dem ersten Gehöft ... stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt ... An den beiden Scheunentüren war je eine Frau nackt in gekreuzigter Stellung durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jah-

ren, die sämtlich tot waren, fast "ausschließlich bestialisch ermordet, bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen. Unter den Toten befanden sich auch Kinder im Windelalter, denen mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen war."
Die Greuel von Nemmersdorf, von der Nazi-Propaganda lautstark ausgeschlachtet, versetzten die Bevölkerung im Osten in Angst und Schrecken - doch die NS-Führung verbot jede Flucht bei drakonischen Strafandrohungen.
So wurde es zwar am 20. Januar 1945 dem Generalleutnant Oskar von Hindenburg erlaubt, die Sarkophage seiner Eltern aus dem Ehrenmal von Tannenberg zu bergen, lebende Flüchtlinge aber befahl Gauorganisationsleiter Paul Dargel "über den Haufen zu schießen".
Vielen gelang, wie Marion Gräfin Dönhoff, die mit ihrem Fuchs drei Monate lang tausend Kilometer gen Westen ritt, die Flucht in letzter Stunde. Mehr aber blieben, wie in der "Festung" Königsberg, zurück und durchlitten in den nächsten Monaten Unsägliches bis zu Kannibalismus hin; von 70.000 Bewohnern überlebten in der Stadt nur 25.000.
Auch von den Flüchtlingen starben Hunderttausende auf dem Weg, an Strapazen, Hunger, von Panzern überwalzt, im Meer ertrunken:
Für 20.000 Flüchtlinge auf 135 Schiffen, darunter der von einem Sowjet-U-Boot versenkten "Wilhelm Gustloff", endete die größte See-Rettungsaktion aller Zeiten, von der Kriegsmarine noch im Winter und Frühjahr 1945 organisiert, im Eiswasser der Ostsee, über zwei Millionen aber kamen damals noch auf dem Seeweg durch.
Wie in Ostpreußen erlebten die Menschen überall jenseits der Oder, in Pommern, in Schlesien unter der Rache der russischen Sieger und Willkür der neuen polnischen Herren das Inferno. Im pommerschen Lauenburg nahmen sich noch in der Nacht des Einmarsches der Roten Armee 600 Einwohner selbst das Leben. Im niederschlesischen Grünberg begingen in den ersten zwei Wochen der Besatzungsgreuel 500 von 4.000 Einwohnern Selbstmord. Aber kaum jemand glaubte damals schon an einen endgültigen Verlust der Heimat.
Von sechs Millionen Deutschen, die in den letzten Kriegsmonaten vor der Roten Armee geflohen waren, kehrten über 1,1 Millionen in den ersten Friedensmonaten wieder zurück, oft nur für Tage oder Wochen, bevor sie erneut fortgetrieben wurden.
Deutschen wurden laut polnischen "Sonderbefehlen" 15 Minuten Zeit gegeben, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen. Sie mußten die Schlüssel außen steckenlassen und durften 16 Kilo Handgepäck mitnehmen - das sich in zahlreichen Plünderungskontrollen bis zur Grenze meist auf Null reduzierte. Der Oberstudienrat Dr. Müller aus Danzig hatte, als er im Lager Scheune, der Endstation der Vertriebenenzüge auf polnischem Gebiet, ankam, nur noch seine Unterhosen an.
Andere Lager, wie das berüchtigte Lager Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße, wurden zur Todeshölle für Deutsche. Ein damals 20jähriger Partisan namens Gimborski ließ dort zwischen Juli 1945 und Herbst 1946 Tausende Oberschlesier nach schlimmster SS-Art foltern und ermorden. An einem einzigen Tag, dem 4. Oktober 1945, wurden bei einem Barackenbrand fast 600 Insassen erschossen, erschlagen oder verbrannt. Von über 800 Kindern kamen 600 um, insgesamt starben im "Sammellager" Lamsdorf 6.500 Vertriebene einen gewaltsamen, den Hunger- oder Seuchentod.
Wie die Polen, bei denen vorher die Nazis so furchtbar gehaust hatten, wüteten auch die Tschechen, die weit weniger unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, gegen alles Deutsche. So wie unter den Nazis der Judenstern gab nun eine weiße Armbinde oder der Buchstabe N (für Nemec = Deutscher) die so gebrandmarkten Menschen jeglicher Willkür preis: Sie durften straflos gequält, beraubt, vergewaltigt und totgeschlagen werden, zum Teil in denselben Lagern, in denen vorher die SS Juden ermordet hatte, wie Theresienstadt.
Am 31. Juli 1945 verübte der Mob in Aussig nach einer Explosion in einem Munitionslager ein Massaker unter Deutschen. Die Zahl der Opfer wird auf tausend bis dreitausend geschätzt.

Von den über drei Millionen Sudetendeutschen kamen etwa 270.000 um.
Noch schlimmer erging es den Volksdeutschen in Jugoslawien. Über ein Viertel, 135.000 von 500.000, büßten ihr Leben ein. Aus Rumänien wurden auf sowjetisches Drängen fast 100.000 Volksdeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjet-Union deportiert. Lediglich bei der ebenfalls von Stalin geforderten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn kam es nur vereinzelt zu Grausamkeiten; 35.000 wurden in die UdSSR verschleppt, etwa die Hälfte verblieb im Land.
Insgesamt kamen bei der Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen und Deutschstämmigen aus dem Osten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Südost-Europa zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge um - Zahlen, allenfalls vergleichbar mit der erzwungenen Völkerwanderung und dem Sterben nach der Teilung der indischen Kronkolonie in Indien und Pakistan 1947. Auch dort flüchteten etwa elf Millionen Menschen, starben zwischen einer halben und zwei Millionen auf der Flucht.
Was oftmals jenseits aller Horrorvorstellungen Menschen im Osten Deutschlands damals durchmachten, schilderte Frau M. N. aus Bärwalde in Pommern für die Dokumentation des Vertriebenenministeriums.
Als im März 1945 die Russen und Polen über Pommern kamen, wurden Frau M. N. und ihre Schwester am ersten Tag im Beisein ihres Mannes und dreier Kinder von Dutzenden von Russen vergewaltigt. Nach der ersten Gewalt-Orgie flüchtete die Familie auf einen Heuboden. Doch Spuren im Schnee führten neue Peiniger zu ihnen, die den zwei erschöpften Frauen wieder Gewalt antaten.
Dann kamen Uniformierte und Zivilisten, vergewaltigten die Frauen, erdrosselten die drei Kinder und hängten danach die drei Erwachsenen auf.
Bei Frau M. N. brach der Strick, sie fiel herunter. Als sie erwachte, lag sie auf einem Bett in ihrer Wohnung, ein Pole fragte sie: "Frau, wer gemacht?" Ich sagte, die Russen, da schlug er mich und sagte: "Russen gute Soldaten, deutsche SS-Schweine hängen Frauen und Kinder."
Frau M. N. bekam einen Schreikrampf und stürzte zum Bach nahe dem Haus, um sich zu ertränken. Aber auch da wurde sie wieder gerettet und zu Bekannten gebracht. Dort leuchtete ihr nachts ein Russe mit der Taschenlampe ins Gesicht. Sie schrie und bat, er möge sie erschießen. Der Russe sagte, er sei Oberleutnant und sie brauche keine Angst zu haben.
Dann rieb er sie mit einem Handtuch trocken und vergewaltigte sie. Nach ihm kamen noch vier betrunkene Soldaten und mißbrauchten sie immer wieder. Als sie vor Schwäche nicht mehr zu gebrauchen war, schlugen und traten sie die Frau, bis sie von neuem ohnmächtig wurde. Später wollten andere Russen sie als Faschistin erschießen, weil über dem Bett, in dem sie lag, ein Hitlerbild hing. Ein Offizier verhinderte es, man ließ die wimmernde "Verrückte" laufen.
Bekannte brachten Frau M. N. zum sowjetischen Ortskommandanten, der die Schilderung ihrer Horrorerlebnisse unwirsch mit der Bemerkung unterbrach, deutsche SS hätte in Rußland vier Jahre so gehaust. Doch dann stellte er sie als Köchin und Näherin für die Kommandantur an und ließ sie sogar, als die Polen die Frau wegen der Erzählungen über den Massenmord an ihrer Familie - den polnische Partisanen und Zivilisten verübt hatten - festnehmen wollten, in einem Sanitätsauto über die Grenze nach Deutschland bringen.
Frau M. N. - eines von Millionen Vertriebenenschicksalen, über die der Politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 nach Washington telegraphierte: "Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken."<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die deutschen Vertriebenen, ihre Verbände und Funktionäre in der bundesdeutschen Politik:
>>**Wir missionieren bis an die Memel**
Die Kieler Ostseehalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, über 5.000 Teilnehmer hatten sich

zu einer "nationalen Feierstunde" eingefunden. Redner beschworen den "unauslöschlichen Reichsgedanken" und das "ganze Vaterland". Am Ende "klang die in größter Disziplin verlaufene Kundgebung", so ein Bericht der Veranstalter, "mit dem Großen Zapfenstreich und allen drei Strophen des Deutschlandliedes aus".

Das nahm sich, in Rahmen und Reden, wie ein Rendezvous von Rechtsextremen aus, war jedoch eine Wahlveranstaltung westdeutscher Vertriebenenpolitiker: So patriotisch und pathetisch zog, im Juli 1953, der Gesamtdeutsche Block/ Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in den Kampf um die Mandate für den zweiten Deutschen Bundestag. "Wir sind", sprach der BHE-Gründer Waldemar Kraft, "die einzige neue, echte politische Partei mit Volksgemeinschaftscharakter und gesamtdeutschem Anspruch."

Noch als reine Interessenpartei des Lastenausgleichs und der Wohnraumbeschaffung hatte der Vertriebenen-Block drei Jahre zuvor in seinem Ursprungsland Schleswig-Holstein aus dem Stand einen fast sensationellen Landtagswahlerfolg mit 23,4 Prozent der Stimmen erzielt. Nach seiner raschen Ausbreitung in fast allen Bundesländern und weiteren Wahlerfolgen schien der BHE "den Durchbruch des 5. Standes in das politische Leben der Deutschen" zu markieren, wie die "Gewerkschaftlichen Monatshefte" verblüfft kommentierten.

Doch Mitte der fünfziger Jahre streifte die Flüchtlingspartei das Proletarier-Image ab, um Größeres, Gesamtdeutsches zu bewegen. BHE-Politiker wie der ehemalige schlesische Gutsbesitzer Friedrich von Kessel, der in Niedersachsen zum Landwirtschaftsminister avancierte, fühlten sich nun berufen, "dem deutschen Volk wieder ein echtes Nationalbewußtsein beizubringen". Das Parteisymbol des Gesamtdeutschen Blocks, Berlins Brandenburger Tor, kennzeichnete die neue Marschrichtung.

Der Ostpreuße und BHE-Mitgründer Alfred Gille, einst bei der NSDAP und der SA, wollte, daß "der Blick nicht endet an der Oder-Neiße-Linie, sondern bis in die Räume hineingeht, wo deutsche Menschen Jahrhunderte gelebt und abendländische Kultur geschaffen haben".

Der deutsche Osten müsse, so der sudetendeutsche BHE-Abgeordnete Frank Seiboth, ein früherer NS-Gauschulungsleiter, der es zum Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium brachte, "wieder die Kornkammer des Reiches werden, damit wir in der Enge des halben Deutschland nicht ersticken". Seiboth: "Wir missionieren für Deutschland! Von der Saar bis an die Memel!"

Das waren Perspektiven und Zeiten, von denen Vertriebenenprofis heutzutage nur träumen können - die Jahre des Kalten Kriegs und des kreuzzugartigen Antikommunismus; Jahre, in denen sich die junge westdeutsche Republik wiederbewaffnete und in das westeuropäische Verteidigungsbündnis integrierte.

Da war die Rückkehr der "reichsdeutschen" Vertriebenen nach Pommern, Schlesien oder Ostpreußen noch nicht zur Schimäre verblaßt; für Optimisten schien sie vielmehr eine durchaus realistische Vorstellung zu sein. Politiker aller in Bonn präsenten Parteien - die KPD wurde 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten - sparten nicht mit feierlichen Gelöbnissen und Gebietsansprüchen rechtstheoretischer Art. Auch die SPD stand noch stramm zur Parole ihres 1952 verstorbenen, aus Westpreußen stammenden Führers Kurt Schumacher: "Die deutsche Sozialdemokratie wird um jeden Quadratmeter des Landes jenseits von Oder und Neiße ... einen zähen Kampf führen."

Solange die westdeutsche Ost-Außenpolitik vom "Wandel durch Annäherung" (SPD-Vordenker Egon Bahr) noch meilenweit entfernt war, nahmen christliche wie sozialistische Demokraten den großdeutschen Verbalradikalismus von Vertriebenenpolitikern und Verbandsfunktionären ebenso gelassen hin wie die Tatsache, daß deren Organisationen von Ex-Nazis reichlich durchsetzt waren. Und solange Vertriebenenpolitiker im Bonner Bürgerblock der Adenauer-Kabinette mitmischen durften, hatten die revanchistischen Reden offenbar auch einen gewissen Zweck:

Die Vertriebenen sollten, wie das der Sudeten-Sprecher Walter Becher, einer der schärfsten Agitatoren, später beschrieb, stets "zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden konnte".
Vertriebenenultras forderten damals nicht die "Wiedervereinigung", sondern die "Befreiung" der "Russenzone", sie schürten Aggressionen und schufen Feindbilder.
"Sehen wir denn nicht", so tönte Adenauers Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, dessen Sonntagsreden maßgeblich zu den Revanchismus-Anwürfen aus Warschau, Prag und Ost-Berlin beitrugen, 1958 auf dem Stuttgarter Sudeten-Treffen, "wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt? Wir sollten die Zeichen erkennen, aber wir stecken den Kopf in den Sand und in den Freßnapf."
Schon 1948 glaubte Theodor Oberländer, der spätere Vertriebenenminister Adenauers mit tiefbrauner Hypothek, daß die Westdeutschen zur "Überwindung des Bolschewismus" sowohl ein "Programm zur politischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges" als auch eines "zur Unterstützung des Waffenkrieges" benötigen würden (so Oberländer in einem Brief an den Fürsten zu Waldburg-Zeil).
Immer wieder berichtete die Vertriebenenpresse über angeblich verwahrloste, "halb menschenleere" Landstriche im ehemals deutschen Osten, wo unter den polnischen und tschechischen Neu-Siedlern eine "Auswanderungspsychose" grassiere. Der "Göttinger Arbeitskreis" vertriebener Wissenschaftler beschrieb 1958 Posen und Pommern als "Zone des allgemeinen Verfalls", die "wie eine schwärende Wunde die Gesundung Europas verhindert".
Die Vertriebenenprofis begriffen sich denn auch als "Elitebataillon im abendländischen Entscheidungskampf" (so der sudetendeutsche CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Schütz), als "Träger der besten Werte von Volkstum und Menschentum" überhaupt ... oder, etwas salopper, als "Sauerteig des deutschen Volkes".
Vor allem der Vertriebenenblock BHE wähnte sich auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung als "berufenster Träger" gesamtdeutscher Anliegen. Parteigründer Kraft, den Adenauer 1953 neben dem Vertriebenenminister Oberländer als "Sonderminister" (ohne sonderliche Kompetenzen) ins Kabinett nahm, betrachtete die "Altparteien" als "Zweckschöpfungen der Besatzungsmächte, die man aus der Mottenkiste der Weimarer Republik geholt" habe. Als "Versager von 1933" verdienten sie nach Ansicht des Ostpreußen kein Vertrauen mehr. "Wir sind", glaubte Kraft, "die letzte Hoffnung von Millionen."
Andersherum war das jedoch eher richtig: Die Kraft-Partei richtete ihre Hoffnungen auf die Millionen von Flüchtlingen und Aussiedlern, die sich in den Westen Deutschlands ergossen hatten, hier mehr als 15 Prozent der Bevölkerung stellten und sich - vornehmlich in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein - in einer kaum überschaubaren Vielfalt von Verbänden und Vereinigungen samt Unter- und Nebengliederungen, berufsständischen und konfessionellen Organisationen formierten.
Heraus ragten am Ende 21 Landsmannschaften (LM), denn neben den großen Gruppierungen der Schlesier, Sudetendeutschen, Pommern und Ostpreußen organisierten sich unter anderen auch Mark Brandenburger, Deutschbalten und Siebenbürger Sachsen, Bessarabien-, Karpaten- und Buchenlanddeutsche, und alle existieren noch immer.
Doch der großen Vertriebenenbewegung, die sich im Kleinen ausspezialisierte bis etwa zu einer "Vereinigung sudetendeutscher Kinobesitzer" oder dem "Verband früherer Ostmühlen", mangelte es an der Geschlossenheit ihrer Führungsriege. Zehn Jahre lang konkurrierten der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD; ab 1951: "Bund der vertriebenen Deutschen", BvD) und die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL; ab 1952: "Verband der Landsmannschaften", VdL), ehe sie sich, im Dezember 1958, zum "Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammenschlossen.
Zwar einigten sich die beiden ursprünglichen Dachorganisationen auf eine Art kooperative

Aufgabenteilung: Der landsmannschaftlich übergreifende ZvD/BvD sollte sich um die sozial- und wirtschaftspolitischen Existenzfragen der Vertriebenen kümmern und sich den Behörden, Parlamenten und Parteien als "Ergänzungsbürokratie" anbieten; die Landsmannschaften wollten derweil den kultur- und heimatpolitischen Part übernehmen und verhindern, daß die Landsleute "den Blick für das große Ziel, die Rückkehr, verlieren" (so Erich Mende aus Groß-Strehlitz, Mitgründer der LM Oberschlesien, später FDP-Vorsitzender und Minister für Gesamtdeutsche Fragen).
Einig waren sie sich vor allem in der zentralen Frage ihrer materiellen Absicherung: Bei der Ausformung des 1952 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes über den Lastenausgleich (LAG), dem eine Unsumme von Novellierungen folgte, fungierten Vertriebenenpolitiker zum erstenmal offen als Lobby und politische Pressure Group (Interessengruppe).
Die überaus erfolgreiche LAG-Lobby war vermutlich der gewichtigste Beitrag der Vertriebenen zum politischen Geschehen in der Bundesrepublik. Mit einem Gesamtvolumen von fast 150 Milliarden Mark geriet der Lastenausgleich laut Bayerns früherem Sozialminister Fritz Pirkl zur "größten legalen Vermögensumverteilung in der Menschheitsgeschichte".
Die Abwicklung der letzten LAG-Fälle wird, so schätzen Experten, noch bis zum Jahre 2040 dauern.
Versuche einiger Landsmannschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, schlugen freilich ebenso fehl wie die Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung ihrer ehemaligen Territorien im Grundgesetz oder das Verlangen nach sogenannten stummen Sitzen im Bundesrat als Vertreter von "Volksgruppen zur Zeit ohne Raum".
In der westdeutschen Vertriebenenszene schien das innige Landsmannschaftentreiben jedenfalls eine konforme Interessenlage der Neubürger zu reflektieren - und das mußte einer Vertriebenenpartei wie dem BHE geradezu wie eine politische Futterkrippe vorkommen, war doch der Block mit den Verbänden vielfach in Personalunion verflochten.
Doch die großen Hoffnungen trogen, das stattliche Wählerpotential der Vertriebenen sicherte dem BHE - Ironie des Geschehens - keineswegs eine Dauerexistenz. Schon bei der Bundestagswahl von 1953 erzielte die Partei nur 5,9 Prozent Stimmenanteil, weit weniger als erwartet; vier Jahre danach scheiterte sie bereits mit 4,6 Prozent an der Sperrklausel und verschwand für immer von der Bonner Bühne.
Der Vertriebenenführer Linus Kather wertete es später in einem verbitterten Rückblick ("Die Entmachtung der Vertriebenen", 1964) als "eines der merkwürdigsten Phänomene der Geschichte", daß Millionen von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik "aufgegangen" seien, "ohne einen eigenständigen politischen Willensfaktor von Dauer und Gewicht entwickelt zu haben".
Doch so seltsam ist der Vorgang auch wieder nicht, seine tieferen Ursachen sind vielmehr offenkundig: Mit der fortschreitenden Integration der Flüchtlinge in das Land des aufkeimenden "Wirtschaftswunders" (zu dem sie selber einen bemerkenswerten Beitrag leisteten) verflüchtigten sich die Sehnsüchte der Neubürger nach ihrer alten Heimat.
Gescheitert war überdies der Versuch, den Heimat-Block mit einer nationalistischen Rezeptur am Leben zu erhalten. Denn auch die deutschlandpolitischen Positionen schienen den Vertriebenenwählern offenbar noch besser bei der CDU/CSU aufgehoben, in deren Reihen sich eh immer mehr Vertriebenenpolitiker tummelten.
Der BHE erfüllte, wie Wissenschaftler seine historische Rolle beschreiben, eine "Transportfunktion": Er gab die rechtskonservativen Kräfte, nicht nur Vertriebene, die er anfangs auf sich gezogen hatte, wie gebündelt an die Unionsparteien weiter - Wähler wie Scharen von Mitgliedern und Mandatsträgern. Die Vertriebenenfunktionäre wurden, von der vergleichsweise verschwindend geringen Zahl der SPD-Anhänger abgesehen, zu einem "gefundenen

Fressen für die CDU" (Kather).
Fast alle Landsmannschafts-Sprecher und namhaften BdV-Funktionäre standen oder stehen seitdem im Lager der Union, wie heute (die) Ober-Schlesier Herbert Hupka und BdV-Präsident Herbert Czaja, beide CDU-Bundestagsabgeordnete, oder der Sudeten-Vormann Franz Neubauer, bayrischer CSU-Staatsminister für Arbeit und Soziales.
Mit einer neuen Parteigliederung "Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (erster Vorsitzender: der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl) ernannte sich die CDU 1969 zur "politischen Heimat für alle Heimatlosen".
Dabei war durchaus fraglich, ob der erste CDU-Kanzler Konrad Adenauer wirklich ein Herz für die Heimatlosen hatte: "Wir wollen", beklagte er sich gelegentlich über die Anstellung schlesischer Schulräte in seinem Rheinland, "den ostischen Geist hier nicht haben." Doch für die Bonner Politik kamen dem CDU-Vorsitzenden die Vertriebenen allemal zupaß, um Mehrheiten zu sichern und die Sozialdemokraten zu isolieren.
Der Mann, der Adenauers CDU die Vertriebenen zuführte und zur Symbolfigur für die Rechtslastigkeit dieser Liaison wurde, war Theodor Oberländer, der Ressortminister von 1953 bis 1960. Der promovierte Land- und Volkswirtschaftler aus Thüringen war einst beim Hitler-Putsch von 1923 mitmarschiert, hatte als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten (BDO) und als Ostexperte der Wehrmachts-Sondereinheit "Nachtigall" maßgeblich zur "rücksichtslosen Germanisierung" der östlichen Nachbarn beigetragen.
Oberländer brachte es sogar fertig, die Schlüsselpositionen seines Ministeriums systematisch mit ehemaligen Nationalsozialisten zu besetzen. Adenauer hielt trotz aller Vorwürfe an dem Minister fest, den er für einen profunden Kenner Osteuropas hielt. Und der durchtriebene Karrierist konnte vor seinen alten BHE-Gefährten protzen: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."
Die Vertriebenenbewegung mauserte sich von einer mehr sozialpolitischen zu einer mehr außenpolitischen Pressure Group, die freilich auch Druck bei Unionspolitikern machte. Denn Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre stellte das Bonner Auswärtige Amt unter den CDU-Ministern Heinrich von Brentano und Gerhard Schröder die ersten zaghaften Überlegungen für nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen und der CSSR an. Vertriebenenprofis, die ahnten, daß sich allmählich eine konstruktive Ostpolitik anbahnen würde, zeterten bereits "Verrat" und "Verzicht".
Mit dem bösen Schimpf "Verzichtspolitiker", einer bewußten Anspielung auf die "Erfüllungspolitiker" der Weimarer Republik, belegten radikale Vertriebenenredner von da an fast jeden, der auch nur vage verdächtig schien, deutschen Boden preisgeben zu wollen - den SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid wie CDU-Kanzler Adenauer, den SPIEGEL wie den katholischen "Rheinischen Merkur", Pastor Martin Niemöller wie alle Verfechter der EKD-Denkschrift zur "Lage der Vertriebenen" von 1965.
"Verzichtspolitiker", das verlangten im Frühjahr 1963 vier Landsmannschaften gleichzeitig, sollten wegen "hochverräterischer Äußerungen" strafrechtlich belangt werden. Allerdings stützten sie sich dabei auf ein abenteuerliches Gutachten des Würzburger Staatsrechtlers Friedrich August von der Heydte, von dem sich nicht nur Fachleute, sondern auch der Bund der Vertriebenen alsbald distanzierte.
Verzichtserklärungen jedweder Art würden, so drohte im Bundestag der CSU-Abgeordnete Georg von Manteuffel-Szoege, die Vertriebenen "in die Illoyalität treiben". Auch seien sie unnötig, meinte der Deutschbalte, denn "die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen".
Was immer aber die Vormänner der Vertriebenen beschworen und beteuerten - es entsprach kaum mehr der Realität an der Vertriebenenbasis. Glaubten 1953 noch drei Viertel der Pommern oder Schlesier an die Rückkehr, so war es, wie Umfragen ergaben, 1964 nur mehr

ein Viertel. Acht Jahre später betrachteten bereits 56 Prozent der Vertriebenen die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als richtige und wünschenswerte Voraussetzung für normalisierte Beziehungen zu Polen; nur 24 Prozent hielten sie für falsch.
Zu keiner Zeit gehörten den Vertriebenenverbänden mehr als zwei von zehn ihrer Landsleute an. Und Wahlanalysen zeigten alsbald auch: Das Wählerverhalten der Vertriebenen entsprach annähernd dem der übrigen Bevölkerung.
Eine Untersuchung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik zum Thema "Junge Vertriebene: Abschied vom politischen Erbe" kam, ebenfalls schon 1972, zu dem Ergebnis: Die Politik der Vertriebenenverbände "verliert zunehmend an politischer Legitimation"; auf Verbandstreffen würden die Funktionäre zuweilen Forderungen im Namen aller Mitglieder erheben, die diese jedoch "in der großen Mehrheit nicht teilen".
Dennoch nahmen selbst die Sozialdemokraten, die in der Großen Koalition (1966 bis 1969) und schließlich in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition (1969 bis 1973) die deutsche Ostpolitik wendeten - Ergebnisse: die Gewaltverzichts-/Grenzanerkennungsverträge mit Polen und der Sowjet-Union sowie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag mit der DDR -, lange noch erstaunlich viel Rücksichten auf die Berufs-Heimatvertriebenen.
Bis 1969 schien die Toleranz einigermaßen verständlich: Die SPD stellte damals mit dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs vorübergehend den BdV-Präsidenten und hoffte, der Vertriebenenbund würde zur Entspannungspolitik allmählich eine gemäßigtere Haltung einnehmen. Daß wahltaktisches Finassieren kaum von Belang sein würde, erwies sich jedoch nicht zuletzt wiederum am Fall des BdV-Präsidenten.
Rehs verließ, als der SPD-Vorsitzende und damalige Außenminister Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag vom März 1968 in Nürnberg zum erstenmal den Entspannungskurs formulierte ("Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung"), demonstrativ den Saal - und wenig später auch die Partei. Im Handumdrehen wurde der Rechtsanwalt Mitglied bei der CDU, nachdem der Vertriebenenbund die Frage aufgeworfen hatte, ob denn der Wähler "einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt".
Für Rehs zahlte sich der fixe Wechsel jedoch nicht aus. Die CDU schanzte dem Überläufer zwar für die Bundestagswahl den bis dahin sicheren Unionswahlkreis Verden an der Aller zu, der verlor ihn aber allen Erwartungen zum Trotz an den SPD-Kandidaten und nachmaligen Städtebauminister Karl Ravens.
Für den Endkampf gegen die Ost-Verträge - Begleitmusik zu den hitzigen Bundestagsdebatten von 1970 bis 1972 - brauchten die Vertriebenen andere Redner: Franz Josef Strauß zum Beispiel, der gerade zur "Rettung des Vaterlands" blies. Der CSU-Vorsitzende heizte im Mai 1970 eine Vertriebenenkundgebung mit 30.000 Teilnehmern auf dem Bonner Marktplatz auf: "Diese Regierung ... muß umkehren oder verschwinden." Das klang nur etwas vornehmer als die radikalen Vertriebenenparolen: "Fegt ihn weg, den roten Dreck."
Das Bonner Spektakel, ähnliche folgten, machte nun auch geduldige Genossen stutzig. "Es gibt da", erkannte SPD-Geschäftsführer Jürgen Wischnewski, selbst Vertriebener aus Ostpreußen, "eine völlige Solidarisierung mit der CSU." Dennoch zog die SPD, obschon immer wieder wütenden Anwürfen ausgesetzt ("Volksverräter Willy Brandt, heraus aus unserem Vaterland"), daraus nicht die Konsequenzen, die möglich gewesen wären - etwa die Spaltung des Bunds der Vertriebenen.
Den Ansatz dazu, 1970 initiiert durch die Bundestagsabgeordneten Günter Slotta und Manfred Wende, beide Schlesier, die bereits Einladungen für eine Gegengründung verschickt hatten, unterdrückte Fraktionschef Herbert Wehner. Der "Onkel" wollte es in der kritischen Situation vor der Ratifizierung der Ost-Verträge durch den Bundestag nicht ganz mit dem BdV verderben.

Die SPD/FDP-Koalition benötigte bei ihrer hauchdünnen Mehrheit von zwei Mandaten auch den Ober-Schlesier Herbert Hupka, der bis Februar 1972 noch die SPD-Bank drückte.
Der Sanftmut der sozialliberalen Koalition im Umgang mit Vertriebenenpolitikern mag durchaus opportun gewesen sein; gewiß durfte man auch darauf spekulieren, daß die Vertriebenen allmählich zur Ruhe kommen würden, wenn erst einmal die Ost-Verträge unter Dach und Fach gebracht wären. Tatsächlich flachte ihre Aktion Widerstand sogar schon vor der Vertragsratifizierung deutlich ab - vorsichtige Vertriebenenführer befürchteten offenbar, ein klägliches Scheitern des Obstruktionskurses könnte ihr Prestige schmälern.
Die Kundgebungen wurden kümmerlicher: Statt der 30.000 Teilnehmer von 1970 kamen zwei Jahre später nur noch knapp 2.000 zur Bonner BdV-Demo.
Ernüchternd mußte es auf die BdV-Funktionäre schließlich wirken, daß sich die CDU/CSU-Fraktion bei der Bundestagsabstimmung über die Ost-Verträge im Mai 1972 mehrheitlich der Stimme enthielt.
Für die Vertriebenenverbände begann der Abstieg in die schiere Bedeutungslosigkeit, sie gerieten am Ende zu beinahe Vergessenen und Verdrängten, die nur noch ein "kümmerliches politisches Dasein im stillen Kämmerlein fristeten" ("Die Zeit").
Bis sie von den Bonner Wende-Künstlern, wofür auch immer, aus dem Dornröschenschlaf geweckt wurden und mit Parolen wie "Schlesien bleibt unser" neue Revanchismus-Vorwürfe aus dem Osten provozierten.
Im April 1960 verurteilte das Oberste Gericht der DDR Oberländer in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft wegen "fortgesetzt begangenen Mordes" und "fortgesetzter Anstiftung zum Mord", der im Sommer 1941 in Lemberg durch die Nachtigall-Einheit an mindestens 3.000 Personen begangen wurde; Oberländer ließ, wozu ihm das Bonner "Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" die Möglichkeit bot, das DDR-Urteil für wirkungslos erklären.<<

26.06.1985

Brasilien: Papst Johannes Paul II. berichtet am 26. Juni 1985 während einer Konferenz in Sao Paulo über die neue Weltordnung.
Horst Deckert berichtet in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de …" über diese Rede des Papstes Johannes Paul II. (x991/…): >>**Das etwas andere Management-Modell des Papstes: Die neue Weltordnung**
Hier die Übersetzung der interessanten Rede des Papstes in Sao Paulo.
Konferenz vom 26. Juni 1985, durch Papst Johannes Paul II.
Art. 1: Niemand wird von nun an Zugang zum Postdienst haben, ohne die Nummer.
Art. 2: Niemand soll in irgendeinem Unternehmen oder einer Schule angestellt werden, außer er habe diese Nummer.
Art. 3: Kein Student soll in irgendeiner Schule registriert werden, ohne daß Student oder Eltern eine Nummer haben.
Art. 4: Jede Seele, die sich nicht nach diesem Sozialvertrag richtet, kann ohne diese Nummer weder kaufen oder verkaufen.
Art. 5: Niemand soll Nahrung verkaufen oder kaufen können, noch sollten sie Nahrung anpflanzen können, ohne diese Nummer.
Art. 6: Niemand kann Geld anlegen noch Geld abheben, ohne diese Nummer.
Art. 7: Wer die Artikel dieser Union nicht anerkennt oder ablehnt, soll streng mit dem Tod bestraft werden.
Art. 8: Wer die Nummer nicht hat, soll das Reisen untersagt werden.
Art. 9: Die ökumenischen Vereinigungen sollen entscheiden über die Genehmigung der Nummer.
Art. 10: Import und Export soll gemäß der Nummer durchgeführt werden.

Art. 11: Es soll ein internationales Geldsystem geben mit der Genehmigung dieser Nummer.
Art. 12: Die Gemeinden sollen sich an einem Tag versammeln, dem Sonntag, gemäß der Nummer.
Art. 13: Für Armut soll für ein besseres Leben in allen Ländern gesorgt werden, nach der Nummer.
Art. 14: Niemandem soll erlaubt sein, zu jagen oder zu fischen ohne diese Nummer.
Art. 15: In allen Transportsystemen der Welt soll in Übereinstimmung mit dieser Nummer umgegangen werden.
Art. 16: Niemandem soll erlaubt werden, ohne diese Nummer ins Krankenhaus aufgenommen zu werden.
Dieser Plan wurde durch Papst Johannes Paul II. anläßlich der Konferenz vom 26.6.1985 in Kenia vorgelegt. Dieses Projekt wird wieder im September 1993 präsentiert werden.
- Ende des Übersetzungstextes -

Was ist die Nummer?

Lesen Sie Offenbarung 1-18!
Hier ein kleiner Vorgeschmack (Offenbarung 13, 16-18): **Und es macht** (das zweite Tier, die USA wird dafür sorgen)**, daß die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Knechte - allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des** (ersten) **Tieres oder die Zahl seines Namens. Hier ist Weisheit! Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des** (ersten) **Tiers; denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist sechshundertsechsundsechzig.**
Die Zahl 666 ist die Zahl des ersten Tieres, des Papsttums und des jeweils amtierenden Papstes! …
Im September 1993 trafen sich, wie geplant, die Vertreter der Weltreligionen in Chicago (NZ vom 2.9.1993). Diese 16 Artikel des Papstes sind die gemeinsame "globale Ethik", auf die man sich verständigt hat. Sie erlaubt es allen Kirchen, ihre unterschiedlichen Lehren beizubehalten, wenn sie nur den Papst als das religiöse Oberhaupt der Welt und seine "neue Weltordnung" anerkennen. Das wird selbst Buddhisten, Hinduisten, Moslems und sonstigen Gruppierungen, nicht schwer fallen. Die USA wird als Vorreiter und Weltpolizist dafür sorgen, daß die neue Weltordnung des Papstes umgesetzt wird und mit gutem Beispiel durch die Einführung eines entsprechenden unbiblischen Sonntagsgesetzes (biblisch ist nur der Sabbat!), das fertig in der Schublade liegt, dem antichristlichen Bestreben Vorschub leisten. Die Europäische Union wird folgen.
1995 ermahnte der Papst die Jesuiten zur Treue, "... ohne Zögern und Zweideutigkeiten den Leitlinien ihres Gründers treu zu bleiben." (NZ vom 6.1.1995) Was das bedeutet, wissen Sie jetzt. Der oberste Machthaber dieser Welt hat längst beschlossen, was seine "modernen Hitler" unter dem Deckmantel des Glaubens bald umsetzen werden.<<

Juni 1985

BRD: Herbert Czaja (1914-1997) schreibt im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.
... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...
... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklär-

te die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

01.11.1985

DDR: An der "Zonengrenze" werden am 1. November 1985 die letzten Minensperren geräumt.

04.11.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (45/1985) berichtet am 4. November 1985:

>>**Hessen-Koalition: Wie Willy wollte**

Er ist noch nicht im Amt, doch schon fürchtet die hessische Wirtschaft ihn als Industrieschreck: Der Grüne Joschka Fischer wird Umweltminister in der ersten rot-grünen Landeskoalition. Der Realo mit dem Clochard-Image hat eine wirre Politkarriere hinter sich - vom schwäbischen Metzgersohn zum intellektuellen Rowdy. Der Sponti aus der Hausbesetzerszene über sein neues Amt: "Das Risiko zu scheitern ist groß."

Er kommt auf leisen Sohlen, in Turnschuhen aus dem Supermarkt. Die Blue jeans sind abgewetzt, das Sweatshirt, rot, ist verwaschen, die Lederjacke schmuddelig. Der Mann sieht aus wie eine Mischung aus Roadie und Rowdy. Dagobert, sein Hund, umschwänzelt ihn.

Das bleiche, etwas aufgedunsene Gesicht trägt graue Schatten unter rotgeäderten, wachen Augen. Die dunklen, wuscheligen Haare sind ungekämmt, nur einmal in der Woche rasiert er sich, montags. Er ist ein fanatischer Dauerdiskutierer, ein Agitator, spricht mit heller, durchdringender Stimme und leichtem Frankfurter Akzent - seine Reden sind gespickt mit meist herausfordernden Gedanken. Wenn er Gegner schmäht und beleidigt, dann mit Wollust.

Da ist nichts an Joseph ("Joschka") Fischer, 37, was nicht dem Bild des braven Bürgers vom Ausgeflippten, vom Revoluzzer entspräche. Und wenn demnächst vor der hessischen Staatskanzlei der Dienstwagen des Umweltministers vorfährt, dann könnte es schon zu Verwechslungen kommen: Der distinguierte Herr im grauen Anzug und mit Krawatte - das ist der Chauffeur. Der Kerl im Fond, der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schimanski Spitzeldienste leisten - das ist der Minister.

Es ist für manche kaum zu fassen: Ein Sponti der Frankfurter Hausbesetzerszene, ein Realo-Grüner mit kernigem Proletengehabe, ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument, ein Mann im Schlabberlook nimmt Platz am Kabinettstisch - als Minister für "Umwelt und Energie".

Seit die hessischen Grünen dem Regierungsbündnis mit Holger Börner (SPD) zustimmten und damit die erste ökosoziale Koalition in einem Bundesland besiegelten, hat sich das politische Klima in Deutschland verändert. Unternehmer, konservative Politiker und Leitartikler formieren sich, als gelte es, einen Staatsstreich abzuwehren.

Industriemanager qualifizieren den designierten Minister als Industrie-Schreck ab. Sie drohen mit Investitionsstopp in Hessen und kündigen die Flucht von Unternehmern in benachbarte Bundesländer an. Mit Joschka Fischer, begründet Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Chef des Darmstädter Chemiekonzerns Merck, die Angst des Kapitals vor dem Grünen, komme "jemand an die Schalthebel der politischen Macht, der sich bisher in allen seinen Äußerungen wirtschafts- und industriefeindlich gezeigt" habe.

Bundeskanzler Helmut Kohl wollte nicht einmal den Namen des Minister-Kandidaten in den Mund nehmen. Er sei "sehr gespannt", höhnte der Regierungschef, "wie sich dieses Bundestagsgenie, wie heißt er doch gleich", als Minister machen werde. Das hessische Modell, auf Bonn übertragen, prophezeite CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, werde zum "Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft" führen.

"Hessen", schrieb die "Frankfurter Allgemeine", sei "nicht nur in Gefahr, die Gegenwart zu verspielen, sondern vor allem auch die Zukunft". "Bild" jammerte: "Wir haben Angst um Hes-

sen." Skepsis selbst bei Roten und Grünen: NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Johannes Rau, ein erklärter Gegner der Alternativen, beschwerte sich, Börner habe ihm das Wahlkampfkonzept vermasselt. SPD-Gewerkschafter Hermann Rappe warnte, der neue Bündnispartner sei "auf Dauer für die Arbeitnehmer schädlich".
Grünen-Vorsitzender Rainer Trampert, ein Fundamentalist, sagte den "Bruch" seiner Partei "mit Teilen der sozialen Bewegung" voraus. An der Frankfurter Uni bewarfen Autonome die koalitionswilligen Alt-Linken Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer mit Eiern und stellten sie in eine Reihe mit dem hessischen Innenminister Horst Winterstein, dem sie die Schuld am Tod des Demonstranten Günter Sare geben: "Fischer, Bendit, Winterstein - eins ist wie das andere Schwein."
Fischers politisches Geschick bestimmt fortan auch den Weg der Grünen. Weist der erste alternative Minister der Republik nach, daß grüne Umweltpolitik im Regierungsalltag umsetzbar ist, kann seine Partei mit neuem Zulauf rechnen. Geht Fischer unter, könnte sich der Niedergang der Alternativen, die zuletzt im Saarland (2,5 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (4,6 Prozent) gescheitert waren, noch beschleunigen.
Ein Straßenkämpfer, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat, der erst Bundestagsabgeordneter und dann Minister wird, das ist nach jahrelanger Ämterverweigerung auch ein Indiz für den Reifungsprozeß der jüngsten westdeutschen Partei. Sechs Jahre nach ihrer Gründung hat sich die "Antipartei-Partei" (Petra Kelly) dazu durchgerungen, aus der rechnerischen "Mehrheit diesseits der Union" (Willy Brandt) auch eine politische zu machen.
Der Nutznießer ist Holger Börner ("Diese Geschichte bringt mir 50.000 Jungwähler"), den der SPD-Vorsitzende am vergangenen Montag im Parteipräsidium mit demonstrativer Herzlichkeit begrüßte. "Ich bin der einzige", deutete der Hesse den freundlichen Empfang, "der es so gemacht hat, wie Willy wollte." Wie Brandt visiert auch Börner das Nahziel an, im Frühjahr mit einem SPD-Ministerpräsidenten in Niedersachsen die Bundesratsmehrheit der Union zu knacken, um Kohl das Regieren schwerer zu machen.
Zwar will der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder das Hessen-Modell noch nicht übernehmen. Aber andere führende Sozialdemokraten unterstützen Börners Kurs. SPD-Präsident Erhard Eppler verteidigt das rot-grüne Bündnis mit dem Hinweis auf den saarländischen SPD-Umweltminister Josef Leinen, der wie Fischer Ökonomie und Ökologie auf einen Nenner bringen will: "Warum ist eigentlich ein Joschka Fischer in Hessen etwas anderes als ein Jo Leinen im Saarland?"
Der Unterschied liegt in der Biographie. Im Handbuch des Bundestages, in dem die Abgeordneten gern ausführlich darlegen, wie viele Ämter sie haben und was sie alles können, kam Fischer, bis März 1985 Grünen-MdB, mit zwei Zeilen aus: "Geboren am 12. April 1948. Mitglied des Bundestages seit 1983."
Das liest sich, als sei in den Jahren dazwischen nicht viel gewesen und als wolle sich da einer von seinem Leben distanzieren. Fischer aber bekennt sich zu seiner Biographie: "Von dem, was in meiner Akte beim Verfassungsschutz liegt, mal abgesehen, habe ich nichts zu verbergen. Ich stehe zu meiner Geschichte."
Joschka, aufgewachsen im streng katholischen Fellbach am Stadtrand von Stuttgart, stammt "aus einem Metzgergeschlecht". Vater und Großvater waren Fleischhauer, "hauptberuflich", und beide natürlich "Katholiken". Zum braven Ministranten im rot-weißen Hemdchen taugte Joschka allerdings nicht, er wurde Radrennfahrer.
In der zehnten Klasse hatte er vom Gymnasium genug und begann "mit viel Spaß" eine Photographenlehre. Der Spaß währte ein Jahr. Angetörnt von Bob Dylan und den Beatles, frönte er "dem neuen Lebensgefühl" der sechziger Jahre und entfloh mit sechzehn dem "engen Zuhause, dem Dorf und der Lehre".
In Hamburg schnappte ihn die Polizei und karrte ihn ins Schwäbische zurück. Beim zweiten

Versuch seiner "Europa-Tournee" (Fischer) kam er bis Kuwait - ein Aussteiger der frühen Jahre. Wieder daheim, jobbte Run-away-Joschka kurzzeitig als Hilfssachbearbeiter beim Arbeitsamt, Abteilung Kindergeldkasse. Auch ein zweiter Anlauf als Photo-Lehrling scheiterte.
Das war zu der Zeit, als Ludwig Erhard noch Kanzler war und Intellektuelle, die ihn verhöhnten, als "Pinscher" beschimpfte. Joschka las Jack Kerouac, den Literateten der "beat generation", und verliebte sich "unsterblich" in Edeltraud, eine 17jährige Schwäbin. Die beiden heirateten 1967, noch nicht volljährig, im schottischen Gretna Green.
Fasziniert von den Studentenprotesten gegen den Vietnamkrieg und voller Wut über den Tod des Demonstranten Benno Ohnesorg und den Mordanschlag auf Rudi Dutschke (Fischer: "Die Schüsse in Berlin haben mich aufgeweckt"), zogen die Jungvermählten nach Frankfurt. Dort, in einer der Metropolen des studentischen Aufruhrs, wollte der Gymnasiast ohne Abschluß und ohne Ausbildung das Abitur nachmachen, um an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Kant, Marx und Hegel studieren zu können.
Doch auf dem zweiten Bildungsweg lief nichts. Fischer, der es als Proletarier unter dem akademischen Nachwuchs schwer hatte, "büffelte wie ein Ochse". Er quälte sich "zweimal durch Hegels "Phänomenologie des Geistes"" und fing immer wieder von vorne an, weil er nichts verstanden hatte. An der Uni wurde Nichtabiturient Fischer bald Stammgast in den Seminaren der "Frankfurter Schule", hörte Adorno und Habermas.
Rasch geriet der schwäbische Außenseiter ins Zentrum der linksliberalen Szene am Main. Mentor des Metzgersprößlings wurde der SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl, und die revolutionäre Perspektive vermittelten Genossen wie der De-Gaulle-Herausforderer Daniel Cohn-Bendit, der Sexualforscher Reimut Reiche, die SDS-Anführer Frank und K. D. Wolff, Mathias Beltz (heute "Vorläufiges Frankfurter Fronttheater") und Bankierssohn Tom Koenigs, jetzt Stadtverordneter in Frankfurt und demnächst Fischers Haushaltsexperte im Umweltministerium.
Mit anderen Aktivisten gründeten diese Spontis eine militante Gruppe, den "Revolutionären Kampf" (RK). Fischer, dessen rhetorisches Talent bei den Studierten aufgefallen und gefragt war, wurde einer ihrer Wortführer. "Joschka", erinnert sich der ehemalige SDS-Führer und RK-Fighter Frank Wolff, "traf den Ton am besten", außerdem "umgab ihn eine gewisse proletarische Aura".
Der schwäbische Rebell mischte in der "schlimmen Zeit der offenen Revolten", von 1968 bis 1975, immer in vorderster Front mit. "Da gingen sämtliche Etappen ab bis zur harten Randale", und Joschka war "der Kriegshäuptling" der Frankfurter Straßenschlachten, flink mit der Zunge und flott auf den Beinen.
Demonstrationen und Straßenkämpfe brachten ihm 1969 sein erstes politisches Strafverfahren: "Sieben Wochen ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Bannmeile", alsbald wurde er amnestiert.
"Sieg im Volkskrieg", "Klassenkampf im eigenen Land", skandierten die Demonstranten, Steine flogen, Barrikaden brannten, Autos gingen in Flammen auf. "Mein Gott", stöhnt Fischer heute noch, "was bin ich da verdroschen worden."
Der "kurzsichtige Joschka", weiß Mitkämpfer Koenigs, "war immer von seiner dicken Hornbrille behindert. Flog die weg, stand er im Dunkeln". Die Genossen rieten zu Kontaktlinsen, die Fischer seither trägt.
Mit rund hundert Aktivisten vom "Revolutionären Kampf" heuerte Joschka 1971 bei Opel in Rüsselsheim an. Doch bevor auch nur ein Arbeiter aufgewiegelt werden konnte, saß der Werktätige Fischer bereits wieder auf der Straße. Bei einer Betriebsversammlung hatte er zum Streik aufgerufen, Grund zur fristlosen Entlassung.
Arbeit gab es auf der Straße reichlich. Der drahtige Sponti organisierte Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, lieferte sich "Schlachten mit den Bullen". Er trainierte die "Putz-

Truppen" im Kampf Mann gegen Mann: "Von uns", berichtet er stolz, "ist nie einer geschnappt worden." Damals schon kannte er "keine Berührungsängste" mit den in der Stadt regierenden Sozialdemokraten: "Wir haben wegen der besetzten Häuser mit der SPD verhandelt und gleichzeitig zugehauen."
Den menschenvernichtenden Terror der Baader/Meinhof-Gruppe identifizierte Fischer allerdings sehr früh als "Irrweg" (Koenigs). Die gesellschaftliche Veränderung herbeizubomben war seine Sache nicht. Der Straßenkämpfer über den Rote-Armee-Fraktions-Führer Andreas Baader: "Ich fand ihn zum Kotzen."
Bei seiner ersten großen Rede nach dem Tod von Ulrike Meinhof rief er auf dem Frankfurter Römerberg im Juni 1976 zum "Bruch mit dem bewaffneten Kampf" auf - kurz nachdem zwei RAF-Bomben im Frankfurter US-Hauptquartier explodiert waren. Fischer damals: "Wir können der Stadtguerilla nicht folgen. RAF-Aktionen bedeuten den Verzicht auf Leben, den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung."
Der Aufruf des Oberspontis ("Genossen, schmeißt die Bomben weg und nehmt wieder die Steine") markierte so etwas wie den Anfang vom Ende des RAF-Terrors. "Joschka", sagt Koenigs, "hat die Szene von der RAF getrennt."
Als RAF-Terroristen 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Bankchef Jürgen Ponto und Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer ermordeten, war für den Sponti aus der Frankfurter Subkultur die Frage des bewaffneten Kampfes endgültig beantwortet: "Alles Wahnsinn." Der "Illusionsverlust" (Fischer) von damals, im deutschen Herbst 1977, die vorübergehende Ratlosigkeit der außerparlamentarischen Bewegung, liefert heute die Erklärung, warum Fischer früh eine "Politik der kleinen Schritte" propagierte, warum er schließlich zum profiliertesten Streiter für eine grüne Realpolitik wurde.
"Das ganze Spiel mit der Gewalt war aus", die Alternativen zogen aufs Land, siedelten auf Bauernhöfen, drifteten ab in Sekten. Joschka Fischer fuhr Taxi, kutschierte als "lonesome hero der Großstadt" nachts "fette Bankdirektoren und andere schräge Gestalten" ins Frankfurter Bahnhofsviertel, das hat ihm "ungeheuer Spaß gemacht". Vier Spontis, darunter auch Bankiersohn Tom Koenigs, der seine Millionenerbschaft dem Vietcong vermacht hatte, wohnten gemeinsam in einer Taxi-Kommune.
An einen Fahrgast "in den nächtlichen Schluchten der kaputten Steinwüste Frankfurt" erinnert sich Fischer besonders gut, den SPD-Bundestagsabgeordneten Karsten D. Voigt. Ihn, den alten Kontrahenten aus Apo-Zeiten, chauffierte er "als bezahlter Voyeur" oft durchs Milieu, etwa in den linken Club Voltaire. Der geizige Ex-Jusochef "gab fünfzig Pfennig Trinkgeld", so Fischer, "und wünschte knapp "Frohes Nachtschaffen". "Vor drei Jahren freilich prophezeite Fischer dem verblüfften Genossen: "Wirst sehn, ich werd' Minister."
Der bildungshungrige Metzgersohn las "ungemein viel und gern", verschlang Alexander Solschenizyn, Andre Glucksmann und "die großen Biographien". Und doch blieb der revolutionäre Kämpe "ratlos, was denn politisch werden sollte".
Dem Ratlosen zu Hilfe kam Walter Wallmann (CDU), der im März 1977 in Frankfurt die Macht übernahm. Während sich viele Linksradikale "hin zur Innerlichkeit wendeten", formulierte Fischer in einem Aufsatz für das Alternativblatt "Pflasterstrand" den für einen Revoluzzer revolutionären Satz: "Vielleicht ist unsere Ablehnung des Parlaments falsch, vielleicht ist es unser Linksradikalismus, der sich irrt."
Ausgerechnet einer der härtesten Streetfighter war einer der ersten, die sich der neu entstehenden sanften grünen Bewegung anschlossen, "für viele ein Schock". Dort sah Fischer plötzlich eine "realpolitische Möglichkeit", aus dem "fortschrittsgläubigen Marxisten und Sponti" wurde ein Grüner.
Fischer brach mit den Spontis ("die waren am Ende"). Nach dem grünen Wahlerfolg bei den hessischen Kommunalwahlen 1981, als im Römer fundamentaloppositionelle Grüne das Sa-

gen hatten, dirigierte Fischer im grünen Kreisverband bald die Fraktion der Realpolitiker: "Wir können nicht lediglich im Parlament predigen, daß es fünf vor zwölf ist, und uns weigern, Verantwortung zu übernehmen."
Die Fundis, die ihn als "Ober-Macker" beschimpften, stachelten seinen Ehrgeiz an. Joschka erkämpfte sich vor der Bundestagswahl 1983 Platz drei der Landesliste, und am Morgen nach der Wahl, sagt er, "bin ich als Abgeordneter aufgewacht". Fischer: "Mein neuer Einstieg in die Wirklichkeit."
Schon nach wenigen Wochen beherrschte Fischer das Bonner Instrumentarium virtuos. Von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, damals noch Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, lernte der Grüne den trickreichen Umgang mit der Geschäftsordnung des Bundestages. "Der Schäuble ist doch einer der wenigen aufgeräumten Köpfe in dem pfälzischen Tohuwabohu", lobt Fischer den pfiffigen Badener, "er war mein Lehrmeister."
Schüler Fischer avancierte schnell zum ebenbürtigen Schlitzohr, ergatterte Redezeiten für Grüne auch dann, wenn zunächst gar keine vorgesehen waren. Den Bundestag nannte er "eine unglaubliche Alkoholikerversammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt". Mit Zwischenrufen pöbelte er sich in die direkte Nachfolge des Sozialdemokraten Herbert Wehner.
Weil Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen ihn wegen unbotmäßiger Sticheleien - im Plenum kamen Flick und die Käuflichkeit der Republik zur Sprache - nervös des Saales verwies, verabschiedete sich der Alternative mit dem Satz: "Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch" - und viele Abgeordnete versicherten ihm hinterher, in der Form habe er zwar daneben, inhaltlich aber durchaus richtig gelegen. Später entschuldigte er sich artig, er habe den Ausdruck in "tiefster emotionaler Erregung" gebraucht.
Glanzlichter setzte Fischer im Bundestag auch als Redner. Seinen Debattenbeitrag zu Wörners Kießling-Affäre, in der er Kohls geistig-moralische Erneuerung als "pfälzisches Gesamtkunstwerk" verspottete, "welches in barocker Opulenz so langsam versumpft", zählt Fischer noch heute zu seinen Sternstunden im Parlament - "Politik als real existierende Satire".
Als Heiner Geißler den Pazifismus der 30er Jahre als Ursache der Nazi-Greuel von Auschwitz denunzierte, schlug Fischer mit geschliffener Rhetorik zurück. Nach dem Tod des Türken Altun, der, um der Abschiebehaft zu entgehen, in den Tod gesprungen war, machte Fischer sich zum Anwalt des Asylrechts. Heinrich Böll nannte die beiden Debattenbeiträge "die besten Reden, die seit Jahren im Bundestag gehalten wurden".
"Als Symbol", so Fischers Marburger Realo-Gefährte Hubert Kleinert, "war er für uns in Bonn ungeheuer wichtig: Einerseits vertrat er, unrasiert und in Jeans, die Lebenshaltung einer großen Gruppe, die bislang in Bonn politisch nicht vertreten war. Andererseits hat er mit seinen Reden das Parlament wiederbelebt, wurde er zur Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle."
Schneller als andere Grüne hat sich Fischer in Bonn den Gepflogenheiten der Politiker angepaßt, entwickelte er sich zum Lieblingskind der Medien. Aber er hat ebenso hartnäckig an dem Image gearbeitet, kein Angepaßter zu sein. Die Unions-Abgeordneten bestätigten es ihm mit Zwischenrufen wie "Nadelstreifenrocker", "Lümmel" und "widerlicher Schreihals".
Bisweilen sah man Fischer, Vater von zwei Kindern, mit der Nuckelflasche durch das Regierungsviertel und die Lobby des Bundestages laufen. Das waren die Tage, an denen er auf Tochter Lara, 2, und Sohn David, 7, aufpassen mußte, weil Inge, die Mutter seiner Kinder, in Ferien gefahren war.
"Wenn sich der Präsident darüber beschwert", verkündete er, "werde ich ihm sagen: Bezahlen Sie mir ein Kindermädchen, dann muß ich sie nicht mit mir rumschleppen." Joschka mit dem Schnuller - der Politprofi wußte, daß auch dies in der von einem Feminat geführten Fraktion seinem Image dient.

Von Edeltraud, der Gattin von Gretna Green, war der "Softi" (Fischer über Fischer) nach 17 Jahren Ehe geschieden worden. Auch die zweite Frau Inge lebt inzwischen von ihm getrennt - wegen Claudia, 21, einer blonden, langmähnigen Szenegefährtin, die ihn nach Hessen begleiten wird.
Nichts hat Fischer so zu schaffen gemacht wie die Entscheidung seiner Basis, daß er rotieren müsse. Da merkte er, wie stark er schon am Bonner Tropf hing, wie sehr er auf die Politik angewiesen war. Nach der Rotation fühlte er sich "erst mal in einem tiefen Loch". Alle, die mit ihm wegrotierten, empfanden wie er: "Wir liefen da plötzlich rum wie bestellt und nicht abgeholt."
Auch deshalb ist Fischer froh, von Bonn nach Wiesbaden wechseln zu können. Diesen "50er-Jahre-Stil" der Bundeshauptstadt, "diese Nick-Knatterton-Atmosphäre", kam ihm "irgendwie unwirklich" vor. In Wiesbaden, hofft der designierte Minister, "ist die politische Macht näher am Menschen", und außerdem reizen ihn Jobs, "wo man was Neues unter die Pfoten bekommt".
Als er zum ersten Mal mit den grünen Minister-Plänen konfrontiert wurde, reagierte der Ex-Straßenkämpfer sauer: "Ihr habt se nicht alle." Er habe sich, sagt er, jedenfalls "nicht nach dem Posten gedrängt" - auch hier ganz Realpolitiker.
Sein Freund und Mitstreiter Cohn-Bendit sieht die Sache wohl aufrichtiger: "Früher wollte er wissen, was packt er alles auf der Straße, heute will er wissen, ob er die politisch-intellektuelle Herausforderung packt." Das Ministeramt sei für ihn "eine neue Form von Abenteuer".
Das fängt schon bei den äußeren Insignien der Macht an. Der Sponti steigt von seinem alten Diesel auf eine Staatskarosse um. Besonders reizt ihn am Dienstwagen ("Ohne den bist du in Hessen aufgeschmissen"), Mercedes 280 oder Opel Senator, das Autotelephon:
"Das braucht man. Man muß doch für die Basis immer erreichbar sein."
Modisch wird er der Basis womöglich entrücken, von einer China-Reise hat er sich Seidenkrawatten als Souvenirs mitgebracht. Wenn ihn das Protokoll zum Binder zwingt, will er sich aus diesem Fundus bedienen: "Dann schlage ich zurück - mit echt chinesischer Seide, aber unglaublich geschmacklos."
Keinen Kompromiß will der alternative Aufsteiger bei der Wahl seines Dienstsitzes eingehen. Das Ansinnen, in einen Jugendstil-Altbau zu ziehen und seine 200 Beamten über die ganze Stadt verstreut unterzubringen, lehnt er ab: "Ich zieh" doch in keine Villa."
Schwieriger als die Suche nach dem Standort des Minister-Schreibtisches wird sich Fischers Vorhaben gestalten, von Wiesbaden aus Öko-Politik zu machen. Der Grüne steckt in einem Dilemma, über das sich der Bonner Umweltminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon lustig macht: "Wenn der sich so verhält, wie seine Basis erwartet, wird er erhebliche rechtliche Probleme kriegen, auch mit dem Bund. Wenn er das nicht macht, kriegt er Schwierigkeiten mit der Basis."
Kanzleramtsminister Schäuble setzte noch eins drauf. "Der Joschka Fischer", spottete er, "kann jetzt in Hessen Kläranlagen bauen. Er muß nur jemanden finden, der ihm das Geld dafür druckt."
Fischers Konter: "Bei meinen bekannt guten Beziehungen zur Unterwelt wird es doch wohl nicht so schwer sein, eine Druckerei zu finden."
Zwar hat sich der Grüne vorgenommen, "mit Fleiß" Akten zu studieren, weil er weiß, daß sein Ministeramt "eine schwierige Sache wird, wo man Einzelkämpfer-Qualitäten braucht und das Risiko zu scheitern groß ist".
Doch das älteste Umweltministerium der Republik hat seit 1970 fünf SPD-Minister verschlissen, darunter zwei, die wegen Schlampereien in der eigenen Verwaltung vorzeitig gehen mußten. Sechs Abteilungen sollen für den Schutz der Umwelt sorgen. Die wichtigsten Aufgaben

übernehmen profilierte Grüne und bewährte Verwaltungsexperten:
- Karl Kerschgens, 46, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Priester, der die Tolerierungsverhandlungen mit der SPD erst in Gang gebracht, dann abgebrochen und nun die Koalition mit herbeigeführt hat, wird Staatssekretär, weil er "die Zusammenhänge kennt" (Fischer),
- Klaus Thomsen, 47, Nicht-Grüner und Wunschkandidat Fischers, soll als Leiter der "Zentralabteilung" die politische Arbeit des Umweltministeriums koordinieren. Der Ministerialdirektor a.D., bis zur Bonner Wende kreativer Planungschef des FDP-Innenministers Gerhart Baum, war von CSU-Innenminister Zimmermann unverzüglich entlassen worden.
- Wolfgang Ehmke, 39, promovierter Agrarbiologe und Öko-Experte der grünen Bundestagsfraktion, der die "Grundsatzarbeit" übernimmt, bringt als Referatsleiter der Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg langjährige Verwaltungserfahrung mit und wird nach eigener Einschätzung mit dem Beamtenapparat "keine Schwierigkeiten bekommen".
Ehmke, der den Bundestag zur Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk Buschhaus zwang, soll die technischwissenschaftlichen Grundlagen für Fischers "neue Chemie-Politik" entwickeln, die dann von fünf Fachabteilungen umgesetzt werden soll. Jede einzelne verwaltet genügend politischen Sprengstoff für ein rasches Karriere-Ende.
Die Abteilung "Wasserwirtschaft" etwa muß sich "in den Clinch, den kalten Krieg" (Amtsvorgänger Willi Görlach), mit dem Chemie-Multi Hoechst AG begeben, dem größten privaten Arbeitgeber und Steuerzahler des Landes. Hoechst hat in den vergangenen Jahren in Hessen zwar über eine Milliarde Mark in neue Umwelttechniken investiert, gilt aber immer noch als größter Wasserverschmutzer am Untermain.
Zu den Gepflogenheiten der Chemie-Manager gehörte es bislang, wie Ex-Umweltminister Karl Schneider klagt, Auflagen "zu verzögern" und Vorgänge zwischen Firma und Landesverwaltung "zu verschleppen". Gegen Anordnungen des Regierungspräsidiums legte Hoechst, wie sich aus Akten ergibt, "Widerspruch mit neuen Wünschen" ein. Behördenanfragen beantwortete die "Hoechst AG mit dem Versuch, die Fragen zu entpräzisieren"; typisch auch die "Weigerung" des Unternehmens, Auflagen zu erfüllen oder Informationen herauszugeben.
Ähnlich brisant ist das Konfliktpotential in Fischers künftiger Abteilung "Luftreinhaltung und Immissionsschutz" - mit dem Unterschied allerdings, daß die Grenzwerte der Luftbelastung stärker als beim Wasser vom Bundesgesetzgeber vorgezeichnet sind. Da freut sich Fischer schon auf sein Rederecht im Bundestag: "Mal sehen, wie der Zimmermann von der anderen Seite aussieht."
Die Abteilung "Energie" wurde gestutzt. Aufsicht und Genehmigung für die Nuklearindustrie verbleiben beim SPD-Wirtschaftsminister, die Preisaufsicht über die Großkonzerne der Energieversorgung ebenfalls.
Der grüne Minister entscheidet lediglich über Energiesparprogramme, und in der Abteilung "Naturschutz" bekommt er allenfalls Ärger mit der eigenen Klientel, weil alles nicht schnell genug geht.
Dafür droht ihm mit der Abteilung "Abfallwirtschaft" ein Desaster. Denn außer der Untertagedeponie im osthessischen Herfa-Neurode, zugelassen für kleine Mengen extrem giftiger Stoffe, verfügt Hessen derzeit über keine Sondermülldeponie, muß aber den Giftmüll der Hoechst AG - bis zu 70.000 Tonnen jährlich - loswerden.
Auf der Sondermüllkippe Schönberg in der DDR darf künftig kein Hessen-Dreck mehr landen, weil die grüne Mitgliederversammlung das so beschlossen hat. Und im hessischen Mainhausen, wo eine Sondermülldeponie im Bau ist, haben sich die örtlichen Grünen sogar mit der CDU zusammengetan, um die Giftkippe zu verhindern.
Zu den Hindernissen aus den eigenen Reihen kommen jene Tricks des SPD-Koalitionspartners, die dem Alternativen schon jetzt die Arbeit erschweren. Zwar hat Landwirtschaftsminister Willi Görlach die 70 Beamten der Wasser- und Naturschutzabteilungen an das Fi-

scher-Ministerium abgeben müssen, nun aber blockt er ab: "Wir kämpfen jetzt um jeden Mann." Görlach will überdies das Showtalent Fischer erst gar nicht zur Entfaltung kommen lassen. "Ich habe den Ärger mit den Bauern, und Joschka macht die große Show mit dem Naturschutz. Dann gibt es Ärger."
Auch der bisherige Sozial- und Umweltminister Armin Clauss, der seine Umweltabteilung den Grünen überlassen muß, versteckt noch einige Stellen in seinem Ministerium und will höchstens noch "einen Drucker und einen Fahrer" zu Fischer schicken.
Mit dem Trio Thomsen, Kerschgens und Ehmke will Fischer "knallharte Umweltpolitik" durchsetzen. Doch jenen Joseph "Bartholomäus" Fischer, den sich Spötter in der "Süddeutschen Zeitung" schon ausmalten, wie er nächstens, "den Dolch im Kittelhemd und die Augen grün unterlaufen", Hessens Unternehmer über die Landesgrenze treibt, den wird es nicht geben.
Als "Anwalt der Umwelt", so Fischer staatsmännisch, werde er sich "nicht mit Anordnungen oder Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen" und dabei "auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen".
Längst haben sich Fischer und seine Mitstreiter auf eine moderate Gangart im neuen Amt verständigt. "Wir werden nicht auf den Putz hauen", beschwichtigt Grünen-Sprecher Georg Dick. "Alles", sagt Fischer, "geht nach Recht und Gesetz" - was SPD-Wirtschaftsminister Ulrich Steger zu dem Vergleich veranlaßte, gegen Fischer erschienen "selbst Jusos revolutionär".
Doch ein Minister, der sich streng an die Umweltgesetze hält - genau das scheinen die hessischen Industriemanager zu fürchten.
Friedrich Karl Janert, Geschäftsführer des hessischen Chemie-Arbeitgeberverbandes: "Wenn Fischer das Umweltschutzrecht auf Punkt und Komma ausschlachtet, wird es eine Qual."<<

12.11.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärt am 12. November 1985 während seiner Rede zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (x073/260): >>... Entspannung heißt gewiß nicht, die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verraten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen.
Wer einseitige Abrüstung verlangt verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem der gewählten politischen Führung. Der einzelne kann den Dienst mit der Waffe verweigern, wenn sein Gewissen es ihm vorschreibt. Wer aber für das Gemeinwesen im Ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.<<

1985

BRD**:** Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis 1985 folgende Vermögensverluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ermittelt, die man im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgungs- und Vertreibungsmaßnahmen in Ost-Mitteleuropa überall entschädigungslos enteignet hat (x088/21-22):

Die Vermögensverluste der vertriebenen Ost- und Volksdeutschen

Festgestellte Vermögensverluste der Vertriebenen	**RM (Mio.)**
1.711.000 land- und forstwirtschaftliche Vermögen	10.367
1.331.000 Grundvermögen	7.123
749.000 Betriebsvermögen	7.716
Festgestellte Verluste an Sachvermögen (zum Einheitswert)	**25.206**
4.191.000 Spareinlagen und andere geldwerte Ansprüche	14.064
87.000 Anteile an Kapitalgesellschaften oder von Geschäftsguthaben (zum Vermögensteuerwert)	1.397
4.380.000 Hausratverluste (zum gemeinen Wert)	13.140
Festgestellte Verluste an Geldvermögen und Hausrat	**28.601**

Diese festgestellten Vermögensverluste entsprachen natürlich nicht den tatsächlichen Schäden, denn die steuerlichen Werte lagen erheblich unter den eigentlichen Verkehrs- oder Marktwerten. Ferner erhielten etwa 4 Millionen Vertriebene, die in den Nachkriegsjahren in die DDR "umgesiedelt" wurden oder in Österreich blieben, keinen Lastenausgleich.

Die Vermögensverluste der Vertriebenen in der Land- und Forstwirtschaft entsprachen rund 40 % des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, die gesamten Vermögensverluste rund 25 % des gesamten Volksvermögens der Vorkriegszeit im Bundesgebiet (x088/22).

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/-24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214):

>>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien,

Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...
Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...
Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<
Die schlesische Vertriebene Bärbel Koppetz berichtet im Jahre 1985 im ZDF-Film "Das deutsche Nachkriegswunder – Leid und Leistung der Vertriebenen" (x024/7-8): >>Als ich jung war, habe ich die ganzen Erlebnisse verdrängt. Erstens mal, weil ich jung war, und dann waren die Kinder. – Aber jetzt, seit ich älter geworden bin, denke ich doch oft darüber nach, vor allen Dingen auch, seit viel in den Medien zum vierzigsten Jahrestag berichtet wird und dabei stelle ich immer wieder fest, daß heute von "Aufrechnen" oder "Revanchismus" gesprochen wird, aber ich finde das völlig verkehrt.
Von Aufrechnung ist überhaupt nicht die Rede, denn es läßt sich nicht leugnen, daß Deutsche sehr viel Schuld auf sich geladen haben. Man muß aber auch von der Schuld an Deutschen reden. Das sind beides historische Tatsachen, und man kann nicht das eine erwähnen und das andere verschweigen.
Das bringt auf Dauer nichts.
Es ist ja auch in der Politik ähnlich. Man hat versucht, diese Realität der Vertreibung irgendwo zu verschweigen oder nicht darüber zu sprechen, weil es politisch opportun war, weil man sich mit dem Osten aussöhnen wollte. Mein Mann und ich, der ebenso Vertriebener ist wie ich, wir waren damals, als die Aussöhnung mit dem Osten begann, eigentlich auch der gleichen Meinung: Man muß da eine Aussöhnung herbeiführen.
Aber man kann nicht immer nur die Deutschen als Verbrecher hinstellen und von der Schuld der anderen nicht sprechen, denn es gibt in jedem Volk Gute und Böse, so war es schon, seit der Mensch besteht.
Und darum finde ich es ganz wichtig, daß man auch über die Wahrheit der Vertreibung an Deutschen spricht – auch wenn es vielen nicht paßt. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt im Jahre 1985 in seinem Buch "Kleine Geschichte der deutschen Nation" (x287/196-197): >>... Was heißt Deutschland heute?
Wenn man die deutsche Nation als Sprach- und Kultureinheit definiert, so gehört dazu im engeren Sinne die Bevölkerung der Bundesrepublik, Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik; denn "die Elbe ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" (Günter Gaus). Auch die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, soweit sie noch in Ostdeutschland leben, gehören zur deutschen Sprachgemeinschaft.
Ohne zu Deutschland zu gehören, bezeichnen sich die Südtiroler als Deutsche, während die Bevölkerung Österreichs und der Deutschschweiz sich heute nicht mehr als deutsch bezeichnet, sondern sich als Volk eines jeweils eigenständigen Staates mit dem neuartigen Begriff als deutschsprachig bezeichnet. Doch droht sich die Deutschschweiz vom übrigen deutschen Sprachraum dadurch abzukoppeln, daß sich die mundartliche Umgangssprache durchsetzt, so daß am Ende nur noch wie im Elsaß – das neben Liechtenstein und Luxemburg auch noch im weitesten Sinne zur deutschen Kulturnation zu rechnen wäre – die alemannische Mundart zur Verständigung im täglichen Umgang übrigbleibt.
Zu den weiteren vierzehn Millionen Auslandsdeutschen zählen die Deutschen im östlichen Mittel- und Osteuropa sowie die deutschstämmigen im nichteuropäischen Ausland. ...<<
USA: Ein US-Politiker berichtet im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165): >>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, hand-

lungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

1986

>>Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.<< (Friedrich von Schiller)

Januar 1986

BRD: Die neue Zeitung "Akzent" berichtet im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?

Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler.

Frage: Sind die Vertriebenverbände nicht "absterbende Organisationen", weil die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel der Heimatvertriebenen Bayern, das Rheinland und Hamburg, nicht aber Schlesien oder Ostpreußen als ihre Heimat empfinden und mit der Heimat ihrer Eltern und Großeltern "nichts mehr am Hut haben"?

Czaja: Immer mehr Nachkommen fragen auch nach dem Woher und Wohin der Eltern; auch westdeutsche junge Menschen beginnen sich für die Vertriebenen zu interessieren. Die nationale Frage ist wieder lebendig. ...

Frage: Immer wieder hört man: "Von denen will ja sowieso keiner zurück! Ist das so? Und ist es dann nicht sinnlos, am Recht auf die ostdeutsche Heimat festzuhalten?

Czaja: In die Unterdrückung und Unfreiheit will niemand zurück. ... Die Bäume der Diktatur sind noch nie auf Dauer in den Himmel gewachsen.

Frage: 40 Jahre nach Kriegsende, 40 Jahre Vertreibung – ist es nicht Zeit, das "Geschehene geschehen sein zu lassen", von Heimat und Vertreibung nicht mehr zu reden und den "Verlust des Ostens endlich zu akzeptieren?"

Czaja: Gravierendes Unrecht erledigt sich nicht durch Zeitablauf. Im Gegenteil: Unerledigte geschichtliche Gegensätze schaffen neues Leid. Wir brauchen die enge Zusammenarbeit im Alltag mit den Nachbarn. Damit wird man einmal die Trennung und alte Untaten aufarbeiten müssen. ...

Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?

Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.

Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<

27.02.1986

UdSSR: In Moskau wird Erich Honecker am 27. Februar 1986 von dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow empfangen.

Gorbatschow gilt damals als radikaler Reformpolitiker.

28.02.1986

Schweden: Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986)

wird am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet (später im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/54-55): >>**Roter Schnee**
_ *von Sven Reuth*
Stockholm, 28. Februar 1986: Auf dem Heimweg von einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme erschossen. Geht der bis heute ungeklärte Mord auf das Konto einer berüchtigten Geheimarmee?
In den Augen vieler Linker ist Schweden seit den 1970er Jahren ein Musterland der westlichen Welt: Mit dem sogenannten Nordischen Modell setzt man auf den Ausbau des Sozialstaates, die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben und ein flächendeckendes Angebot an Kindertagesstätten. Personifiziert wird dieser Wandel durch den Sozialdemokraten Olof Palme, der als Freund der Dritten Welt und Abrüstungspolitiker gilt, und der im Jahr 1969 im Alter von nur 42 Jahren zum ersten Mal Ministerpräsident wird. Unter der gesellschaftlichen Oberfläche ist das Land freilich tief gespalten.
Vielen Bürgern erscheinen die Schattenseiten mit der Zeit immer offenkundiger: Die Staatsverschuldung steigt enorm an - und in den Großstädten entstehen wegen der laxen Zuwanderungspolitik die ersten geschlossenen Migrantenghettos.
Palme plante ein atomwaffenfreies Skandinavien.
Hinzu kommt, daß Palme kein Mediator ist, sondern jemand, der Meinungsgegner mit schneidender Arroganz heruntermacht. Die Zerwürfnisse, die er durch seine konfrontative Art verursacht, reichen bis in sein engstes Umfeld. Sein eigener Bruder Claes nimmt 1983 an Massenprotesten gegen die Regierung teil, und es scheint dem Ministerpräsidenten nichts auszumachen, daß die Menge dabei "Palme, Feigling!" skandiert, weil er nicht vor das Parlament treten und mit den Demonstranten reden will. Bald macht das Wort vom "palmehat", dem "Palmehaß", die Runde.
Trotz seiner menschlichen Schwächen ist der schwedische Premier einer der profiliertesten Friedenspolitiker seiner Zeit. Wie kaum ein anderer bemüht er sich, die starren Fronten des Kalten Krieges zu unterlaufen. Gemeinsam mit dem SPD-Außenpolitiker Egon Bahr verfolgt er den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und will eine solche gemeinsam mit seinen skandinavischen Kollegen auch in den nördlichen Ländern schaffen. Einzelne Politiker des NATO-Blocks werfen Palme vor, zu passiv auf eine mutmaßliche Verletzung der schwedischen Seegrenzen durch sowjetische Atom-U-Boote zu reagieren - brandgefährliche Spekulationen für ein Land, das im Kalten Krieg darauf angewiesen ist, seinen Ruf als neutraler Makler zwischen den Blöcken nicht aufs Spiel zu setzen.
Geheimarmee am Nordkap
Viele der hochtrabenden Pläne des Politikers sterben mit seinem gewaltsamen Tod in jener eiskalten Februarnacht, als er mit seiner Frau Lisbet ohne Polizeischutz unterwegs ist und am Sveavägen, einer Hauptstraße im Stadtzentrum, auf seinen Mörder trifft, der nach der Tat unerkannt entkommen kann. In den Wochen nach dem Verbrechen reiben sich viele Schweden verwundert die Augen über den geradezu slapstickartigen Dilettantismus, mit dem die Ermittlungen geführt werden.
Befand man sich wirklich noch in einem der am besten verwalteten Länder der Welt oder in einer Bananenrepublik? Nicht einmal an Kontrollen abgehender Züge und Straßensperren zur Ergreifung des Täters hatte man gedacht. Noch merkwürdiger wird es, als herauskommt, daß der damalige Stockholmer Polizeichef und Leiter des Inlandsgeheimdienstes SÄPO, Hans Holmer, falsche Angaben über seinen Aufenthaltsort während des Mordes gemacht hat. In dem Hotel, in dem er gewesen sein will, hat ihn niemand gesehen - und auffällig ist auch, daß sich Holmer als Leiter der Mordkommission auf eine Spur in Richtung der kurdischen PKK versteift, die von Anfang an als nur wenig plausibel erscheint.

Ein NATO-Dokument legt die Verstrickung der CIA-Killertruppe Pegasus nahe.
Bis heute gibt es Stimmen, die sein Agieren nicht für Zufall, sondern für bewußte Sabotage der Ermittlungsarbeiten halten. Klar ist jedenfalls, daß damals Einheiten einer CIA- und NATO-geführten Stay-behind-Truppe auch in Schweden agieren, obwohl das Land dem Nordatlantikpakt nie angehörte. Der frühere CIA-Direktor William Colby berichtet in seinen Memoiren Honorable Men - My Life in the CIA sogar über den unter seiner Mitwirkung durchgeführten Aufbau einer Schattenarmee in dem skandinavischen Land. Diese sollte nicht nur als Guerilla-Armee im Wartestand auf einen Angriff der Staaten des Warschauer Blocks vorbereitet sein, sondern wurde vermutlich auch zur Ausübung von Attentaten eingesetzt.
Waffen für Teheran
Die beiden Geheimdienstkenner Patrik Baab und Robert E. Harkavy sehen in dieser Stay-behind-Organisation die Struktur, die hinter dem Palme-Mord steckt. In ihrem Buch Im Spinnennetz der Geheimdienste (2017) verweisen sie darauf, daß Palme vermutlich ein früher Mitwisser der Iran-Contra-Affäre gewesen sei und deshalb - wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel - in Gefahr geriet. Tatsächlich ließ Palme großen schwedischen Rüstungskonzernen wie Bofors und Saab trotz seiner eigenen pazifistischen Positionen große Freiräume. Nach den Recherchen Baabs und Harkavys hat er die Lieferung von Embargogütern in den Iran zumindest zeitweise geduldet. Diese ging über Israel, und die diskrete Verbindung der beiden Todfeinde verlangte höchste Geheimhaltung.
Die merkwürdige Allianz, die auf den ersten Blick widersinnig erscheint, kam deshalb zustande, weil sowohl Teile der US-amerikanischen als auch der israelischen Geheimdienste damals im Irak von Saddam Hussein eine größere Bedrohung als in der islamischen Schiiten-Republik sahen. Natürlich wollten die Dienste mit ihren Waffenlieferungen aber auch die gegenseitige Zerfleischung der beiden nahöstlichen Regionalmächte fördern. Palme soll die schwedischen Lieferungen jedoch im Jahr 1985 beendet haben.
Berücksichtigt werden muß natürlich auch, daß das von dem schwedischen Ministerpräsidenten angestrebte atomwaffenfreie Skandinavien aus Sicht der NATO-Strategen eine Katastrophe gewesen wäre, da die USA dann ihr nukleares Arsenal aus Norwegen hätten abziehen müssen und die gesamte nördliche Verteidigungslinie des Nordatlantikpakts zusammengebrochen wäre. Hardliner innerhalb der Geheimdienste der NATO-Länder hätten ganz sicher mehr als nur ein Motiv für die Ermordung Palmes gehabt.
Baab und Harkavy belegen diese These sogar mit einem Dokument des Special Operations Planning Staff der NATO aus dem Jahr 1985, das eine Verantwortung der CIA-Killertruppe Pegasus für den Palme-Mord nahelegt. Die Authentizität solcher Quellen kann natürlich kaum überprüft werden. An die jahrzehntelang kolportierte These des verrückten Einzeltäters will in Schweden aber auch niemand mehr glauben, da zu viele Mosaiksteine auf einen Geheimdiensthintergrund verweisen.<<

15.03.1986

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 15. März 1986 über die komplette Abriegelung der schweizerischen Grenzen im Winter 1942/43 (x136/255): >>In voller Kenntnis, daß die Juden im Osten Gräßliches erwartete, schlug der Chef der Polizeiabteilung dem Bundesrat vor, die Schweiz den Flüchtlingen zu verschließen. Von der Verantwortung der Urheberschaft kann Rothmund (Abteilungsleiter der Fremdenpolizei) nicht entlastet werden. Die gleiche oder noch größere Verantwortung aber lud die Landesregierung auf sich, als sie diesem Vorschlag zustimmte und dabei ... erklärte, Juden seien nicht als politische Flüchtlinge anzusehen. ...<<

14.04.1986

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1986) berichtet am 14. April 1986 über das "befreite" Österreich: >>**Wir Österreicher wählen, wen wir wollen**

Der Mann, der am 4. Mai zum Präsidenten Österreichs gewählt werden möchte, hat sich und sein Land weltweit in Verruf gebracht. Kurt Waldheim, lange Generalsekretär der Uno, hat gerade jene Zeit aus seinem Lebenslauf verdrängt, in der er Hitlers Wehrmacht im Partisanenkrieg auf dem Balkan diente. Als Juden ihn deshalb angriffen, kam alter Antisemitismus hoch: Die Österreicher möchten sich ihre Lebenslüge nicht nehmen lassen.

Es ist ein sonderbares, ein unmögliches Land. Eigentlich ist es Deutschland, aber es heißt ganz anders. Eigentlich ist es berühmt wegen so hübscher Dinge wie Bergromantik und Sachertorten, tiefgrüner Seen und weißer Lipizzaner, Mozart und Mozartkugeln und einer prächtigen Schar von fast zwei Dutzend Kaisern.

Es ist ein Land verwirrender Gegensätze. Aus ihm kam der teuflische Adolf Hitler, um Deutschland zu zerstören und Europa zu verderben. Aus ihm kam aber auch der harmlose Kurt Waldheim, um die Welt als Generalsekretär der Uno durch Geschmeidigkeit am Laufen zu halten, gewiß kein Nazi und erst recht kein Kriegsverbrecher, Symbolfigur vielmehr jenes anpasserischen homo austriacus, des Schlawiners, der sich's richtet, wie immer die Umstände sind, Strandgut der historischen Kämpfe und seelischen Krämpfe um die deutsche Nation.

Zweimal in kaum 50 Jahren waren die Österreicher trotz ihrer deutschen Zungen aus Deutschland herauskatapultiert worden: 1866 durch die Preußen, 1918 durch die Westalliierten. Damals, als das Vielvölker-Unikum der k.u.k. Monarchie zusammenstürzte, durften alle größeren Bestandteile - Tschechen, Ungarn, Rumänen, Polen, Südslawen - ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, nur die Deutsch-Österreicher nicht.

So hatten sie denn ein besonderes Nachholbedürfnis an deutschpatriotischer Nestwärme und warfen sich dem Hitlerismus in die Arme. Wie nachhaltig, das enthüllt völlig unerwartet die Kampagne um die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten am 4. Mai 1986.

Gerade war ein wenig in Vergessenheit geraten, daß das kleine, gemütliche Alpen-Dorado Österreich eine Republik voll großer, häßlicher Skandale ist (SPIEGEL 35/1985), gerade hatten die italienischen Winzer mit ihrem Todeswein den österreichischen Glykoltropfen noch übertrumpft, da zwang Kurt Waldheim der zweiten österreichischen Republik unversehens die bislang quälendste, rufschädigende Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit auf.

Denn Kurt Waldheim hatte in seinen Biographien einiges verschwiegen - vor allem, daß er als Stabsoffizier der Wehrmacht im Krieg auf dem Partisanenkampfplatz Balkan stationiert war.

Im letzten Monat prangerte daraufhin Israel Singer, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses und österreichischer Abkunft, den Kandidaten Kurt Waldheim als Nazi und Kriegsverbrecher an und drohte Österreich für den Fall der Wahl mit Konsequenzen - eine grobschlächtige, ungeschickte Darstellung.

Doch in der Karwoche gab Michael Graff, Generalsekretär der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), deren Kandidat Kurt Waldheim ist, die Antwort. Er warnte vor "antisemitischen Emotionen, die wir alle nicht haben wollen - und löste sie damit erst richtig aus.

Wenig später bezeichnete Graff "die verblendeten Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses und ihre gewissenlosen österreichischen Handlanger in der Umgebung des (sozialistischen) Kanzlers Sinowatz" als Urheber der "beispiellosen Verleumdungskampagne gegen Dr. Waldheim".

"Infame Niedertracht", "Menschenjagd", "Psychoterror", holzte der sonst farb- und glücklos agierende ÖVP-Parteichef Alois Mock hinterher. Auf Waldheims Wahlplakate wurde die Trotzparole "Jetzt erst recht" geklebt.

An Ostern, dem höchsten katholischen Feiertag, gingen vollständig neue Plakate in Druck. Auf grellgelbem Grund, der viele gleich an die Farbe der Judensterne erinnerte, verschärften die Waldheim-Anhänger ihren Appell an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ihrer Landsleute nochmals: "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen" - das zweite "wir" deutlich unterstrichen.

Die Österreicher begriffen: Nicht die Juden in New York sollten bei ihnen das Sagen haben.
Die bürgerliche Tageszeitung "Die Presse" schrieb, daß "schlummernde Primitivgefühle wiedererweckt worden seien - aber keineswegs durch die ÖVP.
Gemeint war vielmehr Israel Singer. Er hatte Waldheim im Fernsehen einen "Lügner", "Nazi" und "Unwürdigen" genannt. Wer auf diese "primitivste Weise die Österreicher provoziere, müsse Antisemitismus "zwangsläufig hervorrufen", stellte die "Presse" fest.
Das Parteiorgan der ÖVP, das "Neue Volksblatt", formulierte noch schärfer. Schlagzeile am 28. März: "Das Blut an den Fingern israelischer Politiker! - Offenbar kein Thema für den Jüdischen Weltkongreß".
Auf der Welle des Antisemitismus prophezeite das Massenblatt "Neue Kronen-Zeitung" einen "triumphalen Wahlsieg" Waldheims am 4. Mai.
Eine unter Verschluß gehaltene Meinungsumfrage signalisierte dem Kandidaten Waldheim mehr Zustimmung als je zuvor: 65 Prozent der Wähler hätte er hinter sich scharen können, wenn bereits vorletzte Woche gewählt worden wäre.
So überzogen die Urteile, so maßlos die Hysterie in und um Österreichs fatale Präsidentenwahl in diesen Wochen scheinen mögen, so schrill das Geschrei und erschreckend die Tiraden für und gegen den Kandidaten in einem Wahlkampf klingen, in dem es nicht einmal um die Macht im Staate, eher um eine Repräsentationsfigur geht, sehr überraschen kann das alles nicht.
Denn nicht allein der nie und nirgends dabeigewesene Kandidat wird nunmehr von seiner Vergangenheit bedrängt. Die so weit weggeschobene Vergangenheit hat jäh ganz Österreich eingeholt.
Anno 45 ersparten sich die Österreicher ihre Stunde Null, weil aus besonders eifrigen Mittätern durch die Gunst der Stunde plötzlich unschuldige Opfer geworden waren.
"Worum es wirklich geht, ist das Selbstverständnis dieses Landes, sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die Unfähigkeit, mit der lange und liebevoll gehätschelten Lebenslüge aufzuräumen. Österreich hatte zu den ersten Opfern Hitlerdeutschlands gezählt. Diese Lüge ist eine der tragenden Säulen der Nachkriegsgeschichte Österreichs, eine Tatsache, an der alle drei Parlamentsparteien in diesem Land Schuld tragen. Und das rächt sich jetzt ganz fürchterlich", schreibt Martin Pollack vom linken "Wiener Tagebuch".
In einer Gesellschaft, in der "das Aufdecken der Vergangenheit schon immer ein größeres Verbrechen war als die Untaten der Hitlerei selbst", so der Wiener Zeitgeschichtler John Bunzl, mag sich natürlich kaum jemand daran erinnern, daß die charmant-neutrale "Insel der Seligen" des jüdischen Weltmannes Bruno Kreisky der Nazibarbarei besonders viele Schergen für den Vollzug ihrer Verbrechen lieferte und auch noch die wichtigsten geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus; ebensowenig daran, daß im walzer- und weinseligen Wien dazu noch ein eigenständiger Austrofaschismus ausgebrütet wurde.
In diesem Land hegt auch nach neuesten Untersuchungen noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung antisemitische Gefühle, zwischen Alpen und Donau blühen etwa ein halbes Hundert rechtsextremer Vereine und Bünde - und das sind keineswegs nur spinnerte Sektierer, die in einer Masse aufrechter Demokraten verschwinden.
Es ist durchaus nicht immer nur ein stiller Faschismus. "Krieg fordert allezeit Opfer: Tote, Verwundete, Gefangene. Das hätte das Weltjudentum bedenken müssen, als es Deutschland den Krieg erklärte." Diese irre Deutung des Holocaust findet sich nicht auf einem heimlichen Flugblatt, sondern in der "Bundesturnzeitung", dem amtlichen Mitteilungsorgan des öffentlich subventionierten "Österreichischen Turnerbundes" (75.000 Mitglieder).
"Es sei aber auch daran erinnert, daß es Freiwillige aus fast allen Staaten Europas waren, ... die im Zweiten Weltkrieg die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt haben - so das Bild der SS in "Der Kamerad", dem Verbandsorgan des Österreichi-

schen Kameradschaftsbundes (etwa 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren).
Es war auch nicht etwa purer geographischer Zufall, daß gerade Österreich der Welt den Adolf Hitler bescherte. Das Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts lieferte dem Verderber des 20. die Grundlagen seiner krausen Ideen: den deutschtümlerischen Chauvinismus, den krankhaften Arier- und Rassenwahn, den extremen Antisemitismus.
Der Sekretär des späteren christsozialen österreichischen Kanzlers Ignaz Seipel, August Maria Knoll, brachte dies 1937 auf die Formel: "Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat."
Hitler selbst schilderte es so: "Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien ... Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit."
Einschlägige Erkenntnisse vermittelten Hitler die Schriften des deutschnationalen Abgeordneten im Wiener Reichsrat Georg Ritter von Schönerer aus Wien, der so antiklerikal ("Los von Rom!") wie antisemitisch war und seine Gefolgschaft mit dem Reim einstimmte: "Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei."
"Wer a Jud ist, bestimm i", dekretierte ein anderer Wiener Antisemit jener Jahre, der nach Hitlers Urteil "gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten", Karl Lueger: "Die Juden sind der Lindwurm, der die Deutschen in Fesseln geschlagen hat. Dieser Lindwurm muß erlegt werden."
In der Hauptstadt der Vielvölker-Monarchie, in der um die Jahrhundertwende etwa 170.000 der 1,2 Millionen Juden des Habsburgerreiches lebten, hatten alle studentischen Burschenschaften einen Arierparagraphen. Der Antisemitismus galt in diesen Kreisen vor allem der akademischen und intellektuellen Konkurrenz, fanden sich doch unter den Wiener Juden Namen wie Sigmund Freud, Max Reinhardt, Arthur Schnitzler, Franz Werfel, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Theodor Herzl.
Es wurde auch nicht anders, als die großflächige Donaumonarchie zur kleinen Alpenrepublik verkümmerte. Die nannte sich "Deutsch-Österreich" und betrachtete sich laut einstimmigem Beschluß der Nationalversammlung vom 12. November 1918 als "Bestandteil der Deutschen Republik". Die Siegermächte verboten jedoch den Anschluß. Ihre übelsten Traditionen retteten die Österreicher in den "Staat, den keiner wollte" (so der Autor Hellmut Andics) mit hinüber.
Der christlichsoziale Kanzler Seipel wollte die neue Republik "ganz gründlich von den Juden scheiden". Sein Parteifreund Leopold Kunschak wußte auch gleich wie. Er forderte 1919 "die sofortige Abschiebung aller seit August 1914 eingewanderten Juden", in jenen Fällen, in denen dies nicht möglich sei, ihre "allgemeine Internierung in Flüchtlingslagern" - der grausigen Wirklichkeit 20 Jahre voraus.
Daß derselbe Leopold Kunschak nach 1945 dann erster Parlamentspräsident der Zweiten Republik werden konnte, unterstreicht die Verdrängungskraft der Österreicher, der auch der Kandidat Kurt Waldheim erliegt, wenn er seine blaßbraunen Flecken mit dem eifrigen Bekenntnis wegzuwischen sucht, daß er und seine Familie ja überzeugte Anhänger des christlichsozialen Kanzlers Kurt Schuschnigg gewesen seien.
Schuschnigg stand jenem Ständestaat vor, der in den dreißiger Jahren den europäischen Faschismus um eine eigene österreichische Abart bereicherte. Tausende politische Gegner in Anhaltelager sperrte, einige sogar hängen ließ. Seine bewaffneten Heimwehr-Verbände liefen 1938 zum Teil geschlossen zu den Nazis über.
Als im März 1938 endlich der Anschluß kam, nach heutigem amtlichen Geschichtsverständnis die brutale Vergewaltigung Österreichs durch Hitler, wehrte sich niemand. Schuschnigg, von seinen Parteifreunden heute als Widerständler gegen Hitler gefeiert, kroch mit einer liebedienerischen Ergebenheitsadresse an den Führer zu Kreuz. Der Sozialist Karl Renner, Kanzler zu Beginn der Ersten wie der Zweiten Republik, forderte seine Genossen und Landsleute auf, bei

einer Volksabstimmung mit "Ja" für den Anschluß zu stimmen, da der "ein geschichtlicher Fortschritt" sei. Seinen Segen dazu gab auch Wiens Kardinal Innitzer.
Die Nazis zählten dann auch 99,73 Prozent Ja-Stimmen. Mögen es in Wahrheit und von Herzen nur 60 Prozent gewesen sein, wie Renner nach dem Krieg meinte - jene halbe Million Ostmärker, die am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz wie im Delirium dem Führer Adolf Hitler zujauchzten, sind immer noch die größte Menschenmenge, die je in Österreich an einem Ort zusammenkam - zu Füßen eines Reiterstandbilds des Erzherzogs Karl ("Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre").
Die nur etwas über acht Prozent Ostmärker im Reich stellten von Anfang an einen weit überproportionalen Anteil am Personal von Hitlers Kriegs- und Vernichtungsmaschine. In einer Dokumentation, die Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, 1966 dem damaligen Bundeskanzler Klaus zustellte, wird nachgewiesen daß "Österreicher während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden".
Kurz nach dem Anschluß kam Adolf Eichmann, selbst Österreicher, aus München nach Wien und organisierte dort die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung". Österreich wurde zum Exerzierfeld für die Judenverfolgung im Dritten Reich. Die jüdische Bevölkerung Wiens sank bis Ende 1939 von 220.000 auf weniger als 70.000. Juden wurden vom Nazimob gezwungen, mit Zahnbürsten die Straße zu schrubben. "Gegen die Kristallnacht von Wien war die in Berlin ein gemütliches Weihnachtsfest", urteilt Simon Wiesenthal. Das Kriegsende erlebten noch etwa 200 Wiener Juden.
Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes wurde nach dem Tod Reinhard Heydrichs der Österreicher Ernst Kaltenbrunner. Überall, wo es um die infernalische Endlösung ging, wimmelte es von Ostmärkern:
- Franz Novak, Eichmanns Transportchef, organisierte die Verfrachtung von 1,7 Millionen Juden in Vernichtungslager.
- Der Österreicher Odilo Globocnik organisierte die Juden-Vernichtung im Gebiet von Lublin, die in Galizien ein Landsmann Gustav Wächter (der nach dem Krieg im Vatikan untertauchte und dort unter falschem Namen starb).
- SS- und Polizeiführer im besetzten Warschau wurde der Österreicher Dr. Sammern-Frankenegg.
- Die Gettos von Wilna und Riga "säuberten" die Ostmärker Franz Murer und Eduard Roschmann.
- Die Brüder Anton und Alois Brunner leisteten die Vernichtung der Juden in Österreich, Griechenland und der Slowakei.
- Hermann Krumey transportierte Ungarns Juden in die Gaskammern. Theodor Dannecker war für die Juden in Paris zuständig.
- In den Konzentrationslagern Theresienstadt, Treblinka, Plaszow kommandierten Ostmärker.
- Für die Juden-Verfolgung in Holland, der über 110.000 Menschen zum Opfer fielen, war der Grazer Erich Rajakowitsch zuständig.
In der Ostmark gab es verhältnismäßig mehr Mitglieder der NSDAP als im übrigen Reich - etwa zehn Prozent der Bevölkerung (sieben Prozent im "Altreich"). Das traditionell deutschnationale Kärnten etwa galt mit über 46.000 Parteigenossen als "des Führers treuester Gau". Aber auch 40 Prozent der Wiener Philharmoniker glaubten nicht ohne Parteibuch geigen und flöten zu können.
1945 wollte es dann keiner gewesen sein. Gierig griffen die Österreicher nach dem ihnen von den Alliierten in der sogenannten Moskauer Erklärung von 1943 ausgestellten Persilschein, sie seien das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen. Nun waren "die Deutschen" allein für alles Böse verantwortlich. Den Österreichern gelang es 1955 buchstäblich in letzter Stunde, einen Mitverantwortungshinweis aus dem Staatsvertrag mit den Kriegs-

alliierten zu entfernen, der das befreite Österreich dann im Gegensatz zu Deutschland auch von seinen Besatzern befreite: felix Austria (glückliches Österreich).
Die totale Verdrängung geriet zur nationalen Tugend. "Die Österreicher haben sich verhalten wie ertappte kleine Kinder, die ihre Schuld sofort auf andere abwälzen", meint der Wiener Historiker Karl Stuhlpfarrer. "Eine Aufarbeitung der eigenen Schuld konnte daher nie stattfinden."
In den ersten Wochen seiner Provisorischen Regierung verkündete der von Stalin selbst gekürte Kanzler Renner noch, die Nationalsozialisten sollten "nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben". Dies wurde, erkennbarer Unsinn, schnell vergessen: Über 600.000 Österreicher, zehn Prozent der Bevölkerung, hätten drakonisch bestraft werden müssen.
Schon im Spätherbst 1945 wollte die christlichsoziale ÖVP die Nazis, die zunächst das Wahlrecht verloren hatten, wählen lassen. Kommunisten und auch die Sozialisten, die sich daraus damals noch zu recht wenig Zuwachs erwarten konnten, lehnten ab.
Doch die ÖVP, deren Spitzenfunktionär Alfred Maleta forderte, "das Erforschen der Vergangenheit den Professoren zu überlassen", plakatierte ihr Verlangen, köderte so die Angehörigen und gewann die Wahl.
Das Wählerpotential von gut einer halben Million, mit Angehörigen mindestens doppelt so viele, wurde fortan wichtiger als die von Besatzern und Regierung verordnete Entnazifizierung, 1949 durften die Parteigenossen wieder wählen, gut neun Zehntel von ihnen hatten als Minderbelastete ohnedies schon die Generalabsolution bekommen. Vom Rest der gut 40.000 Belasteten wurde etwa die Hälfte vor Gericht gestellt. Heraus kamen in den folgenden Jahren über 13.000 Schuldsprüche.
Eine vollständige Säuberung etwa der Bürokratie von Nationalsozialisten wäre unmöglich gewesen, da bei konsequenter Durchsetzung "ein Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt betroffen" gewesen wäre, so der Historiker Oliver Rathkolb. Es hätte kaum noch Beamte, Lehrer, Richter und Professoren gegeben.
Am gleichen Dilemma scheiterte die ursprüngliche Absicht der Amerikaner, in Österreich mit allen faschistischen Relikten aufzuräumen, einschließlich des Austrofaschismus: Da hätten sie noch die halbe Regierung und einen gut Teil des Parlaments entfernen müssen.
Außerdem ließ der beginnende kalte Krieg das Interesse an der Entnazifizierung schwinden. Die Nazis konnten nützlich sein gegen die Kommunisten. "Die Entnazifizierung wurde zugunsten einer hastigen Reintegration sowohl der kleinen wie der großen Nazis als Mittel zur Stärkung des antisowjetischen Potentials des Westens fallengelassen", schreibt der US-Historiker Knight. Die Denazifizierung wandelte sich vielerorts zur Renazifizierung.
Bei den Sozialisten wurde der "Bund Sozialistischer Akademiker" (BSA) zu einem Hort der Gestrigen, und in Kärnten fand die Mehrheit der antiklerikalen Nazis Aufnahme bei den antiklerikalen Sozialisten. NS, früher für Nationalsozialisten, stand nun für Neusozialisten.
Um den Konservativen, die sogar mit ehemaligen Nazigrößen um Stimmblöcke schacherten, gleichwohl die große Masse der Nazis abspenstig zu machen, förderte der sozialistische Innenminister Oskar Helmer vor den Wahlen von 1949 gegen den Widerstand der Westalliierten, aber eigenartigerweise mit Hilfe der Sowjets, die Gründung einer neuen vierten Partei - des Verbandes der Unabhängigen (VdU).
Dieses Sammelbecken der Ehemaligen, stets geführt von mehr oder minder prominenten Nazis, erreichte gleich beim ersten Mal zwölf Prozent, bevor es an inneren Streitigkeiten ein- und in der Freiheitlichen Partei (FPÖ) aufging, die heute mit den Sozialisten in der Regierung sitzt.
Der langjährige FPÖ-Chef Friedrich Peter, vorletzte Woche als Abgeordneter in den Ruhestand getreten, bekannte sich stets zu seinem freiwilligen Eintritt in die SS. Er diente als

Obersturmführer in einer Einheit, die an Massenexekutionen von Juden in der Sowjet-Union beteiligt war.
Der frühere Parteichef Alexander Götz, der es zum Bürgermeister von Österreichs zweitgrößter Stadt Graz brachte, denkt noch heute laut wie einst bei der Hitlerjugend.
Der Kärntner FPÖ-Spitzenfunktionär Otto Scrinzi, einstiger SA-Sturmführer, der laut eigenem Bekenntnis "immer rechts stand, auch in der NSDAP", kandidiert als unabhängiger "nationaler Kandidat" gegen Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen - genug Unterschriften für die Kandidatur bekam er.
FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager verdiente sich den Beifall der Gestrigen durch die offizielle Begrüßung des 1985 aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrechers Walter Reder.
Auch Österreichs Sozialisten, die in den letzten Wochen Waldheims unfreiwillige Vergangenheitsbewältigung durch gezielte Informationen in Gang zu setzen halfen, haben Spitzengenossen mit brauner Tradition.
Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner brüstet sich, ein "hochgradiger Hitlerjunge gewesen zu sein. BSA-Genossen, denen der eigene Kandidat und auch Waldheim zu links sind, unterschrieben für Rechtsaußen Scrinzi.
Und der Jude Bruno Kreisky, einsame Spitze unter den Nachkriegspolitikern Österreichs, entzückte Österreichs Antisemiten nicht nur, als er die Juden ein "mieses Volk" nannte. Er bestätigte alle Vergangenheitsverdränger, indem er die sozialistischen Minister seiner verschiedenen Regierungen mit einem halben Dutzend Ex-Nazis garnierte, dem SS-Mann Hans Öllinger etwa, den er zum Landwirtschaftminister machte, oder dem SA- und NSDAP-Mitglied Otto Rösch, der an einer der Nazi-Eliteschulen (Napola) unterrichtet hatte und der Republik als Innen- und Verteidigungsminister dienen durfte.
"Kurtis Kameraden", wie das Szeneblatt "Wiener" solche Politiker mit NS-Vergangenheit nannte, sind gewiß keine Nazis mehr. Sie weichen nur, wie das ganze Land, der jüngeren Geschichte aus, leben mit der Lüge, nirgendwo dabeigewesen zu sein und nichts getan zu haben, dessen sie sich womöglich schämen müßten.
Insofern dienen sie natürlich jenen wahren Faschisten, Neonazis und Ewiggestrigen als Alibi, die sich in Österreich offener darstellen als in anderen Ländern. Deren Leitfigur Norbert Burger erreichte 1980 bei den Präsidentschaftswahlen fast 141.000 Stimmen - 3,2 Prozent aller gültigen Stimmen, in einzelnen Orten mehr als zehn Prozent.
In ihren Publikationen findet sich Nazi-Närrisches zu allem und jedem:
"Das Deutschtum in Österreich soll vernichtet werden, damit der Weg frei wird für den Vormarsch des Panslawismus ("Klartext", Zeitung der NDP).
Österreich ist ein Eldorado für Ausländer, die in Ihren Heimatländern überflüssig sind, weil sie entweder nichts können, oder weil bei ihnen sonst etwas nicht stimmt ("Das Neue Wort", Organ der "Volkssozialistischen Bewegung Österreichs").
Partisanen, außerhalb des Völkerrechts stehende Plünderer und Mörder, werden mit Dankadressen geehrt - hört niemand einen Aufschrei der Empörung? ("Der Junge Bund", Zeitschrift der Turnerjugend)."
In einem solchen Umfeld findet der Autor eines "Heimatbuches" über "Das tausendjährige Mauterndorf" noch 1967 nichts dabei, unter den zwölf Ehrenbürgern des Ortes den 11. so zu preisen: "Hermann Göring war viele Jahre ein aufrichtiger Freund Mauterndorfs. Er hat der Marktgemeinde beim Bau der Hochquellenwasserleitung durch die Beschaffung der notwendigen Rohre große Dienste erwiesen. Und als 1985 das niederösterreichische Deutsch-Wagram zur Stadt erhoben wurde, freute sich Festschriftautor Professor Otto Schilder: "1984 ist die Stadt Deutsch-Wagram judenfrei."
Wen wundert's, wenn Zeitungen und Magazine, die aus Anlaß des Falles Waldheim zur Ver-

gangenheitsbewältigung aufrufen, nun massenweise Leserbriefe bekommen, in denen sie als "Judenschweine" tituliert werden. "Gebt's endlich a Ruah", "Hert's mit dem oltn Bledsinn auf" ist der Tenor.
Helmut Qualtinger hat vor fast drei Jahrzehnten in einem Monolog seines "Herrn Karl" die Vergangenheitsbewältigung nach Wiener Art beschrieben:
"Da war a Jud im Gemeindebau, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch ... da ham's so Sachen gegen de Nazi g'schrieben g'habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müaßn ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing'führt, daß ers' aufwischt ...
Nachn Kriag is er z'ruckkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert, ... Hab i ihm auf der Straßen troffen. I gries eahm freundlich: "Habediehre, Herr Tennenbaum!" Der hat mi net ang'schaut. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees ... Dabei - irgendwer hätt's ja wegwischen müaßn ..."
Viel anders hört sich's beim Herrn Kurt letztlich auch nicht an, ein bißchen gebildeter halt.
Daß sein Ex-Freund Bruno Kreisky dem Kandidaten Waldheim nun vorwirft, er habe "sein ganzes Leben auf einer Lüge aufgebaut", ist ein bißchen unfair, denn der Kanzler Kreisky hat die Lebenslüge des ganzen Landes durchaus gefördert. "Wenn endlich Gras über eine Sache gewachsen ist, kommt so ein Kamel daher und frißt es wieder weg", pflegte er Debatten über Österreichs Vergangenheit zu kommentieren.
Waldheim hat gerade seine Lebenslüge, die ihn nun einholt, früher so hoch hinauf gebracht: Hätte er die für ihn heute "uninteressanten" Stationen seiner Wehrmachtskarriere nicht so konsequent aus allen Lebensläufen weggelassen, wäre er mit Sicherheit nie Generalsekretär der Uno geworden. Auch ohne bewiesene persönliche Schuld wäre ein NS-Student, SA-Reiter und Stabsoffizier im Partisanenkrieg niemals zum Kandidaten für das höchste Uno-Amt aufgestiegen.
Und wenn Kurt Waldheim als Argument für die offensichtliche Haltlosigkeit aller Vorwürfe gegen ihn immer wieder ins Feld führt, seine Vergangenheit sei vor seiner Uno-Wahl doch bestimmt von West und Ost-Geheimdiensten penibel untersucht worden, so kann dies freilich auch einen ganz anderen Sinn machen: "Vielleicht", vermutete vor zwei Wochen die "New York Times", "hielten die Supermächte ihr Wissen für nützlich, um Waldheim unter Kontrolle zu halten." Doch nur zwei Geheimdienste wußten mit Sicherheit Bescheid - Jugoslawiens UdBA und Moskaus KGB.
Im Westen wurde Waldheim nach Kriegsende keineswegs so genau überprüft, wie er glauben machen möchte. Gesichert ist nur, daß gegen Waldheim ein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet wurde. Da er als Minderbelasteter galt, wurde es - wie bei Hunderttausenden anderen Österreichern auch - nach seiner Anstellung als Sekretär des Außenministers Karl Gruber nie abgeschlossen.
Die Amerikaner hatten gegen Waldheim keine Bedenken, da er schon damals seine in NS-Dokumenten festgehaltene Zugehörigkeit zur SA und dem Nationalsozialistischen Studentenbund auf eine Mitgliedschaft zum NS-Reiterkorps zu reduzieren verstand. Als er sich 1971 um den Generalsekretärsposten bei der Uno bemühte, teilten die US-Stellen offenbar eine Überlegung, die auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal anstellte: Die Sowjets würden wohl niemanden als Uno-Generalsekretär dulden, wenn auch nur die geringste NS-Belastung vorhanden wäre.
Doch seit dem 18. Dezember 1947 wurde Waldheim von der Jugoslawischen Kommission für Kriegsverbrechen als Nummer 724 auf einer Liste von 791 mutmaßlichen Kriegsverbrechern geführt. Waldheim wird in diesem Dokument - Akte F/25572 - mit Morden, Massakern, Geiselerschießungen und dem Niederbrennen von Siedlungen in Verbindung gebracht.
So abwegig die Beschuldigungen auch klingen, so sehr die namentlich angeführten Bela-

stungszeugen in der Kriegsgefangenschaft in Bedrängnis gewesen sein mögen: Als Druckmittel eigneten sich Akten dieser Art allemal - nicht nur für Belgrad.
"Selbstverständlich", erinnert sich Milovan Djilas, bis 1954 zweiter Mann nach Tito, "hatte die Sowjet-Union damals jede Möglichkeit, in Jugoslawien alle Akten einzusehen und zu kopieren." Auch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Juni 1948 war es für den sowjetischen Geheimdienst "ein leichtes, alle gewünschten Unterlagen zu bekommen", so Djilas zum SPIEGEL.
Leichten Zugang hatte die sowjetische Besatzungsmacht auch in Wien zu den Entnazifizierungspapieren, zu den Akten im Justiz- und Außenministerium, wo - laut Waldheim fälschlicherweise - seine Mitgliedschaft in SA und NS-Studentenbund vermerkt sind.
Der namhafte Militärschriftsteller Janusz Piekalkiewicz ist "überzeugt, daß das KGB von den Kriegsverbrecher-Akten und Waldheims Nazi-Verbindungen nicht nur wissen konnte, sondern auch tatsächlich gewußt hat. Die Sowjets wußten schon etwas damit anzufangen, wenn sie die Schwächen eines so ehrgeizigen Menschen wie Waldheim kannten".
Der Sowjet-Union, die bei den Mehrheitsverhältnissen in der Uno nie eine Chance hatte einen eigenen Kandidaten durchzubringen, die aber dauernd schwere Konflikte mit ihr wenig freundlich gesinnten Uno-Chefs wie Dag Hammarskjöld hatte, konnte in einem Kandidaten wie dem geschmeidigen Wiener Waldheim mit lückenhaftem Lebenslauf nur einen Glücksfall sehen.
Waldheim verdankt es der Sowjet-Union, daß er 1971 ins höchste Amt der Uno gewählt wurde. Der sowjetische Delegierte legte bei den anderen Kandidaten, die in die engere Wahl kamen, sein Veto ein: Gegen den favorisierten und selbstbewußten finnischen Uno-Botschafter Max Jakobson hatte kein anderes Land etwas einzuwenden - ebensowenig wie gegen den argentinischen Uno-Mann Ortiz de Rozas.
Nur gegen Waldheim stimmten zunächst Großbritannien und China. Als die beiden Länder sich jedoch im dritten Wahlgang der Stimme enthielten, war der Weg für den Österreicher frei.
Waldheims Teilnahme als deutscher Offizier am Rußlandfeldzug war bekannt, seine Wahl - nur 26 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs - wurde als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung gewertet.
Moskau, schrieb die "Süddeutsche Zeitung", habe in Waldheim "besonderes Vertrauen", weil er 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag erklärt hatte, das Nachbarland Österreich fühle sich dadurch nicht bedroht. Was Waldheim damals als Außenminister wirklich anordnete, war bisher nicht bekannt.
Der britische "Guardian" argwöhnte: "Es besteht der Verdacht, daß die Sowjet-Union Waldheim zuließ, weil sie ihn für vorsichtig und fügsam hält."
Bei einem Besuch in Belgrad verlor Waldheim kein Wort über das Land, das er so gut kannte. Staatschef Tito überreichte Waldheim trotzdem einen der höchsten jugoslawischen Orden. Waldheim ist damit weltweit wohl der einzige, der sich sowohl mit einem kommunistischen wie auch mit einem faschistischen Orden aus Jugoslawien schmücken kann:
1942 hatte er wie viele deutsche Soldaten vom Nazi-Marionettenstaat Kroatien den Kronorden des Königs Zvonimir erhalten - rein routinemäßig, wie er sagt. In New York umgab sich der Uno-General gern mit Landsleuten Titos. Völlig überraschend machte er den Jugoslawen Rudolph Stajduhar - in seiner Heimat ein unbekannter Provinzjournalist - zu seinem Pressesprecher. Stajduhar zählte während der Uno-Zeit Waldheims zu dessen engsten Vertrauten.
Auch die Sowjet-Union fühlte sich von Waldheim, der offiziell für die Besetzung der etwa 4.000 Uno-Jobs verantwortlich war, gut bedient. Während seiner Amtszeit erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten aus der Sowjet-Union im Generalsekretariat auf über 250.
Bei seinen Besuchen in der Sowjet-Union erhielt Waldheim von der Regierungszeitung "Is-

westija" stets das gleiche Lob: "Er erhöhte die Effektivität der Uno." Im ebenfalls routinemäßig publizierten Lebenslauf wurde die Kriegszeit Waldheims, seine Teilnahme am Rußlandfeldzug, mit keinem Wort erwähnt.
Daß Waldheim gern und so oft Ostblockstaaten besuchte, erklärten wohlgesinnte Mitarbeiter in seinem Stab mit seiner Vorliebe für Repräsentation. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wurde er in den Oststaaten stets wie ein Staatsoberhaupt empfangen. "Mit leuchtenden Augen", erzählt ein früherer Vertrauter Waldheims, "hat er bei seiner Rückkehr vom Zeremoniell erzählt."
Als sich Waldheim 1981 auch noch um eine dritte Amtsperiode als Uno-Generalsekretär bewarb, sagte Moskaus damaliger Uno-Botschafter Oleg Trojanowski: "Waldheim paßt uns wie ein alter Schuh." Nur weil China unbedingt neue Stiefel wollte und sein Veto gegen Waldheim auch nach 16 Wahlgängen nicht zurückzog, ist der Österreicher, der in der Uno seine zehn Amtsjahre lang "Mister Pudding" hieß, heute nicht mehr Uno-Chef.
So sehr sich Moskau in New York für Waldheim einsetzte, so zurückhaltend verhält sich die Sowjet-Union, seit Details aus Waldheims Vergangenheit veröffentlicht wurden. Das Parteiorgan "Prawda" schweigt dazu - wie fast alle Zeitungen des Ostblocks. Sogar Österreichs kommunistische "Volksstimme", die auch in Moskau verkauft wird, hält sich vornehm zurück. Dabei tut sich das Blatt üblicherweise bei der Verfolgung von alten Nazis besonders hervor, selbst wenn es sich nur um Lokalpolitiker handelt.
Vergangene Woche äußerte sich der Chefredakteur der "Prawda", Wiktor Afanasjew, in einem Interview in der Wiener Tageszeitung "Die Presse": "Die Österreicher müssen selbst über ihren Präsidenten entscheiden. Wir werden den Gewählten respektieren."
Waldheim und seine Wahlhelfer erklären seit Wochen kategorisch, daß die "Verleumdungskampagne in sich zusammengebrochen ist", nachdem der Jüdische Weltkongreß eine angekündigte Pressekonferenz kurzfristig abgesagt hatte. Dabei war das auf ausdrücklichen Wunsch jüdischer Freunde in Wien geschehen, die ein weiteres Anheizen der antisemitischen Stimmung fürchten.
Als vergangene Woche ein Dokument auftauchte, das belegt, daß Waldheims Abteilung im Krieg von den Judendeportationen aus Griechenland gewußt haben muß, berichteten zwar fast alle großen internationalen Zeitungen ausführlich darüber, in Österreich ging aber nur das Nachrichtenmagazin "Profil" näher darauf ein. Dafür erhielt in den letzten Tagen jeder österreichische Haushalt die Broschüre: "So wollten sie Kurt Wahlheim fertigmachen!" Darin heißt es: "Das ist die Wahrheit - der bekannte Militärhistoriker Professor Fleischer von der Universität Kreta sagt, Waldheim sei unschuldig."
Fleischer dazu: "Das ist eine Schweinerei. Waldheim war beim Ende der Besatzungszeit 1944 der bestinformierte Wehrmachtsoffizier in Griechenland. Der von Waldheim als Entlastungszeuge angeführte Fleischer ist davon überzeugt, daß Waldheim nach der Kapitulation der Italiener im September 1943 "auch an Verhören gefangener italienischer Offiziere teilgenommen hat".
Dabei geht es nach wie vor nicht etwa um den Vorwurf, daß Waldheim selbst Kriegsverbrechen begangen habe, sondern nur um seine Wahrnehmungsfähigkeit. Er will Partisanen nicht gesehen, von Judendeportationen nichts gehört, Kriegsgefangene nicht verhört haben.
Vorige Woche bekamen österreichische und israelische Beamte im Uno-Archiv Zugang zur Waldheim-Akte, eine von 40.000 Dossiers. Mehr als die jugoslawische Kriegsverbrecher-Akte war darin offenbar nicht enthalten.
Kurt Waldheim, zehn Jahre lang Uno-Generalsekretär: "Ich wußte nicht mal was von der Existenz der Akte."...<<

26.04.1986

UdSSR: In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der

Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wird 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

08.06.1986

Ost-Berlin: Bei den Ost-Berliner Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,94 % der Wähler am 8. Juni 1986 für die SED-Einheitsliste.

05.08.1986

DDR: Das SED-Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt am 5. August 1986 zum 25. Jahrestag des Mauerbaues eine Sonderbriefmarke heraus.
Die deutsche Bundespost kündigt daraufhin an, Briefe mit diesen Briefmarken nicht zu befördern.

01.09.1986

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1986) berichtet am 1. September 1986 über das Buch "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" des deutschen Historikers Andreas Hillgruber (1925-1989: >>**Vergangenheit, die nicht vergehen will**
Die "deutsche Vergangenheit" soll sich nicht länger "grundsätzlich von anderen Vergangenheiten" unterscheiden. Auch jene Vergangenheit nicht, die "wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist" und "immer noch lebendiger und kraftvoller" zu werden droht.
Eigentlich wollte Ernst Nolte, ein bedeutender Faschismusforscher, der einen Namen zu verlieren hat, diese fromme Gleichung - daß polnische, französische, englische, amerikanische, vor allem aber russische Vergangenheit sich nicht grundsätzlich von der Nazi-Zeit unterscheidet - im Juni 1986 bei den Frankfurter Römerberggesprächen über "Politische Kultur - heute?" vortragen. Als es dazu nicht kam, verbreitete er sie in der "FAZ" (vom 6. Juni 1986).
Nolte rügt, daß so mancher, der über den Nationalsozialismus redet und schreibt, nicht wisse oder nicht wahrhaben wolle, daß das, was die Nazis taten, andere schon vorher getan hätten - "mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung".
Nachdrücklich betont der Historiker, daß darüber - über "Massendeportationen und Massenerschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien" - vor Hitler und Himmler reichlich nachzulesen ist.
Seine Absicht ist unverkennbar: Das Unvergleichbare soll vergleichbar scheinen - damit die Vergangenheit (sich) verzieht. Aufrechnung nennt man das, nachkriegsdeutsch: der stalinistische Archipel Gulag gegen das nationalsozialistische Auschwitz beispielsweise. Noltes, wie er meint, "zulässige, ja unvermeidbare" Frage lautet: "War nicht der "Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz"; "rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte"?
Wie Nolte darauf antwortet, ahnt jedermann. Er treibt die aberwitzige Analogie bis zur perfiden Apologie: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?" Auschwitz aus Angst vor Gulag.
An anderer Stelle, in seinem Aufsatz "Zwischen Mythos und Revisionismus", schreibt Nolte lässig von der "sogenannten Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches". Sie sei, beschwichtigt der Historiker, der augenscheinlich in revisionistisches Fahrwasser geraten ist, eine "Reaktion oder eine verzerrte Kopie, aber nicht ein erstmaliger Vorgang oder ein Original".
Der ebenfalls tonangebende Kollege Klaus Hildebrand, Bonn, lobt den Autor, der es verstanden habe, das "scheinbar Einzigartige" "historisierend einzuordnen", den "totalitären Tatbestand in dem aufeinander bezogenen Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte zu

begreifen", also zu relativieren. Die Laudatio erschien in der "Historischen Zeitschrift", dem Renommierorgan der Zunft.
Völkermord, Massenaustreibung, Folter et cetera sind durchaus geschichtsnotorisch, in der fernen und nahen Vergangenheit, wer wüßte das nicht. Aber die barbarischen, programmatisch geplanten, administrativ und industriell vollstreckten Ausrottungsexzesse einer hochzivilisierten Kulturnation sind gleichwohl einzigartig. Aber daran muß man sich nicht klammern. Denn wären die NS-Exzesse wirklich nur scheinbar einzigartig, die Geschichte des Dritten Reiches müßte auch dann nicht umgeschrieben werden.
Um relativierende Zusammenschau geht es auch dem Dritten im Bunde. Andreas Hillgruber, Köln, der bisher mit nüchternen Analysen über Hitlers Politik und Kriegsführung aufgewartet hat; was dabei herauskommt, ist patriotische Klitterei.
In seinem schmalen Bändchen "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" bewältigt auch er unvergängliche Vergangenheit "im Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte".
Die "Racheorgien der Roten Armee", die "Massenvergewaltigungen", die "willkürlichen Morde" der Sowjets sollen die großdeutschen Untaten in milderes Licht tauchen.
Auf (den) Holocaust kommt Hillgruber in seiner Studie nur am Rande zu sprechen, ausdrücklich überhaupt nicht. Ihm widmet er einen mehr referierenden 22-Seiten-Exkurs, ein Anhang, der wohl sein mußte. Vielleicht soll "zweierlei Untergang" aber auch zweierlei Geschichte besagen.
"Der in der Rhetorik von Kriegsheftchen beschworenen "Zerschlagung des Deutschen Reiches", merkte Philosophie-Professor Jürgen Habermas dazu an, "steht das nüchtern registrierte Ende des europäischem Judentums gegenüber." Die "Zerschlagung" verlangt einen aggressiven Gegner, ein "Ende" stellt sich gleichsam von selber ein.
Neu ist Hillgrubers Behauptung, Hitler habe es mit der Endlösung gar nicht so leicht gehabt, denn: "Mit diesem radikalen Ernstnehmen hob sich Hitler ... auch von den Vorstellungen der NS-Führungsclique" ab; "Göring, Himmler und Heydrich" eingeschlossen.
Wenigstens wundert sich Hillgruber auf konventionelle Weise, wie dann alles wie geschmiert über die KZ-Rampen gehen konnte. Insbesondere der "hohe Anteil von Akademikern" unter den NS-Tätern - einschließlich des "humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil. Dr. med. Josef Mengele" (Hillgruber) - macht ihm, standesgemäß, zu schaffen. Die dahintersteckende Erkenntnis, daß gerade die Eliten vorneweg und scharenweise zu Hitler überliefen, hält er zurück.
Hillgrubers Herzenssache ist das "Geschehen, das das Deutsche Reich und damit die europäische Mitte an ihr Ende bringen sollte", martialisch, die "Winterkatastrophe 1944/45", das "Überrollen des deutschen Ostens", die "Überflutung der Heimat durch die Rote Armee". Die "Komplexität" dieses Geschehens, das er selber auf den Zusammenbruch der Ostfront verkürzt, sei auf "unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlagen interpretiert". Als stimmte das nicht.
In der Zusammenschau vermißt Hillgruber die "davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte", insbesondere Hinweise auf deren Teilungs- und Vertreibungspläne, doch die sind von der Geschichtsschreibung keineswegs übergangen worden. Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte beispielsweise führt in seinem Buch über "Die Alliierten und die Teilung Deutschlands", erschienen 1985, zu diesem Thema über 100 einschlägige Titel an.
Unverzichtbar ist Hillgruber auch der Hinweis, daß die alliierten Kriegsziele feststanden, lange bevor die Grausamkeiten in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern bekanntgeworden seien.
Er verschweigt, daß die zunächst vagen Kriegsziele der Alliierten keinerlei Einfluß auf Hitlers

Eroberungskrieg, auf die Kriegs- und NS-Verbrechen gehabt haben; äußerstenfalls hat die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Durchhaltegenerale noch angestachelt. Er will auch nicht wahrhaben, daß es aus alliierter Sicht genügend einleuchtende Gründe gegeben hat, das Dritte Reich zu zerschlagen.
Sinnstiftend (eine neokonservative Historikervokabel) verklärt der Kölner Geschichtslehrer den "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte", zu patriotischer Notwehr. Er bewundert das "schützende militärische Bollwerk" im deutschen Osten, würdigt die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister", auch jene "Hoheitsträger der NSDAP", die sich in der Not "bewährten", und die belgischen, holländischen, skandinavischen SS-Kontingente, in deren Fronteinsatz sich angeblich die "europäische Konzeption der SS" spiegelte.
Identifizierung hält Hillgruber überhaupt für ein "Schlüsselproblem, dem der Historiker nicht mit allgemeinen Hinweisen auf das Objektivitätsideal ausweichen" dürfe. Warum, sagt er nicht, und das ist, wenn von einem freien Wissenschaftsbetrieb auszugehen ist, auch nicht ohne weiteres ersichtlich.
Womit, mit wem identifiziert sich Hillgruber, der ja den Auftrag des Historikers zurückweist, möglichst die Dinge über den Dingen stehend zu bewerten? Das macht er zunächst, bevor er sich tapfer bekennt, an Positionen deutlich, die er nicht teilt - etwa an Norbert Blüms provozierender Überlegung, die der CDU-Politiker in der Kontroverse um den einstigen NS-Kriegsrichter und damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ("Was damals Rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein") angestellt hatte. "Ob einer", schrieb Blüm 1978 im SPIEGEL, "im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."
Diese These, so Hillgruber, lasse nur die "Schlußfolgerung zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten ... möglichst einstürzen zu lassen". Schlußfolgerung aus der Schlußfolgerung: Das ginge Hillgruber zu weit.
Auch mit der Widerstandsgruppe um Stauffenberg mag er sich nicht identifizieren: "Jetzt, im Angesicht der Katastrophe... sollte geputscht werden?" Bloß nicht. Da hätte es ein "heilloses Durcheinander in der deutschen Führung" gegeben, und dieses "Debakel" hätten die Sowjets nur "zu noch schnellerer Kriegsentscheidung" genutzt.
Warum nicht lieber heut als morgen Schluß, wo doch, wie Hillgruber selbst zugibt, schon alles verloren war? Dem Patrioten Hillgruber "bleibt nur eine Position" - er muß sich "mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee zu bewahren suchten. So komplex ist das Geschehen.
Habermas nennt Hillgrubers Buch einen "Skandal". In der "Zeit" notierte er scharfsinnig die "Selbstbeobachtung eines Patienten, der sich einer revisionistischen Operation seines Geschichtsbewußtseins unterzieht", was eine scharfzüngige Replik aus dem Lager der Revisionisten auslöste.
Hildebrand, der sich schon Noltes "wegweisende" Thesen von der Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren zu eigen gemacht hatte, nannte Habermas" "Selbstbeobachtung" ein "trübes Gebräu aus Politik und Wissenschaft", aus Vorurteilen und Tatsachen". Gereizt verwahrt er sich dagegen, "mit den Füßen im Zement irgendeines Geschichtsbildes" zu stehen, sich "Frageverbote auferlegen" zu sollen, "die es untersagen, nach Parallelen zwischen der Vernichtungsqualität des Kommunismus und des Nationalsozialismus zu fragen beziehungsweise den Vorbildern und Spuren des "Judenmordes" in der Geschichte nachzugehen".
Gut geheuchelt. Denn niemand verhängt oder akzeptiert "Frageverbote", einschlägige Fragen

sind längst gestellt, niemand wehrt sich gegen historische Parallelen. Anstoß und den Verdacht, hier werde geklittert, erregen Fragen und Parallelen zu dem Zweck, die Vergangenheit auf patriotische Weise zu bewältigen, Auschwitz mit Gulag zu erklären oder sogar zu begründen, unter den störenden Schuldgefühlen endlich einen Schlußstrich zu ziehen.
Hildebrand ist einer der Gutachter für das von Helmut Kohl geforderte Bonner "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", das nach dem Willen des Kanzlers den Westdeutschen richtiges Geschichtsbewußtsein und nationale Identität vermitteln soll, Hillgruber einer der Berater. Sind ihre Konstrukte Vorboten oder schon Ausläufer konservativer Tendenzweise?
Sinnverwandtschaft besteht jedenfalls mit dem konservativen Vordenker Michael Stürmer, der gelegentlich auch Reden verfaßt, die der Kanzler bei feierlichen Anlässen verliest. Der Erlanger Historiker befindet sich "auf der Suche nach der verlorenen Geschichte". Zu einem bestimmten Zweck.
"Sinnstiftung" lautet der wissenschaftsfremde Auftrag, den er sich und seiner Zunft verschreibt. "Höhere Sinnstiftung" sogar, die, wie er meint, "nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren".
"Sinnstiftung" wozu ist klar: "In der Wirklichkeit des geteilten Deutschlands müssen die Deutschen ihre nationale Identität finden." Wie nachgeholfen werden soll, deuten Stürmer Hildebrand, Hillgruber und Nolte an - "historisierend".
Die vermaledeite Vergangenheit, die "nicht vergehen" und ein heiles Geschichtsbewußtsein nicht aufkommen lassen will, wird relativiert. Warum Sinnstiftung staatstragend ist, hat Stürmer unverblümt gesagt:
"Die Zukunft wird nur der gewinnen, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."<<

10.09.1986

BRD: Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82) erinnert am 10. September 1986 während seiner Abschiedsrede als Bundestagsabgeordneter an die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg (x075/121): >>Als der Krieg zu Ende war, ist es mir gegangen wie Millionen deutschen Soldaten auch. Wir haben mit großer Erleichterung gesagt: Gott sei Dank, es ist vorbei!
Im Kriege hatten wir Millionen ... Soldaten uns zuallermeist in einem schizophrenen Zustand befunden. Tagsüber haben wir gekämpft, teils weil wir das für unsere Pflicht hielten, teils um unser eigenes Leben zu bewahren, teils um nicht in Kriegsgefangenschaft zu fallen; aber des Nachts wünschten wir uns sehnlich das Ende des Krieges und der Nazidiktatur herbei - schizophren!
Wir waren ja damals jung, ganz jung ... Ich habe erst im Kriegsgefangenenlager in Belgien den Beginn einer geistigen Freiheit erlebt, die ich bis dahin nicht gekannt hatte. Ich war seit 1937 Wehrpflichtsoldat gewesen. Aber als die erste deutsche Demokratie 1933 völlig zerschlagen war, war ich gerade 14 Jahre alt geworden.
Woher sollte diese Generation später erfahren, was eine Demokratie sein kann? Ein sehr viel älterer kriegsgefangener Soldat, Hans Bohnenkamp hieß er, ein religiöser Sozialist, dazu ein Pädagoge von großer persönlicher Ausstrahlung, hat im Kriegsgefangenenlager meine Erziehung zum bewußten Demokraten und Sozialdemokraten eingeleitet. ...<<

31.10.1986

BRD: In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertritt die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später im Jahre 1986 in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die verdeckte Errichtung einer totalitären Weltdiktatur (x364/242-243): >>**XIV. Generalplan für eine Weltdiktatur**

"Was ist Wahrheit?" fragte ein hoher Beamter des römischen Reichs vor rund zweitausend Jahren. Eine Frage, die noch heute die meisten Menschen von sich abschütteln, sobald sie mit ihr in Berührung kommen. Unser Geist ist mit einem unerhört komplexen Computer zu vergleichen. Tag für Tag durchzucken ihn Millionen von Informationen, die über die fünf Sinne in ihn hineingelangt sind. Auf der Basis dieser Datenlawine und unserer Auswertung dieser Daten treffen wir täglich Millionen von Entscheidungen. So automatisch ist der Ablauf, daß wir uns der jeweils getroffenen Entscheidung nur selten bewußt sind.

Leider läßt sich die große Mehrheit der Menschen durchs Leben treiben, während sie diese automatischen oder halbautomatischen Entscheidungen trifft, die nur allzuoft auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und mitunter sogar auf unverblümten Lügen beruhen. Das ist ein unbewußter Prozeß. Oft erkennen wir die Gefahr erst, wenn es zu spät ist.

Wie steht es mit neuen oder uns nicht vertrauten Informationen? Wie werden wir mit Daten fertig, die unserem geistigen Computer unmittelbar "erleuchten"? In den meisten Fällen tritt ein hochentwickelter, extrem empfindlicher Abwehrmechanismus in Aktion und überflutet uns mit beliebig vielen scheinbar logischen "Gründen", die erklären, warum es am besten ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die neue Wahrheit baldmöglichst fallen zu lassen.

Churchill drückte das einmal so aus: "An irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens stolpern die meisten Menschen einmal über die Wahrheit. Der größte Teil von ihnen springt auf, klopft den Staub von den Kleidern und eilt seinen Geschäften nach, als sei nichts geschehen."

Wie handeln Sie in einer solchen Situation? Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, werden Sie zugeben, daß Churchills Beobachtung wahr ist und in irgendeiner Form auch auf Sie zutrifft. Den meisten Menschen erscheint die Welt als heilloses Durcheinander sich widersprechender, verworrener Ideologien.

Und doch existiert ein Generalplan, nachdem seit Beginn des 20. Jahrhunderts die systematische Zerstörung der Zivilisation, aller Regierungen und Religionen und die ersten Schritte für die Errichtung einer totalitären Weltdiktatur abgelaufen sind. Er ist bekannt und wurde mehrmals veröffentlicht. Dieser Generalplan für unser Jahrhundert basiert auf dem berühmten Bericht über die Aktivitäten und Pläne der Illuminaten in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.

Die Führer der Illuminaten sind eine kleine, aber mächtige Gruppe, die sich aus internationalen Bankiers, Industriellen, Wissenschaftlern, militärischen und politischen Führungskräften, Erziehern, Wirtschaftlern zusammensetzt. Sie alle haben die satanische Doktrin Adam Weishaupts und Albert Pikes akzeptiert. Sie verehren Satan, wie das von Albert Pike in seinem Buch "Morals and Dogma" gefordert wird. Sie anerkennen die Autorität keines Sterblichen außer ihres Führers. Sie dienen keiner Nation. Sie führen ihre Verschwörung fort, um schließlich die absolute Kontrolle über diese Welt und alles in ihr zu gewinnen.

Sie benutzen alle subversiven Bewegungen, um die Massen der Menschen in opponierende Gruppen in politischen, sozialen, rassischen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen zu zersplittern. Sie bewaffnen diese Gruppen und ermuntern sie, einander zu bekämpfen. Sie hoffen, die Menschheit auf diesem selbstzerstörerischen Weg weiter zu führen, bis alle bestehenden politischen und religiösen Institutionen abgeschafft sind. Wenn das erreicht ist, soll ihr Despot Herrscher der ganzen Welt werden. Der Beweis für diese Behauptung ist in einem Dokument enthalten, das man das "neue Testament Satans" nennen kann.

Trotz aller Argumente über die Herkunft und den Ursprung des Testaments, ist es zweifellos und unwiderlegbar "der Plan", das "Komplott" oder der "Langzeitgeneralplan", mit dem diese

verhältnismäßig kleine Gruppe immens wohlhabender, teuflisch geschickter und äußerst einflußreicher Männer die Führung in allen Bereichen der Gesellschaft stürzen und pervertieren will, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versprechen Wohlstand, Luxus, "Selbstwertschätzung" und sinnliche Freude, um die Führer in die Falle zu locken, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.
Die Männer, die in dem neuen Testament Satans die teuflische Verschwörung aushecken, waren keine Atheisten. Sie sind Mitglieder der Illuminaten, Jünger des ursprünglichen "Lichtträgers" Satan, des Teufels. Sie verehren Satan. …<<

10.12.1986

Norwegen: Elie Wiesel erinnert bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1986 in Oslo daran, daß man aktiv für die Menschenrechte eintreten muß (x075/269): >>Ich habe gegen das Vergessen und die Lüge gekämpft: Denn wenn wir vergessen, dann sind wir Komplizen. ... Ich habe geschworen, niemals zu schweigen, wenn Menschen verfolgt und erniedrigt werden. ... Wir dachten es würde genügen, von der Flutwelle des Hasses zu erzählen, die über das jüdische Volk hereingebrochen war, und die Menschen überall würden entscheiden, daß ein für allemal ein Ende sei mit dem Haß – ein Ende mit dem Haß gegen die Juden, gegen die Araber, gegen die Asiaten, gegen die Immigranten, gegen die Fremden, gegen die andern, mit dem Haß gegen den andern. ...<<

31.12.1986

BRD: Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) schreibt im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>Die Wahrheit des Mottos "Gerechtigkeit schafft Frieden" kann sich nur entgegenstellen, wer das Völkerrecht überhaupt leugnet oder sich ihm widersetzt. Die Sudetendeutschen haben weder das eine noch das andere jemals getan.
Ihr Bekenntnis zu dem im geltenden Völkerrecht enthaltenen Gewaltverbot ist anläßlich des 35. Jahrestages der Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen rühmend hervorgehoben worden. Es wäre absurd, daraus einen Rechtsverzicht ableiten zu wollen.
Die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden beruht doch gerade darauf, daß das Völkerrecht die friedliche, gewaltlose Lösung von Rechtsproblemen ermöglicht. Wer das bezweifelt, negiert Recht und Frieden in einem Atemzug.
Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.
Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<
Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis Ende 1986 folgende Entschädigungsleistungen an die reichs- und volksdeutschen Vertriebenen gezahlt (x088/23):

Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsfonds bis Ende 1986	**DM (Mio.)**
Hauptentschädigung	23.055
Hausratentschädigung	5.392
Auf DM umgestellte Sparguthaben	1.114
Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste	29.561
Kriegsschadenrente an Erwerbsunfähige	36.523
Ausbildungsbeihilfe an vertriebene Kinder	802
Entschädigungsleistungen für soziale Ausgleichszwecke	37.325
Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen	**66.886**

Für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zahlen der Bund und die Länder bis Ende 1986 außerdem 35.500 Millionen DM (x088/25).
Dr. Schäfer (ehemaliger Präsident des Bundesausgleichsamtes) erläutert die rechtliche Definition und wirtschaftliche Beschreibung der "Entschädigung für Vertreibungsschäden wie folgt (x088/22-23): >>Die Entschädigungsleistungen im Lastenausgleich dienen der Abgeltung der Vermögensschäden einschließlich der Hausratschäden. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich weder Enteignungsentschädigung im Sinne von Artikel 14 GG noch Verkehrsentschädigung.
Andererseits sind sie auch nicht etwa reine Eingliederungsleistungen, gehobene Sozialleistungen oder gar Nutzungsentschädigung.
Sie sind vom Bundesgesetzgeber ohne rechtliche Vorbindungen und damit ohne rechtliche Verpflichtung frei gestaltete "angemessene" Entschädigungen von Substanzwerten (Wirtschaftsgütern) und damit echte Vermögensentschädigung. ...
Aufgrund der Vorgeschichte und besonderen Rechtsnatur der Entschädigung im Lastenausgleich, die auch durch die weitere Entwicklung im Bereich der internationalen Verträge nicht durch Bindungen verändert wurde, konnte sie der Bundesgesetzgeber unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Präambel zum Lastenausgleich stellen und es bis heute dabei belassen, daß die Gewährung und Annahme der Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens (oder auf Ersatzleistung) bedeutet. ...<<
In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1986 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x073/214,218, x149/108): >>Die Siegermächte vereinbarten ferner (im Verlauf der Potsdamer Konferenz), daß die deutsche Bevölkerung, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, nach Deutschland übersiedeln sollte.
Man war sich einig, daß "diese Überführung" auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen sollte.
Die Vertreibung der Deutschen war jedoch bereits während der Potsdamer Konferenz im Gange. Viele waren schon vor "den Russen" geflohen. Manche Flüchtlingstrecks, besonders solche aus Ost- und Westpreußen, waren von sowjetischen Panzern überrollt worden. Die "Umsiedlung" war oft von schrecklichen Ereignissen begleitet. Es gab Morde und Vergewaltigungen und andere Verbrechen. Hunderttausende wurden von den Sowjets in die UdSSR verschleppt. Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten.
... Insgesamt sind über 14 Millionen Menschen aus deutschen Provinzen oder deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa geflohen oder vertrieben worden; über 2 Millionen sind dabei umgekommen. ...<<
>>In einer deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung über die Vertreibung der Deutschen heißt es: Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. ...
In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt. ...<<
>>... Am Ende des Krieges und über das Kriegsende hinaus schlugen Gewalt und Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurück. Im Osten übten die jahrelang gepeinigten und ausgebeuteten Völker Rache an den Deutschen.

Nachdem Millionen von Deutschen unter großen Verlusten durch Evakuierung und vor allem durch Flucht vor der Roten Armee ihre Heimat verloren hatten, begann im Osten - auf Beschluß und mit Billigung der alliierten Regierungen - die Vertreibung der deutschen Bevölkerung.<<

1987

>>Diplomatie ist ein Schachspiel, bei dem Völker matt gesetzt werden.<< (Karl Kraus)

25.01.1987

BRD: Während der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

05.02.1987

DDR: Markus Wolf (1923-2006), seit mehr als 30 Jahren Geheimdienstchef der DDR, erklärt am 5. Februar 1987, daß er im November 1987 aus dem Staatssicherheitsdienst ausscheiden wird.

Wolf gibt sich später in seinem Buch "Troika" als Befürworter der Reformpolitik Gorbatschows zu erkennen. Sein Ex-Chef Erich Mielke läßt ihn deshalb überwachen.

11.03.1987

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

17.06.1987

DDR: In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden in der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

04.07.1987

Frankreich: Klaus Barbie (1913-1991, Gestapo-Chef von Lyon) wird am 4. Juli 1987 wegen seiner vielfältigen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

17.08.1987

West-Berlin: Der letzte Häftling im Kriegsverbrechergefängnis Spandau, der 93jährige Rudolf Heß (ehemaliger Stellvertreter Hitlers), erhängt sich angeblich am 17. August 1987 in seiner Zelle.

07.09.1987

BRD: Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattet der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betont in seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

November 1987

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.
Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.
Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden.
Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.
Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.
Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."
Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als

böse Täter verstanden werden?
Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.
Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...
Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.
Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.
Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

31.12.1987

DDR: Die Wartezeit für einen "Trabi" beträgt 1987 etwa 12,5 Jahre, während man auf den "Wartburg" oder "Lada" sogar 16,5 bzw. 17 Jahre warten muß

BRD: Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisiert im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.
Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

1988

>>Nicht die Lügen, sondern die sehr feinen falschen Bemerkungen sind es, die die Läuterung der Wahrheit aufhalten.<< (Georg C. Lichtenberg)

21.01.1988

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 21. Januar 1988: >>**Wiedergutmachung unterschlagen**
Werner Nachmann (62), Präsident des Zentralrats der Juden, stirbt. Nach seinem Tod stellt sich heraus: Er hat 29,4 Millionen Mark unterschlagen, um seine Firmen zu stützen. Es han-

delte sich um Zinsen für Wiedergutmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland über den Zentralrat an jüdische NS-Opfer gezahlt hat.<<

25.02.1988

UdSSR: Die UdSSR ordnet am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

April 1988

UdSSR: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet im April 1988 (x853/...): >>**Boffs Bild von Rußland**

Großes Aufsehen haben die Erklärungen des Befreiungstheologen und Franziskanermönchs Leonardo Boff nach einer Blitzreise durch die Sowjetunion in aller Welt erregt.

Wir bringen nachstehend zwei Texte, einen deutschen und einen brasilianischen.

I.

In der "Welt" vom 13.08.87 lesen wir unter der Überschrift "Boff bejubelt die UdSSR" einen Kommentar von Enno von Loewenstern:

"Die 'Befreiungstheologen' begegnen Zweiflern mit der Beteuerung, sie seien weder Kommunisten noch nützliche Idioten der Weltrevolution, sondern sie meinten das mit der Befreiung ehrlich. Wer Näheres dazu wissen will, lasse sich die Erkenntnisse des Oberbefreiungstheologen Leonardo Boff auf der Zunge zergehen. Dieser fromme Franziskaner, an einem wohldotierten Lehrstuhl in Petropolis (Brasilien) tätig, hat soeben nach einer Spritztour durch die UdSSR für Recht erkannt, dort gebe es 'bessere Voraussetzungen für ein wahrhaft christliches Leben' als im Westen.

Denn die Sowjetgesellschaft sei 'für die Kirchen gesund und sauber', die Kirchen seien ständig offen und mit Gläubigen gefüllt, der Sozialismus biete 'den authentischen Christen sogar bessere Bedingungen', denn er basiere 'nicht auf Ausbeutung, Individualismus und Konsumbesessenheit, sondern auf Arbeit und gerechter Verteilung der Gewinne'.

Er redet über den Staat, der eben dem Papst die Einreise verbot, der viele tausend Bischöfe und Priester und viele Millionen Gläubige ermordete, der unzählige Kirchen geschleift oder in Lagerhäuser oder ähnliches verwandelt und nur ganz wenige zum Füllen übriggelassen hat, der die Gläubigen heute noch verfolgt.

Den Staat, der auf Lenins Diktum aufgebaut wurde: Jede religiöse Idee, jede Idee von Gott, selbst ein Flirten mit der Idee von Gott, ist von unaussprechlicher Scheußlichkeit ...

'Jede Verteidigung oder Rechtfertigung Gottes, selbst die subtilste und bestgemeinte, ist die Rechtfertigung der Reaktion.'

Den Staat, der seine Arbeiter zu Hungerlöhnen ausbeutet, die weit unter unserer Sozialfürsorge liegen.

Den Staat, in dem die Bonzen im Verhältnis zu den ausgebeuteten Massen weit luxuriöser leben als irgendein westlicher Millionär im Verhältnis zu Arbeitern hier.

Den Staat, in dem noch heute der Ruf nach Befreiung das Leben kosten kann.

In einem mag Boff recht haben, wenn auch anders, als er es meint: Die Not treibt im Osten viele Menschen in die Arme der Kirche, wo im Westen der Wohlstand viele Menschen Gott vergessen läßt. Dennoch, auch im Westen spüren viele die Leere und würden Gott suchen - wenn nicht Politpriester von der zynischen Sorte Boffs sie immer wieder veranlaßten, sich schaudernd von der Kirche abzuwenden."

II.

In der Zeitschrift "Veja" fanden wir am 22.7.87 unter der Überschrift "Boff diz que a URSS 6 um paraiso" ("Boff sagt, die Sowjetunion sei ein Paradies") folgende Anmerkungen:

Nicht einmal die brasilianischen Kommunistenführer sind so überzeugt von der Perfektion des politischen Systems aus der Sowjetunion zurückgekommen. Giocondo Dias, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB), der einige Jahre in der Sowjetunion gelebt hat,

hat stets zugegeben, daß das Land 'noch einiger Korrekturen bedarf'.
Boff schwieg über die Bestrafung der politischen Dissidenten. 'Sie sind sicher in Sibirien, und das heißt, daß sie von uns so weit entfernt waren wie ungefähr Rio de Janeiro von Los Angeles', sagte er zu der Zeitung "Folha de Sao Paulo". Er ignorierte die Zensur und versteckte sich hinter einem spitzfindigen Argument: 'Ich weiß nicht, ob es eine Zensur gibt, ich kann kein Russisch'. Boff sah in der Sowjetunion die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, 'denn dort gibt es keine verarmten Massen wie in den kapitalistischen Ländern'.
Für den Erzbischof von Porto Alegre, Dom Claudio Colling, hat Boff die Sowjetunion mit dem Rückständigsten verglichen, was es im Westen gibt. 'Schickt ihn doch dort hin', sagte der Erzbischof. 'In Deutschland und in Frankreich zum Beispiel gibt es auch keine verbreitete Armut. Seine Sichtweise ist völlig verdreht.'

Opfer des Kommunismus

Unter Berufung vor allem auf den russischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat die französische Zeitung "Figaro" die Opfer des Kommunismus bis 1978 (also ohne Afghanistan) aufgelistet:

1. Opfer des Kommunismus in der UdSSR 1917-1978:	69.700.000
2. Opfer des Kommunismus in China:	63.000.000
3. Opfer des Blutbades von Katyn:	10.000
4. Opfer der Vertriebenen von 1945-1946 (deutsche Zivilisten):	2.923.700
5. Opfer des Kommunismus in Kambodscha:	2.500.000
6. Opfer der Unterdrückung in Ost-Berlin, Budapest sowie in Ländern des Baltikums:	500.000
Insgesamt:	**138.633.700**

11.05.1988

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 11. Mai 1988 einen Gesetzentwurf zur Postreform. Die Post soll in 3 weitgehend unabhängige Bereiche aufgeteilt werden. Kritiker befürchten u.a. Massenentlassungen und Serviceverschlechterungen in ländlichen Gebieten.

Mai 1988

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Mai 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1988 (x853/...): >>**Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen**

Zwischen Staatsräson und Evangelium

Dieses in vielfacher Hinsicht außerordentlich bedeutsame Buch *(Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988)* des Moraltheologen Prof. Franz Scholz (79), Priester der Erzdiözese Breslau, habe ich mit hoher Spannung und seltener Anteilnahme in drei bis vier Nächten gelesen. Die Wirkung war wie eine Befreiung aus dem Bann eines bedrückenden Nichtwissens, eines quälenden Nichtverstehens, dem unbefriedigten Verlangen nach Wahrheit und Rechtlichkeit.
Ohne Zögern nenne ich diese mit großer sachlicher Kenntnis, persönlich-christlichem Engagement und ethischem Ernst geschriebene Arbeit eine höchst dringliche Tabu-Auflösung. Nämlich die unter dem Schleier von Geheimhaltung, Entstellung und Verharmlosung der Wirklichkeiten bisher erschwerte Erhellung der "Tatsachen, Hintergründe, Anfragen" im Zusammenhang mit der Vertreibung von 10 bis 12 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat - im Hinblick auf die umstrittenen kirchenpolitischen Aktivitäten des damaligen polnischen Primas Kardinal Hlond.
1. Zunächst einige Informationen über dies Buch und seinen Verfasser. Franz Scholz ist schon bekannt geworden durch sein in bisher drei Auflagen erschienenes Buch "Wächter, wie tief ist die Nacht? Görlitzer Tagebuch 1946", Eltville 1986. Der damalige Görlitzer Pfarrer schildert die erschütternden Vorkommnisse jener Zeit mit der Dichte des Betroffenen.

Seine Kenntnis der polnischen Sprache, Verhältnisse, Mentalität, Geschichte, seine auch freundschaftlichen Beziehungen zu nicht wenigen Polen, seine priesterlichen Erfahrungen, seine Zeitzeugenschaft in den entscheidenden Monaten 1945 gaben seltene Voraussetzungen, um mit besonderer Kompetenz die extraordinären Vorgänge zu erhellen. Eigene Forschungen, genaue Literatur- und Quellenkenntnisse (auch der polnischen) kommen hinzu.
Die 165 Textseiten bieten deshalb komprimiert dramatische Geschichte und – darin sehe ich den besonderen Vorzug - ethisch-christliche Reflexion darüber. Mit welcher Sorgfalt gearbeitet und belegt wird, zeigen die 282 Anmerkungen (auf die Kapitel in 31 Seiten verteilt), die z.T. erstmalig publizierte Informationen enthalten.
Auf neun Seiten findet sich ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Hinzu kommt eine Zeittafel "Leben und Wirken des Kardinal Hlond" sowie ein Namensregister. Der durch sieben Exkurse (z.B. Die polnischen Ostgebiete; Der Mißbrauch von Predigt und Gottesdienst für nationalistische Ausschreitungen; Warum wurde das Tischtuch radikal zerschnitten?) durchsetzte Text ist in fünf Abschnitte gegliedert.
Unter I: "Die militärisch-politischen Voraussetzungen für die Polonisierung der ostdeutschen katholischen Kirche durch Kardinal Hlond". II: "Die kirchliche Amtsgewalt in Ostdeutschland kommt in polnische Hände." Für uns am eindringlichsten - erscheinen die Abschnitte III: "Die Vollmachten des polnischen Primas" und IV: "Reaktionen auf das Vorgehen Kardinal Hlonds". Die ethische Durchleuchtung dieser Tragödie, von der polnischen Kirche als Sieg und Wiedergewinnung angeblich urpolnischen Landes umjubelt, geschieht dann im Abschnitt V: "Die Frage nach Unrecht und Schuld beim Rückschlag 1945."
2. Zum erstenmal finden sich die soviel genannten "schicksalhaften Vollmachten für Kardinal Hlond", auf die dieser sich - als angeblichen Willen des HI. Vaters – gegenüber den rechtmäßigen deutschen kirchlichen Amtsinhabern berief, in diesem Buch in deutscher Sprache publiziert.
Sie datieren vom 8.7.1945 als Brief von Monsignore Domenico Tardini von der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten. Wie überaus bezeichnend, daß dies Dokument, bislang nie formell und wörtlich veröffentlicht, gerade von denen so lange unpubliziert blieb, die sich unablässig zur Legitimierung ihres fragwürdigen Vorgehens darauf beriefen! Scholz hat es mit Hilfe polnischer Freunde im italienischen Urtext in die Hand bekommen. Prof. Puza (Tübingen) hat es ins Deutsche übersetzt.
Was geben nun diese Vollmachten her? Keinesfalls das von Kardinal Hlond behauptete Recht, "die kanonisch bestehende Territorialorganisation eines Landes zu unterminieren." Die Vollmachten, deutlich von den vom Kardinal erbetenen unterschieden, bezogen sich 'in tutto il territorio polacco'. "Am 8. Juli 1945, als das Reskript ausgefertigt worden ist, kann damit nur Altpolen ohne Einbeziehung des Oder-Neiße-Gebietes gemeint gewesen sein." (S. 99)
"Obwohl die Verdrängung der deutschen Ordinarien wie die Einsetzung diözesanfremder Priester als ‚Apostolische' Administratoren gegen den Willen des Papstes erfolgt sind, sehen Dr. Kominek und die polnische Hierarchie keine Probleme. Die Ursprungslinie für die neue polnische Wirklichkeit klingt an: ‚Apostolische' Administratoren, Kardinal Hlond, der Papst und dahinter Gott selbst, der die 'uralten polnischen Gebiete' durch seinen Stellvertreter wieder an Polen zurückgebracht hat." (S. 103)
3. Es mag als das besonders Aufklärende dieses im tiefen Sinne packenden Buches gelten, daß der hier berührte "polnische Messianismus", ein heißes Eisen, in seiner Vorgeschichte, Eigenart und Wirkung dargestellt wird. Dabei ist der leitende ethische Gesichtspunkt der allein weiterführende.
"Diese Ursprungslinie schneidet schnell alle möglichen Gewissensregungen ab: Gott hätte eben dahintergestanden und die polnische Hierarchie sei - von Rom gleichsam angestoßen - nur dem von Gott kommenden 'Ruf der Stunde' ‚gehorsam' gewesen. Dabei könne dann auch

kein Unrecht geschehen sein.
In dieser Überzeugung ist das polnische Kirchenvolk belehrt worden." (S. 103) Daß auf diese Weise die Millionen Umgekommener, Vertriebener, Geschändeter, Gedemütigter einfach verdrängt und unterschlagen werden, ist eine Tragödie kirchlichen Handelns, an der die polnische Kirche wird leiden müssen, solange sie nicht zu Klarheit, Wahrheit und Einsicht in begangenes Unrecht - wie nun schon unsererseits seit Jahrzehnten und chronisch - bereit ist.
Welche Qualität könnte politische und innerkirchliche Versöhnung haben, die um den Preis der Verheimlichung, Faktenunterschlagung (man denke an die Tausende ermordeter Deutsche alleine im fürchterlichen polnischen KZ Lamsdorf und in vielen anderen), chauvinistischer Geschichtsklitterung und Amtsanmaßung zustande kam?
Das Buch von Scholz, der zum Schluß die wenigen "Pioniere" auf den echten Wegen der Versöhnung nicht verschweigt, hält der Vermischung von Religion und Staatsräson, wie sie dem polnischen Katholizismus eignet, den Anspruch natürlicher Ethik (die "Goldene Regel", Recht und seelsorgliche Zuwendung zu allen Menschen) sowie das Evangelium, das Glaubensbrüder mit Verweigerung elementarer Rechte und Verfolgung zu behandeln ausschließt, entgegen.
Auch wir sind gehalten, in demütiger Betroffenheit Verletzungen zu heilen, Nationalismus zu übersteigen, aber auch Naivität und geschichtliche Ignoranz zu überwinden, wenn nach dem Fürchterlichen der Segen des gelebten Evangeliums uns zuteil werden soll. Dies Buch könnte Katharsis bewirken.<<

August 1988

Österreich: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im August 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>**Der verdrängte Anschluß (1938)**

... 1. "800.000 Österreicher standen im Laufe des Zweiten Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht unter Waffen. 170.000 wurden schwer oder schwerst verletzt, 300.000 fielen oder blieben vermißt." (Ingomar Pust, "Österreicher im Feuer, Tragödie der Tapferkeit", Driffel-Verlag Leoni 1988, S. 7). 326 Österreicher haben das Ritterkreuz erhalten; "170 erreichten in der Wehrmacht den Generalsrang. Als Befehlshaber von Heeresgruppen gingen Löhr und Rendulic in die Militärgeschichte ein". ...
Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wurde als Oberleutnant im Osten und im April 1945 bei Wien schwer verwundet. So auch Bundespräsident Waldheim; Verteidigungsminister Prader; Finanzminister a.D. und Nationalbankpräsident Dr. Koren; Verteidigungsminister Rösch. Von dem tapferen Einsatz österreichischer Soldaten berichtet o.a. Buch.
2. Schon 1918 ergaben Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg 98 % für den Anschluß. Weitere geplante Abstimmungen wurden durch schwere Drohungen der Siegermächte verhindert. Der Friedensvertrag von St. Germain schrieb - unter Verweigerung des sonst so hoch gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker - ein Anschlußverbot fest.
Es ist - entgegen einiger heutiger Legenden vom sog. "Überfall" - ganz eindeutige geschichtliche Tatsache, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganz großen Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit Deutschland die Ursache für die freudige, ja begeisterte Zustimmung zum Anschluß 1938 gewesen ist. Sie spülte Bedenken gegen Hitler einfach weg. Dies gilt leider auch für die österreichischen Bischöfe. Männer wie Franz Jägerstätter erhielten keinerlei kirchliche Unterstützung (er hat gegen den Anschluß gestimmt; den Wehrdienst verweigert; ist dafür hingerichtet worden); im Gegenteil.
3. Deshalb verwundert doch, mit welcher blitzartigen Schnelligkeit die Österreicher im April/Mai 1945 mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wollten, sich nur noch in der - allerdings ungeheuer bequemeren - Rolle des ersten Opfers sehen lassen wollten.
Dabei ist festzuhalten: "Die sogenannte 'Österreichische Nation' ist aus Moskau gekommen. Gierig hat man in Wien nach der - zur Schwächung Deutschlands - in der Moskauer Deklara-

tion 1943 von den Alliierten aufgestellten Zwecklüge gegriffen, Österreich sei 'das erste von Hitler überfallene freie Land' gewesen. Einen sehnlicher herbeigeführten und einen angenehmeren Überfall - im Blumenmeer, in Freudentränen - hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben." (Peter Meier-Bergfeld: "In den Nischen des Vergessens", Rhein. Merkur Nr. 11 vom 11.3.88, S. 3).

4. Das betraf auch die "Kulturträger". Man sehe ein das Buch von Klaus Amann: "Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich. Institutionelle und bewußtseinsgeschichtliche Aspekte." Athenäum Verlag Frankfurt/M. 1988.

Eine Besprechung in der FAZ spricht von präsentierten "Tatsachen von hohem Unappetitlichkeitsgrad" (vom 4.7.88). Wenn P. Groppe im folgenden die geschichtlichen und situativen Zusammenhänge darstellt und das beschämend naiv-irrige Verhalten der österreichischen Bischöfe nicht verschweigt, so mit dem Ziel, uns zu bestärken in dem Vorsatz, nicht vordergründigen Zwecken und Vorteilen, Mehrheitsmeinungen und trügerischen "Begeisterungen" zu folgen. Auch nicht der Taktik vorteilhaften "Vergessens", feiger Verdrängung, ja heuchlerischer Fremdbeschuldigung oder entlastender Geschichtsklitterungen.

Nur allseitige Wahrhaftigkeit und verständnisvolle Anständigkeit sowie Demut, verbunden mit Bereitschaft, das Richtige auch um den Preis von Nachteilen zu tun und zu wollen, sollten uns bestimmen. Das, was hier 1988 zu sagen man sich von kirchlicher Seite erhofft hat, wurde von dem hochbetagten jüdischen Arzt und Psychologen Viktor Frankl, ehemaliger KZ-Häftling von Auschwitz, am 10. März auf einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus auf seine bewegende Weise vorgetragen.

5. Frankl, der während des NS-Regimes seine gesamte Familie verlor und selber nur wie durch ein Wunder überlebte, sagte:

"Ich bitte Sie, von mir kein Wort des Hasses zu erwarten."

Die Österreicher kollektiv schuldig zu sprechen, sei "ein Verbrechen und ein Wahnsinn", denn es gebe keine Kollektivschuld. Wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und jungen Nazis.

Auf die Rassenideologie eingehend, meinte Frankl, es gebe in Wirklichkeit nur zwei Rassen auf der Welt - die der anständigen und die der unanständigen Menschen. Diese Teilung gehe durch alle Völker, durch alle Parteien und alle Gruppen mitten hindurch. Er habe während seiner KZ-Haft auch unter den SS-Bewachungsmannschaften Menschen getroffen, die sich einen Funken Humanität und Anstand bewahrt hatten - und umgekehrt habe es auch unter den Häftlingen üble Erscheinungen gegeben.

Jene Regime seien gefährlich und müßten bekämpft werden, die bewußt die Unanständigen an die Spitze und an die Macht brächten. Frankls Ansprache enthielt auch den Satz: "Ich wage die Behauptung, daß jedes Volk holocaustfähig ist." ("Die Welt" vom 12.3.88).

Mit solcher Gewissensunruhe sehr persönlicher Art sollte jeder in Deutschland und Österreich an 1938, die damals Lebenden und Handelnden, und an uns heute, 1988 wachsam und ehrlich denken.

Ein Ordnungs- und Machtkalkül, das den unbedingten Forderungscharakter ethischer Verpflichtungen (z.B.: Besser ist es, Unrecht leiden als Unrecht tun) vermissen läßt, darf nach den fürchterlichen Tragödien und Desastern dieses "Jahrhunderts der Ideologien" nicht mehr vertreten werden ohne Scham vor den Opfern und den Märtyrern. Deshalb hat es bestürzt, daß ein katholischer Universitätspräsident im Zusammenhang mit der bluttriefenden, atheistisch-leninistischen Sowjetunion heute (26.3.88) u.a. publizieren konnte:

"selbst ein totalitäres Regime ist besser als überhaupt gar keine politische Ordnung" und von einem "geordneten Unrechtsstaat" in diesem Zusammenhang als kleinerem Übel gegenüber einem sich auflösenden russischen Reich redet (DT Nr. 36, S. 6).

Man sieht, wie sehr wir nötig haben, an beschämendes Versagen uns zu erinnern. Nur wer das

nicht verdrängt, kann vielleicht vor solch makabren Fehlmeinungen und ihren evtl. Folgen sich schützen.
Immer wieder erliegen Menschen der Versuchung, geschichtliche Ereignisse aus dem Nachhinein zu beurteilen. Sehr häufig kennen sie aber weder die oft entscheidenden Einzelheiten, noch Umstände und Vorgeschichte. Dies trifft zweifelsohne auch auf den sog. "Anschluß" zu, die "Heimkehr Österreichs ins Reich".

I

Am Abend des 13. März 1938 unterzeichnete Hitler in Linz das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Wenngleich viele Österreicher dies heute gern verdrängen möchten - nicht wenige halten Hitler für einen Deutschen und Beethoven für einen Österreicher - so steht doch historisch eindeutig fest, daß die überwältigende Mehrheit der damaligen Österreicher den Einmarsch der deutschen Truppen begeistert feierten.
Und als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Wiener Heldenplatz vom Balkon der Hofburg verkündete: "Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich", wollte der Jubel kein Ende nehmen.
Schon vor Jahren schrieb der schweizer Komponist Rolf Liebermann in seiner Autobiographie "Die Oper und ich":
"Bei der Bekanntgabe des Anschlusses befand ich mich gerade in Österreich. Ich habe den Abend des Einmarsches am Fenster einer Wiener Wohnung miterlebt, ganz in der Nähe des Rathauses, wo Hitler auf dem Balkon erschien. Er wurde mit geradezu hysterischem Jubel empfangen. Die Wiener sollen doch heute niemandem weismachen wollen, sie hätten sich verzweifelt gewehrt! Aus jedem Fenster hingen Hakenkreuzfahnen; glückstrunkene Weiber zerrissen sich im Gedränge die Kleider. Man hatte den Eindruck, ein langersehnter Augenblick sei endlich gekommen."
Wie war so etwas möglich? 1938 war es gerade erst 20 Jahre her, daß das große Habsburger Reich zerbrochen war und Österreich zu einem bedeutungslosen Rumpfstaat verstümmelt wurde. Das Land war politisch zerrissen. Der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, standen die Christlichsozialen und verschiedene nationale Gruppen gegenüber. In Wien wählten zwei Drittel der Bevölkerung rot, aber das Hinterland war schwarz. Christlichsoziale und Nationale mußten sich verbünden, um ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden, die einen starken marxistischen Flügel hatten. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte sich Deutschland anschließen.
Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hieß das Land zunächst Deutsch-Österreich, bis die Siegermächte diesen Namen und vor allem jede Vereinigung mit Deutschland untersagten. Das Land lebte ständig am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Niemand gab ihm eine reale Existenzchance. Was lag da näher als der Anschluß an den großen Bruder im Norden, der lediglich durch die Willkür der Sieger verwehrt wurde? Von den rund 6,5 Millionen Einwohnern Österreichs im Jahr 1932 waren 430.000 arbeitslos. Der Ruf nach radikalen Lösungen wurde immer lauter.
Als der Christlichsoziale Dollfuß 1932 Kanzler wurde, hatte er einen Zweifrontenkrieg gegen Marxisten und die Nazis zu führen, die immer mehr Stimmen bekamen. Letztere sahen ihre Stunde gekommen, als ihr Landsmann Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam. Im Juni 1933 verbot Dollfuß die NSDAP. Hierbei wurde er zunächst von Mussolini unterstützt, der hierfür die völlige Ausschaltung der Marxisten verlangte. Im Februar 1934 kam es mit ihnen zu erbitterten Kämpfen, die für die Besiegten mit Standgerichten und Todesurteilen endeten. Am 1. Mai 1934 setzte Dollfuß per Dekret eine neue Verfassung in Kraft, die aus Österreich einen Ständestaat machte. Drei Monate später wurde Dollfuß von den Nazis ermordet.
Ihm folgte Schuschnigg, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Anstelle von Parteien

gab es nur noch die Nationale Front. Die praktische Aufhebung der Demokratie und die wirtschaftliche Not ließen den Wunsch nach dem Anschluß immer lauter werden. Als Hitler und Mussolini sich annäherten, wurde die Lage für Schuschnigg überaus schwierig. 1936 mußte er mit Hitler einen Nichteinmischungspakt schließen, der den Nazis wesentliche Vorteile brachte. Zudem hatte Hitler nunmehr große Erfolge aufzuweisen:
Die widerstandslose Besetzung des Rheinlandes, die Rückkehr des Saargebietes, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und nicht zuletzt die Olympischen Spiele von 1936 trugen ihm die Bewunderung eines großen Teils der Welt ein -, auch wenn dies heute gern verschwiegen wird. Die österreichischen Nazis bekamen mächtigen Auftrieb und im März 1938 kam es unter massivem Druck Hitlers zum Anschluß, nachdem Schuschnigg von allen verlassen worden war.

II

Zumindest die "Freunde" der Kirche wissen mit dem "Anschluß" das "Heil Hitler!" Kardinal Innitzers zu verbinden. Als sein Nachfolger, Kardinal König, 1976 mit einer Delegation österreichischer Priester Jerusalem besuchte, wurde ihm beim Besuch von Yad Vashem, dem größten Dokumentationszentrum der Judenverfolgung, der unglückselige Brief Innitzers an Gauleiter Bürckel präsentiert. Von der jahrelangen Hilfe desselben Kardinals für die verfolgten Juden wußte man in Jerusalem scheinbar nichts.
Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers gab es zwischen der Ideologie der Nazis und der christlichen Lehre unüberbrückbare Gegensätze, vor allem in der Rassenfrage. 1932 hatten sämtliche deutschen Ordinariate die Zugehörigkeit zur Partei für unerlaubt erklärt. Nach Hitlers sensationeller Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der er die beiden christlichen Konfessionen als wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums bezeichnet hatte, deren Rechte nicht angetastet werden sollten, nahmen die deutschen Bischöfe - aus heutiger Sicht vielleicht ein wenig zu schnell - ihre Warnungen weitgehend zurück, wenngleich sie erhebliche Vorbehalte machten.
Sehr bald setzte sich Hitler über wichtige Vereinbarungen des Konkordats hinweg, bis es zum regelrechten Kirchenkampf kam. Nicht zuletzt wurde die katholische Presse geknebelt und schließlich ganz unterdrückt. Die durch das Konkordat rechtlich verankerten katholischen Schulen wurden aufgehoben, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten das Ansehen der Kirche völlig untergraben.
Nach vergeblichen Protesten gegen die Unrechtsmaßnahmen erschien im März 1937 die Enzyklika "Mit brennender Sorge", die eine massive Anklage des Regimes war. Natürlich wußten auch die österreichischen Bischöfe um die Vorgänge im Reich. Erst im November 1937 richteten sie eine Solidaritätsadresse an ihre deutschen Amtsbrüder. In ihr heißt es u.a.:
"Wir österreichischen Bischöfe fühlen uns gedrängt, innigste Anteilnahme auszusprechen und zu sagen, wie sehr uns das berührt, was im Deutschen Reiche vor sich geht, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt ... planmäßig und unaufhaltsam bis zum äußersten geht, um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche auszuschalten und zurückzudrängen ... Wir nehmen aber darum auch innigeren Anteil an euren Schicksalen, weil viele bemüht sind, solche Verhältnisse, wie sie sich bei euch herausgebildet haben, auch in unserem Staate erstehen zu lassen und der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen ..."
Um so unbegreiflicher war die "Feierliche Erklärung" vom 18. März 1938:
"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:
Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet.

Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde.
Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."
Dieser Erklärung war am 12. März ein noch emphatischeres Telegramm des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates an Hitler vorausgegangen. Aber auch der sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik, Karl Renner, der nach dem Zweiten Weltkrieg österreichischer Bundespräsident wurde, bekannte sich 1938 zum Anschluß an das Deutsche Reich und versicherte, er werde mit Ja stimmen.
Hätten sich die Bischöfe auf das Bekenntnis zu Deutschland beschränkt, hätte dies wohl kaum Widerspruch erregt. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte die Vereinigung mit Deutschland. Nach Renner gaben zwei Drittel des Volkes Hitler den Vorrang vor Schuschnigg. Nach ihm war die Arbeiterschaft nicht für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu gewinnen.
Unglückseligerweise unterschrieb Kardinal Innitzer seinen Begleitbrief an Gauleiter Bürckel noch mit "Heil Hitler!"
Die "Feierliche Erklärung" und Innitzers "Heil Hitler!" schlugen wie eine Bombe ein. Zahlreiche Katholiken waren schockiert und empört. Der Kardinal erhielt eine Reihe von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, sein öffentliches Ärgernis gutzumachen, bzw. sein Amt niederzulegen.
Besonders eindrucksvoll scheint uns der Brief eines deutschen Dorfpfarrers zu sein, dessen Weitblick den der österreichischen Bischöfe weit überragt.
Wenigermünchen, 2. Juni 1938
P. Unterschweinbach
Ehrwürdige Eminenz!
Ich bitte zu entschuldigen, daß ich als alter Pfarrer (es) wage, zu Ew. Eminenz zu reden. Aber ich fürchte, daß viele Seelen zugrunde gehen, wenn die Hirten schlafen.
Ew. Eminenz hat gehofft, das österreichische Konkordat zu retten, indem Sie gegen Ihre innere Überzeugung den Feinden des Christentums geschmeichelt und sie als Retter begrüßt haben. In allen Dörfern wurde bei uns die Erklärung Ew. Eminenz und der übrigen österreichischen Bischöfe durch Lautsprecherwägen ausgeschrien - in der Absicht, unsere deutschen Bischöfe und alle, die in Treue zu ihnen halten, zu Störenfrieden zu stempeln.
In der Tat aber hat die Regierung nicht einmal das deutsche Konkordat gehalten, das sie selber feierlich mit dem Papst geschlossen hat, wie viel weniger wird sie das österreichische Konkordat halten, das sie nicht geschlossen hat und das der Kirche viel mehr Rechte gibt?
Ehrwürdige Eminenz haben selber schon die Erfahrung gemacht, daß die Regierung die katholischen Vereine unterdrückt, die katholische Presse knebelt, die katholische Caritas auf Schritt und Tritt hemmt, den Besuch des Eucharistischen Kongresses (in Budapest, eigene Anmerkung) verhindert hat.
Nachfolgen wird auch bei Ihnen bald die Aufhebung der konfessionellen Schule, die Entfernung der Klosterfrauen von allen Unterrichtsanstalten - natürlich ohne Pension, die Entfernung der Barmherzigen Schwestern aus den Krankenhäusern, sobald genug braune Schwestern vorhanden sind.
Die Klöster sowie die Anstalten der katholischen Caritas werden durch eine ungeheuerliche Steuerlast unterdrückt, so daß sie nicht mehr bestehen können; die ganze Lehrerbildung wird in ungläubigem Geist umgestaltet.

Bei den SS (Schutzstaffeln) sind wohl so ziemlich alle Offiziere und Schulungsleiter bereits aus der Kirche ausgetreten und in manchen SS-Lagern alle oder so gut wie alle SS-Leute. Selbst ihre Frauen haben manche derselben bereits zum Austritt aus der Kirche veranlaßt. Und darum sind die SS die Vertrauensleute der Regierung und soll aus ihnen ausschließlich die Gendarmerie ergänzt werden.
Daß die Privatschulen der Ordensleute, insbesondere die Gymnasien der Benediktiner aufgehoben werden sollen, zum Teil schon aufgehoben worden sind, daß an manchen Orten, wo ein bischöfliches Knabenseminar besteht, kein Gymnasium mehr sein darf; daß gegen Priester und Ordensleute alle möglichen - unwahren oder übertriebenen - Anschuldigungen in Zeitungen und Radio gemacht werden dürfen, aber die Gegenerklärungen der Bischöfe nicht veröffentlicht werden dürfen; daß in Deutschland alle Druckereien, welche die päpstliche Enzyklika über die Zustände in Deutschland ("Mit brennender Sorge", eigene Anmerkung) gedruckt haben, geschlossen und ohne Entschädigung beschlagnahmt worden sind; daß durch gerichtliches Urteil einer Mutter, deren Ehe aus Verschulden des Mannes gerichtlich geschieden worden war, das Erziehungsrecht über ihre Kinder bloß deswegen entzogen worden ist, weil sie ihre Kinder in eine klösterliche Anstalt zur Erziehung geben wollte - ich meine, daß alle diese Tatsachen jedem, der guten Willens ist, die Augen öffnen müssen.
Als ich die Erklärung der österreichischen Bischöfe las, hielt ich sie zuerst für eine faustdicke Fälschung, deren Unwahrheit man mit Händen greifen könne. Als mir aber die Echtheit bestätigt wurde, ging ich gleich in die nächste Kirche, um für die österreichischen Bischöfe zu beten.
Es ist vielleicht gut, daß ich nicht der Beichtvater Ew. Eminenz bin - ich hätte Ew. Eminenz wohl die Absolution verweigert, bis Sie durch irgendeinen Hirtenbrief oder irgendeine Erklärung das gegebene Ärgernis wenigstens einigermaßen gutzumachen begonnen hätten.
Gott sei Dank! Die deutschen Bischöfe sind einig und treu und haben alle Gefahren und Opfer auf sich genommen, um ihre Herde zu retten. Welches Schauspiel aber für die ganze Welt, wenn sich die österreichischen Bischöfe nicht bloß unter die Gewalt beugen, sondern sogar für die Christusfeinde agitieren und den deutschen Bischöfen, ja sogar dem Papst in den Rücken fallen! Wie soll ein Reich bestehen können, wenn es unter sich uneins ist?
Vor aller Welt steht Ew. Eminenz an der Spitze des nationalsozialistischen Klerus; darum ist es auch nach meiner Überzeugung Ew. Eminenz Pflicht, den ersten Schritt zu tun und das gegebene Ärgernis gutzumachen.
Ehrwürdige Eminenz! Ich weiß wohl, daß wenn mein Brief auf der Post geöffnet wird oder sonst einem Vertreter des Staates in die Hände fällt, ich damit zu rechnen habe, daß ich nicht bloß meine Stelle und meinen Gehalt verliere, sondern auch lebenslängliche Haft oder den Tod zu erwarten habe; aber ich kann mein Leben nicht besser enden, als wenn ich für meinen Glauben Zeugnis ablege. Möge, wenn solches geschieht, es den österreichischen Bischöfen und dem katholischen Volke zum Heile sein!
Ehrwürdige Eminenz ergebenster Viktor Keller, Pfarrer
Sehr viel schärfer ist der Brief eines ehemaligen Offiziers, der aus der Emigration in Budapest am 8. April 1938 geschrieben wurde. Man darf hierbei freilich nicht übersehen, daß die Ehre bei Offizieren von altem Schrot und Korn eine hervorragende Rolle spielte. Wir zitieren einige Passagen dieses Schreibens (Unterstreichungen im Original):
"Eure Eminenz!
... Es ist ein Gipfel der Würdelosigkeit, wenn Sie, Eminenz, der sich früher nie genug als prononcierter Anhänger und Verfechter der Dollfuß- und Schuschnigg-Prinzipien hervortun konnten und bei keinem offiziellen Anlaß des vaterländischen Österreich fehlten, nunmehr ungebeten und ungerufen dem Hitler einen Besuch im Hotel abstatteten! Nicht genug an dem, haben Sie, Eminenz, die katholische Bevölkerung Österreichs irregeführt und total verwirrt,

indem Sie jene schmachvollen Proklamationen und Enunziationen vom Stapel ließen, die vor Hitler und der braunen Barbarei, die den Katholizismus aufs schwerste bekämpft, den Kotau machten ...
Wie Sie es, Eminenz, als Katholik und katholischer Erzbischof vor Gott und Ihrem Gewissen vereinbaren werden, ist und bleibt Ihre Privatsache. Sie sind aber nicht als Privatmann aufgetreten, sondern als der oberste Seelenhirt der österreichischen Katholiken und als dieser haben Sie sich schändlich, feige, unwürdig benommen ...
Sie haben aber nicht nur den Katholizismus und die Katholiken verraten, Sie haben außerdem Ihr Vaterland schändlich verraten!
Sie haben kein Recht mehr, den Kardinalspurpur in Ehren zu tragen, denn Sie haben ihn besudelt vor Gott und der Menschheit! ..."
Wenn man allerdings die Erklärungen der katholischen Bischöfe auf dem Hintergrund der gleichzeitigen Verlautbarungen anderer Autoritäten zum gleichen Anlaß betrachtet, wird man die Äußerungen der katholischen Bischöfe zwar nicht entschuldigen, aber doch milder beurteilen.
So richtete der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Robert Kauer, bereits am 12. März ein emphatisches Begrüßungstelegramm an Hitler:
"Im Namen der mehr als 330.000 evangelischen Deutschen in Österreich begrüße ich Sie auf österreichischem Boden. Nach einer Unterdrückung, die die schrecklichsten Zeiten der Gegenreformation wieder aufleben ließ, kommen Sie als Retter aus fünfjähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens. Gott segne Ihren Weg durch dieses deutsche Land, Ihre Heimat!"
Und der erste sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik und erste Bundespräsident der Zweiten Republik, Karl Renner, äußerte sich folgendermaßen zur Abstimmung über den "Anschluß":
"Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."
Renner wollte sogar im Rundfunk für den "Anschluß" werben, aber das empfanden selbst die Nazis als zu starken Tobak.
Die Nazis ließen es sich natürlich nicht entgehen, die Erklärung der Bischöfe und das Schreiben Kardinal Innitzers propagandistisch auszuschlachten. Wie im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, füllten sie damit die ganze 1. Seite der gelenkten Tagespresse. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 28. März 1938 verkündeten voller Stolz:
"Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Deutschen Reich - Freudige Anerkennung der Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung."

III

Die Reaktionen auf diese Vorgänge, besonders aus dem Ausland, waren überaus heftig. Aber entweder nahm sie der Kardinal nicht zur Kenntnis oder er glaubte, richtig gehandelt zu haben.
Hierin könnten ihn einige Schreiben bestärkt haben, die ihn in jenen Tagen erreichten. So schrieb ihm die "Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden" (dazu gehörten u.a. Pius Parsch von Kloster Neuburg und Dr. Anton Böhm, ehedem Chefredakteur des Rheinischen Merkur) - die an die Vereinigung Pacem in terris in einigen Ostblockländern erinnert -:
"Eure Eminenz haben in geschichtlicher Stunde eine Tat gesetzt, die bestimmt ist, eine Wende in der Stellung der Kirche zu den weltbewegenden Problemen dieser Zeit im glücklichsten

Sinn herbeizuführen. Wir bitten Euere Eminenz, zu dieser Tat zu stehen und sich durch nichts an dieser Haltung wankend machen zu lassen ...
Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gutstellen dürfen, können die österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Katholiken Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhaß dem Satan in die Hände getrieben werden."
Zwei deutsche Adlige mit berühmten Namen mögen den Kardinal noch mehr bestärkt haben, richtig gehandelt zu haben. PG und SA-Obersturmbannführer Fürst von Fürstenberg, Donaueschingen, sandte ihm ein Danktelegramm und Dr. Graf Georg Henckel von Donnersmarck schickte ihm am 30. März 1938 aus Graubschütz, Kr. Namslau, folgendes Schreiben:
"Euer Eminenz! Hochwürdigster Herr Kardinal!
Die aufrichtige Freude und tiefe Dankbarkeit, mit der Euer Eminenz eindeutiges und klares Bekenntnis zu unserem Führer ungezählte katholische Deutsche erfüllt, veranlaßt mich, Euer Eminenz den Ausdruck dieser Gefühle in wenigen Worten ehrfürchtig zu übermitteln und daran die Bitte zu knüpfen auch meinen persönlichen tiefstempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.
In vollkommenster Hochachtung zeichne ich mit Heil Hitler als Euer Eminenz aufrichtig ergebener
Dr. Graf Georg Henckel v. Donnersmarck"
In unbegreiflicher politischer Naivität versicherte er in einem zweiten Brief an Gauleiter Bürckel, den "Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung", vom 1. April 1938, die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe sei keine Geste gewesen, sondern "ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis ..." Und wieder schloß er mit "Heil Hitler!"
Selbstverständlich veröffentlichten die Nazis sofort dieses instinktlose Schreiben, das den Kardinal, mehr noch als die "Feierliche Erklärung", in den Augen vieler zum "Nazibischof" abstempelte. Das Maß war übervoll.
Der "Osservatore Romano" schrieb am 25. März 1938 einen Artikel über die österreichischen Ereignisse, der in dem Satz gipfelte:
"Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden."
Und in der Ausgabe vom 1. April betonte er, die Kundgebung der österreichischen Bischöfe sei ohne jede vorherige Verständigung mit dem Vatikan und ohne seine nachträgliche Billigung erschienen. Am selben Tag brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem "falschen politischen Katholizismus" befaßte. In ihr wurde die "übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächlicher Anpassung" gerügt, die zweifelsohne "im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft schwersten Schaden gebracht hat." Diese Verlautbarung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer gemeint war.
Kurz darauf wurde Kardinal Innitzer nach Rom zitiert. Pius XI. empfing ihn sehr ungnädig. Mein Aschaffenburger Religionslehrer, ein frühes Opfer der Nazis, wurde unmittelbar nach Innitzer von Pius XI. in Privataudienz empfangen - damals für einen einfachen Priester höchst ungewöhnlich. Er erzählte uns später, der Kardinal sei tränenüberströmt aus dem Zimmer gekommen.
Die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung wurde am Sonntag, dem 27. März 1938, von allen Kanzeln Österreichs verlesen, wie die Zeitungen triumphierend berichteten. Der "Völkische Beobachter" betonte in seiner Sprachregelung vom

28. März, die von allen Zeitungen übernommen wurde:
"Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie beweist, daß in dieser für das ganze Deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will ..."
Bei aller berechtigten Kritik am damaligen Verhalten der österreichischen Bischöfe sollte man allerdings gerade im Zeitalter der Entspannungseuphorie nicht übersehen, daß es zu den vordringlichen Aufgaben der Bischöfe gehört, selbst unter ungünstigen Bedingungen die seelsorgliche Betreuung der Gläubigen zu gewährleisten. Es steht außer Zweifel, daß dies das eigentliche Ziel der Bischöfe war, wenngleich die Mittel nicht zu rechtfertigen waren. Zu Recht erwarten ja die Oberhirten, daß sich die Gläubigen an ihren Worten und ihrer Haltung orientieren, so wie Paulus sagt: "Brüder, nehmt mich zum Vorbild".
Bei Kardinal Innitzer darf man schließlich auch nicht übersehen, daß dieselbe Spontaneität, die ihn anfangs zu bedenklichen Zugeständnissen an die Nazis veranlaßte, ihn zu jahrelanger Hilfe für die verfolgten Juden drängte. In seinem Palais fanden von 1940 bis über das Kriegsende hinaus mehr als 4.000 nichtarische Katholiken seelsorglichen Beistand und materielle Hilfe, die vielen erst das Überleben ermöglichte.
Und seit dem Sturm der Hitlerjugend auf das Erzbischöfliche Palais im Oktober 1938 machte sich der Kardinal keine Illusionen mehr, man könne mit den Nazis noch reden. Er machte künftig auch keinerlei Zugeständnisse mehr, die mit seinem oberhirtlichen Amt nicht vereinbar waren. Das Urteil über ihn wird weiterhin schwanken. Aber wenn er auch beim "Anschluß" der Aufgabe als Kirchenpolitiker nicht gewachsen war, so zeigt doch sein Verhalten als Seelsorger, daß er sich zeitlebens bemühte, seinem Wahlspruch treu zu bleiben:
In Liebe dienen.<<

14.09.1988

DDR: Am 14. September 1988 wird die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 festgelegt.
Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.